

Der werdegang des deutschen volkes

Otto Kaemmel

578
508
.2
v.2

Library of



Princeton University.

BLAU MEMORIAL COLLECTION



**Der Werdegang
des deutschen Volkes**

Zweiter Teil

Der Werdegang des deutschen Volkes

Historische Richtlinien für gebildete Leser

von

Otto Kaemmel

111

„Die Menschen sind die Zeiten“

Zweiter Teil

Die Neuzeit



Leipzig
Fr. Wilh. Grunow
1898



Inhalt

Seite

Fünfter Zeitraum

Die landeskirchlich-ländliche Zeit. 1517 bis 1648

<u>Die Gründung des Protestantismus und das</u> <u>habzburgisch-spanische Kaisertum. 1517 bis</u> <u>1558</u>	3—69
---	------

Weltlage — Martin Luther — Luthers theo-
logischer Entwicklungsgang — Die 95 Thesen —
Trennung von Rom — Die nationale Oppo-
sition — Der Bann — Wahl Karls V. —
Der Reichstag von Worms — Luther in
Worms — Das Wormser Edikt — Der erste
italienische Krieg — Luther auf der Wartburg —
Erhebung der Reichsritter — Beginn der kirch-
lichen Spaltung — Beginn der kirchlichen Neu-
gestaltung — Protestantisches Schulwesen —
Ausbreitung der Neugestaltung — Zwingli's
Reform — Die Täufergemeinden — Ursprung
des Bauernkrieges — Der süddeutsche Bauern-
krieg — Bauernsiege — Reichsreformplan — Der
thüringische Bauernkrieg — Niederwerfung des
Aufstandes — Folgen des Bauernkrieges —
Das Fürstentum und Luthers Staatslehre —

15788
508
2412

545995

Der zweite italienische Krieg und der Reichstag von Speier 1526 — Begründung der Landeskirchen — Ausdehnung der habsburgischen Macht — Protestation von Speier — Die Gegensätze in der Schweiz — Ausgleichsverhandlungen in Marburg — Die Türken vor Wien — Machthöhe Karls V. — Reichstag und Konfession von Augsburg — Der Schmalkaldische Bund — Entscheidung in der Schweiz — Religionsfriede von Nürnberg und Abwehr der Türken — Die Hanse und Dänemark — Konflikt der Hanse mit Schweden — Demokratische und kirchliche Bewegung in den Hansestädten — Die „Grafenfehde“ — Das Wiedertäuferthum — Das Wiedertäufereich in Münster — Übertritt von Pommern und Württemberg — Kirchliche Ausgleichsveruche — Fortschritte des Protestantismus in Norddeutschland — Auswärtige Erfolge Karls V. — Martin Luthers Stellung und Ausgang — Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges — Die politische Lage — Der Krieg an der Donau — Der Krieg in Norddeutschland — Unterwerfung Kursachsens und Hessens — Wachsende Erregung — Kurfürst Moritz — Erhebung des Kurfürsten Moritz; Vertrag von Passau — Ausgang des Kurfürsten Moritz — Der Religionsfrieden von Augsburg — Ende Karls V. — Ergebnisse und Trübungen der Reformation — Deutsche Wissenschaft — Hexenwahn und Hexenprozesse — Neuhochdeutsche Schriftsprache und Dichtung — Die Reformation und die Kunst — Baukunst — Bildnerei und Malerei — Kunstgewerbe — Landwirtschaft — Gewerbe und Handel — Verdrängung der Deutschen aus dem Welthandel — Charakter des neuen Fürstentums — Landesverwaltung — Die Stände; Brandenburg, Kursachsen, Württemberg — Charakter des ständischen Staats — Stellung des Reichs zur großen Politik.

Das Wachstum der kirchlichen Reaktion. 1558
bis 1618 70—91

Friedliche Politik im Reiche — Die Grundlagen der Gegenreformation — Fortschritte des

Protestantismus — Die geistlichen Fürstentümer und die Jesuiten — Eindringen des Calvinismus — Die Grumbachischen Händel — Unterdrückung des Kryptocalvinismus in Kurpfalz — Verlust Livlands und der Niederlande — Trennung der Niederlande — Beginn der Gegenreformation — Der kölnische Krieg; Katholisierung Aachens — Maximilian von Bayern — Pfälzische und kursächsische Politik — Lähmung der Reichsjustiz und des Reichstages — Die protestantische Union und die katholische Liga — Der klevische Erbfolgestreit — Beginn der Reaktion in den habsburgischen Ländern — Ständisch-protestantische Erhebung in Ungarn — Sieg der protestantischen Stände in Osterreich und Böhmen — Sturz Rudolfs II. — Letzte Vermittlungsversuche im Reiche — Die Nachfolge Ferdinands II.

Der Entscheidungskampf. 1618 bis 1648 . . 92—124

Die Weltlage — Verfall Deutschlands — Das Heerwesen — Ausbruch des böhmischen Krieges — Bruch zwischen den lutherischen Ständen und den Habsburgern — Kaiserwahl Ferdinands II. — Die Entscheidung in Böhmen — Die katholischen Mächte — Die protestantischen Mächte — Niederwerfung Böhmens — Kirchliche und politische Reaktion — Der Krieg in der Pfalz — Beginn des niedersächsischen Krieges — Wallenstein — Die Unterwerfung Norddeutschlands — Kaiserliche Pläne — Das Restitutionsedikt — Wallensteins Sturz — Gustav Adolf von Schweden — Gustav Adolf in Pommern und Brandenburg — Schlacht bei Breitenfeld — Auflösung der Liga — Gustav Adolf in Bayern — Seine Ziele — Wallenstein gegen Gustav Adolf — Schlacht bei Lützen; Gustav Adolfs Tod — Krieg in Süddeutschland — Wallensteins Untergang — Der Friede von Prag — Erfolge der Kaiserlichen; Bernhard von Weimar — Beginn der Friedensverhandlungen — Vordringen gegen die kaiserlichen Erblande und Bayern — Der westfälische Friede — Die Gebietsveränderungen — Verwüstende Folgen des Krieges.

Sechster Zeitraum

Die preussisch-österreichische Zeit. 1648 bis 1858

Die Begründung des brandenburgisch-preussischen Staats und der österreichischen Großmacht. 1648 bis 1740 125—198

Reichsverfassung und Einzelstaaten — Der absolute Staat — Verschiebung des Schwerpunktes nach dem Osten — Die ostdeutschen Staaten — Brandenburg-Preußen — Der deutsche Dualismus und die Weltlage — Anfänge des Großen Kurfürsten — Die Fortdauer der reichsfürstlichen Opposition — Ausbruch des nordischen Krieges — Brandenburg im nordischen Kriege — Der rheinische Bund und der Kaiser — Niederwerfung der letzten städtischen Opposition — Wendung der französischen Politik — Ausbruch des zweiten Raubkriegs — Das neue Kriegswesen — Der Krieg in den Rheinlanden und in Belgien — Brandenburgische Siege — Friedensschlüsse — Anschluß Brandenburgs an Frankreich — Die Keuntonen — Aufstand in Ungarn — Abwehr des türkischen Angriffs — Wendung der brandenburgischen Politik — Eroberung Ungarns — Ursprung des dritten Raubkriegs — Der dritte Raubkrieg — Abschluß des Türkentrieges — Der neue fürstliche Staat — Seine Aufgaben — Der Große Kurfürst — Brandenburgische Zustände — Grundlagen der neuen Verwaltung — Der brandenburgisch-preussische Adel — Volkswirtschaftspolitik — Kirchenpolitik — Testament des Großen Kurfürsten — Sein Tod; Ergebnisse seiner Regierung — Friedrich III. — Kurhannover — Schleswig-Holstein und Mecklenburg — Kursachsen — Thüringen und Hessen — Kurpfalz — Württemberg und Bayern — Österreich — Österreichische Kirchenpolitik — Geistliche Fürsten, Reichsadel und Reichsstädte — Wirkung der Vielstaaterei — Ursprung des spanischen Erbfolgekrieges — Ursprung des nordischen Krieges — Siege der Schweden — Friede von Ultranstätt — Der spanische Erb-

folgekrieg — Die Friedensschlüsse — Ausgang des nordischen Krieges — Eroberung des Rindungslandes der deutschen Ströme — Folgen des Doppelkrieges — Verwaltungsordnung Friedrich Wilhelms I. — Finanzen — Heerwesen — Volkswirtschaftspolitik — Kirchenpolitik — Österreichische Politik — Der polnische Thronkrieg — Letzter Türkenkrieg Karls VI. — Die Stände — Wirtschaftliche Zustände nach 1648 — Wirkungen des fürstlichen Merkantilismus — Hanseatische Stadtwirtschaft — Verkehrsmittel — Die fremde Bildung — Schulwesen — Universitäten — Polyhistorie und Scholastik — Die Kirchen — Der Pietismus — Das Naturrecht — Philosophie — Akademien — Die Gelehrtendichtung — Vorboten einer Wendung — Musik — Bildende Kunst — Bauten — Plastik.

Die Erhebung Preußens zur Großmacht und die Auflösung des alten Reichs. 1740 bis 1806/7 199—269

Die Weltlage um 1740 — Wandlung der Weltanschauung — Bildung und Staat — Jugend Friedrichs des Großen — Wesen Friedrichs — Die schlesische Frage — Beginn des ersten schlesischen und des österreichischen Erbfolgekrieges — Erfolge Karl Alberts — Erhebung Österreichs und Friede von Breslau — Erfolge Österreichs — Ausbruch des zweiten schlesischen Krieges — Ende des Krieges — Preußen und seine Nachbarn — Auflösung der alten, Gründung neuer Bündnisse — Beginn des siebenjährigen Krieges — Die europäische Koalition gegen Preußen — Friedrichs Kriegführung — Der Feldzug von 1757 — Der Feldzug von 1758 — Zunehmende Verluste Friedrichs 1759 — Feldzug von 1760 — Friedrich in größter Not — Zerfall der Koalition — Die Friedensschlüsse — Folgen des Krieges — Preußisch-russisches Bündnis — Die erste Teilung Polens — Die bayrische Erbfolge — Der bayrische Erbfolgekrieg — Der deutsche Fürstenbund — Deutsche Politik nach dem Tode Friedrichs II. — Preußische Verwaltung —

Rechtspflege und Gesetzgebung, Kirche und Schule — Die Armee — Friedrich Wilhelm II. — Osterreichische Verwaltung unter Maria Theresia — Finanzen, Kirche und Schule — Joseph II. — Norddeutsche Staaten — West- und süddeutsche Staaten — Landwirtschaft — Industrie und Verkehr — Wohlstand — Grundlagen der Bildung — Rationalismus und Mystizismus — Wissenschaft — Kants Philosophie — Beginn der klassischen Litteratur — Die Sturm- und Drangperiode; Herder — Goethe und Schiller — Musik — Kunst — Der Einzelne und der Staat — Ursprung des Krieges mit Frankreich — Der Einbruch der Franzosen in die Rheinlande — Zweite Teilung Polens; Feldzug von 1793 — Erfolge der Franzosen — Aufstand in Polen; Fortschritte der Franzosen — Friede von Basel und dritte Teilung Polens — Osterreichs Erfolge in Süddeutschland — Napoleon Bonaparte — Bonaparte gegen Osterreich — Die zweite Koalition — Feldzug von 1799 — Auflösung der Koalition — Bonaparte Erster Konsul — Siege der Franzosen 1800 — Friede von Luneville — Der Reichsdeputationshauptschluß — Das Napoleonische Kaisertum — Wachstum und Verfall Preußens — Friedrich Wilhelm III. — Auswärtige Politik Preußens — Die dritte Koalition — Schlacht von Austerlitz und Friede von Presburg — Der Rheinbund und die Auflösung des Reichs — Bruch Preußens mit Frankreich — Schlachten bei Jena und Auerstädt — Der Zusammenbruch Preußens — Winterfeldzug in Ostpreußen — Der Festungskrieg — Ende des Krieges; Friede von Tilsit.

Unläufe zur Neugestaltung. 1807 bis 1858 270—360

Politische Lage Deutschlands 1807 — Gang der Entwicklung seit 1807 — Die Romantik und die neue Wissenschaft — Die neue Weltanschauung — Dichtung — Die Rheinbundstaaten — Die Reform in Preußen — Abzug der Franzosen — Die Erhebung Osterreichs — Aufstände in Süddeutschland; Wagram — Friede von Wien; Folgen des Krieges — Notlage Preußens — Fortgang der Reformen —

Bruch zwischen Napoleon und Rußland — Der russische Feldzug — Konvention von Taurroggen — Die Erhebung Preußens — Eröffnung des Feldzugs — Der Feldzug in Sachsen — Der Waffenstillstand — Die Schlachten des August 1813 — Die Vorentscheidung der deutschen Frage — Völkerschlacht bei Leipzig — Zusammenbruch des Rheinbundes — Der Feldzug gegen Paris — Der Wiener Kongreß — Die Gebietsverteilung und der Deutsche Bund — Napoleons Rückkehr; Feldzug in Belgien — Der zweite Friede von Paris — Die heilige Allianz — Die deutsche Bundesverfassung — Die süddeutschen Verfassungen — Die altständischen Staaten — Die Burschenschaft — Karlsbader Beschlüsse und Wiener Schlußakte — Neugestaltung der römischen Kirche — Die evangelische Kirche — Die Bundeskriegsverfassung — Die heilige Allianz und der Liberalismus — Neugestaltung Preußens — Die Provinzialstände — Grundlagen des deutschen Zollvereins — Der bayrisch-württembergische Zollverein — Osterreich — Die romanischen Revolutionen und die griechische Erhebung — Einfluß der Julirevolution — Ausdehnung des Zollvereins — Radikale Bewegungen — Der Verfassungsbruch in Hannover — Der erste preußische Kirchenstreit — Friedrich Wilhelm IV. — Anfänge seiner Regierung — Belebung des religiösen Sinnes — Aufschwung des Verkehrs — Industrie und Landwirtschaft — Bevölkerungszunahme und Auswanderung — Unterrichtswesen — Philosophie — Historische Theologie und Rechtswissenschaft — Geschichte und Philologie — Naturwissenschaft und Mathematik — Goethes Stellung — Dichtung — Musik — Bildende Kunst — Politische Ziele des Bürgerstandes — Der Vereinigte Landtag in Preußen — Die Mittelstaaten — Die schleswig-holsteinische Frage — Nationale Bestrebungen in Osterreich — Liberale Programme — Die Märzbewegung 1848 — Die Wiener Märzrevolution — Die Berliner Märzrevolution — Aufstand in Posen — Erhebung Schlesiens

Holsteins — Vorparlament und Verfassungs-
entwurf — Parlament und Reichsverweiger —
Die Einzelstaaten unter der Herrschaft der Libe-
ralen — Der dänische Krieg — Das Parla-
ment und der Waffenstillstand — Sieg des
Königtums in Preußen — Nationalitätenkampf
in Osterreich — Die Wiener Oktoberrevolution —
Bruch zwischen dem Parlament und Osterreich —
Die Kaiserwahl in Frankfurt — Erhebung
Ungarns; Siege über die Dänen — Bruch
zwischen dem Parlament und den Regierungen —
Republikanische Erhebungen — Auflösung des
Parlaments — Niederlage der Schleswig-Hol-
steiner — Die preukische Union — Preis-
gebung Schleswig-Holsteins — Der Konflikt
in Kurhessen — Olmütz — Unterwerfung Schles-
wig-Holsteins — Gründe des Scheiterns —
Die Reaktion; Preußen — Die norddeutschen
Mittelstaaten — Die süddeutschen Mittelstaaten —
Das neue Osterreich — Das Konkordat und
der Ultramontanismus — Der Bundestag und
Bismarck — Ausdehnung des Zollvereins —
Das zweite Kaiserreich — Deutschland und
der Krimkrieg — Der Neuenburger Streit;
Ausgang Friedrich Wilhelms IV.

Siebenter Zeitraum

Die deutsche Kaiserzeit seit 1858

Die Gründung des Deutschen Reichs. 1858
bis 1871 361—431

Die wirtschaftliche Weltlage — Landwirtschaft
und Handel — Binnenhandel — Seehandel —
Volkszähl und Volksbewegung — Geld- und
Kreditwirtschaft — Soziale Verschiebungen —
Manchestertum und Sozialismus — Die exakten
Wissenschaften — Sprach- und Literaturwissen-
schaft — Geschichtschreibung — Rechts- und
Staatswissenschaft — Historische und sozial-
demokratische Volkswirtschaftslehre — Philo-
sophie — Die römische Kirche — Protestan-
tische Theologie und Kirche — Unterrichts-
wesen — Die Presse — Dichtung — Musik —
Malerei — Bildnerei — Baukunst — Berviel-

fältigende Künste — Der Drang und der Weg zur Einheit — Prinz Wilhelm von Preußen — Die preußische Politik und das deutsche Nationalgefühl — Die Wege zur Bundesreform — Die preußische Heeresreorganisation — Die Thronbesteigung König Wilhelms I. und der Konflikt — Bismarck Minister — Kern des Konflikts — Höhepunkt des Konflikts — Verfassungsversuche in Oesterreich — Anregung der Bundesreform — Der Frankfurter Fürstentag und die Nationalfeste — Die Erbfolge in Schleswig-Holstein — Ausbruch des dänischen Krieges — Eroberung Schlesiens — Londoner Konferenzen; Alsen erobert — Friede von Wien; Erneuerung des Zollvereins — Streit um den Besitz der Herzogtümer — Konvention von Gastein — Verfassungswirren in Oesterreich — Politik Napoleons III. — Bismarcks Programm — Der Bruch — Die Gegensätze — Haltung Preußens — Die Überwältigung der norddeutschen Mittelstaaten — Der preußische Aufmarsch — Einmarsch der Preußen in Böhmen — Eindruck der preußischen Siege — Schlacht bei Königgrätz — Vormarsch nach der Donau — Überwältigung der Süddeutschen — Waffenstillstand von Nikolsburg — Die Friedensschlüsse — Abwehr französischer Ansprüche — Der innere Friede in Preußen und die Annexionen — Der erste norddeutsche Reichstag — Der Norddeutsche Bund — Weiterer Ausbau — Zoll- und Waffenbund mit dem Süden — Oesterreich und Frankreich — Die österreichisch-ungarische Monarchie — Oesterreich unter den Liberalen — Deutschfeindliche Bündnispläne — Päpstliche Politik — Französische Vorbereitungen — Die spanische Thronkandidatur — Französische Forderungen — Der Bruch — Die Erhebung Deutschlands — Haltung des Auslandes — Der Aufmarsch — Der deutsche Einmarsch und die Schlachten um Metz — Sedan — Sturz des Kaiserthums — Fall Straßburgs; Einschließung von Paris — Fall von Metz; Gambetta — Der erste Versuch zum Entsatz von Paris — Der zweite Versuch zum

Entsag von Paris — Fall von Paris und
Waffenstillstand — Erneuerung des Deutschen
Reichs — Der Friede.

Seite

Der Ausbau des Deutschen Reichs. 1871 bis
1888 432—454

Das Dreikaiserbündnis — Verhältnis zu
Frankreich — Der mitteleuropäische Dreibund —
Verhältnis zu Rußland — Parteigegensätze in
Österreich — Die „Versöhnungspolitik“ — Zu-
sammenhaltende Kräfte in Österreich — Kaiser
Wilhelm I. und Fürst Bismarck — Die Sozial-
demokratie — Die Ultrakatholiken — Zentrum
und Kulturkampf — Ausgestaltung des Reichs —
Befestigung der Einheit — Die Einzelstaaten —
Verstaatlichung der Eisenbahnen — Die Steuer-
frage; das Sozialistengesetz — Sozial- und
Wirtschaftsreform — Wirtschaftliche und soziale
Entwicklung — Innere Kolonisation — Vor-
bereitungen der deutschen Kolonialpolitik — An-
fänge der deutschen Kolonialpolitik — Der
kirchliche Ausgleich — Zusammenwachsen der
Nation — Geistiges Leben — Verstärkung des
Heeres — Ausgang Wilhelms I. und Fried-
richs III. — Zukunftsaufgaben.




Fünfter Zeitraum

Die landeskirchlich-ländliche Zeit

1517 bis 1648





Die Gründung des Protestantismus und das habsburgisch-spanische Kaisertum. 1517 bis 1558

In der Zeit, da sich im fernen Westen eine neue ^{Weltlage} Welt den Spaniern und Portugiesen entschleierte und damit eine völlige Verschiebung des wirtschaftlichen Schwerpunkts einleitete, da in Italien das Papsttum unter dem gewalthätigen Eroberer Julius II. und dem glänzenden Medicäer Leo X. seine politische Machtöhe erreichte, Rom die Hauptstadt der Hochrenaissance wurde, nach Michel Angelo's Plänen der marmorprangende Riesenbau der neuen Peterskirche neben der alten schlichten frühchristlichen Basilika, dem Schauplaze so vieler Kaiserkrönungen, emporstieg, die Wände des vatikanischen Palastes sich mit den Prachtgestalten Rafaels bedeckten, riß sich im fernen barbarischen Norden jenseits der Berge ein thüringischer Mönch in heißen Seelenkämpfen von dieser glänzenden und doch so tief verderbten römischen Kirche los.

Ein Kind des Volkes, ein Bauernsohn, nach der gewöhnlichen Annahme am 10. November 1483 zu Eisleben ^{Martin Luther} geboren, wohin die Eltern erst kurz zuvor aus dem Stammorte des Geschlechts, Möhra bei Salzingen,

übergesiedelt waren und nur allmählich durch den blühenden Mansfelder Bergbau zu bescheidnem Wohlstande gelangten, hatte Martin Luther erst daheim, dann auf den Lateinschulen in Magdeburg und Eisenach eine harte, freudlose Jugend verlebt, als er 1501 die Universität Erfurt bezog, um nach dem Willen des Vaters die Rechte zu studieren. Doch seinem grübelnden Sinn und seinem wachen Gewissen ging bald weit über alle die logischen Haarspaltereien der scholastischen Philosophie und die verzwickte Kasuistik des Corpus Juris und seiner Ausleger die Frage nach der Gemeinschaft des Menschen mit Gott, und als eine plötzliche Lebensgefahr während eines schweren Gewitters auf offener Landstraße ihm die furchtbare Möglichkeit, in seinen Sünden dahinzufahren, greifbar deutlich vor Augen gestellt hatte, trat er mit raschem Entschlusse im Juli 1505 in das Kloster der Augustiner-Eremiten zu Erfurt ein, eines Bettelordens, der in strengster Buße und Beichtdisziplin den Frieden der Seele suchte.

Luthers
theo-
logischer
Entwick-
lungsgang

Aber so sehr sich der neue Bruder Martinus in seiner kahlen engen Zelle angesichts des kleinen stillen weltabgewandten Klosterhofs mit Selbstprüfungen und Kasteiungen abquälte, den Frieden mit Gott fand er nicht. Da drang wie ein Lichtstrahl aus den Unterhaltungen mit dem wackern Ordensprovinzial Johannes Staupitz die paulinische Lehre in seine Seele, daß der Mensch gerecht werde nicht durch des Gesetzes Werk, sondern allein durch den Glauben an die stellvertretende Erlösungsthat Christi. Durch eifriges Studieren der paulinischen Briefe, des Augustinus und des Mystikers Tauler befestigte er sich täglich mehr in dieser Überzeugung, die der herrschenden Werkheiligkeit der Kirche durchaus widersprach und den Menschen Gott wieder unmittelbar gegenüberstellte, sein Seelenheil abhängig machte von

seiner innersten Erfahrung. Es war eine That der freien sittlichen Persönlichkeit und zugleich eine That echter Renaissance, der Rückkehr zu den lange verschütteten wahren Quellen der christlichen Lehre. Doch nicht im Gegensatz zur Lehre seiner Kirche meinte Luther zu stehen. Er empfing 1507 die Priesterweihe, er siedelte 1508 als Prediger an der Schloßkirche und als Lehrer der Philosophie nach der jungen 1502 gegründeten kursächsischen Universität Wittenberg über, aus der reichen, mächtigen, stolzen Hauptstadt des Thüringer Landes in eine kleine, ärmliche Landstadt inmitten einer reizlosen Tiefebene, ohne aus dem Kloster zu scheiden; er machte in dessen Auftrage 1511 mit einem andern Ordensbruder eine Reise nach Rom, ohne durch seine Wahrnehmungen römischer Zuchtlosigkeit in seiner Ehrfurcht vor der Kirche irre zu werden, und als er 1512 zum Doktor der Theologie (sententiaris biblicus) aufrückte, da erklärte er die biblischen Schriften noch ganz in dem allegorischen Sinne der Scholastik, nur daß er überall das hervorhob, was seine Lehre bekräftigte.

So gingen ihm die Jahre in fleißiger, freudiger Arbeit und zunehmender Vertiefung hin, als ein neuer Ablass zum Besten des Weiterbaus der Peterkirche, den im Sprengel des Erzbistums Magdeburg der Pirnaische Dominikaner Johann Tezel mit markt-schreierischer Aufdringlichkeit verkündete, Luther zwang, öffentlich Stellung zu nehmen gegen eine, wie er meinte, dem Papsttum unbequeme und gefährliche Ausdehnung der Ablassverheißungen auf die Sündenvergebung selbst und auf die Erlösung der Seelen aus dem Fegeseuer. Nach akademischer Sitte forderte er, indem er am 31. Oktober 1517, am Vorabend des Allerheiligensfestes, des Kirchweihfestes der Schloßkirche, seine fünfundneunzig Sätze (Thesen) an die Kirchthüren an schlug, zu einer Disputation

Die
95 Thesen

über seine Sätze, daß nur Gott gegen aufrichtige Buße die Sünde vergeben könne, heraus. Zur Disputation kam es nicht, wohl aber zu einem heftigen Federkriege, den in Frankfurt a. O. der Dominikaner Johannes Koch (Wimpina), von Rom aus der Meister des heiligen (päpstlichen) Palastes, Silvestro Mazzolini, aufnahm, und der zunächst lediglich als eine Fehde zwischen zwei großen Ordensgenossenschaften, als ein „Mönchsgezänk“ erschien.

Trennung
von
Rom

Aber schon griff Luthers Landesherr, der Kurfürst Friedrich (der Weise) von Sachsen, ein durchaus konservativer Herr, aber ein Gegner neuer Volksausbeutung durch Ablässe, insofern ein, als er Luthers Vorladung nach Rom verhinderte und seine Vernehmung in Deutschland vor dem Kardinallegaten Thomas de Vio aus Gaëta (Cajetanus) in Augsburg auf dem letzten Reichstage Kaiser Maximilians I. durchsetzte. Hier traf Luther im Oktober 1518 auf eine den neuen römischen Anforderungen wegen eines Türkenzuges durchaus feindselige Stimmung der Reichsstände, aber er wußte davon nichts und beantwortete jedenfalls die Aufforderung des stolzen Legaten, zu widerrufen lediglich nach seinem Gewissen, mit der Gegenforderung, daß man ihn widerlege. Zum erstenmale trat der kirchlichen Autorität die Überzeugung der freien Persönlichkeit als gleichberechtigt gegenüber, und auch die Abkunft, die sich Luther im Januar 1519 auf dem Altenburger Schlosse von dem päpstlichen Kämmerer Karl von Miltiz abgewinnen ließ, verpflichtete ihn nur zu schweigen, bis zwei deutsche Bischöfe den Handel entschieden haben würden. Inzwischen verbündete sich mit der Übersiedlung des jungen Philipp Melancthon (geboren 16. Februar 1497 zu Bretten in der Pfalz) nach Wittenberg (1518) der Humanismus mit Luthers Theologie und befestigte ihn in seiner Überzeugung durch das

Studium des Neuen Testaments im lange vergessenen griechischen Urtext. Da rief ihn die Fehde, in die sein Wittenberger Amtsgenosse Andreas Bodenstein aus Karlstadt in Franken mit dem großen Ingolstädter Scholastiker Johann Eck geriet, wieder auf den Plan, und diesmal kam die von beiden Seiten geforderte Disputation an der Universität Leipzig unter dem Schutze des Herzogs Georg von Sachsen im Juni und Juli 1519 wirklich zu stande. Sie endete mit einem völlig unerwarteten und ungewollten Ergebnis. Im Gedränge des Kampfes, aber in der unwiderstehlichen Konsequenz seiner Grundanschauungen bestritt Luther auch die Autorität der Konzilien, die höchste in der Kirche, und trat damit von deren Boden hinweg. Fortan stand er lediglich auf seiner in der heiligen Schrift begründeten Überzeugung.

Die Wendung war noch schärfer, entscheidender, als er ahnte. Bis dahin hatte der Streit als ein rein wissenschaftlich theologischer kein allgemeines Interesse erregt; jetzt erkannten die nationalen Humanisten, Hutten voran, früher als Luther selbst, daß dieser notwendig zur Loslösung von Rom kommen müsse, zu demselben Ziele, das sie selbst erstrebten. Sie drängten sich an ihn, sie begrüßten ihn als ihren Bundesgenossen, sie traten in Wort und Schrift für ihn ein, vor allem Hutten selbst in feurigen Dialogen und Liedern, lateinisch und deutsch, und indem Hutten seinen Standesgenossen, den mächtigen Reichsritter Franz von Sickingen, für die gemeinsame Sache gewann, verschmolzen die drei bis dahin getrennten Richtungen der Opposition, die theologische, humanistische und politische, zu einem großen Ströme. Zum erstenmale wurde die Presse eine Macht im Leben des deutschen Volkes, jetzt erst wurde Luthers Sache zu einer volkstümlichen, denn sie entsprach zugleich dem Drange nach sittlicher Freiheit der Persönlichkeit,

Die
nationale
Opposition

dem Streben nach Vertiefung des religiösen Lebens, der Empörung über die offensichtliche Verderbnis der Kirche, kurz den innersten Bedürfnissen der Zeit.

Der Bann Luther zögerte nicht, von der Abwehr zum umfassenden Angriff überzugehen. In der deutschen Flugschrift „an den christlichen Adel deutscher Nation von des geistlichen Standes Besserung“ (August 1520) wandte er sich zum erstenmale von den Geistlichen hinweg an die Laien, an die Fürsten und Edeln seines Volkes und stellte ihnen, in unverkennbarer Anlehnung an die humanistische Streilitteratur, sein nationalkirchliches Reformprogramm vor Augen: Regiment der deutschen Kirche durch die deutschen Bischöfe unter einer Ehrenvorstandschaft des Papstes, Reform der Kurie und der Kirchenzucht, Beschränkung der Klöster auf Anstalten für Barmherzigkeitspflege und Unterricht, humanistische Umgestaltung der Universitäten und Schulen. Kurz darnach, im Oktober 1520, griff das Praeludium de ecclesiae captivitate babilonica durch die Beschränkung der Sakramente auf die drei biblischen, die Taufe, die Buße und das Abendmahl, die Mittlerstellung des Klerus, also die alte Kirche selber an ihren tiefsten Wurzeln an. Er wußte damals bereits, daß man auch in Rom die Konsequenzen aus der Leipziger Disputation gezogen hatte: am 15. Juni schon war die Bannbulle ergangen, die Martin Luther als Ketzer aus der Kirche stieß, wenn er nicht widerrief. Aber die Aufnahme der Bulle in Deutschland war so gleichgiltig oder feindselig, daß Luther auch den letzten noch übrigen Schritt wagen konnte: am 10. Dezember 1520 warf er vor zahlreichen Professoren und Studenten seiner Universität am Elstertore von Wittenberg die Bulle in das lodernde Feuer eines Scheiterhaufens. Der Bruch mit der alten Kirche war vollzogen, unwiderruflich, unheilbar.

Noch hatte die Reichsgewalt zu der rasch anwachsenden Bewegung in keiner Weise Stellung genommen. Denn nach dem Tode Maximilians I. am 12. Januar 1519 lag sie verfassungsmäßig in den Händen der beiden Reichsvikare, der Kurfürsten von der Pfalz und von Sachsen, von denen der eine dem Ausgangspunkte der Bewegung örtlich sehr fern stand, der andre in seiner bedächtigen Weise die Dinge lieber gehen ließ. Erst am 28. Juni 1519 ging aus der Wahlhandlung zu Frankfurt a. M., trotz aller Anstrengungen des Königs Franz I. von Frankreich, einstimmig erhoben, Karl I. von Spanien als Kaiser hervor, aber es dauerte fast anderthalb Jahre, bis er Deutschland betrat. Und die Wahl dieses jungen Fürsten galt allgemein als ein Sieg der nationalen Sache, nur, weil er der Enkel Maximilians I. war, eine furchtbare, verhängnisvolle Täuschung! Soweit Karl V. (1519—56) einer Nation angehörte, war er ein burgundischer Niederländer, in Gent (24. Februar 1500) geboren, in Brüssel streng kirchlich erzogen, ganz und gar in den Händen burgundischer Räte, auch als er 1516 die Regierung Spaniens persönlich antrat, der hochdeutschen Sprache völlig unkundig und ohne jeden innern Zusammenhang mit dem deutschen Leben. Der Herr der Niederlande, Spaniens, Neapels, Siziliens, seit 1519 auch der deutsch-habsburgischen Gebiete, einer weitzerstreuten, durch den Zufall der Erbschaft allmählich an ihn gelangten, höchst verschiedenartigen Ländermasse, konnte immer nur im dynastischen Interesse regieren und die Bedürfnisse seiner Völker nur soweit berücksichtigen, als sie diesem nicht widersprachen. Und diesem Reiche, wo schon damals die Sonne nicht unterging, und wo bald die hochmütigen, bigotten Castilianer den Ton angaben, hatten die deutschen Kurfürsten freiwillig Deutschland eingefügt, in einem Augenblicke, da die Nation in ihren tiefsten

Wahl
Karls V.

Tiefen aufgerührt war und stürmisch nach einem nationalen Haupte verlangte! Nur ein Gutes hatte diese unselige Verbindung. Da Karl V. überall an die Mitwirkung seiner Stände gebunden war und nirgends über eine durchgreifende einheitliche Verwaltung verfügte, so war seine Macht bei weitem nicht so groß, als sie schien, und da er von Anfang an in vollem Gegensatze zu Frankreich und prinzipiell auch zum Papsttume stand, so blieb er in seiner deutschen Politik immer abhängig von den Wendungen seiner Weltpolitik und war nur selten zu einem stetigen, nachdrücklichen Auftreten in Deutschland imstande. Inmitten dieser kämpfenden Mächte mußte sich die kirchliche Bewegung durchsetzen.

Der
Reichstag
von
Worms

Erst im Herbst des Jahres 1520 betrat Karl V. wieder den Boden der Niederlande, am 20. Oktober wurde er in Aachen im Münster Karls des Großen gekrönt. Dort merkten die deutschen Fürsten zuerst, daß ihr Herr ein Fremder sei, und sie suchten sich durch eine Wahlkapitulation zu sichern, die ihn verpflichtete, das Reich nur mit Deutschen zu regieren und keine fremden Truppen nach Deutschland zu führen: einem mächtigen Herrn gegenüber leere Worte. Wie er seine kaiserliche Pflicht auffaßte, zeigte seine Anordnung, dem Bann gegen Luther in den Niederlanden Nachdruck zu geben; erst als er am 28. November nach Worms kam, wohin er seinen ersten Reichstag ausgeschrieben hatte, wurden er und seine burgundischen Staatsmänner inne, welche ungeheure Gährung sie umgab. Zunächst traten allerdings politische Geschäfte in den Vordergrund. Der Kaiser übertrug die deutsch-österreichischen Gebiete mit dem Herzogtum Württemberg, dessen tyrannischen Landesherrn Ulrich der schwäbische Bund als einen Partei-gänger Frankreichs 1519 verjagt hatte, seinem jüngern Bruder Ferdinand, und die Stände beschloffen die Durch-

führung der schon 1512 angenommenen Kreisordnung, die Aufstellung einer Matrikel für die Leistungen an das Reich und die Einsetzung eines Reichsregiments für die voraussichtlich lange Abwesenheit des Kaisers. Aber der Antrag des päpstlichen Nuntius Meander, des Reiches Acht über Luther zu verhängen, stieß auf ihren entschiedensten Widerspruch, denn so wenig sie ihrer Mehrzahl nach mit Luthers dogmatischer Opposition sympathisierten, so meinten sie doch den gewaltigen Mann für eine konziliare Reform der Kirche gewinnen zu können, eine Meinung, die selbst an dem Beichtvater des Kaisers, dem französischen Franziskaner Glapion, einen einflußreichen Vertreter fand.

So wurde denn nach überaus heftigen Debatten beschlossen, Luther unter freiem kaiserlichen Geleite nach Worms zu rufen und nochmals zu befragen, ob er an seinen frühern Sätzen festhalte; wenn er das auch jetzt thue, möge der Kaiser gegen ihn verfahren, sonst solle er weiter gehört werden. Ohne Menschenfurcht, seines Gottes voll zog Luther am 16. April 1521 nach einer Reise, die ihm tagtäglich die wärmsten Sympathien seines Volks offenbart hatte, in Worms ein und erschien schon am nächsten Tage zum erstenmal im Bischofshofe vor Kaiser und Reich. Befangen von der glänzenden Versammlung bat er auf die ihm vorgelegte Frage zunächst um Bedenkzeit. Doch als er am 18. April gegen abend, als schon die Fackeln brannten, zum zweitenmale vorkam, hatte er die größte Stunde seines Lebens, und die deutsche Geschichte eine ihrer gewaltigsten. Denn ohne zu schwanken wies er in längerer Rede jede Zumutung zum Widerruf ab, sodaß der Kaiser, entrüstet über solchen Rebertroß, die Verhandlungen abzubrechen befahl; doch das letzte Wort des Augustiners in den Lärm des Ausbruchs hinein war: „Hier steh ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen!“ Noch-

Luther
in Worms

malige mehrtägige Verhandlungen vor einer fürstlichen Kommission blieben, wie natürlich, ebenso vergeblich; am 26. April reiste Luther ab.

Das
Wormser
Edikt

Inzwischen schloß der Kaiser am 8. Mai sein Kriegsbündnis mit dem Papste gegen Frankreich, und auf diesen Tag ließ er die Reichsacht gegen Luther, „das Wormser Edikt“, zurückdatieren, das am 25. Mai die wenigen noch zurückgebliebenen Fürsten der Verabredung gemäß annahmen, der Kaiser am 26. unterzeichnete. So eng verbunden, wie seit Jahrhunderten nicht, standen die beiden universalen Gewalten des Mittelalters, Kaisertum und Papsttum, neben einander, doch in diesem Augenblick vollzog das habsburgische Kaisertum auch den Bruch mit dem deutschen Volksgeiste, unwiderruflich unheilbar.

Der erste
italienische
Krieg

Von Deutschland kehrte Karl V. nach Spanien zurück, um den Krieg gegen Frankreich aufzunehmen (1521/6), der nur der Form nach für die Wahrung der Reichsrechte auf Mailand, thatsächlich um die Oberherrschaft der Halbinsel für Spanien und um die Wiedererwerbung des Herzogtums Burgund geführt wurde, also auch um die Frage, ob Frankreich seine Großmachtstellung bewahren oder Spanien die Vorherrschaft über ganz Europa gewinnen solle. Zwar schlugen Scharen tapfrer deutscher Landsknechte unter Führern wie Georg von Frundsberg und Mary Sittich von Ems neben den Spaniern die Schlachten des Kaisers, und das deutsche Volk begleitete mit lebhafter Teilnahme ihre Thaten und Leiden, aber das wahre Interesse Deutschlands stand viel mehr auf Frankreichs als auf des Kaisers Seite, und so wurde es eine leidige aber unausbleibliche Folge aus unnatürlichen Verhältnissen, daß deutsche Fürsten bald Anlehnung an den König von Frankreich suchten, der obendrein der religiösen Bewegung zeitweilig nicht unfreundlich gegenüberstand.

Das Kaisertum hatte die Leitung der deutschen Dinge freiwillig aus der Hand gegeben, und daß in einem Augenblicke, wo die schwersten kirchlichen, sozialen und politischen Fragen zur Lösung drängten, der also für die Zukunft der Nation noch viel entscheidender war als der, wo der Sizilianer Friedrich II. im Jahre 1220 Deutschland verließ. So fielen diese ungeheuern Aufgaben den deutschen Reichsständen anheim, die in dem Reichsregiment von Nürnberg zwar ein gemeinsames, aber nur schwaches Organ hatten. Aber auch sie thaten zunächst gar nichts, obwohl es doch bald völlig klar wurde, daß Bann und Reichsacht der allgemeinen Stimmung gegenüber kalte Blizschläge waren. Selbst die religiöse Bewegung schien führerlos; denn der Kurfürst von Sachsen hatte, da er das Wormser Edikt weder vollstrecken wollte noch ihm offen zu trohen wagte, Luthern bei der Rückreise über den Thüringer Wald aufheben und auf der Wartburg in Sicherheit bringen lassen, jener waldbumkränzten Bergfeste, die schon einmal als Hort deutscher Dichtung gefeiert worden war und jetzt geweiht wurde als Zufluchtsstätte des größten Deutschen. Hier übersehte er binnen wenigen Monaten das Neue Testament aus der Ursprache in sein volkstümliches Deutsch und gab damit der religiösen Bewegung die schärfste Waffe. Aber er konnte nicht verhindern, daß inzwischen Reformpläne Gestalt gewannen, die über seine Ziele nicht nur weit hinausgingen, sondern sie auch geradezu schädigten. Die „Schwarmgeister“ in Zwickau unter Thomas Münzer wollten nur die innere Erleuchtung als sittlich-religiöse Richtschnur des Menschen anerkennen, verkündeten daraufhin die Abschaffung der Kindertaufe und die Gütergemeinschaft und verschritten endlich zu dem radikalen Unfuge des „Bildersturms,“ setzten ihn auch, als sie von der Behörde ausgewiesen worden waren, mit Dr. Karlstadt's Hilfe in Witten-

Luther
auf der
Wartburg

berg fort. Da ritt Luther im März 1522, ohne die Gefahr auf herzoglich sächsischem Gebiet zu achten, mutterseelenallein, aber unkenntlich durch Wollbart und Reitertracht, über Jena und Leipzig nach Wittenberg zurück und stillte binnen acht Tagen durch seine Predigt die Unruhen. Fortan saß er ungestört in Wittenberg, denn das Reichsregiment that zwar nichts für ihn, aber auch nichts gegen ihn, wies sogar die Vorschläge des neugewählten Papstes Hadrianus VI. (1522—23), eines niederländischen Theologen, der Lehrer Karls V. gewesen und auf dessen Veranlassung erhoben worden war, zurück, denn dieser stellte als Bedingung für die Berufung eines Reformkonzils die strenge Durchführung des Wormser Edikts, und diese war unmöglich.

Erhebung
der
Reichs-
ritter

Da brach die erste der drohenden sozial-politischen Bewegungen los. Im Spätsommer des Jahres 1522 erhob sich Franz von Sickingen an der Spitze der deutschen Reichsritterschaft, um die Kirchenreform mit Gewalt durchzuführen und die geistlichen Fürstentümer zu vernichten. Er selbst erschien im September mit stattlichem Heer vor Trier. Allein der Angriff mißlang, und das bedrohte Fürstentum raffte sich auf. Philipp von Hessen und Ludwig von der Pfalz, mit Kur-Trier verbündet, überwältigten den Ritter auf seiner Burg Landstuhl, wobei er selbst umkam (Mai 1523); der Schwäbische Bund warf die fränkische Reichsritterschaft nieder, und die Reichsstädte stellten bereitwillig ihr Geschütz gegen die Burgen des Adels zur Verfügung, so sehr sich auch Gutten bemüht hatte, durch feurige Aufrufe die alte Kluft zu überbrücken. Schließlich von der Reichsacht mit betroffen, flüchtete dieser streitbarste Führer einer weltlichen Reformbewegung krank und mittellos über Straßburg und Basel nach der Schweiz; hier ist er unter Ulrich Zwinglis Obhut im August oder Sep-

tember 1523 auf der Insel Ufnau im Züricher See gestorben. Die politische Rolle der Reichsritterschaft war ausgespielt, der Sieg aber gehörte nicht dem Reiche, sondern dem Fürstentume.

Bald wandte dieses sich im Bunde mit den Reichsstädten gegen seine eigne Schöpfung, das Nürnberger Reichsregiment, das gegen Sickingen nur zögernd und unwirksam eingeschritten war, durch seine laue Haltung in der Lutherschen Sache keine Partei befriedigte und jetzt auch das finanzielle Interesse der Städte gegen sich aufgereizt hatte, weil es, einer populären Strömung allzusehr nachgebend, kurzerhand die großen Handelsgesellschaften verbot und das Reich mit einer Zollgrenze umgeben wollte, um die Reichsverwaltung finanziell auf eigne Füße zu stellen. Gegen solche Pläne und Beschlüsse legte eine reichsstädtische Gesandtschaft im August 1523 beim Kaiser Verwahrung ein, dieser aber löste nicht nur das Reichsregiment in seiner damaligen ständischen Zusammensetzung auf und verlegte es als eine kaiserliche Behörde nach der schwäbischen Reichsstadt Eßlingen, sondern er verbot auch den bereits für November 1524 beschlossenen Reichstag in Speier, auf dem die kirchliche Reformfrage zur Sprache kommen sollte. Fast gleichzeitig, am 7. Juli, verpflichteten sich Bayern, Österreich, Salzburg und elf andre süddeutsche Bischöfe in Regensburg, in ihren Gebieten das Wormser Edikt durchzuführen und die kirchlichen Mißbräuche abzustellen, unerwartet eines Reichstags- oder Konzilsbeschlusses, kraft ihrer landesherrlichen Gewalt. Die kirchliche Spaltung der deutschen Nation begann, und vom Fürstentume ging sie aus.

Während so ein Teil des Südens mit voller Entschiedenheit auf den Boden der alten Kirche zurücktrat, begann weithin vom Norden aus die kirchliche Neugestaltung, nicht durch das Fürstentum,

Beginn
der
kirchlichen
Spaltung

Beginn
der
kirchlichen
Neu-
gestaltung

sondern durch die Gemeinden, ohne äußern Anstoß, aber unter der beständigen persönlichen Leitung Luthers, der zunächst in radikalem Idealismus die kirchliche Gewalt in die Hände der Gemeinde legen wollte, da von ihr auch die urchristliche Kirchenbildung ausgegangen war. Wie die Verwaltung des Kirchenguts, so sollte auch die Wahl der Geistlichen an die Gemeinden übergehen; die Sprache des Gottesdienstes wurde das Deutsche, in seinen Mittelpunkt rückte, begleitet vom deutschen Gesange der gesamten Gemeinde, die Predigt, die Verkündigung des Wortes Gottes, statt der Messe, und an deren Stelle trat das Abendmahl unter beiderlei Gestalt. Dies aber erschien nicht mehr als das Messopfer, das der geweihte Priester vollzieht, sondern als die geheimnisvolle Vereinigung des Gläubigen mit der Person Jesu Christi durch den Genuß des Sakraments. Also fiel die Mittlerstellung des Klerus, und an die Stelle des Priesterstandes, der ausschließlich den Gläubigen den Schatz der göttlichen Gnade vermittelt, traten die Diener am Wort. Damit wurde auch das erzwungne Priesterkölibat, das im Interesse der römischen Hierarchie den Geistlichen vom Volke trennen sollte, hinfällig, und es entstand das evangelische Pfarrhaus als eine neue Macht des Segens in den deutschen Landen. Sein Muster wurde Luthers eignes Hauswesen im aufgehobnen Augustinerkloster, das er, alles hämische Gerede verachtend, im Mai 1525 durch seine Ehe mit Katharina von Bora gründete. Und da nun für Luther die Verdienstlichkeit der guten Werke hinwegfiel, so brach damit auch die Grundlage der geistlichen Orden zusammen, sie begannen sich aufzulösen. Denn an die Stelle der Flucht aus dieser sündigen Welt sollte die Heiligung der weltlichen Arbeit treten als einer gottgewollten Ordnung im Dienste Gottes.

So erhielt denn auch das Schulwesen eine andre Protestantisches Schulwesen Bedeutung. Bisher grundsätzlich eine Veranstaltung der Kirche zur Ausbildung ihrer Diener, wurde jetzt die Lateinschule nach Luthers Aufruf von 1524 und Melancthon's Ordnung eine Veranstaltung der Gemeinde, die ebenso gut die künftigen Geistlichen wie die weltlichen Beamten durch humanistische Studien, d. h. durch die Aneignung völliger Herrschaft über das Latein und durch die Unterweisung in christlicher Frömmigkeit, für die Universität vorzubereiten hatte. So wurde der Humanismus in den Dienst der Schule und Kirche genommen. Von der antikisierenden, das Leben im Sinne der Alten auffassenden und umgestaltenden Weltanschauung der frühern Humanisten wollte Luther nichts wissen, und so ist es kein Wunder, daß er mit Erasmus im Streit um die Willensfreiheit 1524 völlig brach, und daß eine Reihe von humanistischen Führern, wie W. Birkheimer, sich der alten Kirche wieder näherten.

Von Kursachsen, namentlich von Wittenberg Ausbreitung der Reuegestaltung aus verbreitete sich diese Neugestaltung durch ganz Mitteldeutschland bis nach Schlesien hinein, sie ergriff auch eine Reihe süddeutscher Reichsstädte, wie Nürnberg, Ulm, Straßburg. Doch noch kein einziger Reichsfürst und kein Bischof des Reichs nahm sie an. Der erste Fürst, der das that, war kein Reichsfürst, sondern der Hochmeister des deutschen Ordens in Preußen, Albrecht von Brandenburg. So verachtet war dort der verfallne Orden, daß das Land, seine Bischöfe voran, abgefallen wäre, hätte sich nicht Albrecht, mit Polen im hoffnungslosen Kampfe um seine Selbständigkeit begriffen, auf Luthers persönliche Mahnung entschlossen, am 10. April 1525 Preußen als erbliches Herzogtum von Polen als Lehen zu nehmen und die Neugestaltung selbst durchzuführen. Aus den Trümmern einer der ruhmvollsten Erober-

rungen der mittelalterlichen Kirche erhob sich das erste protestantische Fürstentum.

Zwingli's
Reform

Die erste evangelische Landeskirche überhaupt entstand nicht hier, sondern in der deutschen Schweiz, auf republikanischem Boden, in Zürich. Ihr Gründer wurde Ulrich Zwingli, als Sohn wohlhabender Eltern am 1. Januar 1484 geboren, in der nüchtern-verstandesmäßigen, praktisch-realistischen Art ganz und gar ein Sohn seines oberalemannischen Stammes und auf den Universitäten Basel und Wien viel tiefer vom Humanismus ergriffen als Luther. Nachdem er als Geistlicher in dem großen Wallfahrtsorte Einsiedeln die Schattenseiten der herrschenden Werkheiligkeit gründlich kennen gelernt hatte, trat er 1519, ohne jemals Luthers heiße Gewissenskämpfe erlebt zu haben und unabhängig von diesem, wesentlich aus verstandesmäßigen Erwägungen als Leutpriester am Grossmünster, der Hauptkirche von Zürich, gegen den Ablasshandel auf und entschied den Sieg seiner immer fester begründeten evangelischen Überzeugung in einer großen Disputation mit den Vertretern des Bistums Konstanz im Februar 1523.

Nun nahm der Rat von Zürich ohne weiteres die Kirchengewalt an sich, die Gemeinden des ganzen Kantons folgten rasch diesem Beispiele und schlossen sich zu einer republikanischen Staatskirche zusammen. Indem Zwingli die Ordnung der Kirche und des Gottesdienstes auf dieselben Grundlagen stellte wie Luther, auch das erzwungne Priestercölibat aufgab und sich selbst 1524 vermählte, sah er doch in dem Abendmahle nichts als eine Gedächtnisfeier des Todes Christi und beseitigte mit radikaler Härte aus dem Gottesdienst alles, was sich nicht aus der heiligen Schrift belegen ließ, Altar, Orgel und Bilder.

Die
Täufer-
gemeinden

Es war ganz natürlich, daß dieser nüchtern-verstandesmäßigen Reform die glaubensinnige Mystik be-

geisterter Schwärmer entgegentrat. Wie die sächsischen Schwarmgeister ließen auch sie die Bibel als Quelle religiöser Erkenntnis zurücktreten hinter der „inneren Erleuchtung“ des Einzelnen; sie lehrten ein allgemeines Priestertum aller Christen und leugneten die Kraft der Sakramente; aber sie wollten nicht in stürmischer Bewegung wie jene die Welt umgestalten, sich vielmehr von der Teilnahme an ihr möglichst zurückziehen und in brüderlicher Liebe still für sich dahinleben. Auf Zwingli's Veranlassung im Januar 1525 aus Zürich ausgewiesen, verbreiteten sich die Anhänger der neuen Richtung rasch über das südwestliche Deutschland, zumal unter den Bauern und Handwerkern, und indem sie die Kindertaufe als widerchristlich verwarfen, einigten sie sich durch eine neue Taufe. Ihr größter Apostel und Lehrer wurde Hans Denck aus Nürnberg, der nach einem Leben voll Unruhe und Verfolgung 1527 in Basel starb.

Wie mußte das alles nun auf die längst gährenden Massen des Landvolks wirken, dieser Fall einer uralten, allmächtigen, geheiligten Ordnung, wie die römische Kirche es war, diese Verwerfung der höchsten bisherigen Autorität, diese Betonung der Bibel oder gar einer ganz subjektiven, inneren Erweckung als der einzig berechtigten Grundlage des Glaubens und Lebens! Und für die Abstellung all der zahllosen Beschwerden des Bauernstandes rührte keine Obrigkeit einen Finger, nicht die völlig ohnmächtige Reichsgewalt, nicht die Fürsten. Da erschien das, was bisher Forderung des praktischen Lebens gewesen war, als begründet in der heiligen Schrift, in jener stets höchst gefährlichen Erweiterung ihrer Bedeutung, die unmittelbar aus ihr die Regeln auch für das politische und soziale Dasein ableiten will; und diese Regeln durchzuführen galt jetzt nicht nur als göttliches Recht, sondern als religiöse Pflicht. Doch beschränkte

Ursprung
des
Bauern-
krieges

sich diese Auffassung und damit die ganze Bewegung im wesentlichen auf die südwestlichen Länder des Reichs, wo sich die Bauern keineswegs am schlechtesten befanden und durch den Landsknechtsdienst wie durch das Beispiel der benachbarten Schweiz mit verstärktem Selbstgefühl erfüllt waren, wo zahlreiche kleine machtlose weltliche und geistliche Landesherrschaften nebeneinander standen und die Zahl der Unzufriednen in den Städten unter dem harten patrizischen Regiment, im Adel nach der Niederwerfung der Reichsritterschaft besonders groß war. So wurde hier der Bauernkrieg eine Erhebung aller gedrückten Volksschichten und gewann seine bedeutendsten Führer aus städtischen und ritterlichen Kreisen. In Norddeutschland wurde nur Thüringen stärker ergriffen; das übrige Land blieb gänzlich unbeteiligt, weil die Lage der Bauern entweder zu gut oder zu schlecht war, als daß sie den bewaffneten Aufruhr hätten wagen wollen oder können, und die landesherrliche Gewalt meist stärker war als im Südwesten.

Der süd-
deutsche
Bauern-
krieg

Die Bewegung begann schon im Juni 1524 in der kleinen Grafschaft Stühlingen westlich vom Bodensee an der Schweizer Grenze; sie griff dann nach dem Kletgau und Hegau über, fand im zeitigen Frühjahr 1525 einen neuen Herd in dem Winkel zwischen Bodensee, Alpen, Lech und Donau, namentlich auf dem Gebiete des Abtes von Rempten und gewann für kurze Zeit sogar einen fürstlichen Führer in dem verjagten Herzog Ulrich von Württemberg, der die alte Bergfeste Hohentwiel im Hegau mit französischen Hilsgeldern erworben hatte und im Februar 1525 mit Bauernhaufen und unzufriednen Reichsrittern sogar einen freilich vergeblichen Versuch machte, sein Stamm-land wiederzuerobern. Dann ergriff der Aufruhr ganz Württemberg, selbst Stuttgart, ging über den Schwarzwald nach der oberrheinischen Tiefebene, auch nach

dem vielgeteilten Elsaß hinüber, bedrohte Straßburg und gewann im Mai Freiburg. Aller Orten fielen Burgen und Klöster wilder Zerstörung anheim.

Aber gerade aus den Kreisen der schwäbischen Bauern, und zwar des Allgäus tauchte schon im März 1525 ein durchaus gemäßigtes und verständiges Programm sozialer Reformen auf, die „Zwölf Artikel.“ Neben den alten agrarischen Forderungen (Herstellung der alten „gemeinen Markt,“ Beschränkung der Fronen, Abgaben und Dienste, Abschaffung der übrigens seltenen Leibeigenschaft) standen hier neue Forderungen kirchlich-reformatorischer Art (freie Pfarrerrwahl durch die Gemeinden, freie Predigt des Evangeliums, Aufhebung eines Teils des Zehnten), alles Dinge, über die eine Verständigung zwischen Bauern und Grundherren recht wohl möglich war. Rasch verbreiteten sich die Zwölf Artikel und wurden auch in Franken die Losung der Erhebung. Hier begann sie um Rotenburg an der Tauber und im Odenwalde; sie bildete zwei große, leidlich geordnete Bauernheere unter bäuerlichen und ritterlichen Führern, den „Schwarzen Haufen“ unter dem Reichsritter Florian Geyer und den „Hellen Haufen“ unter Georg Meßler und Wendelin Hipler, denen später Götz von Berlichingen zur Seite trat. Beide erstürmten am Ostersonntage (19. April) Weinsberg und vollstreckten an den Edelleuten der Besatzung ein schreckliches Strafgericht nach Landsknechtsbrauch. Auch das Stift Bamberg schloß sich ihnen an, der ganze Adel vom Odenwald bis zur schwäbischen Grenze unterwarf sich den Zwölf Artikeln, desgleichen die Reichsstädte Heilbronn und Frankfurt, sowie das ganze Erzstift Mainz und das Bistum Würzburg mit der Hauptstadt; nur der Frauenberg auf der andern Mainseite, die alte Hochburg Frankens, leistete den vereinigten Bauernheeren tapfer Widerstand.

Und hier auf dem Gipfel des Erfolges entsprang

Bauern-
sieg

Reichs-
reform-
plan

im Kopfe Hiplers, eines frühern hohenlohischen Beamten, ein neues, höchst umfassendes politisch-soziales Reformprogramm, das letzte großen Stils vor 1848. Es forderte Einziehung der geistlichen Güter, Wiedereinführung des deutschen Rechts mit Volksgerichten, Einheit von Maß, Münze und Gewicht, Beschränkung des Wuchers und Sicherheit der Straßen, das alles unter einem mächtigen Kaisertume. In Heilbronn übernahm ein Ausschuß die Oberleitung als Vorläufer einer künftigen Reichsregierung.

Der thüringische Bauernkrieg

Diese Reformgedanken hätten nur dann siegen können, wenn das weltliche Fürstentum und das Bürgertum dafür zu gewinnen gewesen wären. Aber zum Unglück für die Sache der Bauern verband sich damit in Thüringen, ganz unabhängig von der süddeutschen Bewegung, eine radikal-kommunistische Erhebung unter Führung des phantastischen ober-sächsischen Schwärmertums, wie es Thomas Münzer vertrat. Nach manchen vergeblichen Anläufen hatte dieser endlich in der nordthüringischen Reichsstadt Mühlhausen Fuß gefaßt und dort mit Hilfe der Massen ein theokratisch-kommunistisches Regiment mit dem Ansehen eines Propheten ausgerichtet. Von hier aus rief er zu einem neuen Bunde der Brüder in Freiheit und Gleichheit auf, predigte den Verteilungskrieg gegen Fürsten und Herren, Kirchen und Klöster und wütete verwüstend und zerstörend mit seinen fanatisierten Haufen durch das ganze Land.

Niederwerfung des Aufstandes

Diese schrecklichen Ereignisse entschieden in Verbindung mit den Greueln von Weinsberg die Parteilstellung Luthers. Aufs tiefste empört über diese „fleischliche“ Entstellung seines religiös-sittlichen Ideals von der christlichen Freiheit forderte er im Mai in einer leidenschaftlichen Flugschrift die Fürsten und Herren zum schonungslosen Zuschlagen auf um Gottes willen, und seine Haltung war für die fürstlichen wie für

die bürgerlichen Kreise weithin bestimmend. Und nun zeigte sich doch, daß die Landesherren mit ihren geharnischten Reifigen und ihren kriegsgewaltigen Landsknechtsscharen, die sie nach der siegreichen Entscheidung des italienischen Kriegs durch die Schlacht bei Pavia (24. Februar) mit leichter Mühe zusammenbrachten, den Aufruhr unterdrücken konnten, sobald sie nur ernsthaft wollten. Zuerst wurden die ungeordneten Haufen der thüringischen Bauern von den Streitkräften der sächsischen Fürsten und Landgraf Philipp von Hessen auf dem „Schlachtenberge“ bei Frankenhäusen am 15. Mai ohne wirklichen Kampf zersprengt, Tausende erschlagen, Münzer gefangen und hingerichtet. In denselben Tagen zwang Herzog Anton von Lothringen die elsässischen Bauern in Zabern zur Übergabe, schlug Georg Truchseß von Waldburg die württembergischen Bauern bei Sindelfingen. Die Bauern des Bistums Speier ergaben sich dem Kurfürsten Ludwig V. von der Pfalz bei Bruchsal (25. Mai). Auf diese Nachrichten hin hoben die fränkischen Bauernheere nach einem letzten Sturmversuche die Belagerung des Frauenberges auf und zogen südwärts nach der Tauber ab, um den bedrängten Schwaben Hilfe zu bringen; dabei wurde der „Helle Haufe,“ als er am 2. Juni bei Königshofen auf die schwäbischen und pfälzischen Truppen stieß, auseinandergetrieben, der „Schwarze Haufe“ bei Ingolstadt und Sulzdorf am 4. Juni nach tapferm Widerstande überwältigt. Das entschied die Unterwerfung ganz Frankens von Bamberg bis Mainz. Im südöstlichen Schwaben stellte Georg von Waldburg mit grausamer Härte die Ordnung wieder her. In Bayern hatte die Regierung mit eiserner Hand jeden Aufstand niedergehalten und die Lechgrenze militärisch gesperrt. Dagegen erreichten die Bauern Tirols unter der entschlossenen und besonnenen

Führung Michael Gaismairs vom Erzherzog Ferdinand wertvolle Zugeständnisse, die Erleichterung ihrer Lasten und die Herstellung der Almenderechte. Gewaltsamern Charakter trugen die Ereignisse im Erzstift Salzburg und im steirischen Oberlande, wo auch die Bergleute von Eisenerz und Schladming eifrig bei der Sache waren. Erst im September gelang hier schwäbischen und bayrischen Truppen die Bewältigung; im Salzburgerischen mußte sogar noch 1526 eine neue Erhebung blutig niedergeworfen werden.

Folgen
des
Bauern-
krieges

Auf die Greuel der empörten Bauern folgten ärgere Greuel der rachsüchtigen Sieger: die beste Kraft des Bauernstandes in Franken, Schwaben und Thüringen verblutete auf dem Schlachtfelde und auf dem Hochgericht, zahlreiche Dorfschaften seufzten noch lange Jahre unter der drückenden Last von Kriegsteuern. Gleichwohl hat sich nicht nur in Tirol, sondern auch anderwärts, im Oberrheinthale, in der Pfalz u. s. f. die wirtschaftlich-rechtliche Lage der Bauern durch friedliche Vereinbarungen wesentlich verbessert. Aber freilich, von der Teilnahme an der politisch-nationalen Entwicklung schied der deutsche Bauernstand fast ganz aus, und die gewaltige reformatorisch-revolutionäre Bewegung der Zeit beschränkte sich fortan auf die Umgestaltung der Kirche und Schule.

Das
Fürsten-
tum und
Luthers
Staats-
lehre

Auch im Bauernkriege gehörte dem Fürstentum der Sieg, nicht dem Adel oder den Städten, geschweige der Reichsgewalt, die in diesem furchtbaren Kampfe schlechterdings nichts gethan hatte. Also ergab sich aus dem Bauernkrieg eine abermalige Verstärkung des Landesfürstentums, denn es hatte Deutschland aus einer furchtbaren Revolution gerettet und nahm jetzt folgerichtig auch die Entscheidung der wichtigsten nationalen Angelegenheit, der kirchlichen Frage, in die es bisher wenig eingegriffen hatte, selbständig in die

Hand. Ansätze zur Erwerbung der Kirchenhoheit hatten deutsche Landesherren schon im fünfzehnten Jahrhundert gemacht (I, 305), aber grundsätzlich erhoben sie diesen Anspruch erst jetzt, nachdem der Bauernkrieg die Unmöglichkeit, die Kirche auf der selbständigen Gemeinde aufzubauen, erwiesen hatte. Auch Luther konnte sich dieser Notwendigkeit nicht mehr verschließen; vielmehr lieferte er selbst die theoretische Grundlage mit seiner Staatslehre (1523). Denn während das Mittelalter den Staat als eine der Kirche untergeordnete Einrichtung für untergeordnete Zwecke betrachtet hatte (I, 66), lehrte Luther, die weltliche Obrigkeit habe ihr Recht von Gott gleich wie die Kirche. Damit wurde der Staat mündig, wie die ganze Laienwelt es geworden war.

Durchzusetzen war freilich diese grundtiefe Umwandlung nur in dem großen Zusammenhange der europäischen Politik. Aus dem glänzenden Siege des Kaisers, der den Franzosen das Herzogtum Mailand und damit die Herrschaft über Oberitalien entriß, erwuchs noch 1526 der zweite italienische Krieg (1526 bis 1529), zunächst ein letzter verzweifelter Versuch des Medicäerpapstes Clemens VII., mit französischer Hilfe die „Barbaren,“ die verhassten Spanier, aus Italien zu verjagen. Im Kampfe mit dem Papste begriffen konnte Karl V. unmöglich als Vogt der Kirche gegen die deutschen Keker einschreiten, zumal da sich die evangelisch gesinnten Fürsten Norddeutschlands, Johann von Sachsen, Philipp von Hessen, Ernst von Braunschweig-Lüneburg u. a. m. schon im März 1526 in Torgau zu einem Schutzbündnis vereinigt hatten. Demnach beschloß der Reichstag zu Speier, da über eine nationale Kirchenreform schon keine Einigung mehr zu erzielen war, am 27. August 1526 bis zu einem allgemeinen Konzil jedem Reichsstande die Verfügung in kirchlichen Dingen

Der
2. ital.
Krieg und
der Reichs-
tag von
Speier
1526

zu überlassen. Damit war die rechtliche Grundlage der evangelischen Landeskirchen gegeben: der fürstliche Partikularismus, der schon die politische Einheit der Nation aufgelöst hatte, hielt jetzt auch in ihr kirchliches Leben seinen Einzug.

Be-
gründung
der
Landes-
kirchen

Zunächst traten noch zwei einander völlig entgegengesetzte Formen der Kirchenverfassung auf. In Hessen konstituierte die Synode von Homberg im Oktober 1526 die hessische Landeskirche auf Grundlage des Gemeindeprinzips als eine demokratische Gemeinschaft, die, ganz unabhängig vom Landesherrn, ihre gesetzgebende Gewalt durch eine jährlich zusammentretende Synode aus Geistlichen und Laien übte, sich durch einen Ausschuß regierte und ihre Vorsteher selbst wählte. Zur Heranbildung ihrer Theologen wurde 1527 die Universität Marburg gegründet. In Kursachsen dagegen nahm der Landesherr als „Notbischof“ die Kirchengewalt (ius in sacra) selbst an sich, ordnete durch seine „Visitationen“ (planmäßig seit 1528) das völlig verkommene Kirchen- und Schulwesen, für dessen wichtigsten Unterrichtsgegenstand, die Religionslehre, Luther 1529 seine Katechismen schrieb, übertrug das Kirchenregiment den Konsistorien, die Verwaltung der frühern erzpriesterlichen Sprengel den Superintendenten. Die Güter der Kirchen und Klöster wurden allmählich eingezogen. Diese territorial-monarchische Kirchenverfassung hob den mittelalterlichen Dualismus zwischen Staat und Kirche auf, indem sie die Kirche als irdische Gemeinschaft dem Staate einordnete, verstärkte unermesslich die Macht des Landesherrn und wurde für das ganze evangelische Deutschland das maßgebende Vorbild, dem sich auch Hessen bald anschloß.

Aus-
dehnung
der habs-
burgischen
Macht

Inzwischen stieg die Macht des Hauses Habsburg höher und höher. Die schreckliche Einnahme und Plünderung Roms im Mai 1527 lieferte dem Kaiser den Papst in die Hand, und nach der miß-

lungen Belagerung Neapels 1528 verschwanden die französischen Heere aus Italien. Zugleich verwirklichten sich gegen alle menschliche Berechnung ganz plötzlich die habsburgischen Aussichten auf die Erwerbung Böhmens und Ungarns (I, 331 f.). Seit der Einnahme Belgrads 1521 stand die furchtbare Kriegsmacht der Osmanen drohend an der ungarischen Südgrenze. Ihr erlag in der Vernichtungsschlacht bei Mohacs am 29. August 1526 der junge König von Ungarn und Böhmen, Ludwig II. Auf beide durch seinen Fall erledigte Kronen erhob sein Schwager Erzherzog Ferdinand Anspruch und verwirklichte ihn in Böhmen schon im Oktober 1526 mit friedlichen Mitteln durch die Wahl der Stände, in Ungarn erst 1527 mit Waffengewalt, da ihm hier, von einem großen Teile des Adels unterstützt, Johann Zapolya, der Wojewode von Siebenbürgen, entgegentrat. Die Umrisse eines neuen selbständigen Reichs der Habsburger stiegen empor.

Gehoben von solchen Erfolgen und wieder im Einverständnis mit dem Papsttum setzte der Kaiser auf dem Reichstage von Speier im Frühjahr 1529 durch seinen Bruder Ferdinand den Mehrheitsbeschluß durch, den Beschluß von 1526 aufzuheben, den Bischöfen ihre Rechte, den geistlichen Stiftungen ihre Besitzungen und Einkünfte zurückzugeben und alle kirchlichen Neuerungen einzustellen. Dagegen reichten am 19. April sieben evangelische Fürsten, an ihrer Spitze Johann von Sachsen und Philipp von Hessen, und dreizehn oberdeutsche Reichsstädte eine feierliche Protestation ein, die dem Reichstage vom Standpunkte der den Reichsständen einmal gewährten Kirchenhoheit das Recht bestritt, in der kirchlichen Frage noch Mehrheitsbeschlüsse zu fassen. Ihr Gegensatz zur altgläubigen Mehrheit und zum Kaiser trat offen heraus.

Auch in der Schweiz hatten sich in diesen Jahren

Protestation
von
Speier

Die
Gegensätze
in der
Schweiz

die Gegensätze verschärft. Bis 1529 waren die mächtigsten Kantone der deutschen Schweiz, Bern, Basel, Schaffhausen, Solothurn, Glarus, dazu die zugewandten Orte (selbständige, aber von der Tagsatzung ausgeschlossene Landschaften) Aargau und St. Gallen der Zwinglischen Lehre zugefallen, und schwere politische Streitfragen kamen hinzu. Es handelte sich um zweierlei: um die Beseitigung des unbilligen Übergewichts, das die Vierwaldstätter mit Zug in der Tagsatzung der dreizehn Kantone über die viel stärkern Bundesgenossen Zürich, Bern und Basel kraft einer rein formellen Stimmenmehrheit ausübten, und um die Abschaffung des „Reislaufens“, des auswärtigen Söldnerdienstes, der das Volk entfittlichte, aber den herrschenden, eng mit einander versippten Patriziergeschlechtern gerade der größern Kantone durch Soldverträge und Pensionen, namentlich von Frankreich, reichen Gewinn abwarf. In beiden Fragen trat Zwingli für eine durchgreifende Umgestaltung ein, denn er war, sehr verschieden von Luther, ebenso gut Staatsmann wie kirchlicher Reformator, und die kirchlich-politische Entwicklung seines Zürich stand im Mittelpunkte aller seiner Bestrebungen. Endlich führte die Frage, was aus den kirchlichen Verhältnissen der sogenannten gemeinen Vogteien, d. h. der zwölf deutschen und sieben italienischen eroberten Unterthanenlandschaften der Eidgenossenschaft werden sollte, wenn die sie beherrschenden Kantone darin selbst uneins waren, bis dicht an den bewaffneten Zusammenstoß der Parteien heran, von denen die eine sich auf Oesterreich, die andre auf die oberdeutschen Reichsstädte stützte. Nur der Landfriede von Kappel im Juni 1529 verhinderte ihn noch, sehr gegen den Willen Zwinglis, denn er traf keine endgiltige Entscheidung in einem Augenblicke, wo der Sieg der Evangelischen sicher gewesen wäre.

Da lag nun der Gedanke an eine engere Verbindung der deutschen und der schweizerischen Evangelischen um so näher, als Zwingli's Lehre auch in den oberdeutschen Reichsstädten weithin Anhang fand, und eifrig erfaßte ihn Philipp von Hessen. Da aber Luther darauf bestand, daß sich beide Teile zuvor über den Glauben einigten, so vermittelte der Landgraf das Religionsgespräch von Marburg, zu Anfang Oktober 1529. Hier scheiterte die Verständigung der beiden Reformatoren an ihrem tiefinnerlichen Gegensatz in der Abendmahlslehre, denn hier trat der „andre Geist“ der Schweizer am schärfsten hervor, und so kam auch kein politisches Einvernehmen zu stande.

Ausgleichs-
verhand-
lungen
in
Marburg

Das geschah in denselben Wochen, wo der furchtbare Sultan Soliman II., nachdem er Ungarn fast widerstandslos in Besitz genommen und die Stephanskronen seinem Vasallen Johann Zapolya übertragen hatte, vor Wien erschien (24. September bis 14. Oktober). Daß sich die schwach befestigte Stadt unter Nikolaus von Salm tapfer hielt, und die Türken wieder abzogen, rettete Deutschland vor der Überflutung durch barbarische Horden, aber es befreite auch die Habsburger aus schwerer Not und gestattete ihnen, ungestört die Früchte ihrer italienischen Siege zu pflücken.

Die
Türken
vor
Wien

Im Frieden von Barcelona 29. Juni 1529 hatte Karl V. dem Papste die Räumung des Kirchenstaats zugestanden, ihm die Herstellung der Herrschaft des Hauses Medici in Florenz versprochen und dafür die Belehnung mit dem Königreich Neapel erhalten. Im Frieden von Cambrai 5. August 1529 verzichtete er auf das Herzogtum Burgund, das alte Erbe seines Hauses, Franz I. auf seine Rechte über Flandern und Artois, Mailand und Neapel. Die Doppelkrönung von Bologna, wo Karl V. am 22. Februar 1530 die

Machtthöhe
Karls V.

eiserne Krone der Lombarden, am 24., seinem Geburtstage, die Kaiserkrone aus den Händen des Papstes empfing, besiegelte die spanische Hegemonie in Italien und das enge Einvernehmen der beiden Oberhäupter des Abendlandes. Die schönsten Länder des Mittelmeers und einen großen Teil Deutschlands beherrschten die Habsburger unmittelbar, ihnen gehörten die wichtigsten Mittelpunkte und Straßen des damaligen Welt Handels und unermessliche Gebiete jenseits des Ozeans, und sie trugen die Kaiserkrone, der alle Deutschen gleichmäßig Gehorsam schuldeten. Wie sollten die deutschen „Protestanten“ dieser ungeheuern Verbindung romanischer und germanischer, süd- und nordeuropäischer Länder, dem kirchlichen Geiste, der sie leitete, und dem Ansehen des Kaisertums widerstehen! Und der junge Kaiser selbst war jetzt ein viel gefährlicherer Gegner als vor neun Jahren. In dieser Zeit war er zum Staatsmann und Selbstherrscher gereift, bedächtig in seinen Entschlüssen, zäh und unerschütterlich in ihrer Durchführung; von langer Hand mit kluger Berechnung und sicherer Menschenkenntnis — nur die Germanen verstand er nicht — leitete er alles, unermülich durchzog er seine Länder, verhandelnd und kriegend, und der beste Feldherr, den er jemals hatte, war er selbst.

Reichstag
und Kon-
fession von
Augsburg

Mit den „protestierenden“ Fürsten und Städten Deutschlands fertig zu werden dünkte ihn nicht schwer. Raum war er am 15. Juni 1530 zum Reichstag in Augsburg eingezogen, so versuchte er kurzer Hand kraft seiner kaiserlichen Autorität den kirchlichen Streit zu entscheiden und forderte daher beide Teile auf, ihm ihr „Gutachten, Opinion und Meinung“ mitzuteilen. Die Protestanten entsprachen dem mit der Augsburger Konfession, Melanchthons großem, ebenso maßvollem und klugem als klarem und entschiedenem Werke, die am 25. Juni verlesen und übergeben wurde; aber

die Gegenpartei begnügte sich damit, eine Confutatio (Widerlegung) von Dr. Johann Eck zu überreichen und drängte den Kaiser aus der anfangs eingenommenen Stellung des Schiedsrichters in die dem Vogte der Kirche entsprechende ihres Vertreters hinüber. So stellte er jetzt den Protestanten das Ansehen, sich als widerlegt zu betrachten, und wies daher auch Melancthon's Gegenschrift auf die Confutation, die Apologie, kurzweg zurück. Wohl neigte Melancthon zu weitern Vermittlungsversuchen, aber Luther, der auf der sichern Feste Koburg hatte zurückbleiben müssen, mahnte unablässig zur Standhaftigkeit, und Kurfürst Johann von Sachsen erwarb sich damals den Beinamen des „Beständigen.“ Schon eines feindseligen Beschlusses sicher verließ er mit seinen Glaubensgenossen noch vorher Augsburg. Der Reichstagsabschied vom 19. November 1530 aber forderte die Abstellung der Neuerungen bis zum 15. April 1531 und drohte den Widerspenstigen mit Bann und Acht. Kurz nachher, am 5. Januar 1531, wurde Erzherzog Ferdinand allein von den katholischen Reichsständen in Köln zum römischen König, also zum Stellvertreter und Nachfolger des Kaisers gewählt und ausdrücklich auf den Augsburger Abschied verpflichtet.

Sollten nun die Protestanten unverbunden und unthätig wie bisher der drohenden Gefahr gegenüberstehen? Nur widerstrebend, aber endlich doch allen loyalen Bedenken zum Troste, gingen ihre fürstlichen Häupter und die oberdeutschen Städte daran, sich zu gemeinsamer Abwehr gegen ihren legitimen Oberherrn, den Kaiser zu verbünden. Nachdem die Einleitungen noch im Dezember 1530 in Schmalkalden getroffen worden waren, kam der Bund zu gegenseitiger Beihilfe bei Prozessen vor dem Reichskammergericht und unter Umständen zu bewaffnetem Widerstande gegen Angriffe wegen der kirchlichen Neuerungen im

Der
Schmal-
kaldische
Bund

Februar 1531 zum förmlichen Abschluß, im Dezember auch seine militärische Organisation unter sächsisch-hessischer Leitung. Er zählte damals acht Fürsten und Grafen und vierzehn Städte. Der alte Gegensatz der Stände war hier überbrückt, und auch die süddeutschen Städte hatten sich dem Norden angeschlossen.

Entscheidung
in der
Schweiz

Dies war vor allem eine Folge der Ereignisse in der Schweiz. Im Herbst 1531 war es dort doch noch zum bewaffneten Zusammenstoß gekommen, und am 11. Oktober erlag das Aufgebot der überraschten Züricher in blutigem Kampfe bei Kappel am Westfuße des Albis den überlegnen Streitkräften der Fünfsorte; Zwingli selbst war unter den Toten. Nachdem auch ein Angriff der reformierten Kantone auf Zug gescheitert war, diktierten die Sieger am 30. November den Frieden. Die Reformierten zahlten die Kriegskosten und überließen die gemeinen Vogteien der kirchlichen Reaktion, die bald darnach auch in Glarus, Solothurn, St. Gallen und Aargau siegte. So vollzog sich die kirchliche Spaltung der Schweiz, die Reform ihrer schwerfälligen Bundesverfassung verschwand in weiter Ferne, und der Zwinglische Einfluß auf Süddeutschland war vernichtet.

Religions-
friede von
Nürnberg
und Ab-
wehr der
Türken

Die Lage der deutschen Protestanten hätte nach dem Ablauf der in Augsburg gestellten Frist sehr bedenklich werden müssen, wäre der Kaiser der thatkräftigen Beihilfe der katholischen Stände wirklich sicher gewesen, und hätte ihn nicht seine Weltmacht fortwährend in neue Schwierigkeiten verstrickt. Aber die Stände waren nicht geneigt, ihm ihre protestantischen Mitstände unterwerfen zu helfen und dadurch die kaiserliche Macht zu steigern, und von Osten her drohte ein neuer Türkenkrieg, der dringend mahnte, alle Kräfte des Reichs zur Abwehr zu vereinigen. So gewährte der sogenannte Religionsfriede von Nürnberg am 23. Juli 1532 den Protestanten zum ersten-

male eine Art von rechtlicher Anerkennung, nämlich die Einstellung der gegen sie eingeleiteten Kammergerichtsprozesse und die vorläufige Anerkennung der bisherigen Neuerungen bis zu einem allgemeinen, freien christlichen Konzilium. Es waren vieldeutige und unsichere Zugeständnisse, aber doch genügend, die protestantischen Stände vorläufig zu beruhigen und sie zur Leistung der Türkenhilfe zu bestimmen. An der Spitze eines gewaltigen Heeres von 80 000 Mann, das sich auf dem Tullner Felde westlich vom Wiener Walde um ihn sammelte, schien der Kaiser sehr wohl imstande, nicht nur die Türken abzuwehren, sondern auch Ungarn wieder zu erobern, und in der That wagte der Sultan, aufgehalten und scheu gemacht durch den unbezwinglichen Widerstand der kleinen westungarischen Stadt Güns, die Schlacht nicht, sondern bog nach Steiermark ab und berannte Graz. Nur seine leichten Reiterhaufen drangen verheerend und menschenraubend quer durch Niederösterreich bis an die Enns vor, wurden aber beim Rückzug über den Wiener Wald von den deutschen Truppen fast gänzlich aufgerieben (19. September), worauf auch der Sultan wieder nach Ungarn zurückging. Da aber andrerseits die Führer des Reichsheeres keineswegs die Weisung hatten, Ungarn für die Habsburger zu erobern, so löste es sich an der Grenze wieder auf, und das Land blieb, mit Ausnahme der westlichen und nördlichen Grenzstriche, ein türkischer Vasallenstaat unter Johann Zápolya.

Nur gegen die Türken und auch hier nur vertheidigungsweise nahm das Reich seine auswärtigen Interessen als Ganzes wahr; sonst blieb das überall den Reichsgliedern überlassen, so gut sie es verstanden und vermochten. Das wurde nirgends verhängnisvoller als in den Beziehungen der Hansestädte. Seit dem Abfalle der Niederländer (I, 316) war es das

Die Hanse
und
Dänemark

höchste Interesse der Osterlinge, oder genauer genommen der wendischen Städte und ihrer nächsten Verbündeten, diese gefährlichen Nebenbuhler von der Ostsee möglichst auszusperrten, also die nordischen Reiche zu beherrschen. Dies erleichterte ihnen die fortgesetzte Unbotmäßigkeit Schwedens gegen die Union; andrerseits aber wirkte hier die Wahl Karls V. zum Kaiser höchst nachtheilig, denn als Herr der Niederlande mußte er der Feind seiner eignen deutschen Ostseestädte sein, und er stand zu diesen nordischen Dingen ohnehin in den engsten Beziehungen, seitdem sich seine Schwester Isabella 1515 mit dem jungen Unionkönig Christian II. (1513—23) vermählt hatte. Unter niederländischem Einfluß plante dieser in Dänemark die Einschränkung der Macht seines Adels und Klerus, die Hebung des schwachen Bürgertums und des hart gedrückten Bauernstandes. Da dies aber nur möglich war, wenn er die handelspolitische Übermacht der Hanse brach, so wurde er ihr Todfeind. Zu seinem Unglück trieb nun die furchtbare Härte, mit der er das mit Waffengewalt niedergeworfne Schweden durch das entsetzliche Stockholmer Blutbad (8. November 1520) züchtigte, dort unter Führung Gustav Wasas 1521 eine entschlossene Erhebung hervor. Da der erbitterte dänische Adel im März 1523 den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein zum König erhob, die Hanse beide Gegner Christians nachdrücklich unterstützte, namentlich Stockholm einschloß und zur Übergabe zwang, Christian II. aber, zu früh den Mut verlierend, schon im April 1523 nach den Niederlanden flüchtete, so riß die Union in Stücke, und Gustav Wasa bestieg als Gründer einer neuen Dynastie den schwedischen Thron.

Konflikt
der Hanse
mit
Schweden

Beide Könige hatten die Hilfe der Hansestädte mit der Erneuerung ihrer Privilegien, Dänemark so-

gar mit der Verpfändung der Insel Bornholm bezahlen müssen. Aber die Natur der Dinge trieb sie in den Gegensatz zur Hanse, und das Eindringen der lutherischen Lehre, die 1526 in Schweden, 1527 in Dänemark freigegeben wurde, kam zwar in Dänemark wesentlich dem Adel zu gute, der die Kirchengüter größtenteils an sich brachte, in Schweden aber der Krone, die auf sie ihre neue Macht begründete. Von dort ging auch der Anstoß zu einem neuen Konflikte mit der Hanse aus, denn schon 1523 öffnete König Gustav den Niederländern vertragswidrig seine Häfen. Es wurde immer klarer, daß die hanseische Stellung im Norden durch Privilegien allein nicht mehr zu behaupten sei. Aber zur Anwendung neuer radikaler Mittel entschloß sich erst die verwegne Demokratie, die in Verbindung mit der kirchlichen Bewegung in Lübeck und andern Hansestädten ans Ruder gelangte.

Seit 1525 war Bremen evangelisch, seit 1528 Hamburg. In Lübeck, dem Vororte des Städtebundes, hatten finanzielle Verlegenheiten den Rat 1529 gezwungen, sich kontrollierende Ausschüsse aus der Bürgerschaft gefallen zu lassen, und diese erzwangen 1530 den Übergang zum Protestantismus, 1531 den Beitritt zum Schmalkaldischen Bunde; dann wurde auch der Rat im demokratischen Sinne umgestaltet, und im Februar 1533 einer der bürgerschaftlichen Führer, Jürgen Wullenwever, zum Bürgermeister erhoben. Nach außen hin hatte Lübeck zu Dänemark ein leidliches Verhältnis zu bewahren gesucht und noch zu Ende 1531 den Versuch Christians II., sich mit Unterstützung der Niederländer und des Kaisers zunächst in Norwegen wieder festzusetzen, mit bewaffneter Hand unterdrücken helfen; aber diese Haltung des Kaisers und der Tod König Friedrichs I. (April 1533) führte eine den hanseischen Interessen

Demokratische
und
kirchliche
Bewegung
in den
Hanse-
städten

höchst gefährliche Wendung der nordischen Politik herbei. Denn ein Bund zwischen Herzog Christian (III.) von Schleswig-Holstein, dem wichtigsten Bewerber um die dänische Krone, Dänemark und Norwegen und Karl V. entzog im September 1533 dem gefangnen Christian II. des Kaisers Unterstützung, eröffnete aber auch den Niederländern die Ostsee.

Die
„Grafen“
fehde“

Dies brachte Wullenwevers Pläne zur Reife. Um die Niederländer von der Ostsee auszuschließen, wollte er die wichtigsten Stellungen am Sund, Helsingborg und Helsingör, sowie Bornholm und Gotland dauernd in den Besitz der Hansestädte bringen, Kopenhagen und Malmö aber vom dänischen Reiche als freie Städte losreißen. Da für ein solches Unternehmen die hanseischen Kräfte nicht entfernt ausreichten, so gedachte er in Dänemark die Bürger und Bauern gegen den gehäßten Adel im Namen Christians II. zu revolutionieren. In der That erhoben sich, als im Juni 1534 auf Seeland Graf Christoph von Oldenburg, in Schonen Mary Meyer mit lübischen Truppen erschien, die Bauern in ganz Dänemark von Schonen bis Jütland gegen den Adel, auch Kopenhagen und Malmö schlossen sich eifrig an. Da aber erkannte der jütische Adel Christian III. als König an, der holsteinische Adel, der alte Todfeind der Hansa, sperrte den Lübeckern die Trave und erzwang im Frieden von Stockelsdorf (November 1534) die Lokalisierung des Krieges auf Dänemark, wohin er nun seine ganze Kraft warf. Nachdem die jütischen Bauern im Dezember blutig niedergeworfen waren, ging Johann von Ranzau nach Fünen hinüber und schlug am 11. Juni 1535 die hanseischen Truppen am Ochsenberge bei Assens. Am nächsten Tage fiel bei Svendborg ein starkes lübisches Geschwader den Gegnern in die Hände, und am 23. Juni stand König Christian III. vor Kopenhagen. Da brach die demo-

fratische Regierung in den Hansestädten, zugleich von einem Strafmandat des Kaisers bedroht, allerorten zusammen; Bullenwever trat im August zurück, und die wiederhergestellte Aristokratie verzichtete im Frieden von Hamburg am 14. Februar 1536 auf alle seine Pläne, worauf denn auch die beiden dänischen Hauptstädte nach zäher Gegenwehr kapitulierten. Bullenwever selbst war schon im November 1535 seinen erbitterten Gegnern in die Hände gefallen und wurde am 24. September 1537 als Rebell enthauptet. Er ging unter, nicht weil seine Pläne an sich unvernünftig gewesen wären, sondern weil keine nationale Staatsgewalt hinter ihm stand, ein Städtebund keine Großmacht mehr sein konnte, und der alte grimmige Haß der Stände wieder hervorbrach.

Die mißlungne demokratische Erhebung in Niederdeutschland machte die kirchliche Neuerung nicht rückgängig, aber sie drängte ihre Vertreter zu immer engerm Anschluß an die bestehenden Gewalten und zu immer schärferer Scheidung von den „Schwärmgeistern.“ Von Österreich bis in die Niederlande hinein hatten sich die „Täufergemeinden“ verbreitet; sie wurden allerorten, von katholischen wie von protestantischen Behörden, erbarmungslos verfolgt und gerieten dadurch allmählich in eine fanatisch-phantastische Richtung hinein, die auf die Begründung eines „Königreichs Zion“ auf biblisch-kommunistischer Grundlage abzielte, da die Wiederkunft Christi und das jüngste Gericht nahe bevorstehe. Von den Niederlanden aus, wo diese Anschauung unter den Täufem völlig zum Siege gelangt war, gingen ihre Sendboten predigend und tausend nach Niederdeutschland hinein, namentlich nach dem nahen stammverwandten Westfalen, wo das Luthertum zuerst in Bischofsstädten, in Minden schon 1530, in Münster 1532, dann aber auch in Soest 1533 zum Siege gelangt war.

Das
Wieder-
täufer-
tum

Das
Wieder-
täufer-
reich in
Münster

Da faßte nun in Münster das schwärmerische Täuferthum durch den ersten lutherischen Superintendenten Bernhard Rothmann und den niederländischen Apostel Jan Matthys seit 1533 Fuß, gewann durch seine phantastischen Zukunftspläne die Massen und riß schon im Februar 1534 die Herrschaft über die Stadt an sich. Nur die sofortige Einschließung Münsters durch bischöfliche Truppen verhinderte die weitere Ausbreitung der gefährlichen Bewegung; aber im Juli erklärte sich dort, nachdem Jan Matthys schon um Ostern gefallen war, Jan Bockolt aus Leyden zum „König des neuen Israel“ und führte nach alttestamentlichem Vorbilde ein Regiment, das religiösen Fanatismus, blutige Grausamkeit, üppige Pracht und schamlose Wollust zu einem widerwärtigen Ganzen vereinigte. Aber die Einschließung durch Kreis- und Reichstruppen wurde immer dichter, die Noth in der Stadt immer größer, und in der Johannisnacht 1535 öffnete Verrat den Landsknechten den Eingang. In wütendem Straßenkampfe wurden die Wiedertäufer überwältigt, ihre gefangnen Führer starben auf dem Blutgerüst einen martervollen Tod, und Münster verfiel der kirchlichen und politischen Reaktion, um fortan die Hochburg der alten Kirche in Westfalen zu werden.

Übertritt
von
Pommern
und
Württemberg

Bessern Fortgang gewann die lutherische Reformation dort, wo die Landesfürsten sie in die Hand nahmen. Das geschah in Pommern nach dem Abkommen der beiden Herzöge Philipp I. von Stettin und Barnim IX. von Wolgast (August 1534) durch Johann Bugenhagen, in Württemberg, dessen habsburgische Landesregierung durch die Auflösung des schwäbischen Bundes 1533 ihren besten Halt verloren hatte, erst, als Herzog Ulrichs Sohn Christoph Hilfe bei den bayrischen Verwandten seiner Mutter Sibylle und dem thatkräftigen Philipp von Hessen

fand, die beide der habsburgischen Macht einen empfindlichen Schlag versetzen wollten und kein Bedenken trugen, dafür französische Unterstützung anzunehmen. Der Sieg des Landgrafen bei Laufen am Neckar 13. Mai 1534 brachte Württemberg in seine Hand, und der Friede von Raaden am Erzgebirge 29. Juni, den Kursachsen vermittelte, gab dem Herzog Ulrich sein Land als österreichisches Lehen, doch mit Sitz und Stimme im Reichstage, zurück, worauf Ambrosius Blaurer und Erhard Schnepf die lutherische Kirchenordnung durchführten.

Dieser langsamen, aber unaufhaltsamen Ausbreitung des Protestantismus anders als gelegentlich entgegentreten verhinderten den Kaiser immer wieder die verwickelten Beziehungen seiner Weltstellung. Sein glänzender Feldzug gegen das türkische Räuberneft Tunis 1535 brachte ihn von neuem in Konflikt mit dessen Oberherrn, dem Sultan, und Franz I. benutzte diese Gelegenheit, um nach dem Tode des Herzogs Franz Sforza (1. November 1535) seine Ansprüche auf Mailand im dritten italienischen Kriege (1536—38) wieder aufzunehmen. Da bewog Karl V. den Papst Paul III. zur Berufung des längst beabsichtigten Konzils für 1537 nach Mantua, um die kirchliche Frage in Deutschland endlich zu lösen; allein die lutherischen Fürsten lehnten schließlich ihre Beteiligung ab, und der Nürnberger Bund, den am 10. Juni 1538 Herzog Georg von Sachsen, Heinrich von Braunschweig, König Ferdinand und einige süddeutsche Fürsten schlossen, um dem weitem Abfall entgegentreten, verschärfte den Gegensatz in gefährlicher Weise. Da gewährte der Kaiser im Frankfurter Anstand 19. April 1539 die Ausdehnung der Nürnberger Zugeständnisse von 1532 auch auf die seitdem übergetretenen Reichsstände, veranlaßte aber auch Ausgleichsverhandlungen zwischen den deutschen Re-

Kirchliche
Ausgleichs-
versuche

ligionsparteien (in Hagenau, Worms und Regensburg, 1540/41). Obwohl diese der Natur der Sache nach ergebnislos blieben, und der Regensburger Reichstagsabschied vom 29. Juli 1541 den protestantischen Ständen bis zur Entscheidung durch ein Konzil alle weiteren Neuerungen verbot, so gab doch der Kaiser eine Deklaration dieses Abschiedes, die ihn thatsächlich fast aufhob. Aber seitdem mußte er, daß die Unterwerfung der deutschen Opposition unter die kirchliche und die kaiserliche Autorität nur mit Waffengewalt möglich sei, und er begann sich darauf vorzubereiten.

Fortschritte
des Pro-
testantis-
mus in
Nord-
deutsch-
land

In der That, das Luthertum ergriff ein größeres Territorium Norddeutschlands nach dem andern, zunächst in demselben Jahre 1539 zwei der wichtigsten Gebiete, beide infolge eines Thronwechsels. Nach dem Tode Herzog Georgs von Sachsen, eines abgesetzten Feindes des Luthertums, 17. April 1539, führte der Nachfolger, sein Bruder Heinrich der Fromme, der bisher in Freiberg eine kleine selbständige Herrschaft regiert hatte, das albertinische Sachsen zur Reformation hinüber. Sein Sohn Moriz (1541—53), nach dem kriegerischen Schutzheiligen des sächsischen Stammes getauft (geb. 1521), ein kühl berechnender und ehrgeiziger junger Fürst, setzte das Werk des Vaters fort, verwandte besonders die Güter der eingezogenen Klöster zu besserer Ausstattung der Universität Leipzig und zur Gründung der drei Fürsten- und Landes Schulen Schulpforta, Meissen und Grimma. Kurz nach Heinrich von Sachsen, am 1. November 1539, trat Kurfürst Joachim II. von Brandenburg (1535—1571), nachdem sein Vater Joachim I. mit harter Hand alle protestantischen Regungen niedergehalten hatte, öffentlich zur evangelischen Kirche über und führte die lutherische Ordnung durch, nicht ohne daß hier wie im albertinischen Sachsen ein großer Teil des Adels

sich zunächst ablehnend verhalten hätte. Joachims Beispiele folgten rasch Mecklenburg und Braunschweig-Calenberg. Im benachbarten Erzstift Magdeburg mußte der Erzbischof Albrecht (von Brandenburg) 1541 die Übernahme seiner Schulden von den Ständen damit erkaufen, daß er die kirchliche Neuerung zuließ; im Reichsstift Quedlinburg veranlaßte die Äbtissin Gräfin Anna von Stolberg selbst ihre Annahme. Der einzige größere weltliche Fürst Norddeutschlands, der noch an der alten Kirche festhielt, Herzog Heinrich von Braunschweig, geriet, als er die Reichsstadt Goslar, eine Genossin des Schmalkaldischen Bundes, bedrängte, mit diesem in Konflikt. Er wurde daher 1542 mit Heeresmacht aus dem Lande gejagt, und dieses wurde reformiert. Am Niederrhein trat Herzog Wilhelm III. von Cleve-Jülich-Berg, der schon seit 1537 nach Wahl der Stände auch das Herzogtum Geldern beherrschte (I, 308), 1543 zum Luthertum über, statt die von seinem Vorgänger Johann III. eingeschlagene, vermittelnde erasmische Richtung fortzusetzen, und sein Nachbar, der Erzbischof-Kurfürst von Köln, Graf Hermann von Wied, begann 1543 aus ehrlicher Überzeugung im Einverständnis mit dem Stitzadel die Reformation.

Gerade diese niederrheinischen Verhältnisse haben den Kaiser zum ersten Kampfe getrieben, um die sorglich gehütete Glaubenseinheit seiner Niederlande zu schützen. Obwohl er noch im Kriege mit dem Sultan, der nach dem Tode Johann Zapolnas 1541 Ungarn in das Paschalik Buda verwandelt hatte, begriffen war und seit 1542 auch gegen Franz I., der sich zum Entsetzen der Christenheit sogar mit den Türken verbündete, zu kämpfen hatte, warf Karl V. im Sommer 1543 in einem kurzen Feldzuge den Herzog von Cleve nieder, weil er zugleich ein Bundesgenosse Frankreichs war, zwang ihn Geldern herauszugeben und auf die Reformation zu

Auß-
wärtige
Erfolge
Karl's V.

verzichteten. Kurzfristig hatte der Schmalkaldische Bund ihm die Hilfe verweigert, da es sich um eine politische Frage handle; ja seine Bedeutung war sichtlich im Sinken, denn Philipp von Hessen hatte schon 1541 dem Kaiser seine Unterstützung in „weltlichen“ Dingen versprochen, Moriz von Sachsen war 1542 ganz ausgetreten, und Joachim II. hatte die Anerkennung seiner Kirchenreform mit der Verpflichtung erkaufte, ihm fern zu bleiben. Der Bund vereinigte also keineswegs das ganze evangelische Deutschland, und seine Leitung war großen politischen Aufgaben nicht gewachsen. So gelang es dem Kaiser auf dem Reichstage von Speier im Februar 1544 den Reichskrieg gegen Frankreich durchzusetzen, indem er die Regensburger „Deklaration“ in den Reichstagsabschied aufnehmen ließ und, falls das zunächst geplante allgemeine, freie christliche Konzil nicht zu stande komme, die Entscheidung der kirchlichen Frage dem Reichstage überlassen zu wollen erklärte. Geschreckt durch das rasche Vordringen des kaiserlichen Heeres bis Chateau-Thierry und Soissons genehmigte Franz I. am 18. September 1544 den Frieden von Crépy auf Grund der Bedingungen von Cambrai. Im nächsten Jahre, 10. November 1545, wurde auch mit den Türken ein zehnjähriger Waffenstillstand geschlossen. Der Krieg mit den auswärtigen Feinden war zu Ende, der Krieg gegen die deutschen Reher begann.

Martin
Luthers
Stellung
und
Ausgang

Denn kein Zweifel: gingen die Dinge ihren natürlichen Lauf, so gehörte binnen wenigen Jahren ganz Deutschland dem Protestantismus, wie ihn Luther vertrat. In diesem einen Manne sah die Nation ihr eignes Wesen verkörpert, durch seine Arbeit ihre tiefsten Bedürfnisse befriedigt. Mächtiger als jemals ein König regierte dieser schlichte Professor und Prediger von seiner Studierstube aus durch den Zauber seiner Persönlichkeit und die Macht seines Wortes ein Viertel-

jahrhundert lang die germanische Welt, und die kleine Landstadt Wittenberg wurde für einige Jahrzehnte durch ihn ihr beherrschender geistiger Mittelpunkt. Eine ungeheure Energie, eine unerschöpfliche Arbeitskraft, eine zermalmende Leidenschaft, ein kühner Freimut gegen die Willkür der Fürsten wie gegen die ärgere bethörter Volksmassen verbanden sich in ihm mit einer unerschütterlichen, in heißen innern Kämpfen errungenen und immer wieder befestigten Glaubenszuversicht und einem ganz persönlichen Verhältnis zu Gott, als dem allmächtigen und allliebenden Vater. Denn dieser gewaltige Mensch war zugleich eine weiche, liebebedürftige und liebesspendende Natur, ein zärtlicher Vater, ein unermüdlicher Wohlthäter, ein treuer Freund und ein heitrer Gesellschafter, dem es Bedürfnis war, alles, was ihn gerade innerlich beschäftigte, in behaglicher Rede, bald launig und heiter, bald ernst und tief vor seinen Gästen auszuströmen. Für seine „lieben Deutschen“ dachte er und schrieb er in der allen verständlichen Sprache, die durch ihn zur Schrift-, Kirchen- und Schulsprache und zu einem neuen Bindemittel aller Stämme und Konfessionen seines zerklüfteten Volkes wurde, volkstümlich, klar und tief als der größte Sprachbildner und Sprachmeister deutscher Nation. Auch darin war er ein Mann des Volkes, daß in ihm eine tiefe Ehrfurcht vor der Hoheit des Reichs und des Kaisertums lebte, obwohl dieser Kaiser der abgesagte Feind seines Lebenswerkes war. Darum ist es ein Glück für ihn selbst gewesen, daß er den unvermeidlichen Zusammenstoß nicht mehr erlebt hat. Am 18. Februar 1546 ist er in seiner Vaterstadt Eisleben im festen Glauben an die von ihm erkämpfte Wahrheit friedlich gestorben. Seine letzte Ruhestätte aber fand er in der Schloßkirche zu Wittenberg, von der sein Wort zuerst in die Welt gegangen war.

Ausbruch
des
Schmal-
kaldischen
Krieges

Kirchliche Autorität und „Ketzerei,“ Kaisertum und fürstliche Opposition standen einander gegenüber, als Paul III. das längst verheißene Konzil für den Dezember 1545 nach Trient berief, und Karl V. seine Beschickung von den Protestanten forderte. Ihre Weigerung gab ihm den einen entscheidenden Kriegsgrund; andre ergaben sich aus der Gefangennahme Heinrichs von Braunschweig bei dem Versuche, in sein Land zurückzukehren (September 1545), und dem Übertritt des Kurfürsten Friedrich II. von der Pfalz zum Luthertum im Januar 1546, der die Mehrheit des Kurkollegiums in die Hände der Protestanten zu bringen drohte. Nach vergeblichen Verhandlungen in Regensburg entschloß er sich Anfang Juni 1546 zum Kriege. Mit Herzog Wilhelm von Bayern und dem Papste war er bereits verbündet, mit Herzog Moriz von Sachsen so gut wie einig. Denn dieser, schon 1542 mit dem Kurfürsten Johann Friedrich über den Besitz des bischöflich meißnischen Amtes Wurzen in ärgerliche Händel verwickelt, begehrte im Wettstreit mit dem Ernestiner die Schutzherrschaft über die Stifter Magdeburg und Halberstadt und womöglich die Kurwürde. Der alte Zwist der Ernestiner und Albertiner (I, 310), lange Zeit noch verschärft durch den kirchlichen Gegensatz beider Linien, wurde jetzt zum welthistorischen Verhängnis. Als der Kaiser die Anträge der schmalkaldischen Gesandten am 16. Juni dahin beschied, daß er gegen die „Ungehorsamen“ seine Autorität brauchen werde, saßen sie das mit Recht als Kriegserklärung auf.

Die
politische
Lage

Wieder beurteilte er seine Deutschen falsch. Er meinte nur wenige Fürsten gegen sich zu haben, und er sah das ganze protestantische Volk sich gegenüber. Es wußte sehr wohl, um was es in den Kampf ging, um die Freiheit seines Glaubens und seines Daseins gegen die beiden wieder eng verbundnen internationalen Gewalten des Mittelalters, die es jetzt

als eine päpstliche und hispanische Fremdherrschaft empfand. Denn fremde Räte umgaben den Kaiser, und fremde Truppen zogen ihm zu. Aber freilich, er blieb immer der Kaiser. Das lähmte die Führer der Schmalkaldner; es hinderte sie, ein positives Ziel über die bloße Abwehr hinaus ins Auge zu fassen, und drückte ihrer ganzen Kriegsführung das Gepräge der Schlawheit und Halbheit auf.

Raschen Marsches war der Augsburger Feldhauptmann Sebastian Schertlin Anfang Juli auf der großen Straße nach Italien ins Gebirge vorgebrungen, hatte die Ehrenberger Klause und den Fernpaß besetzt und wollte auch die Brennerstraße gewinnen, um sie den aus Italien heranziehenden Truppen des Kaisers zu sperren; doch die Kriegsräte riefen ihn ängstlich zurück, und jene Truppen, sowie spanische Scharen, die aus Ungarn kamen, stießen bei Landshut ungehindert zum Kaiser. So militärisch geübt verhängte er dort am 26. Juli des Reiches Acht über Johann Friedrich von Sachsen und Philipp von Hessen. Diese hatten inzwischen eine Streitmacht von 60 000 Mann bei Donaumörth vereinigt und begegneten dem weit schwächeren Kaiser bei Ingolstadt. Aber sie wagten es weder sein verschanztes Lager ernsthaft anzugreifen, noch verstanden sie es, ihm den Zuzug seiner niederländischen Truppen abzuschneiden, die den Rhein herauflamen. So ging er zum Angriff über und bedrohte, über Nördlingen vordringend, das wichtige Ulm. Hier standen beide Teile einander bis in den November hinein unbeweglich und unthätig gegenüber. Da, als das rauhe deutsche Herbstwetter den südländischen Truppen des Kaisers schon arg zusetzte, kam die Nachricht, daß Herzog Moritz in Kursachsen eingebrochen sei. Da löste sich das schmalkaldische Bundesheer auf, und Kurfürst Johann Friedrich eilte nach der Heimat. Die süddeutschen Bundesgenossen

Der Krieg
an der
Donau

aber machten einzeln ihren Frieden mit dem Kaiser. Nicht eine dieser großen, reichen, wehrhaften Städte wagte es, eine Belagerung auszuhalten; so stark wogen die materiellen Interessen vor, namentlich bei den großen Kaufherrengeschlechtern in Augsburg. Mit schweren Kontributionen und Auslieferung ihres Geschützes mußten sie Schonung erkaufen. Hermann von Wied aber wurde seines Erzbistums entsetzt.

Der
Krieg in
Nord-
deutschland

Herzog Moriz, durch ein Abkommen mit König Ferdinand in Prag seiner Beute erst jetzt völlig sicher und von seinen Ständen widerwillig zur Vollstreckung der Acht an Johann Friedrich ermächtigt, hatte mit böhmischen Truppen seit Anfang November binnen vierzehn Tagen Kursachsen mit Ausnahme von Wittenberg und Gotha in seine Hand gebracht. Schon aber kam in Gilmärschen durch Franken der tiefgefränkte Kurfürst heran, sonst schwerfällig und bedächtig, hier aber von durchschlagender Energie. Bis Ende des Jahres nahm er sein Kurfürstentum wieder ein, besetzte am 1. Januar 1547 auch Halle, nötigte den Erzbischof zum Verzicht auf sein Stift und empfing die Huldigung des Stiftsadels. Zwar das wichtige Leipzig widerstand einer dreiwöchigen Belagerung, und der strenge Winter gebot beiden Parteien Stillstand; aber die ultraquistischen Stände Böhmens verweigerten ihrem König die Hilfe, stellten selbst ein Heer auf und setzten sich mit dem Kurfürsten in Verbindung, der zu ihrer Unterstützung Truppen ins Erzgebirge sandte. Dazu rüsteten die niedersächsischen Stände und Städte zu seinem Beistande. Auch Albrecht von Brandenburg-Kulmbach, den der Kaiser zur Unterstützung des Herzogs Moriz schickte, wurde am 2. März in Rochlitz überfallen und völlig geschlagen, und der Herzog wich, sein Land bis auf wenige feste Plätze räumend, über das Erzgebirge nach Böhmen zurück.

Noch schien eine Wendung zu Gunsten der protestantischen Sache möglich.

Da entschloß sich der Kaiser, persönlich in Norddeutschland die Entscheidung herbeizuführen. Am 5. April vereinigte er sich in Eger mit Moriz und König Ferdinand, am 13. überschritt er mit der Hauptmasse seines Heeres die Grenze des kursächsischen Vogtlandes und ließ es von da in zwei Kolonnen gegen die Elbe vorgehen, die Johann Friedrich, durch Entsendungen bis auf 6000 Mann geschwächt, bei Meißen überschritten hatte, um nordwärts abzuziehen, ohne eine Ahnung, daß der Gegner so nahe sei. So ließ er sich am 24. April 1547, am Sonntage Misericordias Domini, bei dem Städtchen Mühlberg von den Kaiserlichen überraschen, wich unter beständigen Gefechten in die Lohauer Heide, sein altes Jagdrevier, zurück und fiel endlich, nachdem seine Truppen zersprengt waren, nach tapferer persönlicher Gegenwehr verwundet in die Hände seiner Verfolger. Es war der Höhepunkt im politischen Leben Karls V., als der gefangne Kurfürst, das Haupt dieser trotzig-reichsfürstlichen Opposition, im Abenddunkel ihm vorgeführt wurde, doch Johann Friedrich behauptete völlig seine Würde und Fassung. Auch daß ihn der Kaiser durch ein durchaus unzuständiges Kriegsgericht als Rebellen zum Tode verurteilen ließ, schreckte ihn nicht; nicht einmal zu dem Versprechen, sich dem Konzil zu unterwerfen, war er zu bewegen. Aber den Kampf um die Rechte seines Hauses gab er auf. In der Wittenberger Kapitulation vom 19. Mai 1547 fügte er sich auf unbestimmte Zeit in des Kaisers Gefangenschaft, verzichtete auf die Kur und seine Lande bis auf einige thüringische Ämter und gestand die Übergabe des festen Wittenberg zu. Am 23. Mai zog der Kaiser in der kleinen Elbstadt ein, von der die ganze gewaltige Bewegung ausgegangen war.

Unterwerfung
Kursächsens
und
Sessens

Die Kur, die Kurlande und den kursächsischen Anteil am Meißnerlande übertrug er dem Herzog Moritz. Wenige Wochen später, am 19. Juni, brachte er in Halle auch das zweite Haupt des Schmalkaldischen Bundes, Philipp von Hessen, in seine Hand, durch eine Überlistung, bei der Kurfürst Moritz, der Schwiegersohn des Landgrafen, der Mitbetrogene war, und König Ferdinand warf seinen aufständischen böhmischen Adel mit harter Hand nieder. Nur Niedersachsen blieb unbefiegt. Ein kaiserliches Heer, mit dem Erich von Braunschweig Bremen belagerte, wurde von den niedersächsischen Verbündeten unter Christoph von Oldenburg zum Abzuge gezwungen und am 23. Mai bei Drakenburg an der Weser in blutiger Schlacht aufs Haupt geschlagen.

Wachsende
Erregung

Aber das übrige Deutschland lag zu den Füßen des Kaisers. Als er den „geharnischten Reichstag“ in Augsburg eröffnete, erschienen den Fremden diese stolzen deutschen Fürsten nicht anders wie die Granden Spaniens. Und fügsam genug erwiesen sie sich. Da der Kaiser aus politischen Gründen mit Papst Paul III. in Zwist geraten war, so hatte dieser das Konzil nach Bologna verlegt und damit seine Beratungen völlig ins Stocken gebracht. Es gab also keine Beschlüsse, denen man die besiegten Protestanten hätte unterwerfen können. Aber die Reichsstände nahmen am 15. Mai 1548 ohne Widerrede das sogenannte Interim an, das den Evangelischen nur Priesterere, Laienkelch und Entbindung von den Fastengeboten zugestand, willigten in die Befreiung der Niederlande von den Reichsgesetzen und genehmigten einen ansehnlichen Betrag für die Aufstellung eines Reichsheeres. Nur wo ihre fürstliche Libertät ins Spiel kam, bei dem Versuche des Kaisers, die Reichsstände ohne Rücksicht auf die schwerfälligen Formen des Reichstages in einen freien Bund nach dem Muster des schwäbischen

Bundes für Aufstellung eines Reichsheeres zu vereinigen, zeigten sich die Fürsten beider Konfessionen unnachgiebig, und mochten die Fürsten zugestehen, was sie wollten, das protestantische Volk fügte sich nicht. Erst mit Waffengewalt und nur soweit diese reichte, konnte die Durchführung des Interims in Süddeutschland erzwungen werden; im Norden ersetzte Kurfürst Moriz selbst es durch eine besondere sächsische Kirchenordnung, das Leipziger Interim (Dezember 1548), das nur einige scheinbare Zugeständnisse machte, und die tapfern Niederachsen, Magdeburg voran, wiesen die Unterwerfung kurzweg ab. Dafür wurde die Stadt allerdings geächtet; allein der Plan des Kaisers, seinem Sohne Philipp (II.), einem bigotten und hochmütigen Kastilianer, die Nachfolge König Ferdinands im Reiche zu übertragen, um ihm die Kaiserkrone zu sichern und so den Zusammenhang seines Weltreichs auch für die Zukunft zu behaupten, trieb alle Reichsfürsten zu entschlossener Opposition, und im protestantischen Volke kochte der heiße Groll gegen die kirchliche Knechtung und die spanische Dienstbarkeit. Nur der Führer fehlte noch.

Der wurde Kurfürst Moriz, den sein eignes Volk den „Judas von Meissen“ nannte, durch ein ebenso verwegnes, wie schlaues und treuloses Spiel. Nur zum Teil hatten sich seine Hoffnungen erfüllt; die Stiftslande hatte er nicht erhalten, die tödlich beleidigten Ernestiner waren nicht vernichtet, die Gefangennahme Philipps von Hessen hatte ihn an seiner Ehre angegriffen, und die Pläne des Kaisers betrachtete er mit demselben Argwohn wie seine Mitfürsten. Außerlich hielt er das gute Einvernehmen mit Karl V., der auch ihm niemals getraut hat, vorsichtig aufrecht, übernahm sogar im November 1550 die Vollstreckung der Acht gegen Magdeburg, um sie keinem andern zu überlassen. Aber im tiefsten Geheimnis trat er in

Kurfürst
Moriz

Verbindung mit protestantischen Fürsten des Nordens, Hans von Rüdtriu, Albrecht von Preußen, Albrecht von Mecklenburg, den Söhnen Philipp von Hessen und Albrecht von Brandenburg-Kulmbach, und fand einen Rückhalt an Heinrich II. von Frankreich. Im Vertrage von Lochau und Chambord (1551/52) erkaufte die Verbündeten die französische Hilfe, indem sie dem König gestatteten, die lothringischen Stiftslande Metz, Toul und Verdun als „Reichsvikar“ zu besetzen. So heillos verfahren war die Lage durch die Schuld aller Teile, daß man deutsches Land den Fremden opfern und die kaiserliche Autorität zerschlagen mußte zu Gunsten der reichsfürstlichen Libertät, um die fremde Herrschaft abzuwerfen und die Glaubensfreiheit zu retten.

Erhebung
des
Kurfürsten
Moriz;
Vertrag
von
Passau

Inzwischen war im November 1551 Magdeburg gefallen. Doch Moriz hielt seine Truppen um Erfurt zusammen, weil es an Geld fehlte, sie abzulohnen, erklärte aber gleichzeitig das im September 1551 wieder in Trident eröffnete Konzil beschicken zu wollen, um dessentwillen Karl V. seinen Aufenthalt in Innsbruck genommen hatte. Dann aber benützte er die wiederholte Weigerung des Kaisers, Philipp zu entlassen, zum Vorwande einer urplötzlichen Erhebung, als König Ferdinand wieder im Kriege mit den Türken lag, also mit umsichtiger Benutzung der Gesamtlage Europas. Im März 1552 brach er von Erfurt auf, zog in Franken Wilhelm von Hessen und Albrecht von Brandenburg-Kulmbach an sich, erreichte schon am 4. April in atemlosen Eilmärschen Augsburg, den wichtigsten Geldplatz des Kaisers, den Schlüssel der Straße nach Innsbruck, seinem Ziele. Gleichzeitig rückten die Franzosen zum Schutze der „deutschen Freiheit“ in Lothringen ein, gewannen Toul und Verdun ohne Widerstand, das stolze Metz nur durch hinterlistigen Verrat. Wohl erreichte nun König Ferdinand durch Verhandlungen mit Moriz

in Einzig dessen Einwilligung, zum 26. Mai eine Zusammenkunft der neutralen Fürsten nach Passau zu berufen und an demselben Tage den Waffenstillstand beginnen zu lassen, aber in der Zwischenzeit blieb dem Kurfürsten freie Hand zum Vormarsche auf Innsbruck. Am 19. Mai erstürmte er die Ehrenberger Klause, am 23. Mai zog er mit glänzendem Gepränge in Innsbruck ein, das Karl V. wenige Tage zuvor verlassen hatte, um nach Kärnten zu flüchten. Die Fahnen der Protestanten wehten von der Nordsee bis zum Brenner, die Macht des Kaisers über Deutschland war vernichtet, und die fürstliche Libertät hatte triumphiert. In dem Vertrage von Passau vom 16. Juli 1552 zogen die neutralen Fürsten, vermittelnd dazwischen tretend, die Konsequenzen. Er bestimmte die Entlassung der Truppen bis zum 12. August, die Befreiung Philipps von Hessen, die Herstellung aller Geächteten. Die Entscheidung der kirchlichen Frage aber überwies er dem Reichstage, entzog sie also dem Konzil, ein ungeheurer, entscheidender Erfolg.

Nur mit äußerstem Widerstreben hatte der Kaiser diesen Vertrag genehmigt, und er setzte seine letzte Kraft an die Zerstörung der Ergebnisse des Jahres 1552. Mit geringem Glück. Zunächst scheiterte die Belagerung von Metz im Herbst desselben Jahres an der tapfern Gegenwehr des Herzogs Franz von Guise. Dann gewann der Kaiser aber den Markgrafen Albrecht von Brandenburg-Kulmbach, dessen Raubverträge mit den fränkischen Stiftslanden in Passau nicht bestätigt worden waren, indem er dieselben Verträge genehmigte; er verhandelte sogar mit Johann Friedrich, nachdem dieser im September 1552 in sein geschmälertes Land zurückgekehrt war. Dagegen trat Kurfürst Moritz, um die Ergebnisse seiner Erfolge und den Frieden im Reiche zu behaupten, mit dem Heidelberger Fürstenbund, den im März 1553 Bayern, Württemberg, Kur-

Ausgang
des
Kurfürsten
Moritz

pfalz, Jülich, Mainz und Trier, also protestantische und katholische Fürsten, zur Wahrung ihres Besitzstandes geschlossen, mit König Ferdinand, Heinrich von Braunschweig, den bedrohten Bischöfen u. a. in Verbindung und eilte, als der Markgraf von Franken aus gegen Niedersachsen vorging, selbst dorthin. In blutiger Schlacht bei Sievershausen zwischen Braunschweig und Hannover zertrümmerte er am 9. Juli 1553 das Heer des Markgrafen, aber im wilden Getümmel der Reiterschlacht erhielt er selbst einen tödlichen Schuß in den Rücken und verschied am 11. Juli im Lager. Die Frage, ob er über seine fürstlich-dynastischen Pläne hinaus Größeres für die ganze Nation erstrebt habe, hat er ungelöst mit ins Grab genommen, aber der einzige wirkliche Staatsmann der deutschen Protestanten im ganzen sechzehnten Jahrhundert ist er gewesen. Denn gegenüber den altlutherischen „Betefürsten,“ die treuherzig gemeint hatten, ihre schwerer kämpfte Glaubensüberzeugung reiche aus zur Führung einer verwickelten, großen Politik, war er ein Vertreter der jüngern Generation, ein Weltkind ohne religiöse Wärme, hochstrebend, ehrgeizig, trotz aller Leidenschaftlichkeit nüchtern und verschlagen, die spanisch-italienische Politik seines kaiserlichen Meisters übermeisternd, und doch von stürmischer Thatkraft, seinen Zeitgenossen unsympathisch, und doch eine besondere Ausprägung deutscher Art.

Der
Religions-
frieden
von
Augsburg

Nun gab der Kaiser, früh gealtert und leidend, den Kampf auf und überließ die Leitung der deutschen Dinge seinem Bruder Ferdinand. Dieser war es, der nach endlosen, schwierigen Verhandlungen den Religionsfrieden von Augsburg am 25. September 1555 zu stande brachte. Gemäß der seit 1526 entwickelten Kirchenhoheit (*ius in sacra*) der Landesherrschaften wurde diesen ausdrücklich die Entscheidung über das Bekenntnis ihres Gebiets (*ius reformandi*)

zugesprochen, sodaß den Andersgläubigen nur die Unterwerfung oder die Auswanderung blieb, doch die Rehergesetze der mittelalterlichen Kirche waren damit aufgehoben. Auf die Reichsstädte fand die Bestimmung keine volle Anwendung, ihre kirchlichen Verhältnisse sollten vielmehr so bleiben, wie sie augenblicklich waren, und über die geistlichen Fürstentümer konnten sich die Parteien überhaupt nicht einigen, da sie nicht Erb-, sondern Wahlfürstentümer waren, und die protestantischen Fürstengeschlechter die Mitbewerbung um sie ebensowenig aufgeben wollten wie die alte Kirche dies ihr altes Kirchengut. Also wurde die katholische Forderung, daß ein geistlicher Fürst, der zum Protestantismus überträte, gehalten sei, sein Amt aufzugeben (geistlicher Vorbehalt, *reservatum ecclesiasticum*), von den Protestanten, die protestantische, daß die evangelischen Unterthanen geistlicher Fürsten nicht zur Auswanderung gedrängt werden dürften, von den Katholiken zurückgewiesen, und daher beide Bestimmungen nebeneinander in den Vertrag gesetzt. So blieb die wichtigste Frage der deutschen Zukunft ungelöst, eine Frage der Macht, nicht des Rechts, und diese geistlichen Herrschaften, das eigentümlichste Erzeugniß der alten Ottonischen Reichsverfassung (I, 98), wurden für die Nation zum Verhängniß.

Karl V. hatte sich nach den Niederlanden zurückgezogen. Hier übertrug er 1554/55 seine spanischen, italienischen und niederländischen Reiche seinem Sohne Philipp II. und verzichtete 1556 auf die Kaiserkrone zu Gunsten seines Bruders Ferdinand, brach also das Weltreich notgedrungen in Stücke. Damit entschied sich zugleich fast unbemerkt die thatsächliche Trennung der Niederlande und der Reste der italienischen Lande vom Reiche zu Gunsten einer höchst unnatürlichen Verbindung mit Spanien, in Deutschland aber der Sieg der fürstlichen Libertät. Denn nicht nur mußte

Ende
Karl's V.

sich Ferdinand I. in seiner Wahlkapitulation verpflichten, niemals ohne den Rat der Stände zu regieren, sondern auch die Handhabung der Kreisordnung wurde in die Hand eines „kreisauschreibenden“ Fürsten gelegt, und die Ernennung der Mitglieder des Kammergerichts den Fürsten überlassen. Mit dem Bewußtsein, ein Besiegter zu sein, ist Karl V. am 21. September 1558 in der Einsamkeit des spanischen Klosters San Juste verschieden. Am Widerstande der deutschen Nation, am Werke Martin Luthers war der Welt herrscher gescheitert. Aber daß sein Haus über Italien, Böhmen und Ungarn gebot, daß daraus eine selbständige Großmacht erwuchs, die auch die deutsch-österreichischen Länder allmählich aus dem Reichsverbände löste, und daß die römische Kirche sich in Deutschland behauptete, das war doch im wesentlichen sein Werk, und bestimmend hat er damit auf die Zukunft Deutschlands und Europas eingewirkt.

* * *

Ergebnisse
und
Triebungen
der Re-
formation

Die deutsche Kirchenreformation Luthers war nicht aus der Renaissance hervorgegangen, wie etwa die verwandten Bestrebungen des Erasmus, sondern aus den tiefsten religiösen Bedürfnissen des deutschen Gemüths. Sie verhalf daher auch der freien Persönlichkeit und der germanischen Eigenart vollends zum Durchbruch und wirkte auf die verschiedensten Lebensgebiete befruchtend ein, während sie auf ungermanischem Boden nirgends zu dauernden Erfolgen gelangte. Aber sie mußte sich mit allen Mächten der Zeit auseinandersetzen, sie in ihre Dienste nehmen oder bekämpfen, also auch Verbindungen eingehen, die die ursprüngliche Reinheit ihres Prinzips trübten. So war es ihr nicht gelungen, die ganze Kirche zu erneuern, sie war vielmehr zur Gründung einer neuen

Kirchengemeinschaft gedrängt worden, und in dieser selbst lebte der Widerspruch zwischen der freien Glaubensüberzeugung des Einzelnen und dem Zwange des Bekenntnisses, dessen jede Kirche bedarf; von jener war Luther ausgegangen, zu diesem wurde er gedrängt, wenn seine Reformation im Sturme der Zeit Bestand gewinnen sollte, und seine kleinern Nachfolger faßten es nachmals immer engherziger. Er hatte mit dem Recht auf Glaubensfreiheit die Freiheit auch der wissenschaftlichen Forschung gefordert, und in der That waren seine Bibelübersetzung, Melanchthons *loci communes* (die erste lutherische Dogmatik) und die Augsburger Konfession die ersten großen Thaten der freien, modernen deutschen Wissenschaft im Sinne auch der Renaissance; aber der Betrieb der neuen Theologie auf den Universitäten, der die Gregese und Dogmatik in den Vordergrund stellte, bewegte sich bald völlig wieder in den Bahnen der Scholastik, von der Luther sie hatte losreißen wollen. Luthern hatte das Ideal einer nationalen Volksbildung vorgeschwebt, und seine Bibelübersetzung und seine Katechismen hatten ihm dienen sollen, aber da die Reformation den Humanismus in ihre Dienste hatte nehmen müssen, so hielten die Lateinschulen das alte formale Bildungsideal, den in Wort und Schrift gewandten Lateiner, unter Männern wie Johann Sturm, Michael Neander, Valentin Trozendorf u. a., mit neuen verbesserten Mitteln fest, nur daß sie nicht mehr allein Diener der Kirche, sondern auch der Gemeinde und des Staats bilden wollten. Die Volksschule lag im Wesen des Protestantismus, weil er auf der geistigen Selbständigkeit des Einzelnen beruht, aber sie blieb in den Anfängen stecken.

Also überwucherte rasch die lateinische Gelehrtenbildung. Diese beherrschte nach wie vor alle Wissenschaft, denn es gab schlechterdings keine

Deutsche
Wissen-
schaft

wirkliche Wissenschaft außer der antiken. Daher blieb die Rechtswissenschaft ausschließlich römisch, das deutsche Recht ohne wissenschaftliche Pflege. Volkstümlicher war die Geschichtschreibung, denn neben großen Werken in elegantem Humanistenlatein und in den Formen des Livius, wie des protestantischen Rheinländers Sleidanus vornehm objektive Geschichte Karls V., die die Reformation bereits ganz im Zusammenhange der Weltbegebenheiten vorführt, stehen deutsche Landschaftsgeschichten wie von Thurmair (Aventinus), Tschudi, Ranzow, Köster (Neocorus), und naive Selbstbiographien wie von Sebastian Schertlin, Götz von Berlichingen, Hans Schweinichen. Am stärksten war der Einfluß der Renaissance auf die exakten Wissenschaften, weil sie unmittelbar an die griechische Wissenschaft anknüpften. So führte Nikolaus Kopernikus aus Thorn (1473—1543) eine antike Hypothese von der zentralen Stellung der Sonne im Planetensystem mit allen Mitteln verbesserter Kenntniß durch und brach damit einem neuen Zeitalter der Astronomie die Bahn, das später der Schwabe Johann Kepler (1571—1630) durch die Entdeckung der nach ihm benannten Naturgesetze der Planetenbewegung vollends heraufführte. Durch schärfere astronomische Beobachtungen gelang es allmählich auch die Fehler der Ptolemäischen Karten zu verbessern, durch die Anwendung des Gradnetzes richtigere Bilder der Wirklichkeit zu gewinnen. Die beschreibenden Naturwissenschaften kehrten mehr und mehr zu der Sammlung und Beobachtung des Materials zurück. Der medizinische Unterricht der Universitäten hielt zwar immer noch an den griechischen und arabischen Autoritäten fest, begann aber doch auch mehr und mehr durch die Sektion zu einer lebendigen Anschauung des menschlichen Körpers anzuleiten, und der Rheinländer Andreas Vesalius (Witing aus Wesel, † 1563), der

Leibarzt Karls V., wurde so der Entdecker des Blut-
umlaufs, während dem phantastisch-genialen Theo-
phrastus Paracelsus (+ 1541) zuerst die Ahnung auf-
ging, daß der Lebensprozeß aus chemischen Verände-
rungen bestehe. Die Chemie (Alchemie) machte ihre
bedeutendsten Entdeckungen, indem sie dem Aber-
glauben, aus unedeln Stoffen Gold herstellen zu
können, huldigte, und auch die Astronomen, selbst
Männer wie Kepler, blieben noch lange Zeit vor allem
Astrologen.

So sehr ging die Wissenschaft dieser Zeit über-
haupt immer noch von unbewiesenen Voraussetzungen
aus, daß sie einen entsetzlichen Wahn in ein
förmliches theologisch-juristisches System brachte, den
Glauben, die Menschen, besonders Frauen, könnten
durch Zauberkünste mit dem Teufel, an dessen persön-
lichem Dasein auch Luther nicht zweifelte, in Ver-
bindung treten, allerdings gegen die Verschreibung
ihrer unsterblichen Seele. Seitdem Papst Innocenz VIII.
1484 solche Bündnisse mit den schwersten Kirchen-
strafen bedroht hatte, entwickelte der „Hexenhammer
(Malleus malleficarum)“ den ganzen Wahnsinn und seine
Bekämpfung zu einer durchgebildeten Wissenschaft,
und die Verfolgung der Hexen dauerte seitdem über
zweihundert Jahre lang, mit unheimlicher Wut viele
Tausende unschuldiger Opfer fordernd.

Hexen-
wahn
und
Hexen-
prozesse

Luther war nicht der Begründer, aber der
Bildner der neudeutschen Schriftsprache, die aus einer
Verbindung des am kaiserlichen Hofe angewandten
bayrisch-österreichischen Dialekts mit der mittel-
deutschen (fränkisch-thüringisch-meißnischen) Mund-
art der meisten kurfürstlichen Kanzleien entstanden war
und deshalb von ihm in seinen deutschen Schriften
angewandt wurde, während Zwingli sein Schweizer-
dütsch (Hochalemannisch) schrieb; aber sie wurde noch
nicht zur Sprache der Wissenschaft, ja die lateinisch

Neuhoch-
deutsche
Schrift-
sprache
und
Dichtung

Gebildeten sahen mit Geringschätzung auf alles Volkstümliche herab und rissen damit eine neue Kluft auf. Am verhängnisvollsten wirkte das auf die Dichtung. Denn da die Gelehrten fast immer die Pflege volkstümlicher Stoffe ablehnten, so riß auch die Litteratur in zwei Massen auseinander, in die gelehrte lateinische, von antiken Vorbildern abhängige, also ganz unselbständige Dichtung, die das Volk nicht verstand, und die volkstümliche deutsche, die die Gelehrten verachteten. Aber beide gerieten aufs stärkste unter den Einfluß des biblisch-antiken Elements, und die schon lange bestehende Neigung zum Satirischen und Lehrhaften drang in alle Adern dieser Dichtung ein. Ein reines Kunstwerk entstand daher in der ganzen Periode nicht, wengleich die poetische Kraft des Volksgeistes in zwei neuen sagenhaften Gestalten hervortrat, dem Doktor Faust, dem Abbilde des unersättlichen Forschungsdranges dieser Zeit, und dem ewigen Juden, dem Typus des friedlosen Schicksals des jüdischen Volkes. Wirklich poetischen Wert hatte nur die Volkslyrik und das lutherische Kirchenlied, dessen erster Meister der Reformator selbst wurde; die Dichtungen der Meisterfinger verloren sich in öde Formenlünstelei und platte moralisierende Betrachtungen. Im Epos lebte nur die lehrhafte poetische Erzählung, der Schwank und die Fabel, sowie das eifrig gepflegte, freilich fast nie zu rein poetischer Gestaltung durchdringende Volkslied, das alle Ereignisse der reichen Zeit getreulich begleitete. Als wirksame Satiriker ragten im Anfange der Periode auf der einen Seite Ulrich von Hutten, auf der andern der Straßburger Franziskaner Thomas Murner hervor, später der ebenso sprachgewaltige als sprachverderbende Johann Fischart aus Mainz. Der Ausbildung eines zugleich volkstümlichen und kunstmäßigen Dramas, wie es später in England und Spanien entstand, war die

kirchliche Bewegung in Deutschland schon deshalb nicht günstig, weil das alte Mysterienspiel, da es mit dem katholischen Kultus aufs engste zusammenhing, in den protestantischen Landesteilen verschwand, und weil die nötigen Voraussetzungen eines nationalen Dramas: Einheit der sittlichen Weltanschauung, nationales Selbstbewußtsein und lebendige Erinnerung an eine große gemeinsame Vergangenheit in diesem tausendfach zerklüfteten Volke jetzt noch weniger vorhanden waren als früher. Einen Ersatz gewährten in den evangelischen Landschaften die Dramatisierung biblischer, legendarischer und antiker Stoffe, die sich von der Schweiz den Rhein hinunter und bis nach Sachsen hinein verbreiteten, sowie die lateinische Schulkomödie nach antikem Muster. Dies wirkte auch auf den Ersatz der alten Mysterienbühne durch die einfache Bühne, für die auch das erste stehende Schauspielhaus 1550 in Nürnberg eingerichtet wurde, und auf die äußerliche Gestaltung der Stücke selbst. Fast alle Dichtungsgattungen der Zeit und Stoffe aus den verschiedensten Gebieten vertrat und gestaltete ein gebildeter und formgewandter Nürnberger Handwerker, der Schuhmacher Hans Sachs (1494—1576), kein Genie, aber ein liebenswürdig-naives, fruchtbares und vielseitiges Talent von echter Volkstümlichkeit.

Für die bildende Kunst brachte die lutherische Reformation in mancher Beziehung neue Kunstprinzipien und neue Aufgaben. Sie war nicht kunstfeindlich wie die Zwinglische Kirche in der Schweiz, und schon das Gemeindepinzip verlangte eine ganz andre Ausgestaltung der Kirchen, insbesondere den Einbau von Emporen, um den Raum für die Zuhörer zu vergrößern. Allerdings führte es, da die Zahl der Kirchengebäude aus der alten Zeit dem Bedürfnis meist vollauf genügte, gewöhnlich nur eben zu solchen einzelnen Umgestaltungen und nur selten zu Neubauten

Die
Refor-
mation
und die
Kunst

rein protestantischen Charakters, deren erster die Schloßkapelle in Torgau war. Für Bildnerei und Malerei verringerte der Sieg der neuen Kirche zunächst die Zahl der Auftraggeber und der Aufgaben, weil sie mit der Aufhebung der Lehre von den guten Werken auch den Anstoß zu zahllosen Kunstaufträgen fallen ließ, und weil sie mit der Heiligenverehrung auch die ganze Fülle der Heiligenlegende aus der Kunst ausschloß und diesen Ausfall durch die stärkere Hervorhebung der biblischen Gegenstände nicht ersetzte. Dafür schärfte sich der Blick für die umgebende Welt, da der neue Glaube nicht die Abkehr von ihr predigte, sondern sie verklärte als Gottes schöne Schöpfung, und für das Wesen der Persönlichkeit, die innerlich selbständiger geworden war, also auch ihre Eigenart schärfer ausprägte. Daher wurde die Kunst noch stärker als bisher auf die Thätigkeit für weltliche Zwecke hingewiesen, aber für diese bot sich eine Fülle von Aufgaben durch die Aufträge vor allem der Fürsten, Herren und städtischen Patrizier, also der mit der Reformation siegreichen, herrschenden Stände.

Baukunst

Hier überwand nun in der Baukunst das Vorbild der italienischen Renaissance rasch die einheimische gotische Weise, und der individuell gestaltende Baumeister verdrängte die Traditionen der Bauhütten, aber er bildete doch die fremden Formen nach deutschen Bedürfnissen um, indem er die hohen Dächer und Giebel, die vorspringenden Erker und Ecktürme beibehielt und nur in der Gliederung und Dekoration die Renaissanceformen auf sie übertrug. So bauten die Wittelsbacher ihre Schlösser in Landshut, München und Heidelberg, die Württemberger in Stuttgart, die Habsburger besonders in Prag, die Wettiner in Torgau, Dresden und Augustusburg, die Piasten in Liegnitz, die Hohenzollern in Berlin, die Mecklenburger in Wismar, und namentlich der obersächsische Adel schuf sich mit

Vorliebe künstlerisch geschmückte Landsitze bis hoch ins Erzgebirge hinauf. Von den alten Städten wurden besonders zwei von ihren reichen Bürgern fast ganz in Renaissanceformen umgebaut, Augsburg im Süden, Danzig im Norden, beide unter ganz unmittelbarem Einfluß von Italien her, und die niedersächsischen Städte übertrugen diese Formen kunstvoll in ihren alteinheimischen Holzbau, wie die nordostdeutschen in den hier natürlichen Ziegelrohbau.

Die Aufgaben der Plastik waren immer noch vielfach rein dekorativ, und monumentale Aufgaben wurden ihr überhaupt noch kaum gestellt; doch leistete sie Treffliches in Grabdenkmälern, Flügelaltären, Brunnenfiguren u. dergl. mehr. Den Empfindungen der Zeit und des Volkes entsprach noch mehr die Malerei, die eigentlich moderne und nordische unter den bildenden Künsten, da der ganze Norden mit seiner so häufig trüben, schweren Luft weniger plastisch als malerisch empfindet und die gesteigerte Fülle des modernen Daseins nur in der Malerei den ihr ganz entsprechenden Ausdruck fand. Erst jetzt schuf Albrecht Dürer in seinen Aposteln und seinen zahlreichen Stichen die tiefsten seiner Werke, Hans Holbein der Jüngere aus Augsburg wurde nicht nur der hervorragendste Bildnismaler allerdings überwiegend der englischen Aristokratie, sondern auch der Darsteller des holdesten Ideals deutscher Weiblichkeit, und Lukas Cranach aus Franken übertrug zuerst die Kunst des Südens nach dem deutschen Norden, nach Sachsen.

Daß die Kunst jetzt auch in Deutschland von weiten Kreisen nicht nur als Luxus, sondern als Lebensbedürfnis empfunden wurde, beweist die glänzende Blüte des Kunstgewerbes in dieser Zeit, das alles, Wohnung und Hausgerät, Waffen und Kleidung durch künstlerische Formen adelte und mit dem italienischen den Vergleich aushielt.

Bildneret
und
Malerei

Kunst-
gewerbe

Land-
wirtschaft

Diese Kunst war, wie gewöhnlich, das Erzeugniß einer mehr genießenden als erwerbenden Zeit. Denn die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft geriet ins Stocken, und Deutschland verlor damals die Theilnahme am Welthandel. Das ist das verhängnisvolle Ergebnis des sechzehnten Jahrhunderts. Die Urproduktionen, die Grundlage aller andern, blieben noch eine Zeit lang bedeutend genug. Die Forsten, jetzt besser bewirtschaftet, lieferten ungeheure Holzmassen und bargen einen Wildreichtum, der bei der Jagdleidenschaft namentlich der Fürsten dem Landbau sogar schädlich wurde. Der Bergbau gewährte noch bis etwa 1570 reiche Ausbeute. Die Landwirtschaft aber stand unter dem Druck der zunehmenden Verengerung der Bauernfreiheit, der unter dem Einflusse des römischen Rechts auch die Reichsgesetzgebung Vorschub leistete, indem sie 1559 die Leibeigenschaft zuließ. Seitdem mehrten die westdeutschen Großgrundbesitzer, die im wesentlichen von den Zinsen ihrer abhängigen Bauern lebten, deren Leistungen, die Rittergutsbesitzer der östlichen Koloniallande aber, die allmählich schon die Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt über ihre Unterthanen an sich gebracht hatten, begannen ihre Güter selbst zu bewirtschaften, dafür die ursprünglich freien deutschen Bauern durch Fronden und Gesindedienste immer stärker heranzuziehen, sie, um sich der Arbeitskräfte zu versichern, an die Scholle zu fesseln und wohl auch schon ihre Hufen als Rittergutsland einzuziehen. So entstand zunächst im Osten ein gewissermaßen fabrikmäßiger Großbetrieb für den Absatz, an sich technisch ein Fortschritt, der auch deshalb Lehrbücher über den Landbau veranlaßte, aber teuer erkauft war durch die Knechtung des Bauernstandes und durch die Erstickung jedes Triebes zum Fortschritt in ihm.

Gewerbe
und
Handel

Das städtische Gewerbe begann langsam zu

verkümmern, weil der ausländische Absatz sank. Ebendeshalb wurden aus den Zünften statt einer sozialen Organisation Genossenschaften bevorrechteter Meister, die ängstlich über eine bestimmte Zahl wachten, alle nicht zünftigen als „Wönhasen“ verfolgten und eifersüchtig das Alleinrecht des städtischen Gewerbebetriebes, die Unterdrückung des Landgewerbes verfochten. Der Handel erfreute sich mancher technischen Fortschritte. Schon die zunehmende Sicherheit des Verkehrs kam ihm zu gute; die neu auftauchenden „Messkataloge,“ „Postreiter“ und „Zeitungen“ (d. h. Beschreibung besonders wichtiger Vorkommnisse in kleinen Flugblättern) vermittelten eine gewisse Kenntnis auch ferner Zustände, der Geld- und Wechselverkehr nahm einen immer größeren Umfang an, und 1558 entstand in Hamburg die erste deutsche Börse. Im Binnenverkehr rangen noch die großen Handels- und Messplätze, wie Nürnberg und Frankfurt, Leipzig, Magdeburg, Lüneburg und Hamburg, Breslau und Stettin um Behauptung ihrer alten Straßen- und Stapelrechte, doch schon stützten sich manche von ihnen auf ihre Landesherrschaften, die bereits die wirtschaftliche Schließung ihrer Territorien vorbereiteten und somit der alten Stadtpolitik bald entgegentraten, bald, wo sie ihren Interessen entsprach, förderlich waren.

An den neuen Welthandelslinien, die Italien und Deutschland, die Zentralländer des mittelalterlichen Welthandels seit dem Ende des zwölften Jahrhunderts, beiseite ließen und die bisher ganz an der Peripherie gelegenen iberischen Länder Spanien und Portugal in den Mittelpunkt der neuen Handelsbeziehungen rückten, hatten süddeutsche Häuser als Kaufleute, nicht als Reeder, frühzeitig Anteil gewonnen (I, 338) und diese Beziehungen seit der politischen Verbindung Spaniens mit Deutschland unter Karl V.

Verdrängung der Deutschen aus dem Welt-handel

noch enger geknüpft. Die Welfer erhielten 1529 sogar Venezuela als spanisches Lehen, die Fugger beherrschten den spanischen Bergbau und durch ihre Anleihen auch die spanische Finanzwirtschaft. Aber Venezuela wurde schon 1546 wieder aufgegeben, und die spanische Eroberung Portugals 1580 zerstörte die Handelsgröße Lissabons, sodaß die Welfer endlich 1614 fallierten. Dafür drängten sich mit steigendem Nachdruck die Niederländer, begünstigt durch ihre Lage an der Westseite der Nordsee, in diesen neuen Verkehr hinein, nachdem sie sich in heldenmütigen Kämpfen von der spanischen Herrschaft losgerissen hatten. Schon seit dem Anfange des sechzehnten Jahrhunderts war Antwerpen an Stelle des versandenden Hafens von Brügge der wichtigste Platz für den nordsüdeuropäischen Verkehr geworden, sodaß der hanfische Hof 1545 hierher verlegt wurde; als die spanische Rückeroberung 1585 diese Handelsblüte der Stadt zerstörte, wurde Amsterdam ihr Erbe. Dazu wuchs auch in den nordischen Meeren siegreich die alte Konkurrenz der Niederländer, begünstigt von den nordischen Reichen, von denen Norwegen 1560 den hanfischen Hof in Bergen seiner Landeshoheit unterwarf und die Nordlandsfahrt freigab, Schweden 1548 die hanfischen Privilegien aufhob und, indem es sich unter Erich XIV. in den baltisch-deutschen Provinzen festzusetzen begann, den Hansestädten auch den Verkehr mit Rußland zu verlegen drohte. Um 1600 beherrschte die holländische Flagge die Ostsee. Und dies rasch aufblühende Land war dem Reiche schon völlig entfremdet! Neben den Holländern aber kamen die Engländer empor. Ihre Genossenschaft der „wagenden Kaufleute“ (merchant adventurers) knüpfte seit den sechziger Jahren direkte Handelsbeziehungen mit den deutschen Nordseestädten, auch mit Hamburg, an, und als die ohnmächtige Reichsgewalt, wohlmeinend aber ungeschickt,

mehrfach dagegen einschritt, endlich 1597 die Engländer aus Deutschland auswies, nachdem die Hansestädte schon 1588 den Spaniern Schiffe und Kriegsmaterial zum Entscheidungskampfe gegen England und Holland geliefert hatten, da sperrete Königin Elisabeth 1598 den Londoner Stahlhof, den letzten noch übrigen der vier großen Kaufhöfe der Hansa. Von ihren alten Städten behauptete nur Hamburg, daß sich nicht mehr um das Reich kümmerte, und Danzig, das überhaupt nicht zu ihm gehörte, einen bescheidenen Anteil am west- und südeuropäischen Verkehr. Für zweiundeinhalb Jahrhunderte war Deutschland vom Welthandel ausgeschlossen.

Diese verhängnisvolle Thatsache war eine unvermeidliche Folge der Auflösung der Reichsgewalt durch den Sieg der fürstlichen Libertät. Deren Sieg aber ergab sich wieder mit Notwendigkeit aus der längst vorbereiteten Entfremdung des Kaisertums und der Nation, die sich mit der ablehnenden Haltung Karls V. gegen die kirchliche Bewegung vollendet hatte.

Fortan hing die ganze Entwicklung Deutschlands noch weit mehr als bisher von dem weltlichen Fürstentum ab. Denn die geistlichen Gebiete waren, von der fortschreitenden reformatorischen Bewegung in ihrem Bestande bedroht und in ihrer alten Bedeutung geschmälert, fast nur noch Ausgleichsobjekte in den Machtkämpfen der weltlichen Fürsten, die Reichsstädte hatten ihre politische Stellung durch ihre schlaffe Haltung im schmalkaldischen Kriege vollends verloren, der Reichsadel war seit dem Aufstande Sicinzens gebrochen, und sein altes Fehderecht den landesherrlichen Gewalten erlegen. In der That regte sich nun in diesem Fürstentum ein neuer Geist. Die Bildung der fürstlichen Herren beschränkte sich nicht mehr bloß auf die Vorbereitung für Jagd und

Charakter
des
neuen
Fürsten-
tums

Verbindung mit protestantischen Fürsten des Nordens, Hans von Kűrstin, Albrecht von Preußen, Albrecht von Mecklenburg, den Söhnen Philipps von Hessen und Albrecht von Brandenburg-Kulmbach, und fand einen Rückhalt an Heinrich II. von Frankreich. Im Vertrage von Lochau und Chambord (1551/52) erkaufte die Verbündeten die französische Hilfe, indem sie dem König gestatteten, die lothringischen Stiftslande Metz, Toul und Verdun als „Reichsvikar“ zu besetzen. So heillos verfahren war die Lage durch die Schuld aller Teile, daß man deutsches Land den Fremden opfern und die kaiserliche Autorität zerschlagen mußte zu Gunsten der reichsfürstlichen Libertät, um die fremde Herrschaft abzuwerfen und die Glaubensfreiheit zu retten.

Erhebung
des
Kurfürsten
Moriz;
Vertrag
von
Passau

Inzwischen war im November 1551 Magdeburg gefallen. Doch Moriz hielt seine Truppen um Erfurt zusammen, weil es an Geld fehlte, sie abzulohnen, erklärte aber gleichzeitig das im September 1551 wieder in Trident eröffnete Konzil beschicken zu wollen, um dessentwillen Karl V. seinen Aufenthalt in Innsbruck genommen hatte. Dann aber benützte er die wiederholte Weigerung des Kaisers, Philipp zu entlassen, zum Vorwande einer urplötzlichen Erhebung, als König Ferdinand wieder im Kriege mit den Türken lag, also mit umsichtiger Benutzung der Gesamtlage Europas. Im März 1552 brach er von Erfurt auf, zog in Franken Wilhelm von Hessen und Albrecht von Brandenburg-Kulmbach an sich, erreichte schon am 4. April in atemlosen Eilmärschen Augsburg, den wichtigsten Geldplatz des Kaisers, den Schlüssel der Straße nach Innsbruck, seinem Ziele. Gleichzeitig rückten die Franzosen zum Schutze der „deutschen Freiheit“ in Lothringen ein, gewannen Toul und Verdun ohne Widerstand, das stolze Metz nur durch hinterlistigen Verrat. Wohl erreichte nun König Ferdinand durch Verhandlungen mit Moriz

in Einzig dessen Einwilligung, zum 26. Mai eine Zusammenkunft der neutralen Fürsten nach Passau zu berufen und an demselben Tage den Waffenstillstand beginnen zu lassen, aber in der Zwischenzeit blieb dem Kurfürsten freie Hand zum Vormarsche auf Innsbruck. Am 19. Mai erstürmte er die Ehrenberger Klause, am 23. Mai zog er mit glänzendem Gepränge in Innsbruck ein, das Karl V. wenige Tage zuvor verlassen hatte, um nach Kärnten zu flüchten. Die Fahnen der Protestanten wehten von der Nordsee bis zum Brenner, die Macht des Kaisers über Deutschland war vernichtet, und die fürstliche Libertät hatte triumphiert. In dem Vertrage von Passau vom 16. Juli 1552 zogen die neutralen Fürsten, vermittelnd dazwischen tretend, die Konsequenzen. Er bestimmte die Entlassung der Truppen bis zum 12. August, die Befreiung Philipps von Hessen, die Herstellung aller Geächteten. Die Entscheidung der kirchlichen Frage aber überwies er dem Reichstage, entzog sie also dem Konzil, ein ungeheurer, entscheidender Erfolg.

Nur mit äußerstem Widerstreben hatte der Kaiser diesen Vertrag genehmigt, und er setzte seine letzte Kraft an die Zerstörung der Ergebnisse des Jahres 1552. Mit geringem Glück. Zunächst scheiterte die Belagerung von Metz im Herbst desselben Jahres an der tapfern Gegenwehr des Herzogs Franz von Guise. Dann gewann der Kaiser aber den Markgrafen Albrecht von Brandenburg-Kulmbach, dessen Raubverträge mit den fränkischen Stiftslanden in Passau nicht bestätigt worden waren, indem er dieselben Verträge genehmigte; er verhandelte sogar mit Johann Friedrich, nachdem dieser im September 1552 in sein geschmälertes Land zurückgekehrt war. Dagegen trat Kurfürst Moritz, um die Ergebnisse seiner Erfolge und den Frieden im Reiche zu behaupten, mit dem Heidelberger Fürstenbund, den im März 1553 Bayern, Württemberg, Kur-

Ausgang
des
Kurfürsten
Moritz

pfalz, Jülich, Mainz und Trier, also protestantische und katholische Fürsten, zur Wahrung ihres Besitzstandes geschlossen, mit König Ferdinand, Heinrich von Braunschweig, den bedrohten Bischöfen u. a. in Verbindung und eilte, als der Markgraf von Franken aus gegen Niedersachsen vorging, selbst dorthin. In blutiger Schlacht bei Sievershausen zwischen Braunschweig und Hannover zertrümmerte er am 9. Juli 1553 das Heer des Markgrafen, aber im wilden Getümmel der Reiterschlacht erhielt er selbst einen tödlichen Schuß in den Rücken und verschied am 11. Juli im Lager. Die Frage, ob er über seine fürstlich-dynastischen Pläne hinaus Größeres für die ganze Nation erstrebt habe, hat er ungelöst mit ins Grab genommen, aber der einzige wirkliche Staatsmann der deutschen Protestanten im ganzen sechzehnten Jahrhundert ist er gewesen. Denn gegenüber den altlutherischen „Betefürsten,“ die treuherzig gemeint hatten, ihre schwerer kämpfte Glaubensüberzeugung reiche aus zur Führung einer verwickelten, großen Politik, war er ein Vertreter der jüngern Generation, ein Weltkind ohne religiöse Wärme, hochstrebend, ehrgeizig, trotz aller Leidenschaftlichkeit nüchtern und verschlagen, die spanisch-italienische Politik seines kaiserlichen Meisters übermeisternd, und doch von stürmischer Thatkraft, seinen Zeitgenossen unsympathisch, und doch eine besondere Ausprägung deutscher Art.

Der
Religions-
frieden
von
Augsburg

Nun gab der Kaiser, früh gealtert und leidend, den Kampf auf und überließ die Leitung der deutschen Dinge seinem Bruder Ferdinand. Dieser war es, der nach endlosen, schwierigen Verhandlungen den Religionsfrieden von Augsburg am 25. September 1555 zu stande brachte. Gemäß der seit 1526 entwickelten Kirchenhoheit (*jus in sacra*) der Landesherrschaften wurde diesen ausdrücklich die Entscheidung über das Bekenntnis ihres Gebiets (*jus reformandi*)

zugesprochen, sodaß den Andersgläubigen nur die Unterwerfung oder die Auswanderung blieb, doch die Kezergesetze der mittelalterlichen Kirche waren damit aufgehoben. Auf die Reichsstädte fand die Bestimmung keine volle Anwendung, ihre kirchlichen Verhältnisse sollten vielmehr so bleiben, wie sie augenblicklich waren, und über die geistlichen Fürstentümer konnten sich die Parteien überhaupt nicht einigen, da sie nicht Erb-, sondern Wahlfürstentümer waren, und die protestantischen Fürstengeschlechter die Mitbewerbung um sie ebensowenig aufgeben wollten wie die alte Kirche dies ihr altes Kirchengut. Also wurde die katholische Forderung, daß ein geistlicher Fürst, der zum Protestantismus überträte, gehalten sei, sein Amt aufzugeben (geistlicher Vorbehalt, *reservatum ecclesiasticum*), von den Protestanten, die protestantische, daß die evangelischen Unterthanen geistlicher Fürsten nicht zur Auswanderung gedrängt werden dürften, von den Katholiken zurückgewiesen, und daher beide Bestimmungen nebeneinander in den Vertrag gesetzt. So blieb die wichtigste Frage der deutschen Zukunft ungelöst, eine Frage der Macht, nicht des Rechts, und diese geistlichen Herrschaften, das eigentümlichste Erzeugniß der alten Ottonischen Reichsverfassung (I, 98), wurden für die Nation zum Verhängniß.

Karl V. hatte sich nach den Niederlanden zurückgezogen. Hier übertrug er 1554/55 seine spanischen, italienischen und niederländischen Reiche seinem Sohne Philipp II. und verzichtete 1556 auf die Kaiserkrone zu Gunsten seines Bruders Ferdinand, brach also das Weltreich notgedrungen in Stücke. Damit entschied sich zugleich fast unbemerkt die thatsächliche Trennung der Niederlande und der Reste der italienischen Lande vom Reiche zu Gunsten einer höchst unnatürlichen Verbindung mit Spanien, in Deutschland aber der Sieg der fürstlichen Libertät. Denn nicht nur mußte

Ende
Karls V.

sich Ferdinand I. in seiner Wahlkapitulation verpflichten, niemals ohne den Rat der Stände zu regieren, sondern auch die Handhabung der Kreisordnung wurde in die Hand eines „kreisausschreibenden“ Fürsten gelegt, und die Ernennung der Mitglieder des Kammergerichts den Fürsten überlassen. Mit dem Bewußtsein, ein Besiegter zu sein, ist Karl V. am 21. September 1558 in der Einsamkeit des spanischen Klosters San Juste verschieden. Am Widerstande der deutschen Nation, am Werke Martin Luthers war der Welt herrscher gescheitert. Aber daß sein Haus über Italien, Böhmen und Ungarn gebot, daß daraus eine selbständige Großmacht erwuchs, die auch die deutsch-österreichischen Länder allmählich aus dem Reichsverbände löste, und daß die römische Kirche sich in Deutschland behauptete, das war doch im wesentlichen sein Werk, und bestimmend hat er damit auf die Zukunft Deutschlands und Europas eingewirkt.

* * *

Ergebnisse
und
Erübungen
der Re-
formation

Die deutsche Kirchenreformation Luthers war nicht aus der Renaissance hervorgegangen, wie etwa die verwandten Bestrebungen des Erasmus, sondern aus den tiefsten religiösen Bedürfnissen des deutschen Gemüths. Sie verhalf daher auch der freien Persönlichkeit und der germanischen Eigenart vollends zum Durchbruch und wirkte auf die verschiedensten Lebensgebiete befruchtend ein, während sie auf ungermanischem Boden nirgends zu dauernden Erfolgen gelangte. Aber sie mußte sich mit allen Mächten der Zeit auseinandersetzen, sie in ihre Dienste nehmen oder bekämpfen, also auch Verbindungen eingehen, die die ursprüngliche Reinheit ihres Prinzips trübten. So war es ihr nicht gelungen, die ganze Kirche zu erneuern, sie war vielmehr zur Gründung einer neuen

Kirchengemeinschaft gedrängt worden, und in dieser selbst lebte der Widerspruch zwischen der freien Glaubensüberzeugung des Einzelnen und dem Zwange des Bekenntnisses, dessen jede Kirche bedarf; von jener war Luther ausgegangen, zu diesem wurde er gedrängt, wenn seine Reformation im Sturme der Zeit Bestand gewinnen sollte, und seine kleinern Nachfolger faßten es nachmals immer engherziger. Er hatte mit dem Recht auf Glaubensfreiheit die Freiheit auch der wissenschaftlichen Forschung gefordert, und in der That waren seine Bibelübersetzung, Melanchthons *loci communes* (die erste lutherische Dogmatik) und die Augsburger Konfession die ersten großen Thaten der freien, modernen deutschen Wissenschaft im Sinne auch der Renaissance; aber der Betrieb der neuen Theologie auf den Universitäten, der die Gregese und Dogmatik in den Vordergrund stellte, bewegte sich bald völlig wieder in den Bahnen der Scholastik, von der Luther sie hatte losreißen wollen. Luthern hatte das Ideal einer nationalen Volksbildung vorgeschwebt, und seine Bibelübersetzung und seine Katechismen hatten ihm dienen sollen, aber da die Reformation den Humanismus in ihre Dienste hatte nehmen müssen, so hielten die Lateinschulen das alte formale Bildungsideal, den in Wort und Schrift gewandten Lateiner, unter Männern wie Johann Sturm, Michael Neander, Valentin Trozendorf u. a., mit neuen verbesserten Mitteln fest, nur daß sie nicht mehr allein Diener der Kirche, sondern auch der Gemeinde und des Staats bilden wollten. Die Volksschule lag im Wesen des Protestantismus, weil er auf der geistigen Selbständigkeit des Einzelnen beruht, aber sie blieb in den Anfängen stecken.

Also überwucherte rasch die lateinische Gelehrtenbildung. Diese beherrschte nach wie vor alle Wissenschaft, denn es gab schlechterdings keine

Deutsche
Wissen-
schaft

wirkliche Wissenschaft außer der antiken. Daher blieb die Rechtswissenschaft ausschließlich römisch, das deutsche Recht ohne wissenschaftliche Pflege. Volkstümlicher war die Geschichtschreibung, denn neben großen Werken in elegantem Humanistenlatein und in den Formen des Livius, wie des protestantischen Rheinländers Sleidanus vornehm objektive Geschichte Karls V., die die Reformation bereits ganz im Zusammenhange der Weltbegebenheiten vorführt, stehen deutsche Landschaftsgeschichten wie von Thurmair (Aventinus), Tschudi, Rangow, Röstler (Neocorus), und naive Selbstbiographien wie von Sebastian Schertlin, Götz von Berlichingen, Hans Schweinichen. Am stärksten war der Einfluß der Renaissance auf die exakten Wissenschaften, weil sie unmittelbar an die griechische Wissenschaft anknüpften. So führte Nikolaus Kopernikus aus Thorn (1473—1543) eine antike Hypothese von der zentralen Stellung der Sonne im Planetensystem mit allen Mitteln verbesserter Kenntniss durch und brach damit einem neuen Zeitalter der Astronomie die Bahn, das später der Schwabe Johann Kepler (1571—1630) durch die Entdeckung der nach ihm benannten Naturgesetze der Planetenbewegung vollends heraufführte. Durch schärfere astronomische Beobachtungen gelang es allmählich auch die Fehler der Ptolemäischen Karten zu verbessern, durch die Anwendung des Gradnetzes richtigere Bilder der Wirklichkeit zu gewinnen. Die beschreibenden Naturwissenschaften lehrten mehr und mehr zu der Sammlung und Beobachtung des Materials zurück. Der medizinische Unterricht der Universitäten hielt zwar immer noch an den griechischen und arabischen Autoritäten fest, begann aber doch auch mehr und mehr durch die Sektion zu einer lebendigen Anschauung des menschlichen Körpers anzuleiten, und der Rheinländer Andreas Vesalius (Witing aus Wesel, † 1563), der

Leibarzt Karls V., wurde so der Entdecker des Blut-
umlaufs, während dem phantastisch-genialen Theo-
phrastus Paracelsus († 1541) zuerst die Ahnung auf-
ging, daß der Lebensprozeß aus chemischen Verände-
rungen bestehe. Die Chemie (Alchemie) machte ihre
bedeutendsten Entdeckungen, indem sie dem Aber-
glauben, aus unedeln Stoffen Gold herstellen zu
können, huldigte, und auch die Astronomen, selbst
Männer wie Kepler, blieben noch lange Zeit vor allem
Astrologen.

So sehr ging die Wissenschaft dieser Zeit über-
haupt immer noch von unbewiesenen Voraussetzungen
aus, daß sie einen entsetzlichen Wahn in ein
förmliches theologisch-juristisches System brachte, den
Glauben, die Menschen, besonders Frauen, könnten
durch Zauberkünste mit dem Teufel, an dessen persön-
lichem Dasein auch Luther nicht zweifelte, in Ver-
bindung treten, allerdings gegen die Verschreibung
ihrer unsterblichen Seele. Seitdem Papst Innocenz VIII.
1484 solche Bündnisse mit den schwersten Kirchen-
strafen bedroht hatte, entwickelte der „Hexenhammer
(Malleus malleficarum)“ den ganzen Wahnsinn und seine
Bekämpfung zu einer durchgebildeten Wissenschaft,
und die Verfolgung der Hexen dauerte seitdem über
zweihundert Jahre lang, mit unheimlicher Wut viele
Tausende unschuldiger Opfer fordernd.

Hexen-
wahn
und
Hexen-
prozesse

Luther war nicht der Begründer, aber der
Bildner der neudeutschen Schriftsprache, die aus einer
Verbindung des am kaiserlichen Hofe angewandten
bayrisch-österreichischen Dialekts mit der mittel-
deutschen (fränkisch-thüringisch-meißnischen) Mund-
art der meisten kurfürstlichen Kanzleien entstanden war
und deshalb von ihm in seinen deutschen Schriften
angewandt wurde, während Zwingli sein Schwizer-
dütsch (Hochalemannisch) schrieb; aber sie wurde noch
nicht zur Sprache der Wissenschaft, ja die lateinisch

Neuhoch-
deutsche
Schrift-
sprache
und
Dichtung

Gebildeten sahen mit Geringschätzung auf alles Volkstümliche herab und rissen damit eine neue Kluft auf. Am verhängnisvollsten wirkte das auf die Dichtung. Denn da die Gelehrten fast immer die Pflege volkstümlicher Stoffe ablehnten, so riß auch die Litteratur in zwei Massen auseinander, in die gelehrte lateinische, von antiken Vorbildern abhängige, also ganz unselbständige Dichtung, die das Volk nicht verstand, und die volkstümliche deutsche, die die Gelehrten verachteten. Aber beide gerieten aufs stärkste unter den Einfluß des biblisch-antiken Elements, und die schon lange bestehende Neigung zum Satirischen und Lehrhaften drang in alle Adern dieser Dichtung ein. Ein reines Kunstwerk entstand daher in der ganzen Periode nicht, wenngleich die poetische Kraft des Volksgeistes in zwei neuen sagenhaften Gestalten hervortrat, dem Doktor Faust, dem Abbilde des unersättlichen Forschungsdranges dieser Zeit, und dem ewigen Juden, dem Typus des friedlosen Schicksals des jüdischen Volkes. Wirklich poetischen Wert hatte nur die Volkslyrik und das lutherische Kirchenlied, dessen erster Meister der Reformator selbst wurde; die Dichtungen der Meisterfinger verloren sich in öde Formenkünstelei und platte moralisierende Betrachtungen. Im Epos lebte nur die lehrhafte poetische Erzählung, der Schwank und die Fabel, sowie das eifrig gepflegte, freilich fast nie zu rein poetischer Gestaltung durchdringende Volkslied, das alle Ereignisse der reichen Zeit getreulich begleitete. Als wirksame Satiriker ragten im Anfange der Periode auf der einen Seite Ulrich von Hutten, auf der andern der Straßburger Franziskaner Thomas Murner hervor, später der ebenso sprachgewaltige als sprachverderbende Johann Fischart aus Mainz. Der Ausbildung eines zugleich volkstümlichen und kunstmäßigen Dramas, wie es später in England und Spanien entstand, war die

kirchliche Bewegung in Deutschland schon deshalb nicht günstig, weil das alte Mysterienspiel, da es mit dem katholischen Kultus aufs engste zusammenhing, in den protestantischen Landesteilen verschwand, und weil die nötigen Voraussetzungen eines nationalen Dramas: Einheit der sittlichen Weltanschauung, nationales Selbstbewußtsein und lebendige Erinnerung an eine große gemeinsame Vergangenheit in dieser tausendfach zerklüfteten Volke jetzt noch weniger vorhanden waren als früher. Einen Ersatz gewährten in den evangelischen Landschaften die Dramatisierung biblischer, legendarischer und antiker Stoffe, die sich von der Schweiz den Rhein hinunter und bis nach Sachsen hinein verbreiteten, sowie die lateinische Schulkomödie nach antikem Muster. Dies wirkte auch auf den Ersatz der alten Mysterienbühne durch die einfache Bühne, für die auch das erste stehende Schauspielhaus 1550 in Nürnberg eingerichtet wurde, und auf die äußerliche Gestaltung der Stücke selbst. Fast alle Dichtungsgattungen der Zeit und Stoffe aus den verschiedensten Gebieten vertrat und gestaltete ein gebildeter und formgewandter Nürnberger Handwerker, der Schuhmacher Hans Sachs (1494—1576), kein Genie, aber ein liebenswürdig-naives, fruchtbares und vielseitiges Talent von echter Volkstümlichkeit.

Für die bildende Kunst brachte die lutherische Reformation in mancher Beziehung neue Kunstprinzipien und neue Aufgaben. Sie war nicht kunstfeindlich wie die Zwinglische Kirche in der Schweiz, und schon das Gemeindeprinzip verlangte eine ganz andre Ausgestaltung der Kirchen, insbesondere den Einbau von Emporen, um den Raum für die Zuhörer zu vergrößern. Allerdings führte es, da die Zahl der Kirchengebäude aus der alten Zeit dem Bedürfnis meist vollauf genügte, gewöhnlich nur eben zu solchen einzelnen Umgestaltungen und nur selten zu Neubauten

Die
Refor-
mation
und die
Kunst

rein protestantischen Charakters, deren erster die Schloßkapelle in Torgau war. Für Bildnerei und Malerei verringerte der Sieg der neuen Kirche zunächst die Zahl der Auftraggeber und der Aufgaben, weil sie mit der Aufhebung der Lehre von den guten Werken auch den Anstoß zu zahllosen Kunstaufträgen fallen ließ, und weil sie mit der Heiligenverehrung auch die ganze Fülle der Heiligenlegende aus der Kunst ausschloß und diesen Ausfall durch die stärkere Hervorhebung der biblischen Gegenstände nicht ersetzte. Dafür schärfte sich der Blick für die umgebende Welt, da der neue Glaube nicht die Abkehr von ihr predigte, sondern sie verklärte als Gottes schöne Schöpfung, und für das Wesen der Persönlichkeit, die innerlich selbständiger geworden war, also auch ihre Eigenart schärfer ausprägte. Daher wurde die Kunst noch stärker als bisher auf die Thätigkeit für weltliche Zwecke hingewiesen, aber für diese bot sich eine Fülle von Aufgaben durch die Aufträge vor allem der Fürsten, Herren und städtischen Patrizier, also der mit der Reformation siegreichen, herrschenden Stände.

Baukunst

Hier überwand nun in der Baukunst das Vorbild der italienischen Renaissance rasch die einheimische gotische Weise, und der individuell gestaltende Baumeister verdrängte die Traditionen der Bauhütten, aber er bildete doch die fremden Formen nach deutschen Bedürfnissen um, indem er die hohen Dächer und Giebel, die vorspringenden Erker und Ecktürme beibehielt und nur in der Gliederung und Dekoration die Renaissanceformen auf sie übertrug. So bauten die Wittelsbacher ihre Schlösser in Landshut, München und Heidelberg, die Württemberger in Stuttgart, die Habsburger besonders in Prag, die Wettiner in Torgau, Dresden und Augustusburg, die Piasten in Liegnitz, die Hohenzollern in Berlin, die Mecklenburger in Wismar, und namentlich der obersächsische Adel schuf sich mit

Vorliebe künstlerisch geschmückte Landsitze bis hoch ins Erzgebirge hinauf. Von den alten Städten wurden besonders zwei von ihren reichen Bürgern fast ganz in Renaissanceformen umgebaut, Augsburg im Süden, Danzig im Norden, beide unter ganz unmittelbarem Einfluß von Italien her, und die niedersächsischen Städte übertrugen diese Formen kunstvoll in ihren alteinheimischen Holzbau, wie die nordostdeutschen in den hier natürlichen Ziegelrohbau.

Die Aufgaben der Plastik waren immer noch vielfach rein dekorativ, und monumentale Aufgaben wurden ihr überhaupt noch kaum gestellt; doch leistete sie Treffliches in Grabdenkmälern, Flügelaltären, Brunnenfiguren u. dergl. mehr. Den Empfindungen der Zeit und des Volkes entsprach noch mehr die Malerei, die eigentlich moderne und nordische unter den bildenden Künsten, da der ganze Norden mit seiner so häufig trüben, schweren Luft weniger plastisch als malerisch empfindet und die gesteigerte Fülle des modernen Daseins nur in der Malerei den ihr ganz entsprechenden Ausdruck fand. Erst jetzt schuf Albrecht Dürer in seinen Aposteln und seinen zahlreichen Stichen die tiefsten seiner Werke, Hans Holbein der Jüngere aus Augsburg wurde nicht nur der hervorragendste Bildnißmaler allerdings überwiegend der englischen Aristokratie, sondern auch der Darsteller des holdesten Ideals deutscher Weiblichkeit, und Lukas Cranach aus Franken übertrug zuerst die Kunst des Südens nach dem deutschen Norden, nach Sachsen.

Daß die Kunst jetzt auch in Deutschland von weiten Kreisen nicht nur als Luxus, sondern als Lebensbedürfnis empfunden wurde, beweist die glänzende Blüte des Kunstgewerbes in dieser Zeit, das alles, Wohnung und Hausgerät, Waffen und Kleidung durch künstlerische Formen adelte und mit dem italienischen den Vergleich aushielt.

Bildneret
und
Malerei

Kunst-
gewerbe

Land-
wirtschaft

Diese Kunst war, wie gewöhnlich, das Erzeugniß einer mehr genießenden als erwerbenden Zeit. Denn die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft geriet ins Stocken, und Deutschland verlor damals die Teilnahme am Welthandel. Das ist das verhängnisvolle Ergebnis des sechzehnten Jahrhunderts. Die Urproduktionen, die Grundlage aller andern, blieben noch eine Zeit lang bedeutend genug. Die Forsten, jetzt besser bewirtschaftet, lieferten ungeheure Holzmassen und bargen einen Wildreichtum, der bei der Jagdleidenschaft namentlich der Fürsten dem Landbau sogar schädlich wurde. Der Bergbau gewährte noch bis etwa 1570 reiche Ausbeute. Die Landwirtschaft aber stand unter dem Druck der zunehmenden Verengerung der Bauernfreiheit, der unter dem Einflusse des römischen Rechts auch die Reichsgesetzgebung Vorschub leistete, indem sie 1559 die Leibeigenschaft zuließ. Seitdem mehrten die westdeutschen Großgrundbesitzer, die im wesentlichen von den Zinsen ihrer abhängigen Bauern lebten, deren Leistungen, die Rittergutsbesitzer der östlichen Koloniallande aber, die allmählich schon die Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt über ihre Unterthanen an sich gebracht hatten, begannen ihre Güter selbst zu bewirtschaften, dafür die ursprünglich freien deutschen Bauern durch Fronen und Gesindedienste immer stärker heranzuziehen, sie, um sich der Arbeitskräfte zu versichern, an die Scholle zu fesseln und wohl auch schon ihre Hufen als Rittergutsland einzuziehen. So entstand zunächst im Osten ein gewissermaßen fabrikmäßiger Großbetrieb für den Absatz, an sich technisch ein Fortschritt, der auch deshalb Lehrbücher über den Landbau veranlaßte, aber teuer erkauft war durch die Knechtung des Bauernstandes und durch die Erstickung jedes Triebes zum Fortschritt in ihm.

Gewerbe
und
Handel

Das städtische Gewerbe begann langsam zu

verkümmern, weil der ausländische Absatz sank. Ebendeshalb wurden aus den Zünften statt einer sozialen Organisation Genossenschaften bevorrechteter Meister, die ängstlich über eine bestimmte Zahl wachten, alle nicht zünftigen als „Bönhasen“ verfolgt und eifersüchtig das Alleinrecht des städtischen Gewerbebetriebes, die Unterdrückung des Landgewerbes verfochten. Der Handel erfreute sich mancher technischen Fortschritte. Schon die zunehmende Sicherheit des Verkehrs kam ihm zu gute; die neu auftauchenden „Meßkataloge“, „Postreiter“ und „Zeitungen“ (d. h. Beschreibung besonders wichtiger Vorkommnisse in kleinen Flugblättern) vermittelten eine gewisse Kenntnis auch ferner Zustände, der Geld- und Wechselverkehr nahm einen immer größeren Umfang an, und 1558 entstand in Hamburg die erste deutsche Börse. Im Binnenverkehr rangen noch die großen Handels- und Meßplätze, wie Nürnberg und Frankfurt, Leipzig, Magdeburg, Lüneburg und Hamburg, Breslau und Stettin um Behauptung ihrer alten Straßen- und Stapelrechte, doch schon stützten sich manche von ihnen auf ihre Landesherrschaften, die bereits die wirtschaftliche Schließung ihrer Territorien vorbereiteten und somit der alten Stadtpolitik bald entgegentraten, bald, wo sie ihren Interessen entsprach, förderlich waren.

An den neuen Welthandelslinien, die Italien und Deutschland, die Zentralländer des mittelalterlichen Welthandels seit dem Ende des zwölften Jahrhunderts, beiseite ließen und die bisher ganz an der Peripherie gelegenen iberischen Länder Spanien und Portugal in den Mittelpunkt der neuen Handelsbeziehungen rückten, hatten süddeutsche Häuser als Kaufleute, nicht als Reeder, frühzeitig Anteil gewonnen (I, 338) und diese Beziehungen seit der politischen Verbindung Spaniens mit Deutschland unter Karl V.

Verdrängung
der
Deutschen
aus dem
Welt-
handel

noch enger geknüpft. Die Welfer erhielten 1529 sogar Venezuela als spanisches Lehen, die Fugger beherrschten den spanischen Bergbau und durch ihre Anleihen auch die spanische Finanzwirtschaft. Aber Venezuela wurde schon 1546 wieder aufgegeben, und die spanische Eroberung Portugals 1580 zerstörte die Handelsgröße Lissabons, sodaß die Welfer endlich 1614 fallierten. Dafür drängten sich mit steigendem Nachdruck die Niederländer, begünstigt durch ihre Lage an der Westseite der Nordsee, in diesen neuen Verkehr hinein, nachdem sie sich in heldenmütigen Kämpfen von der spanischen Herrschaft losgerissen hatten. Schon seit dem Anfange des sechzehnten Jahrhunderts war Antwerpen an Stelle des versandenden Hafens von Brügge der wichtigste Platz für den nord-südeuropäischen Verkehr geworden, sodaß der hanfische Hof 1545 hierher verlegt wurde; als die spanische Rückeroberung 1585 diese Handelsblüte der Stadt zerstörte, wurde Amsterdam ihr Erbe. Dazu wuchs auch in den nordischen Meeren siegreich die alte Konkurrenz der Niederländer, begünstigt von den nordischen Reichen, von denen Norwegen 1560 den hanfischen Hof in Bergen seiner Landeshoheit unterwarf und die Nordlandsfahrt freigab, Schweden 1548 die hanfischen Privilegien aufhob und, indem es sich unter Erich XIV. in den baltisch-deutschen Provinzen festzusetzen begann, den Hansestädten auch den Verkehr mit Rußland zu verlegen drohte. Um 1600 beherrschte die holländische Flagge die Ostsee. Und dies rasch aufblühende Land war dem Reiche schon völlig entfremdet! Neben den Holländern aber kamen die Engländer empor. Ihre Genossenschaft der „wagenden Kaufleute“ (merchant adventurers) knüpfte seit den sechziger Jahren direkte Handelsbeziehungen mit den deutschen Nordseestädten, auch mit Hamburg, an, und als die ohnmächtige Reichsgewalt, wohlmeinend aber ungeschickt,

mehrfach dagegen einschritt, endlich 1597 die Engländer aus Deutschland auswies, nachdem die Hansestädte schon 1588 den Spaniern Schiffe und Kriegsmaterial zum Entscheidungskampfe gegen England und Holland geliefert hatten, da sperrte Königin Elisabeth 1598 den Londoner Stahlhof, den letzten noch übrigen der vier großen Kaufhöfe der Hansa. Von ihren alten Städten behauptete nur Hamburg, daß sich nicht mehr um das Reich kümmerte, und Danzig, das überhaupt nicht zu ihm gehörte, einen bescheidenen Anteil am west- und südeuropäischen Verkehr. Für zweiundeinhalb Jahrhunderte war Deutschland vom Welthandel ausgeschlossen.

Diese verhängnisvolle Thatsache war eine unvermeidliche Folge der Auflösung der Reichsgewalt durch den Sieg der fürstlichen Libertät. Deren Sieg aber ergab sich wieder mit Notwendigkeit aus der längst vorbereiteten Entfremdung des Kaisertums und der Nation, die sich mit der ablehnenden Haltung Karls V. gegen die kirchliche Bewegung vollendet hatte.

Fortan hing die ganze Entwicklung Deutschlands noch weit mehr als bisher von dem weltlichen Fürstentum ab. Denn die geistlichen Gebiete waren, von der fortschreitenden reformatorischen Bewegung in ihrem Bestande bedroht und in ihrer alten Bedeutung geschmälert, fast nur noch Ausgleichsobjekte in den Machtkämpfen der weltlichen Fürsten, die Reichsstädte hatten ihre politische Stellung durch ihre schlaffe Haltung im schmalkaldischen Kriege vollends verloren, der Reichsadel war seit dem Aufstande Sickingens gebrochen, und sein altes Fehderecht den landesherrlichen Gewalten erlegen. In der That regte sich nun in diesem Fürstentum ein neuer Geist. Die Bildung der fürstlichen Herren beschränkte sich nicht mehr bloß auf die Vorbereitung für Jagd und

Charakter
des
neuen
Fürstentums

Krieg, sondern sie nahm auch humanistisch-theologische Elemente in sich auf; damit wuchs das Pflichtbewußtsein und die persönliche Regierungsthätigkeit, trotz aller fortdauernden Roheit der äußern Lebensführung in wilden Jagden und wüsten Zechgelagen. War doch auch die Aufgabe des Staats eine höhere geworden, seitdem Luther seine sittliche Selbständigkeit neben der Kirche gelehrt hatte, und die Kirchenhoheit mit zahlreichen neuen Kulturaufgaben den Gebietsherren zugefallen war.

Landes-
verwaltung

Daraus ergab sich einmal der Sieg des Gedankens der Staatseinheit, andrerseits eine wesentliche Steigerung der Staatsthätigkeit. Jene wurde mehr und mehr durch die Einheit der Erbfolge gesichert, in Kalenberg (Hannover) 1540, in Hessen-Darmstadt 1606, in Holstein für die Linie Gottorp 1608, in Lüneburg 1610, in Hessen-Kassel 1627/28. Sodann versuchte man ein einheitliches Landesrecht zu schaffen, so schon 1507 das Bistum Bamberg mit einer Strafprozeßordnung, die 1532 als Karls V. peinliche Halsgerichtsordnung für das ganze Reich Geltung erlangte, so in Kursachsen 1572 durch die „Konstitutionen“ Kurfürst Augusts, und begann, das Territorium auch wirtschaftlich abzuschließen. Die Staatsthätigkeit aber umfaßte mit ihren Gesetzen und Verordnungen allmählich alle Zweige des Volkslebens, ebenso sehr landesväterlich fördernd als bevormundend, namentlich eine bisher unerhörte Sicherheit des Lebens und Eigentums wahrend, und bildete daher wenigstens an den Zentralstellen ein noch halb ritterliches, aber schon halb bürgerlich juristisches Beamtentum mit durchgeführter schriftlicher Verwaltung, genauer abgegrenzten Geschäftskreisen der einzelnen Behörden (Kanzlei, Hofkammer, Hofgericht, Kriegsrat, Konsistorium) und wenigstens zum Teil auch mit Geldbesoldung (neben fortdauernden Natural- und

Sportelbezügen) weiter aus, führte auch notwendig zur vollständigen Festlegung der Residenzen.

Die Lokalverwaltung blieb noch größtenteils in den Händen der Stadtgemeinden, also des städtischen, grundbesitzenden und handeltreibenden, jetzt vielfach schon wissenschaftlich gebildeten Patriziats, und der adelichen Grundherren, die im kolonialen Deutschland allerorten wenigstens die niedere Gerichtsbarkeit und die Polizeigewalt über ihre Unterthanen, fast überall auch, so gut wie die Städte, das Patronat über Kirchen und Schulen, in den evangelischen Landen auch einen Teil des Kirchenguts an sich gebracht hatten und in den protestantischen kein Gegengewicht mehr an einem geistlichen Stande fanden. Während sie ihre alte militärische Selbständigkeit und also auch ihr Fehderecht stillschweigend aufgaben, war der Anteil der Stände an der Landesverwaltung eher im Wachsen als in der Abnahme. In Brandenburg z. B. gewannen sie unter Joachim II. (1535—71) und Johann Georg (1571—98) durch Übernahme eines Teils der Kammer Schulden die völlige Herrschaft über die Besteuerung und die Besetzung der Staatsämter. Württemberg, wo sich der Adel ganz vom Lande getrennt hatte und reichsfrei geworden war, schied sich nach der Verfassung des Herzogs Christoph (1550—68) in das umfangliche Kammergut, das der Herzog als Grundherr so gut wie unumschränkt regierte, und das Land, das der Landtag, d. h. die Gemeinschaft der (14) lutherischen Prälaten und der Stadtgemeinden (die „Landschaft“) durch seine Ausschüsse leitete; die Landeskirche aber, die sich die reichen geistlichen Güter fast völlig gerettet und die Klöster größtenteils in lateinische Stiftsschulen als Vorbereitungsanstalten für das (theologische) „Stift“ in Tübingen umgestaltet hatte, stand unter ihrem Kirchenrat („Visitation“) und den vier Generalsuperintendenten fast selbständig neben

Die
Stände;
Branden-
burg,
Kur-
sachsen,
Württem-
berg

dem Staate. Das Vorbild einer monarchisch-patriarchalischen Staatsordnung, die sich auf eine muster-giltige Verwaltung der schon meist verpachteten Kammergüter, sorgfältige, fast monopolistische Ausnutzung der Regalien, namentlich des Forst-, Bergbau- und Münzregals, und Ausbildung der Steuern stützte, schuf in Kurpfalz „Vater“ August (1553–86) mit „Mutter“ Anna, indem er zugleich sein Gebiet durch das früher ernestinische Vogtland 1569, den Neustädter Kreis 1566 und die drei landsässigen Stiftslande vergrößerte; doch behielten die Stände auch hier vollkommen ihre Rechte und die drei Stiftslande noch ihre besondere „Administration.“

Charakter
des
ständischen
Staats


Also bildete sich in den größern Territorien überall eine monarchisch-aristokratische Staatsordnung aus, die auf dem Zusammenwirken des Landesfürsten und der Stände beruhte. Über die unterthänige, politisch teilnahmlose und fast rechtlose Masse herrschten mit dem Landesherrn die adlichen Gutsbesitzer und das städtische Patriziat; sie hielten Gesetzgebung, Landesverwaltung, Gerichtsbarkeit und Kirchenhoheit in ihrer Hand und behaupteten die schroffste Scheidung des Volks in fast kastenmäßig gesonderte Stände. Aus einer Verbindung von Domänen, Stadtgebieten und Rittergütern (auf katholischem Boden außerdem aus geistlichen Grundherrschaften), deren Besitzer zugleich obrigkeitliche Rechte übten, bestand also das Territorium, aus einer Anzahl solcher kirchlich streng geschlossenen Territorien bestand das Reich.

Stellung
des Reichs
zur großen
Politik

Zu einer Politik im großen Stile, wie sie die Weltverhältnisse von dem alten Zentralvolke Europas gerade damals gefordert hätten, war dies Reich natürlich unfähig geworden. Eine selbständige Reichsgewalt mit selbständigen Organen gab es längst nicht mehr, jede einheitliche auswärtige Politik war schon deshalb

unmöglich, weil der Reichstag in kirchlichen Fragen nicht mehr nach der Mehrheit entschied, mit solchen aber die gesamte europäische Politik dieser Zeit durchsetzt war, und endlich waren die deutschen Einzelregierungen nicht nur, da sie von ihren Ständen ganz abhängig waren, außer stande zu einer kraftvollen, folgerichtigen Politik, sondern sie verloren auch über dynastischen, territorialen, ständischen und konfessionellen Interessen allmählich jede Fähigkeit, große Gesichtspunkte überhaupt nur zu erfassen. Also überwucherten allmählich die innern Gegensätze und trieben die ihrer alten politischen Einheit und ihrer Weltstellung schon beraubte Nation einer unerhörten Katastrophe zu.





Das Wachstum der kirchlichen Reaktion 1558 bis 1618

Friedliche
Politik im
Reiche

Doll ungelöster Gegensätze glich das Reich als Ganzes einem schwerkranken Körper, der sich nur durch völlige Bewegungslosigkeit erhalten konnte, also durch die Bewahrung des Friedens um jeden Preis, und dies, während ringsum dieselben schweren Fragen, die die Deutschen beschäftigten, in gewaltigen Kämpfen entschieden wurden. Den innern Frieden zu behaupten war das Streben ebenso der habsburgischen Kaiser wie der maßgebenden deutschen Fürsten. Von jenen war Ferdinand I. (1558—64), obwohl in Spanien erzogen, durch den langen Aufenthalt in Deutschland vollkommen zum Deutschen geworden und persönlich für einen grundsächlichen Ausgleich; sein Sohn Maximilian II. (1564—76) aber neigte lange Zeit geradezu dem Protestantismus zu, und beide wurden durch den dynastischen Gegensatz zu Philipp II. nur umso mehr auf die deutsche Seite hinübergedrängt. Von den größern deutschen Fürsten aber waren die lutherischen grundsächlich und aus eignem Interesse friedliebend, vor allem der bedeutendste, August von Sachsen, der schon im Hinblick auf die unveröhnten Ernestiner jede Erschütterung des bestehenden Besitz- und Rechtsstandes vermeiden wollte.

Das Unglück für die Nation war nun, einmal, daß der Religionsfriede von Augsburg einen festen Rechtsboden für das Verhältnis der Bekenntnisse gar nicht durchweg geschaffen hatte, sodann, daß allmählich auf beiden Seiten, vor allem auf der katholischen, das kirchliche Interesse das nationale völlig überflügelte. Von Spanien aus war jene Bewegung gegangen, die unter strenger Wahrung der alten hierarchischen und dogmatischen Grundlagen den Klerus sittlich reformierte und ihn sowie die von ihm geleiteten Laien mit hingebendem, ja fanatischem Eifer für die römische Weltkirche erfüllte, und der große Abfall der Germanen war eine furchtbare Mahnung zur Reform für die ganze Kirche gewesen. So wurde aus dem politischen weltlichen Papsttum der Renaissancezeit wieder eine geistliche Weltmonarchie im Sinne Gregors VII. und Innocenz III., geleitet von dem Gedanken, daß die Kirche allein souverän und der Staat als ein vergängliches, gebrechliches Gebilde ihr untergeordnet sei. Zahlreiche neue Ordensgenossenschaften für Mission, Barmherzigkeitspflege und Unterricht stellten sich ihm zur Verfügung, darunter vor allem die Gesellschaft Jesu, die Stiftung eines spanischen Edelmanns, Ignatius Loyola. Ganz erfüllt von spanisch-römisch-militärischem Geiste, unter straffer, monarchischer Leitung auf den unbedingten schweigenden Gehorsam aller seiner Mitglieder begründet, mit Unterdrückung jeder persönlichen Eigenart und jeder nationalen Empfindung, setzte dieser Orden an die Stelle der persönlichen Gewissensüberzeugung den Befehl des Beichtvaters und ersetzte die wirkliche Sittlichkeit, die auf jener beruht, durch eine spitzfindige Kasuistik auf dem Grunde äußerlicher Zweckmäßigkeit. Unter solchen Einflüssen stieß die Schlußsession des Tridentiner Konzils 1562/63 alle protestantischen Elemente aus der Kirche grundsätzlich aus, erkannte

Die
Grund-
lagen
der Gegen-
reforma-
tion

den Papst als den „allgemeinen Bischof“ an, von dem alle andern Bischöfe ihr Recht ableiteten, beseitigte also die aristokratische Auffassung der Konzilszeit von der Kirche zu Gunsten der absolut monarchischen und betonte in dem Tridentiner Glaubensbekenntnis die alten Grundlagen der Dogmatik, also auch die Mittlerstellung des Klerus. Alle Vermittlungsgedanken hatten damit ein Ende. Was sich aber hier durchsetzte, das war durch und durch romanisch; der germanische Geist, der die mittelalterliche Kirche so stark beeinflusste, hatte keinen Teil mehr an dieser neurömischen Gestaltung, und daher ist diese auf germanischem Boden immer ohne selbständiges Leben geblieben, so tüchtige Kräfte ihr auch gerade die Deutschen zugeführt haben.

Fort-
schritte
des Pro-
testantis-
mus

Dieser gewaltigen, einheitlich geleiteten, von Begeisterung erfüllten päpstlichen Weltkirche stand nun in Deutschland eine Anzahl kleiner evangelischer Landeskirchen gegenüber, unter sich unverbunden und zuweilen verfeindet, in sich durch fortgesetzte dogmatische Streitigkeiten zerrissen und infolge der Kirchenhoheit der Landesherren sogar ihrer historischen und sittlichen Grundlage, der persönlichen Glaubensfreiheit beraubt. Es ist ein Beweis mehr von der tiefen innern Berechtigung des Protestantismus, daß er sich in einem so ungleichen Kampfe behauptet hat, um so mehr als die römische Kirche in Deutschland noch über eine ganze Reihe von Stützpunkten verfügte. Noch gehörten ihr drei große Fürstengeschlechter, die Habsburger, die bayrischen Wittelsbacher und die Herzöge von Jülich-Kleve an, noch besaß sie alle reichsunmittelbaren Stiftslande, noch herrschte sie in einer großen Anzahl von Reichsstädten. Allerdings begannen ihr diese Grundlagen unter den Füßen zu entschwinden, da das kirchliche Patronat vielfach in den Händen der Grundherrschaften lag, und die Selbst-

ständigkeit der Stände dem Willen des Landesherrn starke Schranken zog. In den österreichischen Ländern der Habsburger, mit alleiniger Ausnahme von Tirol, waren schon um die Mitte des Jahrhunderts bei weitem die meisten adelichen Grundherren und die landesfürstlichen Städte lutherisch, sodaß Maximilian II. dem Adel 1571 in Nieder- und Oberösterreich auf seinen Gütern Glaubensfreiheit gewährte; also die Organisation der lutherischen Kirche gestattete. Böhmen und Mähren wurden fast ganz utraquistisch oder lutherisch, was sich mit einem gewissen geistigen Aufschwunge des tschechischen Volkes verband. Schlesien und die Lausitzen waren dies längst geworden, weil dort der größte Teil des Landes unter Vasallenfürsten aus dem Hause der Pfaffen stand (I, 261), hier die landesherrliche Gewalt gegenüber den Ständen noch weniger bedeutete als in Böhmen. In Ungarn und Siebenbürgen fielen die deutschen Städte und die Sachsen dem Luthertume zu. In Bayern huldigte ihm noch um 1570 der größte Teil des Adels, in Füllich-Kleve-Berg, vollständig Mark und Ravensberg, teilweise die übrigen Lande, wo auch von den Niederlanden her der Calvinismus Boden gewann. Doch gelang es dort, wo die Landesherrschaft katholisch blieb, nicht, die Organisation der römischen Kirche ganz zu zerstören, und auch die etwaigen Zugeständnisse der Landesherrn waren rein persönlich und banden den Nachfolger an sich nicht, sodaß, da die Kirchenhoheit reichsrechtlich feststand, jede sichere Rechtsgrundlage für die errungenen Konzessionen fehlte. Auch von den Reichsstädten blieben trotz des Religionsfriedens nur noch wenige katholisch.

Aber der Schwerpunkt für die Entscheidung der ganzen Frage lag in den geistlichen Fürstentümern. Nun wurden die mittelbaren Stifter in den evange-

Die geistlichen Fürstentümer und die Jesuiten

lisch gewordenen Territorien überall eingezogen, darunter die sächsischen, brandenburgischen, pommerischen und mecklenburgischen Bistümer. In den Reichsstiftern gingen vielfach auch die Domkapitel ganz oder teilweise zum Luthertum über, weil sie sich ja aus dem Landadel ergänzten; sie wählten dann wohl einen lutherisch oder erasmisch gesinnten Herren und ließen die Bildung lutherischer Gemeinden im Lande zu. Ja in den großen norddeutschen Stiftern Magdeburg, Halberstadt, Minden, Bremen, Verden, Lübeck und in der alten Reichsabtei Hersfeld kamen dauernd Söhne lutherischer Fürstengeschlechter zur Herrschaft. Sie erhielten nun als „Administratoren“ die Belehnung vom Kaiser, wenngleich sie die päpstliche Bestätigung nicht nachsuchten, übten daher auch am Reichstage ihr Stimmrecht zunächst ungestört aus und führten in ihrem Lande das lutherische Kirchenwesen durch. Die Gegenwehr der römischen Kirche war lange Zeit schwach, mehr vorbereitend als unmittelbar wirksam, denn die Niederlassungen der Jesuiten, die seit 1551 von katholischen Landesherren in Deutschland gegründet wurden (1551 in Wien, 1555 in Prag, 1556 in Köln und Ingolstadt, 1559 in München, 1560 in Trier) und besonders durch die unermüdlige Wirksamkeit des ersten Provinzials der oberdeutschen Ordensprovinz, des Paters Canisius aus Nymwegen (1521—97), immer festere Gestalt gewannen, konnten nur eine künftige Generation erziehen, aber auf die damalige wenig Einfluß gewinnen. Um 1570 erreichte die Ausbreitung des Protestantismus in Deutschland ihren Höhepunkt. Aber rechtlich gesichert waren diese Erfolge nur in den weltlichen Territorien evangelischer Landesherren, und streng genommen auch hier nur, soweit sie schon vor 1555 errungen waren, und so lange die Landesfürsten evangelisch blieben, gänzlich ungesichert da-

gegen in einem Teile der Reichsstädte, in den Gebieten katholischer Fürstenhäuser und in den Stiftslanden. Eine wirkliche Sicherung konnte hier nur die Aufhebung des geistlichen Vorbehalts gewähren, und diese war nur zu erreichen, wenn die evangelischen Stände am Reichstage geschlossen vorgingen und ihre Macht brauchten, so lange es Zeit war.

Es war das Verhängnis des Protestantismus, daß diese Voraussetzungen nicht erfüllt wurden, weil zunehmende Spaltungen seine Anhänger zerrissen. Zunächst drang von Frankreich und der Schweiz her der Calvinismus ein, in seiner streng logischen Gestaltung der Dogmatik und Verfassung auf dem Grunde der furchtbaren Lehre von der Gnadenwahl (Prädestination) unvergleichlich geeignet, willensstarke und entschlossene Menschen zu erziehen, aber doch eine ungermanische, ganz romanisch-französische Ausgestaltung des Protestantismus, die in Deutschland nie recht heimisch wurde und den strengen Lutheranern gar nicht als glaubensverwandt, sondern als Sakramentschändung galt, auch nicht unter dem Schutze des Religionsfriedens stand. Daher riß der Übertritt der Kurpfalz zum Calvinismus unter Friedrich III. 1563 einen tiefen Spalt zwischen ihr und den norddeutschen Kurfürsten, Sachsen und Brandenburg auf. Andererseits bekämpften sich im Luthertum selbst eine streng lutherische und eine dem Calvinismus in Abendmahls- und Rechtfertigungslehre sich einigermaßen nähernde, vermittelnde Richtung, die ihren Namen dem milden Philipp Melancthon (+ 1560) entlehnte, von den Gegnern aber als Kryptocalvinismus verkehrt wurde. Sie herrschte von Wittenberg aus in Kursachsen, die andre Richtung von der 1558 neugegründeten Universität Jena aus im ernestinischen Thüringen und in den niedersächsischen Städten. So verflocht sich der neue kirchliche Gegensatz mit

Ein-
dringen
des Kalvi-
nismus

dem alten dynastischen, und beide zusammen führten schwere Erschütterungen über Mitteldeutschland herauf.

Die
Grumbach'schen
Händel

Johann Friedrichs gleichnamiger ältester Sohn in Gotha, dem das Gefühl tiefster Kränkung seines Hauses keine Ruhe ließ und jede klare Überlegung raubte, geriet in Verbindung mit dem fränkischen Reichsritter Wilhelm von Grumbach, einem alten Spießgesellen Markgraf Albrechts, weil dieser, in einem langwierigen und unglücklichen Rechtsstreit mit dem Bistum Würzburg begriffen, ihm vorspiegelte, mit Hilfe einer allgemeinen Erhebung des Adels oder wenigstens der Reichsritterschaft gegen die Fürsten die verlorne Größe seines Hauses wiederherstellen zu können. Von Johann Friedrich in Gotha aufgenommen, brachte Grumbach durch Überrumpelung im Oktober 1563 Würzburg in seine Hand, verfiel aber wegen Friedensbruchs der Reichsacht, und diese traf 1566 auch den Herzog, da er von Grumbach nicht ablassen wollte. Denn in diese an sich kleinlichen Händel griffen die großen Weltverhältnisse ein. Im Osten drohte ein neuer furchtbarer Türkenkrieg, im Norden eröffnete eben damals Rich. XIV. von Schweden (1560—68), auf Rußland gestützt, den Kampf um die Ostseeherrschaft gegen Dänemark, die Hansestädte und Polen und hatte sich, um ein Einschreiten des Reichs zu Gunsten Dänemarks und der Hanse, also der bestehenden Machtverhältnisse, zu verhindern, mit den Ernestinern ins Einvernehmen gesetzt, während Kurfürst August von Sachsen, der Gemahl einer dänischen Prinzessin, mit Dänemark in Verbindung trat. Große Interessen verlangten also die schleunige Niederwerfung der Ernestiner. Während nun der Einbruch der Türken im habsburgischen Ungarn an der tapfern Verteidigung der kleinen Festung Sziget durch Niklas Zriny im September 1566 zum Stillstand kam und nach dem Tode

des Sultans Soliman (4. September) vor dem gewaltigen Reichsheer Kaiser Maximilians II. ganz zurückwich, ohne daß freilich dieser mehr zu erreichen verstanden hätte als einen unrühmlichen Frieden auf acht Jahre (Februar 1568), zwang Kurfürst August, als Oberster des ober-sächsischen Kreises mit der Vollstreckung der Acht beauftragt, nach mehrmonatiger tapfrer Gegenwehr das feste Gotha im April 1567 zur bedingungslosen Übergabe. Grumbach wurde gerichtet, der Herzog bis an seinen Tod (1595) in Wiener-Neustadt gefangen gehalten, seinen Söhnen die Verpfändung des Neustädter Kreises an Kursachsen als Ersatz für die Kriegskosten auferlegt.

Doch dem Siege der Albertiner folgte keineswegs der Sieg des Philippismus, den August in seinem Lande bisher nur deshalb hatte gewähren lassen, weil er geglaubt hatte, daß seine Lehre rein lutherisch sei. Stutzig geworden und sich von seiner Umgebung absichtlich getäuscht glaubend unterdrückte er 1574 mit harter Hand den Kryptokalvinismus in Kur-sachsen, das seitdem die Hochburg der lutherischen Rechtgläubigkeit wurde, und von einem gemeinsamen Vorgehen mit der Kurpfalz konnte fortan keine Rede sein. Daher scheiterte auch 1576 der pfälzische Antrag am Reichstage auf „Freistellung“ des Bekenntnisses in den Stiftslanden, also Aufhebung des geistlichen Vorbehalts, und die Lage der Evangelischen blieb dort so unsicher wie zuvor.

Während somit unfruchtbare Händel das Reich verwirrten, verlor die Nation thatenlos ein Gebiet nach dem andern. Seitdem die alte Kolonie Livland, eine Verbindung von Deutschordensgebieten und Bischofslanden, zum Luthertum übergegangen war, hatte dieser Bund geistlicher Staaten jede innere Berechtigung und jeden innern Halt verloren. Mitten hineingestellt zwischen die großen Slawenmächte

Unterdrückung
des Krypto-
kalvinis-
mus
in Kur-
sachsen

Vertust
Livlands
und der
Nieder-
lande

und die aufstrebenden nordischen Reiche und vom Reiche im Stiche gelassen, verfiel Livland der Fremdherrschaft. Als die Russen seit 1558 das Land überfluteten, stellte sich Reval mit Estland 1561 unter den Schutz Schwedens, Kurland nahm im November 1561 der letzte Landmeister, Gotthard Kettler, als weltliches Herzogtum von Polen zu Lehen, das eigentliche Livland wurde auf Jahrzehnte der Zankapfel zwischen Dänen und Schweden, Polen und Russen. Der letzte Versuch der Hansestädte, in Verbindung mit Dänemark sich wenigstens den alten Verkehr mit Rußland zu sichern, hatte nach dem Sturze Erichs XIV. 1568 im Frieden von Stralsund 1570 immerhin einen gewissen Erfolg, aber das Schicksal Livlands wurde dadurch nicht beeinflusst.

Trennung
der
Nieder-
lande

Viel empfindlicher noch wurde die Trennung der Niederlande vom Reiche. Vorbereitet hatte sie Karl V. mit seiner glaubens- und staats-einheitlichen Politik, die den dort aufkommenden Protestantismus mit den grausamsten Mitteln niederhielt und ein Bündel selbständiger, ständisch regierter Provinzen zu einem monarchischen Einheitsstaate zusammenschweißen wollte, daher auch 1553 sie zum burgundischen Kreise zusammenschloß und ihre rechtliche Verbindung mit dem Reiche lockerte, um sie in ein ganz unnatürliches Verhältnis zu Spanien hineinzuzwingen (S. 48). Philipp II., durchaus Kastilianer, fuhr darin fort, erregte aber dadurch zunächst den stolzen Widerspruch des niederländischen Adels, dann, als sein Generalstatthalter Herzog Alba seit 1567 jahrelang ein rechtloses Blutregiment geführt hatte, den bewaffneten Aufstand des kalvinischen Bürgertums in den germanischen Nordprovinzen Holland und Seeland (seit 1572) unter der Leitung eines deutschen Reichsfürsten, des Prinzen Wilhelm von Nassau-Oranien. Mit ewig denkwürdigem Helden-

mute behaupteten sich diese kleinen armen Landschaften zunächst ohne fremde Unterstützung gegen eine ungeheure Übermacht und rissen allmählich erst den gesamten Norden, dann auch die vlämisch-wallonischen Provinzen mit in den Kampf hinein. Dieser richtete sich zunächst nur auf die Behauptung des alten Landesrechts und der Religionsfreiheit, aber 1579 schlossen sich die sieben nordniederländischen Provinzen zu dem engeren Staatenbunde von Utrecht zusammen und sagten sich 1581 „nach dem Rechte der Natur“ von Spanien los. Seitdem begannen ihre kühnen Seefahrer in die Linien des spanisch-portugiesischen Weltverkehrs einzudringen. Doch alles, was die Niederländer hier als ihren Anteil an der See- und Kolonialherrschaft errangen, kam ihnen allein zu gute, nicht der Gesamtheit der Nation. Vom Reiche sich selbst überlassen, da die katholischen Stände der ganzen Bewegung feindlich, die lutherischen mindestens gleichgiltig gegenüberstanden, das Reichsrecht aber einen Anlaß zum Einschreiten gegen Philipp II., der ja nur von seinen landesherrlichen Rechten gegen Rebellen und Andersgläubige Gebrauch machte, gar nicht bot, trennten sich die Niederlande, das für die kommerzielle Weltstellung der Nation wichtigste Gebiet, thatsächlich völlig vom Reiche, und aus einigen niederdeutschen Küstenstämmen erwuchs eine kleine, selbständige und selbstbewußte Nation.

Also hatte sich die Zukunft schon schwer verdüstert, als Maximilian II. am 12. Oktober 1576 in Regensburg verschied. Unter seinem Sohne und Nachfolger Rudolf II. (1576—1612) rückte das Verderben näher und näher. Nicht daß er, obwohl in Spanien und ursprünglich für die Nachfolge in Spanien erzogen, ein kirchlicher Fanatiker gewesen wäre; er wollte im Gegenteil wie seine nächsten Vorgänger eine vermittelnde Stellung und den Frieden im Reiche be-

Beginn
der
Gegen-
reformation

haupten; aber unentschlossen, menschenfurcht und wissenschaftlichen und künstlerischen Liebhabereien mehr als einem Herrscher ziemt hingegeben, taugte er überhaupt nicht zum Regenten und verfiel allmählich geradezu dem Verfolgungswahnsinn. So gingen die Dinge im Reiche fast ohne ihn ihren verhängnisvollen Gang weiter. Wie überall damals, in Frankreich, England, Polen und Schweden die römische Kirche die Wiederherstellungsarbeit begann, so auch in Deutschland, und hier zunächst in den geistlichen Fürstentümern von ihrer Auffassung des Religionsfriedens aus, nach der die lutherischen Stände sich mit dem begnügen sollten, was sie damals errungen hatten, namentlich auch mit den bis 1552 eingezogenen geistlichen Gütern. Der Fürstabt von Fulda machte damit schon 1573 den Anfang, die Bischöfe von Trier, Mainz, Hildesheim, Bamberg, Würzburg, Paderborn, Münster folgten. Überall wurden hier die protestantischen Geistlichen und Lehrer des Landes verwiesen, tüchtige katholische Geistliche angestellt, jesuitische Unterrichtsanstalten begründet, die führerlos gewordenen Gemeinden zum Übertritt oder zur Auswanderung genötigt, alles kraft der landesherrlichen Kirchenhoheit. Auf der andern Seite aber wuchs die Entzweiung. Umsonst versuchte Johann Kasimir von der Pfalz 1577 die Protestanten aller Länder zu gemeinsamer Abwehr zu vereinigen, aber er fand wenig Anklang. Kurfürst August sammelte 86 lutherische Reichsstände 1580 um seine Konkordienformel von 1577, um eine gemeinsame Grundlage zu schaffen, aber sie riß den Zwiespalt mit den Calvinisten nur weiter auf. Nur ganz vorübergehend näherte sich Kurpfalz der Pfalz, als nach Augusts Tode 1586 unter seinem Nachfolger Christian I. der Kanzler Nikolaus Krell die Verpflichtung auf die Konkordienformel abschaffte und mit der Pfalz 1591 ein Bündnis zur Unterstützung Heinrichs IV. von

Frankreich schloß. Der frühe Tod des Kurfürsten stürzte auch den Kanzler und überlieferte Kursachsen abermals der bedingungslosen Herrschaft lutherischer Rechtgläubigkeit.

So ging die römische Partei auch auf politischem Gebiet zur planmäßigen Wiederherstellung ihres Besitzes über, zunächst um die Reichsgewalt völlig in ihre Hände zu bringen. Im kurfürstlichen Kollegium des Reichstages waren die Protestanten, da Kursachsen fast niemals mit der Pfalz, sondern mit den geistlichen Kurfürsten ging, schon in der Minderheit; den Gedanken, durch den Übertritt des Kurfürsten-Erzbischofs von Köln, Gebhard von Waldburg, 1583 die Mehrheit zu gewinnen, vereitelte die schlaffe Haltung der lutherischen Stände sowie das entschlossene Einschreiten des Papstes Gregor XIII., der den Erzbischof entsetzte und Ernst von Bayern an seiner Stelle ernannte. Nach dem Verluste seiner Hauptstadt Bonn im März 1584 bei Terborg (Burg) an der alten Dffel geschlagen, flüchtete Gebhard nach den Niederlanden. Im fürstlichen Kollegium hatten die Protestanten die entschiedne Mehrheit, so lange die lutherischen Administratoren Sitz und Stimme behaupteten. Daher bestritt ihnen die römische Partei seit 1582 ihr Recht, und da die Lutherischen um des lieben Friedens willen nachgaben, so waren seit 1598 die Administratoren aus dem Reichstage verdrängt und die Mehrheit auch im Fürstenrate katholisch. Dieser nunmehr ganz von den Katholiken beherrschte Reichstag verhängte über die Reichsstadt Aachen, weil sie gegen den Augsburger Frieden Protestanten in den Rat zugelassen hatte, 1598 die Aacht und ließ sie noch in demselben Jahre von den benachbarten Reichsfürsten vollstrecken. Auch die Reichsjustiz wandte sich mehr und mehr gegen die Ansprüche der Evangelischen, zumal der Reichshofrat, das alte Königsgericht, das 1559 Ferdi-

Der
kölnische
Krieg;
Katholi-
sierung
Aachens

nand I. als stehende Behörde organisiert hatte, und dessen Befehle ganz in den Händen des Kaisers lag.

Maxi-
milian
von
Bayern

Also in den Besitz der Reichsgewalt gelangt fand die römische Partei in dem jungen Herzog Maximilian I. von Bayern (1598—1651) ihren entschlossensten Vorkämpfer, und in dem Staate Bayern, den der junge Fürst durch ein straff organisiertes, zuverlässiges Beamtentum, geordnete Finanzen und ein kleines stehendes Heer zu einer schlagfertigen, leistungsfähigen Macht umschuf, eine feste Stütze. Maximilian wollte nicht die Vernichtung des Protestantismus im Reiche, am wenigsten zu Gunsten des habsburgisch-katholischen Kaisertums, dem er mit reichsfürstlichem Mißtrauen gegenüberstand; wohl aber gedachte er allem, was ihm als Übergriß der Protestanten erschien, fest entgegenzutreten, eignete sich also die strengrömische Auslegung des Augsburger Religionsfriedens an. Zugleich wollte er, durchaus im Sinne reichsfürstlicher Libertät, für Bayern eine leitende Stellung im Reiche sichern.

Pfälzische
und kur-
sächsische
Politik

Diesen wachsenden Gefahren gegenüber bildete sich bei den pfälzischen Staatsmännern unter Friedrich IV. (1583—1610), besonders bei ihrem eigentlichen Haupte, dem gleichfalls kalvinischen Fürsten Christian von Anhalt-Bernburg, eine Anschauung aus, die das Reich in schwere Wirren stürzte, sich aber von streng protestantischem Standpunkte aus, der den gegenwärtigen Besitzstand wahren wollte, fast mit Notwendigkeit ergab. Einer ganz im römischen Sinne gehandhabten Reichsgewalt gegenüber mußte es als ein Gebot der Notwehr erscheinen, dieser Reichsgewalt die Verfügung in kirchlichen Fragen möglichst zu beschneiden, die protestantischen Stände in einem Sonderbündnis zu vereinigen und unter Umständen sogar die Hilfe des Auslandes anzurufen, alles im alten Stile reichsfürstlicher Opposition. Die lutherischen

Stände, namentlich die beiden norddeutschen Kurfürsten, wollten von alledem nichts wissen; sie wollten den Frieden im Reiche und die Verbindung mit dem Kaiser erhalten, schon um diesem den 1593 wieder ausgebrochenen Türkenkrieg führen zu helfen. Beide Parteien hatten zugleich Recht und Unrecht. Die pfälzische Politik mußte am letzten Ende die Reichsverfassung sprengen und die Einmischung des Auslandes herbeiführen, aber in dieser Zeit der alles beherrschenden konfessionellen Gegensätze hatte dieser Gedanke nichts so Ungeheuerliches, und er setzte den Fortschritten der kirchlichen Reaktion eine Schranke. Die konservative kursächsische Politik verhütete jene beiden Gefahren, hinderte aber nicht die fortgesetzte Bedrängnis des Protestantismus, den sie doch auch schützen wollte. Wie beides, die Erschütterung der Reichsverfassung und die fortdauernde Schwächung des Protestantismus, vermieden werden sollte, vermochte vom Standpunkt des geltenden Reichsrechts aus kein Mensch zu sagen.

Überlegen aber war die pfälzische Politik, weil sie etwas Bestimmtes wollte, während die Konservativen nur wußten, was sie nicht wollten. Daher hatte sie zunächst auch wirklich Erfolge. Sie brachte die Rechtsprechung des Reichskammergerichts in der entscheidenden Frage der geistlichen Güter zum Stillstande, indem sie 1603 die seit 1588 unterlassene, damals vom Reichstage wieder beabsichtigte Revision seiner Urteile, die natürlich auf der Voraussetzung ihrer formellen Rechtsgiltigkeit beruhte, beanstandete, weil das Gericht mehrere süddeutsche Reichsstände zur Herausgabe von vier nach 1552 eingezogenen Klöstern verurteilt und damit einen gefährlichen Anfang gemacht hatte, die katholische Auffassung der ganzen Frage zur Geltung zu bringen. Als dann 1607 Herzog Maximilian von Bayern die Acht gegen die

Lähmung
der
Reichs-
justiz
und des
Reichs-
tages

protestantisch gewordne Reichsstadt Donaauwörth vollstreckte, weil deren Bevölkerung 1606 eine katholische Profession gestört hatte, und der Rat nicht so klug gewesen war, die Häufelzführer zu bestrafen, so erklärte die Pfalz mit Brandenburg und neun kleinern protestantischen Reichsständen auf dem Reichstage von 1608, daß sie die geforderte Türkensteuer vor Erledigung der Religionsbeschwerden nicht bewilligen, die geistlichen Güter aber unter Umständen mit Waffengewalt behaupten würden, und verließen den Reichstag, der sich daher ohne Beschluß auflöste.

Die protestantische Union und die katholische Liga

Da somit von der Reichsgewalt für die Wahrung der protestantischen Interessen nichts mehr zu hoffen schien, so schloß die Pfalz nach langjährigen Vorbereitungen endlich am 12. Mai 1608 mit Baden, Württemberg, Brandenburg-Ansbach und Pfalz-Neuburg die Union von Ahausen (im Ansbachischen) auf zehn Jahre zum Schutze der protestantischen Interessen ab. Obwohl sich das Bündnis bald durch den Beitritt von Hessen-Kassel unter dem trefflichen Landgrafen Moritz (1592—1627), Pfalz-Zweibrücken, Anhalt und sechzehn süddeutschen Reichsständen erweiterte, so blieb es doch im wesentlichen auf das südwestliche Deutschland beschränkt und bestand aus einer Anzahl kleiner Staaten, die nur mit verzweifelter Anstrengung überhaupt etwas vermochten. Kräftiger war das Gegenbündnis, die katholische Liga, die Maximilian von Bayern im Juni 1609 zu München mit sechs kleinen geistlichen Fürsten auf neun Jahre einging, bald durch den Zutritt der drei geistlichen Kurfürsten verstärkte und jedem katholischen Reichsstande außer Österreich zum Beitritt offen hielt, denn er behielt als der weitaus mächtigste Bundesgenosse die Oberleitung unbedingt in seiner Hand.

Der klevische Erbfolgestreit

Die beiden Bündnisse trafen zum erstenmale im jülich-klevischen Erbfolgestreite nach dem Tode des

letzten geisteschwachen Herzogs Johann Wilhelm aufeinander, auf einem heißen Boden, der das Eingreifen der fremden Nachbarmächte, Frankreichs, Hollands und Spaniens unvermeidlich machte. In der überaus verworrenen Frage ist nur das wichtig, daß Johann Sigismund von Brandenburg und Philipp Ludwig von Pfalz-Neuburg ihre Ansprüche auf das Erbrecht der weiblichen Linie, Kursachsen die seinigen auf kaiserliche Anwartschaften begründete. Zwischen diese beiden Anwärter trat nun die kaiserlich-habsburgische Politik, um mit Beseitigung aller Erbansprüche das durch seine Lage überaus wichtige Land als erledigtes Reichslehen einzuziehen und wenigstens einen Teil davon an Spanien zu geben, das eben damals 1609 die Unabhängigkeit der nördlichen Niederlande thatsächlich hatte anerkennen müssen, aber an dem Gedanken, sie dennoch zu unterwerfen, zähe festhielt. Die Ansprüche Sachsens begünstigte Österreich nur, um auch die beiden norddeutschen Kurfürsten zu entzweien. Rasch entschlossen verständigten sich jedoch Brandenburg und die Pfalz, gestützt auf die Union, die Niederlande und Frankreich, besetzten gemeinschaftlich das Land und schlugen den Erzherzog Leopold, Bischof von Straßburg und Passau, der im Auftrag des Kaisers Jülich in Besitz genommen hatte, 1610 hinaus. Da indes die Kräfte beider Parteien sich rasch erschöpften und die Ermordung Heinrichs IV. von Frankreich (14. Mai 1610) die Hoffnung der Pfälzer auf französische Hilfe zerstörte, so verständigten sich nach längerem Hader am 14. November 1614 in Kanten die Bewerber dahin, daß Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg Jülich-Berg, Brandenburg dagegen Kleve, Mark und Ravensberg vorläufig in Verwaltung nahm, unbeschadet eines spätern endgiltigen Abkommens. Um dafür die Hilfe der Liga und Spaniens zu erhalten, war Wolfgang Wilhelm schon im November 1613 zur

römischen Kirche übergetreten und begann sofort mit dem Eifer des Renegaten die Katholisierung seiner niederrheinischen Erwerbungen. Johann Sigismund von Brandenburg aber bekannte sich zu Weihnachten 1613 zum Calvinismus. Doch weitherziger als jener verzichtete er grundsätzlich darauf, von seiner reichsrechtlich ihm zustehenden Kirchenhoheit gegenüber seinem streng lutherischen Brandenburg Gebrauch zu machen. Indem er somit das erste Beispiel kirchlicher Duldsamkeit gab und mit der Erwerbung der klevischen Länder am Niederrhein im Westen, mit dem Anfall des Herzogtums Preußen an das Kurhaus nach dem Tode Albrecht Friedrichs 1618 im äußersten Osten deutscher Erde Fuß faßte, bereitete er mitten in der schwersten Krisis, ohne es zu ahnen, die künftige Rolle seines Staates vor.

Beginn
der
Reaktion
in den
habs-
burgischen
Ländern

In allen diesen Wirren hatten die Habsburger keine entscheidende Rolle gespielt, ja die Führung der katholischen Stände den bayrischen Wittelsbachern überlassen, denn schwere innere Zerrüttung lähmte die Kraft ihrer Ländermasse. Seit dem Tode Ferdinands I. war diese geteilt. Die böhmischen Länder und Österreich mit dem habsburgischen Anteil von Ungarn regierte die ältere Linie, also erst Maximilian II., dann Rudolf II., in Steiermark, Kärnten und Krain (Innerösterreich) regierte die jüngere Linie, zunächst vertreten durch den Erzherzog Karl; Tirol und die vorderösterreichischen Lande standen als gemeinsamer Besitz des Gesamthauses unter der Statthalterschaft eines jüngern Erzherzogs. Überall standen einander von der einen Seite die landesherrliche Gewalt und die römische Kirche, von der andern die ständische Libertät und der Protestantismus gegenüber, der unter einer katholischen Landesherrschaft eben durch die Libertät emporgekommen war, mit ihr also ebenso gut stand und fiel, wie im Reiche mit der fürstlichen

Libertät. Da nun aber die Verstärkung der landesfürstlichen Gewalt auch in Österreich das natürliche Bestreben des Herrscherhauses war, so mußte sie die Libertät brechen und mit ihr den Protestantismus. Am frühesten und entschiedensten setzte diese kirchliche Reaktion in Innerösterreich ein. Doch Erzherzog Karl kam über die Gründung einer Jesuitenuniversität in Graz 1586 nicht hinaus; erst sein Sohn Ferdinand (II.) (1590—1637), in Ingolstadt mit seinem Vetter Max von Bayern von den Jesuiten erzogen und auch später ganz in den Händen seiner Beichtväter, unterdrückte seit 1598 mit unbarmherziger Härte den evangelischen Gottesdienst und das lutherische Schulwesen in allen landesfürstlichen Ortschaften; nur dem Adel blieb zunächst noch eine gewisse Glaubensfreiheit. In Österreich, wo zuerst Erzherzog Ernst, seit 1595 Erzherzog Matthias im Namen Rudolfs II. regierte, drängte seit 1578 Melchior Klesl, 1581 Generalvikar des Bischofs von Passau, den Protestantismus auf die adelichen Güter zurück, indem er den evangelischen Kultus beseitigte und das landesherrliche oder bischöfliche Kollaturrecht brauchte, um römische Geistliche und Äbte einzusetzen. Doch verbanden sich 1603 die Stände unter Erasmus von Tschernembl zur Wahrung ihrer Rechte. In Böhmen und Mähren hatte der Utraquismus (Husitismus) eine staatsrechtlich unangreifbare Stellung (I, 302), die aber den Lutherischen wenig zu gute kam. Daher konnte der eifrige Bischof von Olmütz, Franz von Dietrichstein, 1603 eben nur diese aus dem Räte einzelner landesherrlicher Städte und aus dem mährischen Landrecht (I, 262) verdrängen, erregte aber schon dadurch die stärkste Verstimmung des Adels, dessen Führer der feingebildete Karl von Bjerotin war.

Was in diesen deutsch-slawischen Ländern nur halb gelang, das mißlang in Ungarn völlig und führte

Ständisch-
protestan-
tische Er-
hebung in
Ungarn

hier sogar zu einer ständisch-protestantischen Reaktion, die dann auch jene ergriff. Der Türkenkrieg war seit 1593 mit Unterstützung des Reichs oder der Reichskreise von den kaiserlichen Truppen im ganzen glücklich geführt worden und hatte sogar das vielumstrittne Siebenbürgen 1602 unter die unmittelbare Herrschaft der Habsburger gebracht. Gehoben durch diese Erfolge faßte der kaiserliche Hof den unglücklichen Gedanken, das starke, meist unter italienischen Offizieren stehende Söldnerheer zur Unterdrückung nicht nur der allerdings mit jeder wirklich monarchischen Regierung unverträglichen Libertät des meist kalvinischen magyarischen Adels, sondern auch des Protestantismus in Ungarn zu benutzen. Dagegen aber erhob sich im Herbst 1604 der Magnat Stephan Bocskay an der Spitze des ostungarischen Adels, brachte auch die blühenden deutsch-lutherischen Städte Nordungarns auf seine Seite, schlug die kaiserlichen Truppen aus dem Lande und erzwang im Frieden von Wien am 29. Juni 1606 seine Anerkennung als Fürst von Ostungarn und Siebenbürgen und für das ganze habsburgische Ungarn Glaubensfreiheit aller christlichen Bekenntnisse. Kurz darnach am 11. November 1606 schloß auch die Türkei den zwanzigjährigen Frieden von Szitvatorof bei Komorn auf Grund des derzeitigen Besitzstandes.

Sieg der
protestan-
tischen
Stände
in
Ostreich
und
Böhmen

Unwiderstehlich wirkte dieser Sieg der protestantischen Interessen auf die österreichisch-böhmischen Lande hinüber. Gefördert wurde das durch den Zwiespalt im habsburgischen Hause, dessen Erzherzöge bei der zunehmenden Regierungsunfähigkeit Rudolfs II. seinen jüngern Bruder Matthias als ihr Haupt anerkannten. Daher verbündeten sich im Juni 1608 Ungarn, Ober- und Niederösterreich und Mähren mit einander zur Wahrung ihrer ständischen und kirchlichen Rechte und unterstützten den Erzherzog Matthias so nach-

drücklich, daß Rudolf II. ihm die Herrschaft über die vier Lande überlassen mußte. Natürlich erkaufte Matthias diese Hilfe mit der Erneuerung aller Zugeständnisse Maximilians II. Der Kaiser aber sah sich gezwungen, den Ständen Böhmens im „Majestätsbrief“ vom 9. Juli 1609 für Utraquisten und Lutheraner volle Glaubensfreiheit, für die drei obern Stände, Herren, Ritter und königliche Städte das Recht, auf ihren Gütern evangelische Schulen zu errichten, und die Einsetzung einer besondern Behörde zum Schutze ihrer Interessen, der vierundzwanzig „Defensores“ zuzugestehn. Ein besondrer Vergleich zwischen den katholischen und evangelischen Ständen dehnte dieses Recht zum Kirchenbau auch auf die königlichen Güter aus, zu denen nach altböhmischem (ursprünglich deutschem) Staatsrecht auch die kirchlichen Güter gerechnet wurden. Am 20. August desselben Jahres erhielt auch Schlesien seinen Majestätsbrief; mit den Ständen der fast ganz protestantischen Oberlausitz wurde über einen solchen verhandelt.

Doch tief erbittert über dies alles versuchte Rudolf II. dagegen eine bewaffnete Reaktion. Im Einverständnis mit ihm erschien im Februar 1611 sein Vetter Erzherzog Leopold, Bischof von Passau, mit den bisher im Klevischen Kriege beschäftigten Söldnerhaufen, den berüchtigten „Passauern“ in Prag und besetzte in blutigen Gefechten die Kleinseite mit dem Grabschin. Aber wieder riefen die böhmischen Stände den Erzherzog Matthias herbei, zwangen mit ihm vereinigt Rudolf II. zum Verzicht auch auf die böhmische Krone und ließen am 23. Mai Matthias krönen. Mitten in unklaren, rachsüchtigen Entwürfen ist Rudolf am 20. Januar 1612 gestorben. Der ihn verdrängt hatte, König Matthias, war nach dem ihn emporhebenden Siege der ständisch-protestantischen Interessen kaum mehr als das machtlose Oberhaupt eines aristokratischen Staatenbundes.

Sturz
Rudolfs
II.

Letzte
Vermittlungs-
versuche
im
Reiche

Im Reiche aber spitzten sich die Gegensätze gerade jetzt in der unheilvollsten Weise zu. Am 13. Juni 1612 wurde Matthias zum Kaiser gewählt, ohne daß, wie Brandenburg und Pfalz gefordert hatten, die protestantischen Beschwerden zuvor erledigt worden wären. So eröffnete der Kaiser seinen ersten und letzten Reichstag in Regensburg am 13. August 1613 unter den ungünstigsten Ausichten. Denn schon im März hatte die Liga beschlossen, die Hilfe Lothringens, Savoyens, Spaniens und des Papstes nachzusuchen und ihren Standpunkt in der kirchlichen Frage selbst auf die Gefahr eines Krieges hin zu behaupten, und die Union, gestützt auf Verträge mit England und den Niederlanden, war entschlossen, vor der Erledigung der kirchlichen Beschwerden in keine Beratungen einzutreten. So fiel der wohlgemeinte Vermittlungsvorschlag Klesls, der jetzt Direktor des Geheimen Rates des Kaisers war, den protestantischen Administratoren den Besitz ihrer Stifter zugestehen, platt zu Boden, die unierten Stände verweigerten daher jede Beratung über die geforderte Türkensteuer, und der Reichstag ging zum zweitenmale ohne Abschied auseinander. Und um die Versöhnung völlig unmöglich zu machen, verließ der Kaiser in diesem entscheidenden Augenblicke seine wenigstens formell noch neutrale Stellung über den Parteien und trat der Liga bei.

Die
Nachfolge
Ferdinands II.

Während Matthias so das Seinige that, die Feindseligkeiten im Reiche unheilbar zu machen, erregte er die stärkste Verstimmung in Böhmen, indem er, selbst kinderlos, seinen Vetter Ferdinand von Steiermark, den erbarmungslosen Vertilger des Protestantismus der Ostalpenlande, 1617 in Böhmen, 1618 in Ungarn als seinen Nachfolger anerkennen ließ. Das aber konnte nicht ohne die Zustimmung Spaniens geschehen, denn Philipp III. von Spanien hatte als Enkel Maximilians II. (von dessen Tochter Anna) ein

näheres Erbrecht auf die böhmisch-österreichischen Lande als Ferdinand. Daher erkaufte dieser den Verzicht Philipps, indem er ihm im Vertrage von Graz am 21. Juni 1617 den Sundgau (Oberelsaß) abtrat und die Übertragung aller etwa erledigten Reichslehen in Italien in Aussicht stellte. So schloß sich abermals, und wieder zum Fluche für Deutschland, der Bund zwischen Spanien und Österreich.





Der Entscheidungskampf 1618 bis 1648

Die
Weltlage

Allerorten, in Deutschland und ringsum, drängten die großen Gegensätze zu einer großen Entscheidung. Im Westen schickte sich Spanien zum letzten Waffengange mit den Niederlanden an, da der Waffenstillstand von 1609 mit dem Jahre 1621 ablief, und es konnte, seitdem es die See nicht mehr beherrschte, diesen Kampf nur führen, wenn es die Landverbindung von Mailand durch die Franche-Comté nach Belgien, also auch das deutsche Rheinland, in seiner Hand hatte. Dabei aber mußte es sehr bald auf den Widerstand Frankreichs stoßen, sobald sich dies aus den innern Wirren, in die es der Tod Heinrichs IV. gestürzt hatte, wieder emporarbeitete. Polen, wo der Adel, von den Jesuiten erzogen und beherrscht, das Luthertum ausgestoßen und auf die verkümmerten deutschen Stadtgemeinden (I, 226) zurückgedrängt hatte, strebte seitdem als das Spanien des Ostens im Interesse seiner Macht und der römischen Kirche auf der einen Seite das schismatische Rußland, auf der andern das protestantische Schweden seinem Einflusse zu unterwerfen. Denn Rußland war seit dem Aussterben des Hauses Rurik in schwere Zerrüttung gesunken, Schweden aber, dessen Personalunion mit Polen Erichs XIV. Nachfolger, Johann III., durch die Wahl

seines Sohnes Johann Sigismund (1587—1632) vorbereitet hatte, hatte sich unter der Führung Karls IX. (1592—1611), seines jüngern Bruders, von Polen losgerissen und dadurch den ohnehin schon vorhandenen politischen und kirchlichen Gegensatz durch den dynastischen verschärft. Zugleich überflügelte es unter seinem starken Königtum das ständisch regierte Dänemark trotz dessen älterer Kultur und arbeitete sich zur herrschenden Macht an der Ostsee empor. Der jugendliche König Gustav Adolf (1611—32), den die Schweden den Großen nennen, erzwang von den Russen im Frieden von Stolbowa 1617 die Abtretung von Ingermanland und Karelien und bemächtigte sich damit der uralten Zugangsstraße ins Innere des nördlichen Rußland, der Newa und des finnischen Meerbusens; den Polen gegenüber setzte er sich in Livland fest. Ähnliche Gegensätze standen einander in Deutschland gegenüber, aber in besondrer Ausprägung: auf der einen Seite die evangelische Kirche, die landesfürstliche und in Österreich die ständische Libertät, auf der andern der von romanischem Geiste erfüllte restaurierte Katholizismus, das Kaisertum, das sich diesem jetzt ganz hingegeben hatte, wie unter Karl V., und in Österreich die landesherrliche Gewalt. Bei dieser eigentümlichen Verschlingung der Verhältnisse war eine Vereinigung aller Protestanten von vornherein kaum möglich, denn nicht nur dauerte im Reiche der Gegensatz der pfälzisch-unionistischen zur kursächsischen Politik fort, sondern es war auch gar nicht daran zu denken, daß deutsche Reichsfürsten sich ehrlich und auf die Dauer mit der ganz antimonarchischen Libertät der böhmisch-österreichischen Stände hätten verbinden sollen. Sie waren also von Anfang an gegenüber der katholisch-kaiserlichen Politik, die ganz bestimmte Ziele hatte, im Nachteil und haben deshalb in ihrer Mehrzahl den Krieg vielmehr ängst-

lich vermieden als gesucht; er ist ihnen nach der Niederwerfung des böhmischen Aufstandes von der Gegenpartei geradezu aufgezwungen worden.

Verfall
Deutsch-
lands

In der That, er traf das deutsche Volk zur unglücklichsten Stunde. Die Wurzeln seines Wohlstandes begannen zu verdorren, seitdem es aus dem großen Weltverkehr ausgeschieden war, die Zerklüftung in kleine Staaten und scharf geschiedne Stände hatte das nationale Gemeingefühl erstickt und hemmte jeden Aufschwung des Volksgeistes, die ständische Staatsordnung hatte geringe Widerstandskraft und noch geringere Leistungsfähigkeit, die protestantischen Fürstengeschlechter waren mit seltenen Ausnahmen in Kleinstaaterei und engherzigem Konfessionalismus verkümmert, den katholischen gab ihre Weltkirche einen weitem Gesichtskreis, doch sie empfanden nur kirchlich und dynastisch, nicht deutsch. Daher war dieser entsetzliche Krieg niemals ein Volkskrieg, er hat auf deutschem Boden keinen einzigen großen Mann hervorgebracht und ein Heerwesen erzeugt, das den Jammer noch unendlich verschlimmerte.

Das
Heerwesen

Die „frommen Landsknechte“ des sechzehnten Jahrhunderts, die, so unbändig sie waren, sich doch immer als Deutsche gefühlt, sich aus den kräftigsten Volksteilen rekrutiert und mit ihrem Zunftrecht auch streng auf ihre Zunftlehre gehalten hatte, waren verschwunden. An ihre Stelle war der Auswurf aller Länder getreten, heimatlose Banden ohne Vaterland, ohne Glauben, ohne Treue, zusammengehalten vor allem durch die Hoffnung auf Beute und zügelloses Leben, ohne Anhänglichkeit an den Kriegsherrn, dem sie den Fahnen-eid unbedenklich brachen, sobald anderwärts größerer Gewinn lockte. Und wie die Soldaten, so die Führer. Sie alle, vom „General“ bis zum Hauptmann und Rittmeister herab, waren vor allem Unternehmer, Glückssoldaten, die auf eigne Rechnung und Gefahr

das Heer, ein Regiment, eine Kompagnie anwarben und auf möglichst hohe Verzinsung ihres dabei angelegten Kapitals rechneten, tapfere, kriegsgewohnte Männer aus allerlei Volk, Deutsche, Wallonen, Italiener, Spanier, Iren, Schotten, Slawen, aber hart, unbedenklich, oft gewissenlos. Mit dem Kriegsherrn hingen sie meist nur durch den Feldherrn, den größten Unternehmer, zusammen, da dieser die Obersten ernannte. Ein solches Heer vertrug wohl straffe Kriegszucht im Dienst, verlangte aber außerhalb des Dienstes die größtmögliche Freiheit und wurde dadurch zu einer furchtbaren Geißel für jede Bevölkerung, ob Freund oder Feind. Jeder Durchmarsch glich deshalb einem verheerenden Orkan, jede erstürmte Stadt war dem Verderben geweiht. Die Verwüstung war um so größer, als sich der Armee ein rasch wachsender Troß von Dirnen und Kindern anhängte, der gewöhnlich das doppelte und dreifache der Kämpferzahl betrug und mit verpflegt werden mußte. Schon aus diesem Grunde und wegen der Höhe des Soldes waren die Heere zu klein (mehr als vierzig- bis fünfzigtausend Mann glaubte selbst Lillj nicht befehligen zu können), um große, durchschlagende Entscheidungen herbeizuführen; jede größere befestigte Stadt gebot ihnen Halt, und das Mißlingen der Belagerung oder eine Niederlage gegen ein heranziehendes Entsatzheer konnte eine Wendung des Kriegsglücks herbeiführen. Daher die unverhältnismäßig lange Dauer des Krieges, daher auch die immer zunehmende Stärke der Reiterei bei abnehmender Heeresstärke, weil die Verpflegung immer schwieriger, der für sie zu beherrschende Umkreis also immer größer wurde. Den Kern der Reiterei bildeten die Kürassiere und Lanciers im Plattenharnisch des sechzehnten Jahrhunderts mit Ballasch oder Kennlanze als Hauptwaffe; die Dragoner waren eine berittene Infanterie. Die Hauptmasse des Fußvolkes

waren noch die Pikeniere; Hakenbüchsen (Arquebussen) führten nur kleinere Abteilungen. Die Artillerie hatte sich über den Stand des sechzehnten Jahrhunderts noch wenig erhoben. Uniformen gab es noch nicht. Die Regimenter nannten sich nach dem Obersten oder den Farben ihrer Fahnen, und die Parteien unterschieden sich durch ihre Feldbinde. Für die Schlacht stellte sich die Infanterie als Mitteltreffen in große Schlachthäuser („Bataillone“) zusammen, an den Flügeln stand die Reiterei, vor der Front die „Batterie“ der schweren Geschütze. Sie leitete mit den Hakenschilden und der Reiterei, die langsam bis auf Schußweite heranging, durch ihr Feuer die Schlacht ein, die Entscheidung aber gab erst der Zusammenstoß der Infanterie- und Reitermassen mit der blanken Waffe; eine Niederlage war also mit der Auflösung des geschlagenen Heeres fast immer gleichbedeutend.

Ausbruch
des
böhmischen
Krieges

Zuerst in Böhmen ging das verzehrende Kriegesfeuer auf. Schon Jahre vorher hatte die Bevorzugung von Katholiken bei der Besetzung der hohen Ämter, namentlich der Statthalterei, Verstimmung erregt. Die mit wachsender Leidenschaft erörterte Frage, ob die auf kirchlichem Grund und Boden (in Braunau und Klostergrab) errichteten evangelischen Kirchen zu Recht bestünden oder nicht, vergrößerte die Aufregung, bis endlich die Schließung der einen, die Zerstörung der andern erbitterte Erörterungen zwischen den ständischen Defensoren und den Statthaltereiräten Martiniz und Slawata herbeiführte. Aus dem Hin und Her dieser gereizten Verhandlungen entsprang endlich eine berechnete, schwere Gewaltthat des tschechischen Adels unter der Führung des Grafen Matthias von Thurn: am 23. Mai 1618 wurden nach heftigem Wortstreit in der „Landstube“ des Prager Schlosses auf dem Grabstein Martiniz und Slawata mit ihrem ganz unschuldigen Sekretär Fabricius „auf altböhmische Weise“

kopfüber zum Fenster hinaus in den achtzehn Meter tiefer liegenden Burggraben hinabgestürzt, wobei sie alle drei wunderbarerweise mit nur geringen Verletzungen davon kamen. Darauf setzten die böhmischen Herren eine ständische Regierung von dreißig Direktoren ein und wiesen die Jesuiten aus.

Diese Nachrichten brachten am kaiserlichen Hofe in Wien die streng katholischen Erzherzöge Ferdinand und Maximilian ans Ruder; Kardinal Klesl, der noch an Vermittlung dachte, wurde kurzer Hand beseitigt (20. Juli) und auf Schloß Ambras bei Innsbruck festgehalten, und ein Söldnerheer unter ein paar wallonischen Offizieren, Boucquoy und Dampierre, rückte in Böhmen ein, ohne indes gegen die ständischen Truppen unter Thurn und dem Grafen Ernst von Mansfeld, einem Bastard des alten nordthüringischen Grafenhauses, etwas Erhebliches auszurichten. Der Tod des Kaisers Matthias am 20. März 1619 führte eine entscheidende Wendung herbei. Denn jetzt waren die Böhmen wie auf der andern Seite die Ungarn vor die Wahl gestellt, ob sie den schon als Nachfolger anerkannten Ferdinand von Steiermark, den Todfeind des Protestantismus, wirklich zur Herrschaft zulassen oder ihre Wahlfreiheit behaupten, sich von ihm lossagen und damit den Kampf auf Leben und Tod gegen Habsburg eröffnen wollten, und das Reich mußte sich entscheiden, ob es diesem Fanatiker in diesem schicksalschweren Augenblicke die Kaiserkrone übertragen wollte. Am raschesten entschlossen sich die ober- und niederösterreichischen Stände; sie verweigerten ihm die Hulldigung, da ihr legitimer Landesherr, des Kaisers Matthias Bruder, Erzherzog Albrecht, der damalige spanische Statthalter von Belgien, war, und traten mit den Böhmen in Verbindung. Ebenso entschieden sich die Mähren für den Anschluß an Böhmen, und am 5. Juni erschien Graf

Bruch
zwischen
den lu-
therischen
Ständen
und den
Habs-
burgern

Thurn mit böhmischen Truppen vor Wien, wo Ferdinand in großer Bedrängnis saß. Aber die Wiener Bürgerschaft, so gut protestantisch sie ihrer Mehrheit nach war, versäumte die günstige Gelegenheit, ihre Stadt den Böhmen in die Hände zu spielen, und da Graf Thurn in keiner Weise auf eine Belagerung vorbereitet war, so mußte er schon am 14. Juni wieder abziehen. Auch der kleine Krieg im südlichen Böhmen zog sich ohne Entscheidung hin, denn die Söldnerhaufen beider Parteien waren schwach und zuchtlos, weil keine sie zu bezahlen vermochte.

Kaiserwahl
Ferdinands II.

Trotz dieser drangvollen Lage trieb es den Erzherzog Ferdinand unwiderstehlich nach Frankfurt a. M. zur Kaiserwahl. Daß sie auf ihn fallen würde, war nach dem Brauche kaum zweifelhaft, denn Herzog Max von Bayern hatte das kluge Angebot der Pfälzer, ihm die Krone zu übertragen, mit Selbstverleugnung aus Rücksicht für die katholischen Interessen, die allerdings durch die dann unvermeidliche Verfeindung der Habsburger und Wittelsbacher aufs schwerste geschädigt worden wären, abgelehnt. Aber noch hoffte die Pfalz, dem Erzherzog die Beilegung der böhmischen Unruhen als Bedingung seiner Wahl stellen zu können, damit nicht der böhmische Brand auch das bis dahin unbeteiligte Reich ergreife. Allein abermals trennte sich Kursachsen von der Pfalz, und so wurde am 16. (26.) August 1619 Erzherzog Ferdinand einstimmig und bedingungslos zum Kaiser gewählt, eine kaum minder verhängnisvolle Wahl wie die Erhebung Karls V. hundert Jahre vorher.

Die
Entscheidung
in
Böhmen

Und nun schlang jeder Tag die Fäden zwischen den Dingen im Reiche und in den Ländern der Habsburger dichter und dichter. Am 31. Juli schlossen die fünf Länder der böhmischen Krone ihre Konföderation, die das Königreich Böhmen in einen Lockern, ständisch regierten, nur durch die Person des Landesherrn zu-

sammengehaltenen Staatenbund auflöste, ein Produkt ständischer Selbstsucht und staatsmännischer Unfähigkeit; am 9. August entsetzten sie den Erzherzog Ferdinand förmlich des Throns, am 16./26. August wählten sie den jungen Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz (geb. 1596) zum König in der Hoffnung, sich damit die Hilfe der Union und die wichtigere Jakobs I. von Großbritannien zu erkaufen, dessen stolze schöne Tochter Elisabeth seit 1613 Friedrichs Gemahlin war; am 4. November empfing der Kurfürst die böhmische Krone in Prag, nach langem Zögern vorwärts gedrängt durch seine Berater, vor allem Christian von Anhalt. Auch die Union rüstete und stellte der Liga Bedingungen, deren Ablehnung sicher war und damit den Krieg auch im Reiche entschied. Der Kampf gegen das Haus Habsburg und die Liga war endlich eröffnet.

Um so fester schlossen sich beide zusammen. Am 8. Oktober 1619 erhielt Ferdinand auf der Rückreise nach seinen Erblanden von Herzog Maximilian in München die Zusicherung seiner Hilfe gegen das Versprechen, ihm die alleinige Leitung der Liga zu überlassen, ein österreichisches Erbland als Ersatz für die Kriegskosten zu verpfänden und ihm die Kurwürde zu verschaffen. Auch Spanien sicherte seine Waffen- und Geldbeihilfe zu, schon deshalb, weil die Erwerbung des wichtigen Sundgau von der Behauptung der böhmischen Krone für Ferdinand abhing, Savoyen gestattete spanischen Truppen den Durchmarsch, Papst Paul V. zahlte Subsidien, Polen versprach in Ungarn einzufallen, falls Bethlen Gabor, seit 1613 Fürst von Siebenbürgen, seit Ende 1619 Herr fast des gesamten habsburgischen Ungarn, die österreichischen und böhmischen Stände unterstützen sollte. Kurz, die katholische Welt stand geschlossen zusammen gegen die Rebellen und Ketzer.

Die
katho-
lischen
Mächte

Die
protestantischen
Mächte

Bei denen aber herrschte Unklarheit, Schwäche, Kurzsichtigkeit und Zerfahrenheit. Gabriel Bethlen und die Böhmen erschienen wirklich Ende Oktober vor Wien, doch jener wurde durch einen Einfall polnischer Kosaken heimgesucht; er schloß dann zwar im Januar 1620 ein Bündniß mit Böhmen und Österreich, begnügte sich aber mit schwachen Truppensendungen und richtete seine ganze Anstrengung auf die Verhältnisse Ungarns, wo der hochstrebende Mann im August 1620 zum König erhoben wurde. Johann Georg I. von Sachsen (1611–52) aber blieb nicht nur neutral, sondern ließ sich sogar durch die alte Abneigung gegen die pfälzische Politik und den Calvinismus, den Widerwillen gegen die ständische Bewegung in Böhmen und die Furcht vor einer erneuerten Erhebung der Ernestiner zum Bündniß mit dem Kaiser bestimmen, indem er es gegen die Zusicherung, daß die geistlichen Güter in den beiden sächsischen Reichskreisen (also in fast ganz Norddeutschland) den evangelischen Fürsten verbleiben und die Lutherischen der habsburgischen Erblande in ihrer Religionsübung nicht gestört werden sollten, übernahm, als kaiserlicher Kommissarius die Lausitzen und Schlesien zu besetzen. Auch König Jakob von England wollte für die böhmischen „Rebellen“ nichts Ernsthaftes thun, die Union schloß sogar im Juli 1620 Frieden mit der Liga, ohne Böhmen dabei zu berücksichtigen; die niederösterreichischen Stände erkannten, als Erzherzog Albrecht verzichtet hatte, Ferdinand II. als ihren Landesherrn an. In Böhmen selbst aber wirkten die Schwäche Friedrichs V., der blinde Fanatismus seiner kalvinischen Geistlichen, die Selbstsucht und Zuchtlosigkeit des Adels zusammen, sodaß die so herausfordernd begonnene Bewegung nicht nur mit einer vernichtenden Niederlage, sondern auch in unauslöschlicher Schande endete.

Nachdem die bayrischen Truppen unter dem Wallonen Tilly im August Oberösterreich zur bedingungslosen Unterwerfung gezwungen hatten, vereinigten sie sich im südwestlichen Böhmen mit den Spaniern unter Maradaß und den Kaiserlichen unter Voucquoy, nötigten, als der nahende Winter zur Entscheidung drängte, durch raschen Vormarsch auf Prag die Böhmen zum Rückzuge nach ihrer Hauptstadt und brachten ihnen hier am Weißen Berge am 8. November 1620 binnen einer kurzen Stunde eine schmachvolle Niederlage bei, die das Schicksal Böhmens für Jahrhunderte entschied. Schon am nächsten Tage flüchtete Friedrich V. nach Schlesien, die Prager Städte und die böhmischen Stände, soweit sie anwesend waren, huldigten Ferdinand II. als ihrem „Erbherrn und König,“ die Lausitzen und Schlesien unterwarfen sich nach der Einnahme von Bautzen (5. Oktober) dem Kurfürsten von Sachsen ohne Gegenwehr, als dieser ihnen Amnestie und Bewahrung ihrer Rechte zusicherte, und Friedrich V., der unglückliche „Winterkönig,“ fand erst in Holland eine Zuflucht. Auch Gabriel Bethlen verzichtete schließlich im Dezember 1621 auf die ungarische Krone gegen Abtretung des nordöstlichen Ungarn.

Und nun kam über Böhmen und Mähren eine kirchliche und politische Reaktion, so rachsüchtig und erbarmungslos, wie sie niemals ein modernes Volk getroffen hat. Von dem Standpunkt aus, daß die Länder durch ihre Rebellion alle ihre Rechte verwirkt hätten, behandelte der Kaiser den gesamten Adel der Länder als des Hochverrats schuldig, ließ an dem schrecklichen 21. Juni 1621, einem der entsetzlichsten Bluttage in der blutigen Geschichte des Landes, 24 der ersten Männer Böhmens auf dem Altstädter Ring in Prag enthaupten, zog den größten Teil der Adelsgüter ein, um sie als Schenkung oder gegen Schleuder-

Nieder-
werfung
Böhmens

Kirchliche
und
politische
Reaktion

preise an landfremde Herren zu geben, die seine Heere befehligt hatten, wies 1621 die kalvinischen, 1622 auch die lutherischen, endlich auch die utraquistischen Geistlichen und Lehrer aus und vernichtete 1627 den Majestätsbrief. Da begann denn jener große Auszug der böhmischen Protestanten, der das Land seiner kräftigsten Elemente beraubte und nur die gewaltsame, mit allen Mitteln des Zwanges und drängender Überredung bekehrte, unselbständige Masse zurückließ. Ähnliches geschah in Mähren. Die „verneuerte Landesordnung“ von 1627 aber erklärte die böhmische Königskrone für erblich, beschränkte zweckmäßig die mißbrauchten Rechte der Stände und stellte die Gleichberechtigung des Deutschen neben dem Tschechischen wieder her. Insofern war der Sieg des Kaisers auch eine Niederlage des Tschechentums und ein Sieg des Deutschtums, aber eines mit der kirchlichen Reaktion verbündeten und daher unfruchtbaren Deutschtums. Auch in Nieder- und Oberösterreich griff die kirchliche Reaktion schonungslos durch; Schlesien wurde von ihr nur in den unmittelbar landesherrlichen Gebieten, freilich dem größten Teile des Landes, betroffen (seit 1627); die beiden Lausitzen schützte vor jeder Gewaltmaßregel die kursächsische Pfandherrschaft (seit 1623).

Der
Krieg in
der Pfalz

Mit der Niederwerfung Böhmens konnte der Krieg zu Ende sein, aber seine Bundesgenossen drängten den Kaiser weiter vorwärts. Denn Spanien hatte im Herbst 1620 einen Teil der Rheinpfalz besetzt, und Max von Bayern wollte das verpfändete Oberösterreich nicht ohne eine territoriale Entschädigung räumen. Daher verhängte der Kaiser nach dem Spruche seines Reichshofrats am 23. Januar 1621 die Acht über Friedrich V. und übertrug ihre Vollstreckung dem Herzog von Bayern. Während nun die nordischen Mächte England, Holland und Dänemark

über ein Bündniß zum Schutze der Union verhandelten, löste sich diese im Mai 1621 auf, und für den geächteten Kurfürsten traten zunächst nur drei fürstliche Söldnerführer auf eigene Faust ein, Ernst von Mansfeld, der in kühnem Marsche von Böhmen her den Oberrhein erreichte, der wilde Christian von Braunschweig, Administrator von Halberstadt, und Friedrich von Baden-Durlach. Dieser siegte mit Mansfeld vereinigt am 27. April 1622 bei Wiesloch über Tilly, getrennt aber erlag er ihm am 15. Mai bei Wimpfen am Neckar, ebenso Christian am 20. Juni bei Höchst am Main. Als sie nun wieder die ansehnlichen Trümmer ihrer Heerhaufen vereinigten, bot die Liga Friedrich V. die Herstellung der Pfalz an, wenn er die Waffen niederlege. Er that es und ging nach den Niederlanden, doch von dem Versprechen wurde nichts erfüllt; die Pfalz fiel nunmehr ganz in die Hände der Ligisten, die schöne Bibliotheca palatina der Universität Heidelberg wanderte nach dem Vatikan, und das Land wurde gewaltsam katholisiert. Nach solchen Erfolgen übertrug der Kaiser gemäß den Beschlüssen des fast nur von katholischen Fürsten besuchten Deputationstages in Regensburg im Februar 1623 die pfälzische Kurwürde dem Herzog Maximilian zunächst auf Lebenszeit. Damit war durch einen Bruch des Reichsrechts die bis dahin bestehende konfessionelle Parität des Kurfürstenrats zerstört, die Evangelischen auf zwei Stimmen (gegen vier ohne Böhmen) beschränkt und der katholischen Mehrheit zu dem Umsturze der Reichsverfassung unter geschlichen Formen die Bahn geöffnet. Deutschland stand vor der entscheidenden Wendung des Kriegs. Die Rückforderung aller seit 1552 eingezogenen geistlichen Güter, die Vernichtung des im Religionsfrieden gar nicht inbegriffnen Calvinismus, die Zurückdrängung der lutherischen Landeskirchen in eine ohnmächtige, nur noch

geduldete Stellung, das alles stieg drohend am Horizont empor.

Beginn
des
nieder-
sächsischen
Krieges

Am frühesten rückte die Gefahr dem niedersächsischen Kreise nahe. Denn dorthin war Christian von Braunschweig mit den Resten seines Heeres durch Frankreich, die Niederlande und Westfalen gelangt. Indem Tilly ihm folgte, kam es am 6. August 1623 bei Stadloen zu einer blutigen Schlacht, die mit Christians Niederlage und Rückzug endete. Drohend blieb Tilly seitdem in Niederdeutschland stehen. Da nun von den zerfahrenen und unter einander vielfach verfeindeten Ständen Niedersachsens irgendwelche Gegenwehr nicht zu erwarten war, so nahmen die benachbarten auswärtigen protestantischen Mächte, England, die Niederlande (die seit 1621 wieder im Kriege mit Spanien lagen) und Dänemark die Sache des Protestantismus in die Hand. Die Führung aber übertrugen sie dem König Christian IV. von Dänemark (1598—1648), der als Herzog von Holstein Reichsfürst und Mitglied des niedersächsischen Kreises war, durch die Wahl seines Sohnes Friedrich zum Administrator oder Roadjutor mehrerer niederdeutschen Bistümer (Bremen, Verden, Magdeburg, Osnabrück) seinen Einfluß dort zu verstärken hoffte, also an der Abwehr katholischer Wiederherstellungspläne ganz unmittelbar beteiligt war, überdies als ein Herrscher deutscher Abkunft und Bildung den Deutschen gar nicht als ein Fremder erschien. Indem der niedersächsische Kreis ihn im Juni 1625 in Braunschweig zu seinem Obersten wählte, trat der ganze protestantische Norden der ligistisch-kaiserlichen Politik entgegen. Auch Gustav Adolf von Schweden hatte schon 1621 in Livland den Krieg gegen Polen wieder eröffnet, und Frankreich, das Cardinal Richelieu seit 1624 in die Bahnen Heinrichs IV. zurücklenkte, stand offen auf der Seite der Feinde Habsburgs.

Wallen-
stein

Solchen Rüstungen gegenüber reichten die Kräfte

der Liga nicht aus, und da dem Kaiser obendrein die militärisch-politische Abhängigkeit von diesem Fürstenbündnis, das doch stets seine eignen Ziele verfolgte, auf die Dauer lästig fiel, so beschloß er, ein selbständiges Heer aufzustellen. In der Weise, wie dies wirklich geschah, war das freilich nur dem Manne möglich, den der Kaiser damit beauftragte. Albrecht von Waldstein (geb. 1583), ein böhmischer Edelmann aus einem utraquistischen Zweige des alten tschechischen Geschlechts der Kalzko, dessen ursprünglicher Stammsitz das Schloß Waldstein zwischen Turnau und Gitschin war, hatte, früh verwaist, eine gelehrte Bildung erst bei den Jesuiten in Olmütz, dann auf der protestantischen Universität Altdorf bei Nürnberg genossen und sie dann durch Reisen in West- und Südeuropa erweitert. Nach seiner Rückkehr trat er in Kriegsdienste, erwarb sich dabei das persönliche Vertrauen des Erzherzogs Ferdinand, wurde durch die Heirat mit einer mährischen Dame einer der reichsten Grundherren Mährens, durch Schenkungen und glückliche Güterankäufe nach dem böhmischen Kriege, den er als Oberst eines Kürassierregiments mitmachte, der größte Landbesitzer Böhmens, seit 1623 Reichsfürst, seit 1624 als Fürst, später (1627) Herzog von Friedland der Herr eines selbständigen Gebiets von etwa siebenzig Quadratmeilen, das nur noch in Lehnverhältnis zur Krone Böhmen stand, und das er von seiner Hauptstadt Gitschin aus in großem und verständigem Sinne regierte. Aber seine Ziele lagen höher. An der Spitze eines kaiserlichen Heeres wollte er die erbliche Vollgewalt des Kaisers über Deutschland aufrichten, des Reichs- und Fürstenrechts ungefragt, nicht im nationalen Interesse, sondern für seine eigne Größe, denn ein nationaler Held war er nicht, und dem Kaiser treu blieb er nur, soweit ihre beiderseitigen Interessen zusammengingen. Religiös gleich-

giltig und nur darum bis zu einem gewissen Grade duldsam, wollte er von den Reaktionsplänen kirchlicher Kreise nichts wissen und huldigte persönlich einem astrologischen Fatalismus, der ihn in den entscheidendsten Augenblicken seines Lebens mehr bestimmte als alle andern Erwägungen. Ganz und gar Egoist, aber stolz, finster, gebieterisch, von dem Nimbus des Geheimnisvollen und königlicher Pracht umgeben, so feffelte er die buntgemischten, rohen Massen seines Heeres fest an seine Persönlichkeit.

Die
Unter-
werfung
Nord-
deutsch-
lands

Dieses Heer, das er in der Weise der Zeit als großer Unternehmer an der Spitze von Offizieren aus aller Herren Ländern auf seine und ihre Kosten warb, aber durch regelmäßige Lieferungen der Landschaften verpflegte, führte er 1625 aus Böhmen durch Franken nach Niederdeutschland. Doch zur Entscheidung kam es erst 1626. Über die ganze Breite von Norddeutschland hin standen die protestantischen Heerhaufen zum Vormarsch nach Süden gerüstet, Johann Ernst von Weimar in Westfalen, König Christian IV. an der Weser gegen Tilly, Ernst von Mansfeld im Brandenburgischen gegen Wallenstein, im äußersten Osten, ohne verbündet zu sein, aber thatsächlich in derselben Schlachtklinie Gustav Adolf an der untern Weichsel gegen die Polen. Mansfelds Angriff auf Wallensteins feste Stellung an der Dessauer Elbbrücke, wo er ihm die Zufuhr auf dem Strome sperrete, prallte am 15./25. April ab; trotzdem drang er, Johann Ernst an sich ziehend, die Oder aufwärts in Schlesien ein, um in die kaiserlichen Erbländer einzubrechen und den aufständischen protestantischen Bauern Oberösterreichs unter Stephan Fadinger die Hand zu reichen. Allein Wallenstein folgte ihm, sperrete ihm Anfang September bei Olmütz den Weg und nötigte ihn über den Jablunkapaf nach Ungarn hinabzusteigen, um sich mit Bethlen Gabor zu ver-

einigen. Da dieser ihn schließlich im Stiche ließ, so wollte Mansfeld nach Venedig gehen, starb aber unterwegs in Dalmatien (30. November). Sein zusammengesetztes Heer ging bei dem Rückmarsche durch Schlesien zu Grunde; die oberösterreichischen Bauern wurden nach heldenmütiger Gegenwehr von den Bayern niedergeworfen. Inzwischen hatte Tilly am 17./27. August den König Christian bei Lutter am Barenberge vollständig geschlagen und nach der untern Elbe zurückgedrängt. Als nun im Sommer 1627 die kaiserlichen und ligistischen Scharen gegen ihn heranströmten, da besetzten sie fast ohne Gegenwehr das ganze schleswig-holsteinische und jütische Festland und beschränkten die Dänen auf ihre Inseln. Ganz Norddeutschland lag dem Sieger zu Füßen, und der Sieger war der Kaiser.

Die kühnsten Pläne bewegten jetzt Wallenstein ^{kaiserliche Pläne} und die Wiener Hofburg. Nur des Kaisers Gebot sollte im Reiche gelten; jedes Widerstreben galt als Hochverrat und wurde niedergetreten wie einst in Böhmen. Wie jetzt Maximilian von Bayern die Erblichkeit seiner Kurwürde und die Oberpfalz mit der rechtsrheinischen Pfalz empfing, so ächtete der Kaiser im Januar 1628 die Herzöge von Mecklenburg, weil sie am niedersächsischen Kriege teilgenommen hatten, und übertrug im Februar das Land an Wallenstein, zunächst als Pfand für seine Auslagen. Andre norddeutsche Gebiete sollten für andre kaiserliche Generale eingezogen werden, und allerorten verzehrten die eingelagerten Söldnerhaufen das Mark des Landes. Aber noch mehr. Zum „General des baltischen und ozeanischen Meeres“ ernannt (April 1628), wollte Wallenstein eine kaiserliche Kriegsflotte, eine mächtigere Erbin der zerfallenen Hansa, auf der Nord- und Ostsee schaffen, um dann gegen die nordischen Mächte vorzugehen; er besetzte daher die

pommerschen und mecklenburgischen Küstenstädte, ließ Stralsund, daß die Aufnahme kaiserlicher Truppen standhaft verweigerte, im Sommer 1628 belagern, und Graf Ludwig von Schwarzenberg verhandelte mit den Hansestädten über die Stellung von Kriegsschiffen und die Begründung einer hanfisch-spanischen Handelsgesellschaft, die den höchst bedeutenden nordisch-spanischen Verkehr in die Hände nehmen und die Holländer verdrängen sollte. Es waren gewiß gut-nationale Pläne, aber der protestantische Teil der Nation wies sie mißtrauisch von sich, weil sie sich mit der kirchlichen Reaktion und der Säbelherrschaft der kaiserlichen Generale verbanden; die Städte lehnten die Vorschläge ab, und Stralsund behauptete sich mit dänischer und schwedischer Hilfe. So scheiterte die habsburgische Politik gerade da, wo sie wirklich einmal im Interesse Deutschlands arbeitete. Aber über Norddeutschland gebot sie unbedingt, und der Friede von Lübeck (2./12. Mai 1629) befestigte diese Herrschaft noch, denn Christian IV. verzichtete gegen Räumung seiner Länder auf jede Einmischung in die deutschen Dinge. Und schon sandte Wallenstein 1629 seinen Feldmarschall Georg von Arnim mit 10000 Mann den Polen gegen die Schweden zu Hilfe.

Das Re-
stitutions-
edikt

Doch alle Fürsten blickten mit äußerstem Mißtrauen auf die wachsende Militärgewalt des Kaisers und die Willkürherrschaft seiner Generale, die evangelischen Stände aber verfeindete er sich unversöhnlich durch das unselige Edikt über die Restitution der geistlichen Güter vom 6. März 1629. Denn dies beschränkte die Geltung des Religionsfriedens auf die Lutherischen und verfügte die Rückgabe aller seit 1552 oder 1555 eingezogenen geistlichen Güter an die katholische Kirche. Es wollte also diese ansehnlichen Gebiete den protestantischen Fürstenhäusern entziehen, sie der gewaltsamen Rekatholisierung überliefern, eine

reiche Entwicklung von achtzig Jahren aus der Geschichte streichen, unter dem Scheine formellen Rechts eine grundstürzende Revolution über weite Teile des Reiches bringen. Der Kaiser, der dies wollte, war der deutschen Nation Todfeind, er trieb die also Bedrohten gewaltsam in das Lager des protestantischen Auslandes. Und ernsthaft genug wurde mit der Ausführung des Edikts begonnen: des Kaisers jüngerer Sohn Leopold Wilhelm erhielt die Bistümer Halberstadt, Bremen, Osnabrück und Magdeburg, wo die demokratische Partei den Brandenburger Christian Wilhelm, ihre Gegner den sächsischen Prinzen August erhoben hatten.

Aber die Liga versöhnte der Kaiser damit nicht. Gestützt auf Frankreich und im Bunde mit den protestantischen Fürsten zwang sie auf dem Kurfürstentage von Regensburg im August 1630 den Kaiser, Wallenstein zu entlassen, sein Heer zu verringern und es unter Tillys Befehl zu stellen. Wieder einmal war das Kaisertum, weil es das Äußerste nicht wagte, der reichsfürstlichen Libertät erlegen, in demselben Augenblick, als die ersten schwedischen Truppen an der pommerschen Küste landeten, um eine neue Periode des Krieges zu eröffnen.

Wallenstein's
Sturz

Es war ein weltgeschichtlicher Entschluß und ein Entschluß zugleich im Interesse Schwedens und des deutschen Protestantismus, der Gustav Adolf nach Deutschland führte. Seit Jahren im Kriege mit Polen, seit 1628 auch im offenen Gegensatz zum Kaiser, befreite er sich zunächst im September 1629 durch den sechsjährigen Waffenstillstand von Altmark mit Frankreichs Hilfe von dem lähmenden Kampfe gegen Polen und sicherte sich dadurch Livland, Pommern und das Weichseldelta. Ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Ostseeherrschaft sollte auch die Landung in Pommern sein; aber so verschlungen hatten sich die

Gustav
Adolf von
Schweden

Gegensätze, daß er, wollte er die Selbständigkeit Schwedens und den Protestantismus in Schweden retten, ihn in Deutschland retten und die kaiserliche Übermacht mit Hilfe der reichsfürstlichen Libertät zertrümmern mußte. Er allein hätte das nicht vermocht. Er regierte ein kleines, armes Volk von kaum andert-halb Millionen; er verfügte allerdings über einen stolzen, tapfern, herrschkundigen Adel, und er hatte sich ein schwedisches Nationalheer mit einer neuen beweglichen Aufstellung und Taktik der Infanterie (der sogenannten schwedischen Brigade) und einer leichten Artillerie geschaffen, aber das Entscheidende war doch, daß er die deutschen Protestanten für sich gewann. Wieder zeigte sich hier die Macht der Persönlichkeit. Damals in der besten Kraft der ersten Mannesjahre (geb. 19./9. Dezember 1594) war er eine zugleich imponierende und unwiderstehlich fesselnde Erscheinung. Hochgewachsen über das gewöhnliche Maß, blond, blauäugig, ein stürmischer Kriegsmann, der verwegen wie ein nordischer Wikinger ins Gefecht ging, ein weitblickender Feldherr und Diplomat, der stets das ganze Feld des Kriegsschauplazes und der europäischen Politik überschaute, ein Meister der Unterhandlung, sprachgewaltig, schlagfertig, unermüdblich, in klassischer Bildung geschult und ein aufrichtig frommer Mensch, dem es heiliger Ernst war mit seinem Glauben, gebieterisch und blinden Gehorsam fordernd und findend, aber ein Vater seiner Soldaten und im persönlichen Verkehr von herzgewinnender Liebenswürdigkeit, also trat er den Deutschen entgegen, deren Sprache, die Sprache seiner deutschen Mutter, Christine von Schleswig-Holstein, er völlig beherrschte, und deren Glaubensgenosse er war. Bald erschien er ihnen nicht wie ein Fremder, sondern wie ein Landsmann, und an seiner Heldengröße richtete sich dies verkümmerte Volk wieder empor.

Mit fünfzehntausend Mann stieg er am 26. Juni 1630 an der Mündung der Peene angefangs der hohen Waldküste von Usedom ans Land; binnen wenigen Tagen bemächtigte er sich aller Obermündungen, zwang den alten ängstlichen Herzog Bogislaw XIV. von Pommern zur Übergabe von Stettin und zum Anschluß, nahm bis Ende des Jahres fast ganz Pommern in Besitz und schickte seinen Obersten Falkenberg nach Magdeburg, wo Christian Wilhelm seine Hilfe angerufen hatte. Im Frühjahr 1631 gedachte er, die Oder aufwärts ziehend, wie Mansfeld, in die kaiserlichen Erblande einzubrechen, nahm Rüstren durch Übergabe, erstürmte im April Frankfurt a. O. und Landsberg an der Warthe. Da zwang ihn der Hilferuf Magdeburgs nach Westen abzuschwenken. Denn seit Ende März war die Stadt von Tilly eingeschlossen, und von den protestantischen Reichsfürsten durfte sie keine Hilfe erwarten, hatten sich diese doch im Februar 1631 durch den Leipziger Konvent nur zu bewaffneter Neutralität zwischen dem Kaiser, dem Feinde ihres Glaubens, und dem Schwedenkönig, dem Feinde des Reichs, verbündet, und nur unter dem Drucke des schwedischen Einmarsches räumte Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg, Gustav Adolfs Schwager, ein schwacher, unselbständiger Herr, diesem Spandau zur Sicherung seines Vormarsches gegen Magdeburg ein. So kam dieser zu spät, um die Stadt zu retten; sicher gemacht durch trügerische Verhandlungen wurde Magdeburg in der Morgenfrühe des 10. Mai von den Belagerern unter Pappenheims Befehl überrumpelt und ging unter den Greueln der Plünderung und des verzweifelten Straßenkampfes bis auf den Dom, die Liebfrauenkirche und einige Gassen an der Elbe in Flammen auf. Dieser furchtbare Schlag drängte den König in eine Verteidigungsstellung zurück, und

Gustav
Adolf in
Pommern
und
Branden-
burg

auch diese konnte er nur dadurch völlig sichern, daß er Brandenburg zum Bündniß nötigte. Also im Besitz Brandenburgs, Pommerns und Mecklenburgs, im Osten von der Oder, im Westen und Süden von der Elbe, Havel und Spree gedeckt beherrschte Gustav Adolf eine mächtige „Ostseebastion“ und wies noch Ende Juli einen Angriff Tillys auf sein festes Lager bei Werben an der Havelmündung ab.

Schlacht
bei
Breiten-
feld

Aus dieser schwierigen Lage befreite ihn erst der Entschluß des Kaisers, die Leipziger „Schlußverwandten“ zum Bündniß oder zur Entwaffnung zu zwingen. Schon standen Wilhelm von Hessen-Kassel, Bernhard von Sachsen-Weimar und Johann Georg I. von Sachsen unter Waffen, und diesen traf der erste Stoß der Kaiserlichen. Von Osten und Westen her marschierten sie in Kursachsen ein, Ende August stand Tilly vor Leipzig. Da öffnete der Kurfürst widerwillig den Elbübergang bei Wittenberg den Schweden und vereinigte am 5./15. September bei Düben an der Mulde sein Heer mit dem schwedischen. Zum Entsatze Leipzigs kamen die verbündeten Fürsten zu spät, aber am 7./17. September erlag Tilly bei Breitenfeld nördlich von der Stadt der überlegnen Taktik der Schweden und rettete nur Trümmer seines Heeres über Halle nach Halberstadt.

Auflösung
der Liga

Dieser überraschende Sieg in offener Feldschlacht, sein erster auf deutschem Boden, erhob Gustav Adolf an die Spitze der evangelischen Reichsfürsten und steckte ihm höhere Ziele. Er wollte jetzt die Liga zersprengen, den Kaiser in seinen Erblanden angreifen. Nach Böhmen rückten unter ihrem Kurfürsten und seinem Feldmarschall Georg von Arnim die Sachsen vor, besetzten in geheimem Einverständnis mit Wallenstein, der grollend in Gitschin saß und schon seit dem Frühjahr mit Gustav Adolf verhandelte, die Nordhälfte des Landes und Prag. In Thüringen brachte

Wilhelm von Weimar durch einen kecken Handstreich das wichtige kurmainzische Erfurt in des Königs Hand (21. September); von hier drangen seine Heersäulen über den Thüringer Wald in Franken ein, erstürmten am 8. Oktober die Marienburg bei Würzburg, die alte Landesfestung, brachten die evangelischen Stände bis Württemberg hin zum Anschluß und eroberten den größten Teil der Pfalz. Um Weihnachten fiel auch Mainz nach tapfrer Gegenwehr der spanischen Besatzung den Schweden in die Hände. Die Liga war zersprengt, und im „goldnen Mainz,“ in der Hauptstadt des Primas Germaniae, hielt der Schwedenkönig, der „Löwe aus Mitternacht,“ mit kriegerischem Gepränge seinen Hof, jetzt der Herr eines Heeres von achtzigtausend Mann schwedischer Nationaltruppen und deutscher Söldner, der bewunderte Sieger, umworben von Gesandten aller europäischen Mächte, vor allem Frankreichs, das, voll Unbehagens über die ungeahnten Erfolge des Bundesgenossen, am liebsten die Liga durch einen Waffenstillstand gerettet und die schwedischen Waffen ausschließlich gegen den Kaiser gewendet hätte.

Unbeirrt dadurch brach Gustav Adolf im Frühjahr 1632 über Nürnberg gegen Bayern auf, sicherte sich durch die Erstürmung von Donaunwörth den Übergang über den Strom und schlug Tilly am 4. April unweit der Lechmündung bei Rain auf's Haupt. Um die Verbindung mit den Kaiserlichen nicht zu verlieren, führte Kurfürst Maximilian das Heer nach Ingolstadt zurück, wo Tilly seiner schweren Verwundung erlag; sein Land gab er preis. So besetzte der König am 10. April das reiche Augsburg, am 9./19. Mai zog er, Friedrich V. von der Pfalz zur Seite, im zitternden München ein; bis an den Bodensee, ja bis nach Tirol schob er seine Truppen

Gustav
Adolf in
Bayern

vor. „Der Vorhang ist gefallen, das Spiel ist aus,“ hieß es in Wien.

Seine
Ziele

Gustav Adolf stand auf der Höhe seiner Erfolge. Er gedachte sie keineswegs zu benützen, um die deutsche Kaiserkrone zu gewinnen, wie man ihm damals zugetraut hat; aber er wollte die eroberten Stiftslande, die er in seinem Namen verwalten ließ, an seine evangelischen Bundesgenossen geben, dafür Pommern für Schweden erwerben, also seine Ostseeherrschaft vollenden und als Herzog von Pommern an die Spitze eines evangelischen Sonderbundes treten, der die protestantischen Reichsstände auf dem Grunde der Glaubensfreiheit und der fürstlichen Libertät vereinigen sollte. Es waren zukunftreiche Gedanken, aber noch in einseitig konfessioneller Ausprägung und undurchführbar für einen fremden Herrscher, der zugleich die Union von Kalmar unter schwedischer Führung als ein nordisches Kaisertum wieder aufzurichten gedachte, dadurch also das evangelische Deutschland zum Anhängsel einer fremden Macht herabgedrückt hätte. Daher erweckten solche Pläne das lebhafteste Mißtrauen seiner deutschen Bundesgenossen, namentlich der beiden Kurfürsten, und seine Siegeslaufbahn neigte sich zum Ende.

Wallen-
stein gegen
Gustav
Adolf

Schon im Dezember 1631 hatte Wallenstein von dem schwer bedrängten Kaiser den Auftrag angenommen, ein neues Heer aufzustellen, den er binnen drei Monaten glänzend ausführte; im April 1632 zwang er seinem Kriegsherrn unerhörte Bedingungen für die abermalige Übernahme des Befehls auf: lebenslängliches, ausschließliches „Generalat“ im ganzen Reiche mit unumschränkten Vollmachten, auch zu Friedensverhandlungen, Anweisung auf ein kaiserliches Erbland als Entschädigung für Mecklenburg. An der Spitze von fünfzigtausend Mann drängte er die Sachsen in drei Wochen aus Böhmen, dann ver-

einigte er sich von Eger aus bei Weiden mit dem Kurfürsten von Bayern, der von Regensburg heranzog. Vor dieser gewaltigen Übermacht bezog Gustav Adolf ein verschanztes Lager rings um das feste Nürnberg, während Wallensteins westlich von der Stadt auf den waldigen Höhen der Alten Feste Stellung nahm; hier wies er am 24. und 25. August den stürmischen Anlauf der Schweden zurück. Schon am 8. September mußte der König aus Mangel an Lebensmitteln nach Süden abziehen. Statt ihm zu folgen, wandte sich Wallenstein gegen Sachsen, um dies (gegen Preisgabe des Restitutionsedikts) zum Abfalle von Schweden zu bestimmen und dadurch dem König die Verbindung mit der Ostsee abzuschneiden. Am 23. Oktober nahm er Leipzig, und im Besitze des ganzen westlichen Sachsens bereitete er sich vor, zwischen Saale und Mulde Winterquartier zu nehmen.

Das trieb den König unwiderstehlich nach Sachsen. Den Thüringer Wald überschreitend vereinigte er sich bei Arnstadt mit Bernhard von Weimar und ging auf der großen Straße über Naumburg gegen Leipzig vor. Wenige Meilen westlich von der Stadt, bei Lützen, stieß er am 6./16. November auf Wallenstein. Im wirren Getümmel der Reiterschlacht gegen Pappenheims Geschwader fand der König seinen Tod. Das Feld behaupteten am Abend die Schweden, und die Kaiserlichen gingen über Leipzig nach Böhmen zurück, aber aller Jubel über den Sieg verstummte vor dem Ende des Königs. Für seinen Ruhm fiel er zur rechten Zeit, denn die weitere Verfolgung seiner Pläne würde ihn in immer schärfern Gegensatz zu den deutschen Protestanten gebracht haben; jetzt ging er unter, tiefbetrauert als der Retter deutscher Glaubensfreiheit. Aber unerseßlich war der Verlust darum doch, und seine Stelle blieb leer.

Schlacht
bei
Lützen;
Gustav
Adolfs
Tod

Krieg
in Süd-
deutsch-
land

Im Auftrage des schwedischen Reichsrats und im Namen der Königin Christine führte jetzt der große Reichskanzler Axel Oxenstierna die politische Oberleitung, die militärische übernahmen der Feldmarschall Gustav Horn und der hochstrebende Herzog Bernhard von Weimar, dem die Krone Schweden, um ihn an ihre Interessen zu fesseln, die schönen Stiftslande Bamberg und Würzburg als Herzogtum Franken verlieh. Die bisherige Zusammenfassung aller Gewalten in einer Hand und die gewaltige Autorität einer alles überragenden Persönlichkeit war also verschwunden. Damit lockerte sich der Zusammenhang der schwedischen Bundesgenossenschaft, denn auf dem Konvent von Heilbronn im April 1633 fügten sich nur die evangelischen Stände der vier südwestdeutschen Reichskreise dem Direktorium Schwedens, nicht die norddeutschen Kurfürsten, obwohl sie im schwedischen Bündniß blieben. Umfomehr bekamen die Interessen Schwedens allmählich das Übergewicht, und der Einfluß Frankreichs wurde stärker. Auch die Kriegsschauplätze, der ost- und der westdeutsche, schieden sich schärfer. Im Westen drehte sich der Kampf 1633 lange Zeit um (Alt-)Breisach, den wichtigsten Platz am Oberrhein, den Spaniern unentbehrlich für die Beherrschung der Verbindung mit Belgien; es wurde deshalb auch im Oktober von einem spanisch-kaiserlichen Heere unter dem Herzoge von Feria und Aldringen entsetzt. Im Osten hatten sächsisch-brandenburgisch-schwedische Truppen unter Arnim fast ganz Schlesien besetzt. Bald verhandelnd, bald schlagend führte Wallenstein den Krieg hier mehr, um den Frieden auf seine Weise zustande zu bringen, und dabei für Böhmen die Wiederherstellung des Zustandes vor 1618, für sich wahrscheinlich die böhmische Krone zu gewinnen, als um eine durchschlagende Entscheidung im Sinne des Kaisers herbeizuführen. Erst als er

damit nicht recht zum Ziele kam, brachte er die Sachsen durch einen verheerenden Einfall seines Feldmarschalls Holke in Sachsen zum Rückzug dorthin, zwang die übrigen Truppen im Oktober 1633 bei Steinau an der untern Oder zur Übergabe und drang im November bis Bauzen vor. Da rief ihn die Nachricht, Herzog Bernhard bedrohe Regensburg und damit die Straße nach Wien, nach Bayern, doch ehe er herankommen konnte, fiel Regensburg am 5./15. November. Da ging er für den Winter nach Böhmen zurück und nahm sein Hauptquartier in Pilsen.

Hier führten seine unnatürliche und unklare Stellung zu seinem Kriegsherrn, seine bestimmte Weigerung, den Marsch eines spanischen Heeres durch Deutschland nach Belgien im Jahre 1634 zu unterstützen, der Widerspruch seiner Friedenspläne zu den Anschauungen der klerikalen Partei des Wiener Hofes, endlich die Kunde von seinen hochverrätherischen Umtrieben zur Katastrophe. Noch versuchte er seine Generale und Obersten durch die beiden „Reverse“ von Pilsen (12. Januar und 20. Februar 1634) an sich zu fesseln, um mit Hilfe seines Heeres seine Pläne auch gegen den Willen des Kaisers durchzusetzen, doch dieser übertrug am 24. Januar im geheimen den Oberbefehl an Gallas und Aldringen und erklärte am 18. Februar Wallenstein mit Tertska (Terzky) und Flow (Flo) als Hochverräther in die Acht. Darauf fiel die Armee von ihrem Feldherrn ab, und als dieser sich mit den ihm noch treugebliebenen Truppen nach Eger zurückzog, um von hier mit Herzog Bernhard in Verbindung zu treten, da wurden hier auf Anstiften des irischen Obersten Walthor Butler am Abend des 25. Februar 1634 erst Wallensteins Getreue auf der Burg, dann er selbst im Hause des verstorbenen Bürgermeisters Pachhelbl

Wallen-
steins
Unter-
gang

am Ringe von irischen Dragonern niedergestossen. Seine Güter wurden bis auf wenige eingezogen und zumeist an die dem Kaiser treu gebliebenen Offiziere verschenkt. Nach dem Urtheile der Zeit hatte der Kaiser nur von seiner Gewalt als oberster Richter gegen einen überführten Hochverräther in unregelmäßiger Form Gebrauch gemacht.

Der
Friede
von Prag

Jedenfalls war es mit den Friedensverhandlungen vorerst zu Ende, und der Kaiser hatte die freie Verfügung über sein Heer gewonnen, dessen Oberbefehl er seinem Sohne Ferdinand (III.) übertrug. Dieser brachte zunächst Regensburg am 16. (26.) Juli wieder in seine Hand und gab dann zusammen mit dem jetzt wirklich durch Tirol hereinkommenden spanischen Heere unter dem Kardinalinfanten Ferdinand in dem blutigen Siege bei Nördlingen über Bernhard von Weimar und Gustav Horn am 5. und 6. September 1634 dem Kriege eine entscheidende Wendung, die das feindliche Heer zertrümmerte und den Schweden ganz Süddeutschland entriß. Was von den Heilbronner Verbündeten noch übrig war, warf sich den Franzosen in die Arme, und Kursachsen, längst schwankend, schloß am 20. (30.) Mai 1635 in Prag seinen Frieden mit dem Kaiser in der Form eines allgemein verbindlichen Reichsgesetzes. Es war der Versuch zu einem kirchlich-politischen Ausgleich, bis zu einem gewissen Grade im Sinne der nationalen Einheit etwa nach der Art Wallensteins, doch so, daß dabei die römische Kirche über die lutherische, das habsburgische Kaisertum über die reichsfürstliche Libertät weitaus das Übergewicht behauptete. Denn die seit 1552 eingezogenen Kirchengüter sollten den evangelischen Ständen nur auf vierzig weitere Jahre bleiben, vor allem dem sächsischen Prinzen August Magdeburg, das Stimmrecht der Administratoren also ruhen. Andererseits sollte es künftig im Reiche nur eine kaiserliche Armee

(von achtzigtausend Mann) geben, davon dreißigtausend Mann unter dem erblichen Oberbefehl des Kurfürsten von Sachsen, der außerdem die ihm verpfändeten beiden Lausitzen als böhmisches Lehen behielt, und alle Sonderbündnisse im Reiche, ausgenommen einige wenige, sollten aufgehoben werden; die Reichsfürsten verloren also ihre althergebrachte Militärhoheit und ihr Bündnisrecht. Trotzdem fügten sich dem Frieden weitaus die meisten evangelischen Reichsstände (1637 auch Württemberg) und verpflichteten sich dadurch auch zur Vertreibung der Fremden aus dem Reiche. Da aber der Prager Friede eine Reihe der wichtigsten Forderungen der reichsfürstlich-protestantischen Opposition (Wiederherstellung der Kurpfalz und der österreichischen Protestanten, endgiltige Regelung der Frage der geistlichen Güter, Parität im Reichstage, Sicherung der fürstlichen Libertät) nicht erfüllte, übrigens in ganz rechtswidrigen Formen, ohne den Reichstag zu stande gekommen war, so setzten die entschlossensten Protestanten, Wilhelm von Hessen, Bernhard von Weimar u. a. den Kampf fort, und da dieser sich ganz unmittelbar gegen Schweden und Frankreich richtete, so verbündeten sich diese Mächte um so fester zur Wahrung ihrer besondern Interessen auf Kosten Deutschlands, und der Krieg dauerte dreizehn greuelvolle Jahre weiter.

Das Ziel der verbündeten Fremdmächte blieb das alte, die Überwältigung Oesterreichs und Bayerns. Immer wieder versuchten ihre Heersäulen von Norden und Westen her dorthin vorzudringen, aber immer schwächer wurden die Heere, immer weniger nachhaltig die Erfolge, immer furchtbarer bei der zunehmenden Verwilderung der Truppen die Verwüstung. Im Osten wurden die Schweden, obwohl des polnischen Krieges durch Verlängerung des Waffenstillstandes von 1629

Erfolge
der
Kaiser-
lichen:
Bernhard
von
Weimar

auf sechsundzwanzig weitere Jahre ledig, bis 1637 auf ihre pommerschen Küstenfestungen zurückgedrängt. Im Südwesten eroberte Bernhard von Weimar (geb. 1604), erfüllt von dem Bestreben, seinem Ernestinischen Hause die verlorne Größe wieder zu erringen und zwischen dem undeutschen Kaiser und den fremden Mächten eine selbständige deutschfürstliche Partei zu schaffen, an der Spitze eines wesentlich thüringisch-sächsischen Söldnerheeres in französischen Diensten bis 1638 die habsburgischen Lande am Oberrhein, den Breisgau mit dem festen Breisach und den elsässischen Sundgau, zu Anfang 1639 auch die spanische Franche-Comté. Hier an der gefährdeten Westgrenze des Reichs dachte er ein starkes Fürstentum aufzurichten, aber er geriet dadurch natürlich in Gegensatz zu Frankreich, auf dessen Kosten er doch seine Eroberungen gemacht hatte, und erlag, dicht vor dem Bruche stehend, am 8. (18.) Juli 1639 einem typhösen Fieber. Die eroberten Länder aber gingen mit seinem tapfern Heere an Frankreich über, das nun französische Generale an die Spitze stellte. Seitdem wurde die Stellung Frankreich im deutschen Südwesten übermächtig, und sie wurde noch dadurch verstärkt, daß sich ihm 1640 die Landgräfin Amalie Elisabeth von Hessen und Georg von Braunschweig-Lüneburg angeschlossen.

Beginn
der
Friedens-
verhand-
lungen

Dies besonders drängte den Nachfolger Kaiser Ferdinands II. († 5./15. Februar 1637), seinen Sohn Ferdinand III., dazu, zum erstenmale seit 1613 den Reichstag für den September 1640 nach Regensburg zu berufen und damit die Friedensunterhandlungen einzuleiten. Wenig später, am 24. Juli 1641, schloß der junge Kurfürst von Brandenburg, Friedrich Wilhelm, mit Schweden den Waffenstillstand zu Stockholm, und indem er sich damit von jeder thätigen Teilnahme am Kriege zurückzog, wies er auch andern

Fürsten den Weg zur allmählichen Einengung des Kriegsschauplatzes.

Um so stürmischer gingen die Schweden gegen die kaiserlichen Erblande, die Franzosen gegen Bayern vor. Schon 1639 war Gustav Banér bis Prag gelangt; sein Nachfolger Leonhard Torstenson, ein Meister rastloser Eilmärsche, obwohl selbst gichtkrank, kam 1642 bis Olmütz, das er besetzte und behauptete, schlug am 2. November die Kaiserlichen bei Breitenfeld, drang dann, von einem glänzend geführten Kriege gegen Dänemark (1644—45), das den Schweden in den Rücken fiel, zurückkehrend, abermals bis in das südliche Böhmen vor, erfocht hier am 24. Februar (6. März) 1645 den glänzenden Sieg bei Jankau (Jankowitz) und bedrohte sogar Wien. Nach seinem Rücktritt zwang Karl Gustav Wrangel 6. September 1645 den Kurfürsten von Sachsen zum Neutralitätsvertrage von Röhlschenbroda. Inzwischen waren im Südwesten, in Schwaben und Franken die Franzosen und ihre deutschen Bundesgenossen in schweren Kämpfen im ganzen siegreich gewesen und hatten den Kurfürsten Maximilian von Bayern zugleich für seine Bundesgenossen zum Waffenstillstande von Ulm (15. März 1647) genötigt. Als er sich im September doch wieder dem Kaiser anschloß, vereinigte sich Wrangel, der kurz zuvor Eger genommen hatte, mit Turenne, und beide drangen nach dem Siege bei Zusmarshausen unweit Augsburg 7. (17.) Mai 1648 unter entsehrlichen Verheerungen bis zum Inn vor. Wenige Wochen später brachte der schwedische General Graf Königsmarck von Eger her am Morgen des 26. Juli die Kleinsseite von Prag durch Verrat und Überfall in seine Hand.

Diese letzten Erfolge beschleunigten den Friedensschluß, über den schon seit dem April 1645 in Münster mit den Franzosen, in Osnabrück mit den Schweden und den protestantischen Reichsständen unterhandelt

Vorbringen gegen die kaiserlichen Erblande und Bayern

Der westfälische Friede

wurde. Am 24. Oktober 1648 wurde der „westfälische Friede“ in Münster von allen Gesandten unterzeichnet, nachdem Spanien schon am 30. Januar die Unabhängigkeit der Niederlande anerkannt hatte und somit nicht mehr hindernd im Wege stand. Der Friede bedeutete den vollen Sieg der reichsfürstlichen Libertät, die Sicherung des Protestantismus außerhalb Österreichs und einen überwiegenden Einfluß der fremden Mächte auf Deutschland. Er dehnte den Religionsfrieden auch auf die Reformierten aus und setzte für die kirchlichen Verhältnisse den Zustand des 1. Januar 1624 als maßgebend für die Zukunft fest. Demnach blieben alle geistlichen Stiftslande, die es damals gewesen waren (fünfzehn Bistümer und sechs Reichsabteien), protestantisch, die andern katholisch, und den andersgläubigen Unterthanen beider Konfessionen der Landesherren wurde die häusliche Andacht und die Auswanderungsfreiheit gewährt. Doch blieben die habsburgischen Länder von dieser Wohlthat ausgeschlossen, das Ergebnis der gewaltsamen Rekatholisierung also dort gesichert; nur die piastischen Herzogtümer Schlesiens (Brieg, Liegnitz, Wohlau, Ols und Münsterberg) und die Stadt Breslau erhielten freie Religionsübung, im kaiserlichen Schlesien einige Städte wenigstens evangelische Kirchen. Um jede Benachteiligung der einen oder der andern Konfession durch einen Reichstagsbeschuß zu verhindern, wurde für alle kirchlichen Fragen das Recht der Mehrheit aufgehoben und die Regelung freier Vereinbarung der Religionsparteien vorbehalten, die sich daher in ein Corpus Evangelicorum unter Kursachsen und ein Corpus Catholicorum unter Kurmainz zusammenschlossen. Die Kurpfalz wurde im Umfange der Rheinpfalz wiederhergestellt und erhielt die neue achte Kurwürde, das Reichskammergericht wurde paritätisch umgestaltet. Fortan bestand der Reichstag aus acht Kurfürsten, neun-

undsechzig geistlichen und sechsundneunzig weltlichen Fürsten und einundfünfzig Reichsstädten; die nichtfürstlichen reichsunmittelbaren Prälaten, Grafen und Herren hatten zusammen sechs Stimmen. Da nun für jeden giltigen Reichstagsbeschuß Einstimmigkeit aller drei Kollegien erforderlich war, so war der Reichstag fortan thatsächlich durch die unendliche Schwerfälligkeit seiner Verhandlungen zur Bedeutungslosigkeit und Ohnmacht verurteilt, obwohl ihm das Recht, über Gesetzgebung, Besteuerung und auswärtige Politik des Reiches zu entscheiden, jetzt förmlich zugestanden wurde. Diese Ohnmacht der obersten Reichsgewalt entsprach der nunmehr rechtlich gesicherten, fast unbeschränkten Selbständigkeit der Reichsstände. Sie erhielten jetzt die volle Landeshoheit, die seit 1356 nur den Kurfürsten zustand, und als deren Ausfluß das volle Bündnisrecht, wenn auch der Reichsinteressen unbeschadet. Das Reich wurde also jetzt auch rechtlich ein lockerer Staatenbund.

Mäßigen Umfanges waren die Gebietsveränderungen. Die völlige staatsrechtliche Trennung der Schweiz und der Niederlande vom Reiche wurde jetzt förmlich ausgesprochen. Frankreich erhielt das südliche Elsaß (Sundgau) und die ihrem Rechtsumfang nach höchst unbestimmte (österreichische) Landvogtei im Unterelsaß, dazu Breisach und die drei Lothringischen Bistümer zu voller Souveränität, also ohne Reichsstandschaft, Schweden von dem durch das Aussterben des alten Herzogshauses 1637 erledigten Pommern den westlichen Teil mit allen drei Obermündungen und zur Entschädigung für Hinterpommern Wismar und die Stifter Bremen (ohne die Stadt) und Verden, doch als Reichsstand. An Brandenburg fielen Hinterpommern mit dem Bistum Ramin und zur Entschädigung für Vorpommern die Stiftslande Minden und Halberstadt sowie das

Die
Gebiets-
verände-
rungen

Anrecht auf Magdeburg nach dem Tode des Administrators August. Mecklenburg empfing für Wismar die Bistümer Raseburg und Schwerin, Braunschweig-Lüneburg das Besetzungsrecht im Stift Osnabrück abwechselnd mit einem katholischen Reichsstande, Hessen-Kassel erhielt die Abtei Hersfeld, Marburg und einen Teil der Grafschaft Schaumburg. Da Frankreich und Schweden noch die Bürgschaft für den Frieden übernahmen, so trat dies vielgespaltne und der wertvollsten Grenzländer beraubte Deutschland auch noch unter die Vormundschaft der fremden Mächte.

Ver-
wüstende
Folgen
des
Krieges

Dazu kam nun eine beispiellose allgemeine Verwüstung: der Verlust der Hälfte bis zwei Dritteln der Bevölkerung, die Verödung weiter Landstriche, die ungeheure Einbuße an Volksvermögen, die Vernichtung ganzer Gewerbszweige, eine schreckliche sittliche Verwilderung, und überall in Sitte, Tracht, Sprache und Bildung die Herrschaft der überlegnen ausländischen Kultur! Niemals war ein großes, modernes Volk einem so furchtbaren Schicksale verfallen.



Sechster Zeitraum

Die preußisch-österreichische Zeit

1648 bis 1858





Die Begründung des brandenburgisch-preußischen Staats und der österreichischen Großmacht. 1648 bis 1740

In einer furchtbaren Krisis hatte die deutsche Nation ihre Weltstellung geopfert und ihre alte politische Einheit vollends zerstört, um für sich und die Welt die geistige Freiheit zu retten. In ihr und in der nunmehr völkerrechtlich und reichsgesetzlich verbürgten Selbständigkeit der Teile lagen die Keime neuen Lebens. Mochten die korrekten Reichsjuristen immer noch fortfahren, in dieser Reichsverfassung eine wunderbar weise Mischung von Monarchie, Aristokratie und Demokratie zu sehen und den Kaiser als den Rechtsnachfolger der römischen Cäsaren zu preisen, helle Köpfe blickten schon tiefer. Ein schwedischer Publizist pommerscher Abkunft, Bogislaw Chemnitz (Hippolithus a Lapide), suchte schon 1640 die unbeschränkte Selbständigkeit der Reichsstände historisch durch die Behauptung zu begründen, daß diese das Ursprüngliche sei und das Kaisertum auf Usurpation beruhe, und der Sachse Samuel Pufendorf bezeichnete schon 1667 als das Ziel, dem die politische Entwicklung Deutschlands zustrebe, die Trennung von Österreich, die Vernichtung der geistlichen Fürstentümer und einen

Reichs-
verfassung
und
Einzel-
staaten

rein weltlichen Staatenbund. In der That, alle lebendigen Kräfte wandten sich den Einzelstaaten zu, auf ihnen beruhte das Schicksal der Nation. Wie sich freilich aus diesem Nebeneinander unabhängiger Staaten, die samt und sonders von ihren rücksichtslos verfolgten Sonderinteressen, von der „Staatsraison“ geleitet wurden, eine neue Reichsverfassung entwickeln sollte, vermochte noch niemand zu sagen. Aber wie die formell noch aufrecht stehende Reichsverfassung, so hatte sich auch die ständisch-konfessionelle Ordnung der Einzelstaaten überlebt. In der Krisis des großen Krieges war ihre Unfähigkeit handgreiflich hervorgetreten. Dem Kaiser hatte die größten Erfolge ein absolut kommandierender Feldherr erfochten, der alle ständischen Rechte mit Füßen trat, und die evangelischen Stände hatte vor dieser Gewaltherrschaft ein fremder König gerettet, der im Felde und im Kabinett unumschränkt gebot.

Der
absolute
Staat

So stieg ein neues Staatsideal empor, der fürstlich-absolute Staat, der auf die Zusammenfassung aller Staatskräfte in der Hand des Monarchen, Unterwerfung der Stände unter seinen Willen und wirtschaftlichen Abschluß des Landes nach der Weise des französischen Merkantilismus gerichtet war, und der konfessionell geschlossenen Landeskirche trat der Grundsatz der Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen, also der persönlichen Glaubensfreiheit, gegenüber, der in der Befreiung der Wissenschaft von der theologischen Bevormundung eine starke Stütze fand. Wenn diese geistige Umwandlung im ganzen vom Bürgertume ausging, so stand dies doch dem neuen absoluten Staate ohne Verständnis und daher auch ohne thätigen Anteil gegenüber; seine Leitung ging an den Adel über, der sich die neue weltmännische Bildung der Franzosen zu eigen machte. Im allgemeinen vollzogen

sich diese Umwandlungen am meisten in den protestantischen Staaten, namentlich den größern, denn hier war die innere Kraft der Nation am besten erhalten, während sie in den meisten katholischen Ländern durch die gewaltsame Rekatholisierung schwer gelitten hatte. Die kleinen Reichsstände aber, die geistlichen Fürstentümer wie die Reichsstädte, waren überhaupt unfähig, modernstaatliche Aufgaben zu lösen.

Also ging der politische und wirtschaftliche Vorrang und bald auch die geistige Vorherrschaft auf den kolonialen Osten über. Schon die lutherische Reform war in dem ober-sächsisch-thüringischen Grenzgebiete des alten und des neuen Deutschland entstanden; aber noch hatte der Südwesten ein starkes Gewicht in die Waagschale geworfen, und noch auf den Beginn des dreißigjährigen Krieges hatte die kurpfälzische Politik bestimmend eingewirkt. Doch die süddeutschen Reichsstädte hatten ihre politische Rolle schon seit dem Schmalkaldischen Kriege ausgespielt, der ganze Südwesten am spätern Verlaufe des großen Krieges fast nur noch einen leidenden Anteil genommen, und der Kampf war, soweit ihn nicht fremde Mächte führten, von den ostdeutschen Mächten, Bayern inbegriffen, durchgefochten worden. Jetzt war der ganze Westen vollends in machtlose Kleinstaaten zerfallen, seine alte wirtschaftliche Bedeutung durch die Verlegung der Welthandelsstraßen verloren, eine Möglichkeit zur Bildung größerer wirtschaftlicher Einheiten hier schlechterdings nirgends vorhanden, außerdem das politische Übergewicht der fremden Mächte nirgends so einengend und drückend, das nationale Selbstbewußtsein so gering wie in diesen ältesten deutschen Kulturländern. Erst gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts bildete sich im Nordwesten ein größerer weltlicher Staat, Kurhannover, aber dieser verfiel alsbald (1714)

Ver-
schiebung
des
Schwer-
punktes
nach dem
Osten

durch die Personalunion mit England dem fremden Einfluß.

Die ost-
deutschen
Staaten

Es gab also größere, weltliche Staatengebilde nur im Osten. Nebeneinander standen hier im Nordosten die niedersächsisch-thüringischen Koloniallande Brandenburg und Kursachsen, im Südosten Bayern und Österreich, im wesentlichen also die Länder bayrischen Stammes. Von diesen vier Staatengebilden waren zwei, Bayern und Kursachsen, reine Binnenländer, also ohne jedes unmittelbare Interesse an den großen auswärtigen Aufgaben der deutschen Politik und daher auch nicht gezwungen, alle ihre Kräfte straff zusammenzufassen. Nur Österreich und Brandenburg-Preußen waren Grenzstaaten. Aber der größte Strom Österreichs, seine Lebensader, die Donau, führte aus Deutschland hinaus und in ein damals weltfernes Binnenmeer hinein; mit dem Norden hing es zwar durch die Elbe und die Oder zusammen, doch Böhmen war der Sitz einer fremden, wengleich damals halb gebrochenen Nationalität, und nur Schlesien ein größtenteils deutsches Land. Ferner standen die im Osten angrenzenden Länder unter demselben Szepter wie Österreich, ließen also hier ein Gefühl starken Nationalstolzes nicht aufkommen, und die einzige große nationale Aufgabe, an deren Lösung die Habsburger unmittelbar beteiligt waren, war die Verdrängung der Türken aus Ungarn; an dem Verhältnis zu Frankreich waren sie nur durch ihre entlegnen westlichen Besitzungen bis zum Oberrhein hin interessiert. Endlich hatte die kirchliche Reaktion das Mark der habsburgischen Völker zerstört und ihre geistige Verbindung mit der im Kerne protestantischen deutschen Kultur unterbrochen.

Branden-
burg-
Preußen

Anderß Brandenburg. In untereinander territorial noch getrennten, aber immerhin ansehnlichen Gebieten erstreckten sich die Lande der Hohenzollern quer

durch die ganze Breite Norddeutschlands und darüber hinaus vom Niederrhein bis zur Memel; in ihrer Hand war der Mittellauf der Elbe und der Oder, also die Verbindung zwischen dem deutschen Binnenlande und den Küstenländern, und sie waren an der Weser wie am Rhein beteiligt, beherrschten also Teile der großen Ströme, die den Verkehr nach der Nordsee, dem jetzt wichtigsten der deutschen Meere, leiteten und konnten, wenn sie zwischen Elbe und Oder eine Verbindung herstellten, eine große Handelsstraße vom Südosten nach Nordwesten, von Schlesien nach der Elbmündung in ihren Besitz bringen. Und dieselben Lebensinteressen brachten den Staat in unmittelbaren Gegensatz zu Polen, dessen Lehnshoheit das Herzogtum Preußen noch unterworfen war, zu Schweden, das die Mündungen der Oder vom Hinterlande abschneidete, und zu Frankreich, das den zerfahrenen Westen Deutschlands bedrohte. So wurden die Hohenzollern vor die größten Aufgaben der deutschen Politik gestellt. Endlich lebte in diesen zähen, seit Jahrhunderten an harte Arbeit auf kargem Boden gewöhnten überwiegend niedersächsischen Stämmen ein starkes Selbstbewußtsein, und die Stellung des reformierten Herrscherhauses zu ganz überwiegend lutherischen Unterthanen ergab ein Maß von Duldsamkeit, das weit über die Reichsgesetze hinausging. So schufen die Hohenzollern, indem sie für ihren Staat arbeiteten, ohne es zu wollen und zu ahnen den Grund für die neue Einheit der Nation, zunächst einen starken Mittelstaat, dann eine Großmacht. Zu derselben Zeit gründeten die Habsburger, indem sie Ungarn eroberten, eine selbständige, aber zur Hälfte außerhalb Deutschlands liegende Großmacht.

Von dem Verhältnis dieser Machtbildungen, der norddeutschen niedersächsisch-protestantischen und der süddeutschen bayrisch-katholischen, wurden seitdem

Der
deutsche
Dualis-
mus
und die
Weltlage

zwei Jahrhunderte lang die Geschichte der Nation unendlich mehr bestimmt als von ihrer erstarrenden Reichsverfassung. Soviel Unheil ihre Nebenbuhlerschaft auch über Deutschland gebracht hat, nur die Entstehung größerer selbständiger Staaten konnte überhaupt den politischen Bestand einer deutschen Nation sichern und sie vor der Fremdherrschaft retten. Denn es war eine Zeit der härtesten Machtkämpfe. Zwar schied Spanien als Großmacht bald aus, aber das bourbonische Frankreich unter seinem unumschränkten Königtum wurde ein viel gefährlicherer Nachbar; England stieg, die Niederlande in die zweite Linie zurückdrängend, zur ersten Handels- und Kolonialmacht auf, Schweden übte im ganzen Norden ein gewaltiges militärisches Übergewicht aus, und hinter dem durch die Meisterlosigkeit seines souveränen Adels in hoffnungslose Zerrüttung sinkenden Polen drängte das russische Zarentum langsam nach dem Westen.

Anfänge
des
Großen
Kurfürsten

Eine Reihe großer oder mindestens bedeutender Herrscher hob Brandenburg-Preußen aus seiner bisherigen Schwäche empor. Der erste, Friedrich Wilhelm (1640—88), der schon zu seiner Zeit der Große Kurfürst hieß (geb. 1620), verdankte seinem schwachen Vater Georg Wilhelm sehr viel weniger als seiner geistvollen und energischen Mutter Elisabeth Charlotte von der Pfalz. Sie gab ihm die bestimmte Richtung nach der evangelisch-reichsfürstlichen Opposition und vermittelte ihm jenen Aufenthalt in Holland (1634 bis 1638), der ihm zur Hochschule des Regentenberufs wurde und für sein ganzes Leben wirksam blieb, während der katholische Minister seines Vaters, Graf Schwarzenberg, Brandenburg seit 1635 eifrig auf Österreichs Seite hielt. So bedeutete die Thronbesteigung des jugendlichen Kurfürsten im Dezember 1640 eine entscheidende politische Wendung. Kaum hatte Friedrich Wilhelm unter schweren Opfern die

polnische Belehnung mit dem Herzogtum Preußen erreicht und sich die Treue seiner Garnisonen in Brandenburg gesichert, als er sich durch den Waffenstillstand von Stockholm (1641) von jeder thätigen Teilnahme am Kriege zurückzog. Er stützte sich zunächst auf Holland, zu dem er durch seine Vermählung mit Luise Henriette, der Tochter Friedrich Heinrichs von Oranien und Enkelin Wilhelms des „Schweigers“ in dynastische Beziehungen trat (1646); aber der westfälische Friede vernichtete seine hochfliegenden Hoffnungen, durch die Erwerbung ganz Pommerns seinen Staat zu einer selbständigen baltischen Macht zu erheben, und zog ihn durch die Zuweisung der Stiftslande in die verwickelten Verhältnisse des norddeutschen Binnenlandes hinein, bewahrte aber damit Brandenburg vor der nahe liegenden Gefahr, sich Deutschland zu entfremden.

Noch mehr als zwanzig Jahre lang nach dem dreißigjährigen Kriege stand das deutsche Fürstentum mit geringen Ausnahmen und Unterbrechungen in geschlossener Opposition gegen das habsburgische Kaisertum, von dem es so schwer bedroht worden war. Gerade deshalb übten Frankreich und Schweden einen bestimmenden Einfluß auf das Reich, denn vor allem Frankreich galt nach alter Tradition als Hort reichsfürstlicher Freiheit. Daher plante Friedrich Wilhelm nach den Ratschlägen seines damaligen leitenden Ministers, des Grafen Georg Friedrich von Waldeck, einen evangelischen Sonderbund, wie einst Gustav Adolf, aber unter brandenburgischer Leitung, und der Kurfürst-Erzbischof von Mainz, Johann Philipp von Schönborn, erstrebte einen Bund mindestens der westdeutschen Fürsten, ohne Rücksicht auf die Konfession. Beide handelten in der Absicht, so das Gleichgewicht zwischen den großen Mächten zu halten und ihre Selbständigkeit zu behaupten. Den ersten Reichstag nach dem Kriege im Jahre 1653 beherrschte diese Opposition

Die
Fortdauer
der
reichs-
fürstlichen
Opposition

vollständig; sie erlangte dort den Beschluß, daß die Unterthanen gehalten seien, die Kosten für die Festungen und Besatzungen der Landesherren aufzubringen, die reichsgesetzliche Grundlage für die fürstliche Militärhoheit, und sie siegte auch nach dem Tode Ferdinands III. (2. April 1657) bei der Wahl seines Sohnes Leopold am 18. Juli 1658. Denn die neue Wahlkapitulation verbot dem Kaiser jede Unterstützung Spaniens in dessen auch nach 1648 fortbauern-dem Kampf mit Frankreich und sprach den Fürsten das Recht zu, etwaigen Widerstand ihrer Landstände selbst mit Hilfe der Nachbarn zu brechen. Kurz nachher, am 15. August 1658, schlossen die drei geistlichen Kurfürsten, die braunschweigischen Herzöge und einige andre den Rheinbund. Doch diesem trat auch Frankreich bei, und so wurde er zu einem Werkzeuge nicht nur der reichsfürstlichen, sondern auch der französischen Politik.

Ausbruch
des
nordischen
Krieges

Inzwischen hatte Brandenburg ganz andre Bahnen eingeschlagen, die es zum Kaiser hinüberdrängten, ihm den ersten bedeutenden Erfolg einbrachten und es zu einer selbständigen Militärmacht erhoben. Das Ziel des Kurfürsten war die Befreiung der deutschen Küsten, vor allem Pommerns, von der schwedischen Fremdherrschaft; er wollte nicht zusehen, daß die deutschen Ströme „fremder Nationen Gefangne“ seien. Beruhte doch die schwedische Großmachtstellung nicht auf innerer Stärke, sondern auf der Schwäche der Nachbarn und auf den festländischen Besitzungen, die den größten Teil der Ostsee umspannten und durch die reichen Seezölle den baltischen Handel dem Staate tributpflichtig machten. Daher bedurfte Schweden, wenn es nicht auf jene Stellung verzichten wollte, beständiger Kriege, um sein übergroßes Heer zu unterhalten und zu beschäftigen. Der Führer zu einem neuen Eroberungszuge wurde, nachdem Königin

Christine 1654 dem Throne entsagt hatte und zur römischen Kirche übergetreten war, um im Süden ihren künstlerischen Neigungen zu leben, ihr Nachfolger Karl X. Gustav von Pfalz-Neuburg (1654 bis 1660), der Neffe Gustav Adolfs durch seine Schwester Katharina, und sein Ziel war die Herrschaft über das zerrüttete Polen, also die Vollendung des schwedischen dominium maris baltici.

Als Herzog von Preußen mitten hineingestellt zwischen seinen ohnmächtigen Lehnsheerren, den König von Polen, und das übermächtige Schweden, dessen Heerscharen 1655 Polen in wenigen Monaten überfluteten, beobachtete Kurfürst Friedrich Wilhelm zunächst eine bewaffnete Neutralität; dann schlug er sich auf die Seite des Siegers, nahm im Vertrage von Königsberg (Januar 1656) Preußen von Schweden zu Lehen, entschied mit seinem kleinen Heer die schwere dreitägige Schlacht von Warschau, 28. bis 30. Juli 1656, zu Gunsten Karl Gustavs und wurde zum Lohn seines Beistandes von diesem im Vertrage von Labiau am 20. November als souveräner Herzog von Preußen anerkannt. Als sich aber Oesterreich und Dänemark aus Furcht vor der drohenden Übermacht Schwedens mit Polen verbündeten und Karl Gustav sich mit plötzlicher Wendung auf Dänemark warf, da trat der Kurfürst im rechten Augenblicke zu den verbündeten Mächten über und gewann damit die Anerkennung der Souveränität Preußens auch von Polen im Vertrage von Wehlau am 19. September 1657. Die tapfern Thaten der Brandenburger in dem gewaltigen Kampfe um die von den Schweden hart bedrängte dänische Hauptstadt: die Befreiung Schleswig-Holsteins von der schwedischen Okkupation, die Eroberung Alfsens (1658), der Übergang nach Fünen (1659) befestigten den Ruf der jungen Militärmacht, und der Friede von Oliva am 3. Mai 1660, der Schweden

Brandenburg im nordischen Kriege

das dänische Schonen und damit seine natürlichen Grenzen gab, brachte die Unabhängigkeit Preußens zu allgemeiner Anerkennung.

Der
rheinische
Bund
und der
Kaiser

Während nun Brandenburg an dem Einvernehmen mit dem Kaiser festhielt, konnte es sich doch dem wachsenden Einflusse des Rheinbundes und Frankreichs nicht entziehen, sondern trat ihm, nachdem er 1661 und 1663 erneuert worden war, 1664 selbst bei. So sah sich Österreich noch immer einer geschlossenen reichsfürstlichen Opposition gegenüber und konnte auf dem Reichstage von 1663 die höchst notwendige Reform der Reichskriegsverfassung so wenig durchsetzen, daß dieser Reichstag schließlich zu einem „immerwährenden,“ also zu einem stehenden Gesandtenkongreß in Regensburg wurde. Andererseits leisteten ihm der rheinische Bund und Frankreich Waffenhilfe gegen einen neuen türkischen Angriff auf das habsburgische Ungarn und halfen am 1. August 1664 den glänzenden Sieg der Kaiserlichen beim Kloster St. Gotthard an der obern Raab, den ersten über ein türkisches Heer im freien Felde, entscheiden, nur daß der gleich darauffolgende zwanzigjährige Friede von Eisenburg (Bazvar) an der Gebietsverteilung in Ungarn nichts wesentliches änderte.

Nieder-
werfung
der letzten
städtischen
Opposition

Aber derselbe rheinische Bund gab auch den Bestrebungen der Fürsten, ihre Landeshoheit auszudehnen und zu befestigen, einen starken Rückhalt. So schlugen sie die letzten Versuche großer Landstädte, sich ihrer Landeshoheit zu entziehen und die Reichsständenschaft zu erwerben, fast ohne Ausnahme mit Waffengewalt nieder. Mit rheinbündisch-französischer Hilfe wurde schon 1661 Münster, 1664 Erfurt zur Unterwerfung unter seinen Bischof gezwungen, von brandenburgischen Truppen 1666 Magdeburg zur Huldigung für den Administrator August und den Großen Kurfürsten sowie zur Aufnahme einer brandenburgischen Besatzung genötigt, 1671 auch Braunschweig seinen

Herzögen unterworfen. Glücklicher erwehrte sich Bremen 1666 der schwedischen Unterwerfungsversuche und errang wirklich die Reichsfreiheit, allerdings nur, weil die benachbarten Fürsten, auch Brandenburg, es gegen die schwedische Fremdherrschaft unterstützten. Es entsprach diesem Siege der fürstlichen Gewalten, daß sich die Hanse 1669 förmlich auflöste. Eine selbständige und wirkungsvolle Stadtpolitik vertraten seitdem, während die süddeutschen Reichsstädte mehr und mehr in Ohnmacht versanken, nur noch Bremen, Hamburg und Lübeck, die an dem ehrwürdigen Namen der Hansestädte festhielten; aber sie konnten es nur deshalb, weil die beiden Nordseestädte den neuen Handelsbahnen einigermaßen zu folgen vermochten, Lübeck auch jetzt noch einen ansehnlichen Teil des baltischen Verkehrs behauptete. Eine ähnliche Stellung nahmen in Westpreußen Danzig, Thorn und Elbing ein, blühende deutsche Stadtgemeinden mitten in der polnischen Zuchtlosigkeit.

Während dieser innern Kämpfe trat in dem Verhältnis des Reichsfürstentums zu Frankreich eine entscheidende Wendung ein. Aus dem Schirmherrn der deutschen Libertät wurde Frankreich zum Reichsfeinde. Das bourbonische Königtum, seit 1653 des frondierenden hohen Adels Herr, seit dem Pyrenäenfrieden 1659 auch des Krieges mit Spanien ledig, begann unter der Selbstherrschaft des jungen Ludwig XIV. (seit 1661) eine ausgreifende Eroberungspolitik. Die Grenze auf Kosten des ohnmächtigen Spanien und des zerfahrenen deutschen Westens weiter nach Osten vorzuschieben, sich die ungeheure spanische Erbschaft auf Grund seiner Vermählung mit Maria Theresia, der Tochter Philipps IV. (1660) zu sichern, durch dies alles dem Hause Bourbon die dauernde Vorherrschaft in Europa zu erwerben, das waren die Ziele, die Ludwig XIV. mit allen Mitteln einer straffmonar-

Wendung
der
fran-
zösischen
Politik

chischen, schlagfertigen Gewalt, einer zähen und klugen Diplomatie, einer überlegnen und überall vordringenden Kultur verfolgte. Da dies Verhältnis bald klar war, so wurde der 1667 ablaufende Rheinbund nicht erneuert, doch schloß Frankreich Sonderbündnisse mit den geistlichen Herren von Köln und Münster und wagte im „Devolutionskriege“ (dem ersten „Raubkriege“) 1667/68 den ersten Griff nach einem Teile der spanischen Erbschaft, nach Belgien. Das deutsche Reich wurde davon direkt nicht berührt, denn schon am 2. Mai 1668 brachten England, Holland und Schweden den Frieden von Aachen zu stande, indem sie Spanien zu einer Landabtretung an der belgischen Grenze, Frankreich zum Verzicht auf weitere Eroberungen nötigten. Seitdem war Ludwigs XIV. nächstes Ziel die Unterwerfung Hollands, dem er sein Eingreifen in den belgischen Streit und den handelspolitischen Gegensatz nicht verzieh. Von Deutschland meinte er keinen Einspruch fürchten zu müssen, denn dort hatten die holländischen Raubzölle am Rhein tiefe Erbitterung erregt; mit Köln und Münster war er verbündet, Brandenburg verpflichtete sich 1669, nach dem Tode des Königs von Spanien (Karl II.) die französischen Ansprüche auf Belgien gegen Abtretungen an der Maas zu unterstützen, und der Kaiser, der sich schon 1668 mit Ludwig XIV. über die Regelung der spanischen Erbschaft ins Einvernehmen gesetzt hatte, versprach ihm 1671, einem Angriff auf Holland nicht entgegenzutreten. Weiter sicherte ihm Karl II. von England im Vertrag von Dover 1670 die Hilfe der englischen Flotte gegen den verhassten holländischen Nebenbuhler zu, und Schweden übernahm 1672 die Verpflichtung, deutsche Reichsfürsten, die etwa Holland zu Hilfe kommen würden, anzugreifen.

Ausbruch
des
zweiten
Raub-
kriegs

Noch während diese Verhandlungen schwebten,

überwältigten die Franzosen im September 1670 das deutsche Herzogtum Lothringen und vertrieben den Herzog Karl IV. Im Sommer 1672 wurde Holland, völlig isoliert und umgarnt, durch den alten Streit zwischen der oranisch-monarchischen Partei und der aristokratisch-föderativen Staatenpartei gespalten und gelähmt, von den überlegnen Heeresmassen der Franzosen überwältigt und rettete seine Existenz nur durch die Erhebung eines großen Mannes, Wilhelms III. von Oranien, zum Statthalter und Oberbefehlshaber. Da wechselte der Große Kurfürst, die furchtbare Gefahr auch für Norddeutschland erkennend, mit rascher Wendung seine Politik, schloß mit Holland ein Bündnis, bewog auch den Kaiser, für die Behauptung der Friedensschlüsse von 1648 und 1659 einzutreten und ein kleines Heer am Mittelrhein aufzustellen und führte selbst 26000 Mann dorthin. Dadurch zog er die Franzosen von Holland ab, mußte sich aber in Westfalen selbst, überlegnen Kräften gegenüber, in dem Sonderfrieden von Boffem (bei Löwen) am 6. Juni 1673 vom Kriege zurückziehen. Allein die Einlagerung Turennes in der Wetterau und die Entwaffnung der zehn elsässischen Reichsstädte, die dem König von Frankreich huldigen mußten, trieben den Kaiser noch 1673 zum Bündnis mit Spanien, Holland und Lothringen, dem dann auch Dänemark und Brandenburg beitraten, und im Mai 1674 erklärte auch das deutsche Reich als solches an Frankreich den Krieg. Die konfessionellen Gegensätze waren in der großen Politik überwunden, einmütig standen evangelische und katholische Mächte zusammen gegen die französische Eroberungspolitik.

So entspann sich ein europäischer Krieg über die ganze Breite des Erdteils von der Ostsee bis nach Sizilien. Nicht mehr heimatlose Söldnerbanden und Glückssoldaten führten jetzt den Krieg, sondern mo-

Das neue
Kriegs-
wesen

narchische, wesentlich aus Landeskindern bestehende Heere. Da sie somit eng mit ihrem Staate verwachsen waren, so waren sie auch an diesen als ihre strategische Basis fester gebunden. Daher war ihre Stärke viel größer als früher, immerhin jedoch noch nicht groß genug, um den Stoß ins Herz des feindlichen Landes, seine Hauptstadt, wagen zu können, und auch die noch zahlreichen Festungen leisteten, seitdem man nach dem Beispiele der Niederländer an Stelle der alten Mauern starke Erdwälle mit weit vorspringenden Bastionen gesetzt, und der große französische Ingenieur Vauban dies System noch verbessert hatte, der Artillerie einen ganz andern Widerstand als jene ältern Werke. Daher ging die Kriegsführung wesentlich darauf aus, die Grenzländer einzunehmen oder zu verteidigen, und der gewöhnliche Schauplatz der mitteleuropäischen Kriege dieser Zeit wurden Belgien und das Rheinland. In der Schlacht begann die Artillerie, zahlreicher und beweglicher geworden, eine größere Rolle zu spielen, und auch bei der Infanterie wurde allmählich das Feuerrohr die Hauptwaffe; doch stand sie noch in tiefen Schlachthäufen (sechs Mann hoch) und in mehreren Treffen hintereinander, die Reiterei auf den Flügeln, sodaß die ganze Armee eine festgeschlossene Masse bildete; denn nach dem bei der großen Nähe (zwei- bis dreihundert Schritt) gewöhnlich sehr mörderischen Feuergefecht brachte meist erst der Zusammenstoß mit der blanken Waffe die Entscheidung. Die Lehrmeister für diese ganze neue Kriegskunst waren die Franzosen.

Der Krieg in den Rheinlanden und in Belgien

Während des Jahres 1674 blieb in Belgien die Schlacht bei Senefve unweit Charleroi am 11. August unentschieden. Am Oberrhein drängten die deutschen Truppen die Franzosen nach Turennes Siege bei Sinsheim (unweit von Heidelberg) am 16. Juni, als der Große Kurfürst mit 20000 Mann

seiner Truppen eintraf, hinter den Strom zurück und eroberten in scharfen Gefechten fast den ganzen Elsaß, bis Turenne, durch neue Zuzüge verstärkt, im Januar 1675 sie wieder zurückwarf. Wirksamer im französischen Interesse wurden mehrere Diversionen, die die Kräfte der Gegner teilten. Ein rasch um sich greifender Aufstand in Ungarn drohte Österreich zu lähmen, die Wahl Johann Sobieskys zum König von Polen im Mai 1674 brachte dort einen Parteigänger Frankreichs ans Ruder, auf Sizilien empörte sich Messina gegen die spanische Herrschaft, und in Brandenburg rückten in den letzten Tagen des Jahres 1674 gemäß dem Vertrage mit Frankreich die Schweden ein.

Dies nötigte den Kurfürsten zum Rückzuge nach Franken; aber sofort faßte er sein altes Ziel, die Eroberung Vorpommerns, ins Auge und sicherte sich dafür während des Winters die Unterstützung seiner Bundesgenossen. So diplomatisch gedeckt, begann er einen glänzenden Siegeszug, wie ihn Deutschland seit Gustav Adolfs Tagen nicht gesehen und selbst seit Jahrhunderten nicht ausgeführt hatte. In atemlosem Eilmarsch von Schweinfurt her bis Magdeburg gelangt, durchbrachen die Brandenburger unter Georg von Derfflingers kühner Führung die Mitte der schwedischen Aufstellung hinter der Havel durch den Überfall von Rathenow am dämmernden Nebelmorgen des 15. (25.) Juni, zwangen dadurch die Schweden auf den hohen Dammstraßen durch die gefürchtete Moorlandschaft des havelländischen Luch nach der pommerschen-mecklenburgischen Grenze zurückzugehen, brachten sie in rastloser Verfolgung zum Stehen und erfochten endlich am 18. (28.) Juni 1675 bei Fehrbellin, 6400 abgeessene Reiter gegen 11000 Mann trefflicher Truppen aller Waffen in starker Stellung rücksichtslos einsetzend, den ersten in jener Reihe von strahlenden Siegen, die Deutschland von der Fremdherrschaft retteten und

Branden-
burgische
Siege

einigten. Darauf ging der Kurfürst, von den Seesiegen der Dänen unterstützt, zum Angriff auf Pommern vor, eroberte noch im November 1675 Wolgast, 1677 nach sechsmonatiger Belagerung Stettin, im Herbst 1678 endlich Rügen, Stralsund und Greifswald. Und als eine starke schwedische Heeresabteilung im November von Livland her in Ostpreußen einrückte, da kam er ihr durch einen verwegnen Wintermarsch über das Eis des Frischen und des Kurischen Haffs nach dem Memeldelta in die Flanke, nötigte sie zum eifertigen Rückzuge und löste sie durch eine scharfe Verfolgung völlig auf. Imponierend und drohend stieg die junge norddeutsche Kriegsmacht empor, in der Verbindung von kühnem Wagemut und besonnener Umsicht eine neue Erscheinung in dieser ermatteten deutschen Welt.

Friedens-
schlüsse

Doch seine Erfolge glitten dem Sieger aus den Händen. Am Oberrhein waren die Dinge nach dem Falle Turennes bei Sasbach am 27. Juli 1675 ohne große Entscheidung verlaufen, aber in Belgien eroberten die Franzosen eine Festung nach der andern und bedrohten endlich selbst Brüssel. Da schloß zuerst Holland am 10. August 1678 den Frieden von Nimwegen, ohne sich um seine Bundesgenossen zu kümmern, die es gerettet hatten, am 17. September trat Spanien bei, indem es die Franche-comté an Frankreich überließ, am 15. März 1679 endlich auch der Kaiser mit dem Reich, das die zehn elsässischen Reichsstädte und Freiburg i. Br. an Frankreich abtrat, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der schwedische Besitzstand von 1648 in Deutschland wiederhergestellt werde. Von seinen Bundesgenossen verlassen und zwei Großmächten allein gegenüber mußte Friedrich Wilhelm im Frieden von St. Germain en Laye am 29. Juni 1679 schweren Herzens die Rückgabe des blutig errungenen Vorpommerns zugestehen.

Eine verhängnisvolle Wendung folgte. Tief erbittert über Österreich wegen des Friedensschlusses von Nimwegen und schon verstimmt durch die Einziehung der schlesischen Herzogtümer Liegnitz, Brieg und Wohlau nach dem Aussterben des letzten Piasten 1675, auf die Brandenburg nach der Erbverbrüderung von 1537 nicht unbegründete Ansprüche erhob, fiel Friedrich Wilhelm in die traditionelle Politik der reichsfürstlichen Opposition zurück und schloß am 25. Oktober 1679 auf zehn Jahre ein geheimes Bündnis mit Frankreich. Ein ähnliches Verhältnis ging im November desselben Jahres Kurachsen ein. Beide norddeutsche Kurfürsten waren in die Gefolgschaft Frankreichs eingetreten, und das zu einer Zeit, wo sich im Osten ein neuer Türkenkrieg vorbereitete.

Anschluß
Brandenburgs an
Frankreich

Um so gewaltthätiger ging Ludwig XIV. vor. Gestützt auf die Entscheidungen der Parlamente (Gerichtshöfe) von Metz, Breisach und Besançon nahm er alle die Gebiete in Anspruch, die mit den 1648, 1659 und 1678 an Frankreich abgetretenen Gebieten irgend einmal in Lehnverbindungen gestanden hatten, also einen großen Teil der spanischen und deutschen Besitzungen auf dem linken Rheinufer, so die der Pfalzgrafen von Veldenz, Lützelstein und Zweibrücken, die (württembergische) Grafschaft Montbéliard, Luxemburg u. a. m. Er ließ Luxemburg einschließen, nötigte 1681 als Inhaber der ehemals habsburgischen Landvogtei die elsässische Ritterschaft zur Huldigung, zwang die freie Reichsstadt Straßburg, deren kaiserliche Besatzung wegen des Krieges in Ungarn abgezogen war, im Einverständnis mit einer mehr aus Ängstlichkeit als aus verräterischer Gesinnung französisch gestimmten Minderheit im Rat und im Domkapitel, sowie mit dem greisen Bischof Franz Egon von Fürstenberg am 30. September 1681 durch Entfaltung einer überlegenen Truppenzahl zur Übergabe, überlieferte das ehrwür-

Die
Reunionen

dige Münster wieder den Katholiken und verwandelte die alte deutsche Grenzfestung für fast zwei Jahrhunderte in das große französische Ausfallsthor gegen Süddeutschland, das seitdem in seiner jammervollen Zersplitterung wehrlos vor den französischen Heeren lag. Angesichts dieser Bedrohungen brachte der Reichstag endlich im September 1681 die längst geplante Reform der Reichskriegsverfassung zum Abschluß, indem er das einfache Aufgebot (Simplum) auf 40000 Mann bestimmte und dies auf die zehn Reichskreise verteilte; da jedoch die größern Fürsten die Einheit ihres Heerwesens nicht aufgaben, so gewann die neue Matrikel nur für die „vordern (westlichen)“ Reichskreise Bedeutung.

Aufstand
in
Ungarn

Andrerseits bemühte sich die österreichische Regierung, den lähmenden Aufstand in Ungarn zu beenden. Denn schon 1677 war der Fürst Michael Apafi von Siebenbürgen mit Ludwig XIV. in Verbindung getreten, seit 1678 stand der begabte Emmerich Tököly an der Spitze der Rebellen und hatte den König von Frankreich geradezu als Schirmherrn von Ungarn anerkannt. Daher gab Leopold I. auf dem Reichstage von Ödenburg 1681 den Gedanken, Ungarn als unterworfenne Provinz zu behandeln und die kirchliche Reaktion durchzuführen, auf, stellte die selbständige Verwaltung Ungarns wieder her und gewährte eine annähernde Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse nach dem Wiener Frieden von 1606. Aber diese Zugeständnisse kamen zu spät: im April 1682 schloß Tököly mit den Türken ein förmliches Bündnis, und der Großvezier Kara Mustafa, der wie seine Vorgänger aus dem albanesischen Hause der Köprili, unter Sultan Mohamed IV. (1648–87) die gewaltigen Kräfte des osmanischen Reichs noch einmal zu wuchtigen Angriffsstößen auf das christliche Abendland zusammenfaßte, plante, von den Spaltungen im Reiche wohl unter-

richtet und von der französischen Diplomatie vorwärts getrieben, einen neuen Angriff auf Österreich. Also der Gefahr eines großen Doppelkrieges auf beiden Fronten gegenüber berieten westdeutsche Fürsten mit Österreich, Spanien und Holland eine „Union“ zur Abwehr der französischen Übergriffe. Der Große Kurfürst aber hielt einen Doppelkrieg in der damaligen Verfassung des Reichs für unmöglich und versuchte gegenüber Frankreich zunächst den Frieden zu erhalten, indem er Ludwig XIV. in dem Vertrage vom 22. Januar 1682 bestimmte, sich mit den bisherigen Reunionen zufrieden zu geben. Erst dadurch wurde die Abwehr der Türken ermöglicht, und auch dann nicht ohne Unterstützung des Auslandes.

Denn besonders mit Hilfe der Vermittlung des Papstes Innocenz XI. gelang es dem Kaiser am 31. März 1683 ein Bündnis mit Polen abzuschließen, dessen König Johann Sobiesky zwar als Parteigänger Frankreichs gewählt worden war, sich aber die Krone vor allem durch den glänzenden Türkenieg bei Choczim am Dnjestr (11. November 1673) errungen hatte. Ebenso sicherten Johann Georg III. von Sachsen, Max Emanuel von Bayern, der fränkische und schwäbische Kreis ihre Hilfe zu, und auch Brandenburg bot sie trotz des Zwiespalts an, doch vergeblich, da man in Wien fürchtete, die Brandenburger möchten beim Marsche durch Schlesien die streitigen Herzogtümer besetzen. Inzwischen drängte Kara Mustafa, mit 230000 Mann von Belgrad aus vorgehend, die Kaiserlichen, die unter dem Herzog Karl V. von Lothringen in der Stärke von nur 60000 Mann den weiten Raum zwischen Drau und Donau nicht decken konnten, langsam nach der österreichischen Grenze zurück und erschien, während der Herzog im Marchfelde stehen blieb, am 14. (4.) Juli 1683 vor Wien. Acht bange Wochen lang widerstand Graf Rüdiger

Abwehr
des
türkischen
Angriffs

von Starhemberg an der Spitze der Besatzung und der Bürgerschaft mit ruhiger Umsicht und ausdauerndem Heldenmuth der Beschießung, den Sprengminen und den Stürmen der Osmanen, bis endlich in der Nacht des 6. September Raketen von der Höhe des Wiener Waldes her der hartbedrängten Stadt das Nahen des Entsatzheeres meldeten. Auf dem Tullner Felde im Schutze des Wiener Waldes gesammelt, 27000 Mann Kaiserliche, 31000 Mann Reichstruppen, 26000 Mann Polen stark, überschritten die christlichen Heersäulen ungehindert von den Türken den Gebirgswall und erfochten in der gewaltigen Entsatzschlacht des 12. (2.) September einen völligen Sieg. Wien war gerettet, die Kraft des türkischen Angriffs gebrochen, die Rückeroberung von Ungarn eingeleitet.

Wendung
der
branden-
burgischen
Politik

Der Sieg bei Wien war ein Ereigniß von europäischer Bedeutung, denn er war zugleich eine mittelbare Niederlage Frankreichs. Nicht daß Ludwig XIV. den Sieg der Türken gewünscht hätte, aber er hatte gehofft, daß das Reich seine Hilfe mit der Abtretung der reuinierten Landschaften werde erkaufen müssen. Statt dessen gestand ihm der Waffenstillstand von Regensburg am 15. August 1684 die bis zum 1. August 1681 gemachten Reunionen mit Luxemburg, aber ohne Straßburg, nur auf zwanzig Jahre zu, behielt dem Reich also die Rückforderung vor, um alle Kraft auf die Eroberung Ungarns wenden zu können. Zugleich lockerte sich sein Verhältnis zu Brandenburg. Denn die erbarmungslose Verfolgung der Hugenotten und die Aufhebung des Duldungsedikts von Nantes am 22. Oktober 1685, die Frankreichs wirtschaftlicher Blüte einen furchtbaren Schlag versetzte und das lebendige stählende Nebeneinander verschiedner Glaubensbekenntnisse im Lande zerstörte, beantwortete Friedrich Wilhelm mit dem Edikt von Potsdam vom

29. Oktober (8. November) 1685, worin er den flüchtigen Hugenotten gegen Ludwigs XIV. entschiednen Willen Aufnahme in seinen Staaten gewährte, und am 22. März 1686 schloß er ein zwanzigjähriges Verteidigungsbündniß mit Oesterreich ab, allerdings unter Verzicht auf seine schlesischen Ansprüche gegen Abtretung des Kreises Schwiebus. So war der lähmende Zwiespalt überwunden, und während Ludwigs XIV. Gestirn sich zum Niedergange neigte, hielten die deutschen Waffen einen glänzenden Siegeszug durch Ungarn.

Nachdem der Kaiser im März 1684 mit Polen, ^{Eroberung} ^{Ungarns} Venedig und dem Papste die „heilige Liga“ zur Fortsetzung des Krieges gegen die Türken auf verschiedenen Schauplätzen geschlossen hatte, fiel 1685 Neuhausel, das wichtigste türkische Bollwerk im nordwestlichen Ungarn, in die Hände der Kaiserlichen, und Michael Apafi von Siebenbürgen stellte im Juni 1686 sich und das Land unter kaiserlichen Schutz. In demselben Jahre am 2. September erlag die osmanische Hochburg in Ungarn, Ofen, nach tapfrer Gegenwehr den Stürmen der Reichstruppen (Brandenburger, Bayern und Sachsen), und der Sieg von Harsany unweit des verhängnisvollen Schlachtfeldes von Mohács am 12. August 1687 vollendete die Eroberung des ungarischen Tieflandes. Ein blutiges Strafgericht, das der kaiserliche General Caraffa in Eperies 1687 über den meuterischen ungarischen Adel verhängte, da dieser in seiner großen Mehrzahl auf der Seite des türkischen Landesfeindes focht, um seine mißbrauchte Libertät ungeschmälert zu behaupten, bahnte dem entscheidenden Reichstage von Ofen (Oktober 1687 bis Januar 1688) den Weg. Er genehmigte die Erblichkeit der ungarischen Krone im Mannsstamme der Habsburger, erhielt aber die ausdrückliche Bestätigung der Zugeständnisse von 1681. Darauf entsagte der sieben-

bürgische Landtag von Hermannstadt im Mai 1688 feierlich der türkischen Oberhoheit, und als am 6. September auch Belgrad, das alte türkische Ausfallsthor gegen Ungarn, der stürmischen Thatkraft des Kurfürsten Max Emanuel von Bayern erlegen war, da stuteten die deutschen Scharen in die Länder der Balkanhalbinsel hinein, um unter dem kaiserlichen Adler die christlichen Rajahvölker zu befreien und damit der deutschen Kultur ein unabsehbares Feld zu eröffnen. Gleichzeitig eroberten deutsche Soldtruppen den Venezianern Morea und Athen.

Ursprung
des
dritten
Raub-
kriegs

Doch deutlich zeigte sich, wie sehr der Große Kurfürst recht gehabt hatte, wenn er 1682 gemeint hatte, Deutschland sei außer stande, gleichzeitig auf zwei Fronten einen großen Krieg mit Erfolg zu führen. Jetzt nahte ein solcher unaufhaltsam heran. Die Vernichtung des französischen Protestantismus hatte die alten Grundlagen der Verbindung zwischen Frankreich und den evangelischen Staaten zerstört, und neue Ansprüche auf deutschen Boden forderten zur schärfsten Abwehr heraus. Als die Linie Pfalz-Simmern mit dem Tode des Kurfürsten Karl II. 1685 im Mannstamm ausstarb, verlangte Ludwig XIV. im Namen seiner Schwägerin Elisabeth Charlotte von Orleans, die ihr Vater Karl Ludwig der Staatsraison geopfert hatte, weil er meinte, durch diese Vermählung der geliebten Tochter mit Philipp von Orleans, dem Bruder des Königs (1671), den Schutz Frankreichs zu erkaufen, die Abtretung aller pfälzischen Gebietsteile, die nicht nachweislich Mannlehen seien. Solcher Bedrohung gegenüber verpflichteten sich schon am 12. Januar 1686 Brandenburg, Holland und Schweden, jeder Verletzung der Verträge von Münster, Nimwegen und Regensburg mit den Waffen entgegenzutreten, und nachdem Brandenburg sich im März auch mit dem Kaiser verständigt hatte, vereinigten sich am 6. Juli

zu gleichem Zwecke im Verteidigungsbündnis von Augsburg mit jenen Verbündeten auch Kurbayern, Kurpfalz und Spanien. Als nun vollends Ludwig XIV. im Erzstift Köln die Anerkennung des französisch gesinnten Roadjutors Wilhelm Egon von Fürstenberg gegen den vom Kaiser und vom Papst zum Erzbischof erhobnen Joseph Clemens von Bayern durchsetzen wollte, da deckten norddeutsche Truppen Holland und ermöglichten so den Zug Wilhelms III. nach England zum Sturze seines Schwiegervaters König Jakob II., um die drohende Vereinigung der stärksten Seemacht mit der stärksten Landmacht zur dauernden Begründung des französischen Übergewichts in Europa zu verhindern und in England ein den Franzosen feindliches Regiment zu errichten. Dieses drohende Eingreifen der festländischen Mächte in die englischen Parteikämpfe, die Abwehr seiner pfälzischen und kölnischen Pläne und der rasche Niedergang des alten Bundesgenossen im Osten, der türkischen Macht, das alles bestimmte Ludwig XIV. zum schleunigen Angriff, und im September 1688 besetzte Philipp von Orleans die Kurpfalz und Mainz. Der dritte Raubkrieg war da.

Seitdem sich im Wiener Bündnis vom 12. Mai 1689 der Kaiser und das Reich mit Spanien, England und Holland verbündet hatten, stand Ludwig XIV. einer europäischen Koalition gegenüber, wie er sie noch niemals zu bekämpfen gehabt hatte. Dadurch von vornherein im Nachteil, verhängte er über die unglückliche Pfalz, lediglich um eine öde Zone zum Schutze der französischen Grenze zu schaffen, im Frühjahr 1689 die in allen europäischen Kulturländern beispiellose planmäßige Verwüstung, der ebensowohl zahlreiche ehrwürdige Stätten deutscher Geschichte, wie Speier, Worms, Bretten, Pforzheim u. a. m. als der schönste Schloßbau Deutschlands, Heidelberg, zum

Der
dritte
Raub-
krieg

Opfer fielen. Infolgedessen verschob sich, nachdem Mainz noch im September in deutsche Hände zurückgekehrt war, der Kriegsschauplatz wesentlich nach dem Niederrhein und vor allem nach Belgien. Dort wurden noch 1689 Bonn und einige andre Plätze den Franzosen entrissen, hier siegten sie am 1. Juli 1690 bei Fleurus, nahmen 1691 Mons, 1692 Namur und schlugen das verspätet heranziehende Entsatzheer Wilhelms III. am 3. August bei Steenkerken. Aber die glückliche Abwehr der französischen Seeangriffe auf die britischen Inseln wirkte allmählich auch auf den festländischen Krieg herüber. Noch erfochten die Franzosen am 19. (29.) Juli 1693 bei Neerwinden unweit Lüttich einen überaus verlustvollen Sieg und brachen 1693 und 1694 mehrmals in Süddeutschland ein, aber sie prallten dabei an den verschanzten Stellungen der Reichstruppen bei Heilbronn und Wiesloch (südlich von Heidelberg) ab, und in Belgien verloren sie 1695 ihre wichtigste Eroberung, Namur. Erst als es der französischen Diplomatie gelang, die verschiedenen Interessen der verbündeten Mächte zur Sprengung der Koalition zu benützen, da willigten am 30. Oktober 1697 auch der Kaiser und die deutschen Reichsstände in den Frieden von Ryswyk. Straßburg und die zehn elsässischen Reichsstädte blieben bei Frankreich, aber Freiburg i. Br., Breisach und die meisten reuinierten Gebiete kamen an Deutschland zurück. Zum erstenmale hatte Ludwig XIV. zurückweichen müssen.

Abchluss
des
Türken-
krieges

Einen weit vollständigern Erfolg errangen die deutschen Waffen in Ungarn. Während des dritten Raubkrieges war Belgrad 1690 von den Türken wiedererobert worden, und mit Mühe hatte Markgraf Ludwig von Baden durch den Sieg bei Szalankemen am 19. August 1691 ihren Einbruch in die ungarische Tiefebene abgewehrt. In demselben Jahre

ordnete das Decretum Leopoldinum vom 16. Oktober die Verhältnisse Siebenbürgens auf Grund der alten Gleichberechtigung der vier Glaubensbekenntnisse und der drei „rezipierten“ Nationen (Magyaren, Szekler und Sachsen). Erst nach dem Frieden von Ryswyk führte der neue Oberbefehlshaber der kaiserlichen Truppen, der junge Prinz Eugen von Savoyen-Carignan (geb. 1663), der erst 1683 in kaiserliche Dienste getreten war, durch den glänzenden Sieg bei Zenta an der untern Theiß am 11. September 1697 über ein nach Siebenbürgen vordringendes türkisches Heer unter dem Sultan Mustafa II. die letzte Entscheidung herbei. Am 26. Januar 1699 beendete der Friede von Karlowitz (bei Peterwardein) den Krieg. Die Türkei trat an Österreich ganz Ungarn außer dem Banat (um Temesvar), Siebenbürgen und Slawonien, an Venedig Morea, an Polen einen Teil Podoliens ab. Damit hatte das Reich der Habsburger, aus Deutschland immer mehr und mehr herauswachsend, die Grundlagen zu einer selbständigen Großmacht gewonnen, im Westen aber hatte Deutschland zwar schwere Einbußen erlitten, im ganzen jedoch seine Grenzen behauptet.

Nicht die Reichsgewalten, sondern die Reichsfürsten, trotz aller Spaltungen immer wieder in freien Sonderbündnissen sich zusammenschließend, hatten dies im Westen nicht ungünstige, im Osten glänzende Ergebnis herbeigeführt, und zwar kraft einer mehr oder weniger einschneidenden Umgestaltung ihrer Verwaltungen, obwohl sich diese neuen Ordnungen keineswegs überall und in sehr verschiedner Weise durchsetzten. Die größern deutschen Fürstentümer in dem Umfange, wie er seit 1648 bestand, waren keineswegs Staaten im modernen Sinne (sogar dieser Ausdruck bezeichnete damals nur den Landesherrn mit seiner Umgebung, dem „Hofstaat,“ dem Beamtentume und dem Heere),

Der neue
fürstliche
Staat

sondern sie bestanden aus einer größern oder kleinern Anzahl von früher selbständigen Territorien mit selbständiger, überwiegend ständischer Verwaltung, eigenem Landtag, eigener Staatsangehörigkeit (Indigenat) und ohne jedes Gefühl der Zusammengehörigkeit; die einzelnen Teile hingen also miteinander nur durch das Herrscherhaus zusammen.

Seine
Aufgaben

Die Aufgabe war nun, daraus einen einheitlich organisierten Staat zu machen und diesen zugleich in ein geschlossenes, im wesentlichen sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet zu verwandeln. Denn da die alte selbständige Stadtwirtschaft ebenso überwunden war, wie die selbständige politische Geltung der Städte, und eine wirtschaftliche Einheit Deutschlands sich damals ebensowenig erreichen ließ, wie eine wirksame politische Gesamtverfassung, so würde Deutschland auch wirtschaftlich völlig der Fremdherrschaft verfallen sein, wenn nicht die größern weltlichen Einzelstaaten auch in dieser Beziehung die Pflichten des Reichs auf sich genommen hätten; denn in West- und Nordeuropa bildeten sich bereits gewaltige nationalwirtschaftliche Körper. Doch waren diese Ziele nicht mit den durch und durch partikularistischen, in ständischen Sonderinteressen befangnen Einzellandtagen zu erreichen, sondern nur auf absolutistischem Wege, durch die Zurückdrängung der ständischen Gewalten, die Bildung eines gesamtstaatlichen landesherrlichen Beamtentums und eines stehenden monarchischen Heeres. Und selbst diese Werkzeuge mußten erst langsam erzogen werden. Denn was die Fürsten nach dem dreißigjährigen Kriege zunächst vorfanden, das waren heimatlose Söldnerhaufen unter abenteuernden Glückssoldaten, und selbst das damalige Beamtentum trug noch lange einen ähnlichen Charakter. Wie den Offizier, so band auch den Beamten lediglich ein persönlicher Dienstvertrag

an die Person des Herrschers; seine Besoldung bestand erst zum Theil aus einem festen Gehalt in Geld, zum andern aus schwer kontrollierbaren Sporteln und Naturalbezügen, seine Stellung war rechtlich unsicher, die Neigung den Dienstherrn zu wechseln groß, die Zuverlässigkeit der Leistungen gering. Die Rechtspflege aber wurde überall noch bezeichnet durch höchst unvollkommene Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den einzelnen Behörden, durch Langsamkeit, Parteilichkeit und Kostspieligkeit des Verfahrens, durchgängige Anwendung der Folter in peinlichen Fällen, grausame Leib- und Lebensstrafen bei völligem Mangel an Freiheitsstrafen. Weniger ins Gewicht fiel bei dem noch geringen Verkehr zwischen den einzelnen Landestheilen die ungeheure landschaftliche und örtliche Verschiedenheit des bürgerlichen Rechts. Es war also eine tiefgehende politische, wirtschaftliche und sittliche Umgestaltung, die der absolute Staat heraufführte, und ebendeshalb konnte sie nur bedeutenden Männern, wahrhaften Herrschernaturen gelingen.

Unter ihnen nimmt der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm weitaus die erste Stelle ein, und Brandenburg wurde durch ihn nicht nur vorbildlich, sondern auch den andern Staaten innerlich überlegen. Er war seit Jahrhunderten wieder der erste große deutsche Staatsmann. Von Natur leicht erregbar, ja leidenschaftlich und voll starken Selbstgefühls, wußte er sich doch fest zu beherrschen, erwog bedachtsam und weitschauend die Lage und entwickelte in sich jene Verbindung von fürstlichem Pflichtbewußtsein, ehrlicher duldsamer Frömmigkeit und herzgewinnender Milde, die den besten Söhnen seines Hauses allezeit zur höchsten Zierde gereicht hat. Er war sich bewußt, des Volkes Sache zu führen, und er fühlte sich durchaus als Deutscher. Gerade deshalb wahrte er mit fester Hand die Interessen und die Selbständigkeit seines Staats.

Der
Große
Kurfürst

Branden-
burgische
Zustände

Seine Arbeit wurde noch dadurch erschwert, daß sein Staatsgebiet in fortwährender Wandlung begriffen war. Nachdem der westfälische Friede die Grenzen bestimmt hatte, wurde er doch der selbständige Herr von Kleve, Mark und Ravensberg erst durch die endgiltige Teilung von 1666. Erst in diesem Jahre sicherte er sich auch den militärischen Besitz der Stadt Magdeburg, erst 1680, nach dem Tode des Administrators August, fiel das ganze Land ihm zu. Kurz darnach, 1681, ließ er im Auftrage des Kaisers Gretsyl in Ostfriesland besetzen, um die dort durch den endlosen Streit zwischen dem Fürstenhause der Cirksena und den Ständen schwer gefährdete Ordnung aufrecht zu erhalten und erwarb damit eine Stellung an der Nordsee. Aber alle diese weitverstreuten Gebiete waren nach dem dreißigjährigen Kriege verwüstet, verarmt, entvölkert (Berlin und Cöln hatten 1640 nur 6000 Einwohner, noch 1680 nicht mehr als 8000); die öffentlichen Kassen waren mit Schulden überladen, die sehr ausgedehnten Domänen (in Preußen allein 48000 Hufen) brachten infolge kostspieliger und liederlicher Verwaltung wenig ein, die Unterthanen waren mit schlecht verteilten Steuern schwer belastet. Von gesamtstaatlichen Behörden fand der Kurfürst nur den 1604 gegründeten Geheimen Rat vor, den er 1651 reorganisierte.

Grund-
lagen der
neuen
Ver-
waltung

Aber er benutzte mit äußerst glücklichem Griff das ständische Amt des Kreiskommissars (für die Wahlen zu den brandenburgischen Ausschustagen und die Umlegung der Kriegslasten, besonders der 1620 eingeführten „Kontribution“ vom Grundbesitz), um daraus ein ständisch-landesherrliches, thatsfächlich monarchisches Amt zu machen. Denn die Kreisstände, d. h. die Rittergutsbesitzer, schlugen den Kreiskommissar aus ihrer Mitte dem Kurfürsten vor, dieser ernannte ihn und zahlte ihm eine Befoldung. Es war der Kern

des neuen Beamtentums. Über diesen Kreiskommissaren, für die erst seit 1701 der ursprünglich pommerische Titel Landrat allgemein wurde, standen seit 1651 drei Oberkommissare, den drei Militärbezirken (Preußen, Mittelprovinzen, Westprovinzen) entsprechend, für die Heeresverwaltung, an der Spitze dieser ganzen Verwaltung ein Generalkommissar. Die Errichtung eines stehenden Heeres aus geworbenen Truppen nach 1660 führte weiter. Da die brandenburgischen Stände 1666 erklärten, die dadurch erwachsenden Lasten seien (bei der bisherigen Besteuerung) unerschwinglich, so schlug der Kurfürst den Städten 1667 nach holländischem Muster anstatt der überaus drückenden Kontribution eine indirekte Steuer auf Lebensmittel und Kaufmannswaren (Accise) vor, und indem diese bis 1686 allmählich in den Mittel- und Ostprovinzen angenommen wurde, traten neben die Landräte in den Kreisen für die Städte kurfürstliche Steuerkommissare zur Verwaltung der neuen Steuern, während für das platte Land die Kontribution als Hauptsteuer bestehen blieb. Damit traten die Landtage, weil sie mit der Accise nichts zu thun hatten und die Kontribution, die sie zu bewilligen hatten, ziemlich unverändert blieb, gänzlich zurück, obwohl sie niemals aufgehoben wurden; nur in Kleve-Mark behielten die Stände ihre alte Bedeutung, da sie schon 1661 dem Kurfürsten einen festen Jahresbeitrag zum Unterhalt seines Heeres bewilligt hatten.

So erwuchs aus der Notwendigkeit eines stehenden Heeres eine neue Steuerverfassung, aus beiden ein monarchisches Beamtentum, und indem der Kurfürst diese trotzigigen Junkergeschlechter, die einst den Osten jenseits der Elbe für die deutsche Gesittung erobert hatten, durch das Landratsamt für den Staatsdienst, durch die Offizierslaufbahn für das Heer gewann, zog er einen politisch-militärischen Adel groß, der für Preußen und Deutschland nicht minder

Der
brandenburgisch-
preussische
Adel

bedeutfam wurde, wie der parlamentarische Adel für England.

Volks-
wirts-
schafts-
politik

Nunmehr Herr im Hause arbeitete Friedrich Wilhelm mit zäher Ausdauer und weit ausschauendem Blicke daran, seinen Staat im Sinne des Merkantilismus zu einem möglichst abgeschlossenen Wirtschaftsgebiet zu machen und ihm einen Anteil am Welthandel und an der Kolonisation zu sichern. Schon 1654 richtete ihm sein erster Generalpostmeister Michael Matthias die kurfürstliche Reitpost von Memel bis Kleve quer über ganz Norddeutschland ein, 1662 bis 1668 wurde der Friedrich-Wilhelmskanal von der mittlern Oder nach der obern Spree erbaut, dadurch der große Frachtverkehr von Schlesien nach der Nordsee durch Brandenburg abgelenkt, der alten hohen Straße durch Sachsen nach Leipzig entzogen und Berlin mit einem Schlage in den Mittelpunkt eines großen Netzes von Handelsstraßen gerückt, die erste Grundlage zu der erstaunlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Hauptstadt. Einfuhrverbote für konkurrierende ausländische Waren schützten die aufstrebende Industrie der Mittelprovinzen, namentlich die hier alteinheimische, auf der blühenden Schafzucht beruhende Tuchmacherei; eine fortgesetzte, planmäßig geförderte Einwanderung vorwiegend städtisch-bürgerlicher Elemente, vor allem die Aufnahme der verjagten französischen Reformierten im Jahre 1686 (im ganzen etwa 20000, meist Kaufleute, Industrielle, Gelehrte und Edelleute), die als eine abgeschlossene fremde Kolonie im Westen von Berlin ganze neue Stadtteile anlegten, füllten die verödeten Städte wieder mit fleißigen Menschen und führten dem verarmten Lande Kapitalien zu. Seine Handels- und Kolonialpläne konnte der Kurfürst überhaupt nur mit holländischen Mitteln ausführen. Um den Krieg gegen Schweden kräftiger zu führen, mietete er von dem

holländischen Unternehmer Benjamin Raule eine Anzahl Kriegsschiffe, die unter der brandenburgischen Flagge, dem roten Adler im weißen Felde fuhren. Sie bewährten sich bei der Belagerung von Stettin, beim Angriff auf Rügen und in den dänisch-schwedischen Seeschlachten auf der Ostsee vortrefflich, und als der Kurfürst mit Spanien wegen rückständiger Subsidien in Streit geriet, machten sie im Atlantischen Ocean auf spanische Silberflotten mit Erfolg Jagd, bestanden sogar am 30. September 1681 am Kap St. Vincent rühmlich ein scharfes Gefecht gegen ein viel stärkeres spanisches Geschwader. Diese Flotte übernahm der Kurfürst 1684 auf den Staat. Die Vorbereitungen für die Erwerbung einer Handelskolonie an der Guineaküste ließ er schon 1680—81 treffen; 1682 gründete er, meist mit holländischem Kapital, eine privilegierte afrikanische Handelskompagnie (seit 1683 mit dem Sitz in Emden), und am 1. Januar 1683 hißten seine Kriegsschiffe die brandenburgische Flagge am Kap der drei Spizen, wo das starke Fort Groß-Friedrichsburg entstand. Auch die Marinestation wurde 1683 an die Nordsee nach Emden verlegt. Weit voraus eilte damit der Kurfürst seinem verarmten und verschüchternen Volke.

Auch in seiner Kirchenpolitik stand der Kurfürst hoch über der durchschnittlichen Anschauung seiner Zeitgenossen. Grundsätzlich duldsam, weit über die Vorschriften des westfälischen Friedens hinaus, ließ er jedem Christen die persönliche Glaubensfreiheit und die bürgerliche Gleichberechtigung und schirmte die öffentliche Ausübung jedes Kultus in dem Maße, wie sie vertragsmäßig in den einzelnen Landesteilen festgestellt war, behielt sich aber gegenüber allen Evangelischen die Kirchenhoheit als oberster Landesbischof vor, die er durch das lutherisch-reformierte Konsistorium ausübte, gegenüber den Katholiken das Oberaufsichts-

Kirchen-
politik

recht (jus circa sacra). Daher legte er auch den Geistlichen beider protestantischen Konfessionen die Pflicht gegenseitiger Duldung auf und schritt gegen solche, die eine Zusicherung dieser Art verweigerten, auch gegen Paul Gerhardt in Berlin 1666, ein. Eine grundsätzliche allgemeine Regelung nahm er nur in Kleve-Mark vor, indem er im Einvernehmen mit dem katholischen Herzog Philipp Wilhelm von Jülich-Berg im Mai 1672 für die Lutheraner, Reformierten und Katholiken in allen vormals vereinigten herzoglich klevischen Gebieten die bürgerliche Gleichberechtigung und die freie Religionsübung an bestimmten Orten feststellte, der erste Versuch derart in Deutschland.

Testament
des
Großen
Kurfürsten

Die mühsam gewonnenen Grundlagen der Staatseinheit hat Friedrich Wilhelm auch nicht durch sein vielberufenes Testament von 1686 zu Gunsten seiner vier Söhne zweiter Ehe mit Sophie Dorothee von Holstein-Glücksburg (1668) in Frage stellen wollen, denn sie sollten von einzelnen kleinen Gebieten (Halberstadt, Minden, Ravensberg, Schwedt) nur die Titel führen und die Einkünfte beziehen, nicht die Hoheitsrechte ausüben, überdies unter der Oberhoheit des künftigen Kurfürsten stehen. Trotzdem führte diese Absicht in Verbindung mit den Einflüssen der welfischen Politik durch die Kurprinzessin Sophie Charlotte zu schweren Zerwürfnissen zwischen dem Vater und dem Kurprinzen Friedrich, sodaß dieser sogar hinter dem Rücken des Kurfürsten durch einen geheimen Vertrag dem Kaiser die Rückgabe des eben abgetretenen Kreises Schwiebus zusicherte. Doch vermittelte dann Eberhard von Danckelmann, der frühere Erzieher des Kronprinzen, eine Art von Versöhnung.

Sein Tod;
Ergebnisse
seiner
Regierung

Mit den Plänen zur Unternehmung Wilhelms III. gegen England beschäftigt ist Friedrich Wilhelm am 29. April/9. Mai 1688 im Stadtschlosse von Potsdam verschieden. Von seinen reichsfürstlichen Bündnis-

plänen hatte sich nichts verwirklicht, aber er hinterließ einen festgeschlossenen militärisch starken und geachteten Staat von 1930 Quadratmeilen mit anderthalb Millionen Menschen, der im Reiche bereits die erste Stellung nach Österreich einnahm, und darüber hinaus die erhebende und stärkende Erinnerung an seine große Persönlichkeit.

Sein Nachfolger Friedrich III. (als König Friedrich I., 1688—1713), weder an Geisteskraft noch an Festigkeit des Willens dem Vorgänger ähnlich, stand bis 1697 vorwiegend unter der Leitung eines hervorragenden Staatsmanns, Eberhards von Danckelmann, der ganz in den Ideen des Großen Kurfürsten lebte, nach dessen jähem Sturze unter dem Einflusse des höfisch gewandten, aber unbedeutenden Grafen von Wartenberg. Mit dessen Hilfe erwarb er gemäß dem Kontraktat mit dem Kaiser (16. November 1700) die Königskrone für das souveräne Herzogtum Preußen, die er sich am 18. Januar 1701 zu Königsberg in stolzer Unabhängigkeit von jeder geistlichen Gewalt aufs Haupt setzte, und gab dadurch der gesteigerten Bedeutung seines Staats den sachgemäßen Ausdruck. Dem entsprach es, wenn er 1701 durch die Ausdehnung des privilegium de non evocando die Gerichtshoheit über den ganzen Staat erwarb und daher 1703 das Oberappellationsgericht einsetzte. Aber die Flotte und die Kolonien vernachlässigte er, seine Gebietserwerbungen, meist aus der oranischen Erbschaft seiner Mutter Luise Henriette nach dem Tode Wilhelms III. 1702, blieben unbedeutend, und das mühsam errungne Gleichgewicht des Staatshaushalts erschütterte er durch die königliche Pracht seines Hofhalts.

Neben dem niedersächsischen Koloniallande Brandenburg stieg in dem alten Mutterlande westlich von der Elbe nach langer Zersplitterung eine größere

Friedrich
III.

Kur-
hannover

Staatenbildung unter dem welfischen Hause auf. Hier erwarb einer der Teilsürsten der jüngern Linie, Ernst August von Hannover (Kalenberg), der Gemahl der geistvollen Sophie, der Tochter Kurfürst Friedrichs V. von der Pfalz und Elisabeths von England, im Dezember 1692 die Kurwürde, und indem er sich mit seinem Bruder Georg Wilhelm von Celle dahin verständigte, daß dessen Tochter Sophie Dorothea von der schönen, geistvollen Französin Eleonore d'Albrouse sich mit dem Thronfolger von Hannover Georg Ludwig vermählen sollte, bahnte er die Vereinigung sämtlicher Länder der jüngern Welfenlinie an, die Georg Ludwig nach dem Tode Georg Wilhelms 1705 vollzog. Einen Einheitsstaat bildete der neue Kurstaat Hannover freilich niemals, vielmehr zerfiel er in eine Anzahl selbständiger Territorien, in denen der Adel die Herrschaft führte. Diese ständisch-aristokratische Verwaltung fand eine mächtige Stütze, als Georg Ludwig nach dem Erbfolgegesetz von 1707 unter dem Namen Georg I. den Thron Großbritanniens bestieg und dadurch Hannover mit England durch Personalunion verband (1714). Die ältere Linie Braunschweig-Wolfenbüttel blieb seitdem unbedeutend.

Schles-
wig-
Holstein
und
Mecklen-
burg

Noch viel weniger konnte in dem benachbarten und stammverwandten Schleswig-Holstein von einer monarchischen Staatseinheit die Rede sein. Zwar hatte die Teilung von 1581, die jedes der beiden Herzogtümer in einen königlichen und einen herzoglichen (Gottorper) Anteil schied, die rechtliche Einheit des Landes nicht zerrissen, vielmehr blieben der Landtag, die Justizverwaltung, die Landeskirche und die Universität Kiel beiden gemeinsam; aber die fortgesetzten Streitigkeiten beider Linien, die im Frieden von Oliva 1660 zur Erwerbung der vollen Souveränität für den schleswig-gottorpschen Anteil führten, zer-

rütteten doch thatsächlich die rechtlich fortbestehende Landeseinheit derart, daß die Gesamtlandtage seit 1675 aufhörten und seit 1711 nur noch eine „fortwährende Deputation“ die Stände sie vertrat. — Ganz ähnlich waren die Verhältnisse in Mecklenburg. Von den beiden 1621 entstandnen Linien Schwerin und Güstrow starb die zweite 1695 aus; da aber die Güstrower sich inzwischen ebenfalls gespalten hatte, so kam es 1701 zu einer neuen Landesteilung, allerdings derart, daß die Gemeinsamkeit der Stände, des Hof- und Landgerichts, der Landeskirche und der Universität Rostock bestehen blieb. Im übrigen vollendete sich hier erst jetzt das Ideal des ständischen Staats in ganz ähnlicher Weise wie früher in Württemberg, nur zum Vorteile der Ritterschaft. Das Land zerfiel in das herzogliche Domanium (Kammergut), das ritterschaftliche und das landschaftliche (städtische) Gebiet, und überall übten die Grundherren alle staatlichen Hoheitsrechte lediglich als Ausfluß der Grundherrlichkeit.

In dem bedeutendsten Territorium Mitteldeutsch-^{Kursachsen}lands, Kursachsen, das noch im dreißigjährigen Kriege eine hervorragende Rolle gespielt hatte, erschwerte Johann Georg I. († 1656) die Herstellung der Staatseinheit zuletzt noch dadurch, daß er für seine drei jüngern Söhne drei selbständige Fürstentümer abzweigte, die erst in der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts an das Kurhaus zurückfielen. Auch sonst ging die kursächsische Politik nicht auf einheitsstaatliche Gestaltung aus, ließ vielmehr den Nebeländern (den beiden Lausitzen und den Stiftslanden) eine fast ungeschmälerte innere Selbständigkeit. Doch überwogen hier die Erblande an Umfang die andern so, daß dies weniger ins Gewicht fiel, und in ihrem besondern Machtbereiche sorgten die Kurfürsten doch für monarchische Reformen. Johann Georg III.

(1680—91) gründete 1682 das stehende Heer, Johann Georg IV. (1691—94) die einheitliche Organisation der kurfürstlichen Post. Die Landesverwaltung näherte sich der brandenburgisch-preußischen insofern, als die kurfürstlichen Domänenvorsteher, die Amtshauptleute, auch rein staatliche Funktionen (Steuerverwaltung, Aufsicht über die gutsherrliche Polizei) über die „amtsässigen“ Edelleute und Städte im Bezirke ihres „Amtes“ übernahmen, wie die preußischen Landräte; nur die größern („schriftässigen“) Grundherren und Städte blieben außerhalb. Im übrigen wurde die Macht der Stände ebenso wenig angetastet, wie die geschlossene Glaubenseinheit der strenglutherischen Landeskirche. Erst der Übertritt Friedrich Augusts I. (1694—1733) zur römischen Kirche 1697 wegen seiner Wahl zum König von Polen lockerte diese herbe Ausschließlichkeit. Denn zwar übertrug er sein Amt als Landesbischof den evangelischen Geheimräten und ließ die Landeskirche unangetastet, aber die Katholiken und dann auch die Reformierten erhielten jetzt freie Religionsübung. Für die Stellung Kursachsens im Reiche wirkte der Übertritt des Herrscherhauses insofern höchst nachteilig, als es die Vertretung der evangelischen Interessen thatsächlich an Brandenburg verlor, und die in ihren Folgen höchst kostspielige Verbindung mit Polen führte zwar zur Einführung der Accise seit 1701, aber auch zur Veräußerung wertvoller Rechte und Besitzungen namentlich an Preußen.

Thüringen
und
Sachsen

Das ernestinische Thüringen verzichtete mit der Teilung von 1572 endgiltig auf jede politische Bedeutung. Seitdem standen zwei Hauptlinien nebeneinander, die ältere (das sogenannte jüngere Weimarsche Haus in Weimar, Jena und Eisenach) und die jüngere (der sogenannte nexus Gothanus) in den übrigen fortwährend wieder getheilten Gebieten. Daß

dabei Herzog Ernst der Fromme von Gotha (1640 bis 1675), ein Bruder des Herzogs Bernhard von Weimar, als landesväterlicher Regent hervorragendes leistete, war sein ganz persönliches Verdienst. Auch die alte stolze Landgrafschaft Hessen war nach dem Tode Philipps des Großmütigen 1567 in vier Teile zerfallen. Von diesen erhob sich Hessen-Kassel seit Moritz zu immer größerer Bedeutung, indem es, im Gegensatz zu dem lutherischen Hessen-Darmstadt, im westfälischen Frieden den größten Teil des Erbes der 1604 ausgestorbenen Marburger Linie, die Abtei Hersfeld und einen Teil des Erbes der Schaumburger Grafen (Hinteln) erwarb und außerdem sich den Anfall der Grafschaft Hanau sicherte. Im modernstaatlichen Sinne errichtete Landgraf Karl (1670—1730) ein stehendes Heer, das bald den alten Ruhm der „blinden“ Hessen erneuerte, und pflegte planmäßig die Volkswirtschaft, siedelte daher auch Tausende flüchtiger Hugenotten an.

In dem einzigen größern weltlichen Territorium ^{Rurpfalz} des Rheinlandes, in der schwer heimgesuchten Rurpfalz, gab Karl Ludwig, Friedrichs V. Sohn und Nachfolger (1648—80), zum letztenmale das Beispiel eines fürsorglichen patriarchalischen und doch modernen Zielen nachstrebenden Regiments. Binnen kurzem erholte sich das Land von den Schlägen des dreißigjährigen Krieges; friedlich lebten hier alle christlichen Konfessionen gleichberechtigt nebeneinander, und die Universität Heidelberg, 1651 wieder eröffnet, war die erste in Deutschland, die den Zwang der Glaubenseinheit brach. Aber nach dem Aussterben der Linie Pfalz-Simmern 1685 und der Thronbesteigung der katholischen Pfalz-Neuburger von Jülich-Berg kam nicht nur die Verwüstung des dritten Raubkrieges über das arme Land, sondern auch fortgesetzte kirchliche Reaktionsversuche und die Herrschaft der Jesuiten.

Württemberg
und
Bayern

Anders geartet war das Verhängnis Württembergs. Denn der kurzsichtige Eigensinn seiner Stände verhinderte jeden Versuch, das Land wehrhaft zu machen, also, daß diese tapfern Schwaben sich fortwährend widerstandslos den französischen Brandschatzungen preisgegeben sahen, und doch hemmten sie keineswegs die despotische Willkür der Herzöge auf ihrem Domanium. Auch Kurbayern sank von der Höhe seiner Bedeutung im dreißigjährigen Kriege unter dem schlaffen und bigotten Ferdinand Maria (1651—79) rasch herab. Denn indem dies Kernland des bayrischen Stammes der römischen Kirche treu blieb oder zurückgewonnen wurde, wie der ganze weit ausgebreitete Stamm, sperrte es sich von dem deutschprotestantischen Geistesleben völlig ab und verharrte als ein Land der Kirche, des Adels und der Bauern, ohne bedeutende Städte, auch sozialwirtschaftlich fast unverändert in ältern Zuständen und in einem selbstzufriednen Sonderdasein. Doch wuchs die landesherrliche Gewalt, da die Stände der neuerworbenen Oberpfalz aufgehoben blieben, die altbayrischen seit 1669 nicht mehr berufen, sondern durch einen ständischen Ausschuß ersetzt wurden. Aber zu einer staatsrechtlichen Verschmelzung dieser Gebiete wurde auch unter dem glänzenden Türkenieger Max Emanuel (1679—1726) kein Versuch gemacht. Denn er ging fast ganz auf in der auswärtigen Politik und gab ihr schließlich durch seine Haltung im spanischen Erbfolgekriege eine Richtung auf die Anlehnung an Frankreich, die für Bayern ein Jahrhundert lang bestimmend geblieben ist und schweres Unheil über Land und Reich gebracht hat.

Österreich

In dem großen, nur halbdeutschen Nachbarreiche, das auf bayrischem Kolonialboden erwachsen war, wie Brandenburg-Preußen auf niedersächsischem, hatte zuerst Ferdinand II. damit begonnen, die Stände

seiner Länder, in denen die Städte hinter dem Adel und Klerus völlig zurückstanden, die Bauern nur in Tirol vertreten waren, zu Gunsten der landesherrlichen Macht zurückzudrängen, indem er sie auf die alljährliche Bewilligung des landesherrlichen „Steuerpostulats“ beschränkte. Allein die Landesverwaltung blieb fast völlig in den Händen ständischer Ausschüsse und Beamter, sogar die Aufbringung, Ausrüstung und Verpflegung des aus den Kontingenten der einzelnen Kronlande gebildeten Heeres; auch Gerichtsbarkeit und Polizei waren fast ausschließlich grundherrlich. Nur die obersten Landesämter besetzte der Landesherr, aber mit den Mitgliedern des Landadels. Vollends die einheitsstaatlichen Bestrebungen blieben ganz in den Anfängen stecken, noch abgesehen davon, daß Ungarn als ein selbständiger Staat regiert wurde. Ferdinand II. hatte 1624 die böhmisch-schlesische Hofkanzlei mit der österreichischen nur örtlich in Wien vereinigt und dies erst dadurch zur Hauptstadt des Donaureiches gemacht; aber wirklich gemeinsame Behörden waren nur die Hofkammer, der Hofkriegsrat, die Geheime Konferenz (für das Auswärtige) und der Reichshofrat, dessen gerichtliche Kompetenz sich aber auch auf das Reich erstreckte. Selbst das stehende Heer, das Leopold I. (1658—1705) errichtete, war eine halbständische Institution, bildete also keine strenge Einheit. Da es keinen österreichischen Staat gab, so gab es auch keine Staatswirtschaft. Die höchst ungleichmäßig verteilten, namentlich die Bauern schwer belastenden Steuern brachten doch wenig ein, und den Verkehr hemmten überall Landesgrenzzölle oder gar grundherrliche Mauten. Modern war nur die Sorge für den Straßenbau, die Übernahme der Post in die landesherrliche Verwaltung 1720, die Erhebung von Triest und Fiume zu Freihäfen 1723 und die Herstellung einer Kriegsflotte auf der Adria 1725 (unter Karl VI.).

Öster-
reichische
Kirchen-
politik

Was der Staat mit seinen Mitteln nicht leistete, das sollte die römische Kirche leisten, die (außer in Schlesien) mit herber Ausschließlichkeit herrschte, die Protestanten in bürgerlicher wie in kirchlicher Beziehung rechtlos machte und durch die straffe Einheit ihrer Organisation diese Gruppe ständisch regierter Länder fester zusammenhielt, als irgend welches politische Band. Aber indem sie diese deutschen Stämme von der geistigen Verbindung mit dem Mutterlande möglichst abspernte, schwächte sie unheilbar das Volkselement, das Österreich gegründet hatte und allein zusammenhalten konnte. Eine wirklich befriedigende gemeinsame Staatsordnung haben deshalb die Habsburger niemals zu stande gebracht, ja sie haben bis auf Maria Theresia nicht einmal eine wirkliche Staatsgesinnung erzielt. Als ihre Hauptaufgabe erschien ihnen immer die ganz dynastisch gefasste auswärtige Politik, erst die Eroberung Ungarns, dann die Sicherung der spanischen Erbschaft.

Geistliche
Fürsten,
Reichs-
adel und
Reichs-
städte

Trotzdem war der Einfluß, den Österreich im Reiche durch die Kaiserkrone übte, immer noch sehr groß, und das Zuströmen reichsdeutscher Kräfte nach Österreich sehr lebhaft. Freilich beruhte beides gerade auf den Territorien, die jeder Verjüngung unfähig waren, daher auch keine eigne Lebenskraft mehr hatten und sich eben nur unter dem Schutze des Kaisertums halten konnten, auf den geistlichen Ländern, dem Reichsadel und den Reichsstädten. Die geistlichen Wahlfürstentümer waren der Idee nach im Interesse der Kirche da, thatsächlich aber Versorgungsanstalten für die jüngern Söhne der fürstlichen Geschlechter oder des Reichsadels, von denen manche mehrere Bistümer oder Domherrenstellen in verschiedenen Stiftern besaßen; sie standen also im grundsätzlichen Widerspruch zu dem mehr und mehr sich durchringenden Gedanken, daß die Regierung für das Wohl des

Volkes geführt werden müsse, und konnten doch ihre Verfassung schlechterdings nicht ändern, weil diese auf ihrer Bestimmung beruhte, sondern höchstens auf einigen Verwaltungsgebieten reformieren, was auch vielfach geschehen ist, denn das geistliche Regiment war im ganzen lässig und wohlwollend. Von den Gebieten des Reichsabels waren nur wenige so umfangreich, daß sie modernstaatliche Aufgaben einigermaßen erfüllen konnten, die meisten viel zu klein dafür; um so schwerer empfanden die Unterthanen und Nachbarn den oft geradezu despotischen Mißbrauch einer fast souveränen Gewalt. In den Reichsstädten lag die Regierung in den Händen eines eng in sich geschlossenen und versippten Patriziats, das sie im Interesse dieser Geschlechter gewöhnlich ohne jede Überwachung durch die Bürgerschaft führte.

Gewiß lebte auch in diesen kleinsten Territorien viel persönliche Tüchtigkeit, aber nichts half doch darüber hinweg, daß ein Viertel der deutschen Nation, und zwar die Bevölkerung der Kernlande des mittelalterlichen Reichs, in einem thatsächlich staatenlosen Zustande verharrte, daher auch, zumal das Reich nur noch ein Schattenbild war, keine Spur einer Staatsgesinnung hatte, und daß die fremden Angriffen am meisten ausgefetzten westlichen Landschaften zugleich die wehrlosesten waren. Andererseits trat, je mehr sich die größern weltlichen Einzelstaaten entwickelten, um so schärfer der Widerspruch der thatsächlichen Zustände mit der Reichsverfassung hervor. Denn die Stimme der ansehnlichsten und leistungsfähigsten Territorien wie Brandenburg oder Kursachsen wog im Reichstage nicht schwerer als die eines machtlosen, aber dem Range nach hochstehenden geistlichen Kurfürstentums wie Mainz, und nirgends kam dabei die ganze Macht eines größern Staates an einem Punkte zur Geltung, weil jedes seiner ehemals selbst-

Wirkung
der Viel-
staaterie

ständigen Gebiete seine besondere Stimme abgab. Ein solcher innerer Widerspruch mußte notwendig zu dem Streben führen, den Sonderinteressen auf anderm Wege Geltung zu verschaffen.

Ursprung
des
spanischen
Erbfolge-
krieges

Diese traten daher, während die Reichsstände gegen Frankreich und die Türken im ganzen doch zusammengehalten hatten, in den darauffolgenden großen Entscheidungskämpfen, im spanischen Erbfolgekriege und im nordischen Kriege besonders scharf hervor. In dem Streite um die spanische Erbschaft handelte es sich nicht nur um die dynastische Frage, wie sich die Vertreter der weiblichen Linie, Ludwig XIV. (Gemahl der Maria Theresia), Leopold I. (als Gemahl der Margaretha Theresia) und der Kurprinz Joseph Ferdinand von Bayern (der Enkel Leopolds von dessen Tochter Maria Antonia) sich über das ungeheure Erbe verständigen würden, sondern auch darum, ob Ludwig XIV. durch die Erwerbung der spanischen Gesamtmonarchie das so lange schon erstrebte Übergewicht Frankreich in Europa und Amerika dauernd begründen könnte. Daher zog der Streit auch England und Holland herein, die beide ebensowohl das schwer errungne europäische Gleichgewicht erhalten als ihren einträglichen Schmuggelhandel mit dem gesetzlich allen fremden Flaggen verschlossenen spanischen Mittel- und Südamerika nicht verlieren wollten. Während sie daher auf eine Teilung der Erbschaft hinwirkten, bestimmte der hinsiehende Karl II. erst den jungen Kurprinzen von Bayern, dann nach dessen jähem Tode (6. Februar 1699) Ludwigs XIV. Enkel Philipp von Anjou zum Erben der Gesamtmonarchie. Ludwig XIV. nahm, als Karls II. schwache Lebensflamme am 1. November 1700 erlosch, dies Testament an, sandte Philipp (V.) im Januar 1701 nach Spanien, ließ alle spanischen Nebenlande in Europa, Belgien, Mailand und Neapel mit französischen

Truppen besetzen und zog auch den in seinen ehrgeizigen Hoffnungen schmerzlich enttäuschten Kurfürsten Max Emanuel von Bayern durch die Aussicht auf die Erwerbung Belgiens zu sich herüber. Ihm gegenüber schlossen England, Holland und Österreich am 7. September 1701 die „große Allianz,“ das Werk Wilhelm III., um das spanische Erbe in Europa für den Erzherzog Karl, den jüngern Sohn Leopolds I., die amerikanisch-spanischen Gebiete für sich selbst zu behaupten. Da Brandenburg schon im Krontraktat dem Kaiser seine Hilfe zugesichert hatte und allmählich auch die meisten übrigen Reichsstände beitraten, endlich auch das Reich 1702 den Krieg erklärte, so wurde fast ganz Deutschland in den großen Kampf hineingerissen, obwohl nähere Interessen es auf den nordischen Krieg hingewiesen hätten.

Denn hier handelte es sich um den Fortbestand der schwedischen Großmacht, die sich an allen deutschen Küsten festgesaugt hatte. Karl XI. hatte 1680 die unumschränkte Monarchie begründet und sie durch die Einziehung der seit 1604 abhanden gekommenen Kron-
Ursprung
des
nordischen
Krieges
 güter zu befestigen gedacht, aber mit der ungesetzlichen Ausdehnung dieser Maßregel auf die baltisch-deutschen Provinzen die Erbitterung des dortigen Adels derart erregt, daß die Entschlossensten wie der Livländer Reinhold Patkull an Abfall, an Übertritt zu Polen oder Rußland dachten. Als nun 1697 in Schweden der jugendlich unerfahrene Karl XII. (geb. 1682) den Thron bestieg, da schlossen Dänemark, Rußland und Polen 1700 den großen Angriffsbund, Dänemark vornehmlich aus alter Eifersucht, Zar Peter, um die schwedische Küste des finnischen Meerbusens und damit den 1617 verlorenen Zugang zur Ostsee für Rußland zu gewinnen, der Kurfürst-König Friedrich August, um nach seinem Versprechen Livland für Polen zurückzuerobern.

Siege
der
Schweden

Doch Karl XII. zwang durch eine überraschende Landung auf Seeland Dänemark zum Frieden von Travendahl bei Kiel (18. August 1700), entsetzte die belagerte esthländische Grenzfestung Narva durch einen glänzenden Sieg über das vielfach stärkere russische Heer (30. November), verjagte 1701 die Sachsen aus Livland, eroberte 1702–3 einen großen Teil des zerrütteten Polen, entsetzte mit Hilfe einer polnischen Magnatenpartei, die sich ihm angeschlossen, am 2. Mai 1704 den König August seines polnischen Thrones und ließ am 12. Juli den Wojewoden von Posen, Stanislaus Leszczyński zum König wählen.

Friede
von Alt-
ranstädt

Da August in einem vornehmlich von seinen sächsischen Truppen tapfer und nachhaltig geführten Bürgerkriege die polnische Krone zu behaupten suchte, so richtete Karl XII. schließlich den Stoß gegen Sachsen, drang nach dem Siege seines Generals Renskjöld bei Fraustadt am 12. Februar 1706 quer durch Niederschlesien dorthin vor und diktirte in seinem Hauptquartier Alttranstädt bei Leipzig, zwischen den alten Siegesfeldern Gustav Adolfs, dem machtlosen Gegner am 24. April 1706 den Frieden, in dem August auf die polnische Krone verzichtete und Patkull auslieferte. Außerdem mußte der Kaiser dem drohend im Herzen Deutschlands stehenden Schwedenkönig in dem demütigenden Vertrage vom 31. August 1707 die Einstellung der kirchlichen Reaktionsmaßregeln in den 1675 eingezogenen schlesischen (piastischen) Herzogtümern und die Herstellung des dortigen kirchlichen Besitzstandes von 1648, allen schlesischen Protestanten aber Gewissensfreiheit und bürgerliche Gleichberechtigung zugestehen. Darauf zog Karl XII. aus Sachsen ab, um Rußland durch den Vormarsch auf Moskau ins Herz zu treffen.

Der
spanische
Erbfolgekrieg

Wäre er von Sachsen aus gegen Wien marschiert, so hätte er den spanischen Erbfolgekrieg zu Gunsten

Frankreichs, des alten Bundesgenossen, entscheiden können. In den ersten Jahren hatten die Franzosen auf allen Kriegsschauplätzen, in Belgien, in Süddeutschland, in Oberitalien, im ganzen das Übergewicht behauptet, sie hatten sogar 1703 mit den Bayern zusammen den kühnen Versuch gemacht, durch die Eroberung Tirols die Verbindung zwischen dem norditalienischen und dem bayrischen Kriegsschauplatz herzustellen, was nur die Tapferkeit des tirolischen Aufgebots vereitelte, und nach der Einnahme von Passau bedrohte Kurfürst Max Emanuel sogar Wien, während in Ungarn ein neuer Aufstand unter Franz Rakoczyn I. emporflammte. Erst als im Sommer 1704 der englische Oberbefehlshaber in den Niederlanden, der Herzog von Marlborough, den Kern seiner Truppen mit den kaiserlichen Prinz Eugen zum Angriff auf Bayern vereinigte, erfochten beide Feldherren am 13. August 1704 in der gewaltigen Schlacht bei Höchstädt und Blindheim unweit Donaumörth den ersten entscheidenden Sieg der „großen Allianz,“ der die bayrisch-französische Armee hinter den Oberrhein zurückwarf und Bayern in die Hände der Kaiserlichen lieferte. Eine Erhebung des treuen, tapfern Landvolks von Oberbayern für das angestammte Haus Wittelsbach seit dem Oktober 1705 wurde blutig niedergeworfen, im April 1706 sprach der junge Kaiser Joseph I. (1705—11) mit Zustimmung des Reichstages die Acht über die Kurfürsten von Bayern und Köln aus und faßte die Vereinigung des bayrischen Mutterlandes mit dem Koloniallande Österreich ins Auge, was in Verbindung mit den immerhin ansehnlichen vorderösterreichischen Besitzungen in Schwaben den Habsburgern die Vorherrschaft über ganz Süddeutschland verschafft hätte. In demselben Jahre 1706 verdrängte der Sieg Marlboroughs am 23. Mai bei Ramillies nördlich von Gem-

blours die Franzosen aus Belgien, der Sieg Prinz Eugens vor Turin am 7. September aus Italien, und Erzherzog Karl empfing die Huldigung in Brüssel, Mailand und Neapel. Nur Spanien behaupteten die Bourbonen, weil sie sich hier auf die feste Treue der Kastilianer stützten. An diesem Doppelergebnis änderten auch neue Anstrengungen der Verbündeten in Spanien, der Franzosen in Süddeutschland und Belgien nichts. Der Einbruch des Marschalls Villars in Schwaben vermochte das Land nur zu verheeren und auszuplündern, aber nicht festzuhalten, und die Schlachten bei Dudenarde am 11. Juli 1708 und bei Malplaquet am 11. September 1709 waren nur neue Niederlagen der Franzosen; im Oktober 1708 hatten sie sogar Lille an Prinz Eugen verloren.

Die
Friedens=
schlüsse

Schon war die Widerstandskraft Frankreichs gebrochen und Ludwig XIV. zu erheblichen Opfern, sogar zur Abtretung Straßburgs, bereit, da brachte der unerwartete Tod Kaiser Josephs I. am 17. April 1711, der den Erzherzog Karl auch zum Herrn Österreichs und zum Kaiser machte, eine völlige Wendung, denn wenn er auch Spanien erhielt, so wäre die Monarchie Karls V. und damit ein unerträgliches Übergewicht der Habsburger wieder hergestellt worden. Das verhalf in England den kriegsfeindlichen Tories zur Herrschaft und entschied nach dem Sturze Marlboroughs im Januar 1712 den Abfall Englands und Hollands von der „großen Allianz.“ So überließ der Friede von Utrecht am 11. April 1713 Spanien mit den Kolonien den Bourbonen, Belgien, Mailand, Neapel und Sardinien den Habsburgern (Karl VI.), das französische Neufundland und Akadien, Gibraltar (1702 erobert) und Menorca den Engländern; er erweiterte also deren amerikanischen Besitz und begründete ihre Herrschaft im Mittelmeere, wo keine ebenbürtige Seemacht mehr bestand. Piemont, seit 1703

mit der großen Allianz verbündet, erhielt das westliche Stück des Herzogtums Mailand und die Insel Sizilien mit dem Königstitel, Preußen das Oberquartier Geldern. Umsonst bestand Karl VI. auf der Herausgabe des Elssasses; am Oberrhein jezt überall im Nachteil mußte er zu Rastatt den Frieden am 6. März 1713 in der vereinbarten Form annehmen, und die Reichsstände folgten am 7. September 1714 in Baden (im Margau).

Auf diesen Ausgang des spanischen Erbfolgekrieges hatte der nordische Krieg keinen unbedeutenden Einfluß. Mit der Schlacht bei Poltawa in der Ukraine am 8. Juli 1709 war Karls XII. Unternehmung gegen Rußland völlig gescheitert, sein Heer in russischer Gefangenschaft, er selbst ein Flüchtling auf türkischem Boden. Sofort schlossen sich König August und Dänemark wieder an Rußland an, jener kehrte nach Polen zurück, der Zar vollendete bis 1712 die Eroberung der deutsch-baltischen Provinzen Schwedens, wo er schon im Mai 1703 seine neue Hauptstadt St. Petersburg an der Newa am alten Hanfwege gegründet hatte, die stolzere Erbin des stolzen Groß-Nowgard; doch gewährleistete er den Ländern ihre alte ständische Verfassung und ihre lutherische Landeskirche. Durch Polen schob er seine Truppen bis nach Schwedisch-Pommern vor und ließ mit den Sachsen Stettin einschließen; die Dänen besetzten Bremen und Verden und zwangen den schwedischen General Stenbock trotz seines Sieges bei Gadebusch (20. Dezember 1712) in Lönning zur Ergebung (Mai 1713).

Ausgang
des
nordischen
Krieges

Umsonst hatten die Seemächte, so lange es noch in ihrem Interesse lag, sich die Hilfe der deutschen Truppen zu erhalten, im Haager Konzert sich mit dem Kaiser über die Neutralität des Reichs im nordischen Kriege verständigt; jezt nahm der junge

Eroberung
des Militärs
lands
des
deutschen
Ströme

König von Preußen Friedrich Wilhelm I. (seit Februar 1713) den Frieden von Utrecht an und warf die Kraft seines erprobten Heeres, statt sie wie bisher auf allen möglichen Schauplätzen zu zersplittern, mit voller Wucht in den nordischen Krieg, um die Mündungen der deutschen Ströme, vor allem der Oder vor abermaliger fremder Besitzergreifung zu retten. Zunächst erwarb er von Rußland und Sachsen das Recht, Stettin und das ganze Gebiet bis zur Peene mit Usedom und Wollin zu besetzen (Oktober 1713); dann begann er die Belagerung von Stralsund und zwang es, obwohl Karl XII., auf abenteuerlichem Ritt unerwartet aus der Türkei zurückgekehrt, die Stadt selbst verteidigte, nach seiner Abreise am 22. Dezember 1715 zur Ergebung, nachdem er schon am 12. November in einem glänzenden Angriff Rügen erobert hatte. Der letzte verzweifelte Versuch Karls XII., als Entschädigung für seine Verluste Norwegen zu erobern, endete mit seinem Tode durch eine feindliche Kugel vor Friedrichshall am 11. Dezember 1718. Darauf verwandelte der längst tief erbitterte schwedische Adel das Reich in eine aristokratische Wahlmonarchie und übertrug die verstümmelte Krone Karls XII. jüngerer Schwester Ulrike Eleonore und ihrem Gemahl, dem Erbprinzen Friedrich von Hessen-Kassel (1720—51). Diese neue Regierung trat 1719 Bremen und Verden an Hannover, 1720 Vorpommern bis zur Peene an Preußen ab und verzichtete im Frieden von Nystadt zu Gunsten Rußlands 1721 auf die baltischen Provinzen.

Folgen
des
Doppel-
Krieges

So zerstörte der gewaltige Doppelkrieg einerseits die alte spanische Monarchie und das Übergewicht Frankreichs, andererseits die künstliche Großmachtsstellung Schwedens; er brachte den Deutschen zwar nicht das Elsaß zurück, aber die Mündungsländer der Oder, Elbe und Weser, freilich ein ungenügen-

der Erfatz für das Eindringen Rußlands in den Kreis der europäischen Staaten, dessen Zar sich durch Annahme der Kaisermürde 1721 dem deutsch-römischen Kaiser gleichstellte, und für die beginnende Übermacht Englands zur See. Dazu gingen die Interessen der deutschen Einzelstaaten immer weiter auseinander, seitdem deutsche Fürstenhäuser nicht nur in Dänemark und Ungarn, sondern auch in Polen, Schweden und England regierten; denn nicht im Interesse ihrer Nation thaten sie das, sondern umgekehrt wirkten jene fremden Mächte fortwährend auf die deutsche Politik und also auf die Geschichte Deutschlands ein.

Um so bedeutsamer war es, daß sich die Hohenzollern, das nächst den Habsburgern mächtigste deutsche Herrscherhaus, von diesen Beziehungen frei erhielten und ihren rein deutschen Staat zu einer waffenstarken schlagfertigen Macht umgestalteten. Dies Werk weitergeführt zu haben ist das größte Verdienst Friedrich Wilhelms I. (1713–40). Seinem schwachen, prachtliebenden Vater und seiner geistvollen, ganz französischen Mutter völlig unähnlich, wie sein Großvater eine Zeit lang in Holland gebildet, nüchtern, schlicht, sparsam, alle gelehrte Bildung als Zeitverderb und Pedanterie verachtend, willenskräftig und herrisch, aber in Pflichttreue und Arbeitsamkeit ein Vorbild für alle, so drückte er dem Staate das Gepräge seines eignen Wesens auf. Er gab der Verwaltung eine streng monarchische einheitsstaatliche Gestalt, indem er 1723 das Generalfinanzkriegs- und Domänendirectorium als die Zentralbehörde unter seinem Vorsitz schuf, die Verbindung von einem Fachministerium (für Justiz) und vier Provinzialministerien, derart, daß jedes in seinem Bezirke alle Verwaltungszweige und daneben einige Geschäfte für den ganzen Staat besorgte; er verwandelte die bisherigen Oberkriegskommissariate in (neun) Kriegs- und Domänenkammern

Ver-
waltungs-
ordnung
Friedrich
Wil-
helms I.

und ordnete diesen die Landräte für die Kreise, die Steuerräte für die Beaufsichtigung der städtischen Verwaltung, die Departementsräte für die Domänen unter. Durch Aufstellung eines Haushaltplanes (Etat) für jede Behörde und die Errichtung einer großen Kontrollbehörde, der Oberrechnungskammer, stellte er eine anderwärts ganz unbekannte straffe Ordnung in den Finanzen her. So schuf er nach seinem Vorbilde ein durch und durch monarchisches, nur dem Gesamtstaate dienendes Beamtentum, das an Pflichttreue und Fleiß nirgends seines gleichen fand.

Finanzen Mit ihm ordnete er jetzt das Steuerwesen einheitlich für den ganzen Staat, die Accise für die Städte, die Kontribution für das Bauernland. Die Rittergüter blieben steuerfrei, weil sie durch ihre grundherrliche Gerichts- und Polizeiverwaltung dem Staate große Ausgaben ersparten; aber sie verloren 1717 ihre veraltete Eigenschaft als Lehnsgüter des Landesherrn und hatten statt der ihm längst nicht mehr gestellten schweren Reiter eine jährliche Abfindungssumme in Geld zu zahlen. Die wichtigste und sicherste Einnahmequelle bildeten die sehr ausgedehnten und planmäßig vergrößerten Domänen (in Ostpreußen drei Viertel des gesamten Grundbesitzes, im ganzen 373 große Grundherrschaften oder „Ämter“), die um 1740 fast die Hälfte aller Staatseinnahmen (sieben Millionen Reichsthaler) lieferten, aber die Verpachtung wurde auch bei ihnen jetzt vollständig durchgeführt, die ganze Staatswirtschaft war also durchaus zur Geldwirtschaft übergegangen, die allein einen streng geregelten Haushalt ermöglichte.

Heer-
wesen

Neben diesem Beamtenstaat stand nun ganz abgeschlossen der Militärstaat, streng monarchisch gegliedert, mit eigener Gerichtsbarkeit und eigener Kirchenverfassung. Alle Offiziere ernannte jetzt der König, zumeist aus dem einheimischen Adel, und indem er

sich selbst als ihren Kameraden gab, daher auch stets in Uniform erschien, begründete er zuerst jenes persönliche Treuverhältnis der Armee zum Kriegsherrn, das der neuesten deutschen Geschichte ein eigentümliches Gepräge gegeben hat. Nur so ließ sich eine solche Truppe leiten. Denn die Mannschaften wurden draußen im Reiche geworben und bis zur Dienstunfähigkeit unter Waffen gehalten; erst 1733 stellte der König den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht auf, indem er ihn praktisch allerdings auf die bäuerliche Bevölkerung beschränkte, und wies jedem Regiment seinen Ergänzungsbezirk (Kanton) zu, dessen wehrfähige Leute auf zwanzig Jahre verpflichtet blieben. Aber auch jetzt bildeten diese „Einländer“ nur etwa die kleine Hälfte der Gesamtzahl, da eine Heeresstärke von 83000 Mann die Kräfte der Staatsbevölkerung allein weit überstieg. Nur eine eiserne, ja barbarische Kriegszucht konnte diese so höchst verschiedenartigen, teilweise widerwilligen Elemente zusammenhalten, und auch die Taktik wurde dadurch mitbestimmt: die Infanteriebataillone, jetzt durchweg mit dem Bajonettgewehr bewaffnet, rückten in langen, eng geschlossenen Linien zu drei Gliedern, gewöhnlich zwei Treffen hintereinander, die leichten Geschütze zwischen sich, unter dem Rasseln ihrer mächtigen Trommeln in dröhnendem Gleichtritt Gewehr im Arm bis auf dreihundert Schritt an den Feind heran und überschütteten ihn dann mit ihrem rollenden Salvenfeuer, dessen Genauigkeit und Schnelligkeit unerhört war; erst wenn die feindliche Linie erschüttert schien, gingen sie zum Angriff mit dem Bajonett über, und die Reiterei warf sich, nachdem auch sie zuerst gefeuert hatte, mit gezogenem Pallasch auf den Feind. Eine andre als diese geschlossene Fechtwaise der „Lineartaktik“ hätte eine so zusammengesetzte Armee aufgelöst, aber auch nur eine uner-

müßliche peinliche „Dressur,“ wie sie vor allem des Königs Jugendfreund, Fürst Leopold von Anhalt-Deffau übte, erzielte solche Ergebnisse.

Volks-
wirt-
schafts-
politik

Eine geschlossene wirtschaftliche Einheit konnte der Gesamtstaat schon wegen der zerrissenen Gestalt seines Gebiets nicht bilden. Aber kraft einer Art von monarchischem Sozialismus suchte Friedrich Wilhelm auch die gesamte wirtschaftliche Arbeit nach einheitlichen Grundsätzen zu leiten. Er wies jedem Landesteile bestimmte Erwerbszweige zu und bewahrte diese durch Schutzzölle und Einfuhrverbote gegen erdrückende Konkurrenz, befreite zugleich den innern Verkehr seiner mittlern Provinzen, eines zusammenhängenden Gebiets von 1300 Quadratmeilen, von den alten Schranken, verwandelte also wenigstens dies in ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Da es noch immer leere Bodenflächen zu besetzen galt, so dauerte eine großartige innere Kolonisation, jetzt vorwiegend bäuerlicher Elemente, fort, namentlich in der Neumark, in Pommern und Ostpreußen, das durch Krieg und Pest fast entvölkert war. Den größten Zuzug dorthin stellten die evangelischen Salzburger, etwa 20000 Köpfe, als sie, von der Unduldsamkeit ihres Landesherrn, des Erzbischofs Leopold Anton von Firmian, gezwungen, 1731 ihre schöne Alpenheimat verließen. Nüchtern und sparsam, wie der König war, verkaufte er dagegen die schon vom Vorgänger vernachlässigten westafrikanischen Kolonien, weil sie nur Kosten verursachten, 1717 an die holländisch-ostindische Kompagnie.

Kirchen-
politik

Dagegen verzichtete Friedrich Wilhelm vollständig und grundsätzlich auf jede Art kirchlicher Einheit. Gegen das alte Vertragskirchenrecht gestattete er vielfach den Minderheiten den Gottesdienst ihrer Kirche, bildete vor allem katholische Garnisonsgemeinden in sonst evangelischen Provinzen. Gerade dadurch aber

bahnte er die moderne grundsätzliche Glaubensfreiheit an.

In merkwürdigem Gegensatz zu dieser lebendigen, alle Kräfte des Volkslebens entwickelnden und beherrschenden Staatseinheit wurde Österreich durch die Erwerbung der früher spanischen Gebiete von seinen nächstliegenden Aufgaben, wie sie Prinz Eugen faßte, weit abgelenkt. Karl VI. (1711—40) machte nicht einmal den Versuch, die neu erworbenen Länder im Interesse Österreichs zu regieren; er ließ vielmehr die verhaßte und verrottete spanische Verwaltung dort bestehen und begnügte sich damit, mit der pragmatischen Sanktion vom 19. April 1713 die äußerliche Zusammengehörigkeit der ganzen habsburgischen Ländermasse auch für den Fall, daß er, der letzte Habsburger, ohne männliche Nachkommen sterbe, durch die Übertragung des Gesamterbes auf seine älteste Tochter zu sichern. Im Vordergrund seiner Politik stand seitdem der Gedanke, die pragmatische Sanktion bei allen Mächten zur Anerkennung zu bringen, Österreich zur herrschenden Macht Mittel- und Südeuropas zu erheben und daher auch im Reiche die alten Rechte des Kaisertums wieder mehr zu betonen. Dahinter trat die wichtigste Aufgabe, die Eroberung der Donauländer bis zum Schwarzen Meere ganz zurück. Als die Türkei 1715 das venezianische Morea angriff, eröffnete auch Österreich als Bürge des Friedens von Karlowitz den Krieg; Prinz Eugen schlug die Türken am 15. August 1716 bei Peterwardein, eroberte am 12. Oktober Temesvar und zwang nach dem glänzenden Siege vom 16. August 1717 auch Belgrad zur Übergabe. Aber als Spanien, vom Kardinal Giulio Alberoni reorganisiert, 1717 Sardinien, 1718 Sizilien angriff, brach der Kaiser den aussichtsreichen Türkenkrieg ab und begnügte sich im Frieden von Passarowitz (Potscharewaz bei Belgrad)

Öster-
reichische
Politik

am 21. Juli 1718 mit der Abtretung des Banats, der kleinen Walachei und des größten Theils von Serbien. So konnte er im Westen, vereint mit Frankreich und den Seemächten, Spanien zum Verzicht auf seine Eroberungen zwingen und Sizilien gegen Sardinien vertauschen (1720). Seitdem aber ging er auf ein engeres Verhältniß zu Spanien aus, das in dem Bündnis von 1725 sogar seine Spitze gegen die protestantischen Mächte kehrte. Daher vereinigten sich die beiden Seemächte in Herrenhausen (bei Hannover) mit Preußen zu gemeinsamer Abwehr (3. September 1725). Die wichtige Angelegenheit war dabei für Preußen die Sicherung seines Erbrechts auf Jülich-Berg nach dem nahe bevorstehenden Aussterben des Hauses Pfalz-Neuburg. Da schließlich dafür auch die Seemächte nichts thaten, so näherte sich der König in den Verhandlungen von Königswusterhausen und Berlin 1726—28 wieder Österreich und unterstützte es gegen Anerkennung seines Erbrechts in Sachen der pragmatischen Sanktion so nachdrücklich, daß diese von den Seemächten und von allen Reichsständen, abgesehen von Bayern, Kurpfalz und Kur-sachsen anerkannt wurde. Als er sich schließlich doch bei einer Zusammenkunft mit dem Kaiser in Prag 1732 in seinen Hoffnungen auf das ganze Erbe enttäuscht sah, zog er sich verstimmt zurück.

Der
politische
Thronkrieg

So standen beide Mächte nicht zusammen, als der polnische Thronkrieg 1733—35 nach dem Tode Friedrich Augusts I. von Sachsen neue Gefahren über Deutschland und Österreich heraufbeschwor. Den von Österreich bevorzugten Bewerber Friedrich August II. setzte Rußland mit Waffengewalt auf den polnischen Thron; aber für den fast einstimmig gewählten Stanislaus Leszczyński, den Schwiegervater Ludwigs XV., traten Frankreich, Spanien und Piemont ein. Ihre Heere entriß dem Kaiser alle seine italienischen

Lande und bedrohten auch den deutschen Oberrhein, da Karl VI. es verschmähte, die volle Waffenhilfe Preußens über das pflichtige Reichskontingent hinaus durch Zugeständnisse in der jülich-bergischen Frage zu erkaufen. So ließ der Friede von Wien 3. Oktober 1735 zwar die polnische Krone dem Kurfürsten von Sachsen und entschädigte Stanislaus mit dem deutschen Herzogtum Lothringen, aber es bestimmte, daß dies nach seinem Tode an Frankreich fallen sollte, was 1766 wirklich geschah, und verwandelte Neapel und Sizilien in eine Sekundogenitur der spanischen Bourbonen, wofür nur Toskana nach dem Aussterben des Hauses Medici (1737) an den Herzog Franz Stephan von Lothringen, den Schwiegersohn Karls VI., fallen sollte und Frankreich (wie Rußland) die pragmatische Sanction anerkannte. Um dazu auch die Wittelsbacher zu bewegen, war Oesterreich bereit, Jülich-Berg an das Haus Pfalz-Sulzbach übergehen zu lassen, eine Absicht, der schließlich auch Frankreich im Januar 1739 zustimmte.

Und während der Kaiser sich unheilbar mit dem waffenstarken Preußen verfeindete, verlor er nach Prinz Eugens Tode (21. April 1736) durch einen ungeschickt und unglücklich geführten Türkenkrieg (1737—39) in dem Frieden von Belgrad 18. September 1739 alle die letzten ruhmvollen Eroberungen Prinz Eugens bis auf den Banat und damit die herrschende Stellung im Norden der Balkanhalbinsel. Also fast aller nach 1700 gemachten Erwerbungen im Osten und Westen beraubt, mit der Schuld an dem Verluste Lothringens belastet, im Innern immer noch lose gefügt, trotz aller Verträge ohne jeden sichern Bundesgenossen und mit Preußen verfeindet, sah Oesterreich dem nahen Ausgange des Mannesstammes der Habsburger entgegen.

Letzter
Türken-
krieg
Karls VI.

* * *

Die
Stände

Während auf politischem Gebiet der fürstlich-absolutive Staat sich langsam durchsetzte, stand auf wirtschaftlich-sozialem Boden die ständisch-konfessionelle Ordnung noch unerschüttert aufrecht. Schroff schieden sich überall die Stände. Der Adel, in den katholischen Ländern auch die Kirche, behauptete überall den Großgrundbesitz und damit im Osten die mit ihm verbundenen staatlichen Hoheitsrechte über seine Unterthanen; er besetzte die leitenden Stellen am Hofe, im Beamtentum und im Heere und gewann damit an Macht mehr zurück, als er durch den Verlust seiner politischen Selbständigkeit eingebüßt hatte. So begehrenswert erschien dieser Vorrang, daß begüterte Leute bürgerlichen Standes durch einen kaiserlichen Adelsbrief (seit Ferdinand II.) in den herrschenden Stand einzutreten strebten, und der höhere Bürgerstand in Bildung und Sitte ihm nachzueifern begann. Das Bürgertum, überall in eine ziemlich abgeschlossene herrschende Klasse und in eine beherrschte Masse geteilt, behauptete neben einigem auch außerstädtischem Grundbesitz Gewerbe und Handel so ausschließlich, daß das platte Land daran nur hier und da, wie im Schwarzwald, in der altindustriellen Grafschaft Mark, in der Oberlausitz, im niederschlesischen Gebirgslande einen bescheidenen Anteil hatte. Die Bauern, weitaus die Hauptmasse der Nation, waren nur im Westen zum Teil frei, sonst überall gutsunterthänig oder geradezu leibeigen (in Mecklenburg, Böhmen, Mähren); ja sie verloren im Nordosten, namentlich in den Küstenländern, immer mehr von ihrem Lande durch die Einziehung der Bauernstellen zu Gunsten des Rittergutslandes (Bauernlegen, Abmeierung), sodaß sie hier zum großen Teil in landlose Tagelöhner verwandelt wurden. Nur selten griff schon die landesherrliche Gewalt zu ihren Gunsten ein, wie Friedrich Wilhelm I. die Leibeigenschaft auf den Domänen aufhob und den Gutsherren

das barbarische Prügeln verbot. Nur in Preußen wurden die Bauern auch durch die allgemeine Wehrpflicht, die zunächst geradezu als ein Eingriff in die gutherrlichen Rechte erschien, in eine gewisse unmittelbare Beziehung zum Staate gebracht; mit der Welt der geistigen Kultur hingen sie fast nur durch die Kirche zusammen.

Ein so zerspaltenes Volk stand wie politisch so auch wirtschaftlich thatsächlich unter einer Fremdherrschaft. Die Holländer, einige Jahrzehnte lang das reichste Volk Europas und weithin tonangebend, beherrschten den gesamten Geldverkehr in Deutschland, das keine großen Bankplätze mehr hatte, und waren die Herren der ganzen westdeutschen, namentlich der rheinländischen Wirtschaft, die Franzosen überfluteten mit den Produkten ihrer überlegenen Luxusindustrie alle höfischen, adlichen und patrizischen Kreise, und italienische Hausierer drangen bis in jedes Dorf. Die deutsche Landwirtschaft hatte unter dem dreißigjährigen Kriege so furchtbar gelitten, daß ihre Hauptaufgabe noch auf lange hinaus sein mußte, die leeren verödeten Flächen wieder zu besetzen und große Urbarmachungen durchzuführen (wie besonders in Preußen planmäßig geschah, z. B. in der Entwässerung des havelländischen Luchs unter Friedrich Wilhelm I.). Technische Verbesserungen waren nur die Einführung der Koppelwirtschaft in den Küstenländern der Ostsee zur Förderung der Viehzucht und der Tabakbau namentlich in der Rheinpfalz. Das einst so blühende deutsche Gewerbe war im Kriege verkommen, die Straßen waren verwahrlost, die Strombahnen durch lange Vernachlässigung fast unfahrbar geworden, die alten Handelsbeziehungen zerrissen. Durch dies alles war der Binnenhandel gehemmt, der deutsche Außenhandel größtenteils zum Passivhandel herabgesunken, der Anteil am Welthandel verloren.

Wirtschaftliche
Zustände
nach 1648

Wirkungen
des
fürstlichen
Merkantili-
sasmus

Eine energische Besserung trat nur da ein, wo der fürstliche Merkantilismus eingriff, oder eine selbständige Stadtwirtschaft noch möglich war; sonst herrschte dumpfe Stagnation. Also kam im Westen das Gewerbe im Schwarzwald (als Hausindustrie) und in Kleve-Mark (Seidenweberei und Eisenindustrie) empor, während das Gewerbe in Köln gänzlich verfiel; aber weit raschere Fortschritte machte der Osten. In Kursachsen, dem ältesten Industrielande des kolonialen Deutschland, ging das Erzgebirge von dem allmählich zurücktretenden Bergbau zum Gewerbe über. Das Kunstgewerbe erhielt durch den ebenso prachtliebenden als geschmackvollen Hof einen mächtigen Anstoß, in Polen einen weiten Absatzmarkt und in der Meißner Porzellanfabrik (1710) einen neuen, großartigen Mittelpunkt; Leipzig aber behauptete auch in veränderter Zeit die Bedeutung seiner Messen für den Osten und wurde seit dem Anfange des achtzehnten Jahrhunderts allmählich der Mittelpunkt auch des deutschen Buchhandels. Daneben wuchsen die brandenburgischen Mittelprovinzen zu dem größten einheitlichen Wirtschaftsgebiete Deutschlands zusammen, seitdem die freie Verbindung mit der Ost- und Nordsee hergestellt war, und die alte Tuchweberei nahm hier einen solchen Aufschwung, daß sie wie den einheimischen, so lange Zeit auch den russischen Markt beherrschte. Schlesiens, der am weitesten nach Norden vorgestreckte Teil der habsburgischen Ländermasse, vermittelte nicht nur den Austausch der Rohprodukte des Südostens gegen die Gewerbeerzeugnisse des Westens, sondern versorgte in Gemeinschaft mit der benachbarten Oberlausitz mit seiner eignen blühenden Leinweberei nach der Zerstörung der französischen Leinenindustrie (seit der Austreibung der Hugenotten) auch den englischen Markt fast ausschließlich, bis die kirchlichen Verfolgungen Tausende von

fleißigen Arbeitern aus dem Lande trieben und der Umsatz um 1740 auf die Hälfte des frühern sank. In den böhmisch-österreichischen Ländern fehlte es dem schwachen, zertretenen Bürgertume noch allzu sehr an Unternehmungsgeist.

Eine höchst wirksame, klug berechnende, dem nationalen Interesse gegenüber zwar ganz gleichgültige, aber es doch thatsächlich mächtig fördernde Stadtpolitik hob Hamburg zur Gebieterin des ganzen norddeutschen See- und Binnenhandels und zur ersten Handelsstadt Deutschlands empor. Gefördert durch eine starke Zuwanderung von Niederländern und ausgetriebnen portugiesischen Juden begründete es schon 1619 die Bank, erwarb 1628 durch kaiserliches Privileg die Herrschaft über die Unterelbe bis zur Mündung, entledigte sich 1645 des lästigen dänischen Zolls bei Glückstadt, sicherte sich einen beträchtlichen Anteil am süd- und westeuropäischen Handel, am grönländischen Walfischfang, ja (seit 1640) auch am Verkehr mit Westindien und Brasilien.

Han-
seatische
Stadt-
wirtschaft

Auch die Verkehrsmittel im Innern verbesserten sich durch die zunehmende Errichtung landesherrlicher, wohleingerichteter Posten, einzelne Kanalanlagen, ausgedehnte Straßenbauten besonders in Österreich, Aufkommen eines wirklichen modernen Zeitungswesens. Mit der langsamen Zunahme des Wohlstandes wuchs auch die Bevölkerungszahl, in der Kurmark z. B. 1701—40 von 283 000 auf 476 000, im ganzen brandenburgisch-preussischen Staate 1713—40 von 1,65 Millionen auf 2,24 Millionen bei verhältnismäßig geringer Vergrößerung des Gebiets. Wenn daneben eine starke Auswanderung nach Nordamerika (besonders aus der Pfalz), Ungarn, Rußland u. s. f. stand, so war dies kein Zeichen von Übervölkerung, sondern meist die Folge drückender sozialer, kirchlicher und politischer Notstände.

Verkehrsmittel

Die
fremde
Bildung

Neben der wirtschaftlichen Fremdherrschaft stand der Einfluß der ausländischen Bildung und fremder Sprachen an den Höfen und in den ihnen nahe-
stehenden Kreisen. Da deshalb auch die deutsche Sprache zu verwildern drohte, namentlich mit zahl-
losen Fremdwörtern durchsetzt wurde, so bildeten sich unter patriotisch gesinnten Männern Vereine, um diese Gefahr abzuwehren, 1617 die „Fruchtbringende Gesell-
schaft“ (Palmenorden) unter dem Fürsten Ludwig von Anhalt-Köthen, 1643 die „Deutschgesinnte Genossen-
schaft“ unter Philipp von Zesen in Hamburg. Doch haben sie den Sieg der fremden Bildung nicht ver-
hindern können. Auf die protestantischen Höfe wirkte zunächst das holländische, später mit dem Aufsteigen
Frankreichs das französische Vorbild, besonders auch durch die zahlreichen hugenottischen Kolonien, auf die
katholischen Höfe das italienische und spanische Wesen, bis das französische auch hier überwog. Fast nur der
schlichte Hof Friedrich Wilhelms I. bildete hiervon eine Ausnahme. Sprache, Sitte und Etikette der Höfe und
des Adels wurden französisch, der frühere patriar-
chalische Brauch verschwand, im gesellschaftlichen Leben unzweifelhaft ein großer Fortschritt, in der Sittlich-
keit vielfach ein arger Rückschritt. Weniger davon be-
rührt wurde das ehrenfeste städtische Bürgertum, das hinter den verfallenden Mauern seiner Städte in
strenger religiöser Hauszucht und in emsiger Arbeit ziemlich einförmig dahinlebte, obwohl es durch Ge-
schäftsreisen und Verkehr mannigfacher Art mit der Außenwelt in einer zwar schwerfälligen und lang-
samen, aber doch regelmäßigen Verbindung stand.

Schul-
wesen

Dem entsprach es nun, wenn der Adel, nachdem schon zur Zeit des dreißigjährigen Krieges Reformen wie Wolfgang Ratke (Ratichius) und der Mähre Amos Comenius auf eine natürliche, die Pflege der Muttersprache und die lebendige Anschauung der

Dinge betonende Unterrichtsweise hingearbeitet hatten, gegenüber dem pedantischen, weltabgewandten Betribe der alten Lateinschulen eigne Unterrichtsanstalten ins Leben rief, die „Ritterakademien,“ um ihr Bildungsideal des praktischen Weltmanns (*homo politus, galant'homme*) durch Pflege der deutschen „Oratorie“ und der Realien (Geschichte, Geographie, Mathematik) zu verwirklichen. Selbst bedeutende Direktoren von Lateinschulen suchten diesen Bedürfnissen des Adels in den „Privatlektionen“ Rechnung zu tragen, um den Zusammenhang mit den höhern Ständen nicht zu verlieren. Bei den Katholiken blieb der höhere Unterricht wesentlich in den Händen der geistlichen Orden, namentlich der Jesuiten. Die Unterrichtsziele und Unterrichtsmittel, auch die Pflege der Schulkomödie waren den Anstalten beider Konfessionen gemeinsam, der Geist, der sie beherrschte, auf beiden Seiten mit wenigen Ausnahmen streng konfessionell. Um die Volksschule kümmerten sich wenige Regierungen, so schon im siebzehnten Jahrhundert Herzog Ernst der Fromme von Gotha, auf katholischer Seite die Bischöfe von Münster, Trier und Würzburg; der erste größere Staat, der die Schulpflicht durchführte, war Preußen unter Friedrich Wilhelm I. (1717). Erst durch diese fürstliche Fürsorge ist die Volksschule auch auf dem platten Lande allgemeiner heimisch geworden.

Als höchst konservative Mächte zeigten sich wie immer die Universitäten. Sie wurden damals durch eine stattliche Reihe neuer landesherrlicher Gründungen vermehrt. Auf katholischem Boden entstanden Paderborn, Salzburg, Bamberg, Linz, Innsbruck (1672), Breslau (1702), von denen sich nur die beiden letzten erhalten haben, auf protestantischem Rinteln, Altdorf bei Nürnberg, Duisburg (durch den Großen Kurfürsten für die rheinischen Provinzen), Kiel (1665), endlich Halle (1694) als brandenburgische Konkurrenz-

Universitäten

anstalt gegenüber den beiden streng lutherischen kur-sächsischen Hochschulen Wittenberg und Leipzig. Die katholischen wurden meist von den Jesuiten beherrscht und hielten daher auch an den alten das Leben streng regelnden Einrichtungen der Kollegien und Konvikte fest; dagegen war Salzburg die große Zentraluniversität der Benediktiner. Gemeinsam allen Hochschulen waren in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts die Noheit des studentischen Lebens, noch eine Nachwirkung der sittlichen Verwilderung des dreißigjährigen Krieges, dessen ärgsten Auswuchs, den Pennalismus, erst das Einschreiten der Landesregierungen allmählich unterdrückte, der enge Zusammenhang der unter sich vielfach verwandten und verschwägerten Professorengeschlechter, die Alleinherrschaft des Lateinischen, der „Muttersprache der Gelehrten,“ im Unterricht, die konfessionelle Geschlossenheit, die zuerst Heidelberg unter Karl Ludwig aufgab, Halle wenigstens milderte, endlich die Herrschaft der Scholastik, die noch immer, wie im Mittelalter (I, 350), darauf ausging, die in bestimmten Textbüchern enthaltene, ein- für allemal dogmatisch festgestellte Wahrheit zu überliefern und zu verteidigen, keineswegs darauf, neue Wahrheiten zu finden und die Lernenden zum selbständigen Forschen anzuleiten.

Poly-
historie
und
Scholastik

Also häufte man in diesem Zeitalter der Polyhistorie mit unsäglichem Fleiße ungeheuern Stoff in schwerfälligen Folianten an, wie vor allem der geistvollste Vertreter dieser Richtung, Hermann Conring in Helmstedt († 1681). Die Theologie und Philosophie beruhte auf Aristoteles und selbst bei den Lutheranern vorwiegend auf katholischen Denkern, die Rechtswissenschaft auf den geoffenbarten zehn Geboten, der „geschriebnen Vernunft“ des Corpus iuris und der Carolina, der hochnotpeinlichen Halsgerichtsordnung Karls V.; die Geschichte steckte noch ganz in

der Anschauung von den vier Weltmonarchien, kam deshalb über große Stoffsammlungen, wie des Österreicher's Rhevenhüller Annales Ferdinandeï (1578 bis 1637), B. L. v. Seckendorff's ganz quellenmäßigen Commentarius de Lutheranismò, das Theatrum Europaeum (1691—1718) u. a. dergl. nicht hinaus. Nur die mit dem fürstlich absoluten Staat neu auftretende Kameralwissenschaft (Volkswirtschaftslehre) erwuchs auf dem Boden des praktischen Lebens.

Schroff standen sich zunächst nach 1648 die Kirchen gegenüber; waren doch die meisten Territorien noch kirchlich geschlossen. Dabei erschien die lutherische Kirche infolge des grundherrlichen und städtischen Patronats als eine wesentliche Stütze der ständischen Ordnung; sie predigte salbungsvoll den unbedingten Gehorsam gegen die gottgeordnete Obrigkeit als göttliches Gebot, hielt die Ihrigen in strenger Kirchenzucht und wurde nicht müde, die verdammlichen Irrtümer der Reformierten und der Katholiken in langen, von gelehrten Allegorien und dogmatischen Auseinandersetzungen durchzognen Predigten zu widerlegen. Und doch zeigt die duldbende Treue, mit der die Dorfpfarrer während der schlimmsten Zeiten des dreißigjährigen Krieges ihre schwindenden Gemeinden zusammenhielten, die tiefinnigen Andachtsbücher Joh. Arndts, die glaubenszuversichtlichen Lieder Paul Gerhards u. a. m., welche sittliche Kraft diese scheinbar in Dogmatik erstarrte Kirche umschloß. In ihrer Art trat die katholische Kirche dem Volke menschlich näher, weil sie, dank ihrer hierarchischen Organisation, unabhängiger von der weltlichen Gewalt war, und weil sie, obwohl sie sich an schöpferischer Kraft mit der gleichzeitigen französischen keineswegs messen konnte, durch ihren phantasievollen, prächtigen kunstfreundlichen Kultus auf die Einbildungskraft des Volkes wirkte und es zur thätigen Teilnahme heranzog, sein Leben in jedem

Die
Kirchen

Augenblicke tröstend und helfend umgab, durch fromme Bruderschaften die Laien kirchlich organisierte, durch ausgedehnte Armenpflege sie sich verband, ohne dabei der Predigt zu vergessen, wie denn der schwäbische Barfüßer Abraham a Santa Clara (Ulrich Megerle, 1644—1709) in Wien an wirkungsvoller Popularität, drolligem Humor und tiefem Ernst auf protestantischer Seite kein Gegenstück gefunden hat. Kein Wunder, daß schon seit der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts der Übertritt von Fürsten und vornehmen Herren nichts seltenes war; der des sächsischen Kurhauses ist nur ein Beispiel für viele.

Der
Pietismus

Gegen den starren Konfessionalismus und die Scholastik der Universitäten erhob sich in den letzten Jahrzehnten des siebzehnten Jahrhunderts auf protestantischem Boden mit steigendem Nachdruck eine Bewegung, die eine neue Zeit im deutschen Geistesleben heraufführte. Zwar die gutgemeinten Versuche, die getrennten Kirchen durch einen dogmatischen Ausgleich zu vereinigen, wie sie vornehmlich von dem milden Georg Calixtus in Helmstedt († 1656) ausgingen, scheiterten an dem prinzipiellen Gegensatz, aber die verschiedenen Konfessionen lernten doch allmählich sich praktisch miteinander vertragen, seitdem die konfessionelle Geschlossenheit der Territorien langsam zu weichen begann, und innerhalb des Luthertums entstand im Pietismus eine Richtung, die, mit der alten Mystik (I, 348) verwandt, das Wesen des Christentums nicht mehr in dem Glauben an bestimmte Dogmen suchte, sondern in der Liebe und in der gläubigen Hingabe an Gott, woraus sich notwendig die werktätige Frömmigkeit ergab. Die Stifter dieser Richtung, der Elsäffer Philipp Jakob Spener (1635—1705) und der Lübecker August Hermann Francke (1663—1727) fanden, aus Kursachsen nach kurzer Wirksamkeit vor den orthodoxen Luthe-

ranern weichend, seit 1691 ihre Wirksamkeit in Preußen, Spener in Berlin, Francke in Halle, dem Mittelpunkt des neuen Lebens für das ganze protestantische Deutschland. Hier entstand seit 1695 in den Franckischen Stiftungen eine großartige Gruppe von Erziehungsanstalten der verschiedensten Art, die Tausende von Geistlichen, Volksschullehrern und Missionaren bildeten und durch sie ihre pädagogischen Grundsätze (die enge Verbindung des Unterrichts mit der sittlich-religiösen Bildung, Betonung der Realien und des Deutschen, Zueinandergreifen der Unterrichtsstufen und -stoffe) nach allen Richtungen hin verbreiteten. In seinen „erwecklichen“ Versammlungen vereinigte der Pietismus bald Angehörige aller Stände, trug somit das Seinige dazu bei, die Schärfe dieser Unterschiede zu mildern und erzeugte bei vielen eine innige und werktätige, freilich oft auch eine schwärmerische oder sentimentale Religiosität. Zu einer selbständigen Gemeinschaft, doch innerhalb der lutherischen Kirche, führte er nur in der Herrnhuter Brüdergemeinde, die Graf Ludwig von Zinzendorf 1722 auf seinem Gute Berthelsdorf in der Oberlausitz mit einer Kolonie der mährischen Brüder, der milden Nachkömmlinge der Hufiten, stiftete, indem er die Mitglieder zu inniger Lebensgemeinschaft nach Alter, Geschlecht und Stand vereinigte und sie nach altchristlicher Weise unter Älteste, Bischöfe und Diakone stellte. Bald in zahlreichen Kolonien über Nordostdeutschland verbreitet wirkten die Herrnhuter durch Heidenmission und ehrenfesten Handel in weite Fernen hinaus.

Neben dieser religiösen Bewegung wurde der Kampf gegen die Herrschaft der Scholastik in der Wissenschaft zuerst auf juristischem Boden eröffnet durch die Vertreter des Natur- oder Vernunftrechts. Zuerst in Holland von Hugo Grotius gelehrt, betrachtete es als die Quelle des Rechts nicht mehr

Das
Natur-
recht

die zehn Gebote und das Corpus iuris, sondern die sittliche Natur des Menschen und die natürliche Vernunft, und unterwarf von dieser aus das bestehende, positive Recht einer rücksichtslosen Kritik, um nun einen Neubau nach, wie man meinte, unbedingt und für alle Zeiten gültigen Grundsätzen aufzuführen. Sein Begründer wurde in Deutschland der geistvolle, streitbare Kursache Samuel Pufendorf (1632—94), der unerbittliche, scharfsinnige Kritiker des Reichsstaatsrechts, sein akademischer Hauptvertreter ein Landsmann Pufendorfs, Christian Thomasius (1655—1728), der geschworne Gegner alles Universitätszopfes, der es 1687 zuerst wagte, in Leipzig ein deutsches Kolleg in deutscher Sprache zu lesen und deshalb 1690 die Vaterstadt verlassen mußte. Die wichtigste Pflegstätte des Naturrechts aber war die junge Universität Halle, die Hochschule für das neue streng monarchische preußische Beamten-tum, das um so unbedenklicher mit veralteten Rechtszuständen brach. Auch die Geschichtschreibung begann sich von dem alten Schema loszumachen, seitdem Christoph Cellarius 1688 die Einteilung in Altertum, Mittelalter und Neuzeit aufgestellt hatte, und Männer wie S. Pufendorf, G. W. Leibniz, J. J. Mascov, Graf H. Büнау, G. Arnold begannen fest abgegrenzte Stoffe, zum Teil schon in deutscher Sprache ebenso quellenmäßig als mit geistiger Durchdringung zu behandeln. Die vornehmste Pflegstätte für Geschichte und Staatswissenschaft wurde die 1734 gegründete hannoversche Universität Göttingen.

Philosophie

Eine neue philosophische Weltanschauung versuchte von dem ganz individualistischen Satze des französisch-holländischen Denkers Descartes (Cartesius, † 1650) Cogito, ergo sum, also von der Thatsache des persönlichen Selbstbewußtseins ausgehend der geniale Gottfried Wilhelm Leibniz aus Leipzig (1646—1716), einer

der umfassendsten Geister aller Zeiten, zu begründen, indem er den Gegensatz zwischen Natur und Geist durch die Annahme ursprünglicher, von Gott erschaffener, belebter und harmonisch geordneter Einheiten (Monaden) auszugleichen und den Nachweis zu führen versuchte, daß die christlichen Glaubenslehren zwar übernatürlich, aber nicht widernatürlich seien. Auf dieser Grundlage errichtete Christian Wolff aus Breslau (1679—1754), der gefeierte Philosoph der Universität Halle, ein zusammenfassendes, jedem Gebildeten verständliches Lehrgebäude. Er unterschied zwischen den Wahrheiten der Vernunft und der Offenbarung, von denen diese unbeweisbare Geheimnisse des Glaubens, aber nicht wider die Vernunft seien, und lehrte die Unabhängigkeit der Sittlichkeit von dem Glauben an bestimmte Lehrsätze. Neben diesem Rationalismus fand auch der englische Deismus, der nur noch an einen persönlichen Gott und an den Schlagworten Gott, Tugend, Unsterblichkeit festhielt, bei den gebildeten Deutschen besonders durch die Freimaurerlogen (seit 1733) Eingang.

Da die neuen wissenschaftlichen Richtungen sich an den streng korporativ geordneten Universitäten nur schwer Eingang verschafften, so plante Leibniz, selbst niemals Universitätslehrer, die Gründung von freieren wissenschaftlichen Vereinigungen und rief auch wirklich eine davon, die Sozietät der Wissenschaften in Berlin 1701 ins Leben, und zwar wesentlich mit den gerade dort zahlreich angesammelten französischen Reformierten, die überhaupt das geistige Leben der preussischen Hauptstadt damals wesentlich bestimmten.

Während somit die deutsche Wissenschaft sich kräftig und eigenartig regte, blieben Dichtung und Kunst noch ganz von fremden Vorbildern abhängig. Denn da jede Verbindung der Gebildeten mit der volksmäßigen

Tradition außer im protestantischen Kirchenliede verloren und das ganze Volksleben verkümmert war, so blieb nur die Gelehrtenbildung und die Nachahmung erst vorwiegend holländischer, später französischer und englischer, gelegentlich auch italienischer und spanischer Muster übrig, und der Zweck der Dichtung, die man als einen verstandesmäßig lehrbaren und lernbaren Bestandteil der höhern Bildung, nicht als eine Sache persönlicher Begabung und warmer Empfindung auffaßte, war, angenehm zu belehren. Ihr erster und namhaftester Vertreter war der Schlesier Martin Opitz (1597 bis 1639), der Gründer der ersten schlesischen Schule, in seinem Büchlein „von der deutschen Poeterey“ 1624 und zahlreichen episch-lehrhaften Dichtungen, in denen er zuerst die neue Silbenmessung und den französischen Alexandriner zur Geltung brachte. Mehr wahres Gefühl lebte in der Lyrik der Ostpreußen Simon Dach und Heinrich Albert und des Kursachsen Paul Fleming, vor allem aber im geistlichen Liede, das damals, mitten im Jammer des dreißigjährigen Krieges, durch Paul Gerhardt, Martin Rinkart, Georg Neumark, Christian Reimann auf evangelischer, durch den Jesuiten Friedrich von Spee auf katholischer Seite eine zweite Blüteperiode erlebte. Der nüchtern-korrekten ersten schlesischen Schule setzte sich dann in den Nürnberger „Pegnitzschäfern“ und in der zweiten schlesischen Schule eine bald süßlich-tändelnde oder schlüpfrig-sinnliche, bald auf das Grausige und Schreckliche oder Grotesk-Romische gerichtete Dichtung entgegen, die in den Dramen von Andreas Gryphius, den Heldenromanen Philipps von Zesen, den Liedern Christian Hoffmanns und Kaspar von Lohensteins gipfelte, bis sie dann gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts im Anschluß an die glatt gefeilte Verstandesdichtung Boileaus u. a. eine naturgemäße Reaktion hervorrief. Natürlicher und frischer blieben im ganzen der Sitten-

roman, von dem der Schwabe Christoph von Grimmelshausen (im „abenteuerlichen Simplicissimus“), Philander von Sittewald u. s. f. die wirksamsten Beispiele besonders durch die lebenswahre Schilderung des Kriegselends gaben, dann die Satire bei Balthasar Schupp und Hans Lauremberg, die Didaktik in den scharfen Epigrammen des geistvollen, patriotischen Schlesiens Friedrich von Logau und den Sinnsprüchen seines katholischen Landsmannes Johann Scheffler (Angelus Silesius), das überwiegend deutsche Schuldrama der Jesuiten und der evangelischen Lateinschulen, dessen bedeutendster Vertreter der Zittauer Rektor Christian Weise (1642–1708) war.

Am Anfange des achtzehnten Jahrhunderts traten Verbotten
einer
Wendung der Schweizer Albrecht von Haller (1708–77) und der Hamburger Heinrich Brodes (1680–1747) in großen, ernstern Lehrgedichten nach englischen Vorbildern, der leichtlebige Friedrich von Hagedorn (1708 bis 1754) in anmutig heitern Liedern und Episteln nach Anakreon und Horaz, der Schlesier Christian Günther in leidenschaftlich empfundenen Lyrik als selbständige und begabte Dichter hervor. Eine planvolle, aber wieder ganz verstandesmäßige Reform vor allem des tiefgesunkenen Dramas bezweckte der Ostpreuße Johann Christoph Gottsched in Leipzig (1700–66) in Anlehnung an das klassische Drama der Franzosen, womit er zugleich eine verdienstvolle Thätigkeit in der Regelung und Reinigung der deutschen Sprache verband. Die zahlreichen „moralischen Wochenschriften,“ die namentlich in Hamburg und Leipzig erschienen, verbreiteten belehrende Unterhaltung in die weitesten Kreise des Bürgertums.

War das deutsche Bürgertum der eigentliche Musik Nährboden für diese Litteratur, so hat nur dieser Stand auch die deutsche Musik vor der gänzlichen Überflutung durch die fremde Kunst, namentlich durch

die pracht- und klangvolle, aber im Grunde oberflächliche italienische Oper, die von den Höfen ausschließlich und mit großen Kosten gepflegt wurde, gerettet, nachdem zunächst Heinrich Schütz als kurfürstlicher Kapellmeister in Dresden († 1672) das Feld behauptet hatte. Die bürgerliche deutsche Oper fand ihre wichtigste Pflegstätte seit 1677 im reichen, geistig damals sehr bewegten Hamburg, später auch in großen Binnenstädten wie Nürnberg, Augsburg, Leipzig, Breslau, ihren hervorragendsten Meister in Richard Keiser aus der Gegend von Leipzig († 1739), der besonders in Hamburg thätig war. Doch zum vollkommensten und erhabensten musikalischen Ausdruck brachten den deutsch-evangelischen Geist der große Leipziger Thomaskantor Johann Sebastian Bach (1685—1750) und Georg Friedrich Händel aus Halle (1685—1759), vor allem in seinen gewaltigen biblischen Oratorien, mit denen er in London englische Siege verherrlichte.

Bildende
Kunst

Vollends in der Kunst überwog, nachdem während des dreißigjährigen Krieges Adam Elsheimer in Frankfurt a. M., Matthäus Merian, Joachim von Sandrart eine selbständige deutsch-niederländische Richtung in der Malerei behauptet hatten, durchaus der fremde Einfluß. Im protestantischen Deutschland herrschte erst das holländische, dann das französische, im katholischen das italienische Muster; erst allmählich gestalteten einheimische Künstler wieder selbständiger. Denn die wichtigsten Auftraggeber waren jetzt die Fürsten, die sich neue, weiträumige, prächtige Paläste als den künstlerischen Ausdruck ihres gesteigerten Machtbewußtseins bauten, und katholische Bischöfe und Ordensgenossenschaften, die sich jetzt wieder auf sicherem Boden fühlten und ihre Dome und Klöster oft prachtvoll und großartig erneuern ließen. So kam im Norden anfangs der etwas nüchterne, an

die deutsche Renaissance anklingende holländische Stil zur Herrschaft, später im Süden der italienische, im Norden der französische Barockstil, und an die Paläste schlossen sich oft ausgedehnte Gärten im holländisch-französischen Stil Le Notres als eine Nachahmung der Architektur.

Damals entstanden die stolzen Palastbauten Bauten
Fischers von Erlach in Wien, die prunkvollen Dome von Salzburg und Passau, die Kirchen der Jesuiten in Wien, der Theatiner in München, die prachtvollen Neubauten der alten großen Klöster in Österreich und Bayern. Eine besondere Gelegenheit zur Lösung großartiger Architekturaufgaben boten die neugegründeten fürstlichen Residenzstädte wie Mannheim und Karlsruhe, und Landsitze, wie der Karlsberg (Wilhelmshöhe bei Kassel). In Brandenburg herrschte unter dem Großen Kurfürsten anfangs auch auf diesem Gebiet der holländische Einfluß, dann aber kam das französische Barock zur Geltung, und teils fremde Künstler (Jean de Bodt), teils einheimische Meister wie J. A. Nehring und vor allem der genialste Architekt und Bildhauer dieser ganzen Zeit, Andreas Schlüter aus Hamburg (1664—1714), gaben der norddeutschen Hauptstadt durch die Erbauung des Zeughauses, der Langen Brücke, des königlichen Schlosses, die Errichtung der mächtigen Reiterstatue des Großen Kurfürsten u. a. m. ihr charakteristisches Gepräge. Allmählich wurde jedoch Berlin von Dresden überholt, denn dies gestaltete August der Starke durch die Barockbauten Longuelunes und Jean de Bodts (Japanisches Palais) wie des originellen D. Böttelmann (Zwinger) und des echt deutschen Georg Bähr (Frauenkirche) zur schönsten Residenzstadt Deutschlands um, indem er zugleich in der Umgegend prächtige Landsitze wie Pillnitz und Großsedlitz schuf.

Plastik

Die in der Plastik herrschende malerisch bewegte Richtung des gefeierten italienischen Meisters Bernini fand gerade in dem sächsischen Porzellan das ihr am meisten entsprechende Material, und herrliche Kunstsammlungen speicherten hier wie anderwärts, in München, Wien, Düsseldorf, Berlin u. s. f. reiche Schätze auf, die ursprünglich nur dem fürstlichen Luxus dienten, später aber auch der einheimischen Kunst reiche Anregung boten.





Die Erhebung Preußens zur Großmacht und die Auflösung des alten Reichs. 1740 bis 1806/7

Aus der beispiellosen Verwüstung des dreißigjährigen Krieges war Deutschland durch die Arbeit seines Volkes und seiner Krieger, seiner Fürsten und seiner Staatsmänner doch langsam wieder zum Range eines großen Kulturlandes emporgestiegen. Freilich, die alten Formen der nationalen Einheit hatten sich noch weiter gelockert, mißtrauischer und selbstsüchtiger als je standen einander die innerlich stärker gewordenen Einzelstaaten gegenüber, und die europäischen Verhältnisse, vornehmlich die zunehmende Konkurrenz des englischen und französischen Handels im spanischen Amerika und die raschen Fortschritte der englischen Kolonisation in Nordamerika drängten zu einem großen Zusammenstoß. Mitten aus diesen Wirren heraus erhob ein genialer Fürst Preußen binnen wenigen Jahren zur Großmacht, behauptete diese neue Stellung seines Staats im Heldenkampfe gegen halb Europa, drückte dadurch das alte Reich vollends zu einer leeren Form herab, verschaffte aber den nationalen Interessen eine stärkere Vertretung, als sie jemals seit Jahrhunderten gefunden hatten, und gab

Die
Weltlage
um
1740

einem großen Teile der Nation zum erstenmale wieder den Stolz auf einen Helden ihres Stammes.

Wandlung
der
Weltan-
schauung

Zugleich vollzog sich eine entscheidende Veränderung in der allgemeinen geistigen Disposition des Zeitalters durch die Theorien der „Aufklärung,“ die sich zuerst in England unter dem Einflusse der innerpolitischen Kämpfe in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts und der dort aufblühenden exakten Wissenschaften gebildet hatten und über Frankreich allmählich auch in Deutschland eindrangten. Da nach dieser Anschauung der Staat durch Vertrag zwischen den Herrschenden und den Beherrschten entstanden war, die Regierungsgewalt also auf Übertragung durch das Volk beruhte, so mußte diese Gewalt auch im Interesse und zum Wohle des ganzen Volkes ausgeübt werden, nicht des Herrschers; da die Zeit an ein allgemein giltiges Naturrecht glaubte, so mußte dies mit Beseitigung des positiven, gewordenen Rechts, soweit dies dem „vernünftigen“ Rechte widersprach, durchgeführt, Verwaltung, Recht und Rechtsprechung darnach geregelt werden; da endlich der zur Herrschaft gelangte Deismus sich gleichgiltig gegen die konfessionellen Unterschiede verhielt, so folgte daraus von selbst die theoretische und praktische Gleichberechtigung mindestens der christlichen Glaubensbekenntnisse, die innere Annäherung ihrer Bekenner, die Abschwächung der alten Gegensätze. So lösten sich Staat und Recht vom Banne der Tradition, und jeder Staat erschien als ein lediglich auf sich selbst gestelltes Gesamtwesen. Aber ebenso begann sich auch die Einzelpersönlichkeit kraft des cartesianisch-leibnizischen Systems, das Wolff für Deutschland popularisiert hatte, von der Tradition und von seiner Umgebung zu lösen, und das alles wirkte auf Wissenschaft, Litteratur und Kunst hinüber. So zerfiel die Menschheit in Einzelpersönlichkeiten, die unter einander und mit irgend einem Ganzen

keinen innern Zusammenhang hatten, sondern in freier Höhe als philosophisch gebildete Weltbürger über der Erde schwebten, und die Welt zerfiel in vereinzelte Staaten. Da diese das Volk nicht zur thätigen Theilnahme heranzogen und erzogen, also nur auf Heer und Beamtentum beruhten, waren sie nur ein Mechanismus, kein lebendiger Organismus, verfahren daher auch nach außen hin lediglich nach den Rücksichten der Zweckmäßigkeit und gliederten sich unbedenklich selbst ganz fremdartige Bestandteile an.

In diesen Verhältnissen lag die unheilbare Schwäche der neuen Ordnung, aber nur sie, also der Mangel an Staatsgesinnung bei der Mehrzahl selbst der Gebildeten, bot auch die Möglichkeit, mitten im hoffnungslosen Niedergange des alten Reichs und des nationalen Gemeingefühls eine so reiche Bildung und Litteratur zu erzeugen, die zwar dazu beitrug, den Einzelnen dem Ganzen vollends zu entfremden, aber auch einen reichen Inhalt des Lebens und gemeinsame geistige Güter für die Nation schuf. Das nächste Ergebnis war freilich, daß das deutsche Volk den Fluten der von Westen heranbrausenden Bewegung politisch schwach und innerlich wehrlos gegenüberstand, da sie als ein Erzeugnis der Aufklärung erschien. So zerfiel das alte Reich, und auch der preußische Staat brach zusammen.

Bildung
und
Staat

Als König Friedrich II. von Preußen nach dem Tode seines Vaters (31. Mai 1740) im Schlosse von Charlottenburg am 2. Juni den Eid der Treue von seinen Ministern empfing, war er erst 28 Jahre alt (geb. 24. Januar 1712), aber schon ein durch manche herbe Erfahrung einer kampferfüllten Jugend geprüfter Mann. Der gestrenge Vater hatte ihn zum Christen, Wirt und Soldaten erziehen wollen; doch bald strebte der lebhafteste Geist des heranwachsenden Jünglings über diese Schranken hinaus in die freie Weite einer

Jugend
Friedrichs
des
Großen

umfassenden Weltbildung, wie sie damals nur die französische Sprache und Litteratur vermitteln konnte, und als vollends ein Blick in das üppige, glänzende Leben am Hofe Augusts des Starken ihm den Gegensatz zu der Geistesöde und der harten Zucht seines väterlichen Hauses zum vollen Bewußtsein gebracht hatte, da steigerte sich das Mißverhältnis zum Vater zu solcher Schärfe, daß der Kronprinz bei einer Rheinreise im August 1730 sich dem unerträglich gewordenen Zwange durch die Flucht nach Frankreich zu entziehen beschloß. Im letzten Augenblicke festgehalten und nach Küstrin in Haft gebracht, entging er zwar einem Urtheile des Kriegsgerichts wegen Versuchs zur Fahnenflucht, weil dies erklärte, daß es hier nicht zuständig sei, wehrte aber den vom König ihm angedonnenen Verzicht auf sein Thronrecht nur mit Mühe ab und mußte sich endlich, im Innersten erschüttert durch die Hinrichtung seines mitschuldigen Freundes H. von Ratte, dem Willen des Vaters unterwerfen. Als jüngster Auskultator trat er in die Kriegs- und Domänenkammer in Küstrin ein, um die Einzelheiten der Verwaltung kennen zu lernen. Im September 1732 übernahm er dann, jetzt auch innerlich mit dem Vater versöhnt, das Kommando des in Neuhoppin stehenden Infanterieregiments. Noch mußte er sich gefallen lassen, daß ihn der König gegen seinen Willen mit der sanften, gemütvollen, aber ihm an Geist nicht ebenbürtigen Prinzessin Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern vermählte (Juni 1733); aber als er vom ruhmlosen Rheinfeldzuge des Jahres 1734 im Hauptquartier Prinz Eugens zurückgekehrt war, erhielt er die Mittel, in dem anmutigen Schlosse Rheinsberg seinen Neigungen zu leben, und hier entfaltete der Geist des Kronprinzen in ungezwungnem, geistig angeregtem Dasein mit gleichgestimmten Freunden zuerst seine Schwingen.

Ein begeisterter Schüler der „Aufklärung“ und ihres Führers Voltaire, gedachte er die Regierung zu führen als „der erste Diener des Volks,“ aber nicht, wie Voltaire meinte, ausschließlich als ein Fürst des Friedens, sondern auch als ein Eroberer, der seinen Staat aus der gedrückten und mißachteten Lage durch Erwerbung der ihm unentbehrlichen Grenzländer emporheben wollte zu trotziger Selbständigkeit, mit jenem scharfen Schwerte, das ihm Friedrich Wilhelm I. in seinem schlagfertigen Heere in die Hand gelegt hatte. Denn er fühlte seine geniale Kraft. In der souveränen Selbständigkeit des Denkens und des Entschlusses, die seine Minister, selbst bedeutende Männer wie Podewils, Herzberg u. a. vom ersten Augenblicke an lediglich zu ausführenden Dienern seines Willens machte, in dem ihm vom Vater in harter Schule anerzognen Pflichtgefühl, das an sich selbst wie an alle andern schonungslos die strengsten Anforderungen stellte, in dem unauslöschlichen Drange zu wissenschaftlicher und künstlerischer Thätigkeit, in dem tiefen Bedürfnis nach persönlicher Freundschaft, die ihm das ersetzen sollte, was ihm die empfindungsarme Ehe mit einer ungeliebten Frau nicht bot, erschien er von Anfang an als eine ganz ungewöhnliche, alles an sich fesselnde und sich unterwerfende Persönlichkeit. Eine wahrhaftige innere Harmonie war freilich diesem reichen Geiste schon deshalb versagt, weil zwischen dem französischen Schöngeist und dem deutschen König, der seine französisch gebildete Umgebung, Voltaire nicht ausgenommen, sittlich ziemlich niedrig schätzte und auf seine wackern deutschen Beamten und Offiziere wie auf halbe Barbaren herabsah, ein unausgleichbarer Widerspruch bestand und einen ätzenden Charakterzuge des Königs machte. So populär er deshalb

Wesen
Friedrichs

auch als Monarch und Held wurde, das höchste Glück des Herrschers, das volle innere Zusammenleben mit seinem Volke, ist ihm nicht zu teil geworden.

Die
schlesische
Frage

Er war auf Schloß Rheinsberg, als ihm am 26. Oktober 1740 ein Kurier die ganz unerwartete Nachricht brachte, daß Kaiser Karl VI., der letzte Habsburger, am 20. Oktober in Wien verschieden sei und der pragmatischen Sanktion gemäß seine älteste Tochter Maria Theresia (geb. 13. Mai 1717) die Nachfolge angetreten habe, ohne auf den sofort eingelegten Protest Karl Alberts von Bayern zu achten. Dieser begründete seinen Erbanspruch auf die Bestimmung im Ehevertrag Herzog Albrechts V. mit Anna, Tochter König Ferdinands I., 1546, daß, falls der habsburgische Mannsstamm aussterbe, die Nachkommen jenes Paares (in Oberösterreich, Tirol und Böhmen) erbberechtigt sein sollten, und ließ sich natürlich auch nicht durch den etwas verschiednen Wortlaut im Testament Ferdinands („eheliche Nachkommen“ für „männliche“) irre machen. Doch die Entscheidung lag nicht in München, da Bayern auf eine große Politik schlechterdings nicht vorbereitet war, sondern in der Hand König Friedrichs. Denn an die Anerkennung der pragmatischen Sanktion fühlte er sich nicht gebunden, da die österreichische Gegenleistung ausgeblieben war, und der Verzicht auf die schlesischen Herzogtümer war mit der Rückgabe des Kreises Schwiebus erloschen. Gleichwohl wäre er bereit gewesen, mit seiner ganzen Macht für das ungeschmälerte Erbrecht Maria Theresias einzutreten, wenn nicht diese seine Forderung, ihm Niederschlesien dafür zu überlassen, in der felsenfesten Überzeugung von ihrem Rechte zurückgewiesen hätte.

Beginn
des ersten
schlesischen
und des
österreich.
Erbfolge-
kriegs

Da überschritten die Preußen am 16. Dezember 1740 in zwei Kolonnen die schlesische Grenze und besetzten, von den gedrückten Evangelischen mit schüchternen Sym-

pathien als Befreier begrüßt, binnen wenigen Wochen widerstandslos das ganze Land mit Ausnahme der Festungen Glogau und Neiße; am 3. Januar 1741 ritt der König selbst in Breslau ein. Indem dann sein Generalfeldmarschall Graf Schwerin die endlich von Mähren heranrückende österreichische Armee unter Graf Neipperg bei Mollwitz unweit Brieg am 10. April mit seiner unerschütterlichen Infanterie entscheidend schlug, wurde Schlesiens gesichert, der Beweis für die angezweifelte Kriegstüchtigkeit der preußischen „Paradearmee“ unwiderleglich geliefert und damit eine neue Wendung eingeleitet: im Mai gewann Karl Albert im Vertrage von Nymphenburg die Hilfe Frankreichs für die Durchführung seiner Ansprüche auf Österreich und zur Erwerbung der Kaiserkrone, im Juni schloß sich Friedrich II. diesen Vereinbarungen an. Noch einmal verband sich die reichsfürstliche Opposition mit Frankreich, aber nicht, wie dessen Leiter, Kardinal Fleury meinte, um unter französischer Führung Deutschland der französischen Vorherrschaft zu überliefern, sondern um nach dem kühnen Plane König Friedrichs die Kaiserkrone dem Hause Habsburg-Lothringen zu entreißen, sie an die Wittelsbacher zu bringen und Bayern so zu verstärken, daß es sie zu behaupten vermöchte. Dann hätten die Häuser Hohenzollern und Wittelsbach zusammen das Reich umgestaltet und gelenkt, wie sie es 130 Jahre später durch ihr Einverständnis erneuert haben. .

Die Anfänge entsprachen den kühnsten Erwartungen. Im September 1741 besetzten die bayrisch-französischen Truppen Oberösterreich, wo Karl Albert in Linz die Huldigung empfing; dann, als auch Sachsen gegen das Versprechen, ihm Mähren zu überlassen, sich angeschlossen hatte, drangen sie in Böhmen ein und erstürmten am 25. November Prag. Am 9. Dezember ließ sich Karl Albert hier zum König

Erfolge
Karl
Alberts

krönen, und am 24. Januar 1742 wählten ihn die Kurfürsten in Frankfurt a. M. einstimmig zum Kaiser.

Erhebung
Österreichs
und
Friede
von
Breslau

Das Reich der Habsburger wäre verloren gewesen, wenn es Maria Theresia, nachdem sie im Juni 1741 in Preßburg die Krone des heiligen Stephan empfangen hatte, nicht im September gelungen wäre, die Hilfe Ungarns zu gewinnen, indem sie ihm die volle Selbständigkeit seiner Verwaltung bewilligte. So eroberten ihr die Ungarn Oberösterreich zurück und rückten am 12. Februar 1742, an demselben Tage, an dem Karl VII. in Frankfurt zum Kaiser gekrönt wurde, in München ein. Da erzwang Friedrichs Einmarsch in Mähren, wo er Olmütz nahm und Brünn belagerte, die Räumung Bayerns, denn er zog die österreichischen Streitkräfte auf sich, sodaß er sogar nach Böhmen zurückweichen mußte; aber er benutzte seinen glänzenden Sieg bei Chotusitz in der Nähe von Tschaslau am 17. Mai 1742 nur dazu, um mit rascher Wendung sein Hauptziel, den Besitz Schlesiens und der Grafschaft Glaz, im Frieden von Breslau 28. Juli 1742 zu erreichen. Seine Verbündeten empfanden das nicht gerade als einen Abfall, aber er selbst hat es nachmals teuer zu bezahlen gehabt, daß er den Kampf gegen Österreich nicht bis zum Ende durchgeführt hat, denn sein Rücktritt rettete den Bestand der habsburgischen Monarchie.

Erfolge
Österreichs

Im Dezember 1742 mußten die Franzosen Prag und Böhmen (bis auf Eger) räumen, wo Maria Theresia im Mai 1743 die Huldigung empfing; im Juni überlieferte ihr der Sieg bei Simbach am Inn (13. Mai) ganz Bayern, dessen Stände ihr im September den Eid der Treue schwuren. Dann griff Georg II. von England-Hannover, schon seit 1739 mit Spanien im Kolonialkriege, zugleich im englischen und hannöverschen Interesse, dem das Aufsteigen Preußens zuwiderlief, kräftig in den festländischen

Krieg ein und warf die Franzosen durch den Sieg von Dettingen bei Aschaffenburg 27. Juni 1743 über den Rhein zurück. Im Dezember zog Österreich auch Sachsen auf seine Seite.

Da nahm Friedrich seine Reichsreformpläne wieder auf, um die weltlichen Fürsten durch die Einziehung der geistlichen Stiftsländer für den Kaiser zu gewinnen und dadurch dem Hause Österreich seine besten Stützen zu entziehen. Da aber für so kühne Gedanken die deutschen Fürsten nicht zu haben waren, so mußte er sich doch damit begnügen, im Mai 1744 in Frankfurt a. M. mit Bayern, Kurpfalz und Hessen eine Union zu schließen und im Juni sein Bündnis mit Frankreich zu erneuern. Darauf ließ er im August 1744 „zum Schutze der deutschen Freiheit und des Kaisers“ 80000 Mann als „kaiserliche Hilfstruppen“ aus Schlesien und durch Sachsen in Böhmen einmarschieren, nahm am 16. September nach heftiger Beschießung Prag und rückte bis Budweis vor, um die Österreicher zur Räumung Bayerns zu nötigen. Dies gelang allerdings, allein er selbst mußte vor der feindlichen Übermacht unter schweren Verlusten nach Schlesien zurückweichen. Bald geriet er in die bedenklichste Lage. Am 8. Januar 1745 verbündeten sich Österreich, Sachsen, England-Hannover und Holland zur Wiedereroberung Schlesiens und zur Erhebung Franz Stephans auf den Kaiserthron, im Mai schloß sich auch Rußland im Leipziger „Partage-traktat“ an, um für sich Ostpreußen zu erwerben und Sachsen Magdeburg zu verschaffen, also Preußen zu vernichten; dazu verzichtete nach dem Tode Karls VII. in München am 20. Januar 1745 sein Sohn Max Joseph (1745—77) im Frieden von Füssen auf alle österreichischen Ansprüche. Allein auf sich angewiesen stand Friedrich einer übermächtigen Verbindung gegenüber.

Ausbruch
des
zweiten
schlesischen
Krieges

Ende des
Kriegs

Da entfaltete er zum erstenmale seine Feldherrn-
größe. Im glänzenden Gegenstoß warf er die aus
Böhmen in Schlesien einbrechenden Österreicher und
Sachsen am 4. Juni bei Hohenfriedberg und Striegau
zurück, folgte ihnen über die Grenze und siegte am
30. September nochmals bei Soor, um sich die Rück-
kehr nach Schlesien zu sichern. Als dann die Gegner
noch im Winter von Sachsen aus gegen Berlin vor-
gehen wollten, fiel er ihnen von Schlesien und Halle
her in die Flanke, und der Sieg des greisen Fürsten
Leopold von Anhalt-Deßau bei Kesselsdorf unweit
von Dresden am 15. Dezember erzwang schon am
25. Dezember den Frieden von Dresden, die Er-
neuerung des Friedens von Breslau. Die Kämpfe
in Belgien, wo die Franzosen, und in Italien, wo
die Österreicher im Vorteile blieben, beendete erst am
30. Mai 1748 der Friede von Aachen ohne wesent-
liche Gebietsveränderungen. Österreich hatte seinen
fast ungeschmälernten Bestand und die Kaiserkrone für
Franz Stephan (1745–65), Preußen aber Schlesien
behauptet und damit die Großmachtstellung errungen,
und Englands Übergewicht zur See stand fester als je.

Preußen
und seine
Nachbarn

Die Entstehung einer neuen Großmacht in der zer-
spaltten Mitte Europas verschob die bisherigen Macht-
verhältnisse vollständig und rief auf allen Seiten Miß-
trauen und Feindschaft hervor. Österreich hatte in Schle-
sien eine seiner wichtigsten Provinzen verloren, die ihm
die Verbindung mit Norddeutschland gesichert hatte,
Kursachsen, bisher Preußen fast ebenbürtig, war jetzt
auf die zweite Stufe herabgedrückt, auf drei Seiten
von der preußischen Zollpolitik umschlossen und von
der Erfüllung der Hoffnung, eine Territorialverbin-
dung mit Polen herzustellen, weiter entfernt als je.
Rußland endlich sah in Preußen den entschiedensten
Gegner seines Bestrebens, die Herrschaft über das
machtlose Polen in irgend welcher Form zu gewinnen.

Daher schlossen Rußland und Österreich schon 1746 ein Verteidigungsbündnis, das sich gegen einen Angriff Preußens richtete. Auch Sachsen, das für den ganz künstlerischen und höfischen Genüssen hingeebne Kurfürsten-König Friedrich August II. (1733–63) sein Premierminister Graf Heinrich Brühl unumschränkt regierte, ließ sich in diese Verbindung ziehen, allerdings ohne ihr in seiner ausgesetzten Lage förmlich beizutreten, und ohne daß Brühl das Land militärisch vorbereitet hätte; vielmehr zerrüttete er, um die Lieblingseigenungen seines Herrn zu befriedigen, die Finanzen und setzte die Stärke des Heeres allmählich von 45000 auf 17000 Mann herab, machte also das Land in demselben Augenblicke wehrlos, wo er zum Kriege drängte. Rußland aber brach schon 1750 die regelmäßigen diplomatischen Beziehungen zu Preußen ab.

Um so mehr pflegte König Friedrich sein altes Verhältnis zu Frankreich. Als aber nun in Nordamerika die unwiderstehliche Ausbreitung der englischen und deutschen Kolonisation nach dem Ohiothale hin den alten Plänen der Franzosen, Louisiana und Kanada durch die Besetzung des Mississippilandes zu einem großen Kolonialreiche zu verbinden, in den Weg kam und der darüber jenseits des Meeres 1754 ausbrechende Konflikt auch nach Europa herüberzugreifen drohte, suchte England sich zunächst die Hilfe seines alten Bundesgenossen Österreich zu sichern. Da dies an der entschiednen Weigerung Österreichs, seine Kräfte für die Verteidigung des weitentlegnen Belgien einzusetzen, scheiterte, so gewann England durch den Vertrag vom 30. September 1755 die Zusicherung russischer Hilfe. Um nun diese für England überflüssig zu machen und dadurch Rußland „an die Kette zu legen,“ schloß Friedrich mit England am 16. Januar 1756 den Neutralitätsvertrag von Westminster, durch den sich beide Mächte verpflichteten,

Auflösung
der alten,
Gründung
neuer
Bündnisse

ihre beiderseitigen Verbündeten, also Frankreich und Rußland, von jedem Angriff auf die Gebiete der andern abzuhalten. Gerade aber der Verdruß Frankreichs über diese Haltung Preußens, auf dessen Beistand man bisher gerechnet hatte, brachte einen Plan zur Reife, den der Premierminister Maria Theresias (seit 1753), der erste Vertreter einer rein österreichischen Interessenpolitik, Fürst Wenzel von Kaunitz-Rietberg schon lange eifrig betrieb, die alten Gegner Österreich und Frankreich in einem Bündnis zu vereinigen, da beide katholische Mächte waren und durch keine Gegensätze geschieden wurden, sobald Österreich auf die Behauptung Belgiens kein Gewicht mehr legte. Auf dieser Grundlage schlossen beide am 1. Mai 1756 das Verteidigungsbündnis von Versailles. So hatten sich die alten Verhältnisse der Großmächte zu einander völlig verschoben; auf der einen Seite standen Preußen und England, auf der andern Österreich mit Rußland und Frankreich.

Beginn
des sieben-
jährigen
Krieges

Daß Friedrich der Große inmitten dieser Umwälzung den Plan gehabt haben sollte, jetzt Sachsen wie früher Schlesien zu erobern, ist höchst unwahrscheinlich; wohl aber wollte er dem Angriff der werdenden ihm weit überlegnen Koalition, der 1757 sicher bevorstand, zuvorkommen durch einen Angriff auf Sachsen und Österreich. Als demnach Maria Theresia seine Anfragen über ihre Absichten ausweichend oder gar nicht beantwortete, ließ er am 28. August 1756 seine Kolonnen in Sachsen, im September auch in Böhmen einrücken und besetzte ganz Sachsen ohne Widerstand. Die kleine sächsische Armee erwartete im festen Lager bei Pirna, gedeckt von der Bergfeste Königstein, wo sich der Kurfürst mit Brühl befand, den Anmarsch der Österreicher unter Browne; der König aber schloß sie eng ein, warf die Österreicher am 1. Oktober bei Lobositz am Mittelgebirge

zurück und zwang die ausgehungerten Sachsen, obwohl sie den Versuch machten, den Österreichern auf dem rechten Elbufer doch noch die Hand zu reichen, am 16. Oktober zur Übergabe, worauf er sie halb gewaltsam in sein Heer einreihete.

Sachsen blieb also in seiner Hand, aber nicht nur war seine eigentliche Absicht, Österreich zum Frieden zu zwingen, mißlungen, sondern sein Angriff, der seiner der wirklichen Sachlage ganz unkundigen Zeit schlechweg als Friedensbruch erschien, brachte die ihm drohende Koalition zum vollen Abschluß. Schon im Januar 1757 beschloß der Reichstag den Reichskrieg gegen Brandenburg, im März verbündeten sich Frankreich und Schweden als Bürgen des westfälischen Friedens zum Schutze der deutschen „Freiheit,“ und nachdem schon im Januar nähere Vereinbarungen zwischen Frankreich, Österreich und Rußland getroffen worden waren, verständigten sich die beiden ersten Mächte am 1. Mai 1757 in Versailles über eine Teilung Preußens, die den Staat auf den Stand von 1640 zurückgeworfen haben würde, und über den Anfall des südlichen Belgiens an Frankreich. Gegen alle seine Traditionen unternahm es dies also, Österreich durch die Vernichtung seines deutschen Nebenbuhlers zur alleinherrschenden Macht in Mitteleuropa zu erheben und gab in kaum begreiflicher Verblendung um einen kärglichen Landgewinn an seiner Ostgrenze die großartigsten Aussichten in Nordamerika preis; das Haus Lothringen aber war bereit, Vorpomern an Schweden, Ostpreußen an Rußland auszuliefern und das Werk einer hundertjährigen Arbeit in Norddeutschland zu vernichten. So vertrat, wie zweihundert Jahre vorher Moriz von Sachsen, jetzt der Markgraf von Brandenburg mit seinen norddeutschen Bundesgenossen Hannover, Braunschweig, Hessen-Kassel u. a. m. gegen Kaiser und Reich die wahren Interessen

Die
europäische
Koalition
gegen
Preußen

der Nation. Indem er 11. Januar 1757 ein Bündnis mit England schloß, kam der Kampf um die Zukunft Deutschlands, Nordamerikas und Ostindiens gleichzeitig zur Entscheidung, und ebenso auf den deutschen wie auf den überseeischen Schlachtfeldern wurden diese Fragen der Weltpolitik ausgefochten.

Friedrichs
Kriegs-
führung

Diesen ungleichen Kampf mußte Friedrich mit den Mitteln des ärmsten Viertels von Deutschland, der alten Koloniallande östlich von der Elbe und Saale, Sachsen und das 1757 ebenfalls besetzte Mecklenburg inbegriffen, gegen drei Großmächte, Schweden und den größten Teil Deutschlands auf allen vier Fronten zugleich führen, wobei er von England mit Hilfgeldern (1 Million Pfund Sterling) zwar kräftig, aber militärisch nur schwach unterstützt wurde. Nur zwei Vorteile hatte er: die souveräne Einheit der militärischen und politischen Oberleitung und die Beherrschung der innern (kürzern) Linien. So konnte er, wie der Befehlshaber einer nur schwach besetzten Festung, seine Truppen immer rechtzeitig nach der gerade bedrohten Front werfen. Im Angriff war er nur in den beiden ersten Jahren 1757 und 1758, seitdem wurde er ganz in die Verteidigung zurückgedrängt, und so sehr er sie angriffsweise zu führen suchte, so verengerte sich doch der Kreis der von ihm behaupteten Landschaften mit jedem Jahre.

Der
Feldzug
von 1757

Zunächst im Jahre 1757 den Plan von 1756 wieder aufnehmend rückte der König von Sachsen und Schlessien aus in Böhmen ein und schloß die österreichische Armee nach dem hartbestrittenen Siege vom 6. Mai in Prag ein. Aber gegen das starke heranziehende Entsatzheer unter Graf Leopold von Daun erlitt er am 18. Juni in der mörderischen Schlacht von Kolin eine entscheidende Niederlage, die ihn nicht nur zwang, nach Sachsen zurückzuweichen, sondern auch seinen ganzen Plan völlig vereitelte. Denn während er in

der Oberlausitz zwischen Zittau und Görlitz den überlegnen Streitkräften Dauns gegenüberstand, ohne ihn zur Schlacht bringen zu können, entwickelte sich der übermächtige Angriff der Koalition von allen Seiten. Im Osten besetzten die Russen Memel und schlugen am 30. August den greisen Feldmarschall Lehwaldt bei Groß-Jägersdorf am Pregel, sodaß dieser eben nur Königsberg decken konnte; im Norden überschritten die Schweden die Peene. Im Westen wich vor der französischen Nordarmee unter D'Estrées, die vom Niederrhein her die Lippe aufwärts marschierte, die englisch-norddeutsche Armee des Herzogs von Cumberland aus ihrer starken Stellung am Teutoburger Walde ohne Not nach der mittlern Weser zurück, brach dann die Schlacht bei Hastenbeck unweit Hameln am 26. Juli gerade in dem Augenblicke ab, als sie schon halb gewonnen war, und wurde am 8. September zu der schimpflichen Kapitulation von Kloster-Zeven genötigt, nach der die hannoverschen Truppen sich hinter die Elbe zurückziehen sollten, also den Franzosen der Weg nach Magdeburg geöffnet wurde. Endlich rückte die französische Südarkmee unter dem Prinzen von Soubise, verstärkt durch die „e(i)lende Reichshilfe,“ d. i. die meist militärisch ganz untauglichen kleinen Kontingente der süd- und westdeutschen Stände, die den ehrwürdigen Namen des Reichs schändeten, nach Thüringen und Sachsen vor. Während nun die Russen aus dem roh verwüsteten Ostpreußen bald wieder abziehen mußten, überließ Friedrich die Verteidigung Schlesiens dem Herzog von Braunschweig-Bevern, verscheuchte durch seinen bloßen Anmarsch ein österreichisches Streifkorps aus seiner Hauptstadt und brachte am 5. November, vornehmlich durch die von Seydlitz glänzend geführte Reiterei, bei Roßbach unweit Merseburg den Truppen Soubises jene schimpfliche Niederlage bei, die in ganz Deutschland mit

lautem Jubel als ein endlicher Sieg über französischen Übermut begrüßt wurde. Inzwischen mußte Bayern nach der unglücklichen Schlacht bei Breslau 22. November Schlesien aufgeben, noch ehe der König, am 13. November von Leipzig aufbrechend, trotz rastloser Eilmärsche ihm Hilfe bringen konnte; aber sein glänzender Sieg bei Leuthen über eine doppelte Übermacht am 5. Dezember rettete ihm die wichtige Provinz und drängte die Österreicher nach Böhmen zurück.

Der
Feldzug
von 1758

Für 1758 gestalteten sich Friedrichs Aussichten dadurch günstiger, daß William Pitt, der nunmehrige Leiter Englands, die Konvention von Kloster-Zeven verwarf und in dem Herzog Ferdinand von Braunschweig einen trefflichen Führer an die Spitze des verstärkten Heeres stellte. Dieser überraschte schon im Februar 1758 die Franzosen in ihren weitausgedehnten Winterquartieren hinter der Aller und Leine, drängte sie ohne ernstern Kampf über den Rhein zurück und schlug sie am 23. Juni bei Krefeld. Erst der Vormarsch der französischen Südmee, die ihn im Rücken bedrohte, hemmte seinen Siegeslauf. Im Osten versuchte der König, von Schlesien her in Mähren einmarschierend, durch die Belagerung von Olmütz sich den Weg nach Wien zu öffnen. Währenddem aber besetzten die Russen das unhaltbare Ostpreußen und gingen durch das neutrale Polen in die Neumark vor, wo sie Küstrin, den Schlüssel der Straße nach Berlin belagerten. Hier traf sie der König, der vor Daun's Anmarsch die Einschließung von Olmütz hatte aufgeben müssen, am 25. August bei Zorndorf mit so wuchtigem Schlage, daß sie zurückwichen. Inzwischen aber bedrohte Daun, von einem Reichsheere unterstützt, Dresden, und als Friedrich, um den vorsichtigen Zauderer zur Schlacht zu bringen, sich ihm bei Hochkirch unweit Bauen in herausfordernder Stellung gegenüberlagerte, erlitt er am 14. Oktober durch einen

wohlberechneten nächtlichen Überfall eine furchtbare Niederlage. Trotzdem wich Daun, da er Dresden nicht zu nehmen vermochte, wieder nach Böhmen zurück, und der König behauptete alle seine Länder, mit Ausnahme Ostpreußens.

Nach so ergebnislosem Ringen ließ sich Frankreich nur noch mit Mühe bei dem Bündnis festhalten und beschränkte dessen Zweck ausdrücklich auf die Eroberung Schlesiens. Auch 1759 waren die Ergebnisse im Westen den Verbündeten nicht günstiger. Der Herzog Ferdinand wurde zwar bei dem Versuche, der französischen Südarree das am 2. Januar besetzte Frankfurt a. M. zu entreißen, am 13. April bei Bergen zurückgeworfen, aber über die Nordarmee siegte er am 1. August glänzend bei Minden. Dagegen erlitt der König im Osten den ersten unausgleichbaren Verlust. Denn hier vereinigten sich die Russen nach ihrem Siege bei Kay unweit Züllichau (23. Juli) mit einem österreichischen Korps unter Gideon von Loudon bei Frankfurt a. O. und wiesen den verwegnen Angriff Friedrichs auf ihre feste Stellung bei Kunersdorf am 12. August mit so furchtbaren Verlusten für den König zurück, daß dieser alles verloren gab und, um alle Kräfte zu vereinigen, Dresden am 5. September an die Reichstruppen übergeben ließ. Da die ebenfalls schwer mitgenommenen Russen wider Erwarten den befürchteten Vormarsch auf Berlin nicht wagten, so konnte Friedrich noch im Herbst den Versuch machen, Dresden wiederzunehmen; dabei wurde aber der General von Finck, der die österreichische Rückzugslinie nach Böhmen bedrohen sollte, in seiner ausgesetzten Stellung bei Magen in der Nähe von Dippoldiswalde am 21. November mit Übermacht angegriffen und zur Kapitulation genötigt. Zum erstenmale nahmen die Österreicher in Sachsen Winterquartiere.

Su-
nehmende
Verluste
Friedrichs
1759

Feldzug
von 1760

Mit sinkenden und minderwertigen Kräften richtete Friedrich im Sommer 1760 seine Anstrengungen zunächst auf die Wiedergewinnung Dresdens. Aber die zerstörende Beschießung 14.—30. Juli blieb vergeblich, und die Nachrichten, daß Loudon am 23. Juli Fouqués Korps im Passe von Landeshut fast vernichtet, am 26. Juli Glatz überrumpelt habe und vor Breslau stehe, zwangen den König zum Abzuge nach Schlesien. Hier schlug er Loudon, der ihm entgegenkam, am 15. August bei Liegnitz; aber während er nordwärts eilte, um Berlin von der Brandschakung durch ein österreichisch-russisches Streifkorps (9.—12. Oktober) zu befreien, überschwebten Dauns Österreicher ganz Sachsen, und erst der schwere Sieg bei Torgau am 3. November, den noch spät am Abend Zieten's Angriff auf die Höhen von Süptitz entschied, brachte das Land größtenteils wieder in die Hände der Preußen.

Friedrich
in größter
Not

Während nun im Westen 1760—61 Herzog Ferdinand gegen die schlaffe Kriegführung der Franzosen das Gleichgewicht im ganzen behauptete, schien im Osten 1761 Preußen erliegen zu müssen. Mit seinem auf 50000 Mann zusammengeschmolzenen Heere konnte Friedrich das Feld nicht mehr halten; er mußte sich damit begnügen, den wieder vereinigten Österreichern und Russen in verschanzten Lagern die Spitze zu bieten, erst bei Bunzelwitz im August, gestützt auf Schweidnitz, dann, als die Russen abgezogen waren und Loudon am 30. September die Festung Schweidnitz überrumpelt hatte, bei Strehlen. Zu dieser verzweifelten Lage in Schlesien kam der Verlust von Kolberg; nachdem dies schon zweimal, 1758 und 1760, den Angriff der Russen tapfer abgewehrt hatte, mußte es ihnen jetzt nach heldenmütiger Verteidigung am 16. Dezember übergeben werden. Um Friedrich's Lage vollends hoffnungslos zu machen, verweigerte Lord Bute, der nach dem Tode Georg's II. (Oktober 1760)

Pitts Nachfolger geworden war (Oktober 1761), die Erneuerung des am 12. Dezember 1761 ablaufenden Subsidienvertrages mit Preußen, weil sich auch Spanien im spanisch-bourbonischen Familientraktat (15. August) den Feinden Englands zugesellt hatte. Aber auch die Kräfte der Gegner Friedrichs, namentlich ihre finanziellen Mittel waren der Erschöpfung nahe, die Ermüdung und die Enttäuschung bei im ganzen doch sehr geringen Erfolgen allgemein.

So brachte der Tod der längst kränkelnden Kaiserin Elisabeth von Rußland am 5. Januar 1762 eine entscheidende Wendung. Denn ihr Nachfolger Peter III., der Sohn ihrer Schwester Anna und Friedrichs von Holstein-Gottorp, ein Fürst also halbdeutscher Abkunft und jedenfalls ganz unrußischer Gesinnung, längst ein Gegner des unfruchtbaren Krieges und ein begeisterter Bewunderer Friedrichs des Großen, räumte auf der Stelle Ostpreußen und Pommern, schloß am 5. Mai den Frieden, am 19. Juni sogar ein enges Bündniß mit Preußen, vermittelte auch den Frieden von Hamburg mit Schweden (22. Mai) und ließ Tschernytschew mit 20000 seiner Truppen zu Friedrichs Heer in Schlessen stoßen, um ihn bei der Wiedereroberung von Schweidnitz zu unterstützen. Obwohl nun Peter mit Hilfe der altrussischen Partei schon am 9. Juli von seiner Gemahlin Katharina II. gestürzt wurde, und diese das Bündniß mit Preußen aufhob, so wagte es doch Tschernytschew so lange im preußischen Lager zu bleiben, bis Friedrich am 21. Juli 1762 in der Schlacht bei Burkersdorf Daun geschlagen und nach Böhmen zurückgedrängt hatte. Am 9. Oktober kapitulierte Schweidnitz, am 29. Oktober zwang Prinz Heinrich durch den Sieg bei Freiberg die Reichstruppen zur Räumung Sachsens, am 24. November kam eine Waffenruhe für Sachsen und Schlessen zustande, während sechs preußische Streifscharen die

Zerfall
der
Koalition

kleinen süddeutschen Reichsstände brandschatzten und weithin in Schrecken setzten.

Die
Friedens-
schlüsse

Die letzten Siege waren den Preußen verblieben, jede Möglichkeit, den zähen Heldenmut des Gegners niederzuringen, war für Österreich verloren. Auf der andern Seite hatte der Sieg des Generals James Wolfe bei Quebeck am 13. September 1759 den Engländern Kanada überliefert, die Schlacht von Plassy am 23. Juni 1757 ihre Herrschaft in Bengalen und ihr Übergewicht über Frankreich in Indien entschieden, und allerorten behaupteten sie zur See das Übergewicht. So verständigten sich, unbekümmert um den deutschen Krieg, die Westmächte schon am 3. November 1762 über die Friedenspräliminarien und schlossen am 10. Februar 1763 den Frieden von Paris, der für England die Erwerbung von Kanada, Neuschottland und Florida brachte, also die Herrschaft der angelsächsisch-protestantischen Kultur in Nordamerika entschied und die stolzen Anfänge des dortigen französischen Kolonialreichs zertrümmerte. Für Deutschland hatten die Friedensverhandlungen besonders durch die Vermittlung des Kurprinzen von Sachsen Friedrich Christian am 31. Dezember 1762 im Jagdschloß Hubertusburg bei Dschah begonnen und führten hier am 15. Februar 1763 zum Abschluß des Friedens auf der einfachen Grundlage des Gebietsstandes vor dem Kriege.

Folgen
des
Krieges

Friedrich der Große hatte in einer furchtbaren Feuerprobe bis auf den letzten Fußbreit seinen Besitz und die Großmachtstellung Preußens behauptet, die Stämme Österreichs aber waren jetzt erst politisch wirklich zusammengewachsen. Der preußisch-österreichische Dualismus war also vollendet. Fortan hing von dem Verhältnis dieser beiden Großmächte das politische Schicksal der Nation ab; die Organe des Reichs hatten nicht nur ihre Ohnmacht erwiesen, sondern sie waren jetzt geradezu in Verachtung ge-

sunken. Aber an den Thaten des großen Königs und seines tapfern Heeres aus Deutschen aller Stämme richtete sich zum erstenmale wieder das Nationalgefühl der Deutschen empor, so wenig sie damals die ganze Bedeutung des Kampfes verstehen konnten, und so schwer man in Sachsen die harte Hand des Königs empfunden hatte, und das preußische Volk, das die Interessen der ganzen Nation gegen ausländische Bedrohung so heldenmütig und aufopfernd verfochten hatte, gewann in diesen Erinnerungen einen unvergänglichen Schatz des Ruhmes und sittlicher Kraft. Mochte der König selbst, verhärtet und verbittert, wie er heimkehrte, vor allem die schweren materiellen Verluste, den Rückgang der Bevölkerung (in Preußen um eine halbe Million, in dem nicht minder schwer getroffenen Sachsen um 90000), die Verwüstung mancher Landstriche, die finanzielle Zerrüttung tief empfinden, er hatte, ohne es zu ahnen, den Grundstein für die Erneuerung des Deutschen Reichs unerschütterlich in den Boden gesenkt.

Die Isolierung Preußens dauerte auch nach dem Kriege fort. Am Reichstage hatte es sich die alte österreichische Mehrheit gegenüber, da sich nur Sachsen, nach dem Tode des Kurfürsten August (Oktober 1763) unter Friedrich Christian, die gefallne Entscheidung ehrlich anerkennend, näher an Preußen angeschlossen. Ebenso bestand das Einvernehmen zwischen Österreich und Frankreich fort, und mit England war Preußen tief verfeindet. Die einzige Macht, an die es sich anlehnen konnte, war also Rußland; ja beide Staaten hatten insofern sogar gleiche Interessen, als beide wünschen mußten, die Ohnmacht Polens zu erhalten, Rußland, weil es dort wenigstens mittelbar herrschen wollte, Preußen, weil ein starkes Polen Ostpreußen und die ganze Ostgrenze des Staats aufs gefährlichste bedroht hätte, während Österreich

Preußisch-
russisches
Bündnis

die Kräftigung Polens erstreben mußte. Daher schlossen beide Mächte am 11. April 1764 auf acht Jahre ein Verteidigungsbündnis, um die polnische Verfassung, die Polens Ohnmacht verbürgte, aufrecht zu halten, die Wahl eines einheimischen Königs durchzusetzen und den Dissidenten (d. h. den Römisch-Katholischen und den Evangelischen) die ihnen 1733 entzogene politische Gleichberechtigung wieder zu verschaffen. Mit diesem Bündnis begründete Friedrich das Verhältnis Preußens zu Rußland, das seitdem eine der wichtigsten Voraussetzungen der deutschen und europäischen Politik geblieben ist.

Die erste
Teilung
Polens

Beide Mächte setzten zunächst die Wahl Stanislaus' II. Ponjatoski durch (1764—95), dann mit Hilfe der Magnatenkonföderation von Radom 1767 die Wiederherstellung der Dissidentenrechte. Als sich gegen diese und die fremde Einmischung die Konföderation von Bar (in Podolien) erhob, rückten 1768 russische Truppen ein, erstürmten Bar und jagten die Konföderierten nach Ungarn und nach der Türkei. Da erklärte diese, von Österreich und Frankreich bestimmt, den Krieg an Rußland (1768—74). Doch die Russen führten den Krieg im ganzen so glücklich, daß ein Eingreifen Österreichs drohte, um ihre Festsetzung an der untern Donau zu verhindern. Da dann auch Preußen nach dem Vertrage von 1764 unter Umständen die Waffen hätte ergreifen müssen, Friedrich aber vor allem den Frieden für sein tieferschöpftes Land erhalten wollte, so suchte er zu vermitteln und näherte sich deshalb Österreich, indem er 1769 in Neiße, 1770 in Mährisch-Neustadt mit dem jungen Kaiser Joseph II. (1765—90) zusammentraf, der die auswärtige Politik Österreichs schon mehr bestimmte als die alternde Maria Theresia. Nun schlug jene Vermittlung zwar fehl, aber Katharina II. begriff, daß sie bei ihren türkischen Ver-

größerungsplänen Österreich gegen sich, Preußen nicht für sich haben werde, und gab daher den preußischen Vorschlägen Gehör, daß sich alle drei Mächte an Polen schadloß halten sollten, nachdem 1769 Preußen das schon 1698 verpfändete Elbing, Österreich die sogenannte polnische (1412 von Ungarn an Polen verpfändete) Zips, 1770 drei westgalizische Starosteien als altungarisches Eigentum in Besitz genommen hatte. Am 5. August 1772 unterzeichneten die drei Großmächte, ohne daß das sinkende Frankreich für seinen alten Bundesgenossen im Osten eingetreten wäre, den Vertrag über die sogenannte erste Teilung Polens. Österreich nahm Galizien, altpolnisches und ruthenisches Land, Rußland das alte Weißrußland, also früher russisches Gebiet, Preußen Ermland und Westpreußen (außer Danzig und Thorn), das alte, 1466 verlorne und halbpolonisierte Hauptland des deutschen Ordens mit seinem stolzen Haupthause, der Marienburg, dazu ein Stück von Großpolen, den Nehedistrikt. Also büßte die königliche Republik Polen die Auflösung jeder Staatsordnung durch die Selbstsucht und Zuchtlosigkeit des Adels mit dem Verluste wertvoller, meist den Nachbarn zur Zeit ihrer Schwäche entrifffener Grenzlande, Preußen aber gewann die unentbehrliche Verbindung zwischen seinen Mittelprovinzen und dem entlegnen Ostpreußen, ein freilich völlig herabgekommenes Gebiet, das an Größe Schlesien nicht viel nachstand.

Während nun Katharina II. im Frieden von Rutschuk Rainardschi 1774 den russischen Besitz bis ans Schwarze Meer vorschob, die Erwerbung der Krim und des Kaukasus vorbereitete und über die Moldau und Walachei eine Art Schutzrecht erwarb, um durch dies alles den Angriff auf die europäische Türkei einzuleiten, erneuerte sich der alte Gegensatz zwischen Österreich und Preußen in der bayrischen Erbfolge-

Die
bayrische
Erbfolge

frage und verursachte eine verhängnisvolle Entfremdung, die den russischen Eroberungsplänen Vor- schub leistete und noch auf den Gang des großen Kampfes gegen die französische Revolution bestimmend eingewirkt hat. Als nämlich die bayrische Linie des Hauses Wittelsbach mit Max Joseph 30. Dezember 1777 ausstarb, nahm Oesterreich, alte Pläne erneuernd und auf Frankreichs Hilfe rechnend, einen Teil der Oberpfalz und Niederbayerns unter verschiedenen Rechtstiteln in Anspruch. Dabei stieß es zwar nicht auf den Widerspruch des neuen Kurfürsten, des kinder- losen Karl Theodor von der Pfalz, wohl aber auf den Protest des nach diesem berechtigten Erben Karl August von Pfalz-Zweibrücken. Hinter diesem standen Preußen, das eine Vergrößerung Oesterreichs auf deutschem Boden nicht zulassen wollte, und Sachsen, dessen Kurfürst Friedrich August III. im Namen seiner Mutter Maria Antonia, einer Schwester Max Josephs, Ansprüche auf die bayrischen Allodien erhob.

Der
bayrische
Erbfolge-
krieg

Obwohl Frankreich, soeben im Begriffe, in den nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg einzugreifen, jede Hilfeleistung ablehnte, so ließ es doch Oesterreich auf einen Waffengang ankommen, und im Sommer 1778 rückte Friedrich, mit Sachsen verbündet, nochmals von Schlesien her in Böhmen ein, während Prinz Heinrich von der Oberlausitz aus gegen die Iserlinie vorging. Zu einem entscheidenden Kampfe kam es indes nicht, denn beide Teile scheuten ihn, so gern sich Joseph II. mit dem ersten Feldherrn des Jahrhunderts gemessen hätte, und Maria Theresia, mit dem ganzen Plane nicht recht einverstanden, nahm die Vermittlung Frankreichs und Rußlands an. So begnügte sich Oesterreich im Frieden von Teschen am 13. Mai 1779 mit dem Innviertel, einem kleinen Teile Niederbayerns, und erkannte das Erbrecht Preußens auf die fränkischen Fürstentümer Ansbach

und Bayreuth an, Sachsen wurde durch eine Geldsumme entschädigt, alles unter französisch-russischer Garantie.

Aber seitdem kannte Joseph II., der nach dem Tode Maria Theresias am 29. November 1780 die Herrschaft auch in Österreich antrat, nur ein Ziel, die Bekämpfung Preußens, und als vornehmstes Mittel dazu die Zerstörung des (1774 erneuerten) preußisch-russischen Einvernehmens, den engen Anschluß Österreichs an Rußland. Doch dieser war nur um den Preis einer unbedingten Unterstützung der gierigen russischen Eroberungspolitik möglich. Schon im Jahre 1781 schloß sich auf dieser Grundlage das Bündnis. Darauf nötigte Rußland 1784 der isolierten Türkei die Zustimmung zur Einverleibung der Krim ab, Joseph II. aber verhandelte in München über den Austausch Bayerns gegen das entlegne Belgien. Zugleich suchte er den österreichischen Einfluß im Reiche zu steigern, indem er österreichische Erzherzöge an die Spitze großer Stifter beförderte (z. B. in Köln 1784), und er beunruhigte die bayerischen Bischöfe von Salzburg, Passau und Regensburg aufs höchste durch Abtrennung ihrer österreichischen Sprengel. Also geängstigt von der Vergrößerungspolitik des Kaisers begannen die kleinern Reichsfürsten von Österreich abzufallen und sich um Preußen zu scharen, das allein ihr entgentreten konnte. Indem nun die österreichische Mehrheit des Reichstages zerfiel, schloß Friedrich der Große am 23. Juli 1785 zunächst mit Sachsen und Hannover den deutschen Fürstenbund und gewann für ihn nicht nur die meisten übrigen norddeutschen Fürsten, sondern auch Pfalz-Zweibrücken, Hessen-Kassel und sogar den Kurfürsten von Mainz. Die Genossen verpflichteten sich, in Reichsangelegenheiten zusammenzuhaltend, den Austausch Bayerns zu hindern und die Reichsverfassung

Der
deutsche
Fürsten-
bund

zu behaupten. In der That gab Joseph II. seine bayrischen Pläne auf, und zum erstenmale stand Preußen an der Spitze fast des ganzen außerösterreichischen Deutschland. Aber eine Reform der Reichsverfassung, die manche hofften, wie Herzog Karl August von Weimar, konnte schon deshalb aus dem Fürstenbunde nicht hervorgehen, weil er ja die Erhaltung der Reichsverfassung erstrebte, und so wollte es eine tragische Ironie, daß Friedrich der Große, der im Kampfe gegen das Reich emporgekommen war, zuletzt für die Erhaltung dieser längst unhaltbaren Reichsverfassung eintreten mußte. Auch die gleichzeitigen Bestrebungen der vier deutschen Erzbischöfe, die sich durch die Errichtung einer stehenden päpstlichen Nuntiatur in München (25. Februar 1785) in ihren oberhirtlichen Rechten bedroht fühlten, mit den Emser Punktationen vom 25. August 1786 die Grundlagen einer nationalen Verfassung der katholischen Kirche Deutschlands festzustellen, verliefen im Sande.

Deutsche
Politik
nach dem
Tode
Friedrichs
II.

In der That, das Größte, was Friedrich für Deutschland geleistet hatte, war doch der festgefügte waffenstarke Großstaat von 3600 Quadratmeilen und sechs Millionen Einwohnern, den er bei seinem Tode am 17. August 1786 seinem Neffen Friedrich Wilhelm II. (1786–97) hinterließ. Dieser erweiterte ihn noch durch die Erwerbung der alten fränkischen Hohenzollernlande Ansbach und Bayreuth 1791 und faßte dadurch auch in Süddeutschland Fuß. Aber deutsche Politik im großen Stile zu treiben, wie sein Vorgänger während der schlesischen Kriege wenigstens geplant hatte, versuchte er nicht, obwohl sich dazu mehrfach die günstigste Gelegenheit bot. Er ließ 1787 Holland besetzen, weil seine Schwester Wilhelmine, die Gemahlin des Erbstatthalters Wilhelm V., während der dortigen Parteikämpfe frech insultiert worden war; aber den Rat Karl Augusts, Holland in den Fürsten-

bund aufzunehmen und dadurch wieder in das deutsche Staatsleben hereinzuziehen, befolgte er nicht. Gegen die Vergrößerungspläne Oesterreichs und Rußlands, die im Frühjahr 1788 gemeinsam den Kampf eröffneten, um die europäische Türkei unter sich zu teilen, verbündete er sich zwar im August 1788 mit England und Holland, dann auch mit Schweden zur Bewahrung des europäischen Gleichgewichts, also thatsächlich zu Gunsten der längst ungefährlichen Türkei; aber er benutzte weder die schweren Niederlagen der Oesterreicher noch die Erschütterung der habsburgischen Monarchie durch den Aufstand in Belgien (1789) und die Aufregung in Ungarn, um in Wien Zugeständnisse für die Stellung Preußens in Deutschland zu gewinnen, sondern begnügte sich nach dem Tode Josephs II. am 20. Februar 1790 von seinem Nachfolger Leopold II. (1790—92) im Vertrage von Reichenbach 27. Juli den Verzicht auf alle Eroberungspläne im Osten zu erlangen. Auf dieser Grundlage wurde auch im ganzen der Friede im Orient wiederhergestellt. Da aber Leopold II. die Pläne Josephs II. aufgab, so zerfiel die Grundlage des Fürstenbundes und damit dieser selbst. Die Ergebnisse waren also für Deutschland lediglich negativ: der Verzicht auf jede Reform der Reichsverfassung, die Lockerung des von Friedrich II. begründeten Verhältnisses zwischen Preußen und Rußland, eine scharfe Spannung zwischen Preußen und Oesterreich, und das tiefe Mißtrauen der Wittelsbacher gegen die österreichische Politik.

* * *

So erstarrt das alte Reich war, so reges Leben herrschte in den größern Einzelstaaten, so rüstig waren die Fortschritte der Nation in ihrem wirtschaftlichen und geistigen Dasein. Als echter Selbstherrscher der Aufklärung wurde Friedrich der Große

das Vorbild für alle, und seine bitterste Feindin, Maria Theresia, war seine größte Schülerin. Nicht daß er kurzweg ein Ideal zu verwirklichen gesucht hätte, aber der Geist der Aufklärung durchdrang den ganzen Staat, und auf manchen Gebieten griff er schöpferisch durch. Die Verwaltungsordnung seines Vaters baute er nur weiter aus, nicht um; er fügte dem Generaldirektorium zwei neue Provinzialministerien (für Schlesien und Westpreußen) und vier Fachabteilungen an und führte die Kreisordnung auch in Preußen, Rleve-Mark und den neuerworbenen Provinzen durch, aber er ließ die berufsmäßige Scheidung der Stände und die darauf beruhende Besteuerung bestehen, übertrug nur 1766 die Verwaltung der indirekten Steuern einer besondern Zentralbehörde, der sogenannten Regie, und suchte seine Einnahmen durch Monopole auf Tabak und Kaffee (neben dem alten Salzmonopol) zu vermehren, sodaß sie wirklich von sieben auf zwanzig Millionen stiegen und die Bildung eines Kriegsschatzes von fünfundfünfzig Millionen Reichsthalern (1786) ermöglichten. In seiner Volkswirtschaftspolitik folgte er den Grundsätzen des Merkantilismus, führte deshalb neue Industriezweige in den Mittelprovinzen (Seidenweberei, Porzellanmanufaktur) ein, suchte durch privilegierte Handelsgesellschaften einen Anteil am Welthandel zu gewinnen, gründete noch 1772 die Seehandlung als eine Unternehmung des Staats, regelte durch seine Kornhäuser, in die das Getreide von den Domänen und von den Lieferungen für das Heer zusammenfloß, die Getreidepreise und arbeitete unermüdlich daran, durch großartige Urbarmachungen (des Oder-, Warthe- und Negebruchs), Aufteilung der Gemeindeländereien und Parzellierung von Domänen nicht nur neuen Ackergrund für eine planmäßige innere Kolonisation, sondern auch neue Bauernstellen zu schaffen. Während er

den Bau von Kunststraßen aus militärischen Rücksichten unterließ, sorgte er für die Verbindung der Elbe, Oder und Weichsel durch Kanalbauten, machte durch die Anlage des Hafens von Swinemünde die Swine zur wichtigsten Mündung der Oder und suchte durch die Gründung der preußischen Bank 1765 das Monopol des holländischen Kapitals zu brechen.

Wahrhaft schöpferisch wirkte der König auf dem Gebiete der Rechtspflege und Gesetzgebung. Nicht nur schaffte er schon 1740 die Folter ab und verzichtete auf jede Kabinettsjustiz, sondern er ordnete auch durch Samuel von Cocceji den Prozeßgang im Sinne eines vereinfachten Verfahrens und ließ von Carmer und Svarez das allgemeine Landrecht als Gesetzbuch für den ganzen Staat ausarbeiten, eine der größten Kodifikationen der Geschichte, mit der Preußen in der Anwendung der Gedanken der Aufklärung der Zeit um ein Jahrhundert vorausseilte (veröffentlicht 1784, in Kraft gesetzt 1794). Für alle Kirchen sprach er schon 1740 den Grundsatz der allgemeinen Duldung aus; er ließ zahlreiche katholische Gemeinden in Berlin und andern evangelischen Städten zu, gewährte der katholischen Kirche in Schlesien und Westpreußen volle Freiheit und befreite umgekehrt die dortigen Evangelischen von dem alten kirchlichen Drucke. Dabei hielt er den Katholiken gegenüber sein Oberaufsichtsrecht fest, ordnete die Verhältnisse der gemischten Ehen, zog sogar 58 Prozent des reinen Einkommens der römischen Kirche als Staatssteuer ein. Die Leitung der lutherischen Kirche ging in den alten Provinzen an ein Oberkonsistorium über (1750). Beim Schulwesen begnügte sich der Staat noch fast ganz mit einer allerdings eingreifenden Gesetzgebung, ohne die Verwaltung den Kirchen oder Gemeinden zu entziehen; doch wirkte er unablässig für die Vermehrung besonders der Landschulen namentlich in Schlesien

Rechtspflege und Gesetzgebung, Kirche und Schule

und Westpreußen (wo sie ganz neu zu schaffen waren), sowie für die Errichtung von Lehrerseminarien; für das höhere Schulwesen kam erst mit dem trefflichen Justizminister Abraham von Zedlitz (seit 1771) eine bessere Zeit.

Die
Armee

Der „Atlas,“ der den Staat trug, und seine vornehmste Institution war die Armee. Der König gab ihr gleich nach den Erfahrungen des ersten schlesischen Krieges jene unwiderstehliche Reiterei, die unter Führern wie Seydlitz und Zieten so viele seiner Schlachten entschied, und noch gegen Ende seiner Regierung schuf er, vom nordamerikanischen Unabhängigkeitskriege angeregt, in den „grünen Füsilieren“ eine vorzügliche Truppe für das zerstreute Gefecht. Aber er erweiterte die Exemtionen vom Heeresdienst aus wirtschaftlichen Gründen derart, daß die Armee ganz überwiegend aus fremden Söldnern bestand, und konnte daher weder die Lineartaktik der Infanterie ändern noch die harte Kriegszucht mildern. Also verlor unter diesem größten Feldherrn des Jahrhunderts die Armee, so sehr ihre Zahl wuchs (zuletzt gegen 200 000 Mann), an innerer Tüchtigkeit.

Friedrich
Wilhelm
II.

So hart und schroff war das Regiment des alternden und mehr und mehr vereinsamten Königs geworden, daß sein Volk mehr mit scheuer Bewunderung als mit Liebe zu ihm emporsah und seinen Tod am 17. August 1786 (in Sanssouci) fast als eine Erleichterung empfand. In der That lockerte der Nachfolger Friedrich Wilhelm II. (1786 bis 1797) der „öffentlichen Opinion“ zuliebe die Zügel, indem er die verhaßte Regie beseitigte und vorschnell auch die beiden neuen Monopole aufgab; aber er trat auch unter dem Einflusse seines Justizministers Johann Christoph von Wöllner der freigeistigen Richtung mit dem sogenannten Wöllnerschen Edikt vom 9. Juli 1788 entgegen, daß alle Geistlichen und

Lehrer, die ihr anhängen, mit Entsetzung bedrohte, also zu einer widerwärtigen Spionage Veranlassung gab, und verschärfte sogar die Bücherzensur. Und bald zeigte sich, daß dieser von der Würde Preußens und seiner eignen Stellung durchdrungne König weder die Arbeitskraft noch die Selbständigkeit und Festigkeit des Willens besaß, seinen sich beständig vergrößernden Staat in der alten Weise zu übersehen und zu lenken.

Was in Preußen unter verhältnismäßig einfachen Verhältnissen langsam seit dem Großen Kurfürsten erreicht worden war, die Begründung der Staatseinheit und einer monarchischen Verwaltung, das versuchte in Oesterreich unter schwierigeren Bedingungen Maria Theresia (1740—80) in kürzerer Frist durchzuführen, und doch mit günstigem Erfolge, weil sie mit echt weiblichem Takte, unermüdblicher Thätigkeit und festem Willen nur das Notwendige wollte. Die in diesen alten Kolonialländern tiefbegründete herrschende Stellung der weltlichen und geistlichen Grundherren tastete sie nicht an, sie schuf in ihrem glänzenden, lebenslustigen Hofe einen großen geselligen Mittelpunkt für den Adel ihrer Länder und stellte Ungarn nach dem Ausgleich von 1741 ganz selbständig neben die deutsch-slawische Reichshälfte. Den Grund zur Staatseinheit dieser Länder legte Graf Haugwitz 1746 mit der Verschmelzung der böhmischen und österreichischen Hofkanzlei, von der sich nach dem siebenjährigen Kriege noch die Hofkammer (für das Finanzwesen) und die Haus-, Hof- und Staatskanzlei (für das Auswärtige, die Lombardei und Belgien) abzweigten. Alle Fäden der Zentralverwaltung liefen im Staatsrat zusammen. Die Einheit des Rechts wurde wenigstens für das Strafrecht 1768 durch die Nemesis Theresiana hergestellt. Mittelbar förderte auch das Zurückweichen der ständischen Verwaltung vor der

Öster-
reichische
Ver-
waltung

Landesherrlichen in den einzelnen Kronländern die Staatseinheit der Westhälfte. Die ständischen Landesverwaltungen wurden auf die Rechtspflege beschränkt, die ständischen Kreisämter landesherrlichen Beamten übertragen und durch sie einerseits die Verhältnisse zwischen den Grundherren und den Bauern überwacht, andererseits die ganze Heeresverwaltung den Ständen entzogen, das Heer zu einer ganz monarchischen Institution umgestaltet.

Finanzen,
Kirche und
Schule

Erst dies einheitsstaatlich-monarchische Beamtentum konnte die Volkswohlfahrt im modernen Sinne fördern. Seit 1775 verschwanden die Binnenmatten, und die deutsch-slawische Reichshälfte wurde ein einheitliches Wirtschaftsgebiet; die Finanzen, die in der Hauptsache nicht, wie in Preußen, auf den Domänen, sondern auf der auch für den Großgrundbesitz verbindlichen Grundsteuer, sowie auf Gefällen und Monopolen beruhten, erhielten eine feste Ordnung, Straßen und Posten waren vortrefflich eingerichtet, in Triest entstand der einzige große Hafen der Monarchie, zahlreiche Konsulate in Italien und der Levante gewährten dem Handel sichern Schutz. Innere bäuerliche Kolonisationen wurden nur im Banat und in Galizien mit deutschen Kräften durchgeführt. Selbst in die Verhältnisse der römischen Kirche griff Maria Theresia, so aufrichtig sie dieser Kirche ergeben war, kraft ihres landesfürstlichen Aufsichtsrechts nach den Lehren des Febronius gebietend ein. Sie duldete keinen unmittelbaren Verkehr der Bischöfe mit Rom, machte den Kirchenbann von ihrer Erlaubnis abhängig, beschränkte das Anwachsen der Zahl der Klöster und der Feiertage. Dagegen hielt sie in den deutsch-slawischen Ländern die Ausschließung der Protestanten von allen Ämtern und von jedem öffentlichen Gottesdienst eifrig und nicht ohne Härte aufrecht. Auch das Schulwesen ordnete sie kraft landesherrlicher Gewalt. Sie wurde durch den treff-

lichen schlesischen Schulmann, den Abt Felbiger, seit 1774 die Gründerin der österreichischen Volksschule, als deren wichtigste Aufgabe in den halbslawischen Ländern die Verbreitung der deutschen Sprache erschien; sie reformierte durch den Niederländer Gerhard van Swieten auch die höhern Schulen, obwohl diese ganz überwiegend noch den geistlichen Orden verblieben, gründete das vornehme Theresianum und manche Spezialschulen, verwandelte 1773 die Grazer Jesuitenuniversität in eine Staatsanstalt und trug Sorge für die moderne Umgestaltung der medizinischen und philosophischen Studien.

Zum erstenmale gab es in Österreich eine monarchisch-einheitliche Verwaltung deutschen Gepräges, und eine Verwaltung, die wirklich regierte. Indem Maria Theresia sie gründete und Ungarns Selbständigkeit achtete, hat sie die Grundlagen geschaffen, die keiner ihrer Nachfolger ohne den schwersten Schaden für das Reich der Habsburger verlassen hat.

Gleich die Regierung ihres Sohnes Joseph II. Joseph II. (1780–90) sollte den Beweis dafür erbringen. Ein idealistischer Doktrinär der Aufklärung wollte er als despotischer Volksbeglucker dies alte Österreich ohne jede Rücksicht auf seine Zusammensetzung und seine historischen Grundlagen in einen straff zentralisierten, von Wien aus absolut regierten Einheitsstaat mit wesentlich deutscher Amtssprache verwandeln, der in dreizehn möglichst gleichförmig verwaltete „Gubernien“ (Provinzen) zerfallen sollte. Vom edelsten Willen beseelt, aber mit hastiger Überstürzung ging er ans Werk. Doch von allen seinen Reformen haben eigentlich nur zwei Bestand gehabt, die Aufhebung der Leibeigenschaft und das Toleranzpatent von 1781, das den Protestanten die bürgerliche Gleichberechtigung und den freien Hausgottesdienst gewährte. Um auch die römische Kirche in eine Staatsanstalt

zu verwandeln, riß er die österreichischen Diözesen von den auswärtigen Bistümern Salzburg und Passau los und errichtete zwei neue Bistümer in Linz und St. Pölten, er unterwarf die geistlichen Orden den Bischöfen und hob ein Drittel der bestehenden Klöster (700 von 2000) trotz der persönlichen Verwendung Papst Pius VI. 1782 auf. Aber durch dies alles verletzte er aufs schwerste die beiden Stände, die bisher das Reich der Habsburger eigentlich beherrscht hatten, den Adel und den Klerus, und beleidigte aufs tiefste das stolzeste seiner Völker, die Magyaren, ohne in dem unreifen, schwachen deutschen Bürgertume oder gar in dem mißtrauisch auf jede Neuerung sehenden Bauernstande einen Rückhalt zu finden. So brach 1789 in Belgien, von den Klerikalen geschürt, der offene Aufruhr aus, und in Ungarn herrschte drohende Gärung, während zugleich das Reich in einen wenig glücklichen Krieg mit der Türkei verwickelt war. Da nahm der todfranke Kaiser seine Verfügungen über Ungarn zurück, am 20. Februar 1790 verschied er. Der Nachfolger, sein Bruder Leopold II. (1790—92), der besonnene Reformator Toskanas, lenkte in die Bahnen Maria Theresias zurück, stellte in Belgien mit bewaffneter Hand die Ordnung und dann die alte Verfassung wieder her und ließ sich noch 1790 in Preßburg, 1791 in Prag krönen. Aber die kirchlichen Neuerungen behauptete er größtenteils, ebenso wie die Aufhebung der Leibeigenschaft.

Nord-
deutsche
Staaten

Hinter den beiden Großmächten traten die übrigen Staaten jetzt auch in dem Maße zurück, als die Regierungen zwar innerhalb der überkommenen Schranken ihrer Gewalt oft wohlmeinend und einsichtig die Volkswohlfahrt förderten, aber fast nirgends eine monarchische Staatseinheit begründeten. In Kur-sachsen legte Friedrich Christian den Grund zu der Neuordnung der völlig zerrütteten Finanzen; Prinz

Kaver reorganisierte als Regent für den unmündigen Nachfolger Friedrich August III. den Gerechten (1763 bis 1827) das Heer nach preußischem Muster, doch ausschließlich auf Grund inländischer Werbung; Friedrich August selbst ordnete die Finanzverwaltung, ohne die selbständige Steuerkasse der Stände zu beseitigen, und gestaltete die Rechtspflege durch Aufhebung der Folter und Reform der Freiheitsstrafen im modernen Sinne um. In den niedersächsischen, ständisch regierten Ländern änderten sich die Verhältnisse fast gar nicht. In Mecklenburg befestigte nach hartnäckigem Streit der „landesgrundgesetzliche Erbvergleich“ von 1755 die alte Adels Herrschaft, in Hannover fand sie in der Abwesenheit des Landesherrn ihre festeste Stütze.

In West- und Süddeutschland regierte der prachtliebende und kunstsinige Friedrich II. von Hessen-Kassel (1760—85) mehr im Stile Ludwigs XIV. als Friedrichs des Großen und zog einen schweren Fluch auf sein Haus herab, indem er 1776 nach der Fürstenweise des siebzehnten Jahrhunderts den Engländern 12000 seiner Landeskinder zum Kampfe gegen die Nordamerikaner verkaufte. In Württemberg schaltete Karl Eugen (1738—93) nicht nur auf seinem Kammergut jahrzehntelang in so verschwenderischer und willkürlicher Weise, daß die Stände unter dem trefflichen Landschaftskonsulenten Johann Jakob Moser endlich Klage beim Reichshofrat erhoben und 1770 die ausdrückliche Anerkennung ihrer Landesverfassung durchsetzten. Seitdem begann der Herzog in verständigere Bahnen einzulenken und wurde allmählich ein fürsorglicher Landesvater. Das kleine Erbe der Zähringer, Baden, kam erst zu einiger Bedeutung, als Baden-Baden nach dem Aussterben des hier regierenden Hauses 1771 mit Baden-Durlach vereinigt wurde und Markgraf Karl Friedrich (1746 bis

West-
und süd-
deutsche
Staaten

1811) ein musterhaftes Regiment ganz im Sinne der Aufklärung führte. In der Kurpfalz, die Karl Theodor von Pfalz-Sulzbach 1742 endlich mit dem vielumstrittenen niederrheinischen Erbe der Neuburger vereinigte, zog die berechnende Volkswirtschaftspolitik und eine in ihrer Art großartige Pflege deutschen Geisteslebens besonders die Aufmerksamkeit auf sich. In Bayern, das sich nur mühsam von den Folgen schwerer Kriege erholte, wurde unter dem letzten bayerischen Wittelsbacher Max Joseph (1745—77) durch den trefflichen H. A. von Kreitmayer die Rechtspflege neu geordnet und im kurbayrischen Landrecht 1756 eine der bedeutendsten Kodifikationen vollzogen, durch den gelehrten Benediktiner Heinrich Braun die allgemeine Schulpflicht eingeführt und die Schule unter Staatsaufsicht gestellt. Als Karl Theodor 1777 alle wittelsbachischen Länder vereinigte, ging diese Schulreform anfangs fort, aber 1781 wurden die höhern Schulen wieder den geistlichen Orden überlassen, und das Beamtentum verfiel vollständig der Verrottung. Auch in den geistlichen Ländern, namentlich in den rheinischen und fränkischen Stiftern, fanden die Ideen der Aufklärung durch das persönliche Verdienst mancher dieser Wahlfürsten praktische Anwendung, besonders auf dem Gebiete des Schulwesens, aber sie wirkten hier geradezu auflösend, weil sie im grundsätzlichen Widerspruch zu der ganzen Existenz geistlicher Fürstentümer standen, und bereiteten so deren Zusammenbruch vor.

Land-
wirtschaft

Der Vielstaaterei entsprach genau die Vielheit der geschlossenen Wirtschaftsgebiete, deren Verbindung durch die namentlich in den Zwergstaaten des Westens übermäßig zahlreichen Zollstätten (wie am Rhein) und die Verschiedenheit des Münzfußes (20-Guldenfuß, 24-Guldenfuß, Thalerfuß) noch wesentlich erschwert wurde. Trotzdem war die Bevölkerung in rascher Zu-

nahme. Hinter dem Durchschnittsmaß von 2000 Einwohnern auf eine Quadratmeile (um 1786) blieben die eigentlichen Ackerbauländer zwar noch wesentlich zurück, die industriellen Länder aber übertrafen es schon bei weitem (Schlesien mit 2500, Sachsen 2700, Berg 3000, Böhmen 3200, Württemberg 3900). Noch beschäftigte die Landwirtschaft in Preußen über siebenzig Prozent, in Sachsen fast zwei Drittel, und auch in kleinern Städten war sie ein einträgliches Nebengewerbe. Neben den großen Urbarmachungen traten schon technische Fortschritte auf, von den Regierungen oder den neuen landwirtschaftlichen Vereinen einsichtig gefördert (Klee- und Kartoffelbau, Besömmerung der Brache), und die neue Lehre der französischen Physiokraten, die den Boden als die alleinige Quelle des Reichtums betrachtete, kam der Landwirtschaft besonders insofern zu gute, als sie die Aufhebung der lähmenden Feudallasten förderte.

Die Industrie verfiel in den kleinen Territorien, selbst in den meisten alten Reichsstädten völlig und blieb auch unter der Pflege des fürstlichen Merkantilismus oft Hausgewerbe, das größere Unternehmer (Factoren, Verleger) nur für ihre Zwecke leiteten und zentralisierten. Große Industriezentren im modernen Sinne gab es daher noch nicht. In Preußen war das wichtigste Industrieland Schlesien, mit dessen blühendem Leinengewerbe der Staat den ersten Welthandelsartikel gewann; daneben standen die Kurmark (besonders für Tuch- und Seidenfabrikation) und die rheinisch-westfälischen Landschaften; in Sachsen kamen neben der Oberlausitz Chemnitz und das Vogtland empor, in Österreich erwuchs Böhmen zum größten Industrielande für Tuch, Leinwand und Glas, doch waren auch Wien und Linz bedeutende Industriestädte. Noch waren die schlechten Binnenverkehrsmittel (außer in Österreich) wenig gebessert, die Stromfahrt mit vielen natürlichen

Industrie
und
Verkehr

Hindernissen verknüpft. Daher das geringe Maß von Zentralisation der Handelsbeziehungen und die Bedeutung der nur zeitweilig große Warenmassen ansammelnden Messen von Leipzig, Frankfurt a. O. und Frankfurt a. M. Langsam wuchs der überseeische, auch schon der transatlantische Verkehr, rascher erst seit der Losreißung Nordamerikas von England. Dafür wurde Hamburg weitaus der wichtigste Platz, neben ihm bemächtigte sich Bremen fast des ganzen Tabakhandels. Die Ostseehäfen stiegen nach dem siebenjährigen Kriege rasch empor, und der preussische Seehandel begann auf der Ostsee den fremden Flaggen starke Konkurrenz zu machen. Wien beherrschte den Donauhandel bis zum Schwarzen Meer und Konstantinopel, Triest dehnte seinen Handel über die ganze Levante, ja bis nach Ostafrika und Ostindien hin aus.

Wohlstand

Mochte auch die deutsche Handelsbilanz im ganzen noch ungünstig sein, in den größern Staaten kehrte sich das Verhältnis doch bald um, und Deutschland wurde, soweit es ihnen gehörte, ein wohlhabendes Land. Dieser Wohlstand entbehrte fast noch ganz der großen Vermögen, aber es gab auch kaum ein eigentliches Proletariat — nur in den geistlichen Ländern war die Bettelerei arg —; er war noch sehr wenig durch die erst langsam sich entwickelnden Versicherungsanstalten und Sparkassen vor plötzlichen Schlägen geschützt, aber er hatte Weltkrisen noch wenig zu fürchten, weil die Verflechtung mit der Weltwirtschaft noch ganz in den Anfängen stand. Mit dem Wohlstand wurden die Städte äußerlich ansehnlicher und reinlicher, die Wohnungen behaglicher, und die veralteten Festungswerke machten mehr und mehr Gärten und Promenaden Platz.

Grundlagen
der
Bildung

Also erwuchs das Bürgertum unter der Pflege des fürstlichen Merkantilismus zu dem wirtschaftlich, gesellschaftlich und geistig maßgebenden Stande der Nation. So unselbständig es politisch war, in jenen

Beziehungen begann es auch den Adel in seine Kreise zu ziehen, umgekehrt wie im siebzehnten Jahrhundert, und die deutsche Bildung wurde bürgerlich, denn die Höfe beharrten noch lange in ihrer Vorliebe für die fremde Bildung, bis sich zuerst einige kleinere der deutschen Bildung öffneten. Diese gewann daher ihren besondern Charakter in der Gleichgiltigkeit gegen den Staat, in der etwas pedantischen Solidität der Lebensführung, der gesteigerten Selbständigkeit und Bedeutung der Frau, der zuweilen fast krankhaften Weichheit der Empfindung, einer Erbschaft des Pietismus, und dem Mangel an männlichem Stolz. Sie fand nicht einen großen, sondern eine Menge kleinerer Mittelpunkte, vornehmlich im mittlern Deutschland, und ließ schon dadurch der Persönlichkeit ein hohes Maß der erstrebten Freiheit, andererseits war die schulmäßige Vorbildung des höhern Bürgerstandes durch ganz Deutschland sehr einheitlich. Denn sie beruhte im Gebiete beider Konfessionen noch immer wesentlich auf der alten Lateinschule, die jetzt durch Männer wie J. M. Gesner (in Göttingen) und J. A. Ernesti (in Leipzig) mehr auf den Inhalt der Schriftsteller einging und das Griechische etwas mehr zu berücksichtigen anfang als früher. Die Begründung der auf unmittelbare Vorbildung für das praktische Leben gerichteten „Realschule“ in Berlin durch Johann Julius Hecker 1746 fand noch kaum Nachahmung, und der Versuch des unstäten Johann Bernhard Basedow, die Grundsätze Rousseaus von einer naturgemäßen, auf Selbständigkeit, lebendige Anschauung und körperliche Ausbildung hinarbeitenden Erziehung im „Philantropinum“ zu Dessau (1776) zu verwirklichen, gaben mehr für die Zukunft fruchtbare Anregungen, als daß sie damals durchgedrungen wären. Auch die niedern Volksschichten erhielten durch die Volksschule und durch die reiche pädagogische Litteratur wenigstens einen bescheiden

Anteil an dem neuen geistigen Leben. Die Universitäten aber, zu denen 1743 noch das protestantische Erlangen, 1780 die katholische Akademie in Münster hinzukam, gingen jetzt unter dem Einflusse der Philosophie, die nur noch die Vernunft als Autorität anerkannte, nicht mehr wie bisher ausschließlich darauf aus, die feststehende Wahrheit zu überliefern, sondern sie wollten in unendlicher Arbeit die Wahrheit erst finden und die Jugend zur Mitarbeit daran anleiten.

Rationalismus
und
Mystizismus

So kam in der Theologie im beständigen Kampfe mit den Orthodoxen der Rationalismus zur Herrschaft, der an den Glauben den Maßstab einer oft recht nüchternen, ja platten Vernunft legte und eine Vernunftreligion (neben dem Vernunftrecht) konstruieren wollte, aber auch den Anfang zur Bibelkritik und zur Dogmengeschichte machte. Da er jedoch die Bedürfnisse des gläubigen Gemüths ganz unbefriedigt ließ, so stellte sich ihm in Männern wie J. G. Hamann in Königsberg und J. K. Lavater in Zürich ein tiefsinniger oder kindlich gläubiger Mystizismus entgegen, oder auch eine phantastische Magie, die manchen überzeugten Vertreter wie Mesmer fand und durch sie gerade in unkirchlichen Kreisen nicht wenige Anhänger gewann. Wie diese in den Rosenkreuzern (um 1760) eine Art von Ordensgenossenschaft gründete, so gewann der rationalistische Deismus im protestantischen Deutschland durch die sich rasch vermehrenden Freimaurerlogen, im katholischen Deutschland, besonders in Bayern, durch den verwandten Orden der Illuminaten (seit 1776) unter den Gebildeten immer weiteren Anhang, ohne sich doch von den bestehenden Kirchen wirklich loszusagen und etwa eine Aufklärungskirche zu gründen. Aber innerlich wandelten sich diese Kirchen unter solchen Einflüssen so um, daß die alten konfessionellen Gegensätze für die Mehrzahl der Gebildeten fast verschwanden und eine Zeit tiefen kon-

fessionellen Friedens über dies durch kirchliche Kämpfe so schwer erschütterte Deutschland kam.

Auf solchen Grundlagen erwuchs nun neben großen systematischen Sammelwerken über das Reichsstaatsrecht eine neue naturrechtlich-absolutistische Staatslehre, deren geistvollster Vertreter Friedrich der Große war, während J. J. Möser in Osnabrück im Gegensatz zu ihr die historischen Grundlagen des deutschen Staatslebens feinsinnig erforschte, und es entstand eine Geschichtschreibung, die zwar immer noch vor allem ungeheuern Stoff sammelte, aber in A. L. Schlözer schon zu scharfer Kritik der Überlieferung fortschritt, in den Werken Friedrichs des Großen bereits zu abgeklärter Darstellung zeitgenössischer Ereignisse durchdrang. Und nun entdeckte nach Vorläufern wie J. Fr. Christ in Leipzig der Altmärker J. J. Winkelmann (1717 bis 1768), „ein spätgeborener Hellene,“ mit jubelnder Begeisterung zum erstenmale die Hoheit der griechischen Kunst und wies damit die Deutschen über das Römertum hinaus auf das Griechentum als die Quelle aller rein menschlichen Bildung. Indem nun zugleich J. M. Gesner und J. G. Heyne in Göttingen als das Ziel alles philologischen Studiums statt der Imitation das Verständnis der Schriftsteller hinstellten, entstand die moderne Altertumswissenschaft. Auch an den beschreibenden Naturwissenschaften und in den exakten Disziplinen gewannen jetzt die Deutschen einen ehrenvollen Anteil, hier durch A. G. Werner, K. W. Scheele, beide Forster u. a., dort durch einen der größten Mathematiker der Zeit, Leonhard Euler.

Und nun faßte gegen Ende dieser Periode Immanuel Kant in Königsberg (1724—1804), der echte Vertreter dieses verstandesklaren, energischen Kolonistenvolkes und des absoluten preußischen Beamtenstaats, die ganze Erfahrung der Zeit zu einem ge-

Wissens-
schaft

Kants
Philo-
sophie

schlossenen philosophischen System zusammen. Von der absoluten Selbständigkeit des denkenden Subjekts, der Grundlage der gesamten Weltanschauung dieser Zeit, ausgehend, begrenzte er in der „Kritik der reinen Vernunft“ (1781) die Erkenntnisfähigkeit des Subjekts auf die sinnlichen Wahrnehmungen, die nach angeborenen Anschauungsformen (Kategorien) angeordnet werden. Indem er demnach alles Überfönnliche von der Erkenntnis ausschloß, bezeichnete er doch als „Postulate“ der „praktischen Vernunft“ (der Sittlichkeit, 1788) die Idee der Pflicht (den „kategorischen Imperativ“), die Freiheit des Willens, die Unsterblichkeit der Seele und das Dasein Gottes.

Beginn
der
klassischen
Litteratur

Diese geistige Bewegung wirkte nun beständig auf die Litteratur ein. Auch hier begann eine neue Zeit mit dem Widerspruch gegen die Tradition. Gegenüber Gottscheds Nachahmung der rhetorisch-verstandesmäßigen Dichtung des französischen Klassizismus verfochten die Züricher Bodmer und Breitinger zuerst wieder das Recht der Phantasie und des Gemüts, wönniglich sie die Aufgabe der Dichtung immer noch in der Belehrung durch anmutige Schilderung sahen. Diese Losung aufnehmend fand der Leipziger Dichterkreis in den „Bremer Beiträgen“ sein Organ, brachte in Christian Fürchtgott Gellerts (1715—69) moralisierenden Fabeln und oft tiefempföndnen geistlichen Liedern eine durchaus bürgerlich-völkstümliche Dichtung hervor und wagte in G. W. Rabeners zahmen Satiren eine schüchterne Kritik des Privatlebens, während der Mecklenburger Chr. L. Viscow seinen Satiren stets eine scharfe persönliche Spitze gab. Aus diesem kursächsischen Kreise ging aber auch der erste große Dichter der Aufklärung hervor, Friedrich Gottlieb Klopstock aus Quedlinburg (1724—1803). Sein „Messias“ (1748) war kein echtes Epos, noch weniger als sein Vorbild, Miltons Verlornes Paradies, wurde aber für

diese Zeit noch mehr, nämlich die erste wahrhaft große tiefempfundne Dichtung in erhabner Sprache und für viele Tausende zugleich ein religiöses Erbauungsbuch; seine Oden aber besangen in antiken Maßen neben den ewig unausgesungnen Themen Liebe, Freundschaft und Natur zuerst wieder ein deutsches Vaterland, freilich das nebelgraue Deutschland der Urzeit. Gegen diese oft erhabne, aber ebenso oft verstiëgne und geschraubte Poesie brachte der Schwabe Christoph Martin Wieland (1733—1813) in seinen Romanen eine heiter-sinnliche Richtung zur Geltung, gewann im Oberon zuerst die Romantik der abendländischen und orientalischen Sagen aus der Kreuzfahrerzeit der deutschen Litteratur, rettete ihr den von Klopstock verpönten Reimvers, gab der deutschen Sprache gefällige Anmut und öffnete durch dies alles der deutschen Dichtung auch die französisch gebildeten Kreise. Zuerst auf den Boden der Gegenwart und der Heimat trat unter dem erhebenden Eindruck der Siege Friedrichs des Großen der preußische Dichterverein (Chr. L. Gleim, Christ. Ewald von Kleist, K. W. Ramler). Von ihm ging der größte deutsche Kritiker aller Zeiten und der erste bedeutende Dramatiker aus, der streithare, mannhafteste Kursache Gotthold Ephraim Lessing aus Kamenz (1729—81). Als Kritiker grenzte er im Laokoon (1766) die Aufgaben der Poesie und der bildenden Kunst mit unwiderleglicher Logik ab und wies, den Spuren Winckelmanns folgend, über das gespreizte Römerthum der Franzosen hinweg auf das echte Griechenthum, auf Homer, Sophokles, Aristoteles und auf Shakespeare hin; als Dichter schuf er, ganz und gar ein verstandesklarer Mensch der lebendigen Gegenwart, das nationale Lustspiel und das bürgerliche Trauerspiel, für das er zugleich den englischen Blankvers (fünffüßigen Jambus) als das seitdem herrschende Versmaß eroberte.

Die
Sturm-
und
Drang-
periode;
Herder

Aber schon drang von Frankreich herüber der Ruf Rousseaus nach „Rückkehr zur Natur“ in die Seelen des jüngern Geschlechts. Eine grundtiefte Wandlung nicht nur für die Dichtung, sondern für alle Geisteswissenschaften bereitete sich vor. Gegen die durch und durch verstandesmäßige, logisch konstruierende Aufklärung erhob sich die Reaktion des Gemüts, gegen die engen Schranken der Sitte und der Gesellschaft das unbeschränkte Recht der freien Persönlichkeit, des „Genies,“ das sich bald kraßgenialisch, bald jeder Empfindung widerstandslos thranenselig hingeeben, durchsetzen sollte gegen alle Sitte, ja gegen alle objektive Sittlichkeit; gegen den Hochmut der Bildung regte sich das Interesse an allem Volkstümlichen als dem Natürlichen, gegen das abgezirkelte, eng begrenzte Leben der Städte die Freude an der Natur und an freier Bewegung. Damit geschah der erste Schritt, das Volksleben wieder als ein Ganzes, den Einzelnen als das Glied eines großen Ganzen aufzufassen, von dem Individualismus der Aufklärung, der zunächst in einen zügellosen Subjektivismus umschlug, zu der sozial-historischen Betrachtung überzugehen. Die Männer des Göttinger „Hainbundes,“ der sich 1772 um die Verehrung Klopstocks zum Kampfe für echtes Deutschtum gegen Wielands französisierende Frivolität erhob, J. H. Voß, M. Claudius, L. Hölty, G. A. Bürger, A. Leisewitz, überwiegend Niederdeutsche, leiteten diese Bewegung ein, indem Voß, angeregt durch Homer, die deutsche Idylle, Bürger nach dem Vorbilde der altschottischen Volksdichtung die Ballade schuf. Doch ihre leidenschaftlichsten Verfechter fand die „Sturm- und Drangzeit“ in süddeutschen Dichtern, und die Folgerungen für die Wissenschaft zog aus ihren Grundanschauungen der Ostpreuße Johann Gottfried Herder (1744–1803). Ihm erschien die Dichtung nicht als Eigentum gebildeter Kreise und

einer hohen Kulturstufe, sondern als das Gemeingut des ganzen Volkes auf allen Kulturstufen. Erst von diesem Gesichtspunkte aus erkannte er die biblischen Psalmen wie die Dichtungen Homers, Ossians, Shakespeares als volkstümliche Erzeugnisse einer bestimmten Kulturperiode und drang später in seinen Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit (1784—87) zu der bahnbrechenden Erkenntnis vor, daß alle geschichtliche Entwicklung auf dem innigsten Zusammenhang der Zeitverhältnisse, des Volkscharakters und des Landes beruhe, der Grundlage aller modernen Geschichtsauffassung.

Poetisch verkörperte die Ideale der Sturm- und Drangperiode mit genialer Kraft Johann Wolfgang Goethe, ein Patriziersohn der freien Reichsstadt Frankfurt a. M. (1749—1832). Seine großen Dichtungen aus dieser Zeit (Götz, Werthers Leiden, die Anfänge zu Faust und Wilhelm Meister) und seine Lyrik vereinigten Volkstümlichkeit und tiefen Gehalt und erhoben ihn binnen wenigen Jahren zum anerkannt ersten Dichter der Nation. Als ihn dann Herzog Karl August an seine Seite nach Weimar berief (1775), wandte er sich unter dem Einflusse des von Winckelmann und Lessing so geistvoll vertretenen Griechentums mehr und mehr dem klassischen Ideal zu und vollendete diese Wandlung durch seine Reise nach Italien (1786—88), umgeben von dem Schönheitszauber südländischer Kunst und Natur, der die Germanen von jeher unwiderstehlich angezogen hat. Als er mit Egmont, Iphigenie, Tasso schon zu voller Reife gelangt war, rang sich der feurige, tiefleidenschaftliche Schwabe Friedrich Christoph Schiller (1759—1805) aus engen Verhältnissen und unter dem Drucke eines harten, wenngleich damals wohlmeinenden Absolutismus zum ersten Dramatiker der Nation empor. Von den gärenden revolutionären Erzeugnissen seiner

Goethe
und
Schiller

Sturm- und Drangperiode trat er dann, als er 1789 an der Universität Jena eine feste Stellung gefunden hatte und durch das Studium der Geschichte und der Kant'schen Philosophie gereift war, an die ungeheure Aufgabe heran, die Welt der geschichtlichen Thaten, also die Welt des Staats, in gewaltigen dramatischen Schöpfungen und epischen Dichtungen, den Balladen, diesem ganz unpolitischen und unhistorischen Geschlechte mit tiefem sittlichem Ernst und unverwüßlichem Idealismus vorzuführen. Als beide Männer sich 1794 zum neidlosen Freundschaftsbunde vereinigten, kamen mitten zwischen ungeheuern Umwälzungen unter dem hochsinnigen Schutze eines ernestinischen Fürsten die Tage des hellsten Glanzes der neuern deutschen Dichtung, und die kleine thüringische Residenz, wo gleichzeitig Goethe, Herder, Schiller und Wieland lebten, wurde die geistige Hauptstadt Deutschlands. Die deutsche Bühne beherrschten allerdings die Klassiker von Weimar viel weniger als A. von Kotzebue und A. W. Zffland mit ihren bürgerlich-moralischen Nährstücken und Lustspielen, und die Lieblingslektüre des Bürgerstandes bildeten die formlosen Romane, in denen Jean Paul (Friedrich Richter) idyllisch-humoristisch das Kleinleben enger Kreise schilderte.

Musik An dieser Litteratur nahmen die katholischen Landschaften, namentlich Oesterreich, nur wenig thätigen Antheil, denn der Kern ihrer Gedankenwelt war protestantisch, so sehr sie jeder konfessionellen Färbung entbehrte. Der künstlerische Drang der Deutschen Oesterreichs kam vielmehr zum Ausdruck in der Musik. Durch süddeutsche, vorwiegend österreichische Tonsetzer, Chr. W. Gluck, W. A. Mozart, J. Haydn wurde Wien die musikalische Hauptstadt Deutschlands.

Kunst In der bildenden Kunst erlagen Barock und Rokoko, die äußersten Ausläufer der römischen Renaissance, allmählich dem hellenisierenden Klassizis-

muß, der von Winkelmanns Studien ausging. Er fand das Wesen der Schönheit in den Verhältnissen, bevorzugte in der Architektur die gerade Linie und die glatte Fläche, stellte selbst in der Malerei die korrekte Zeichnung über die Farbe. In Dresden fand der alte Kunstbetrieb, nachdem er in der katholischen Hofkirche G. Chiaveris ein letztes prunkvolles Beispiel hinterlassen hatte, mit dem siebenjährigen Kriege ein Ende; dafür erlebten Berlin und Potsdam eine neue Blütezeit vornehmlich in einem Übergangsstil zwischen Barock und Klassizismus, wie ihn besonders Friedrichs des Großen bedeutendster Baumeister W. von Knobelsdorff (+ 1753) vertrat (Opernhaus, Hedwigskirche, Bibliothek, Sanssouci, Neues Palais). Reiner setzte sich der Klassizismus in Dresden (durch Krubschütz), Kassel (Schloß Wilhelmshöhe), Stuttgart (Solitude), Wien (Schönbrunn) durch. In der Malerei wurden die Führer der neuen Richtung die Sachsen Rafael Mengs und A. Fr. Oser, Angelika Kauffmann aus Borarlberg, der Schleswiger J. A. Carstens, während Daniel Chodowiecki aus Danzig in zahllosen Zeichnungen die ihn umgebende Welt realistisch schilderte.

Dies ganze reiche Geistesleben beruhte auf der freien Entfaltung der Persönlichkeit und sah daher in ihrer allseitigen, harmonischen Durchbildung zur vollendeten Humanität des Griechentums das höchste Ziel aller Kulturentwicklung. Als das wirksamste Mittel dazu erschien die Versenkung in die Welt der Schönheit, der Kunst, die ihre Jünger und Anhänger in eine stille unsichtbare Gemeinde von Weltbürgern ohne alle Schranken des Staats und der Nationalität versammeln sollte. Es war die letzte Folgerung aus der individualistischen Philosophie der Aufklärung und aus dem Drange nach Freiheit von dem harten Zwange des absoluten Staats. Der Staat, in Deutschland noch nicht geadelt zum Nationalstaat, sondern

Der
Einzelne
und der
Staat

meist ein junges, unfertiges Zufallsgebilde und selten mit einer stolzen, erhebenden Vergangenheit, galt daher diesem schönheitsstrunknen, bildungsdurstigen Geschlechte, nicht viel anders wie der mittelalterlichen Kirche, als ein Notbehelf, als eine Institution, die auch nicht sein könnte und besser nicht wäre, die Vaterlandsiebe als eine Empfindung unreifer Nationen. Erst furchtbare Erschütterungen sollten die Deutschen lehren, daß das höchste irdische Gut des gebildeten Mannes das Vaterland ist, und daß der Staat nichts geringeres ist als die notwendige Folgerung aus der sittlichen Natur des Menschen, das rechtlich zur selbständig vollenden Persönlichkeit geeinte Volk.

* * *

Ursprung
des
Krieges
mit
Frankreich

Die französische Revolution entsprang aus dem furchtbaren Widerspruche zwischen den Anschauungen der Gebildeten und den Bedürfnissen des Volks auf der einen, dem Regierungssystem, das die Monarchie in der unglücklichsten Weise mit den Sonderinteressen der privilegierten Stände, des Adels und des höhern Bürgerstandes (tiers-état, bourgeoisie), verknüpfte, auf der andern Seite. Dagegen versuchte die Revolution, vom naturrechtlichen Doktrinarismus bestimmt, eine völlig neue Staatsordnung auf „vernünftiger“ Grundlage aufzurichten und gab damit das größte Beispiel eines Versuches, die Anschauungen der Aufklärung radikal zu verwirklichen. Aus diesem Grunde wurde sie von den gebildeten Deutschen fast durchweg mit lebhafter Sympathie begrüßt, bis sie in die Schreckensherrschaft des Pariser Proletariats umschlug. Den deutschen Großmächten war die Bewegung deshalb willkommen, weil sie das lange so eroberungslustige bourbonische Königtum innerlich lähmen mußte; sie hatten nur das eine Interesse, daß in Frankreich

eine monarchische Ordnung bestehen blieb, und waren um so weiter von dem Gedanken eines Angriffs entfernt, als sie ihre Aufmerksamkeit auf Polen richten mußten. Dort nämlich proklamierte ein Staatsstreich am 3. Mai 1791 eine neue Verfassung, die das *Liberum Veto* beseitigte, den Bürgern Zutritt zu allen Ämtern, allen Bekenntnissen Gleichberechtigung gewährte und die erbliche Monarchie des Hauses Sachsen einführte. Sie unternahm es also, die schlimmsten Schäden des polnischen Staats zu heilen, forderte aber auch die Einmischung Rußlands heraus und war wenigstens nicht im Interesse Preußens, da dies eine abermalige Personalunion zwischen Sachsen und Polen nicht wünschen konnte. In dieser Lage verständigten sich im August 1791 Kaiser Leopold II. und König Friedrich Wilhelm II. im kursächsischen Lustschlosse Pillnitz nur über eine Aufforderung an die europäischen Mächte, an der Wiederherstellung der gefährdeten monarchischen Ordnung in Frankreich mitzuwirken. Als diese durch die Annahme der konstitutionellen Verfassung am 14. September 1791 formell verbürgt schien, fiel jeder Grund zum Einschreiten weg. Auch die inzwischen aufgetauchten Streitpunkte zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich, die Beschwerden der im Elsaß begüterten deutschen Fürsten über die Aufhebung der Feudallasten und die Bildung bewaffneter Haufen französischer Emigranten auf kurtrierischem Gebiet, über die sich Frankreich zu beklagen hatte, wurden in diesem Punkte durch den Befehl des Kaisers, die Emigranten zu entwaffnen, erledigt. Allein die republikanischen Parteien, die Girondisten und die Jakobiner, die in der französischen Nationalversammlung rasch zum maßgebenden Einfluß gelangten, wollten den Krieg, um das Königtum zu stürzen, und als nun angesichts unziemlicher Forderungen und Drohungen Leopold II. am 7. Februar

1792 ein Verteidigungsbündnis mit Preußen schloß, am 1. März aber plötzlich starb, da erzwang die Giroude am 20. April mit frevelhaftem Leichtsinne die Kriegserklärung an Oesterreich.

Der Ein-
bruch der
Franzosen
in die
Rhein-
lande

Da war es nun verhängnisvoll, daß in diesem Augenblicke die Russen, von einer polnischen Partei gerufen, in Polen einschritten und sich zu Herren des Landes machten, in Preußen und Oesterreich aber, dort durch Graf Haugwitz und Lucchesini, hier (nach dem Rücktritte des Fürsten Kaunitz) mit Graf Philipp Cobenzl eine ideenlose Politik ans Ruder kam, die gierig nach Landgewinn um jeden Preis und wo es sein konnte strebte, dadurch aber das alte Mißtrauen zwischen den beiden Mächten nur verschärfte. So ging der Herzog Karl von Braunschweig als Oberbefehlshaber im Sommer 1792 gegen Frankreich ins Feld mit schwachen Kräften (im ganzen 80000 Mann), die allenfalls genügend waren, einer nach den thörichten Reden der Emigranten sicher erwarteten royalistischen Erhebung im Lande als Rückhalt zu dienen, aber ganz und gar nicht genügten, Frankreich zu erobern. Inzwischen brach dort am 10. August das Königtum zusammen, weil es sich selbst aufgab, und die alterprobten Truppen der Verbündeten kamen in den Argonnen nicht nur zum Stehen, sondern traten nach der nutzlosen Kanonade von Valmy am 20. September vor den lockern französischen Heerhaufen den Rückzug an. In Paris aber erklärte die siegreiche Demokratie, gehoben durch den ganz unvermuteten Erfolg, am 22. September die Republik und ging auf allen Punkten zum Angriff über. Vom Elsaß her brach Custine in die wehrlosen geistlichen Gebiete des Rheinlandes ein, nahm am 21. Oktober Mainz ohne Schuß, am 22. Frankfurt a. M.; Belgien wurde durch den Sieg Dumouriez bei Jemappes unweit von Mons am 6. November erobert. Der Aufruf an alle Völker zur Freiheit vom

19. November („Krieg den Palästen, Friede den Hütten!“) und die Hinrichtung König Ludwigs XVI. am 21. Januar 1793 kündigten dem alten monarchischen Europa den revolutionären Prinzipienkrieg an.

Dieses säumte nicht, ihn von allen Seiten aufzunehmen. Aber statt ihn als solchen mit allem Nachdruck zu führen, um Europa vor einer ungeheuern Umwälzung zu bewahren, verständigten sich Österreich und Preußen im Oktober 1792 über den friedlichen Umtausch Bayerns gegen Belgien und die Erwerbung polnischen Gebiets, und Preußen erzwang darauf durch den Einmarsch in Polen am 23. Januar 1793 die zweite polnische Teilung, die ihm das Land bis zur Piliza mit Thorn und Danzig brachte. Da aber der Verlust Belgiens den Tauschplan vorläufig vereitelte, so fiel der neue Leiter der österreichischen Politik, Franz von Thugut, ein Todfeind Preußens, in die alte ausschweifende Vergrößerungspolitik Josephs II. zurück und dachte sie mit Rußland auch ohne oder gegen Preußen durchzusetzen. Trotz dieses tiefen Zwiespalts zwischen beiden Mächten wurde Belgien im Frühjahr 1793, Mainz im Juli 1793 wiedererobert; aber der damals aussichtsreiche Angriff auf das zerrüttete Frankreich wurde im Interesse Englands zu Gunsten der doch vergeblichen Belagerung von Dünkirchen aufgegeben, am Oberrhein begnügten sich die Preußen und Sachsen mit der tapfern Verteidigung der beherrschenden Stellung bei Birmasens (August und September), und die Österreicher besetzten einen Teil des Elsaßes, nur, um ihn für sich zu behaupten.

Zweite
Teilung
Polens;
Zeldzug
von 1793

So gewannen die Franzosen Zeit, durch ein allgemeines Aufgebot ungeheure Truppenmassen aufzustellen (bis Ende 1793 gegen 600 000 Mann) und in der neuen beweglichen Schützenart, die sich auf gewaltige Artilleriemassen stützte, nach dem Plane des

Erfolge
der
Franzosen

genialen Organisators Lazarus Carnot zu schulen. Ihr hielten die Preußen und Sachsen zu Ende November bei Kaiserslautern noch tapfer stand, aber die Österreicher erlagen in den mörderischen Gefechten um die Weißenburger Linien vom 23. November bis zum 6. Dezember den Angriffen weit überlegener, schonungslos geopferter Massen. Dazu zertraß giftiges Mißtrauen das preussisch-österreichische Bündniß.

Aufstand
in Polen;
Fort-
schritte der
Franzosen

Preußen begann sich daher am Oberrhein streng auf die notdürftigste Verteidigung zu beschränken und warf seine besten Kräfte auf Polen, als dort im März 1794 Thaddäus Kosciuszko, der letzte und reinsten Held seines Staates, das Banner des nationalen Aufstandes gegen die fremden Mächte erhob. Zwar behauptete er Warschau gegen die Preußen, weil diese keinen energischen Angriff wagten und im September wegen eines Aufstandes in Südpreußen wieder abzogen, aber der Russe Sumorow warf die Polen in blutigen Kämpfen nieder und zog am 8. November in Warschau ein. Dieser russische Erfolg entschied auch den Kampf im Westen. Denn im höchsten Grade mißtrauisch gegen vermutete heimtückische Absichten Preußens bewog Thugut seinen jungen Herrn, Kaiser Franz II., obwohl genügende Truppen zur Verfügung standen, den Kampf um Belgien aufzugeben, um sich im Osten eine Vergrößerung zu sichern, die im Westen nicht zu haben war. Daher räumten die Österreicher nach dem Verluste von Charleroi und der unentschiednen Schlacht bei Fleurus am 26. Juni das Land und gaben, während die Engländer und Holländer auf niederländisches Gebiet zurückwichen, selbst das linke Rheinufer kampflos den Franzosen preis. Damit brachen die dortigen geistlichen Fürstentümer für immer zusammen, und im Januar 1795 fiel auch Holland ohne Kampf den Franzosen in die Hände. Da räumten auch die Preußen nach neuen blutigen

Kämpfen die Stellung bei Kaiserslautern und gingen auf Mainz zurück. Der König aber, des ruhmlosen Krieges gründlich überdrüssig, ohne Mittel ihn weiterzuführen und gedrängt von den hilflosen westdeutschen Reichsständen, befahl Friedensverhandlungen mit Frankreich anzuknüpfen, das in seiner grauenvollen Zerrüttung nach dem blutigen Ende der Schreckensherrschaft im Juli 1794 des Friedens nicht minder dringend bedurfte.

Das Vorgehen Österreichs gestaltete die Lage für Preußen noch ungünstiger. Im Januar 1795 verständigte sich Thugut mit Rußland im tiefsten Geheimnis über die Einverleibung Bayerns, die Teilung der europäischen Türkei und des Restes von Polen, von dem Preußen nur dann ein Stück erhalten sollte, wenn es diesen ungeheuern Umwälzungen zustimmte. Da dies ganz ausgeschlossen war, so drohte ein schwerer Krieg im Osten von Europa. Also blieb für Preußen kaum etwas anderes übrig, als am 5. April 1795 den Sonderfrieden von Basel zu unterzeichnen, indem es grundsätzlich die Abtretung des linken Rheinufers zuließ und allen Reichsständen den Beitritt offen hielt. Nun konnte es allerdings im Osten sein Interesse mit solchem Nachdruck zur Geltung bringen, daß die dritte polnische Teilung vom 24. Oktober 1795 ihm den ganzen Nordwesten des spätern Kronpolen mit Warschau verschaffte, während der Südosten mit Krakau und Sandomir an Österreich, der Osten jenseits der Pripetsümpfe an Rußland fiel. Aber indem es so viel polnisches Land erwarb, gab es das älteste deutsche Kulturland im Westen des Rheines den Franzosen preis und zog sich mit ganz Norddeutschland vom Kriege zurück. Damit vernichtete es sein Ansehen in Süd- und Westdeutschland vollständig und überließ dessen Verteidigung an Österreich.

Friede
von
Basel und
dritte
Teilung
Polens

Österreichs
Erfolge in
Süd-
deutsch-
land

Mit England aufs neue verbündet, entsetzten die Österreicher im Herbst 1795 unter Clerfayt in glänzenden Gefechten das von den Franzosen belagerte Mainz. Als dann Jourdan 1796 vom Niederrhein her nach der Lahn vordrang, Moreau von Straßburg aus Süddeutschland überflutete, schlug der jugendliche Erzherzog Karl jenen am 15. Juni bei Wehlar, dann, vor Moreaus Überflügelung zurückweichend, am 24. August bei Amberg in der Oberpfalz, am 3. September bei Würzburg und zwang dadurch auch Moreau, der inzwischen bis München vorgedrungen war, zum Rückzug. Mächtig stieg Österreichs Ansehen im Reiche.

Napoleon
Bonaparte

Da kam ganz unerwartet der Gegenstoß von Italien her. Hier hatten die verbündeten Österreicher und Piemontesen die Franzosen bis auf den schmalen Küstenstreifen um Genua zurückgedrängt, als Napoleon Bonaparte (geb. 1769) dort den Oberbefehl übernahm. Er war ganz und gar ein Sohn der Aufklärung und der aus ihr hervorgegangnen Revolution, der größte Vertreter dieser kriegerischen Demokratie, seit der Vertreibung seiner Familie aus seinem Geburtslande Korsika heimatlos geworden und ohne ein inneres Verhältnis zu Frankreich, daher durch und durch Egoist, gewalthätig, treulos, lügenhaft, im tiefsten Grunde eine rohe Natur, die von den sittlichen Mächten und den Kräften des Gemüths gar nichts ahnte, aber von genialer Begabung für alles, was sich mit dem Verstande berechnen und erwägen ließ, vor allem für Finanzen und Heerwesen, und ein Mann von stahlharter Willenskraft, kurz ein geborner Herrscher. Also trat er in eine Welt voll Selbstsucht und Hader und Willensschwäche und schlug sie in Trümmer, um sie nach seinen mechanischen Grundsätzen neu zu ordnen, nicht um Frankreichs, sondern um seiner eignen persönlichen Herrschaft willen.

In einem glänzenden Feldzuge nötigte er Piemont, Savoyen und Nizza abzutreten, die kleinen mittelitalienischen Staaten, Waffenstillstand und Frieden mit hohen Kontributionen und der Auslieferung ihrer wertvollsten Kunstwerke zu erkaufen. Dann zwang er nach vier blutigen Siegen das feste Mantua am 3. Februar 1797 zur Übergabe und drang, ein Korps nach Tirol vorschiebend, mit nur 34000 Mann vom venezianischen Flachlande her durch Kärnten bis Ober-Steiermark vor, geradewegs auf Wien. Diese verwegne, gegen alle hergebrachte Methode verstößende Kriegsführung, die jedem energischen Feinde gegenüber eine Tollkühnheit gewesen wäre, schreckte die österreichischen Diplomaten zu würdeloser Unterwürfigkeit. Am 18. April 1797 unterzeichneten sie im Kloster Göß bei Leoben den Präliminarfrieden, in dem ihnen Bonaparte gegen Verzicht auf Belgien und Mailand die wehrlose venezianische Republik mit Istrien und Dalmatien, den Gegenstand der Sehnsucht schon Josephs II. preisgab, und bewilligten im Frieden von Campo Formio (bei Udine) am 17. Oktober 1797 auch die Abtretung des linken Rheinufers mit Ausnahme der preussischen Besitzungen. Den allgemeinen Frieden sollte ein Kongreß in Rastatt zustande bringen. Während Österreich seine Herrschaft am Adriatischen Meere begründete, räumten seine Truppen die alten Städte links vom Rheine vor den Franzosen. Vereint warfen die Habsburger und die französische Demokratie in einem schlechthin revolutionären Vorgehen den Besitz und Rechtsstand von Mitteleuropa über den Haufen, wie vorher die Ostmächte in Polen.

Während sich der Kongreß von Rastatt in endlose Verhandlungen verlor und schon den Grundsatz annahm, die durch die Abtretung des linken Rheinufers geschädigten deutschen Fürsten durch geistliche

Bonaparte
gegen
Österreich

Die
zweite
Koalition

Gebiete zu entschädigen, also einen neuen Umsturz vorbereitete, dehnte die französische Republik, der Verträge nicht achtend, durch Errichtung der helvetischen, der römischen und der parthenopäischen (neapolitanischen) Republik (1798—99) ihren Einfluß immer weiter aus und sandte zugleich ihren besten Feldherrn mit einem auserlesenen Heere 1798 nach Ägypten, um durch dessen Eroberung die Herrschaft Englands im Mittelmeer und in Ostindien zu bedrohen. Diese Übergriffe riefen die zweite Koalition zwischen England, Rußland, Österreich und den sizilischen Bourbonen hervor. Da jedoch Kaiser Paul I. von Rußland (1796—1801) in ehrlichem Eifer die einfache Wiederherstellung der alten Zustände erstrebte, Österreich dagegen auf neue Eroberungen namentlich in Italien sann, so frankte die Verbindung von Anfang an an dem gegenseitigen Mißtrauen der Mächte.

Feldzug
von 1799

Trotzdem waren die militärischen Erfolge zunächst äußerst glänzend. Auf dem süddeutsch-schweizerischen Kriegsschauplatz warf Erzherzog Karl bei Stockach nordwestlich vom Bodensee am 25. März 1799 die Franzosen hinter den Oberrhein zurück und veranlaßte die Auflösung des Kongresses von Rastatt. Dabei wurden die drei französischen Gesandten, als sie endlich am Abend des 28. April die Stadt verließen, auf Befehl der österreichischen Regierung dicht vor den Thoren von Szekler Husaren überfallen und ihrer Papiere beraubt, weil man geheime Abmachungen mit Bayern argwöhnte; daß dabei zwei der Gesandten ermordet wurden, war nicht angeordnet, sondern die Folge eines willkürlichen, mißverstandnen Befehls. Auch die westliche Schweiz fiel nach dem Siege bei Zürich am 4. Juni den Verbündeten in die Hände. In Oberitalien aber drängten diese unter des stürmischen Russen Suworow Oberbefehl in einer Reihe glänzender Siege die Franzosen bis auf den Küstensaum

von Genua zurück, und die parthenopäische Republik brach vor der „Glaubensarmee“ des Kardinals Ruffo morsch zusammen. Für das Jahr 1800 stand die Invasion Frankreichs bevor.

Da kam von zwei Seiten her die Wendung. Auflösung
der
Koalition
Eine wunderliche Verschiebung der verbündeten Truppen in nördlicher Richtung, die den Erzherzog Karl nach dem Niederrhein führte, um einen englischen Seeangriff auf die batavische Republik zu unterstützen, zwang Suworow widerwillig den Marsch über den St. Gotthard nach der Schweiz anzutreten, wo er den General Korsakow verstärken sollte. Aber ehe er ihn erreichen konnte, unterlag dieser in der zweiten Schlacht bei Zürich am 25. und 26. September den Franzosen und zog nach dem Bodensee ab. Auch die verwegenen opfervollen Alpenmärsche der Russen von Utdorf nach Schwyz und von dort über den Pragel nach Glarus vermochten die Schweiz für die Verbündeten nicht zu retten, und Suworow mußte sich damit begnügen, sein zusammengeschmolzenes Heer durch einen vierten Alpenübergang über den Panixpaß nach dem Vorderrheinthal in Sicherheit zu bringen. Erzürnt über das, was er den „Verrat“ der Österreicher nannte, rief Paul I. sein Heer zurück.

In denselben Tagen, am 9. Oktober, erschien Bonaparte
Erster
Konsul
Napoleon Bonaparte ungerufen und unerwartet auf französischem Boden. Wenige Wochen später, am 9. November, stürzte er durch einen Staatsstreich das Direktorium und machte sich, gestützt auf das Heer und die tiefe, politische Ermüdung des Volkes klug benutzend, als Erster Konsul thatsächlich zum absoluten Herrscher Frankreichs. Die neue bonapartistische Verfassung vernichtete zwar die Freiheit, sicherte aber die Gleichheit und gab den Franzosen eine schlagfertige, ganz despotische Verwaltung, ein höchst leistungsfähiges Finanzwesen und das erste Heer Europas, das die

Stärke eines Volksheeres mit der militärischen Schulung und dem Geiste des Berufsheeres verband. An die Stelle der erobernden Demokratie trat die erobernde Militärdespotie auf demokratischer Grundlage.

Siege der
Franzosen
1800

Nunmehr überschritt Bonaparte im Mai 1800 vom Wallis her den großen St. Bernhard, kam dadurch den Österreichern in den Rücken und entschied mit dem Siege bei Marengo unweit Alessandria am 14. Juni die Eroberung der Lombardei. Gleichzeitig drängten seine Feldherren Lecourbe und Moreau die Österreicher durch Gefechte und Waffenstillstände erst bis hinter die Isar, dann bis hinter den Inn zurück. Als die Österreicher endlich in den ersten Tagen des Dezember wieder zum Angriff übergingen, schlug sie Moreau am 3. Dezember bei Hohenlinden zwischen München und Ampfing aufs Haupt und zwang sie, ihnen rastlos bis zur Enns nachsehend, im Waffenstillstande von Steyer am 25. Dezember, ihm Oberösterreich, Tirol, Steiermark, Kärnten und Krain einzuräumen. In denselben Tagen überschritten die Franzosen den Mincio, zu Anfang Januar 1801 auch die Etsch.

Friede
von
Lunéville

Auf diese Nachrichten hin nahm Thugut, die Seele dieser ganzen unglücklichen Politik, den Abschied, und Graf Ludwig Cobenzl schloß in Lunéville am 9. Februar 1801 im Namen des Kaisers und des Reichs den Frieden ab, eine Erneuerung und Ergänzung des Friedens von Campo Formio. Er bestätigte die Abtretung des linken Rheinufer und Belgiens, erkannte die französischen Tochterrepubliken (die cisalpinische, ligurische, helvetische und batarische Republik) nochmals an und nahm für das deutsche Reich den Grundsatz, die „Erbfürsten“ durch geistliche und reichsstädtische Gebiete zu entschädigen an. Damit fiel die zweite Koalition auseinander, und als sich Kaiser Paul I., tief verletzt durch die

englische Besitzergreifung Malta's, Frankreich näherte, sogar in dessen Interesse ein Bündnis der Seestaaten zweiten Ranges gegen Englands Übergriffe bildete und auch Preußen dafür gewann, so war England völlig vereinzelt. Da außerdem die Sperrung vieler Absatzwege seine mächtig angewachsene Industrie bedrohte, so schloß es, obwohl es die meisten französischen und holländischen Kolonien erobert hatte, am 25. Mai 1802 den Frieden von Amiens.

So war der allgemeine Friede wieder hergestellt. Doch für Deutschland brachte er nur neue Ummäzungen, aber keine haltbare Gestalt seiner Gebietsverteilung und seiner Gesamtverfassung. Es hatte mit dem Verluste des linken Rheinufer's den neunten Teil seines Bodens, den siebenten seiner Bevölkerung, über 1200 Quadratmeilen mit fast vier Millionen Einwohnern, verloren. Jetzt verfügten die Großmächte, vor allem Frankreich und Rußland, nach Gutdünken über die „Entschädigungen,“ so sehr Österreich auch für die geistlichen Fürstentümer, die alten Stützen und Schützlinge des Kaisertums eintrat, und am 25. Februar 1803 nahm die dafür gebildete Deputation des Reichstags die neue Gebietsverteilung im „Reichsdeputationshauptschluß“ an. Alle geistlichen Staaten verschwanden mit Ausnahme von dreien (den Gebieten des „Kurzerzkanzlers“ und der beiden Ritterorden), die Reichsstädte bis auf sechs (Hamburg, Bremen, Lübeck, Augsburg, Ulm, Nürnberg) und wurden, im ganzen 2000 Quadratmeilen mit drei Millionen Einwohnern, mit den weltlichen Staaten vereinigt. Österreich nahm die innerhalb seiner Grenzen gelegnen Stiftslande, Preußen die meisten westfälischen, niederländischen und thüringischen Stiftsgebiete, Hannover erhielt Osnabrück, Oldenburg das Bistum Lübeck, Bayern erwarb die fränkischen (Bamberg und Würzburg) und bayrischen Bistümer, Württemberg und

Der
Reichs-
depu-
tations-
haupts-
schluß

Baden eine Reihe kleiner, angrenzender Territorien. Außerdem empfing der Herzog von Modena den österreichischen Breisgau, der Großherzog von Toskana das Erzbistum Salzburg. Also brach die Verfassung des heiligen römischen Reichs zusammen. Von den zehn Kurfürsten (zu denen jetzt auch Württemberg, Baden, Hessen-Kassel und Salzburg gehörten) waren nun sechs, von den dreiundachtzig Fürsten dreiundfünfzig protestantisch. Damit verlor Österreich einen großen Teil seines alten Einflusses und wuchs zugleich, indem es westdeutsche Besitzungen aufgab, aus Deutschland heraus, Preußen aber wuchs nach Deutschland noch mehr hinein. Was die Reformation angebahnt, der westfälische Frieden weiter geführt, S. Puffendorf vorahnend vollendet gesehen hatte, Friedrich der Große einmal hatte vollenden wollen, das brachte diese Fürstenrevolution zum Abschluß. Aber, so notwendig und also innerlich berechtigt sie auch war, sie wurde vollzogen im Interesse eines ideenlosen fürstlichen Partikularismus, nicht der Nation, sie bahnte daher auch keine Erneuerung der unhaltbaren Reichsverfassung an, sondern sie bereitete nur die Fremdherrschaft vor.

Das
Napoleonische
Kaisertum

Und diese Fremdherrschaft hüllte sich in den prunkenden Purpur des altkarolingischen Kaisertums. Denn am 18. Mai 1804 wurde Napoleon I. zum erblichen „Kaiser der Franzosen“ proklamiert, am 2. Dezember als solcher in der Notredamekirche gekrönt. Geblendet von diesem neuen Glanze huldigten die einst stolzen deutschen Fürsten diesem Nachfolger der Karolinger, als er im Herbst desselben Jahres in Mainz auf alter deutscher Erde erschien. Auch die gebildeten Deutschen sahen in dem fremden Usurpator nur das Genie, nicht den Todfeind Deutschlands und hatten für die unsägliche Schmach, die in alledem lag, keine Empfindung. Niemals, auch nicht nach

dem dreißigjährigen Kriege, hatte das deutsche Nationalbewußtsein so tief gestanden, als in den goldenen Tagen von Weimar.

Auch Preußen trug daran eine schwere Mitschuld. Mit dem Sonderfrieden von Basel hatte es für ganz Norddeutschland ein Jahrzehnt friedlichen Gedeihens gesichert, Wohlstand und Volkszahl wuchsen rasch, auch die polnischen Erwerbungen waren wirtschaftlich sehr vorteilhaft. Ganz Preußen hatte 1803 etwa $9\frac{1}{3}$ Millionen Einwohner auf 5700 Quadratmeilen, Schlesiens über zwei Millionen, Berlin schon 182000; die preußische Ausfuhr allein nach England stieg 1800—1805 von $1\frac{3}{4}$ Millionen Pfund Sterling auf fast $2\frac{1}{4}$ Millionen, Hamburg und Bremen wurden gerade durch den Krieg zu den wichtigsten europäischen Plätzen für den englischen und transatlantischen Verkehr, Leipzig zum größten Stapelplatz für den Warenaustausch zwischen England und Osteuropa. Aber das rasche Wachstum Preußens hatte etwas Ungesundes. Nicht nur ließen die fortgesetzten Erwerbungen auf zweifelhafte Rechtstitel hin die Zusammensetzung des Staatsgebiets als etwas Willkürliches und Zufälliges erscheinen, sondern sie verwuchsen auch innerlich nicht mit dem Staate und lockerten sogar die Einheit der Verwaltung. Die polnischen Gebiete, zwei Fünftel des Ganzen, zerstörten sogar seinen rein deutschen Charakter und erforderten in ihrem verwahrlosten Zustande eine Masse von Beamten aus den alten Provinzen (1806 gegen 7000), die dann dort fehlten, wurden auch, ebenso wie die westfälischen und fränkischen Lande, unter ganz selbständige Oberbehörden gestellt. Für ein rein persönliches Regiment aber, wie es Friedrich II. geführt hatte, war der Staat jetzt zu groß, der König verlor sogar die unmittelbare Fühlung mit den Departementschefs und überließ die Vermittlung mit

Wachstum
und
Verfall
Preußens

ihnen einer ursprünglich untergeordneten Behörde, dem Geheimen Kabinett.

Friedrich
Wilhelm
III.

Auch unter Friedrich Wilhelm III. (1797 — 1840) änderte sich daran nichts. Denn der junge Fürst (geb. 3. August 1770), seit 1793 in glücklichster Ehe mit der holden Luise von Mecklenburg-Strelitz (geb. 10. März 1776) vermählt und durch sie ein Vorbild für alle, war zwar pflichttreu und gewissenhaft, aber zu unselbständig und schüchtern, um seine meist sehr richtige Einsicht dem Widerspruche älterer Männer gegenüber durchzusetzen. So blieb, trotz aller Reformpläne, im ganzen alles beim alten, und namentlich die Armee ging unvermerkt zurück. An die Einführung der Aushebung nach französischem Muster konnte man wegen der polnischen Länder gar nicht denken; es blieb also die alte Ergänzungsweise durch auswärtige Werbung, daher auch die überwundene Lineartaktik und die harte Kriegszucht. An die Stelle der kühnen Initiative Friedrichs des Großen trat in der Strategie eine berechnende Klügelei, die den Besitz beherrschender Stellungen für wichtiger hielt als eine gewonnene Schlacht; der Gamaschen- und Paradedienst verdrängte die Erziehung für das Gefecht. Dazu wurde bei der übergroßen Sparsamkeit die Ausrüstung ungenügend, die Zahl der felddienstunfähigen Stabsoffiziere zu groß, und die Vermehrung der Heeresstärke hielt mit dem Wachstum der Bevölkerung nicht Schritt. Und doch lebte und webte dies Heer in dem Glauben an seine Unüberwindlichkeit.

Aus-
wärtige
Politik
Preußens

So entsprach die innere Kraft des preussischen Staats keineswegs seinem wachsenden Umfang, und nach außen befolgte er seit 1795 eine schwächliche Friedenspolitik, die den deutschen Süden schutzlos ließ und endlich nicht einmal mehr den Norden schirmte. Denn Preußen verhinderte nicht, daß die Franzosen im Sommer 1803, als England dem Frieden von

Amiens zum Troß weder Malta noch das Kapland räumte, Hannover besetzten, um auf die englische Politik einen Druck auszuüben. Und das alles gegenüber diesem Frankreich, das im Besitz Hollands, Belgiens und des linken Rheinufers das ganze westliche Deutschland gewissermaßen im Belagerungszustand hielt, eine Übermacht entfaltete wie niemals selbst unter Ludwig XIV. und nach der Natur seines Militärfäkterums auf immer neue Eroberungen ausgehen mußte!

Da die gewaltigen Vorbereitungen Napoleons zu einer Landung in England dies aufs schwerste bedrohten, so brachte die englische Diplomatie eine neue (3.) Koalition zwischen Osterreich und Rußland zu stande, ohne daß allerdings Preußen daran teilgenommen hätte. Und wieder war das Unglück, daß Osterreich dabei auf neue Eroberungen ausging, daher seinen besten Feldherrn, den Erzherzog Karl, nach Italien schickte, in Süddeutschland den doktrinären Theoretiker Mack an die Spitze stellte. Während dieser Bayern besetzte und bei Ulm Halt machte, um hier die Russen zu erwarten, stand Max Joseph von Bayern, geängstigt durch die osterreichischen Vergrößerungspläne, schon auf dem Sprunge, sich an Frankreich anzuschließen. Napoleon aber umging die osterreichische Aufstellung bei Ulm, indem er seine Hauptmasse von Nordfrankreich und Hannover her nach der obern Donau vorschob und schon am 12. Oktober München besetzen ließ; er selbst, von Straßburg aus vorgehend, brachte die Kurfürsten von Baden und Württemberg halb durch Zwang, halb durch Überredung zum Übertritt und schloß die Osterreichler bei Ulm von allen Seiten ein. Nur einzelnen Abteilungen gelang es, sich nach Tirol und Böhmen durchzuschlagen; die Hauptmasse kapitulierte am 17. Oktober. Da nun das inzwischen herangekommne russische Korps viel zu schwach war, um die Straße nach Wien zu decken,

Die
dritte
Koalition

so wich es unter Gefechten nach Mähren zurück und überließ damit Wien den Franzosen (18. November).

Schlacht
von
Austerlitz
und
Friede
von
Presburg

Darauf sammelten sich die Heere in Mähren, die Franzosen auf Brünn, die Russen und Österreicher auf Olmütz gestützt. Nun zogen große österreichische Streitmassen von Italien und Tirol heran, oder sammelten sich in Ungarn und Böhmen; außerdem stellte Preußen, schwer verstimmt darüber, daß die Franzosen bei dem Marsche nach der Donau ansbachisches Gebiet verlegt hatten, in Schlesien, Franken, Westfalen und Hannover starke Heeresmassen auf und sandte den Grafen Haugwitz an Napoleon mit unannehmbaren Forderungen, bei deren Ablehnung es sich der Koalition anschließen wollte. Alles also riet den Verbündeten, die Entscheidung hinauszuschieben. Statt dessen drängte das erregte Selbstgefühl des jungen Zaren vorschnell zur „Dreikaiserschlacht“ von Austerlitz bei Brünn (2. Dezember). Sie endete mit einer zerschmetternden Niederlage der Verbündeten und zerriß die Koalition. Denn Kaiser Franz II. schloß ohne Rußland am 9. Dezember den Waffenstillstand von Brünn, am 26. Dezember den Frieden von Presburg und trat dabei Venezien an das nunmehrige Königreich Italien, Tirol und Vorarlberg an Bayern, die vorderösterreichischen Lande an Württemberg und Baden ab, gab die noch übrigen Reichsstädte und die Reichsritterschaft preis, erkannte die Königswürde und die Souveränität der Kurfürsten von Bayern und Württemberg an und erhielt für das alles nur Salzburg und Berchtesgaden, wofür der Kurfürst von Salzburg Würzburg von Bayern empfing.

Der
Rheinbund
und die
Auflösung
des
Reichs

Diese Wendung entschied die Stellung Preußens und das Schicksal Süddeutschlands. In den Verträgen von Schönbrunn (15. Dezember 1805) und Paris (15. Februar 1806) schloß Preußen ein enges Verteidigungsbündnis mit Frankreich, überließ Ans-

bach und Bayreuth an Bayern, Kleve an das neue Großherzogtum Berg, erhielt dafür allerdings das längst ersehnte Hannover, verfeindete sich aber dadurch mit England und verlor in einem unblutigen Kaperkriege fast seine ganze blühende Kauffahrtei (etwa 500 Schiffe). Für Süd- und Westdeutschland aber zog die letzten Konsequenzen einer unheilvollen Entwicklung die Stiftung des Rheinbundes am 12. Juli 1806. Sechzehn süd- und westdeutsche Fürsten traten gegen Anerkennung ihrer Souveränität in ein immerwährendes Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich, erkannten Napoleon I. als ihren Protettor an und verkündigten amtlich am 1. August ihre Trennung von dem tausendjährigen Verbande des heiligen Reiches. Darauf legte Franz II. am 6. August nicht nur die inhaltstleer gewordne Kaiserkrone nieder, sondern erklärte auch mit einem Staatsstreich die Kaisermürde selbst für erloschen. So entgeistert waren diese alten ehrwürdigen Formen, daß ihr endlicher Zerfall kaum noch hier und da eine Klage hervorrief. Mit stumpfer Gleichgiltigkeit sahen die Massen, mit dem erhabnen philosophischen Gleichmut des Weltbürgers die Gebildeten dem kläglichen Zusammenbruch des uralten deutschen Gemeinwesens und der Aufrichtung der Fremdherrschaft über den Südwesten zu.

Zu spät machte Preußen den Versuch, die letzten Trümmerstücke Deutschlands in einem norddeutschen Bunde mit sich zu vereinigen und vielleicht ein nord-

Bruch
Preußens
mit
Frankreich

deutsches Kaisertum aufzurichten. Aber noch während der schleppenden Verhandlungen mit Kursachsen und Kurhessen trieb die übermütige Nichtachtung, mit der Napoleon fortan Preußen behandelte, zuletzt die Nachricht, daß er in England die Rückgabe des eben preußisch gewordenen Hannover angeboten habe, zum Bruche: in einer Aufwallung des tief verletzten nationalen Stolzes befahl König Friedrich Wilhelm III. am

9. August 1806 die Mobilisierung der preussischen Armee, und stürmische Kriegsbegeisterung lohnte in der Hauptstadt empor. Aber statt nun, isoliert wie Preußen war, sich zunächst auf die strenge Verteidigung der Elblinie zu beschränken, bis die erbetene russische Unterstützung herankam, sammelte man mit dem zuversichtlichen Stolze des friederizianischen Preußen die Armee, 150 000 Mann, die Sachsen eingerechnet, unter dem Herzog Karl von Braunschweig (mit G. D. Scharnhorst als Generalstabchef) im nördlichen Thüringen, erst um Erfurt, dann um Weimar, mit vorgeschobnen Abteilungen bei Saalfeld und Hof, um über den Thüringer Wald in das rheinbündische Süddeutschland einzubrechen, und versäumte dann doch wieder kostbare Tage, weil man den Ablauf der Frist für die Beantwortung eines völlig zwecklosen Ultimatums abwarten zu müssen glaubte (8. Oktober).

Schlachten
bei Jena
und
Auerstädt

An der Spitze eines nationalfranzösischen und rheinbündischen Heeres von 200 000 Mann, das durch die Einteilung in selbständige Armeekorps aus allen Waffen äußerst beweglich war, den Gegnern in jeder Beziehung überlegen, entschied Napoleon den Feldzug wieder durch seinen Aufmarsch. Indem er vom Main her in drei Kolonnen die Saale abwärts in der Richtung auf Leipzig vordrang, bedrohte er die preussische Rückzugslinie nach der Elbe. Seine Vortruppen warfen Tauenzien am 8. Oktober bei Schleiz zurück, überwältigten am 10. Oktober mit dreifacher Übermacht bei Saalfeld den ritterlichen Prinzen Louis Ferdinand von Preußen, den Liebling des preussischen Heeres, der selbst dabei im Handgemenge fiel, und besetzten schon am 12. Oktober unter Marschall Davoust Naumburg. Auf diese unglücklichen Nachrichten hin trat die Hauptmacht unter dem Herzog von Braunschweig mit dem König den Rückzug nach der Saale an, während zu dessen Deckung Fürst Hohenlohe mit

50000 Mann auf der Hochebene zwischen Weimar und Jena stehen blieb. Aber jene vermochte trotz ihrer Überzahl am Nebelmorgen des 14. Oktober nicht die Stellung Davousts um Hassenhausen bei Auerstädt oberhalb des Saalthales zu bewältigen und ging am Abend auf Weimar zurück; Fürst Hohenlohes Truppen aber, über die ganze Hochebene verzettelt, wurden in denselben Stunden bei Jena von Napoleon selbst mit Übermacht (80000 Mann) angegriffen und nach heißem Kampfe besonders um das Dorf Bierzehnheiligen in völliger Auflösung nach Weimar zurückgeworfen. Hier in der Dunkelheit unvermutet aufeinanderstoßend, traten die beiden preußischen Heere noch in der Nacht den Rückzug nordwärts nach Sondershausen an, um auf weiten Umwegen durch den Harz und um den Harz Magdeburg und die Elbinie zu gewinnen.

Napoleon aber öffnete sich durch das Gefecht bei Halle (17. Oktober) und den Waffenstillstand mit Sachsen den kürzern Weg nach der Elbe, ließ schon am 24. das fassungslose Berlin besetzen und zog am 27. Oktober von Charlottenburg her selbst durch das Brandenburger Thor die Linden hinunter in der Hauptstadt ein. Rastlos verfolgt kapitulierten die preußischen Korps, die vereinzelt Stettin zu gewinnen suchten, eins nach dem andern, am 28. Oktober das des Fürsten Hohenlohe bei Prenzlau, am 29. ein andres bei Pasewalk. Blücher erreichte in atemlosen Gewaltmärschen mit völlig erschöpften Leuten Lübeck, in der Hoffnung, von da aus zur See nach dem Osten kommen zu können, wurde aber am 6. November in heftigem Straßenkampfe aus der alten Hansestadt hinausgedrängt und mußte am nächsten Tage bei Ratkau an der Trave ebenfalls die Waffen strecken. Nur Trümmer des stolzen Heeres kamen über die Oder. Doch das Unglück wurde erst vollendet durch die widerstandslose schimpfliche Kapitulation aller Festungen westlich von

Der Zusammenbruch Preußens

der untern Oder. Schon am 15. Oktober fiel Erfurt, am 25. Spandau, am 29. Stettin, am 1. November Küstrin, am 8. November auch Magdeburg, der feste Hort des Staats im siebenjährigen Kriege, trotz seiner Besatzung von 20000 Mann, im Laufe desselben Monats noch die Weserpläze Hameln und Nienburg. Nur die schlesischen Festungen und fern an der Ostsee das tapfere Kolberg hielten stand. Nicht eigentlich Feigheit war die Ursache dieser unerhörten Kapitulationen, sondern die innere Haltlosigkeit der Befehlshaber, als ihr für unüberwindlich gehaltener Militärstaat morsch zusammenbrach. Da sich nun auch die Polen erhoben, so mußten die Reste des preussischen Heeres bis hinter die untere Weichsel zurückweichen. Bis dahin schaltete unbedingt das Gebot Napoleons. Er schrieb ungeheure Kontributionen aus, entthronte den Kurfürsten von Hessen und den Herzog von Braunschweig und bildete aus ihren Ländern, Hannover und preussischen Gebietsteilen das Königreich Westfalen für seinen Bruder Hieronymus (Jerome); er zwang die übrigen norddeutschen Fürsten zum Eintritt in den Rheinbund und gab dem Kurfürsten von Sachsen unter dieser Bedingung im Frieden von Posen (11. Dezember 1806) die Königskrone.

Winter-
feldzug
in Ost-
preußen

Daß Friedrich Wilhelm III., ermutigt durch Königin Luise, die damals aus einem liebenden Weibe zur Heldin wurde, in dieser furchtbaren Lage den am 16. November abgeschlossenen Waffenstillstand zurückwies und sich entschloß, mit Rußlands Hilfe den Kampf fortzusetzen, das war die That eines wahren Königs, und sie entsprach einem gründlichen Umschwunge in der Stimmung des Volkes. Vor der harten Thatfache der Fremdherrschaft zerfloß die weltbürgerliche Gleichgiltigkeit gegen den Staat in nichts; der Stolz auf eine große Vergangenheit, die Anhänglichkeit an

das Königshaus und ein zäher Haß, wie ihn die Franzosen im Kleinstaatlichen Deutschland noch nirgends getroffen hatten, traten mehr und mehr hervor; die Herren von dem alten Militäradel stellten sich freiwillig zu den schwarzweißen Fahnen, und Tausende von Reservisten und Versprengten schlugen sich nach dem fernen Ostpreußen durch. Da hier freilich die russischen Hilfstruppen nur langsam und spärlich eintrafen und nach dem blutigen Treffen bei Pultusk am Narew (26. December) nur Königsberg deckten, so mußte G. D. Scharnhorst mit dem Korps Vestocq die bis dahin zähe verteidigten Weichselübergänge preisgeben. Die Franzosen überschritten darauf die Weichsel, doch der strenge Winter hemmte alle Bewegungen, und in der furchtbaren Schlacht bei Preußisch-Eylau südlich von Königsberg am 7. und 8. Februar 1807 entriß Scharnhorsts Bataillone dem Imperator den schon errungenen Sieg. Uebermals trat eine thatsächliche Waffenruhe ein. Während dieser wurden nicht nur die preussischen Rüstungen aufs eifrigste betrieben, sondern der König beseitigte endlich auch das Geheime Kabinett, entließ den unheilvollen Haugwitz und berief den Freiherrn von Hardenberg (geb. 1750) zum Minister des Auswärtigen. Mit Rußland aber schloß er am 26. April 1807 den Vertrag von Bartenstein, worin sich beide Mächte verpflichteten, den Krieg bis zur Befreiung Deutschlands und zur Wiederherstellung Preußens fortzusetzen und keinen Sonderfrieden einzugehen, ein wahrhaft verwegenes Programm in diesem Augenblicke.

Während dieser ergebnislosen Kämpfe im alten Ordenslande waren auch die größern schlesischen Festungen im Verlaufe des Winters vom Dezember 1806 bis zum Februar 1807 den rheinbündischen Truppen unter König Jerome erlegen, aber Kosel hielt der Oberst von Puttkamer, die natürliche Gebirgs-

Der
Festungs-
krieg


bastion der Graffschaft Glatz mit Glatz und Silberberg Graf Friedrich Göhen mit ausdauerndem Heldennut, und Kolberg wurde durch die geniale Verteidigung des Majors Neidhardt von Gneifenau, den Ferdinand von Schill durch feste Streifzüge, die wachere Bürgerschaft unter Joachim Nettelbeck durch opferfreudige Hingabe unterstützte, zum Ausgangspunkte einer neuen Art des Festungskrieges und zur Wiege des neuen preußischen Waffenruhms. An der Weichsel hielt der greise Courbière das kleine Graudenz.

Ende des
Krieges;
Friede von
Tilsit

Doch nach der endlichen Übergabe von Danzig am 25. Mai drangen die Franzosen, auf 200 000 Mann verstärkt, mit fast doppelter Übermacht gegen Königsberg vor und siegten nach einer empfindlichen Schlappe bei Heilsberg (10. Juni) entscheidend am 14. Juni 1807 bei Preußisch-Friedland an der Alle. Mit den Trümmern des Heeres ging auch die königliche Familie hinter den Njemen nach Memel zurück. Eine Fortsetzung des Krieges wäre nur noch auf russischem Boden möglich gewesen. Doch mit der Standhaftigkeit des Zaren war es zu Ende. Er schloß allein Waffenstillstand und ließ sich bei einer persönlichen Zusammenkunft auf dem Njemen bei Tilsit (25. Juni) von Napoleons Überlegenheit für den Gedanken, gemeinsam mit Frankreich Europa zu beherrschen, gewinnen. Umsonst suchte Königin Luise, der schweren Kränkungen vergessend, mit denen sie Napoleon in seinen Bulletins überhäuft hatte, indem er sie als die ränkevolle Urheberin des Krieges verdächtigte, in einer Unterredung den Eroberer milder zu stimmen (6. Juli); am 7. Juli 1807 schloß Rußland in Tilsit den Frieden, am 9. Juli mußte Preußen die französischen Bedingungen annehmen. Während sich für Rußland die Aussicht auf die Erwerbung des schwedischen Finnland und der türkischen Donaufürstentümer eröffnete, erhielt der König von Preußen nur

„aus Achtung vor dem Kaiser aller Reußen“ etwa die Hälfte seiner Provinzen, nämlich Preußen (doch ohne Danzig und Thorn), Pommern, Brandenburg und Schlesien, im ganzen 2880 Quadratmeilen mit $4\frac{1}{2}$ Mill. Einwohnern zurück, versprach eine schwere (doch damals noch nicht bestimmte) Kriegskontribution zu zahlen, bis zu deren Abtragung 150 000 Mann Franzosen im Lande stehen bleiben sollten, und unterwarf sich, wie auch Rußland gethan hatte, der Kontinentalsperre. Aus den polnischen Provinzen Preußens bildete Napoleon das Herzogtum Warschau, das er dem König von Sachsen übertrug. Der Staat Friedrichs des Großen schien vernichtet, jede Möglichkeit zu neuer Erhebung verloren zu sein.





Anläufe zur Neugestaltung 1807 bis 1858

Politische
Lage
Deutsch-
lands
1807

Niemals, selbst nach dem dreißigjährigen Kriege nicht, war die nationalpolitische Lage Deutschlands so trostlos gewesen wie 1807. Das uralte Gemeinwesen deutscher Nation war aufgelöst, das linke Rheinufer stand unmittelbar unter französischer Herrschaft, die ganze Westhälfte des Landes, der Rheinbund, 5700 Quadratmeilen mit 15 Millionen Einwohnern, mittelbar, in eine Menge souveräner Staaten zerrissen, die nur durch die gemeinsame Knechtschaft verbunden waren, denn die geplante Bundesverfassung kam niemals zu stande. Im Osten war Österreich noch immer eine Großmacht geblieben, aber Preußen ein verarmter Mittelstaat geworden, auf drei Seiten von feindlichen Nachbarn eingeschnürt und mißtrauisch überwacht. Da auch Holland und Italien von Frankreich ganz abhängig waren, so war das neukarolingische Weltreich eine machtvolle Wirklichkeit, unvergleichlich stärker als das alte und auch wirtschaftlich abgeschlossen, seitdem die Kontinentalsperre vom 21. November 1806 alle Häfen des französischen Reiches und Machtgebiets der englischen Einfuhr verschlossen und der blühenden französischen Industrie einen weiten Markt geöffnet hatte. Es war das größte Ergebnis der „Aufklärung.“

Nicht von diesem Ideenkreise konnte daher der Sturz des Napoleonischen Reiches ausgehen. Er wurde herbeigeführt durch die natürliche Reaktion der Nationalitäten, denn es widersprach dem ganzen Geiste der modernen Geschichte. Aber auch nach der Befreiung gelang es den Deutschen nicht, eine nur einigermaßen genügende Gesamtverfassung aufzurichten. Lediglich der friedliche Dualismus Preußens und Oesterreichs konnte diesen Mangel bis zu einem gewissen Grade ersetzen. Nur im Innern der Einzelstaaten siegte jetzt überall die Staatseinheit und kurz darnach außerhalb Oesterreichs auch der konstitutionelle Gedanke, am spätesten in Preußen. Doch die lebendige wirtschaftliche und geistige Entwicklung drängte unaufhaltsam zur strafferen politischen Einheit der Nation. So bildete sich überall eine nationalgesinnte Schicht, und die wirtschaftliche Einheit wurde im Zollverein für das außerösterreichische Deutschland fast ganz verwirklicht. Freilich, der besonders von den geistig führenden Kreisen ausgehende Versuch, eine neue Gesamtverfassung auf demokratischer Grundlage herzustellen, scheiterte 1848—49 noch. Doch vermochte auch die Reaktion nur die allzu demokratischen Auswüchse der Bewegung zu beseitigen, den Zug nach der nationalen Einheit dagegen nicht zu unterdrücken.

Gang
der Ent-
wicklung
seit 1807

Die Befreiung Deutschlands von der Fremdherrschaft ging von zwei Seiten aus: von einer tiefgreifenden Umgestaltung des geistigen Lebens und von der innern Erneuerung des preußischen Staats. Schon vor der Unterjochung hatte die „Romantik“ eingeseht, deren Vertreter sich vor allem in Jena, Heidelberg und Berlin sammelten, hier die Gelehrten, dort die Dichter. Anknüpfend an die Gedanken der Sturm- und Drangperiode, vor allem Herders betrachteten die Romantiker als das Wesen der Poesie die schrankenlose Hingabe an die Empfindung und Phantasie und

Die
Romantik
und die
neue
Wissen-
schaft

wandten sich daher besonders den Erzeugnissen der naiven Kulturstufen zu, in denen sich diese Kräfte ungestört von verstandesmäßiger Erwägung entfaltet hatten, also der Volksdichtung und dem Mittelalter aller Völker, vor allem des deutschen Volkes. Durch Übersetzungen und Sammlungen erweiterten Männer wie J. L. Tieck, A. W. und Fr. Schlegel nach der einen, die beiden Brüder Jakob und Wilhelm Grimm aus Hanau (Kinder- und Hausmärchen 1812), Achim von Arnim, Brentano u. a. m. nach der andern Seite hin unermülich den damals noch sehr engen Kreis der Kenntniß. Erst von solchen Grundlagen aus drang jetzt die Wissenschaft zu der Erkenntniß von dem innigen Zusammenhange aller Äußerungen des Volkslebens vor und lernte dieses als ein großes einheitliches Ganze begreifen. Von diesem Standpunkte aus behandelten A. F. Wolf in Halle (1795) zuerst Ilias und Odyssee, A. W. Schlegel und Fr. H. von der Hagen das Nibelungenlied als Erzeugnisse einer ganzen langen Periode epischen Volksgefanges, nicht eines einzigen, großen Dichtergeistes. Ganz ähnlich verstand Eichhorn das deutsche, Savigny das römische Recht als entstanden aus dem Geiste ihres Volkes, und während Johannes von Müller mit taciteischer Wucht die Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft noch im guten Glauben an die volkstümlichen Sagen schrieb, faßte der zum patriotischen Preußen gewordene Dietmarsche B. G. Niebuhr in seiner Römischen Geschichte (1811—12), dem bedeutendsten wissenschaftlichen Werke dieser ganzen Zeit, mit der ersten scharfen Kritik der Überlieferung den römischen Staat als das Produkt des römischen Volkstums auf. Erst jetzt wandte man auch den von dem Hochmuth der „Aufklärung“ verkannten und mißhandelten Baudenkmälern des Mittelalters ein verständnisvolles Studium zu, die Brüder Sulpiß und Melchior

Boifferée der zerfallenden Riesenruine des Kölner Domes, Max von Schenkendorf der jämmerlich verunstalteten Marienburg.

Damit war eine entscheidende Wendung in der Auffassung von der Stellung der Einzelpersonlichkeit zum Ganzen gegeben; sie erschien jetzt nicht mehr losgelöst, sondern als das Glied einer großen Gemeinschaft, vor allem des Staats. Daher sollte sich nach dem großen Schweizer Pestalozzi, der Rousseaus pädagogische Grundgedanken auf deutschen Boden verpflanzte, die sittlich-religiöse Erziehung des Menschen in drei Stufen entwickeln, in der Familie, der Gemeinde, dem Staate. Ebenso betonte der große Theolog und Kanzelredner D. Schleiermacher in Berlin, daß der Einzelne nur als Glied eines Ganzen zur vollen Durchbildung seiner Persönlichkeit gelangen könne und aller Wert des Menschen in der Kraft und Reinheit des Willens liege, mit dem er sich freiwillig dem großen Ganzen hingebte. Von einer streng idealistischen Philosophie aus, die mit ihrem Kernsatze, nur die denkende Persönlichkeit sei wirklich, die Außenwelt bloße Vorstellung des denkenden und wollenden Ich, den Individualismus der Aufklärung auf die Spitze getrieben hatte, kam auch der Sachse Johann Gottlieb Fichte zu der Anschauung, es gäbe nur eine Pflicht, sich selbst zu vergessen, und bezeichnete daher in seinen gewaltigen „Reden an die deutsche Nation,“ die er im Winter 1807—1808 in Berlin hielt, die weiche Selbstsucht der Zeitgenossen als den letzten Grund des Verderbens, den ernstesten sittlichen Willen als die Vorbedingung der Rettung, denn „Deutschsein und Charakter haben ist ohne Zweifel gleichbedeutend.“ Ein Schüler Fichtes aber, der Schwabe Fr. W. J. Schelling, sah in der Natur und der Menschheit eine Entfaltung der Gottheit, also eine zusammenhängende Einheit.

Die neue Weltanschauung

Dichtung Also begann der weltbürgerliche Deutsche auf philosophischem Umwege und belehrt durch erschütternde Erfahrungen, endlich den Staat und das Vaterland als eine sittliche Notwendigkeit und seine eigne Pflicht gegenüber diesem Vaterlande wenigstens theoretisch zu begreifen, denn einen nationalen Staat hatte er noch nicht. Damit ging freilich die klassische Periode der deutschen Dichtung zu Ende, denn die Reflexion war der unmittelbaren poetischen Empfindung nicht günstig. Deshalb brachte auch die Romantik im Grunde keinen großen Dichter hervor. Heinrich von Kleist, der größte deutsche Dramatiker neben Schiller, ging zwar von ihr aus, aber in seinen mächtigen Dramen kamen doch vor allem das stolze, jetzt so tödlich gekränkte Selbstbewußtsein des preussischen Edelmanns, die leidenschaftliche Sehnsucht nach Rache und Befreiung von der Fremdherrschaft zum Ausdruck. Mehr als er wirkte im Grunde, ohne es zu wollen oder zu hoffen, Goethe mit dem ersten Teile seines „Faust“ (1808). Denn diese großartigste Dichtung aller modernen Kulturvölker gab zugleich die umfassendste und tiefstinnigste poetische Verklärung des deutschen Wesens und belebte weithin die Überzeugung, daß dieses Volk nicht untergehen könne.

Die
Rhein-
bünd-
staaten

Wie auf geistigem Gebiete die neue Auffassung des geschichtlichen Werdens den logischen Konstruktionen der Aufklärung entgegentrat, so standen im Staatsleben zwei ganz verschiedene Systeme nebeneinander: gewissermaßen die Verkörperung jener beiden Geistesrichtungen, das französisch-rheinbündische und das preussisch-deutsche, der Staat als Mechanismus und als lebendiger Organismus. Das erste System brachte die Ideen der Aufklärung da, wo sie bisher gar nicht oder nur unvollkommen zur praktischen Geltung gekommen waren, zur konsequenten, vielfach zwar höchst gewaltsamen, ja geradezu revolutionären, aber im ganzen doch not-

wendigen und wohlthätigen Durchführung. Unter dem Zwange der Not, die neuerworbenen Gebiete mit dem alten Kern zu verschmelzen und dem Protektor schlagfertige Truppen zur Verfügung zu stellen, führten die meisten Rheinbundstaaten die straffe monarchische Staatseinheit durch, begründeten das Heerwesen auf die allgemeine Aushebung (mit Stellvertretung), entseffelten den Verkehr, bahnten die Befreiung des Bauernstandes an, behandelten die Kirche als eine staatlich beaufsichtigte Polizeianstalt, gaben aber auch die alte kirchliche Ausschließlichkeit auf. Völlig nach französischem Muster und im Hinblick auf die zukünftige Einverleibung in Frankreich geordnet wurden das Königreich Westfalen, der eigentliche Musterstaat des Rheinbundes, Murats Großherzogtum Berg und der Staat des Fürsten-Primas Dalberg (seit 1810 Großherzogtum Frankfurt), also die ganz unhistorischen Neuschöpfungen Napoleons. Höchst gewaltsam und ohne jede Achtung vor dem historisch Gewordenen führte in Bayern, dem größten Rheinbundsstaate seit der Erwerbung Tirols (1600 Quadratmeilen mit $3\frac{3}{4}$ Millionen Einwohnern im Jahre 1808), der Minister Montgelas, ein ganz französisch gebildeter Fanatiker der Aufklärung, unter dem gutmütigen, bequemen und volkstümlichen König Max Joseph (1799 bis 1826) die neue Ordnung durch, und mit despotischer Härte verschmolz Friedrich I. von Württemberg (1797 bis 1816) das ständische Alt-Württemberg mit den neuen Erwerbungen zu einem straff zentralisierten, seit 1806 absolut regierten „Reiche“ von 329 Quadratmeilen mit $1\frac{1}{4}$ Millionen Einwohnern. Milder trat die Umwandlung in Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau u. a. m. auf, fast unberührt von ihr blieben dagegen die altständischen Lande Sachsen, Thüringen und Mecklenburg. Aber überall herrschte der echte Rheinbundsgeist, die Unterwürfigkeit unter den bewunderten und gefürchteten

Protector, und der fanatische Haß gegen die Idee einer nationalen Gesamtverfassung Deutschlands.

Die
Reform
in
Preußen

Nur von Preußen konnte daher die Befreiung und die Neugestaltung ausgehen, denn nur dieser Staat hatte eine selbständige, stolze nationale Tradition. Hier versammelte sich deshalb eine Schar hervorragender Männer aus allen Teilen Deutschlands, in der That die Blüte der Nation, alle eigenartig, aber verbunden durch das Streben nach dem gleichen Ziele und durch die Reinheit ihres starken Willens, an ihrer Spitze (seit 7. September 1807) der Rheinländer Karl vom Stein (geb. 1757), ein stolzer Reichsritter, ein Todfeind der Kleinstaaterei und des Napoleonischen Weltreichs, ein Deutscher schlechtweg, voll trotzigen Selbstgefühls und schöpferischer Gedanken. Ihre beste Stütze hatten die Männer der Reform in der Königin Luise; der König ließ sie mehr gewähren, als daß er sie angeregt hätte, aber er ließ ihnen doch im entscheidenden Augenblicke seine Autorität, die allein imstande war, den Widerstand der Anhänger des Alten zu brechen. Stein, vorgebildet unter der noch lebendigen Selbstverwaltung der westfälischen Stadtgemeinden und Bauernschaften wie durch das Studium der englischen Verhältnisse, sah gleich Justus Möser die Freiheit nicht in der demokratischen Gleichheit der Franzosen, sondern in der thätigen Teilnahme der „Eigentümer“ (d. h. der Grundbesitzer) an der Verwaltung kleinerer Kreise, um sie zum Verständnis des Staats, zur Staatsgefinnung zu erziehen. Er begann daher mit dem ursprünglich nur für die Provinz Preußen berechneten Gesetz über die Aufhebung der bäuerlichen Erbunterthänigkeit vom 9. Oktober 1807 und schuf damit die Grundlage für die Befreiung des Bauernstandes. Sodann gab die Städteordnung vom 19. November 1808 den Stadtgemeinden die Selbstverwaltung durch frei aus der Bürgerschaft und von ihr gewählte Körperschaften, den Magistrat und die Stadt-

verordneten. Von den geplanten Provinziallandtagen trat nur einer, der ostpreussische, und zwar durch eine Reform der alten Stände, in Wirksamkeit, der Reichstag, der das ganze Werk krönen sollte, kam überhaupt noch nicht zustande. Dafür wurde noch im Dezember 1808 die volle Einheit der Staatsverwaltung durch Errichtung von fünf Fachministerien (für Auswärtiges, Inneres, Krieg, Finanzen, Kultus) begründet, die alten Provinzialministerien als Oberpräsidien in die Hauptstädte der drei Provinzen (Preußen, Brandenburg-Pommern, Schlesien) verlegt, die Kriegs- und Domänenkammern in die „Regierungen“ verwandelt. Der Schöpfer des neuen Heerwesens wurde der Niedersachse G. D. Scharnhorst (geb. 1755). Nachdem mit heilsamer Härte alle Festungskommandanten, die 1806 kapituliert hatten, kriegsrechtlich verurteilt, alle dienstuntauglichen Offiziere entlassen, alle Regimenter, die die Waffen gestreckt hatten, aufgelöst worden waren, begründete Scharnhorst die Armee lediglich auf inländische Aushebung, schaffte die entehrenden Körperstrafen und den gesonderten Gerichtsstand der Angehörigen des Heeres (außer bei militärischen Vergehen) ab, gliederte die Armee in sechs selbständige Brigaden aus allen Waffen und gab ihr die neue französische Taktik. Dabei mußte die Ausrüstung und Bewaffung so gut wie neu geschaffen werden.

Und das alles unter der drückendsten Finanznot. Denn am Marke des planmäßig bis aufs Blut ausgeplünderten und völlig verarmten Staates zehrten die französischen Besatzungen; über eine Milliarde Frank's hat Napoleon nach seinem eignen Geständnis allmählich dem preussischen Volke abgepreßt. Erst die ihm ganz unerwartete Erhebung Spaniens, dem er, um das Kontinentalsystem gründlicher durchzuführen, seinen Bruder Joseph als König aufgedrängt hatte, seit dem Mai 1808, nötigte ihn, seine Truppen

Abzug
der
Franzosen

bis auf zehntausend Mann (in den drei Oberfestungen) aus Preußen herausziehen und im Vertrage vom 8. September 1808 die Kriegskontribution auf 140 Millionen Franks festzusetzen. Der König mußte sich dagegen freilich verpflichten, in den nächsten zehn Jahren den Friedensstand seines Heeres nicht über 42000 Mann zu bringen, aber er erhielt doch die freie Verfügung über seine Staatseinkünfte zurück und umging jene Bestimmung dadurch, daß die eingezogenen Wehrpflichtigen schnell ausexerziert und durch neue Rekruten ersetzt wurden.

Aber die Hoffnung der Patrioten auf eine nahe Befreiung wurde noch zu schanden. Die Zusammenkunft Napoleons und des Kaisers Alexander in Erfurt (September und Oktober 1808), zugleich eine glänzende Schaustellung französischer Macht und eine tiefe Demütigung für den deutschen Fürstenstand, befestigte das Bündniß beider Herrscher; Stein mußte, mit Grund franzosenfeindlicher Gesinnungen verdächtigt, am 24. November seine Entlassung nehmen und wurde von Napoleon geächtet, und Österreichs schlecht vorbereitete und verfrühte Erhebung scheiterte vollständig.

Die
Erhebung
Öster-
reichs

Mit dem Amtsantritt des Grafen Philipp Stadion, eines rhätisch-alemannischen Reichsritters (geb. 1763), schien ein neuer Geist in den alten Staatsbau der Habsburger eingezogen zu sein. Unter eifriger Unterstützung der Erzherzöge Karl und Johann und warmer Teilnahme der Kaiserin Ludovika von Esté wurde die Armee durch Errichtung einer Landwehr und zahlreicher Freiwilligencorps auf eine volkstümliche Grundlage gestellt. Außerdem sollte nach dem spanischen Vorbilde, das hier zum erstenmale seine berückende Kraft ausübte, in den Gebirgen von Dalmatien bis Tirol der Volkskrieg entflammt, durch örtliche Aufstände das rheinbündische Norddeutschland revolutioniert und Preußen mit fortgerissen werden. Allein

die begründete Furcht, Rußland möge sich der Donaufürstentümer bemächtigen, trieb zum verfrühten Losbruch. Glänzend war der Anfang. Die Tiroler, in allen ihren Empfindungen von der „aufgeklärten“ bayerischen Verwaltung aufs schwerste verletzt und aufgestachelt von ihrer populären Geistlichkeit, erhoben sich, als ein österreichisches Korps von 14 000 Mann aus Kärnten einmarschierte, unter Volksführern wie Andreas Hofer, Joseph Speckbacher und dem Kapuziner Gaspinger und überwältigten binnen fünf Tagen (9. bis 14. April) die schwachen und vereinzelt bayerischen und französischen Besatzungen. Aber der nicht recht entschlossene gleichzeitige Angriff des Erzherzogs Karl auf Bayern schlug vollkommen fehl, obwohl Napoleon überrascht wurde. In blutigen Gefechten zwischen Regensburg und der Isar wurden die Österreicher bis zum 23. April in zwei Teile auseinandergesprengt, die Hauptmasse mit dem Erzherzog nach Böhmen, der schwächere linke Flügel unter Hiller nach Oberösterreich zurückgedrängt. Am 13. Mai zogen die Franzosen zum zweitenmale in Wien ein. Nun warfen die Bayern unter Brede mit grausamer Härte Nordtirol nieder, Erzherzog Johann mußte Italien, Erzherzog Ferdinand das Herzogtum Warschau räumen. Nur den Angriff der Franzosen auf die im Marchfelde nördlich von der Donau zur Wiedereroberung Wiens versammelten Österreicher schlug der Erzherzog Karl in der blutigen Schlacht bei Aspern und Eckling am 21. und 22. Mai glücklich ab, und der moralische Erfolg dieser ersten persönlichen Niederlage Napoleons war so groß, daß aus Tirol Hofer zum zweitenmale die Bayern aus Innsbruck warf (29. Mai).

Dagegen waren die geplanten Aufstände in Norddeutschland umsonst. Die Erhebung, die der Major Dörnberg schon am 22. April in Hessen versuchte, scheiterte an der Treue der westfälischen Truppen;

Aufstände
in Süd-
deutsch-
land;
Wagram

Schill, der in der Hoffnung, seinen König mit fortzureißen, am 28. April sein (brandenburgisches) Fußarenregiment von Berlin weg zum Angriff auf Magdeburg geführt hatte, warf sich, von seinem Kriegsherrn verleugnet, nach Stralsund, um daraus ein deutsches Saragossa zu machen, und erlag hier am 31. Mai tapfer fechtend der Übermacht; elf seiner Offiziere wurden als brigands in Wesel standrechtlich erschossen. Der Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig endlich versuchte mit seinem bei Nachod gebildeten Freikorps, den „Schwarzen,“ Sachsen vergeblich zu insurgieren, obwohl er sogar Dresden besetzte. Und die eine Bedingung, die Friedrich Wilhelm III. seinen ungestüm zum Kriege drängenden Beratern stellte, daß zuvor Österreich einen entscheidenden Sieg ersechte, wurde nicht erfüllt. Vielmehr vereitelte der Vizekönig Eugen von Italien durch den Sieg bei Raab am 14. Juni den Versuch des Erzherzogs Johann, mit seinem Bruder Karl gemeinsam Wien anzugreifen, und dieser selbst, der den Erfolg von Aspern ganz unbeachtet gelassen hatte, wurde bei Wagram im nördlichen Teile des Marchfeldes von den gewaltig verstärkten Franzosen am 5. und 6. Juli überwältigt, sodaß er nach Mähren zurückging. Aufzueh, wie 1805, entmutigt schloß darauf Österreich schon am 12. Juli den Waffenstillstand von Znaim. Trotzdem wehrten die tapfern Tiroler noch einmal den Angriff des Marschalls Lefebvre heldenmütig ab, und der Herzog von Braunschweig schlug sich von Zwickau bis zur Wesermündung durch, wo er sich am 7. August nach England einschiffte.

Friede
von
Wien;
Folgen
des
Kriegs

Ohne nun auf die preussischen Bündnisangebote einzugehen oder die steigenden Verlegenheiten Napoleons in Spanien seit dem Eingreifen Englands auszunützen, schloß Österreich am 14. Oktober 1809 den Frieden von Wien. Es trat darin Salzburg

und einen Teil Oberösterreichs an Bayern, Neugalizien an Warschau, Oberkärnten, Krain, Görz, Triest, Istrien, Dalmatien und einen Teil Kroatiens an Frankreich ab, verzichtete also auf alle Verbindung mit dem Meer, und gab Tirol preis. Von allen Seiten mit Übermacht angefallen, erlagen jetzt die letzten schwachen Kräfte des tapfern Alpenvolkes; Hofer wurde in seinem Versteck verraten und starb am 20. Februar 1810 in Mantua mit ruhiger Fassung den Tod des Rebellen. Der Nachfolger Stadiöns aber wurde Fürst Clemens Metternich (geb. 1773), der bisherige österreichische Botschafter in Paris, ein Rheinländer, der echte Vertreter einer internationalen, in französischer „Aufklärung“ gebildeten, ebenso klugen als gemüthsarmen Aristokratie, dem die deutsche Nation eine „Mythe“ war. Er vermittelte die Vermählung einer Tochter seines Kaisers, der Erzherzogin Marie Luise, mit Napoleon, dem vorher geschmähten und verachteten Usurpator (2. April 1810). Als nun zu dieser Selbstentwürdigung des stolzen Kaiserhauses im Jahre 1811 auch noch der Staatsbankerott trat, da brach der alte Pessimismus und die alte Genußsucht der Österreicher wieder hervor, und nach dem schönsten, hoffnungsvollsten Jahre der österreichischen Geschichte versank die Seele dieser tapfern Stämme in einen tiefen Schlummer, aus dem sie auch 1813 nicht wieder erwachte.

Der neue Sieg ermutigte Napoleon, 1810 Holland und die deutschen Nordseelände samt Lauenburg und Lübeck unmittelbar mit dem französischen Reiche zu vereinigen, um sein Kontinentalsystem gegen das unbesiegte England vollständig durchzuführen. Für Preußen brachte er eine Steigerung der Bedrängnisse. Noch im Dezember 1809 nötigte der Kaiser den König durch drohende Mahnungen, von Königsberg nach Berlin zurückzukehren, mitten hinein zwischen französische

Notlage
Preußens

und rheinbündische Garnisonen und drängte dann so unbarmherzig auf Abzahlung der Kontribution, daß die Minister am 12. März 1810, an der Zukunft des Staats verzweifelnd, dem König rieten, sich durch Abtretung Schlesiens loszukaufen. Doch der Monarch verwarf in wahrhaft königlichem Sinne den kleinmütigen Vorschlag, entließ das Ministerium Altenstein und berief am 4. Juni den Freiherrn von Hardenberg als Staatskanzler an die Spitze des Ministeriums. Kaum war diese schwere Krisis überwunden, da verschied Königin Luise in der Blüte ihrer Jahre am 19. Juli 1810 auf Schloß Hohenzieritz in Mecklenburg, das edelste Opfer dieser furchtbaren Zeit, von ihrem treuen Volke als Vorbild der Entsagung wie der unverfleglichen Hoffnung dankbar verehrt.

Fortgang
der
Reformen

Hardenberg wollte die Reformen Steins fortsetzen, aber mehr im französisch-rheinländischen Sinn durch Befreiung des Verkehrs, soziale Umgestaltungen und Neuregelung der Finanzen. Eine Reihe von Gesetzen ordnete daher 1811—1812 die Ablösung der bäuerlichen Lasten, um den Bauern ein freies Grundeigentum zu sichern, stellte das Steuerwesen auf neue Grundlagen (Personal-, Einkommen- und Vermögenssteuer), gewährte die Gewerbefreiheit für Stadt und Land und die Emanzipation der Juden. Die Abzahlung der Kontribution wurde freilich nur durch die Einziehung der Reste des Kirchenguts und den Verkauf des größten Teils der Domänen möglich, die somit dem Staate geradezu zur Rettung wurden. Die Selbstverwaltung führte Hardenberg nur durch die Übertragung der ländlichen Ortspolizei auf die Dorfbehörden und die Einrichtung von Kreistagen aus Vertretern aller Stände weiter. Doch die kühnste That eines unverzagten Idealismus war die Gründung und reiche Ausstattung der Universität Berlin 1810. Opferwillig und verständnisvoll kam das Volk seiner Regie-

rung entgegen; fester als jemals schloß sich auch das
 bisher so ganz unpolitische Bürgertum um sein Königs-
 haus und in sich selbst zusammen und bereitete sich
 durch sittliche und körperliche Selbstzucht, wie sie Fichte
 und Schleiermacher für die Gebildeten, E. M. Arndt
 in seinem „Geiste der Zeit“ und Fr. L. Zahn vor
 allem als Gründer der deutschen Turnerei (1811) auch
 für weitere Kreise übten, unermülich vor, das fremde
 Joch zu brechen. Die geheimen patriotischen Ver-
 bindungen, wie der „Tugendbund“ und der „Deutsche
 Bund“ gewannen wenig praktische Bedeutung, aber
 das ganze preußische Volk bildete eine einzige große
 Verschwörung.

Doch solange das Einvernehmen zwischen Frank-

Bruch
 zwischen
 Napoleon
 und
 Rußland

reich und Rußland bestand, war eine Erhebung in
 Deutschland aussichtslos. Der Bruch kam, als Kaiser
 Alexander, schon gereizt durch die Vergrößerung des
 Herzogtums Warschau 1809, die in den Polen die Hoff-
 nung auf die Wiederherstellung ihres Reiches erweckte,
 und durch die Entthronung seiner oldenburgischen Ver-
 wandten, seit Ende 1810 sich dem furchtbaren Zwange
 des Kontinentalsystems durch Erleichterung seiner
 drückendsten Bestimmungen zu entziehen begann. Schon
 1811 war Napoleon zum Kriege entschlossen und häufte
 Truppenmassen in Deutschland an. Auch das Volk
 sah in dem Riesenkometen des heißen Sommers 1811
 ahnungsvoll das Vorzeichen eines gewaltigen Krieges,
 und in Preußen tauchte bei den besten Männern wie
 Scharnhorst und Gneisenau der Gedanke an einen ver-
 zweifelten Volkskrieg im Anschluß an Rußland auf.
 Da aber Rußland, noch mit der Türkei in den Krieg
 um die Donaufürstentümer verwickelt, den Kampf gegen
 Frankreich nur verteidigungsweise führen wollte, so
 mußte Friedrich Wilhelm III. sich unter dem Zwange
 der härtesten Not durch den Vertrag vom 24. Februar
 (5. März) 1812 an Napoleon anschließen, ihm die

Hälfte seines Heeres, 20000 Mann, zur Verfügung stellen, alle seine Provinzen, mit Ausnahme des größten Teils von Schlesien, den französischen Durchmärschen öffnen und erschöpfende Lieferungen an Wagen, Pferden und Schlachtvieh übernehmen, sodaß viele verzweifelnd alle Hoffnungen aufgaben. Williger schloß sich am 14. März Österreich an, da eine russische Eroberung der Donaufürstentümer gegen sein Interesse verstieß.

Der
russische
Zeldzug

So wurde Norddeutschland die Operationsbasis Napoleons. In endlosen Heerzügen ergossen sich im Frühjahr 1812 die Massen der „großen Armee,“ ein buntes Völkergemisch aus ganz Mittel- und Westeuropa, kaum zur Hälfte nationalfranzösische Truppen, durch Norddeutschland, während Napoleon im Mai zu Dresden sich noch einmal in den Strahlen seines Glanzes selbstgefällig sonnte; seit dem Juni verschwanden sie hinter der polnischen Grenze. Von den deutschen Truppen folgten die Preußen, erst unter Grawert, dann unter S. D. E. von York, dem linken Flügel (Macdonald) nach Kurland zum Angriff auf Riga und Petersburg, die Österreicher und Sachsen dem rechten (Fürst Schwarzenberg) gegen Südrußland; die Hauptmasse der Rheinbündner gehörte dem Zentrum (300000 Mann) an, das Napoleon selbst gegen Moskau führte. Auf allen Schlachtfeldern bewährten auch in fremder Dienstbarkeit die deutschen Truppen ihre Tapferkeit, und die Rheinbündner zogen nach der Mordschlacht von Borodino (7. September) am 14. September mit in der alten Zarenstadt ein. Doch der schreckliche Brand von Moskau zerstörte die gehofften Winterquartiere, die Plünderung der brennenden Stadt untergrub vollends die schon durch den endlosen Marsch gelockerte Zucht der Truppen, und der Zar verweigerte jede Unterhandlung, gestählt von der Stimmung seines tieferregten Volkes und dem Räte des Freiherrn von Stein folgend. Also trat die „große Armee,“ nur noch 100000 Mann,

am 18. und 19. Oktober verspätet den Rückzug aus Moskau an, hinein in die russische Schneewüste und ins Verderben. Doch erst, als die jammervollen Reste, meist waffenlos, in abenteuerlichen Vermummungen, halb erfroren, seit dem 10. Dezember die preußische Grenze überschritten, erfuhr man hier, daß die Ahnung des Volkes eingetroffen sei, daß ein Gottesgericht ohne gleichen das siegesstolze Heer vernichtet habe, und wie auf Flügeln ging die geheime Losung durch das Land: jehzt oder nie!

Währenddem suchte sich die preußische Regierung in steten Einvernehmen mit Österreich vorsichtig dem französischen Bündnisse zu entwinden, knüpfte daher die von Napoleon aus Dresden verlangte Verstärkung des preußischen Kontingents (14. Dezember) an schwer erfüllbare Bedingungen und begann langsam zu rüsten, als man schon wußte, daß York mit Macdonald den Rückzug aus Kurland angetreten hatte. Da traf am 4. Januar 1813 in Berlin die unerwartete Kunde ein, York habe sich, durch russische Truppen von Macdonald abgeschnitten, auf eigne Hand am 30. Dezember 1812 in der Konvention von Tauroggen (bei Memel) von den Franzosen getrennt, sein Armeekorps, noch 13000 streitfähige Leute, auf zwei Monate für neutral erklärt und ihm den Landstrich zwischen der Grenze und dem Njemen anweisen lassen. Damit öffnete der alte scharfe „Fseggrim“ im vollen Bewußtsein der Lage Ostpreußen den Russen, das er mit den Franzosen König Murats zusammen ihren schwachen Streitkräften recht wohl hätte sperren können, und gab das Zeichen zur Erhebung. Sein König war noch nicht frei genug, das eigenmächtige Vorgehen seines Generals billigen zu können; er verwarf daher amtlich die Konvention, trat aber unter der Hand mit dem Zaren in Verbindung und reiste, als er von diesem die Zusicherung erhalten hatte, daß die Russen die Weichsel überschreiten

Konvention
von
Tauroggen

würden, am 22. Januar von Charlottenburg nach Breslau ab, um Herr seiner Entschliessungen zu werden.

Die Er-
hebung
Preussens

Doch seine treuen Ostpreußen waren nicht in der Lage, ihrer zu harren. Schon zu Anfang Januar waren die Franzosen hinter die Weichsel zurückgewichen, die Russen hatten Königsberg besetzt, und kraft einer ältern Ernennung übernahm York als königlicher Generalgouverneur die Oberleitung der stürmisch aufgeregten Provinz. Doch erst nachdem Stein als russischer Kommissar mit G. M. Arndt am 22. Januar in Königsberg eingetroffen war, entschloß sich York, den Provinziallandtag zu berufen, und in wenigen Tagen (5. bis 9. Februar) beschloß diese hochkonservative Versammlung von Edelleuten, Bürgern und Bauern ohne alles rednerisches Gepränge, aber mit dem schweren Ernste dieses langsam erwärmenden Volkes, die letzten Kräfte des furchtbar mitgenommenen Landes zum Kampfe gegen Frankreich aufzubieten, ohne Weisung, aber unter Voraussetzung der nachträglichen Genehmigung des Königs. In denselben Tagen gaben drei Breslauer Erlasse des Königs, der Aufruf zur Bildung freiwilliger Jägerdetachements vom 3. (8.) Februar, die vorläufige Aufhebung aller bisherigen Befreiungen vom Kriegsdienst vom 3. Februar und die Erlaubnis für den Major von Lüchow (vom 18. Februar), ein Freikorps aus außerpreussischen Deutschen zu bilden, den Anstoß zur allgemeinen begeisterten Erhebung des preussischen Volkes. Aus den Universitäten und Schulen, aus den Amtsstuben und Kontoren, vom Pfluge und Amboss weg meldeten sich die Freiwilligen zu Tausenden, gehobnen Herzens strömten die Reservisten und Rekruten zu den alten Fahnen, und wer nicht selbst eintreten konnte, der gab willig, was er hatte, Geld, Tuch, Leinwand, das letzte mühsam gerettete Silbergerät, sogar die goldnen Trauringe zur Ausrüstung der Armee. Und das alles vollzog sich geräuschlos,

still und feierlich wie in religiöser Andacht; nicht eine Blutthat an dem verhassten Feinde hat diese reinste und schönste Volkserhebung aller Zeiten geschändet. Also setzte ein ganzes Volk die letzten armen Trümmer seiner Habe, seine gesamten geistigen und physischen Kräfte an die Idee des Vaterlandes, des Staats. „Es war der weltgeschichtliche Augenblick, da preussisches Staats- und deutsches Nationalgefühl ineinanderflossen.“

Unwiderstehlich drängte diese Bewegung den noch halb ungläubig und vorsichtig zögernden König vorwärts. Am 28. Februar schloß er mit Rußland das Bündnis von Kalisch, worin sich beide Mächte verpflichteten, den Krieg bis zur Befreiung Deutschlands und bis zur Wiederherstellung Preußens in seinem Umfange von 1806 fortzuführen, doch so, daß der größte Teil seiner polnischen Provinzen an Rußland fallen und es dafür durch eroberte norddeutsche Gebiete (Hannover ausgenommen) entschädigt werden sollte; zu diesem Zwecke hatte Rußland 150 000 Mann, Preußen 80 000 Mann ins Feld zu stellen. Nun überschritten die Russen am 2. März die Oder und besetzten am 11. März Berlin, das die Franzosen am 4. geräumt hatten, wenig später zog York dort ein. Am 16. März übergab Hardenberg dem französischen Gesandten die Kriegserklärung, am 20. brachte die amtliche Schlesiische Zeitung den herrlichen „Ausruf an mein Volk“ vom 17. März und die Urkunde über die Stiftung des Eisernen Kreuzes vom 10. März, dem Geburtstage der Königin Luise. Inzwischen trat neben die Linientruppen die Landwehr, die Schöpfung Scharnhorsts und seit dem April für die örtliche Verteidigung der Landsturm. So übertrafen die preussischen Rüstungen weit die vertragsmäßigen Verpflichtungen. Bei einer Bevölkerung von kaum fünf Millionen rief Preußen bis zum 16. Mai außer dem Landsturm 271 000 Mann zu den Fahnen,

Eröffnung
des Feld-
zugs

das stärkste Aufgebot, das Deutschland seit der Urzeit jemals erlebt hatte, und was noch mehr bedeutete: dies Heer war die Blüte des gesamten Volkes, das erste Heer der modernen allgemeinen Wehrpflicht. Denn als ein Volkskrieg, ein „heiliger Krieg“ erschien der Kampf, und darum gab ihm auch die schönste patriotische Dichtung aller Zeiten die Weihe (Theodor Körner, May von Schenkendorf, Ernst Moritz Arndt).

Der
Zeldzug
in
Sachsen

Doch die ersten hochfliegenden Hoffnungen der Verbündeten, das rheinbündische Deutschland mit sich fortreißend bis zum Rhein vorzudringen, erfüllten sich nicht. Zwar schlossen sich die Herzöge von Mecklenburg sofort an, und Hamburg wurde schon am 17. März besetzt; aber als nun die beiden Heere der Verbündeten, die Nordarmee unter dem Russen Wittgenstein, die Süddarmee unter des jugendlichen Greifeß Blücher (geb. 1742) feuriger Führung, in Sachsen einrückten, den langsam zurückweichenden Franzosen des Bizekönigs Eugen folgend, da entzog sich der König Friedrich August, der fest an die Unbesieglichkeit seines „großen Protektors“ glaubte, durch die Abreise aus Dresden der Entscheidung und verband sich dann mit dem sich behutsam zurückhaltenden Österreich zur bewaffneten Vermittlung; in Sachsen aber wagte man trotz günstiger Stimmung nicht ohne ihn zu handeln, auch der in Torgau die neugebildete Armee kommandierende General Thielemann nicht. So standen die Verbündeten erst um Leipzig, als Napoleon, nachdem er seinem erschöpften und murrenden Frankreich ein neues Heer abgepreßt hatte, in Eilmärschen durch Thüringen heranzog. Mit Übermacht nötigte er die Verbündeten nach der blutigen Schlacht um Großgörschen bei Lützen am 2. Mai, über Meissen und Dresden hinter die Elbe zurückzugehen, und besetzte schon am 8. Mai Dresden, wohin der König, seiner drohenden Mahnung folgend, am 12. zurückkehrte, um sich ihm

wieder unbedingt anzuschließen. Aber ungebrochenen Mutes wagten die Verbündeten am 20. und 21. Mai bei Bautzen eine zweite Schlacht und zogen auch, als sie den Kampf abbrechen mußten, nur unter beständigen hartnäckigen Gefechten nach Schlessien ab.

Hier schlossen beide Teile, erschöpft wie sie waren, am 4. Juni den Waffenstillstand von Poischwitz bei Schweidnitz, die Verbündeten vor allem in der Hoffnung, Österreich zu sich herüberzuziehen. Vom Frieden wollten die preussischen Patrioten im Hauptquartier nichts wissen, zumal da der heimtückische vertragswidrige Überfall des Lüzkowschen Freikorps bei Rixen unweit von Leipzig am 17. Juni die Unversöhnlichkeit des Gegensatzes wieder bewiesen hatte; aber sie sandten, um Verhandlungen anzuknüpfen, Scharnhorst nach Österreich, der auf der Reise seiner bei Lüzen erhaltenen Bunde am 28. Juni in Prag erlag, und nahmen am 27. Juni im Vertrage von Reichenbach die kümmerlichen Friedensvorschläge Metternichs (Teilung des Großherzogtums Warschau unter die drei Ostmächte, Rückgabe der Nordseeküste und der illyrischen Provinzen) an, weil Österreich versprach, wenn Napoleon sie verwerfe, auf die Seite Preußens und Rußlands zu treten. Sie willigten deshalb auch in einen Friedenskongreß zu Prag, zu dem Metternich am 28. Juni auch dem zürnenden Napoleon die Einwilligung mühsam entriß. Ihre Rechnung bewährte sich: nach zwei Siegen wollte Napoleon von Landabtretungen schlechterdings nichts wissen. So lief der Stillstand am 10. August ab, und Österreich trat, obwohl es Metternich vor den preussischen „Jakobinern“ graute, zu den Verbündeten über. Mit seinem wohlgeschonten Heere konnte es die Entscheidung geben, übernahm deshalb auch die Oberleitung und that das Mögliche, um den preussisch-deutschen Volkskrieg in den Kabinettskrieg einer europäischen Koalition zu verfälschen. Auch England und Schweden schlossen sich an.

Der
Waffen-
stillstand

Die
Schlach-
ten des
August
1813

Währenddem hatte Napoleon 450000 Mann aufgestellt, Franzosen, Polen und Rheinblünder. Im Besitz der ganzen Elblinie von der böhmischen Grenze bis zur Nordsee (auch Hamburg war seit dem 30. Mai wieder in seinen Händen) und auf das stark befestigte Dresden als Mittelpunkt seiner Stellung gestützt, wollte er gleichzeitig, den Vorteil der „inneren Linien“ benutzend, gegen Schlessien (Macdonald), Berlin (Dudinot) und Böhmen zum Angriff übergehen. Im weiten Bogen umgaben ihn die Verbündeten, um wenige Zehntausend stärker. In Böhmen stand ihre Hauptarmee unter Fürst Schwarzenberg, in Schlessien Blücher mit dem genialen Gneisenau als Generalstabschef, in seinem Hauptquartier die besten Kräfte vereinigend, vor Berlin die Nordarmee unter dem Kronprinzen Karl Johann von Schweden, dem frühern Marschall Bernadotte. Alle drei Heere sollten, ohne daß sich eines von ihnen allein in eine Entscheidungsschlacht einließ, zusammenwirkend Napoleon allmählich nach Leipzig drängen. Da warfen nun zuerst am 24. August die Preußen der Nordarmee unter Bülow den Angriff Dudinots bei Großbeeren in mörderischem Ringen zurück, und Blücher schlug am 26. August den Marschall Macdonald an der Raabach auf der alten Wahlstatt der Mongolenschlacht von 1241 bis zur Vernichtung, sodaß er Schlessien räumte. Napoleon hatte seinen Angriff auf Böhmen (von der Oberlausitz aus) aufgegeben, weil inzwischen die Hauptarmee der Verbündeten, das Erzgebirge überschreitend, auf Leipzig vordrang und sich dann mit plötzlicher Änderung ihrer Marschrichtung gegen das schwach besetzte Dresden wandte. Da sie aber den günstigen Augenblick vor Napoleons Ankunft nicht zu benutzen verstand, so wurde sie in zweitägiger Schlacht am 26. und 27. August aufs Haupt geschlagen und ins Erzgebirge zurückgeworfen. Nur das Vandamme, von den Russen bei Pirna und Königstein aufgehalten,

zu spät kam und zu schwach war, den geschlagenen Massen den Abstieg in den Teplitzer Kessel zu versperren, rettete die Verbündeten vor der Katastrophe und gab ihnen sogar die Gelegenheit, durch die Vernichtung von Vandammes Korps bei Kulm 29. und 30. August die Niederlage von Dresden einigermaßen auszugleichen. Ebenso scheiterte der zweite französische Vorstoß auf Berlin unter Ney in der Schlacht von Dennewitz unweit Jüterbogk am 6. September an dem heldenmütigen Widerstande Bülow's und Tauenzien's.

Während der nun folgenden Pause im Kampfe einigten sich die drei verbündeten Ostmächte im Teplitzer Vertrage vom 9. September, den Krieg bis an den Rhein fortzusetzen und den Rheinbundstaaten „die volle und unbedingte Unabhängigkeit“ zuzusichern. Auf dieser Grundlage gewährte Osterreich, dem man in kurzfristiger Vertrauensseligkeit die Regelung der süddeutschen Verhältnisse überließ, Bayern im Vertrage von Ried am 8. Oktober gegen die Abtretung Tirols und Salzburgs und den Anschluß an die Verbündeten die volle Souveränität, machte also jede straffere Bundesverfassung, wie sie Stein u. a. erstrebten, von vornherein unmöglich, sicherte sich aber den entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Dinge.

Noch vorher war von der schlesischen Armee das Zeichen zum entscheidenden Vormarsch ausgegangen. Am 3. Oktober erzwang York bei Wartenburg unweit Wittenberg den Übergang über die Elbe; bei Düben an der Mulde wurde die Verbindung mit der zögernd vorrückenden Nordarmee hergestellt, und die Besetzung von Halle bedrohte die Rückzugslinie Napoleons. Da nun auch die böhmische Armee wieder gegen Leipzig vordrang, so vereinigte Napoleon hier allmählich den Kern seiner Streitmacht, im ganzen 180 000 Mann. Doch näherte sich die Nordarmee so langsam, daß in der ge-

Die
Scheidungs-
frage
der
deutschen

Schlacht
bei
Leipzig

waltigen „Völkerschlacht“ am 16. Oktober nur Blücher bei Möckern im Nordwesten der Stadt entschieden siegte, im Süden bei Wachau die Franzosen ihre Stellung im ganzen behaupteten. Erst am 18. Oktober mit voller Übermacht, 255000 gegen 160000 Mann angreifend, überwältigten die Verbündeten Napoleons linken Flügel im Osten Leipzigs (auf der Linie Probstheida-Schönefeld) und erstürmten am 19. Oktober auch die Stadt, die der Kaiser nur noch durch Polen und Rheinbündner verteidigen ließ, um sich den Rückzug nach Thüringen zu sichern. Obwohl die Sachsen und die Württemberger am letzten Schlachttag übergegangen waren, so wurde doch der König Friedrich August, der in der erstürmten Stadt den Siegern in die Hände fiel, als Kriegsgefangener behandelt. Kaum verfolgt schlug sich Napoleon noch bei Hanau am 30.—31. Oktober durch ein bayrisch-österreichisches Heer unter Brede siegreich durch und ging am 1. November bei Mainz über den Rhein zurück.

Zusammenbruch
des
Rheinbundes

Damit war das Schicksal der noch von den Franzosen gehaltenen Festungen im innern Deutschland, der Zusammenbruch des Rheinbundes, die Rückkehr der entthronten Fürsten entschieden. Nur Sachsen und einige andre Gebiete wurden als eroberte Länder unter die „Zentralverwaltung“ Steins gestellt, der ihre Kräfte zum Kampfe gegen Frankreich aufbot. Während nun der Kronprinz von Schweden Dänemark nötigte, ihm gegen das schwedische Vorpommern Norwegen abzutreten, und Bülow die Franzosen aus Holland vertrieb, war es noch zweifelhaft, ob die verbündeten Heere den Rhein überschreiten würden, den auch Metternich für Frankreichs natürliche Grenze hielt; erst im Hauptquartier der Monarchen zu Frankfurt setzte Stein den Beschluß zum Übergange durch.

Der
Zug
gegen
Paris

Im Dezember vollzogen diesen die Truppen der Hauptarmee bei Mannheim und Basel, in der Neu-

jahrsnacht 1814 die Schlesier Blüchers bei Caub. Aber die Verbündeten behandelten nach ihrem Manifest vom 1. Dezember 1813 ohne allen Grund nur Napoleon, nicht Frankreich als ihren Feind, und politische Rücksichten, verbunden mit einer unbestimmten Furcht vor Napoleon und den strategischen Klügeleien des großen Hauptquartiers lähmten alles derart, daß Blücher trotz seinem Siege bei La Rothière am 1. Februar unter verlustvollen Gefechten bis Chalons a. M. zurückweichen mußte und in Chatillon an der obern Seine sogar Friedensverhandlungen begonnen wurden. Erst als diese abermals an Napoleons Starrsinn scheiterten, verpflichteten sich die Mächte im Vertrage von Chaumont am 1. März zur Fortsetzung des Krieges, und beide Heere setzten sich auf Paris zu in Bewegung. Von der Nordarmee um zwei Korps verstärkt schlug Blücher am 9. und 10. März die Hauptmacht Napoleons bei Laon; Schwarzenberg siegte am 20. und 21. März bei Arcis an der Aube, und da Napoleon sich nach dem Osten warf, um dort den Volkskrieg zu entfesseln, so fand Blücher die Straße nach Paris fast frei, erstürmte am 30. März die Höhen im Nordosten der Hauptstadt mit dem Montmartre und zwang Marmont noch in der Nacht zur Übergabe. Am 31. März zogen Friedrich Wilhelm III. und Alexander, von der ermüdeten Bevölkerung als Befreier begrüßt, in Paris ein, am 2. April erklärte der Senat auf Talleyrands Betrieb Napoleon für entsetzt. Indem nun die Verbündeten dem entthronten Weltbeherrscher die Insel Elba als souveränes Fürstentum zuwiesen und den Bourbonen Ludwig XVIII. als König von Frankreich anerkannten, gewährten sie am 30. Mai 1814 den besiegten Franzosen einen unverdient milden Frieden. Sie ließen ihnen die Grenzen von 1792 (mit Landau und Saarlouis) und verzichteten gegen Übergabe der noch besetzten Festungen auf alle Kriegskosten,

sogar auf die Herausgabe der meisten geraubten Kunstschätze. Die Regelung aller übrigen Fragen wiesen sie einem Kongresse in Wien zu.

Der
Wiener
Kongreß

Liefen Groll im Herzen kehrten die preussischen Patrioten aus dem gewaltigen Kriege heim, und auch der Wiener Kongreß, der seit dem Herbst 1814 die vornehme Welt Europas in der gedankenlos leichtlebigen Donaustadt fast mehr zu den lange entbehrten rauschenden Vergnügungen als zu ernsten Beratungen versammelte, behandelte die Lebensfragen der Völker, namentlich Deutschlands und Italiens, mit der oberflächlichen Altklugheit der Diplomatie der Aufklärungszeit und befriedigte die nationalen Bedürfnisse nicht. Bald traten sogar in der wichtigsten Frage, der künftigen Territorialgestaltung Preußens, Österreich, England und Frankreich, von Talleyrand mit dreister Gewandtheit gelenkt, den beiden nordischen Mächten offen entgegen, da diese ganz Sachsen an Preußen, dafür den größten Teil Polens an Rußland geben wollten, und schon drohte im Januar 1815 der Kampf um den Siegespreis auszubrechen, da kam man am 10. Februar zur Verständigung.

Die
Gebiets-
verteilung
und der
Deutsche
Bund

Preußen behielt von seinen polnischen Ländern nur das Großherzogtum Posen, Danzig und Thorn, dafür erhielt es drei Fünftel von Sachsen (darunter das alte Kurland), das schwedische Vorpommern (wofür Lauenburg an Dänemark fiel) und im Westen zu seinen alten Besitzungen das jetzige Rheinland und Westfalen, meist alte geistliche katholische Gebiete. Es verzichtete dabei auf Hildesheim und Ostfriesland zu Gunsten Hannovers, auf die fränkischen Fürstentümer zu Gunsten Bayerns, das zugleich Würzburg und die linksrheinische Pfalz erhielt, ließ sich also gleichzeitig von der Nordsee und aus Süddeutschland verdrängen und zerfiel fortan in zwei territorial getrennte Ländermassen. Hessen-Darmstadt wurde durch Mainz ver-

stärkt, aus Belgien und Holland das oranische Königreich der Niederlande zusammengeschweißt, mit dem das Großherzogtum Luxemburg in Personalunion trat. Vollends der Versuch, eine leistungsfähige Gesamtverfassung für Deutschland aufzurichten, mißlang vollständig. Das Interesse der fremden Mächte, Deutschland als Ganzes schwach zu erhalten, die Abneigung der Habsburger, das alte Schattenkaisertum zu erneuern, der Hohenzollern, sich einem solchen zu unterwerfen, das Streben der frühern Rheinbundsfürsten, ihre junge Scheinsouveränität ungeschmälert zu behaupten, endlich und nicht am wenigsten die Unklarheit der Patrioten über das, was eigentlich geschaffen werden sollte, und der Mangel an jeder nach dieser Richtung drängenden Volksströmung wirkten zusammen zu der „Deutschen Bundesakte“ vom 8. Juni 1815, einem kläglichen Nothbehelf. Denn sie setzte an die Stelle des alten Reichs einen lockern völkerrechtlichen Bund von fünf- unddreißig souveränen Fürsten und vier freien Städten zur Sicherung der Unabhängigkeit Deutschlands und der Einzelstaaten. Ihm trat Oesterreich nur für seine alten Reichsländer, Preußen nicht für die Provinzen Preußen und Posen bei, da beide Staaten ihre Selbständigkeit als europäische Großmächte wahren wollten. Dazu geriet der Bund durch die Personalunion Hannovers mit England, Luxemburgs mit den Niederlanden, Schleswig-Holsteins und Lauenburgs mit Dänemark unter den Einfluß dieser fremden Mächte, und da für seinen Bestand sämtliche Großmächte nebst Spanien, Portugal und Schweden die Bürgschaft übernahmen, so wurde nach einem Siegeszuge ohne gleichen Deutschland unter die Vormundschaft des Auslandes gestellt, wie nach dem dreißigjährigen Kriege.

Und selbst diese jämmerlichen Ergebnisse wurden nur erreicht, weil Napoleon, am 1. März bei Cannes gelandet, mit Hilfe seiner alten Soldaten durch einen Napoleons
Rückkehr;
Feldzug
in
Belgien

Handstreich die Bourbonen gestürzt und sich wieder auf den Thron geschwungen hatte, denn diese Gefahr trieb die hadernnden Mächte zum Abschluß in Wien und zum Zusammenhalten gegen den Usurpator. Ihren ungeheuern Heeresmassen gegenüber, die gegen die Ostgrenze Frankreichs heranfluteten, im ganzen 600 000 Mann, hatte Napoleon nur dann Hoffnung auf Sieg, wenn es ihm gelang, die englisch-norddeutsch-preussische Armee, die sich unter Wellington und Blücher in Belgien hinter der Sambre und Maas sammelte, entscheidend zu schlagen, ehe die übrigen Heere eingreifen konnten. Wirklich brachte er, am 13. Juni mit 130 000 Mann die belgische Grenze überschreitend, am 16. Juni bei Ligny dem linken Flügel der Verbündeten unter Blücher eine empfindliche Niederlage bei, da Wellington auf dem rechten Flügel bei Quatrebras nicht rechtzeitig mit genügenden Kräften eingriff (hier fiel der Herzog von Braunschweig inmitten seiner Schützen); aber Gneisenau, der an Stelle des durch einen Sturz mit dem Pferde beschädigten Blücher den Oberbefehl übernommen hatte, führte die Preußen nicht nach Osten zurück, wie Napoleon erwartete, sondern nordwärts nach Wavren zur Vereinigung mit Wellington und ermöglichte es diesem dadurch, zur Deckung Brüssels am 18. Juni die Verteidigungsschlacht vorwärts von Waterloo beim Meierhose Belle Alliance anzunehmen. Schon waren die Kräfte seines Heeres im Schwinden, da entschieden die Preußen durch den Angriff auf den rechten französischen Flügel bei Plancenoit die furchtbare Schlacht und lösten dann durch eine rastlose Verfolgung die geschlagene Armee völlig auf.

Der
zweite
Friede
von
Paris

Ihr in Eilmärschen folgend, besetzte Blücher schon am 2. Juli Paris. Indem Wellington aber durch einen wohlberechneten Handstreich Ludwig XVIII. nach Paris zurückführte, machte er es den erst später eintreffenden Monarchen unmöglich, dem abermals besiegten Frank-

reich die für Deutschlands Sicherheit unentbehrliche Abtretung des Elsasses und Deutsch-Lothringens abzufordern. Vielmehr begnügten sie sich im zweiten Pariser Frieden vom 20. November 1815 mit der Abtretung des Saardepartements, der Herausgabe der geraubten Kunstwerke und einer Kriegssentschädigung von 700 Millionen Frank, bis zu deren Abzahlung 150 000 Mann verbündeter Truppen in Frankreich stehen bleiben sollten. Napoleon wurde nach St. Helena verbannt, wo er am 5. Mai 1821 gestorben ist.

So war nach ungeheuern Schicksalswechselfn und unter furchtbaren Opfern das willkürliche Werk eines Herrschergenies, das französische Weltreich, von der Reaktion der unterdrückten Völker zertrümmert worden und Deutschland befreit. Aber die siegreichen Regierungen hatten den Kampf mehr und mehr betrachtet als einen Krieg der „legitimen Ordnung“ gegen die „Revolution.“ In dieser Gesinnung schlossen die Herrscher der drei siegreichen Ostmächte am 26. September 1815 „die heilige Allianz,“ indem sie einander gelobten, ihre Völker nach christlichen Grundsätzen zu regieren. Praktisch verstand man darunter freilich die Niederhaltung aller „revolutionären“ Bewegungen, in Osterreich vor allem der nationalen Bestrebungen, die allerdings dem Bestande dieses buntgemischten Völkerreichs gefährlich werden mußten. Um sie daheim niederhalten zu können, mußte Osterreich sie auch in Italien und Deutschland niederhalten. So gipfelte Metternichs Staatskunst in der Erhaltung der „Stabilität.“

Dafür dienten ihm der Deutsche Bund und der Bundestag in Frankfurt a. M. Denn in diesem stehenden Kongreß instruierter Gesandter (eröffnet 5. No-

Die
heilige
Allianz

Die
deutsche
Bundes-
verfassung

aller Einzelstaaten, deren Einschränkung im nationalen Interesse Österreich gar nicht wünschte, durch eine sachwidrige Stimmenverteilung. Denn die Bundesverfassung behandelte zwar endlich jeden Staat als ein Ganzes und nicht mehr als eine Anhäufung von Territorien, aber indem sie in dem sogenannten engern Rate von siebenzehn Stimmen den Mittelstaaten mit je einer Stimme, im weitem Rate von neunundsechzig Stimmen mit je vier Stimmen das gleiche Gewicht wie den beiden Großmächten zuteilte, gab sie den Mittel- und Kleinstaatn die formelle Mehrheit. Dazu machte sie jede Verfassungsänderung von einem einstimmigen Beschlusse abhängig, also unmöglich, ganz abgesehen noch von der notwendigen Zustimmung des Auslandes. Thatsächlich hielt sich der Bund auch nur, weil Österreich und Preußen bis 1848 ihn in einer Art von friedlichem Dualismus gemeinsam leiteten, und keine von beiden Mächten den Versuch machte, die andre zu majorisieren. Für das Wohl des deutschen Volkes, das in der Bundesakte nicht einmal erwähnt wird, konnte der Deutsche Bund gar nichts leisten, denn sie enthielt in dieser Beziehung nur wenige allgemeine Bestimmungen (Versprechen landständischer Verfassungen § 13, Gleichberechtigung aller christlichen Konfessionen § 16, Freizügigkeit der Unterthanen § 18). Also blieb alles wie bisher den Einzelstaaten überlassen.

Die süd-
deutschen
Ver-
fassungen

Diesem unbefriedigenden Zustande entsprach die Unfertigkeit und Unklarheit des Nationalbewußtseins, das im ehemals rheinbündischen Deutschland wie in Österreich kaum vorhanden war, denn beide hatten keinen innern Anteil am Befreiungskriege genommen. Daher wandten sich die Bestrebungen fast ausschließlich der Begründung von konstitutionellen Verfassungen in den Mittel- und Kleinstaatn zu. Dabei herrschte im Südwesten, von Rotteck und Welcker beredt vertreten,

die naturrechtlich-französische Auffassung, deren Ideal die demokratische Republik, zum wenigsten die neu-französische Verfassung, die „Charte“ von 1814 war. Kleinere, aber einflussreiche Kreise huldigten der altständisch-patriarchalischen Staatsauffassung des Berner Patriziers Albrecht von Haller. Da man sich im ehemals rheinbündischen Deutschland daran gewöhnt hatte, dem französischen Vorbilde zu folgen und der völlig veränderte Territorialbestand dieser Staaten eine bloße Reform der alten Stände unmöglich machte, so nahmen sie sich auch im ganzen die Charte zum Muster. Sie gliederten also ihre neuen Landtage in zwei Kammern, von denen sich die erste aus Großgrundbesitzern (namentlich auch dem mediatisierten Reichsadel, den „Standesherrn“), Vertretern des Kirchenregiments und Vertrauensmännern der Krone zusammensetzte, die zweite aus gewählten Abgeordneten der Städte und Landbezirke bestand, doch so, daß jeder theoretisch das ganze Volk nach eigener Überzeugung, nicht abgeschlossen ständische Kreise nach Instruktion vertrat. So kam auch hier der Grundsatz der Staatseinheit zur Geltung. Nachdem Nassau 1814, Sachsen-Weimar 1816 vorangegangen war, erhielt zuerst Bayern nach dem Rücktritte des Ministers Montgelas (2. Februar 1817) auf den besondern Betrieb des ehrlich „deutsch“ gesinnten Kronprinzen Ludwig, der Bayern zum konstitutionellen Musterstaate in Deutschland machen wollte, am 26. Mai 1818 seine Verfassung. Das Großherzogtum Baden, in seinem jungen territorialen Bestande gegen die bayrischen Ansprüche auf die rechtsrheinische Pfalz erst durch die Anerkennung des Nachfolgerechts der Grafen von Hochberg (von Karl Friedrichs zweiter nicht ebenbürtiger Gemahlin) gesichert (4. Oktober 1817), empfing die seinige von Ludwig I. (1818—30) am 22. August 1818 besonders als Klammer für den künstlichen Staatsbau. In

Württemberg bekämpften die Anhänger des „alten guten Rechts,“ gereizt und verbittert; durch die despotische Willkür Friedrichs I., außs zähfeste dessen neue Verfassung vom 11. Februar 1815. Erst nach dem Tode des Königs gelang es seinem populären Nachfolger Wilhelm I. (1816—64) in schweren Kämpfen die Verfassung vom 26. September 1819 durchzusetzen. In Hessen-Darmstadt kam eine solche erst am 17. Dezember 1820 zum Abschluß.

Die alt-
ständischen
Staaten

Altständisch blieben die Staaten, deren Gebiet durch Neuerwerbungen nicht wesentlich verändert worden war. In Kurhessen machte der eigensinnige, kleinliche Friedrich Wilhelm I. nach seiner Wiederherstellung sogar den unsinnigen Versuch, die westfälische Zeit als nicht vorhanden zu behandeln und alles auf den Stand von 1806 zurückzuschrauben, berief daher auch die alten Stände, nur durch bäuerliche Abgeordnete verstärkt, schon zum März 1815 wieder. Hannover erlebte seinen ersten ganz ständisch gegliederten Gesamtlandtag seit dem Dezember 1814; im Dezember 1819 wurde er in zwei Kammern geschieden und damals auch die Einheit des Landesbeamtentums und der Staatsschuld hergestellt, aber daneben achtzehn ständische Provinziallandtage beibehalten. Nichts änderte sich in Mecklenburg, und auch in dem verkleinerten Sachsen, wo die Bevölkerung, durch lange Kriegsnot und die Teilung des Landes besonders schwer getroffen, in einen verbitterten Partikularismus versank, wurde schon aus Rücksicht auf den greisen König alles beim alten gelassen, nur daß der erbländische Landtag jetzt auch die oberlausitzischen Stände in sich aufnahm, ohne übrigens diese alte Körperschaft aufzuheben. Auch die neuen Landtage minderten thatsächlich die Macht der Krone wenig, wurden aber bald eine Burg des Sondergeistes und unterstützten somit das Streben der Fürsten, ihre ungeschmälerte Souveränität zu behaupten.

Nationale Gesinnung regte sich fast nur in einem Teile der akademischen Jugend. Voll hochgespannter, wenn auch unklarer Vorstellungen von deutscher Macht und Größe war sie aus dem Befreiungskampfe heimgekehrt und sah es jetzt in einer gewissen Selbstüberhebung als ihre Aufgabe an, das Werk der nationalen Neugestaltung, das den Staatsmännern nicht gelungen war, in die eigne Hand zu nehmen. Diese Gesinnung fand ihren ersten Ausdruck in der Stiftung der „deutschen Burschenschaften“ zu Jena und Erlangen, dann in dem Burschensfeste auf der Wartburg im Oktober 1817 zur Erinnerung an die Völkerschlacht und an Luthers Reformation, endlich und vor allem in der Errichtung der „allgemeinen deutschen Burschenschaft,“ die zu Jena am 18. Oktober 1818 unter dem schwarzrotgoldnen Banner (den Uniformfarben des Lützowschen Freikorps von 1813) entstand, „gegründet auf das Verhältnis der deutschen Jugend zur werdenden Einheit des deutschen Vaterlandes.“ In ihr aber bildete sich unter der Leitung des Dr. Karl Follen (seit 1818 in Jena), eines jener kalten Fanatiker des Verstandes wie Robespierre, die Gruppe der sogenannten „Unbedingten,“ die sich für berechtigt hielten, das, was ihnen der Verstand als wahr zeigte, praktisch die demokratische deutsche Republik, unbedingt, mit allen Mitteln durchzuführen.

War nun der Argwohn der Regierungen schon durch die thörichte Verbrennung einer Anzahl mißliebiger Bücher und Abzeichen beim Wartburgfeste erregt worden, so wurde er noch gesteigert, als auf dem Nacher Kongreß der Ostmächte im Herbst 1818, der Frankreich von der fremden Okkupation befreite und es in die heilige Allianz aufnahm, der Rumäne Sturdza dem Zaren die deutschen Unversittäten dreist als Sitze revolutionärer Bestrebungen verdächtigte, und die schlimmsten Befürchtungen schienen

Die
Burschen-
schaftKarls-
bader
Beschlüsse
und
Wiener
Schlußakte

gerechtfertigt, da einer der „Unbedingten,“ der Student R. L. Sand aus Bunsiedel, am 23. März 1819 in Mannheim den Dichter U. von Kobebue als „russischen Spion“ niederstieß. Nunmehr strengte die preussische Regierung gegen eine Anzahl der treuesten Patrioten von 1813, wie L. Zahn und G. W. Arndt, peinliche Untersuchungen an, und die berufenen „Karlsbader Beschlüsse“ der größern deutschen Regierungen vom August 1819 stellten die Universitäten unter die besondere Aufsicht landesherrlicher Kommissarien, beauftragten eine „Generalkommission“ in Mainz mit der Aufspürung „demagogischer Umtriebe“ und unterwarfen die Presse einer scharfen Zensur. Ohne Widerstand löste sich die gefürchtete Burschenschaft auf. Metternich aber vollendete die Sicherung der „Stabilität“ in Deutschland, indem er durch die „Wiener Schlussakte“ vom 8. Juni 1820 die deutschen Staaten verpflichtete, einander bei Aufständen gegenseitig Hilfe zu leisten und den Fürsten ihre Souveränität auch gegenüber den Verfassungen verbürgte. Also wurde der Geist des großen Jahres 1813 als staatsgefährlich geächtet, und Preußen, das dabei mitgeholfen hatte, versiel fortan bei den liberalen Süddeutschen als Hort der Polizeivillkür und des Absolutismus einem leidenschaftlichen Haffe, der ihren Sondergeist noch verstärkte.

Neuge-
gestaltung
der
römischen
Kirche

Derselbe Sondergeist zeigte sich auch bei der Neugestaltung der römischen Kirche. Da sie durch die Katastrophen der Napoleonischen Zeit ihren Besitz, ihre politische Stellung und größtenteils auch ihre Organisation eingebüßt, also den alten Zusammenhang mit dem deutschen Boden verloren hatte, so begannen die nationalkirchlichen Ideen, wie sie der milde Heinrich von Wessenberg, Generalvikar des Bistums Konstanz, und Professor G. Hermes in Münster verfochten, zurückzutreten hinter dem modernen Ultramontanismus,

der die Kirche wieder als die absolute päpstliche Weltmonarchie begriff und ihre völlige Unabhängigkeit vom Staate, also ihre Herrschaft über den Staat erstrebte. Frankfurt a. M., Koblenz und Münster bildeten seine wichtigsten Lager, die päpstliche Nuntiatur in München sein Hauptquartier, der 1814 wieder hergestellte Jesuitenorden seine schlagfertigste Truppe. Diese neu-päpstliche Kirche errang ihren ersten Sieg auf deutschem Boden in dem Konkordat mit Bayern am 20. Oktober 1817. Denn dies errichtete die beiden Erzbistümer München-Freising und Bamberg (mit sechs Suffraganen), lieferte die Erziehung der Geistlichen und die Volksschule an die Bischöfe aus, und ließ der Krone nur das Vorschlagsrecht bei der Besetzung der Bischöfe und das Placet. Weiter regelte Rom nach vergeblichen Verhandlungen 1821 selbständig die Sprengel der „oberrheinischen Kirchenprovinz“ mit dem Erzbistum Freiburg i. Br. und vier Suffraganen und erkannte 1824 für Hannover die Bistümer Osnabrück und Hildesheim an. Für Preußen erlangte der Historiker B. G. Niebuhr als Gesandter in Rom 1821 die Bulle de salute animarum, die zwei Erzbistümer (Köln und Osnabrück-Posen) mit sechs Bischöfen einsetzte, dem König das wichtige Recht gab, bei den Bischofswahlen ihm nicht genehme Kandidaten von der Liste zu streichen, den Bischöfen den Treueid und bei der Ernennung der Geistlichen die Anzeigepflicht auferlegte.

Bei der evangelischen Kirche verstand sich die Fortdauer oder Neuordnung der alten Landeskirchen von selbst. In Preußen übernahmen 1817 das Kultusministerium und die evangelischen Provinzialkonsistorien die Oberleitung. In demselben Jahre führte der König einen Lieblingsplan der Hohenzollern aus, die „Union“ der lutherischen und reformierten Kirche in Verfassung, Verwaltung des Kirchenguts, Kultus und Abendmahlsgemeinschaft; doch erregte diese Ord-

Die
evange-
lische
Kirche

nung, da sie einseitig von obenher verfügt wurde, starken Widerspruch, und erst 1830 konnte die Agende als Gesetz verkündigt werden. Auch in Nassau (1817), in der Rheinpfalz (1818) und in Baden (1821) fand die Union Annahme. Anderwärts, wie in Hannover, Sachsen, Thüringen, Württemberg und in dem jetzt zu einem Drittel evangelischen Bayern behielten die protestantischen Landeskirchen ihren lutherischen Charakter. So günstig es nun für die gegenseitige Verträglichkeit der Konfessionen war, daß gerade die größern Staaten in weit stärkerer Maße als früher konfessionell gemischt waren, die Regierungen also davon absehen mußten, wie früher ein bestimmtes Bekenntnis zu privilegieren, die Zeit der innern Annäherung der Konfessionen begann doch mit dem Aufkommen des Ultramontanismus zu Ende zu gehen.

Die
Bundes-
kriegs-
verfassung

Nicht einmal da, wo es die äußere Sicherheit des Vaterlandes unumgänglich forderte, ließ es der herrschende Sondergeist zu genügenden Einrichtungen kommen. Einem künstlichen „Gleichgewicht“ zwischen den Mittelstaaten und den beiden Großmächten zuliebe wies die Bundeskriegsverfassung vom 9. April 1821 jenen zusammen vier, diesen je nur drei Armeekorps zu, verzichtete selbst innerhalb dieser Truppenkörper, geschweige denn im ganzen Bundesheere, auf jede Einheit der Bewaffnung und Ausrüstung, des Exercitiums und der Ergänzungsweise (die allgemeine Wehrpflicht galt nur in Preußen, sonst überall die französische Konstriktion mit Stellvertretung) und band den nur für den Kriegsfall vom Bundestage erwählten „Bundesfeldherrn“ an die Zustimmung der Bevollmächtigten der Kontingentsherren, machte also jede Einheit der Befehlshführung unmöglich. Von den Festungen übernahm der Bund nur Mainz, Luxemburg und Landau; was sonst für die Grenzbefestigung im Osten (Posen) und Westen (Befel, Jülich, Köln, Koblenz, Saarlouis)

geschah, ging allein von Preußen aus, daß dabei die neupreußische Befestigungsweise, eine wesentliche Verbesserung der Vaubanschen, anwandte.

Dagegen setzten in der auswärtigen Politik die Großmächte stets ihren Willen durch. Nach den Beschlüssen der Kongresse von Troppau (Oktober 1820), Laibach (Januar 1821) und Verona (Oktober bis Dezember 1822) warf die „heilige Allianz“ die vollstümlichen Bewegungen für Einführung von Verfassungen in Spanien, Neapel und Piemont mit Waffengewalt nieder. Einen Versuch Württembergs unter dem Ministerium Wangenheim, dagegen am Bundestage eine liberale Opposition und darüber hinaus einen Bund der liberalen Mittelstaaten ganz Europas zu bilden, brachen die Ostmächte durch die Abberufung ihrer Gesandten aus Stuttgart, und Wangenheim nahm seine Entlassung.

Während nun Preußen bei allen deutschen Liberalen, die über ihren Parteiinteressen den Sinn für nationale Fragen fast völlig verloren, mit der ganzen heiligen Allianz als eine Macht der Reaktion galt, und der Deutsche Bund für die nationalen Interessen, wie W. von Humboldt schon 1816 vorausgesagt hatte, gar nichts leistete, legten die preußischen Staatsmänner, zum Teil mit vollem Bewußtsein, in stiller geduldiger Arbeit den Grund zu einer neuen Einheit der Nation, als deren Kern ihnen die lebendige preußische Großmacht galt. Die ihm von seinen Feinden aufgezwungene ungünstige Gestaltung und Zusammensetzung des Staatsgebiets seit 1815 (namentlich die Erwerbung des ganz fremdartigen, widerwilligen, katholischen und halb französisierten Rheinlandes) zwang Preußen, wie nach 1648, innerhalb seiner eignen Grenzen die schwierigsten Fragen der innern deutschen Politik zu lösen, also den Ausgleich zwischen dem wesentlich ackerbautreibenden, adlich-bäuerlichen Osten und dem überwiegend industriellen, bürgerlichen Westen, zwischen den Verschiedenheiten fast aller

Die heilige Allianz und der Liberalismus

Neugestaltung Preußens

deutschen Stämme, zwischen der souveränen Staatsgewalt und der ultramontanen Kirche wie zwischen den protestantischen Konfessionen anzustreben und mindestens die zwischen seinen beiden Ländermassen liegenden Staaten unter seinen herrschenden Einfluß zu bringen. Die mächtigsten Klammern für den Staatsbau wurden die neue Einteilung in acht (bis 1829 zehn) Provinzen mit möglichster Bewahrung der alten Gebietsgrenzen und Schonung wertvoller Eigentümlichkeiten (wie des Code Napoléon auf dem linken Rheinufer) und die Ordnung des Heerwesens auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Gesetz vom 3. September 1814 (durch den Kriegsminister Boyen), das den Friedensstand auf hundertzwanzigtausend Mann (ein Prozent der Bevölkerung) in acht Provinzialarmee corps und einem Gardekorps, die Dienstzeit in der Linie auf drei, in der Reserve auf zwei, in der Landwehr ersten und zweiten Aufgebots auf je sieben Jahre feststellte und durch die einjährige aktive Dienstpflicht auch der gebildeten Elemente das ganze Volk in allen seinen Ständen heranzog.

Die Provinzialstände

Aber die 1817 gebildete Verfassungskommission gelangte trotz des etwas verfrühten königlichen Versprechens vom 22. März 1815 bei der Stärke der einander bekämpfenden Gegensätze und der Teilnahmslosigkeit des ermüdeten Volkes nicht zu einem Gesamtlandtage, sondern nach Hardenbergs Tode (26. November 1822) unter dem Einflusse der unklaren Romantik des Kronprinzen Friedrich Wilhelm (IV.) nur zu Provinzialständen (5. Juni 1823), die nach den alten Ständen zusammengesetzt waren, dem großgrundbesitzenden Adel ein unbilliges Übergewicht gaben und die junge Staatseinheit nicht befestigten, sondern lockerten.

Grundlagen des deutschen Zollvereins

Also blieb, unzweifelhaft zum Vorteil der Sache, die Entscheidung der großen Fragen der deutschen Politik ausschließlich dem König und seinem ausge-

zeichneten Beamtentum, das namentlich in seiner wirtschaftlichen Einsicht hoch über dem Durchschnitt seiner Zeitgenossen stand. Nach einer furchtbar erschöpfenden Kriegszeit, die bis 1820 die Staatsschuld auf hundertzwanzig Millionen Thaler gesteigert und den Staatskredit schwer erschüttert hatte, war die schwierigste Aufgabe die Regelung der Finanzen, diese aber war bei der Zerstückelung des Gebiets für Preußen allein unmöglich. Nun verlegte das Zollgesetz des Finanzministers Maaßen vom 26. Mai 1818, das durch die Neuordnung der allgemeinen direkten Gewerbe- und Klassensteuer und der indirekten Mahl- und Schlachtsteuer für die Städte 1820 ergänzt wurde, alle Zölle an die Landesgrenze, schützte durch entsprechende Tarife den einheimischen Gewerbefleiß und belegte den Durchgangsverkehr mit hohen Abgaben. Da aber der Staat keine territoriale Einheit bildete, so konnte er auch eine Zolleinheit nur dann bilden, wenn sich die benachbarten Staaten dieser anschlossen. So schwierig dies nun bei den ganz verschiedenen Interessen und dem Gegensatz der schutzöllnerischen Binnenstaaten (Sachsen, Württemberg, Bayern) und den freihändlerischen Rheinufer- und Küstenstaaten war, und so sehr sich der Souveränitätsstolz der deutschen Fürsten dagegen sträubte, so gelang doch die Zolleinigung, die auch außerpreußische Volkswirte, wie R. F. Nebenius und Fr. Vist, wenn auch nicht auf demselben Wege, grundsätzlich befürworteten, Schritt für Schritt. Von 1819—28 traten allerdings erst einige norddeutsche Kleinstaaten, die thatsächlich nur preußische Enklaven waren, bei, nämlich beide Schwarzburg für ihre Unterherrschaft, Anhalt-Bernburg und Anhalt-Röthen, aber am 14. Februar 1828 schloß der geistvolle Finanzminister F. C. A. von Moß den Zollverein mit Hessen-Darmstadt, den ersten mit einem deutschen Mittelstaate, ab.

Der
bayrisch-
württem-
bergische
Zollverein

Noch etwas früher, am 18. Januar 1828, brachte König Ludwig I. von Bayern (1825—48), der sein Land gern als den Kern des „reinen“ Deutschlands betrachtete, einen ähnlichen Zollverein mit Württemberg zu stande, nur daß er für die Länge der gemeinsamen Grenze zu klein war. Aber er grenzte bereits an den preussisch-hessischen Verein, und obwohl nun Sachsen, Thüringen, Kurhessen, Hannover, Braunschweig, Bremen und Frankfurt a. M. sich im „mitteldeutschen Handelsverein“ am 24. September 1828 verpflichteten, keinem der beiden Zollvereine beizutreten, also sich zwischen sie hineinschoben, so schlossen diese doch am 27. Mai 1829 den Vertrag über zollfreien Austausch ihrer Erzeugnisse und sicherten sich diesen durch die Erbauung zweier zollfreien Straßen quer durch Thüringen. So wurden die Grundlagen für die wirtschaftliche Einheit Deutschlands nicht vom Bundestage, sondern ohne diesen durch freie Vereinbarung zwischen den Einzelstaaten gelegt.

Österreich

An alledem nahm Österreich keinen Anteil. Der gedankenlose Grundsatz der „Stabilität“, den der kleinlich-bürokratische Sinn des Kaisers Franz I. vom Standpunkte des patriarchalischen Absolutismus, der weltkundige Fürst Metternich aus praktischen Gründen festhielt, verurteilte Österreich zum Stillstand und schloß es vom übrigen Deutschland möglichst hermetisch ab. Die Landtage der Kronländer blieben auf die gehorsame Erledigung des kaiserlich königlichen Steuerpostulats beschränkt, die römische Kirche wurde behandelt als eine Polizeianstalt des Staats, die Provinzialzölle fielen erst 1828 im Westen der Leitha, die Osthälfte des Reichs bildete ein besonderes Zollgebiet, und hohe Eingangszölle oder Einfuhrverbote hemmten den Verkehr mit Deutschland, ohne doch den Wettbewerb der übermächtigen englischen Industrie fernzuhalten. Völlends das geistige Leben versumpfte völlig

bei der mißtrauischen Überwachung aller Lehranstalten und einer argwöhnischen Absperrung von Deutschland, die weder den Besuch außerösterreichischer Hochschulen noch die Berufung auswärtiger Lehrkräfte zuließ und die wissenschaftliche wie die poetische deutsche Litteratur als staatsgefährlich ausschloß. Die eifrige Pflege der Musik beförderte eher noch den tiefen Geisteschlummer Oesterreichs. Und dieser Staat, in dem alles nationale Leben verkümmerte, nahm eine herrschende Stellung einerseits in Deutschland, andererseits in Italien ein, das er von dem lombardisch-venezianischen Königreich aus und durch seine Vasallen in Parma, Modena und Toskana in Unterthänigkeit und Zersplitterung erhielt.

Inzwischen wurde das politische Interesse der Gebildeten beständig lebendig erhalten durch die fast leidenschaftliche Teilnahme, mit der man die Revolutionen in den romanischen Ländern und in den spanisch-amerikanischen Kolonien verfolgte, vor allem aber durch die Erhebung der Griechen gegen die türkische Herrschaft seit 1821. Denn hier wirkten die Begeisterung für das klassische Altertum und für die Freiheit mit der Sympathie für die Glaubensgenossen zusammen, und jahrelang schickten die deutschen „Philhellenenvereine,“ an ihrer Spitze König Ludwig von Bayern, Geld, Waffen und Freiwillige den Griechen zu Hilfe. Zugleich lockerte sich die heilige Allianz. Denn während Oesterreich den Kampf als eine Rebellion gegen die rechtmäßige Regierung des Sultans betrachtete, verbanden sich Rußland, Frankreich und England 1827, um die Herstellung eines griechischen Staates zu erzwingen, und Preußen vermittelte den Frieden von Adrianopel am 14. September 1829, der die Selbständigkeit Griechenlands anerkannte. Dessen Krone aber übernahm 1832 Prinz Otto von Bayern, der zweite Sohn König Ludwigs, und bayrische Truppen und Beamte begrün-

Die
roma-
nischen
Revolu-
tionen
und die
griechische
Erhebung

deten die erste Ordnung in dem entsetzlich verwüsteten Lande.

Einfluß
der Juli-
revolution

Die Bewegung setzte sich weiter fort durch die Julirevolution, die 1830 die Bourbonen stürzte und Louis Philipp zum „König der Franzosen“ erhob. Revolutionen in Belgien, Italien und Polen folgten. In Deutschland wurde damit für die meisten noch altständischen Staaten der wohlthätige Anstoß zur Durchführung moderner Verfassungen gegeben. In Braunschweig erzwang das empörte Volk im September sogar den Rücktritt des wegen seines launenhaften Despotismus tief verhaßten Herzogs Karl und die Einsetzung seines Bruders Wilhelm II. als Herzog (1830—84). In Kurhessen, das unter der Zollpolitik Wilhelms II. (1821—47) besonders schwer litt, wurde der Kurfürst dazu gedrängt, eine neue Verfassung anzunehmen (5. Januar 1831) und den Kurprinzen zum Mitregenten zu berufen. Hannover erhielt nach der lächerlichen „Göttinger Revolution“ unter dem wohlwollenden Vikarönig, dem Herzog von Cambridge (seit Februar 1831) besonders nach den Anschauungen B. Stüves und des Historikers Fr. Chr. Dahlmann am 26. September 1833 ein sehr konservatives Staatsgrundgesetz, das auch die alte Kastentrennung beseitigte. In Sachsen richtete sich die Bewegung, von Leipzig und Dresden ausgehend, zunächst auf die Reform der verrotteten Stadtverwaltung, auf eine Erneuerung des völlig erstarrten Staatswesens erst, als das jüngere Beamtentum (B. von Lindenau) die Entlassung des greisen Kabinettsministers Grafen Einsiedel und die Berufung des populären Prinzen Friedrich August zum Mitregenten des greisen Königs Anton (1827—36) durchsetzte. So kam durch friedliche Vereinbarung mit den alten Ständen am 4. September 1831 die neue Verfassung zu stande. Auf dieser Grundlage folgten dann die Einrichtung von Fachministerien, die

Städteordnung, die Neugestaltung der Verwaltungsbehörden, der Rechtspflege und des Steuerwesens, die Ablösung der bäuerlichen Lasten und die Landgemeindeordnung.

Nun erst war der Eintritt dieser Staaten in den Zollverein möglich, den die wirtschaftliche Lage längst gebieterisch forderte. Schon im August 1831 trat Kurhessen bei, 1833 Sachsen, die thüringischen Kleinstaaten, Bayern und Württemberg, 1834 Baden, 1835 Nassau, 1836 Frankfurt a. M. Noch schlossen 1837 die Staaten des Nordwestens, Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe-Schaumburg, einen selbständigen „Steuerverein,“ aber weitaus der größte Teil Deutschlands, 8253 Quadratmeilen mit 25 Millionen Einwohnern, bildete fortan ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Indem somit Deutschland unter weiser Wahrung bündischer Formen, die jedem Grenzstaate die Verwaltung der Zölle ließen, nur die gegenseitige Überwachung der Hauptzollämter vorbehielten und sogar die Einstimmigkeit für jeden Akt der gemeinsamen Zollgesetzgebung wahrten, von der Einzelstaatswirtschaft zur Nationalwirtschaft überging, hatte es die Grundlagen der neuen politischen Einheit unter Preußens Führung gewonnen.

Ausdehnung
des Zoll-
vereins

Gleichzeitig gelangten nun aber im konstitutionellen Südwesten, namentlich in Baden und in der Rheinpfalz, von Frankreich her radikal-republikanische Bestrebungen weithin zur Geltung und ergriffen auch einen Teil der im geheimen fortbestehenden burschenschaftlichen Verbindungen. Obwohl sie sich zunächst nur in ungefährlichen, ja wohl geradezu kindischen Demonstrationen äußerten, wie im Hambacher Fest am 27. Mai 1832 und in dem unbegreiflich thörichten Frankfurter Aufstande vom 3. April 1833, so stellte doch der Bundestag schon im Juni 1832 die Landtage unter Bundesaufsicht, verbot alle politischen Vereine und Versamm-

Radikale
Bestre-
bungen

lungen und erneuerte die Karlsbader Beschlüsse gegen die Universitäten; später, im Juni 1833, setzte er eine Bundeszentralcommission ein und veranlaßte dadurch die unfählich gehässige „Demagogenjagd,“ die hunderten von doch höchstens unbesonnenen jungen Leuten langjährige Freiheitsstrafen eintrug, andre zur Flucht in die Schweiz nötigte. Als sich dort unter der Leitung des italienischen Agitators Joseph Mazzini der radikale Bund des „jungen Europa“ bildete, verschärfte der Bundestag seine Bestimmungen noch, und die Ostmächte zwangen die Schweiz zu der berüchtigten „Flüchtlingshaj.“ So erschienen der Bundestag und die ihn leitenden Großmächte schlechtweg als Mächte der Reaktion, die konstitutionellen Mittelstaaten namentlich des Südwestens als Burgen der Freiheit.

Der Verfassungsbrech in Hannover

Diese Anschauung erschien besonders berechtigt, als nach der Auflösung der unnatürlichen Personalunion zwischen England und Hannover mit dem Tode Wilhelms IV. und der Thronbesteigung Viktorias 1837 der neue König Ernst August, Herzog von Cumberland, ein hochfahrender aristokratischer Absolutist, am 30. Oktober 1837 die neue Verfassung kurzerhand aufhob, um sich seine selbständige Kronkasse und seinem erblindeten Sohne Georg (V.) die Nachfolge zu sichern; sieben Göttinger Professoren, die gefeiertsten Namen deutscher Wissenschaft, die unter Dahlmanns Führung am 17. November gegen den Gewaltstreich protestierten, entsetzte er teils ihres Amtes, teils verwies er sie sogar des Landes, ohne daß Preußen oder gar der Bundestag dagegen eingeschritten wäre. Ein neuer Landtag, auf Grund der Verfassung von 1819 berufen, erfüllte endlich den Wunsch des Königs. Ungleich zäher verteidigte der kurhessische Landtag seine Rechte gegen den absolutistisch gesinnten Kurprinzen und seinen ebenso begabten und energischen wie willkürlichen Minister Hassenpflug.

Während diese Kämpfe um die neuen Verfassungen den konstitutionellen Gedanken immer mehr verstärkten, verwickelte sich Preußen in den ersten Kampf mit der ultramontan werdenden römischen Kirche über die gemischten Ehen, die für die westlichen und östlichen Provinzen von besondrer Wichtigkeit waren und bisher, zuerst im Allgemeinen Landrecht, vom Staate allein geregelt worden waren. Statt diesen Grundsatz unnachlässiglich festzuhalten, schloß Preußen durch Christian Josias von Bunsen mit dem ganz ultramontanen Papste Gregor XVI. am 7. Juni 1834 einen förmlichen Vertrag über die gemischten Ehen auf Grund der Kabinettsordre von 1825. Als nun der neuernannte Erzbischof von Köln, der starrköpfige Westfale Clemens August von Droste-Bischoering, trotz seines gegenteiligen Versprechens vor der Wahl, sich an den Vertrag nichtehrte und zugleich aufs schärfste gegen die Hermesianer vorging, so wurde er am 20. November 1837 schließlich verhaftet und nach der Festung Minden gebracht, worauf eine Kabinettsordre vom 30. Januar 1838 die Frage aufs neue regelte. Dasselbe Schicksal wie Droste traf aus demselben Grunde den Erzbischof von Gnesen-Posen, Dunin; er wurde im Oktober 1839 in Kolberg interniert. So berechtigt beide Schritte sein mochten, die öffentliche Meinung war doch geneigt, die beiden ungehorsamen Erzbischöfe als Opfer absolutistischer Willkür zu betrachten, da keine Volksvertretung die Verantwortung mit der Regierung teilte, und so zeigte es sich, daß auch für Preußen der Übergang zum Verfassungsstaat unvermeidlich war.

Um so größer war die Spannung, als am 7. Juni 1840 Friedrich Wilhelm III. verschied, nachdem er in seiner nüchtern-verständigen, pflichttreuen, ausdauernden Art Preußen aus dem tiefsten Verfall wieder aufgerichtet und die Bahnen für die Zukunft Deutschlands vorgezeichnet hatte. Weit verschieden

Der erste
preussische
Kirchen-
streit

Friedrich
Wilhelm
IV.

von ihm war sein Nachfolger, Friedrich Wilhelm IV. (1840—61). Geboren am 15. Oktober 1795, aufgewachsen unter den bestimmenden Eindrücken des Kampfes gegen die „Revolution“ und in den Ideen der Romantik, geistvoll und vielseitig begabt, war er doch im Grunde eine weiche, phantasiereiche Künstlernatur, aber weder Soldat noch Staatsmann; dazu fehlte ihm der klare Blick für die Wirklichkeit der Dinge und die Festigkeit des Willens. Er war erst Christ, dann Deutscher, erst ganz zuletzt Preuße und er sah aller geschichtlichen Entwicklung zum Trotz sein politisches Ideal in dem mannigfach, wie er meinte, historisch und natürlich gegliederten ständischen Staate unter einem starken, patriarchalischen Königtum von Gottes Gnaden, sein kirchliches in der möglichst unbeschränkten, von Bischöfen regierten Kirche.

Anfänge
seiner
Regierung

Er begründete deshalb schon 1841 das wunderliche preußisch-englische Bistum Jerusalem, nicht um dem Deutschtum, sondern nur, um der evangelischen Kirche dort Boden zu verschaffen, und er wollte eine ständische Vertretung gewähren, aber nur als freies Geschenk königlicher Gnade und ohne Verkürzung seiner königlichen Rechte, während die in Ostpreußen, Schlesien und Rheinland schon sehr starken Liberalen eine konstitutionelle Verfassung auf dem in Preußen ganz unhistorischen Boden der Volkssouveränität als Einlösung des Versprechens von 1815 forderten. So erweckte der König durch die Begnadigung der politisch Verurteilten allgemeinen Jubel und riß durch seine schwungvollen vielverheißenden Reden bei der Guldigungsfeier in Königsberg und Berlin alles zu stürmischer Begeisterung hin, nicht minder durch die stolze Festigkeit, mit der er 1841 den dreiften Ansprüchen des Ministeriums Thiers auf die Rheingrenze entgegentrat; aber die Erweiterung der Rechte der Provinzialstände im Februar 1841 und die Berufung ihrer vereinigten Ausschüsse im Juni 1842

erweckten nur hochgespannte Erwartungen, ohne sie zu befriedigen. Dazu gab er in einem Abkommen mit Rom im Mai 1841 die Rückkehr des Erzbischofs Droste-Bischoering nach Köln zu, nur daß ihm ein Koadjutor (Johannes von Geißel) zur Seite gesetzt wurde, gestattete den Bischöfen völlig freien Verkehr mit Rom und bereitete, als er in hochherzigem Idealismus am 4. September 1842 den Grundstein zum Weiterbau des Kölner Domes legte, ahnungslos dem Ultramontanismus einen glänzenden Triumph.

Denn unzweifelhaft war, seitdem sich das religiöse Gefühl in der schweren Not der Napoleonischen Zeit mächtig gehoben hatte und die flache Vernünftelerei der Aufklärungszeit mehr und mehr überwand, auch das kirchliche Interesse auf beiden Seiten in rascher Zunahme. Die demonstrative Ausstellung des sogenannten ungenähnten Rockes Christi in Trier als einer wunderthätigen Reliquie 1844 gab, weil sie dem modernen Bewußtsein der Gebildeten schroff widersprach, allerdings den nächsten Anstoß zur Bildung der deutsch-katholischen Kirche durch Johannes Ronge und Johannes Czersti; doch die anfangs vielversprechende Bewegung war, weil wesentlich rationalistischen Charakters, ohne innere Kraft, und die Million Pilger, die binnen wenigen Monaten nach Trier strömte, bewies jedenfalls, daß die Masse der deutschen Katholiken keineswegs rationalistisch dachte. Auf protestantischem Boden zogen die Provinzialsynoden (1844) und die erste Generalsynode (1846) der unierten Landeskirche in Preußen zuerst die Laien wieder zur Kirchengesetzgebung hinzu, und der Versuch des orthodoxen Kultusministers Eichhorn, die rationalistische Richtung zur Bildung selbständiger „freier Gemeinden“ zu drängen (1847), hatte wenig Erfolg; die Mehrzahl der Rationalisten behauptete ihr protestantisches Recht selbständiger Überzeugung innerhalb der Landeskirche. Wie

Bewegung
des
religiösen
Sinnes

lebhaft trotz solcher Spaltungen das Gefühl der Gemeinschaft bei den Evangelischen war, zeigte vor allem die Gründung des Gustav-Adolfvereins 1832 (1842) für die Unterstützung der Protestanten in katholischen Ländern und die Entstehung zahlreicher Missionsgesellschaften neben der ältern Mission der Herrnhuter (1816 in Basel, 1823 in Berlin, 1828 in Barmen, 1836 in Dresden, 1847 in Leipzig), die im südwestlichen und östlichen Afrika, im südlichen Indien und in China (Güßlaff) mit Hingebung arbeiteten. Raum weniger verdienstlich war die Thätigkeit für die sogenannte innere Mission, für die H. Wichern mit der Errichtung des „Rauhen Hauses“ in Horn bei Hamburg 1833 das erste große Beispiel gab.

Auf-
schwung
des
Verkehrs

Wohnte nun die stärkere Betonung des konfessionellen Standpunktes alte, im vorhergehenden Jahrhundert zurückgetretene Gegensätze innerhalb des deutschen Volkes wieder mehr beleben, so wuchsen auf der andern Seite mächtig die Kräfte, die auf eine straffere politische Einheit, eine neue Gesamtverfassung der Nation hindrängten. Aus der tiefen Verarmung der Napoleonischen Zeit arbeitete sich Deutschland namentlich seit der Begründung des Zollvereins mit steigender Schnelligkeit zu solidem Wohlstande empor. Noch hemmten als Reste früherer Zustände die Verschiedenheit des erst seit 1838 für die norddeutschen Vereinsstaaten allgemein eingeführten (preussischen) Bierzehnthalerfußes und des süddeutschen (rheinischen) Guldenfußes, abgesehen noch von dem veralteten Münzwesen der niederländischen Küstenstaaten im Osten der Elbe und dem österreichischen Guldenfuß; noch gab es, Österreich eingeschlossen, achtzehn verschiedne Postverwaltungen, daher ein viel zu hohes Porto. Aber die ersten beiden Jahrzehnte nach 1815 überzogen ganz Deutschland mit einem Netze trefflicher Kunststraßen, die von Tausenden mächtiger Frachtwagen belebt

waren, und vorzügliche Eilposten gab es seit 1823 in Sachsen, seit 1825 in Preußen. Raum war diese für ängstliche Seelen unerhörte Vervollkommnung im Gange, da begann der Eisenbahnbau, dessen begeisterter Prophet Fr. List war, alle Verkehrsverhältnisse völlig umzugestalten. Obwohl die Regierungen sich noch mißtrauisch zurückhielten und sich höchstens, wie Preußen durch das Gesetz von 1838, ein mehr oder weniger weitgehendes Aufsichtsrecht sicherten, so bauten doch bürgerliche Unternehmer bis 1848 schon eine ganze Reihe von Linien über ganz Deutschland hin (1835 Nürnberg—Fürth, 1838 Berlin—Potsdam, 1839 Leipzig—Dresden u. s. f.). Dahinter blieben die Wasserstraßen weit zurück, denn außerhalb Preußens hatte Deutschland keine Kanäle (der neue bayrische Ludwigskanal blieb unbedeutend), und die größten Ströme, Rhein und Elbe, litten nicht nur noch immer unter der schlechten Beschaffenheit der Fahrbahn, sondern auch unter hohen Zöllen, die auf dem Rheine bis 1831 durch die holländischen „Seezölle“ auf Waal und Maas den deutschen Verkehr mit der Nordsee empfindlich störten. Trotzdem begann die Dampfschiffahrt, aber überwiegend für Personenbeförderung, auf dem Rheine 1816, auf der Oder 1825, auf der Donau 1833, auf der Elbe 1837. Für den Seeverkehr lagen die wichtigsten Häfen noch ein halbes Jahrhundert lang außerhalb des Zollvereins, aber hier vollbrachte die alte Stadtpolitik ihre letzte große Leistung. Bremen sicherte sich die Verbindung mit der See durch die Anlage von Bremerhaven, die Gründung des weitsehenden Bürgermeisters Johann Smidt (1827), zog dadurch den deutsch-nordamerikanischen Verkehr größtenteils an sich und eröffnete 1847 den regelmäßigen Dampferverkehr mit New-York; Hamburg beherrschte den Handel mit England, ganz Westeuropa und Südamerika und war bereits der erste Hafenplatz des europäischen Fest-

Landes, trotz des schrecklichen Brandes vom Mai 1842: Gleichwohl besaßen alle deutschen Seehäfen zusammen genommen noch 1840 kaum die Hälfte der Schiffe, die sie 1805 gehabt hatten, und die preussische Handelsflotte erreichte erst 1859 wieder den Stand von 1805.

Industrie
und
Land-
wirtschaft

Nicht zum wenigsten ergab sich dies Wachstum des Handels aus dem Aufblühen der deutschen Industrie, seitdem der Zollverein sie vor der erdrückenden englischen Konkurrenz schützte, die Entwicklung der Verkehrswege die Transportkosten für Massengüter (Kohlen, Eisen u. dergl.) verbilligte, und der Dampfbetrieb die Fabrikation zu beherrschen begann. Westfalen, Sachsen, Oberschlesien wurden oder blieben die wichtigsten Industrieländer; Essen wurde durch Fr. Krupp, Berlin durch G. Borsig, Chemnitz durch G. Hartmann großartige Fabrikstädte. Aber auch die deutsche Landwirtschaft trat in eine Zeit der Blüte ein, als die überall rüstig fortschreitende Ablösung der bäuerlichen Lasten, die sich im Osten allerdings mit einer Zunahme des Großgrundbesitzes verband, die Gemeinheitsteilungen und Grundstückzusammenlegungen (in den Gewannsdörfern) alte rechtliche und technische Hemmnisse beseitigten, die Anwendung der Wissenschaft (A. Thaer, J. Viebig) das Verfahren verbesserte. Fast überall gelangte jetzt die Fruchtwechselwirtschaft mit Stallfütterung und rationeller Düngung zur Herrschaft, den Ertrag mindestens verdoppelnd, und der Anbau der Zuckerrübe, der schon während der Kontinental Sperre in Schlesien begonnen hatte, machte den Kolonialzucker bald völlig entbehrlich.

Bevölke-
rungszu-
nahme
und Aus-
wande-
rung

Also wuchsen Wohlstand und Bevölkerung trotz einzelner Rückschläge, wie die schreckliche Springflut an der Nordseeküste im Februar 1825, die Cholera, die 1831 zum erstenmale von Osten hereinbrach, die Missernte von 1845 und dergleichen mehr. In immer wachsender Zahl bildeten sich durch Fabrikwesen und

Handelsverkehr große Bevölkerungsmittelpunkte, wie sie keine frühere Zeit gekannt hatte. Berlin, schon 1848 der Knotenpunkt von fünf Eisenbahnlinien, wuchs 1810—40 von 157 000 auf 330 000 Einwohner, Leipzig 1834—49 von 44 000 auf 62 000 Einwohner, Dresden 1826—49 von 48 000 auf 94 000, Chemnitz 1803—64 von 9900 auf 54 000 Einwohner. Im ganzen betrug die Bevölkerung auf dem Boden des heutigen Deutschen Reichs 1816 schon 24,8 Millionen, 1845 aber 34,4 Millionen, wovon erst 10, dann 16 Millionen auf Preußen fielen; das Industrieland Sachsen wuchs 1815—46 von 1,17 auf 1,83 Millionen. Trotzdem war die Auswanderung, namentlich aus den dünnbevölkerten, industriearmen Landschaften des Ostens, sehr stark, und sie richtete sich, besonders seit 1830, vor allem nach Nordamerika, wohin 1830—50, meist über Bremen, im ganzen 587 000 Deutsche zogen, daneben auch nach dem südlichen Brasilien (seit 1818) und nach Australien (seit 1837). Alle diese Auswanderer gingen der deutschen Gemeinschaft verloren, in Nordamerika auch ganz überwiegend dem deutschen Volkstume, wenngleich seit 1830 auch gebildete Männer auswanderten und durch deutsche Schulen und Zeitungen der Entnationalisierung etwas entgegenarbeiteten.

Während nun die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Staaten unzerreißbar miteinander verwachsen und ihre Binnengrenzen in dieser Beziehung bedeutungslos wurden, entwickelte sich eine Einheit der deutschen Geistesbildung in Wissenschaft, Litteratur und Kunst, die jener wirtschaftlichen parallel ging. Sie war um so wirksamer, als das politische Interesse noch lange schwach war und das ästhetisch-litterarische es überwog. Die Universitäten, noch nach 1815 durch zwei neue Hochschulen, 1818 Bonn, 1826 München vermehrt, waren schlechthin deutsche Anstalten, durch unbefchränkte Freizügigkeit der Professoren und weitgehende der

Unter-
richts-
wesen

Studenten unter sich eng verbunden, zwar unter Staatsaufsicht, aber, von den katholisch-theologischen Fakultäten abgesehen, frei von jeder kirchlichen Bevormundung, mit unbedingter Lern- und Lehrfreiheit ausgestattet und als geschlossene Körperschaften auch äußerlich durch ihre korporative Verfassung sehr unabhängig. Die höhern Schulen hielten an ihrer alten Grundlage, dem Betriebe der klassischen Sprachen, unbeirrt fest, gaben jetzt erst unter dem Einflusse der aufblühenden Altertumswissenschaft dem Griechischen sein Recht und berücksichtigten etwas mehr die Realien, ohne ihre Schüler mit einem unruhigen Vielerlei von Fächern zu überbürden, bildeten auch noch die einzigen Vorbereitungsanstalten für die Universität. Daß der Staat dabei mehr und mehr die Kollatur der Gymnasien halb oder ganz übernahm und neue staatliche Schulen gründete (namentlich in Preußen), auch das Prüfungsweisen und den Unterrichtsbetrieb durch seine Regulative ordnete, schränkte allerdings die frühere Freiheit etwas ein, ergab sich aber aus dem Wachstum seiner Kulturaufgaben. Die wirtschaftliche Entwicklung gab bereits zur weiteren Ausbildung der Real- und Gewerbeschulen sowie höherer technischer Anstalten Veranlassung, beeinträchtigte aber die alte Einheit der wissenschaftlichen Vorbereitung noch wenig. Auch das Volksschulwesen wurde, obwohl es den Gemeinden verblieb, doch überall durch die staatliche Gesetzgebung geregelt, durch treffliche Pädagogen wie Chr. Fr. Dinter in Pestalozzi's Geiste innerlich ausgestaltet und mit fachmäßig vorgebildeten Lehrern aus meist staatlichen Seminarien versorgt.

Philosophie

Niemals hat die deutsche Wissenschaft eine so glückliche und glänzende Zeit erlebt, wie damals, wo ihre Vertreter, ohne sich um äußere Ehren und Lebensgenüsse viel zu sorgen, wie auf unbebautem Grunde fröhlich vorwärts strebten und noch große Gebiete zu

überblicken vermochten. Die historische Auffassung gelangte jetzt zu den schönsten Erfolgen. Zuerst der Schwabe Wilhelm Hegel (1770—1831) begriff die Welt philosophisch als einen historischen Werdenprozeß, allerdings in ganz abstrakten Formen als den unendlichen Denkprozeß des absoluten Geistes (Gottes), sodaß das Wirkliche vernünftig, das Vernünftige wirklich ist, und faßte den Staat als den verwirklichten sittlichen Willen. Es war die äußerste Ausbildung der idealistischen Philosophie und das letzte philosophische System, das in Deutschland wirklich geherrscht hat. Schon mit R. Fr. Herbart (+ 1841) kehrte die Philosophie von ihrer stolzen spekulativen Höhe zu den bescheidenen empirischen Untersuchungen der menschlichen Erkenntnisfähigkeit zurück.

Siegreich begann die historische Auffassung auch in die Theologie einzudringen und dem flachen Rationalismus ein Ende zu machen. Schon Schleiermacher (+ 1834) lehrte die Glaubensbekenntnisse in ihrer geschichtlichen Notwendigkeit, als subjektive Gefühlswahrheiten begreifen; die Tübinger Schule (F. Baur) wies die neutestamentlichen Schriften als Zeugnisse des Ideenkampfes der apostolischen Zeit nach, David Strauß (+ 1874) wollte sogar, ohne jedes religiöse Verständnis, in der Geschichte Jesu (1835) nichts sehen als eine Mythenbildung. Kein Wunder, daß die bibelgläubigen Orthodoxen unter Führung des Westfalen W. Hengstenberg (+ 1869) diese, wie sie meinten, alle Grundlagen des Glaubens zerstörende Richtung mit harter Ausschließlichkeit bekämpften. Ebenso siegte in der Rechtswissenschaft die historische Auffassung Savignys bis zu dem Grade, daß er seiner Zeit sogar den Veruf zur Gesetzgebung absprach. Dahlmann faßte in seiner „Politik“ die ersten Erfahrungen des konstitutionellen Lebens in Deutschland zusammen (1835) und sah sein Ideal in einem konsti-

Historische
Theologie
und
Rechts-
wissen-
schaft

tutionellen, aber starken Königtum auf der Grundlage des städtischen Mittelstandes. Der hochkonservative Stahl, ein ganz zum Preußen und Christen gewordener Jude, wies, das Naturrecht gründlich widerlegend, nach, daß das Recht stets positiv sei und sich aus dem Geiste des Volkes historisch entwickle; nur sah er in dem christlichen Staate eine unmittelbare Offenbarung Gottes.

Geschichte
und Philo-
sophie

Das erste große Werk über die Geschichte des deutschen Mittelalters wagte im Sinne der Romantik Friedrich Raumer mit der Geschichte der Hohenstaufen (1824). Doch erst die von Stein veranlaßte großartige Quellensammlung der Monumenta Germaniae historica (von G. Perz, seit 1819) gab dieser Forschung eine feste kritische Grundlage und bildete eine ganze Schule junger Historiker. Leider gab Dahlmann ein Muster kritischer und doch höchst lebendiger Geschichtschreibung nicht in einer deutschen, sondern in seiner dänischen Geschichte (1840). Diese kritischen Grundsätze wandte der Thüringer Leopold Ranke (1795—1886) auf die Neuzeit an; indem er dabei vor allem den Motiven der leitenden Persönlichkeiten und den großen Zusammenhängen, weniger den Massenbewegungen nachspürte und jede Zeit aus sich selbst zu verstehen suchte, um dann die Dinge mit vornehmer, zuweilen erkältender Objektivität zu schildern, machte er die deutsche Geschichtschreibung zur ersten der Welt. Während Ranke den Staat ganz von oben sah, legte der Ostfrieser F. C. Schlosser in seiner Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts an die Thaten der Fürsten, Helden und Staatsmänner den unzureichenden Maßstab seiner abstrakten bürgerlichen Moral, wurde aber gerade dadurch der Liebling des bestimmten Bürgertums. Das deutsche Altertum in Sitte und Recht, Sprache, Sage und Götterglaube erforschten unermülich mit sinnigstem Verständnis und innerem Herzensanteil die Brüder Jakob und Wilhelm

Grimm und Ludwig Uhland. Ihr Schüler R. Lachmann wandte die kritischen Grundsätze der klassischen Philologie zuerst auf die Schriftwerke des deutschen Mittelalters an. Schmeller begann die Erforschung der deutschen Mundarten, G. Gervinus gab die erste große Literaturgeschichte. In einem gewissen Gegensatz zu der textkritisch-grammatischen Richtung G. Hermanns bauten A. Böckh, Otfried Müller, J. G. Welcker die klassische Philologie zur allseitigen Wissenschaft vom klassischen Altertum aus, und das preussische Institut für archäologische Korrespondenz in Rom (1827) gab diesen Studien, namentlich der Archäologie, eine monumentale Grundlage. Seiner genialen Entdeckung der Urverwandtschaft der arischen Sprachen ließ Franz Bopp den strengwissenschaftlichen Beweis ihres übereinstimmenden Baues auf dem Fuße folgen (seit 1816), und ein Landsmann der beiden Grimm, Friedrich Diez, wurde der Begründer der romanischen Sprachwissenschaft (1834).

Die geographische und klimatische Bedingtheit historischer Entwicklung war der Grundgedanke in Karl Ritters umfassender „Erdkunde“ (seit 1817), und die ganze Fülle seiner Kenntnisse der natürlichen Welt faßte Alexander von Humboldt, der wissenschaftliche Entdecker des spanischen Amerika (1799–1804) und einer der universalsten Geister aller Zeiten (1769–1859) in seinem „Kosmos“ (seit 1844) zusammen. So entwich die deutsche Naturwissenschaft durch sorgfältige Beobachtung der Thatsachen den lustigen Spekulationen der Naturphilosophie. J. Liebig begründete die Agrarkulturchemie, A. Dove fand das Drehungsgesetz der Winde, die Grundlage aller Meteorologie, H. Helmholtz wies durch die Lehre von der Erhaltung der Kraft den Zusammenhang aller Naturkräfte nach. Endlich errang Friedrich Gauß den Deutschen auch in der Mathematik den höchsten Preis.

Natur-
wissen-
schaft und
Mathe-
matik

Goethes
Stellung

Mit einer Universalität, wie sie seitdem nicht wieder vorgekommen ist, fing Goethe in seinem Alter alle Wissenschaft und Kunst wie in einem Spiegel auf. Während die meisten Werke dieser seiner letzten Zeit noch dem versunkenen Gedankentriebe des achtzehnten Jahrhunderts angehörten und deshalb wenig Beifall fanden, entfaltete er im zweiten Teile des Faust, den er kurz vor seinem Tode (22. März 1832) vollendete, in reichen Bildern den ganzen geistigen Gehalt seiner Zeit und ließ seinen Träumer Faust enden als einen Mann der praktischen That, der sich zu dem tapfern Satze bekennt: „Die That ist alles, nichts der Ruhm.“ Er hatte den Entwicklungsgang seines ganzen Volkes gezeichnet.

Dichtung

Noch während Goethes letzter Jahre ging die romantische Dichtung zu Ende. An ihre Stelle trat zunächst im Norden, parallel mit dem erneuten Eindringen politischer französischer Ideale, eine französisierend-jüdische Richtung, die ihren Mittelpunkt in der vernünftelnden, altklug über alles aburteilenden Berliner Gesellschaft, ihre Hauptvertreter in zwei rheinischen Juden, Heinrich Heine und Ludwig Börne fand und schließlich in der anmaßend impotenten Gruppe des „jungen Deutschland“ ausging. Verherrlichung alles französischen, frivole Verhöhnung alles deutschen Wesens, lüsterne Sinnlichkeit und eine Vermischung aller Kunstformen in der prickelnden französischen Glittergattung des „Feuilleton“ vereinigten sich zu einem unerfreulichen Ganzen, aus dem nur eine Anzahl wahrhaft schöner, tiefempfundner Lieder Heines als unvergängliche Perlen der Litteratur hervortauchen. Schon in den dreißiger Jahren wehrte sich dagegen die gesunde Lyrik und Epik der Schwaben unter der Führung Ludwig Uhlands, die gedankenreiche und formschöne Dichtung Friedrich Rückerts, des ganz germanischen Deutschfranzosen Adalbert von Cha-

misso und des dem Vaterlande allzujehr entfremdeten Grafen A. von Platen; dann brachte die sehr radikal gefärbte politische Lyrik Georg Herweghs, Hoffmanns von Fallersleben, F. Freiligraths, F. Dingelstedts die Liebe zum Vaterlande wieder kräftig zur Geltung, während Emanuel Geibel, südlichen Schönheitsdranges voll, festhielt an den alten Idealen zugleich tiefreligiöser und nationaler Empfindung. Die Bühne stand praktisch ganz überwiegend unter französischem Einfluß; erst in den vierziger Jahren gaben ihr Heinrich Laube, Karl Gutzkow und Gustav Freytag wieder wirksame Stücke deutschen Gepräges. Aber am meisten entsprach dem realistischen Geiste der Zeit die Prosadichtung, Roman und Novelle. Einem Norddeutschen, Karl Immermann (+ 1840), gelang der genialste satirische Roman der deutschen Litteratur im „Münchhausen“ und zugleich in der Episode vom Oberhof ihre schönste Dorfgeschichte. Diese erhob dann Berthold Auerbach zu einer besondern litterarischen Gattung, Wilibald Alexis aber schuf nach W. Scotts Vorbilde in seinen märkischen Geschichten den historischen Roman.

Der klassischen Musik gab der Rheinländer L. van Beethoven in Wien ihre höchste Vollendung. Dann schuf R. W. von Weber in Dresden die vaterländisch-romantische Oper. Noch volkstümlicher wurde die Musik durch Liederkomponisten wie Fr. Schubert, R. Schumann und F. Mendelssohn-Bartholdy. Dieser erhob zugleich als Dirigent der Gewandhauskonzerte Leipzig zur musikalischen Hauptstadt Deutschlands.

Ungünstiger lagen die Verhältnisse für die bildende Kunst, denn mit dem Klassizismus verschwand das naive Schaffen vor der Kunstgelehrsamkeit. Die Baukunst lernte alle Stilarten nachbilden, vermochte aber keinen selbständigen Stil zu schaffen; der Anblick der farblosen Antiken stumpfte auch bei den Malern den Sinn für die Farbe ab, wichtiger erschien ihnen die Zeich-

Musik

Bildende
Kunst

nung und am wichtigsten die „Idee.“ Daran konnte auch die reiche staatliche Unterstützung der Kunst durch Sammlungen und Aufträge, die nirgends großartiger war als in München unter König Ludwig I., nichts ändern; aber sie begünstigte wenigstens die Entstehung großer Kunststätten, Berlin, München, Dresden, Düsseldorf, Wien. In der Baukunst trat dem hellenisierenden Klassizismus K. Fr. Schinkels in Berlin (Altes Museum, Schauspielhaus) und L. von Klenzes in München (Propyläen, Glyptothek, Walhalla) die Nachahmung des romanischen und noch mehr des gotischen Stils entgegen, der lange Zeit als der eigentlich nationaldeutsche erschien, und für den man vor allem bei den Wiederherstellungsarbeiten der Marienburg und des Kölner Domes seine Studien machte. In Dresden griff dagegen der geniale Gottfried Semper unter dem kunstsinigen Könige Friedrich August II. auf eine veredelte Renaissance zurück (Hoftheater, Gemäldegalerie). Während in der Münchner Plastik noch die Romantik Schwanthalers überwog, wurde Berlin durch Gottfried Schadow und vor allem durch Christian Rauch die Hauptstätte einer Bildnerei, die das strenge Formengefühl der Antike mit dem modernen Realismus vereinigte und in der großen Geschichte des ruhmvollen Staates eine unerschöpfliche Fülle echt volkstümlicher Aufgaben fand (Grabdenkmal der Königin Luise, Denkmal Friedrichs des Großen, Feldherrnstatuen). Von ihr ging auch der mildere Ernst Rietschel aus, der Gründer der Dresdner Bildhauerschule. Die Erneuerung der deutschen Malerei war von Fr. Overbeck ausgegangen im Anschluß an das Studium der Antike und der Italiener des fünfzehnten Jahrhunderts. Doch über diese etwas weichen „Nazarener“ hinaus führte der tiefsinnige, herrschgewaltige Peter Cornelius erst in München, dann in Berlin die Malerei zum monumentalen Freskobilde zurück. Moritz von Schwind, der „deutsche Maler,“

schilderte als Sohn der Romantik vor allem die deutsche Märchen- und Sagenwelt. Die eigentliche Historienmalerei begründeten Wendemann, K. Fr. Lessing, Julius Schnorr; die Düsseldorfer Schule richtete sich unter Fr. W. Schadow vor allem auf die Landschaft, das Genre und die Darstellung dichterischer Gestalten, und gemütvoll-schlicht schilderte Ludwig Richter in Dresden das bürgerliche Kleinleben.

So erwuchs, vornehmlich im bürgerlichen Mittelstande, der in erster Linie diese ganze Geistesbildung und die neue Nationalwirtschaft trug, ein starkes Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit. Die Führer aber waren die Gelehrten, denn diese fühlten sich am entschiedensten als Deutsche schlechtweg und gaben sich in den großen wissenschaftlichen Wanderversammlungen (der Philologen 1845, der Germanisten 1846) bereits eine Art gemeinsamer, über ganz Deutschland reichender Organisation, ja sie begannen dort neben wissenschaftlichen Fragen schon praktisch-politische zu behandeln. Was freilich dieser politisch werdende Bürger- und Gelehrtenstand erstrebte, das war zunächst größere Bewegungsfreiheit für sich selbst innerhalb der einzelnen Staaten, namentlich Befreiung der Meinungsäußerung in Wort und Schrift von der peinlichen polizeilichen Überwachung und Zensur, die immer reizte und selten etwas nützte, und bei den meisten galt als Ideal die auf der Volkssouveränität beruhende parlamentarische Monarchie nach Art der Franzosen, also die Herrschaft des besitzenden Mittelstandes, der sich schlechtweg für die Nation hielt. Eine radikale, in den geschichtslosen Staaten des Südwestens weit verbreitete Richtung dachte sogar, die ganze Vergangenheit Deutschlands gründlich verkennend, an die demokratische Republik. Eine neue volkstümliche Gesamtverfassung der Nation wollten sie alle, aber welcher Art diese sein sollte, darüber bestand nirgends eine klare Vorstellung. In den hart-

Politische
Ziele des
Bürger-
standes

arbeitenden Volksmassen aber stiegen schon sozialistische Ideen auf, die aus Frankreich herüberkamen. Dem gegenüber dachten die Regierungen, die Beamten, die Offiziere, der Adel partikularistisch-konservativ. In diesem unfertigen Gewirr durcheinander laufender Ansichten und Bestrebungen war vor allem eines not: ein fester, klarer, staatsmännischer Wille, der sie zu meistern und zu leiten verstand. Nach dem ganzen Gange der politischen Entwicklung mußte dieser Wille ein monarchischer und ein preussischer sein.

Der
Vereinigte
Landtag
in
Preußen

Nun wollte es das Verhängnis, daß Preußen bei den deutschen Liberalen namentlich des Südens ganz überwiegend als eine Macht der Reaktion galt, und daß jener Wille an der entscheidenden Stelle, beim König Friedrich Wilhelm IV. nicht vorhanden war. „Die Einheit Deutschlands liegt mir am Herzen, sagte er, sie ist das Erbteil meiner Mutter,“ aber nach seiner romantisch-altständischen Auffassung gebührte dabei die Führung Österreich. Er that im Innern einen entscheidenden Schritt vorwärts; er berief am 3. Februar 1847 nach langem Schwanken und gegen den ursprünglichen Willen seines Bruders Wilhelm, des Prinzen von Preußen, auf den 11. April zum erstenmale den Vereinigten Landtag der Monarchie, d. h. die sämtlichen acht Provinziallandtage in zwei Kurien (Herrenkurie und Dreiständekurie) gegliedert, die glänzendste parlamentarische Versammlung, die Deutschland bis dahin gesehen hatte; aber während die ostpreussischen, rheinländischen und schlesischen Liberalen daraus ein Parlament mit voller Kompetenz machen wollten, dachte der König ihnen beschließende Gewalt nur in Steuersachen, in der Gesetzgebung nur eine beratende Stimme zugestehen. So kam das wichtige Anleihegesetz zur Erbauung der Ostbahn nicht zustande, und man trennte sich am 27. Juni unter allgemeiner Verstimmung. Preußen war allerdings endlich in die

Reihe der Verfassungsstaaten eingetreten, und der König verhiess den vereinigten Ausschüssen im März 1848 die regelmäßige Berufung des Vereinigten Landtages, aber befriedigt war niemand, und Preußen entbehrte einer festen parlamentarischen Ordnung.

Auch in den außerpreussischen Bundesstaaten verschärfte sich die Gegensätze. In Sachsen entstand 1836, zunächst im industriellen Vogtlande, eine liberale Partei, daneben in Leipzig eine radikaldemokratische, und dieser steigenden Opposition wich 1843 der Reformminister B. von Lindenau. Die Massregelungen der Freigemeinden („Lichtfreunde“) veranlaßten dann sogar in Leipzig stürmische Demonstrationen gegen den Prinzen Johann, den man ohne jede Berechtigung als Jesuitenfreund verdächtigte (August 1845), und das schwere Not- und Hungerjahr 1846—47 erweckte im niedern Volke sogar sozialistische Gedanken, obwohl Regierung, Landtag und Privatwohlthätigkeit das mögliche zur Vinderung thaten. In Bayern brachte schon die Julirevolution eine Wendung in der Haltung Königs Ludwigs hervor, und mit dem Ministerium Abel kamen 1837 die Ultramontanen zur Herrschaft, was nun wieder die schärfste Opposition, namentlich in den protestantischen Landschaften erweckte. Zum Unglück erschütterte auch noch das sonderbare Verhältniß des Königs zu der spanischen Tänzerin Lola Montez (Gräfin Landsfeld) die persönliche Achtung vor dem Monarchen. In Baden breitete sich unter dem Einflusse der französischen und schweizerischen Nachbarschaft eine radikaldemokratische Partei im Gegensatze zu den Liberalen unter Karl Mathy immer weiter aus, sodaß diese von dem konservativen Ministerium Blittersdorf eine Zeit lang (1838) von der Herrschaft verdrängt wurden; erst 1846 kamen sie wieder an's Ruder.

Während dieser Parteikämpfe in den Einzelstaaten stieg im Norden eine nationale Frage ersten Ranges

Die
Mittel-
staaten

Die
schleswig-
holstei-
nische
Frage

auf, die schleswig-holsteinische. Seitdem die Dänen zum hellern Bewußtsein ihres Volkstums erwacht waren, trachteten sie darnach, das halbdänische Schleswig vom deutschen Bundeslande Holstein zu trennen und Dänemark einzuverleiben. Langsam erwachte dem gegenüber in den Herzogtümern, besonders durch die historischen Studien Dahlmanns u. a., das Bewußtsein von dem alten halbvergeffenen Landesrecht. Eine auf seine Wiederherstellung gerichtete Eingabe am Bundestage 1823 wurde abgelehnt, und 1834 erhielten beide Herzogtümer getrennte Provinziallandtage; aber hier stieg die Hoffnung auf friedliche Trennung von Dänemark, da die königlich-herzogliche Linie nur auf wenigen Augen stand, und wenn sie ausstarb, im Königreiche die Glücksburger, in Schleswig-Holstein die Augustenburger erberechtigt waren. Um so größer war hier und in ganz Deutschland die Aufregung, als König Christian VIII. (1839—48) in seinem „offnen Briefe“ vom 8. Juli 1846 das Erbrecht der Glücksburger auch für die Herzogtümer behauptete, um den dänischen Gesamtstaat für alle Zukunft zu erhalten.

Nationale
Bestre-
bungen
in
Österreich

Langsamer als im eigentlichen Deutschland war die nationale und freiheitliche Bewegung in Österreich eingedrungen. Nicht nur die Deutschen aber gewannen hier zuerst durch bedeutende Dichter wie den Dramatiker Franz Grillparzer, den hochbegabten deutsch-ungarischen Lyriker Nikolaus Lenau und den edeln Idealisten Anastasius Grün (Graf Anton Auersperg) ein Bewußtsein ihrer Nationalität, sondern auch die Tschechen durch die Vertiefung in ihre Vergangenheit (Dobrowsky, Palazky, Kollar) und die Magyaren, die schließlich 1843 statt des Lateinischen ihre eigne ganz isolierte Sprache als Staatssprache proklamierten und damit die berechtigte Gegenwehr der Deutschen, Rumänen, Serben und Kroaten in Ungarn herausforderten. Also wirkte hier in diesem Völkergemisch der

nationale Gedanke zersehend, und die italienischen Provinzen vollends konnten nur noch mit dem Säbel regiert werden. Diesen Dingen stand die „Staatskonferenz,“ mit der Metternich für den kaum zurechnungsfähigen Kaiser Ferdinand (1835—48) regierte, rat-, hilf- und thatlos gegenüber. Dazu kam trotz des langen Friedens die ärgste Finanznot, ein unausgleichbarer Fehlbetrag im Jahreshaushalt und eine Staatsschuld von 1249 Millionen Gulden (1847). Die einzige Persönlichkeit des Hofes, die einiges Vertrauen genoß, war die Gemahlin des Thronfolgers Franz Karl, die energische und begabte Erzherzogin Sophie (von Bayern). Nirgends war die Staatsordnung so morsch wie hier, denn nirgends war sie soweit hinter der Zeit zurückgeblieben wie in Österreich.

Da war es nun der große Fehler der Regierungen, daß sie der vorwärtsdringenden Bewegung sich nicht selbst bemächtigten, sondern ihre Leitung in die Hände der liberalen und radikalen Oppositionsparteien gleiten ließen. Seit 1847 arbeitete die „Deutsche Zeitung“ unter der Redaktion von G. Gervinus in Heidelberg an der Vereinigung der nord- und der süddeutschen Liberalen. Am 12. September formulierten die Radikalen in Offenburg ihr Programm (Volksbewaffnung, Schwurgerichte, Preß- und Vereinsfreiheit, Volksvertretung am Bunde); am 14. Oktober sprach sich eine Versammlung liberaler Abgeordneter in Heppenheim für den Bundesstaat unter preußischer Führung im Anschluß an den Zollverein und für ein deutsches Parlament aus und beschloß, zunächst durch Anträge in den Einzellandtagen die Regierungen in dieser Richtung vorwärts zu drängen. Zum erstenmale war das Ziel der deutschen Zukunft, wenngleich noch in unbestimmten Umrissen, offen bezeichnet.

Da brach über diese gährende deutsche Welt die Kunde von der Pariser Februarrevolution 1848, dem

Liberaler
Pro-
gramme

Die
März-
bewegung
1848

Sturze Louis Philipp's, der Proklamation der zweiten Republik wie ein Sturmwind herein. Vor bloßen Straßen- und Kammerkundgebungen wichen die Regierungen, unsicher und ohne das gute Gewissen erfüllter Pflicht, allerorten schwach zurück. Die radikalen Forderungen von Offenburg wurden unbesehen bewilligt, die Führer der Kammeropposition übernahmen die Ministerien, König Ludwig I. von Bayern dankte am 20. März zu Gunsten seines Sohnes Maximilian II. (1848—64) ab, und der Bundestag umgab sich mit siebzehn „Vertrauensmännern“ der Regierungen. Die Lösung der Bundesreformfrage aber wurde gleichzeitig von der liberalen Partei und von den Regierungen in die Hand genommen. Von jener beschlossen einundfünfzig Abgeordnete am 5. März in Heidelberg, auf den 30. März ein „Vorparlament“ aus Mitgliedern aller deutschen Einzellandtage nach Frankfurt a. M. zu berufen, um die Grundzüge einer parlamentarischen Bundesreform festzustellen, und am 7. März lud Metternich auf die Veranlassung des Königs von Preußen, der auch in diesem Augenblicke diesem Österreich die Führung überlassen zu müssen glaubte, die Bundesregierungen zu demselben Zwecke für den 25. März nach Dresden ein.

Die
Wiener
März-
revolution

Da wurde dieser verhältnismäßig ruhige Gang der Bewegung in der unglücklichsten Weise von zwei revolutionären Erhebungen unterbrochen. Nachdem schon am 11. März eine tschechische Bürgerversammlung in Prag die Gleichberechtigung des Tschechischen mit dem Deutschen und die Wiederherstellung des böhmischen Gesamtstaats gefordert hatte, erzwang in Wien am 13. März der niederösterreichische Landtag, von der Bürgergarde und stürmischen Kundgebungen des Volkes unterstützt, den Rücktritt Metternich's, der über Prag nach England flüchtete, und am 14. verhiess die Regierung die Einberufung einer „Reichsversammlung.“

Darauf bildete sich in Prag ein tschechischer Nationalauschuß, in Pest-Ofen ein ungarischer Sicherheitsauschuß unter Ludwig Kossuth. In Oberitalien aber brach der offene Aufstand los, die österreichischen Truppen mußten sich in das Festungsviereck zurückziehen, und indem am 23. März die Piemontesen den Ticino überschritten, begann König Karl Albert den nationalen Kampf gegen die habsburgische Fremdherrschaft.

Dieselbe Lähmung, die damit Oesterreich ergriff, erfaßte auch Preußen. Den stürmischen Forderungen zahlloser Volksversammlungen und Adressen nachgebend verhiess Friedrich Wilhelm IV. am 18. März die Einberufung des Vereinigten Landtags zum 2. April und sein kräftiges Eintreten für die nationale Bundesreform. Aber aus den begeisterten Huldigungen auf dem Schloßplatze entstand um Mittag durch ein großes Mißverständnis und durch die Aufhebung fremder, namentlich polnischer Agitatoren ein wütender Straßenkampf. Siegreich überwältigten die tapfern Truppen unter General von Brittwitz bis 3 Uhr morgens den Aufruhr in der innern Stadt; aber der Mut des Königs brach unter der Wucht dieser Eindrücke zusammen. Gegen den leidenschaftlichen Widerspruch seines energischen Bruders Wilhelm genehmigte er den Abzug der Truppen, die knirschend die eroberte Stadt räumten; er berief die Führer der Liberalen (Graf Schwerin, Auerwald u. s. f.) ins Ministerium, erließ eine Amnestie, verhiess, sich an die Spitze Deutschlands zu stellen, und ritt am 21. März, eine schwarzrotgoldne Fahne vor sich, durch die Stadt. Prinz Wilhelm, dem der Volkshass ohne jeden Grund die Schuld an dem „Blutbade“ beimaß, mußte nach England flüchten. Indem sich aber dies stolze Königtum vor dem bewaffneten Aufruhr beugte, verlor es das Zutrauen zu sich selbst und damit die Kraft, die Führung Deutschlands zu übernehmen.

Die
Berliner
März-
revolution

Aufstand
in Posen

Nur den Polen kam die Berliner Revolution zu gute. Erst die preussische Verwaltung hatte die Provinz Posen in ein Kulturland verwandelt, aber Dank dafür nur bei den befreiten Bauern, nicht bei den führenden Ständen, dem Adel und dem Klerus gefunden. Der unvermittelte Übergang von dem straffen und gerechten Regiment des trefflichen Oberpräsidenten von Flottwell (1832—41) zu nachgiebiger Schwäche unter Friedrich Wilhelm IV. und die unklaren Sympathien der deutschen Liberalen für die „Freiheit“ der Polen hatten deren Begehrlichkeit so gereizt, daß 1847 eine weitverzweigte Verschwörung gegen die preussische Herrschaft entstand und hunderte gefänglich eingezogen wurden. Durch die Amnestie vom 19. März befreit kehrten sie nach Polen zurück, und schon am 20. März brach der offene Aufruhr aus. Ein polnisches Nationalkomitee bildete sich und rief die Polen zu den Waffen. Aber während die Regierung unentschlossen schwankte, General v. Willisen sogar über eine Teilung der Provinz mit den Polen verhandelte, traten die deutschen Ansiedler mit den Waffen in der Hand den polnischen Haufen gegenüber, Willisen mußte Posen verlassen, und die Truppen warfen nun binnen wenigen Wochen den Aufstand zu Boden. Ebenso mußte die badische Regierung mit Hilfe der Nachbarstaaten im April eine bewaffnete republikanische Erhebung der Radikalen (G. Herwegh und Fr. Hecker) im südlichen Teile des Landes mit Gewalt niederschlagen.

Erhebung
Schles-
wig-Hol-
steins

Derweilen verwickelte die liberale Parteipolitik dies zerrissene Deutschland vorschnell und ohne genügende Kenntnis der europäischen Lage in einen auswärtigen Krieg. Der Sieg der eiderdänischen Partei in Kopenhagen, der den jungen König Friedrich VII. (1848—63) zur Einverleibung Schlesiens drängte, trieb Holstein zur Erhebung für das alte Landesrecht. Noch in der Nacht des 22. März bildete Professor Beseler

in Kiel eine provisorische Regierung, die Landesfestung Rendsburg wurde überrumpelt, das ganze Land, auch die Truppen (6000 Mann) huldigten ihr, und in kühnem Mute drangen die Holsteiner bis Flensburg vor. Doch auch im deutschen Schleswig war die Stimmung meist königstreu, zuweilen sogar dänisch, und der holsteinische Adel mißbilligte zum Teil den Aufstand. Die überraschten Dänen aber gingen zu Land und See gegen Flensburg vor, vernichteten dort bei Bau das Kieler Turner- und Studentenkorps, die Blüte der gebildeten holsteinischen Jugend, am 9. April und rückten bis Schleswig vor. Erst als Friedrich Wilhelm IV. auf die Bitte der Kieler Regierung seine Garden unter dem General von Wrangel zu Hilfe sandte, schlugen diese am 28. April, dem Ostersonntage, die Dänen vor Schleswig und drängten sie bis ins Sundewitt zurück; am 1. Mai überschritten sie sogar die Grenze Jütlands.

Nicht minder ging die Leitung der Bundesreformbewegung vollständig in die Hände der liberalen Partei über. Das Vorparlament in Frankfurt a. M. (31. März bis 4. April), in dem Preußen zu schwach, Österreich so gut wie gar nicht vertreten war, beschloß die Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung für ganz Deutschland, einschließlich der österreichischen Bundesländer, Deutsch-Posen und Schleswig auszuschreiben und setzte einen Vollziehungsausschuß unter Coiron ein. Es war ein völliger Sieg des südwestdeutschen Liberalismus. Der Bundestag erkannte diese Beschlüsse von mindestens zweifelhafter Rechtmäßigkeit ohne weiteres an und beauftragte die sieben Vertrauensmänner mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs. Dieser, aus Dahlmanns Feder, stellte an die Spitze des Reichs einen erblichen Kaiser und setzte ihm ein Parlament zur Seite, dessen Oberhaus aus den Bundesfürsten und „Reichsräten“ bestehen, dessen Unterhaus aus direkten allgemeinen Volkswahlen gebildet

Vor-
parlament
und Ver-
fassung-
entwurf

werden sollte. Aber über die entscheidende Frage, das Verhältnis zu Österreich, sagte er gar nichts, die Fürsten widerstrebten diesem Oberhause, und der Mehrzahl der Liberalen war der Entwurf viel zu monarchisch. Daher wurde er von keiner Seite angenommen, und ohne jedes Programm traten die Regierungen dem kommenden Parlament gegenüber.

Parla-
ment und
Reichsver-
weiser

So wurde am 18. Mai unter allgemeiner Begeisterung und mit hochgespannten Erwartungen die „deutsche Nationalversammlung“ in der Paulskirche zu Frankfurt eröffnet, im ganzen 586 Abgeordnete (statt 605, da die österreichischen Slaven nicht wählten), unzweifelhaft an Geistesadel und Vaterlandsliebe jedem Parlament überlegen und doch keine wirkliche Vertretung des deutschen Volkes in allen seinen Teilen. Die beiden Großmächte waren unverhältnismäßig schwach vertreten, weil man die Bevölkerungsziffer von 1819 zu Grunde gelegt hatte, die nirgends weiter überschritten war als in Preußen; allzusehr überwogen die gelehrten Berufe ($\frac{1}{5}$ der Versammlung, darunter alle die großen Namen der deutschen Wissenschaft), die Interessen des Grundbesitzes, des Handels und Gewerbes kamen also viel zu wenig zur Geltung. Da ein anerkanntes Programm für die Lösung der „Einheitsfrage“ nicht bestand, so teilte sich die Versammlung nach „Freiheitsfragen“ in drei große Gruppen, das Zentrum, die stärkste (etwa 300 Mitglieder), die radikal-republikanische Linke und die zum Teil katholische Rechte. Weitauß die Mehrheit stand auf dem Boden der Volkssouveränität, wollte daher bei der Aufstellung der Verfassung die Regierungen höchstens „anhören.“ Dem entsprechend beschloß sie auch nach endlosen Debatten über die verschiedensten Fragen, fortgerissen von des Präsidenten Heinrich von Gagern vielbewundertem und viel gescholtenem „kühnem Griff“ (24. Juni), selbständig, ohne die Regierungen zu befragen, eine neue

monarchische provisorische Zentralgewalt zu schaffen, und erwählte am 29. Juni zum „Reichsverweser“ den populären Erzherzog Johann von Österreich, der am 11. Juli, auf seiner Reise allerorten von brausendem Jubel begrüßt, feierlich in Frankfurt einzog. Indem er am 12. Juli sein Amt antrat, legte der Bundestag seine Gewalt in die Hände des Reichsverwesers nieder, und dieser bildete sein parlamentarisches Reichsministerium. Also machte die neue Zentralverwaltung kraft der doch nur beanspruchten Souveränität der Nationalversammlung den Versuch, die Einzelregierungen als einfache Unterbehörden zu behandeln. So lange diese in den Händen der Liberalen waren, die auf dem Boden der Volkssouveränität standen, mochte das angehen, aber die souveränen Bundesfürsten mußten das sofort als schwere Kränkung empfinden.

Während die Nationalversammlung sich nun seit dem 3. Juli in die endlosen doktrinären Debatten über die „Grundrechte“ des deutschen Volks vertiefte, um der heikeln „Oberhauptsfrage“, also der Kernfrage, zunächst noch aus dem Wege zu gehen, erweiterte sich in Preußen die Kluft zwischen der konservativen ländlichen Bevölkerung der Ostprovinzen und der revolutionären Hauptstadt um so mehr, als hier die Bürgerwehr, die radikalen Volksredner und die radikale Presse unbedingt herrschten. Unter diesen Einflüssen stand auch die „konstituierende Nationalversammlung“, die nach dem noch vom Vereinigten Landtage beschlossenen Wahlgesetz am 22. Mai in der Singakademie zusammentrat. Eben deshalb brachte sie gar nichts zu stande; ja die Radikalen erbitterten alle Gemäßigten auf das äußerste durch den ruchlosen „Zeughaussturm“ am 15. Juni, und auch das liberale Ministerium vertrat nicht sowohl die Krone gegen die Nationalversammlung, als diese gegen die Krone. In Sachsen herrschten die demokratischen „Vaterlandsvereine“ gegenüber den ge-

Die Einzelstaaten unter der Herrschaft der Liberalen

mäßigten „deutschen“ Vereinen; ja der Stillstand der Geschäfte trieb sozialistische Verbindungen hervor, und selbst die Zucht der Armee geriet ins Wanken. Auch in den thüringischen Kleinstaaten hielten die Behörden nur mit großer Mühe die Ordnung aufrecht. Hannover erhielt am 5. September eine neue liberale Verfassung, und selbst im altständischen Mecklenburg trat am 31. Oktober eine „konstituierende“ Versammlung zusammen. In Bayern wurde die zweite Kammer durch das neue Wahlgesetz vom 4. Juni umgestaltet, in Hessen-Darmstadt unter dem neuen Großherzog Ludwig die erste Kammer ganz beseitigt. So gebärdete sich jeder Einzelstaat als souverän, während doch die souveräne Nationalversammlung noch nicht einmal die Grundlagen der neuen Bundesverfassung festgestellt hatte, und die öffentliche Ordnung stand überall auf schwachen Füßen.

Der
dänische
Krieg

Da zeigte sich nun bald, daß Deutschland nicht einmal gegen das kleine Dänemark den Krieg siegreich führen konnte, weil er in einer höchst ungünstigen diplomatischen Lage begonnen worden und Deutschland zur See schlechterdings wehrlos war. Zar Nikolaus von Rußland nahm gegen diese Begünstigung der „Revolution“ durch Preußen eine drohende Haltung ein, England protestierte gegen den Einmarsch deutscher Truppen, Schweden besetzte sogar Fünen gegen eine deutsche Landung. Für eine Reichsflotte hatte zwar das Frankfurter Parlament gleich 6 Millionen Gulden bewilligt, und eifrig arbeitete der wackere Admiral Brommy in Bremerhaven an der Beschaffung von Schiffen und Mannschaften, aber es fehlte an allen Grundlagen, die Dänen sperrten mit ihrer trefflichen Flotte alle deutschen Häfen und bedrohten beständig die Ostküste der Herzogtümer, sodaß Wrangel Zütland wieder räumte, und die Truppen des zehnten Armee-corps im Sundewitt sich mit unbedeutenden Gefechten begnügten. Unter diesen Umständen, von den bitter-

sten Klagen ihres Handelsstandes gedrängt, schloß die preußische Regierung am 26. August in Malmö auf sieben Monate Waffenstillstand. Schleswig wurde unter eine preußisch-dänische Regierungskommission gestellt, und die holsteinischen Truppen von den schleswigischen getrennt.

Gewiß, das Abkommen war höchst unrühmlich, und die Erbitterung ringsum begreiflich, begreiflich auch, daß die Nationalversammlung am 5. September mit geringer Mehrheit den Antrag Dahlmanns auf „Sistierung“ des Waffenstillstandes annahm. Aber als nun das bisherige Reichsministerium diesem Mißtrauensvotum wich und Dahlmann als Führer der siegreichen Opposition den Auftrag erhielt, ein neues zu bilden, da zeigte es sich, daß gar keine Möglichkeit vorlag, den Sistierungsbeschluß gegen den Willen Preußens durchzusetzen, und so mußte das Parlament den Waffenstillstand am 16. September annehmen. In sinnloser Wut hezten die Radikalen am 17. September den Frankfurter Pöbel zum Aufruhr gegen die Mehrheit der Nationalversammlung; er wurde von den Truppen zu Boden geschlagen, und fester schlossen sich seitdem die gemäßigten Elemente zusammen. Aber der Traum von der souveränen Macht des Parlaments war zerstoßen; indem es seine Ohnmacht gegenüber Preußen eingestand, hatte es die einzige Grundlage seiner Macht, sein moralisches Ansehen, zerstört. Es war thatsächlich der Anfang vom Ende.

Und nun gingen die konservativen Elemente, die von der Hochflut des Frühjahrs 1848 zurückgedrängt worden waren, zunächst in den beiden Großstaaten zum Gegenstoße über. Da sich die Berliner Nationalversammlung in radikalen Beschlüssen überbot, endlich in dem Entwurfe der neuen Verfassung aus dem Königstitel den Zusatz von Gottes Gnaden strich und Ende Oktober die Regierung sogar aufforderte, zum Schutze

Das
Parla-
ment und
der
Waffen-
stillstand

Sieg des
König-
tums in
Preußen

der in Wien bedrohten Volksfreiheit (d. h. der bewaffneten Revolution) einzuschreiten, so entließ der König tief erbittert das schwache Ministerium Pfuell und übertrug die Oberleitung einem tapfern General, dem Grafen von Brandenburg, einem natürlichen Sohne Friedrich Wilhelms II. Dieser verkündete am 9. November der Nationalversammlung den Beschluß des Königs, sie bis zum 27. November zu vertagen und nach Brandenburg zu verlegen. Als sie trotzdem zusammenblieb, rückte am 10. November General Wrangel mit seinen Truppen ein, verhängte den Belagerungszustand über die Stadt, erzwang den Abbruch der Beratungen und löste die Bürgergarde auf, alles zur höchsten Befriedigung der Gemäßigten. Endlich, da auch in Brandenburg kein Abschluß erreicht wurde, löste der König die Nationalversammlung auf und „oktroierte,“ wesentlich nach ihrem Entwurfe, am 5. Dezember die neue Verfassung. Die Krone gebot wieder in Preußen.

Natio-
nalitäten-
kampf in
Österreich

Schwieriger und darum viel unvollständiger war die Lösung der Verwicklungen in Österreich. In Wien, wo die Bürgergarde und die Studenten der „Mula,“ später die Arbeiter den Ton angaben, herrschte völlige Anarchie, bis endlich am 22. Juli der auch hier dringend geforderte konstituierende Reichstag zusammentrat, freilich ohne ungarische und italienische Abgeordnete. Da auch der Adel fast gar nicht vertreten war, so beherrschten ihn das unfertige schwache deutsche Bürgertum und die politisch ganz unreifen, in strenger Gutsunterthänigkeit herangewachsenen Bauern, zum größten Teile Slawen. Daher beschloß der Reichstag auch die Ablösung der bäuerlichen Lasten, das einzige dauernde Ergebnis der österreichischen Revolution. Inzwischen hatten sich die Tschechen, in ihrem Selbstbewußtsein mächtig gestärkt durch den Slawenkongreß, die erste große Kundgebung des aufsteigenden Panflawismus, gegen den unpopulären Landeskommandanten

Fürsten Windischgrätz erhoben und waren erst in blutigem Straßenkampfe in Prag 12.—17. Juli niedergeworfen worden. In Ungarn trieb die Unabhängigkeitspartei unter L. Kossuth trotz aller Zugeständnisse die Dinge zum Bruche, sodaß Erzherzog Stephan am 24. September verzweifelnd seine Statthalterschaft niederlegte. Dagegen begann die kaiserliche Regierung sich auf die ungarländischen Nationalitäten zu stützen, vor allem auf die Kroaten unter ihrem Banus Jellatschitsch, der schon gegen Pest=Ofen heranrückte; sie löste am 3. Oktober den ungarischen Reichstag auf, verhängte den Belagerungszustand über das Land und sandte auch aus Wien Truppen dorthin.

Doch deren Abmarsch gab am 6. Oktober den Anstoß zur bewaffneten Erhebung Wiens, da die Radikalen in den Magyaren ihre Bundesgenossen sahen; die Truppen räumten die innere Stadt, und der Hof ging nach Olmütz. Da brachte die Armee, unter Radetzky, siegreich in Italien, mit dem Schwerte die Entscheidung zu Gunsten der alten aristokratisch-konservativen Mächte Österreichs. Unter dem Oberbefehle des Fürsten Windischgrätz das aufständische Wien von allen Seiten umschließend, schlug sie die Ungarn, die zum Entsätze heranzogen, am 30. Oktober bei Schwechat zurück und erstürmte am 31. Oktober die Hauptstadt, die nun die ganze Strenge des Kriegsrechts erfuhr. Der Reichstag wurde nach der mährischen Landstadt Kremsier bei Olmütz verlegt, die Leitung des Ministeriums übernahm Fürst Felix Schwarzenberg, der entschlossenste Vertreter des zentralistisch-absolutistischen Österreich, und am 2. Dezember entsagte Kaiser Ferdinand dem Throne zu Gunsten seines Neffen Franz Joseph (geb. 18. August 1830).

Dieser Sieg der Habsburger in Österreich entschied auch das Schicksal der deutschen Bewegung. In die Debatten über die „Oberhauptsfrage“ ein-

Die
Wiener
Oktober=
revolution

Bruch
zwischen
dem
Parla-
ment und
Österreich

tretend sprach sich die große Mehrheit des deutschen Parlaments für die Verwandlung des bisherigen losen Staatenbundes in einen nationalen Bundesstaat aus. Aber sie wollte und konnte in diesen nicht das ganze, doch nur zum kleinen Teile deutsche Österreich mit aufnehmen, sondern nur die bisherigen Bundesländer, die mit den außerdeutschen nur durch Personalunion in Verbindung stehen sollten; sie mutete also den Habsburgern zu, ihr Reich in zwei unabhängige Staaten zu zerschneiden, für den einen auf ihre Selbständigkeit, für das Ganze auf die Großmachtsstellung zu verzichten. Schwarzenberg wollte dagegen ganz Österreich als zentralisierten Einheitsstaat in den Deutschen Bund einfügen, mutete also den Deutschen zu, auf den Bundesstaat zu verzichten und sich mit einem Staatenbunde zu begnügen, in dem Österreich das stärkste Übergewicht gehabt hätte. Endlich war die Frage der deutschen Zukunft klar gestellt: der deutsche Bundesstaat war nur ohne Österreich möglich, mit Österreich nur der alte lockere Staatenbund. Damit aber war zugleich entschieden, daß ihre Lösung auf parlamentarischem Wege unmöglich sei.

Die
Kaiser-
wahl in
Frankfurt

Folgerichtig hätten nun die österreichischen Abgeordneten aus dem Parlament scheiden, der Erzherzog Johann die Reichsverweiserschaft niederlegen müssen, denn an der Verfassung für einen deutschen Bundesstaat konnten sie nicht mitarbeiten. Aber sie blieben, nur Schmerling wurde als Präsident des Reichsministeriums durch Heinrich von Gagern abgelöst (16. Dezember). Dagegen schlossen sich die Fraktionen des Zentrums im Januar 1849 zur „Erbkaiserpartei“ zusammen, um jetzt das Kaisertum der Hohenzollern durchzusetzen. Doch gegen den zähen Widerstand der Österreicher, der Ultramontanen und der radikalrepublikanischen Linken kam man nur auf weiten Umwegen zum Ziele. Zuerst wurde ein weiterer (völkerrecht-

licher) Bund mit Österreich in Aussicht genommen, dann für das künftige fürstliche Reichsoberhaupt der Kaisertitel beschloffen, die Erblichkeit aber noch abgelehnt (23. Januar 1849). Endlich, als sich nach einer Aufforderung Preußens Baden und 28 Kleinstaaten für den Bundesstaat aussprachen, Fürst Schwarzenberg aber nach der Auflösung des Reichstages von Kremsier am 7. März eine zentralistische Gesamtstaatsverfassung verkündete und in Frankfurt einen deutsch-österreichischen Staatenbund, das gepriesene „Siebzigmillionenreich“ von der Nordsee bis zu den Siebenbürgischen Alpen vorschlug, da wurde am 27. März das Erbkaisertum (mit 4 Stimmen Mehrheit) angenommen, und am 28. März wählte die Nationalversammlung mit 290 von 538 Stimmen den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum „Kaiser der Deutschen.“ Die Nation wühlte sich jubelnd am Ziel. Aber der König, nach seinem fürstlichen Stolze und seinen Legitimitätsbegriffen ein grundsätzlicher Gegner der ganzen „revolutionären“ Bewegung und zu kleinmütig, gegenüber dem Widerspruche Österreichs und der vier Königreiche und trotz der drohenden Haltung Rußlands den Willen der Nation, wenn es sein mußte, mit dem Schwerte zu vertreten, lehnte am 3. April gegenüber der „Kaiserdeputation“ unter dem Präsidenten Heinrich Simson die dargebotne Krone ab. „Es war ein Scheitern im Hafen.“

Trotzdem beschloß die Nationalversammlung mit verzweifelter Zähigkeit am 11. April „unwandelbar“ an der Reichsverfassung festzuhalten, auch die Kleinstaaten erkannten sie jetzt förmlich an (14. April), die Volksvertretungen begannen sich auch in Preußen und einem Teile der Königreiche dafür zu regen, und Österreich rief seine Abgeordneten aus Frankfurt ab. Zugleich sah es sich, nachdem Radetzky die tapfern Piemontesen in einem Feldzuge von drei Tagen

Erhebung
Ungarns;
Sieg
über die
Dänen

überwältigt hatte (21./23. März), der entschlossenen Kriegserklärung Ungarns gegenüber, daß die Gesamtstaatsverfassung Schwarzenbergs mit der Losfagung vom Hause Habsburg beantwortete (14. April), und im Norden lächelte das Kriegsglück den deutschen Waffen. Nach dem Ablaufe des Waffenstillstandes standen gegen die Dänen 60 000 Mann Reichstruppen unter Pittwitz und 15 000 Schleswig-Holsteiner unter Bonin zur Verfügung. Ein Versuch der Dänen, durch eine Landung an der schleswigschen Ostküste die Flanke dieser Heeresmacht zu bedrohen, kostete der dänischen Flotte im Gefecht von Eckernförde am 5. April, wo zwei schwache Strandbatterien der zehnfach überlegenen Schiffsartillerie heldenmütig widerstanden, ihre beiden besten Schiffe („Christian VIII.“ und „Gefion“); am 13. April nahmen sächsische und bayrische Truppen die Schanzen von Düppel mit Sturm, endlich siegte Bonin, neben den Reichstruppen die jütische Grenze überschreitend, am 20. und 23. April bei Rolding und begann am 7. Mai die Belagerung von Fridericia. Noch schien eine Wendung im Sinne der Erbkaiserpartei möglich.

Bruch
zwischen
dem Bar-
lament
und den
Regie-
rungen

In der That nötigte eine mächtige Volkskundgebung am 24. April den König Wilhelm von Württemberg zur Anerkennung der Reichsverfassung, in Preußen und Hannover bereiteten die Landtage ähnliches vor. In dem sächsischen Landtage, der zu Anfang 1849 nach dem neuen, sehr demokratischen Wahlgesetze zusammentrat, herrschten die Radikalen derart, daß das liberale Märzministerium Braun am 24. Februar seine Entlassung gab und einem Beamtenministerium (F. von Beust) Platz machte. Dies willigte in die Anerkennung der Frankfurter Grundrechte; als aber die den Landtag beherrschende Demokratie am 12. April die Anerkennung der gesamten Reichsverfassung forderte, teilweise nur, um sie als Deckmantel einer republikanischen

Erhebung zu benutzen, die gleichzeitig in Sachsen, Bayern, Baden, der Pfalz und der Rheinprovinz ausbrechen sollte, da schloß die Regierung, dem Beispiele Preußens und Hannovers folgend, am 28. April den Landtag, und eine preußische Note kündigte die endgiltige Ablehnung der Kaiserkrone an.

Da brach zuerst am 3. Mai in Dresden der offene wohllorganisierte Aufstand aus, und am 4. bildete sich eine provisorische Regierung. Nur der aufopfernden Tapferkeit der schwachen sächsischen Truppen und preußischer Bataillone gelang es in hartnäckigem Häuser- und Straßenkampfe bis zum 9. Mai die Erhebung zu bewältigen. Eine harte Reaktion folgte. Während nun die preußische Regierung vereinzelte Versuche in der Rheinprovinz rasch unterdrückte, trat am 2. Mai in der Rheinpfalz ein Landesausschuß zusammen und proklamierte die Republik. In Baden begann, unerhört in der neuern deutschen Geschichte, der Aufstand mit der Meuterei der längst von den Radikalen planmäßig verhehten Truppen (9.—13. Mai); der Großherzog flüchtete, und am 13. Mai beschloß eine Landesversammlung in Offenburg die Bildung eines Landesausschusses und das Bündnis mit der Pfalz. Unter dem Deckmantel der Reichsverfassung setzten die Radikalen dem monarchischen Bundesstaate die Föderativrepublik entgegen.

Damit sah sich das Frankfurter Parlament vor die verzweifelte Wahl gestellt, entweder, ein mühsames Werk, die Reichsverfassung, aufzugeben, die jetzt von allen größern Regierungen verworfen wurde, oder sich in einen republikanischen Konvent zu verwandeln und den begonnenen Bürgerkrieg mit allen revolutionären Mitteln bis zum Ende durchzuführen. Noch fand sich eine Mehrheit, die sich zu Gunsten der Bewegungen in Sachsen und in der Pfalz aussprach; aber am 10. Mai trat Gagern zurück, da der Reichs-

Republi-
kanische
Er-
hebungen

Auf-
lösung
des
Parla-
ments

verweser seine Zustimmung verweigerte, am 14. Mai berief Preußen seine Abgeordneten ab, und als am 19. Mai die Mehrheit beschloß, eine Reichsstatthalter-schaft an Stelle des Reichsverwesers zu setzen, da schied am 21. Mai auch die Erbkaiserpartei, Dahlmann voran, aus dem Parlament. Also zum „Kumpsparlament“ geworden und der Herrschaft der Radikalen verfallen, verlegte dies seinen Sitz nach Stuttgart. Dort aber erzwang die württembergische Regierung (Römer) am 18. Juni mit militärischer Gewalt seine Auflösung. In denselben Tagen begannen die Reichstruppen unter dem preussischen General von Peucker vom untern Neckar aus, ein preussisches Korps unter Prinz Wilhelm von Preußen von der Rheinprovinz her den Feldzug gegen die Pfalz und Baden. Nach blutigen Gefechten zogen sie am 23. Juni in Karlsruhe ein, am 23. Juli zwangen sie die Festung Kastatt zur bedingungslosen Übergabe, und im Lande waltete das Standrecht.

Niederlage der Schleswig-Holsteiner

Dieser Niedergang der volkstümlichen Einheitsbewegung traf die schleswig-holsteinische Sache um so schwerer, je mehr sie von jener emporgetragen worden war. Da die Erhebung jetzt den größern Regierungen, vor allem der preussischen, mehr als je als eine Empörung gegen den rechtmäßigen Landesherrn erschien, so begann Preußen in Berlin von neuem Waffenstillstandsverhandlungen, und als die Dänen durch einen gewaltigen Ausfall aus Fridericia am 6. Juli die Schleswig-Holsteiner mit einem zerschmetternden Schlage getroffen hatten, schloß es am 10. Juli den Waffenstillstand ab wie eine besiegte Macht. Schleswig wurde geräumt, unter eine preussisch-dänische Verwaltung gestellt und im Süden von preussischen, im Norden von schwedischen Truppen besetzt.

Die preussische Union

Nachdem nun die volkstümliche Einheitsbewegung gescheitert war, machte König Friedrich Wilhelm IV. unter dem Einflusse des Generals von Radowicz den

schwächlichen Versuch, den Kern dieser Bestrebungen, den deutschen Bundesstaat unter preussischer Führung, durch friedliche Vereinbarung doch noch durchzusetzen. Wirklich schloß Preußen am 26. Mai mit Hannover und Sachsen das „Dreikönigsbündnis,“ auch die übrigen Staaten außer den beiden süddeutschen Königreichen traten dieser „Union“ bei, und am 26. Juni sprachen sich die Führer der Erbkaiserpartei in Gotha ebenfalls dafür aus. Aber die eigne hochkonservative Umgebung des Königs (Stahl, Gerlach, Kleist-Regow) bekämpfte auch dies Unternehmen ebenso als revolutionär wie einst die Frankfurter Reichsverfassung, der König aber, halb und halb selbst dieser Meinung, entbehrte des energischen fortreisenden Willens, und nur ein solcher, mochte er ein monarchischer oder ein demokratischer sein, konnte die Regierungen der Mittelstaaten bestimmen, zu Gunsten einer Reichsverfassung auf einen Teil ihrer Souveränitätsrechte zu verzichten. Oesterreich, sobald es, freilich nur mit russischer Hilfe, die ungarische Revolution gebändigt hatte, unterstützte natürlich diese Stimmung und bereitete, indem es am 30. Dezember 1849 zunächst mit Preußen zusammen die Zentralgewalt vom Reichsverweser übernahm (bis zum 31. Mai 1850), die Wiederherstellung des Bundestages vor. Infolge dessen traten Sachsen und Hannover am 21. Februar 1850 aus der Union wieder aus. Trotzdem trat das Unionsparlament am 20. März in Erfurt zusammen und nahm den Verfassungsentwurf der Regierungen an, ebenso sprach sich ein Fürstentag in Berlin im Mai größtenteils dafür aus; aber der König fand den Übergang von großen Worten zu entschiedenen Thaten nicht, und so konnte es Oesterreich wagen, ohne Preußen die deutschen Regierungen nach Frankfurt einzuladen, wo am 2. September der Bundestag in den alten Formen, allerdings nur mit 11 Stimmen von 17, wieder zusammentrat.

Preis-
gebung
Schleswig-
Holsteins

Was Preußen etwa noch an Sympathie und Vertrauen besessen hatte, das hatte es inzwischen völlig verspielt. Von seinen größern deutschen Bundesgenossen verlassen, von Österreich geringschätzig beiseite geschoben, bedroht von einer Verbindung zwischen Rußland, Frankreich, Schweden und England, die im Londoner Protokoll vom 2. Juni die Erhaltung des dänischen Gesamtstaates als ein europäisches Interesse erklärten, unterzeichnete es zugleich im Namen des Deutschen Bundes am 2. Juli den Frieden mit Dänemark, worin Schleswig-Holstein preisgegeben wurde. Trotzdem nahm das tapfere Land unter dem General von Willisen den ungleichen Kampf nochmals auf. In der blutigen Schlacht bei Idstedt unweit Schleswig am 24./25. Juli blieb den Dänen nur ein halber Sieg, der in der strategischen Lage kaum etwas änderte; ja die Schleswig-Holsteiner gingen unverzagt am 12. September bei Missunde, am 4. Oktober bei Friedrichstadt zum Angriff auf die dänische Stellung über. Doch nicht von seinen Waffenthaten hing das Schicksal des armen Landes ab.

Der
Konflikt
in
Kurhessen

Da schien ein Verfassungskstreit in Kurhessen die deutschen Dinge noch einmal auf die Schneide des Schwertes zu stellen. Als nach dem abermaligen Antritt des verhassten Ministers Hassenpflug, des „Hessenschluchs“ (Februar 1850), kein Staatshaushaltgesetz zustande kam, verweigerte das Volk die Zahlung der Steuern, die Beamten versagten den Dienst, die Offiziere nahmen den Abschied. Der Kurfürst aber rief die Hilfe des Rumpfbundestages an, und dieser beschloß, als sich die Könige von Bayern und Württemberg mit dem Kaiser Franz Joseph in Bregenz am 11. Oktober über die Aufstellung eines Heeres verständigt hatten, am 25. Oktober die Bundesexekution gegen Kurhessen; auch Sachsen trat auf Österreichs Seite. Der Krieg schien unvermeidlich, denn König Friedrich Wil-

helm konnte ein Einschreiten des von ihm gar nicht anerkannten Bundestages in Kurhessen, das noch zur Union zählte, nicht zulassen, hatte daher am 27. September Radowiz, den eigentlichen Träger der Unionspolitik, zum Minister des Auswärtigen berufen und am 24. Oktober seine Truppen in Kurhessen einmarschieren lassen, worauf am 1. November auch die Österreicher und Bayern einrückten.

Allein der Übermacht Österreichs und der drohenden Haltung Rußlands gegenüber rief der König dann doch die Vermittlung seines Schwagers, des Zaren Nikolaus, an, und dieser diktierte hochfahrend dem Grafen Brandenburg am 28. Oktober in Warschau seine Bedingungen: Eintritt ganz Österreichs in den Bund, Auflösung der Union, Anerkennung der Bundesexekution in Kurhessen. Doch sollte die neue Bundesverfassung auf „freien Konferenzen“ der Regierungen in Dresden geregelt werden. An Stelle des Generals von Radowiz trat am 5. November Otto von Manteuffel, ein hochkonservativer Doktrinär. Graf Brandenburg verchied am nächsten Tage in wilden Fieberphantasien. Als aber Schwarzenberg gebieterisch die sofortige Räumung Kurhessens und den Einmarsch eines österreichischen Korps in Holstein forderte, da ging ein Schrei der Empörung durch das preußische Volk, und der König befahl am 6. November die Mobilisierung seiner Armee; auch kam es am 9. November bei Bronzell unweit Herzfeld zwischen den Vortruppen zu einem kurzen Kugelwechsel. Jedermann erwartete, viele auf beiden Seiten wünschten den Krieg, aber Manteuffel erklärte schon am 15. November die zerbröckelnde Union für aufgelöst und gestand in Olmütz am 29. November dem Fürsten Schwarzenberg alles zu, denn weder er noch dieser König konnten den Entscheidungskampf um Deutschlands Zukunft führen. Und doch erfocht das triumphierende Österreich nur einen halben Sieg.

Olmütz

Denn es gelang ihm auf den Dresdner Konferenzen (23. Dezember 1850 bis 15. Mai 1851) gegenüber dem Widerspruche Frankreichs und Englands nicht, den Eintritt ganz Österreichs in den Bund durchzusetzen, das Schlussergebnis war vielmehr die einfache Wiederherstellung des alten Bundestages.

Unter-
werfung
Schles-
wig-Hol-
steins

Nun wurde in Kurhessen eine Menge Beamte kriegsgerichtlich verurteilt und die Verfassung von 1831 durch Bundestagsbeschluß vom 27. März 1852 für „unzulässig“ erklärt. Die schleswig-holsteinische Regentenschaft unterwarf sich der peremptorischen Forderung der beiden Großmächte, die dabei die Wahrung des alten Verhältnisses beider Herzogtümer zu einander in Aussicht stellten, am 11. Januar 1852 bedingungslos. Trotzdem rückten am 17. Januar 20000 Österreicher unter dem Kroaten Legeditsh in Holstein ein, übergaben Rendsburg und Friedrichsort den Dänen und lösten die unbefiegte Armee des Landes auf. Wie zum Hohn hob dann Dänemark alle Gemeinschaft zwischen den Herzogtümern bis auf die Universität Kiel, den Eiderkanal, die Ritterschaft und ein paar Anstalten auf und brachte über Schleswig eine rachsüchtige Reaktion, die Tausende aus dem Lande trieb. Doch versprach es jedem der beiden Länder eine besondere Landesvertretung, worauf die Bundestruppen im Februar 1852 Holstein räumten. Schließlich erkannten sämtliche Großmächte im Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 das Erbrecht der Glücksburger auch für Schleswig-Holstein an, doch unter der Bedingung, daß die Herzogtümer mit Dänemark nur in Personalunion blieben, und Herzog Christian August von Augustenburg wurde gezwungen, gegen eine Abfindungssumme auf seine dortigen reichen Güter zu verzichten. Um nun auch noch den letzten Rest der verhaßten revolutionären Frankfurter Reichsverfassung zu beseitigen, ließ der Bundestag am 1. Dezember 1852 die Reste der Reichs-

flotte in Bremerhaven versteigern. Die Vernichtung der kurheffischen Verfassung, die Auslieferung Schleswig-Holsteins an Dänemark und jener schimpfliche Handel waren die ersten Leistungen des erneuerten Bundestages und der wiederhergestellten Vorherrschaft Österreichs. In Entwürdigung und Schmach, in tiefer Verbitterung und fressendem Groll ging dieser stürmische Anlauf nach Deutschlands Einheit zu Ende.

Aber die Erfahrung blieb unverloren, daß er an drei Klippen gescheitert war. Zunächst hatten sich die vorwärtsdrängenden Kräfte im Volke nicht mit den beharrenden der Regierenden auf einer gemeinsamen Grundlage zusammengefunden, vornehmlich, weil ein Todfeind des deutschen Volkes, der Doktrinarismus, sie auseinandergehalten hatte, auf der einen Seite der konservativ-romantische, der das Recht des geschichtlichen Lebens verkannte, auf der andern der liberale und radikale, der den monarchischen Charakter der politischen Entwicklung Deutschlands verkannte. Sodann hatte das preußische Königtum, obwohl durch die Natur der Dinge zur Leitung berufen, die Kraft nicht gefunden, diese rechtzeitig zu übernehmen; endlich hatte man viel zu spät erkannt, daß der Kern der deutschen Verfassungsfrage nicht die Erweiterung der Freiheitsrechte, sondern das Verhältnis zu Österreich sei. Erschwerend hinzugetreten war die Feindseligkeit der großen Mächte, vor allem Rußlands, dessen Kaiser Nikolaus I. sich als den gebornen Verfechter der Legitimität gegen die „Revolution“ betrachtete. So konnte die, nach der Lage Europas und der politischen Reife Deutschlands beurteilt, zu früh begonnene Bewegung kaum anders enden, als mit einem negativen Ergebnis: mit der Wiederherstellung des lockern Bundes souveräner und auf ihre Souveränität höchst eifersüchtiger Staaten unter dem Bundestage, dessen traurige Unzulänglichkeit doch niemand leugnete.

Gründe
des Scheiterns

Die
Reaktion;
Preußen

Da die Bewegung von 1848/49 wesentlich vom bürgerlichen Mittelstande ausgegangen war, so kam ihr Niedergang in den innern Verhältnissen der Einzelstaaten den siegreichen Elementen, sozial gesprochen, dem Großgrundbesitz, also im wesentlichen dem Adel zu gute. Doch vermochte diese „Reaktion“ im ganzen weder die konstitutionellen Verfassungen noch die Ablösung der bäuerlichen Lasten zu beseitigen; auch von den „Grundrechten“ gingen, obwohl sie der Bundestag schon am 23. August 1851 aufhob, manche in die Gesetzgebung der Einzelstaaten über, und die römische Kirche benützte den in ihnen ausgesprochenen Grundsatz von der Freiheit der Kirche, um eine Reihe gesetzlicher Beschränkungen des alten Kirchenrechts abzuschütteln. In Preußen vor allem blieb die Verfassung vom 31. Januar 1850, im wesentlichen eine Nachbildung der baltischen, obwohl der König am liebsten zu altständischen Formen zurückgekehrt wäre, bestehen; nur wurde die erste Kammer 1853 in das Herrenhaus verwandelt und damit dem Großgrundbesitz ein maßgebender Einfluß auf die ganze Gesetzgebung eingeräumt. Ebenso blieb die Neuordnung der Gerichtsverfassung mit der Aufhebung der Patrimonialgerichte (von 1850) aufrecht. Dagegen wurde die alte Provinzial-, Kreis- und Gemeindeverwaltung mit der grundherrlichen Polizei und der Beaufsichtigung der ländlichen Ortsverwaltung durch die Grundherren wiederhergestellt. Die evangelische Landeskirche hatte nach einem Lieblingsgedanken des Königs durch die Errichtung des Oberkirchenrats 1850 größere Selbstständigkeit erhalten, aber im Kirchenregiment und in der Besetzung der geistlichen Stellen überwog die Orthodoxie, weil sie für konservativ galt, und in der Volksschule wurde durch die Stiehl'schen Regulative die geistliche Aufsicht aufs neue befestigt. Vielfach erbitternd wirkte die oft kleinliche Behandlung der Presse und der Vereine. Für die Förderung des wirtschaftlichen

Lebens geschah sehr viel, namentlich durch Eisenbahnbauten, dagegen fast nichts, um den Staat für eine große Politik zu rüsten. Trotz schwerer Mängel blieb im Heerwesen alles beim alten, und für die junge Kriegsflotte, deren Notwendigkeit doch sonnenklar war, mußte der weitblickende Prinz Adalbert alle Grundlagen der Organisation wie die Beschaffung von Schiffen und die Erwerbung eines Nordseekriegshafens an der Jade (1853) der konservativen Abneigung gegen diese „demokratische Institution“ und den militärischen Vorurteilen mühsam abringen.

In Sachsen stellte der leitende Minister dieser Zeit, F. von Beust, die alten Stände von 1831 schon 1850 wieder her (die sog. „reaktivierten Stände“), da der „Widerstandslandtag“ vom Dreikönigsbündnis nicht lassen wollte, schränkte auch die freie Meinungsäußerung in Presse und Vereinen wesentlich ein; aber unter der Regierung des Königs Johann (1854—73), eines ebenso wissenschaftlich gebildeten wie geistvollen und pflichttreuen Monarchen, wurde die Gerichtsverfassung wie in Preußen 1856 umgestaltet, gleichzeitig ein neues Strafgesetzbuch, 1865 auch ein neues bürgerliches Gesetzbuch eingeführt, das Heer wesentlich vermehrt und verbessert, die wirtschaftliche Entwicklung durch die Gewerbefreiheit (1861) und die immer dichtere Gestaltung des Eisenbahnnetzes mit großem Erfolge gepflegt. In Nassau und Hessen-Darmstadt, in Hannover und Mecklenburg beseitigte die Reaktion die neuen Verfassungen. Dabei kehrte Mecklenburg (1850) zu seinen feudalen Ständen, Hannover unter Georg V. (1851—66) zur Verfassung von 1840 zurück (1855). So tüchtig auch sonst die Verwaltung war, so war doch durch die fortgesetzten Änderungen des Staatsgrundgesetzes das Vertrauen in den Rechtszustand gründlich erschüttert, und die Unfähigkeit des blinden Königs, die Verhältnisse zu sehen, wie sie wirklich waren, führten zu einer Über-

Die nord-deutschen Mittelstaaten

spannung seines Souveränitätsbewußtseins und seiner Machtansprüche, die höchst unheilvoll wirkte.

Die süd-
deutschen
Mittel-
staaten

Fester als in diesen norddeutschen Mittelstaaten stand da doch in Süddeutschland die verfassungsmäßige Ordnung. Für Maximilian II. von Bayern war es Gewissenssache, die Rechte der Volksvertretung zu achten; er entließ deshalb das Ministerium von der Pforden, als dies mit dem Landtage über die Vermehrung der Heeresausgaben in Widerspruch geriet (1859), worauf denn nun die Gerichtsverfassung und die Kreisverwaltung neugeordnet, das Eisenbahnnetz wesentlich vervollkommenet wurde. Aber der persönliche Ehrgeiz des Königs war vor allem darauf gerichtet, sein München, das der Vater in einen Sitz deutscher Kunst verwandelt hatte, auch zu einem großartigen Mittelpunkte deutscher Wissenschaft zu machen, besonders durch die Berufung norddeutsch-protestantischer Gelehrter, und das wurde es. Württemberg und Baden hatten beide mit den erneuerten Herrschaftsansprüchen der römischen Kirche schwer zu ringen. Beide Staaten suchten das Verhältnis zunächst durch ein Konkordat zu regeln, Württemberg 1857, Baden 1859, aber in beiden verweigerte der Landtag seine Genehmigung, und die kirchlichen Fragen wurden durch die staatliche Gesetzgebung geregelt. Die protestantische Kirche beider Länder begann, zur ursprünglichen Idee der Reformation zurückkehrend, die Laien durch Gemeinderäte und synodale Einrichtungen zur Kirchenverwaltung heranzuziehen. Dabei ging ein guter Teil der Frankfurter „Grundrechte“ in die württembergische Landesgesetzgebung über, und Baden wurde, nachdem die hier besonders schweren Erschütterungen der Sturmjahre überwunden, namentlich die Truppen völlig neu gebildet worden waren, unter Großherzog Friedrich (1852—58 Regent) zu dem vielgefeierten Musterlande des Liberalismus.

Wesentlich anders gestalteten sich die Dinge in Österreich. Bedeutende Männer, wie Fürst Schwarzenberg (+ 1852), K. v. Bruck, A. von Bach, Graf Leo Thun, brachten nach den Stürmen der Revolutionsjahre und der Metternichschen Stabilitätspolitik den absolutistischen, aber aufgeklärten Zentralismus Josephs II. mit fast revolutionärer Gewalttätigkeit wieder zur Herrschaft. Nicht nur die Gesamtverfassung von Krenfier wurde schon am 31. Dezember 1850 wieder aufgehoben, vielleicht der schwerste Fehler der innerösterreichischen Politik, weil damit den Reformen die Möglichkeit parlamentarischer Befristung entzogen wurde, sondern auch die Landtage sämtlicher Kronländer wurden beseitigt, den ungarischen Reichstag mit eingeschlossen, da Ungarn durch seine Empörung seine Rechte „verwirkt“ habe. In der That schien das stolze Magyarentum völlig mattgesetzt durch die planmäßige Begünstigung der ungarländischen Nationalitäten und ein deutschsprechendes Beamtentum meist tschechischer und rumänischer Abkunft. Aber die Grundentlastung wurde jetzt durchgeführt, das ganze Reich bildete seit dem 1. Oktober 1850 ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, Triest entwickelte sich glänzend, besonders durch den Österreichischen Lloyd, der Bau der ersten Alpenbahn über den Semmering wurde 1857 vollendet, die Kriegsslotte erhielt besonders durch die Bemühungen des edeln Erzherzogs Maximilian eine neue Organisation mit deutscher Dienstsprache und den schönen Kriegshafen Pola (statt Venedig). Zugleich knüpfte Graf Thun, der erste und letzte Kultusminister für ganz Österreich, an die große Reformzeit Maria Theresias an, führte den Schulzwang ein und stellte die Volksschule unter Staatsaufsicht, gestaltete die Gymnasien nach norddeutschem Muster und mit besonderer Betonung der deutschen Sprache in allen Kronländern um, gab endlich den Universitäten die korporative Selbständigkeit, die Lehr- und Lernfreiheit.

Das
neue
Österreich

Das
Konkordat
und der
Ultra-
montanis-
mus

Aber im schärfsten Widerspruch mit dieser Entfesselung der Geisteskräfte ließ er es in seiner idealistischen Auffassung der Kirche zu, daß der Staat 1851 auf das alte landesherrliche Placet verzichtete, und daß endlich Kardinal Rauscher, Fürstbischof von Wien, der Jugendlehrer des Kaisers, ein harter kirchlicher Absolutist und weltfremder Stubengelehrter, durch das Konkordat vom 18. August 1855 der römischen Kirche die völlige Freiheit sicherte, die ganze Erziehung unter ihre Aufsicht stellte und ihr die Ehegerichtsbarkeit zuwies. Die Opposition in der Geistlichkeit wurde durch die Erziehung des jungen Nachwuchses in den bischöflichen Seminarien und den ganz scholastisch umgestalteten theologischen Fakultäten allmählich entwurzelt, in der Laienwelt, besonders unter dem Adel und den Bauern, durch zahllose Vereine und eine rührige Presse eine starke ultramontane Partei gezogen. Da aber das junge Bürgertum, namentlich das deutsche, seiner ganzen Art nach dieser geistigen Bevormundung widerstrebte, so verfiel es größtenteils einer unkirchlichen Freigeisterei, dadurch aber entfremdeten sich der ultramontane Adel und die Geistlichkeit mehr und mehr dem deutschen Volkstum. So kam eine neue Spaltung zu den Gegensätzen der nur äußerlich unterdrückten Nationalitäten. Jahrelang konnte fast die Hälfte des Reichs nur mit dem Ausnahmezustande regiert werden, Ungarn und Siebenbürgen bis 1854, Italien bis 1857. Dazu stand die Armee trotz ruhmvoller Überlieferungen, und obwohl sie ohne Zweifel die vornehmste Institution des Staates war, nach Bewaffnung, Ausbildung und Führung keineswegs auf der Höhe ihrer Aufgabe, und aus den Finanzen wollte weder das Defizit noch das in seinem Werte fortwährend schwankende Papiergeld verschwinden.

Der
Bundes-
tag und
Bismarck

Eine innere Berechtigung für diesen Staat, zwei so hochentwickelte Kulturvölker wie die Deutschen und

Italiener unter seiner politischen Vorherrschaft zu halten, lag also nicht vor. Und doch war jetzt der Bundestag noch mehr als früher ein Werkzeug der österreichischen Politik. Indem Österreich die formelle Souveränität der deutschen Mittelstaaten unangetastet ließ, sich aber durch persönliche Beziehungen u. dergl. die Höfe gefügig machte, schuf es sich am Bundestage eine feste Mehrheit, um durch sie, gegen allen frühern Brauch, Preußen dauernd in die Minderheit zu versetzen und die Macht des Bundestags in seinem Interesse zu erhöhen. Dieser Politik der Präsidialmacht trat seit dem August 1851 der neue preussische Bundestagsgesandte, Otto v. Bismarck-Schönhausen, überall mit voller Entschiedenheit entgegen. Ein altmärkisch-pommerscher Edelmann (geb. 1. April 1815), hatte er nach dem Abschluß seiner Studien und seiner kurzen Laufbahn im Staatsdienst als praktischer Landwirt seine Güter bewirtschaftet. Seine politische Laufbahn begann er als Abgeordneter zum preussischen Landtage und zum Erfurter Parlament. Daß er damals mit offenem Bistier für das historische Königtum gegen die liberale Zeitströmung und gegen die Frankfurter Reichsverfassung eintrat, trug ihm den Ruf eines reaktionären „Junkers“ ein, aber auch das Vertrauen des Königs, der ihn aus seiner parlamentarischen Thätigkeit heraus zum diplomatischen Dienst berief, ohne jede vorausgehende diplomatische Schulung, eine in Preußen höchst ungewöhnliche Beförderung. Aber alsbald beherrschte er die Geschäfte mit souveräner Sicherheit, ein Anhänger des Einvernehmens mit Österreich nur unter der Bedingung, daß es Preußen die thatsächliche Gleichberechtigung in der Leitung des Bundes zugestehen wie vor 1848, sonst sein entschlossener Gegner.

In zwei Angelegenheiten von entscheidender Bedeutung schlug die preussische Politik bereits nach seinem Räte mit Erfolg eine selbständige Richtung ein. Sie

Aus-
dehnung
des Zoll-
vereins

vereitelte den von den Mittelstaaten unterstützten Plan Österreichs, in den Zollverein einzutreten, gewährte ihm 1852 nur einen günstigen Handelsvertrag, bewog dagegen den ganz unhaltbar gewordenen nordwestdeutschen Steuerverein zum Eintritt in den Zollverein vom 1. Januar 1854 ab und erneuerte diesen auf weitere zwölf Jahre. Noch standen die Hansestädte, Holstein und Mecklenburg draußen, aber sonst war das gesamte außerösterreichische Deutschland, über 9000 Quadratmeilen mit 35 Millionen Einwohnern, eine wirtschafts- politische Einheit geworden.

Das
zweite
Kaiserreich

Doch inzwischen verwandelte sich die europäische Welt. Die Errichtung des zweiten bonapartistischen Kaiserreichs hatte mit Napoleon III. (1852—70) einen natürlichen Gegner der Wiener Verträge von 1815 auf den Thron erhoben. Mit seiner gedankenvollen und weitschauenden, nur zu doktrinären Politik wollte er eine neue Vorherrschaft Frankreichs begründen, aber nicht durch Eroberungskriege, wie sein Oheim im Widerspruch mit der ganzen Entwicklung Europas gethan hatte, sondern durch kluge Förderung dieser Entwicklung, vor allem des „Nationalitätsprinzips.“ Damit geriet er allerdings in Widerspruch mit dem Geiste des von ihm beherrschten Volkes, das seine Größe in der Schwäche seiner Nachbarn sah, und da seine Herrschaft eine demokratische Tyrannis auf der Grundlage der thatsächlichen und verfassungsmäßigen Volkssouveränität war, so ist er an diesem Widerspruche schließlich zu Grunde gegangen.

Deutsch-
land und
der
Krimkrieg

Zunächst verbündete er sich mit dem parlamentarischen England, erst zum Schutze der Türkei gegen neue russische Bedrohungen, dann, als diese abgewehrt waren, zur Zerstörung der russischen Seemacht im Schwarzen Meere. In diesem Krimkriege (1853—56) stand die liberale öffentliche Meinung Deutschlands entschieden auf der Seite der Westmächte, weil sie

Rußland als den Hort der europäischen Reaktion fürchtete. Innerhalb der preussischen Regierungskreise drängten gerade deshalb die Hochkonservativen zum Bunde mit Rußland gegen das revolutionäre Frankreich; besonnene Patrioten, wie Prinz Wilhelm und Bismarck, befürworteten die Neutralität. Für diese entschloß sich endlich auch der König, und der Deutsche Bund folgte hier Preußen. Oesterreich dagegen zwang durch seinen Einmarsch in die Donaufürstentümer die Russen, diese zu räumen, und ging im Vertrage vom 2. Dezember 1854 bis dicht an das Waffenbündniß mit den Westmächten. Der Friede von Paris am 30. März 1856 schützte den Bestand der Türkei und neutralisierte das Schwarze Meer, bereitete aber auch eine andre Gruppierung der Mächte vor. Denn Preußen hatte sich den Anspruch auf den Vant Rußlands erworben, ohne seine Interessen preiszugeben und ohne sich mit Frankreich zu verfeinden, Oesterreich aber durch seinen „historischen Undank“ den tiefsten Groll in Petersburg erregt, und Frankreich nahm unbestritten die maßgebende Stellung in Europa ein.

So griff denn Napoleon III. auch in den Streit um das (seit 1707 preussische) Fürstentum Neuenburg ein, das 1848 eigenmächtig der Eidgenossenschaft beigetreten war und im September 1856 eine Erhebung der königstreuen Partei mit Waffengewalt niedergeschlagen hatte. Um nun die des Hochverrats angeklagten Führer der Royalisten (66) vor dem äußersten zu schützen, forderte König Friedrich Wilhelm ihre Freilassung und traf, als sie verweigert wurde, Vorkehrungen für einen Feldzug gegen die Schweiz; doch vermittelte Napoleon III. den Streit dahin, daß die Eidgenossenschaft die Gefangenen straflos entließ und der König im Vertrage vom 26. Mai 1857 ganz auf Neuenburg verzichtete. Kurz nachher, im Juli, traf den tief erregten Monarchen der erste

Der
Neuen-
burger
Streit;
Ausgang
Friedrich
Wilhelms
IV.

Schlaganfall, das Zeichen einer längst begonnenen schweren Gehirnerkrankung, und da der Anfall sich im September wiederholte, so übernahm sein Bruder Wilhelm, der Prinz von Preußen, zunächst die Stellvertretung des Königs, dann, als sich dessen Regierungsunfähigkeit herausstellte, am 8. Oktober 1858 die selbständige Regentschaft „mit alleiniger Verantwortung gegen Gott.“ Die meisten erwarteten oder fürchteten ein liberales Regiment; niemand ahnte, daß Deutschland an der Schwelle einer neuen großen Periode seiner Geschichte, vor einem neuen und diesmal erfolgreichen Einheitskampfe stehe.



Siebenter Zeitraum

Die deutsche Kaiserzeit

seit 1858





Die Gründung des Deutschen Reichs 1858 bis 1871

Die Reaktion war den Einheitsbestrebungen feindlich gegenübergetreten, aber das wirtschaftliche und geistige Leben war dadurch in seiner Entwicklung wenig aufgehalten worden. Die Ursachen also, die 1848/49 zu der Einheitsbewegung gedrängt hatten, wurden in der folgenden Zeit nur noch verstärkt, verstärkt auch durch die wirtschaftliche Weltlage. In den Erschütterungen der Napoleonischen Zeit hatte Frankreich seine noch übrigen Kolonien bis auf wenige verloren, nur Holland hatte den Hauptbestandteil der seinigen behauptet, und die einzige große See- und Kolonialmacht war England geworden, die Alleinherrscherin der Meere. Dieses ungeheure Übergewicht steigerte sich noch durch den Zerfall des spanischen Kolonialreichs, der das romanische Amerika dem englischen Handel öffnete, die rasche Besiedlung Australiens seit der Entdeckung der Goldfelder (1851) und die Öffnung der ostasiatischen Reiche seit dem Opiumkriege (1840/42). Je höher sich die britische Industrie entwickelte, je mehr die Landwirtschaft des Inselreichs verfiel, desto mehr bedurfte es der Ausdehnung seiner Absatzmärkte und seiner Auswanderungsgebiete. Aber auch Frankreich begann unter

Die
wirt-
schaftliche
Weltlage

Napoleon III. sich in Nordafrika und Hinterindien ein neues Kolonialreich aufzubauen. Im Osten bildete Rußland ein gegen den Westen fest abgeschlossenes, sich in Asien beständig ausdehnendes, unermessliches Wirtschaftsgebiet, und jenseits des Atlantischen Ozeans überwuchs die junge Union allmählich den ganzen ungeheuern Raum bis zum Großen Ozean. Inmitten dieser Umwälzungen hatte nur der Zollverein Deutschland vor dem wirtschaftlichen Untergange geschützt; doch so lange Deutschland wie bisher ohne eine leistungsfähige Gesamtverfassung, ohne einheitliche Vertretung im Auslande, ohne eine nennenswerte Kriegsflotte, ohne Kolonien blieb, so lange war seine Stellung im Völkerverkehr nur eine geduldete und also höchst unsichere.

Landwirt-
schaft und
Handel

Das alles zu schaffen drängte vor allem der wirtschaftliche Aufschwung, der sich trotzdem vollzog. Die Landwirtschaft ging in den eingeschlagenen Bahnen weiter. Künstliche Düngung und Anwendung von Maschinen, Branntweinbrennereien und Zuckerraffinerien steigerten die Erträge für den intelligenten Landwirt, Gemüse-, Obst- und Rübenbau dehnten sich rasch aus, Pferde- und Rindviehzucht nahmen zu, während die blühende Schafzucht der frühern Zeit für die Wollgewinnung unter der wachsenden Konkurrenz der billigern australischen Wolle rasch zurückging. In der Bewirtschaftung der Forsten, die im ganzen noch den vierten Teil des Grund und Bodens bedecken und überwiegend in den Händen des Staats oder der Gemeinden sind, übertraf die Bedeutung der Holznutzung jetzt weitaus die der Jagd. Die Fischerei in den Binnengewässern begann schon unter der Verunreinigung der Flüsse durch die Fabriken zu leiden, im Bergbau trat bei immer kunstreicherem Betriebe die Ausbeutung an Edelmetallen hinter der Bedeutung der Nebenprodukte und vor allem der Eisen-, Kohlen-

und Steinsalzgewinnung weit zurück. Obwohl diese großen Lager (in Westfalen, Sachsen, Oberschlesien) mehr an der Peripherie, also nicht so günstig wie in Belgien und Holland gelegen sind, so wuchs doch seit dem Ausbau der Eisenbahnen mit ihren billigen Frachten gewaltig die Fabrikindustrie für Massenverbrauchsgegenstände aus Metall und Stoff; sie schränkte durch massenhafte Verwendung der Baumwolle die Tuch- und Leinweberei ein und drängte die alte Hand- und Hausarbeit immer mehr auf die kunstvollern Arbeiten (Uhrmacherei, Töpferei, Spielwarenfabrikation) und auf das eigentliche Kunstgewerbe zurück. Doch beschränkte sich dieser Fabrikbetrieb nicht auf die Städte, sondern ergriff in Schlesien, in der Oberlausitz und einem Teile Westfalens auf älterer Grundlage auch größere Striche des platten Landes.

Fördernd und belebend wirkten die Herabsetzung der Flußzölle auf dem Rheine 1860, auf der Elbe 1863, und die Verbesserung der Stromfahrbahnen, die nun wieder eine starke Vermehrung der Flußschiffe (1861 über 17000 mit 254 Dampfern) und die Einführung der Schlepsschiffahrt zur Folge hatten, sodann und vor allem der Ausbau des Straßennetzes (1861 im ganzen 75000 km) und der Eisenbahnen (11000 km im Jahre 1861), die nun schon vielfach vom Staate hergestellt und verwaltet wurden. Aber noch hemmte die Vielstaaterei. Noch gab es siebenzehn selbständige Postverwaltungen, und das Porto war auf größere Entfernungen hoch; im Münzwesen stand immer noch, abgesehen von den noch außerhalb des Zollvereins liegenden Gebieten, der preußisch-norddeutsche Thalerfuß neben dem rheinischen (süddeutschen) Guldenfuß, und eine Unmasse von halbtwerteten Münzstücken längst untergegangner Kleinstaaten erfreute mehr den Münzsammler als den Geschäftsmann. Erst der Münzvertrag mit Oesterreich 1857

Binnen-
handel

stellte wenigstens eine sichere Gleichung mit dem österreichischen Guldenfuß her (2 Thaler = $3\frac{1}{2}$ Gulden), soweit die schwankende österreichische Valuta sie zuließ.

See-
handel

Zugleich machte trotz aller Hindernisse, fast lediglich durch die Thatkraft der Kaufleute, der deutsche Seehandel große Fortschritte. Die Aufhebung des Sundzolls 1857 befreite den Ostseeverkehr von einer lästigen Fessel. Der in demselben Jahre in Bremen von H. Meyer gegründete Norddeutsche Lloyd erwuchs allmählich zu einer der größten Schiffahrtsunternehmungen, in Bremen verkehrten jährlich 3000 bis 3500 Seeschiffe, in Hamburg liefen 1865 über 5000 ein, und die ganze deutsche Seehandelsflotte zählte 1867 schon 4621 Schiffe mit 661000 Last. Sie befuhr jetzt alle Meere, zog selbst in Ostasien seit den preußischen Verträgen mit China und Japan 1861 einen guten Teil des Verkehrs, auch des Zwischenhandels, an sich, und deutsche Handelshäuser verbreiteten sich jetzt über den ganzen Erdball.

Volkszähl-
und
Volksbe-
wegung

Mit dem allen wuchs die Volkszahl. Sie stieg im Gebiete des heutigen Deutschen Reichs 1850/70 von $35\frac{1}{2}$ Millionen auf 40 Millionen, sie drängte sich am dichtesten in den großen Industrie- und Handelsmittelpunkten, in Berlin, im westlichen Sachsen, in Teilen der Rheinprovinz und Westfalens, in Oberschlesien zusammen, und sie steigerte deshalb unverhältnismäßig und zu Ungunsten des platten Landes wie der kleinen Städte die Bevölkerungszahl der Großstädte. So erweiterten diese ihren Umfang rastlos und häuften in hohen Mietstafernen zugleich immer mehr Bewohner auf kleiner Bodenfläche übereinander, während die Vermögenden sich gern Villen in den Vorstädten oder in den Vororten bauten. Berlin verdoppelte 1840/64 seine Einwohnerzahl (311000 zu 632000), Breslau stieg in derselben Zeit von 96000 auf 164000,

Leipzig 1849/64 von 62000 auf 85000, Hamburg 1855/64 von 200000 auf 250000. Da aber für diese wachsende Volkszahl die Unterhaltungsmittel im Lande nicht ausreichten, und Gründe politischer Unzufriedenheit hinzukamen, so schwoll auch die überseeische Auswanderung. In den Sturmjahren 1848/50 wanderten jährlich zwischen 80000 und 90000 Deutsche aus, in den ersten Jahren der Reaktion 1850/54 stieg diese Auswanderung von 112000 auf 250000 und sank erst später wieder. Ihr Hauptziel blieb Nordamerika, und da nun auch zahlreiche Gebildete dorthin übersiedelten, so gewann das nordamerikanische Deutschland jetzt einen etwas festern Halt, obwohl die Gefahr der Amerikanisierung der jüngern Generation dadurch nur wenig verringert wurde.

Diese ganze Entwicklung stand mit der Aus- Geld- und Kredit- bildung der Geld- und Kreditwirtschaft, also des wirtschaft Kapitalismus, in beständiger Wechselwirkung, denn beide bedingten einander gegenseitig. Daher die Aus- bildung des Börsengeschäfts, für das Berlin und Ham- burg die größten Plätze wurden, der Banken, der Aktien- gesellschaften. Daraus folgte auf der einen Seite die Entstehung einzelner Riesenvermögen, für die das jüdische Haus Rothschild in Frankfurt a. M. typisch war, auf der andern die Herrschaft des städtischen Kapitals über das platte Land, die durch die Mobili- sierung des Grundbesitzes noch beschleunigt wurde. Denn diese ergab sich unvermeidlich aus der Ablösung der bäuerlichen Lasten und der Verflechtung mancher Industriezweige mit der Landwirtschaft.

Die sozialen Folgen dieser Verhältnisse konnten nicht ausbleiben. Seitdem die rechtlichen Schranken zwischen Stadt und Land gefallen waren und die Gewerbefreiheit die alten Zunftverbände aufgelöst hatte, zerfielen sich die geschlossenen Berufsstände mehr und mehr. Am meisten erhielten sich die alten

Soziale
Verschie-
bungen

Verhältnisse auf dem platten Lande. Denn obwohl zahlreiche große Güter in die Hände bürgerlicher Besitzer übergingen, so näherten sich diese Familien in Anschauungen und Lebensgewohnheiten doch rasch dem alten Adel, und ein kräftiger Bauernstand, der der physische und sittliche Kern jeder gesunden Volkskraft ist, behauptete sich. Aber der städtische Mittelstand verlor durch die Aufhebung der Zünfte seine alte rechtliche und soziale Grundlage und wurde von der andern Seite durch das zunehmende Übergewicht des Fabrikbetriebes bedrängt, sodaß die schwächern Mitglieder selbst auf die Stufe des Fabrikarbeiters hinabsanken. Da es nun einem solchen bei den zunehmenden Anforderungen, die an Kapitalkraft und technische Kenntnisse des Unternehmers gestellt wurden, nur unter sehr günstigen Verhältnissen möglich war, selbst in die Kreise des Unternehmertums aufzusteigen, so bildete sich ein ziemlich geschlossener, wengleich noch nicht organisierter Handarbeiterstand, der von den Unternehmern und mit ihnen von jeder Konjunktur des Weltmarktes zunächst völlig abhängig war. So entstand, im geraden Widerspruch mit der formellen Rechtsgleichheit, eine neue sehr ungünstige Form des Feudalismus, ohne daß dieser, außer in den seltensten Fällen, durch persönliche Beziehungen zwischen dem Herrn und dem Arbeiter gemildert wurde. Zugleich verschob sich das Verhältnis zwischen der städtischen, in Handel, Industrie und Gewerbe beschäftigten und der landwirtschaftlichen Bevölkerung immer mehr zu Gunsten der städtischen. Betrug diese schon 1871 für ganz Deutschland fast ein Drittel (31 Prozent), so belief sie sich im industriellen Sachsen schon auf mehr als die Hälfte.

Man-
chestertum
und
Sozialis-
mus

Die Leiter der Staaten glaubten in diese Verschiebungen weder eingreifen zu können noch zu dürfen. Denn überall herrschte mit dogmatischem Ansehen die

Lehre des Schotten Adam Smith, der dem Staate jedes Recht absprach, in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte einzugreifen, und meinte, daß sich dies nach dem einfachen Verhältnis von Angebot und Nachfrage ganz von selbst zum Vorteile des Ganzen regelt. Daher suchte Hermann Schulze aus Delitzsch den notleidenden kleinen bürgerlichen Mittelstand seit 1849, besonders aber seit 1859 durch Gründung zahlreicher Vorschuß- und Konsumvereine, Rohstoff- und Produktivgenossenschaften, also durch eine Organisation der Selbsthilfe, nicht ohne Erfolg vom Untergange zu retten. Dagegen predigte Ferdinand Lassalle, einer der geistvollsten deutschen Juden und ein unvergleichlicher Agitator, mit dröhnenden und packenden Kraftworten die falsche Lehre des Engländers Ricardo, daß der Durchschnittslohn des Arbeiters niemals über die Mittel zum notdürftigsten Lebensunterhalt steigen könne; er prophezeite also dem Mittelstande den Untergang und sah das Heil der Zukunft in der Vereinigung der Arbeiter zu großen Produktivgenossenschaften mit Staatsbeihilfe, also im sozialistischen, aber monarchischen Staate. So wurde er der Vater der deutschen Sozialdemokratie.

Während sich also schwere soziale Kämpfe vorbereiteten, entwand sich die deutsche Wissenschaft jetzt völlig den Fesseln philosophischer Systeme und sah ihre Hauptaufgabe mehr und mehr darin, durch sorgfältige Beobachtung und Sammlung der Thatsachen ihre Grundlagen zu erweitern, was unvermeidlich zunächst zu einer immer weiter gehenden Spezialisierung führte. So trat sie in eine neue Periode ein, die noch heute fort dauert. Da jene Beobachtung des Thatbestandes am schärfsten bei den exakten Wissenschaften möglich ist, so traten diese bis zu einem gewissen Grade in den Vordergrund und bestimmten sogar — zuweilen in zu hohem Grade — auch die Methode der Geistes-

Die
exakten
Wissen-
schaften

wissenschaften, die davon in ihrem innersten Wesen ganz verschieden sind. In der Mathematik gewannen Dirichlet, Neumann, Riemann u. a., in der Astronomie Bessel, in der Physik H. Helmholtz, R. Meyer (Wärmelehre), Bunsen und Kirchhoff (Spektralanalyse), Dove, in der Chemie J. Liebig, in der Botanik Schleiden (Zellenlehre), in der Geologie L. von Buch einen Weltruf. Ihre Entdeckungen wirkten vor allem auf die Medizin hinüber, indem die Physiologie den Lebensprozeß des gesunden Körpers, die Pathologie (Virchow, Rokitskij, Pettenkofer) vor allem die Infektionskrankheiten erforschte, die Chirurgie eine erstaunliche Sicherheit in der Wundbehandlung und in Operationen der verschiedensten Art erwarb. Die Geographie wurde mehr und mehr auf naturwirtschaftliche Grundlage gestellt, und durch große Entdeckungsreisen, die deutsche Forscher, immer noch zum Teile in fremdem Auftrage, ins Innere der fremden Weltteile (H. Barth, E. Vogel, G. Koblitz, Gl. von der Decken in Afrika, die Gebrüder Schlagintweit in Asien, L. Leichardt in Australien) oder nach den Polargegenden (Koldewey 1868) unternahmen, wurde ein ungeheures neues Material aufgehäuft und dann zumeist in dem neuen großen Zentralorgan, den Geographischen Mitteilungen A. Petermanns in Gotha (seit 1856) allgemein zugänglich gemacht. Zu früh versuchte Ernst Häckel in Jena 1868 die Gesamtergebnisse der naturwissenschaftlichen Forschung, sich an Darwins geistvolle Hypothese von der Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl anlehnd, zu einer „Natürlichen Schöpfungsgeschichte“ zusammenzufassen.

Sprach-
und
Littera-
turwissen-
schaft

Von den Geisteswissenschaften hatte die klassische Philologie die am meisten ausgebildete Methode, und sie zuerst faßte auch, seitdem sie aus einer Sprach- und Litteraturwissenschaft zur Altertumswissenschaft geworden war, alle Zweige des Volkslebens als eine

große Einheit auf. Während J. Ritschl im wesentlichen die Richtung G. Hermanns geistvoll und erfolgreich fortsetzte, erschlossen A. Böckh u. a. durch die Sammlung der griechischen, Th. Mommsen durch die der lateinischen Inschriften und durch die Erforschung der altitalischen Dialekte der Wissenschaft ganz neue Quellen. J. G. Welcker und Fr. Preller begründeten die antike Mythologie, G. Gerhardt, H. Brunn, J. Overbeck die klassische Archäologie, A. Böckh und K. Fr. Hermann erforschten das politische Leben der Griechen. Sodann gab Mommsen auf Grund einer unermesslichen Kenntniss, mit schärfster Kritik und lebendigster Anschauung ein umfassendes Bild der römischen Geschichte, Ernst Curtius versuchte dieselbe Aufgabe für die griechische, M. Dunder für die orientalische Geschichte zu lösen. Über das Gebiet der klassischen Völker und ihrer nächsten Nachbarn hinaus drang die gewonnene Methode zur Erforschung aller arischen und semitischen Sprachen und Kulturen vor, indem Männer wie Th. Benfey, Brockhaus und Max Müller die altindische Welt, A. Schleicher die slawisch-litauischen Sprachen, Fleischer, Mülders und Weil die arabische Literatur, Lepsius und Brugsch das ägyptische Altertum bearbeiteten. Daneben erwuchs aus den Forschungen der beiden Grimm die Germanistik durch K. Müllenhoff, K. Lachmann und W. Wackernagel zu einer selbständigen Wissenschaft von der altgermanischen und mittelalterlichen deutschen Kultur. Der deutschen Literaturgeschichte widmeten G. Gerwinus, K. Roberstein, K. Gödke, H. Hettner, J. Schmidt zusammenfassende Bearbeitungen; der deutschen Kunstgeschichte Schnaase, H. Otte, der Entwicklung der deutschen Kultur überhaupt W. Riehl, G. Freytag.

Der reiche kulturgeschichtliche Stoff, der auf diese Weise allmählich aufgehäuft wurde, begann nun auch ^{Geschichts-} _{schreibung} allmählich den Charakter der Geschichtsschreibung dahin

umzugestalten, daß sie sich nicht mehr wie jahrhundertelang ausschließlich auf die politische Geschichte beschränkte, wenngleich diese der Natur der Sache nach im Vordergrunde blieb. Dabei siegte allmählich über die naturrechtlich-liberalisierenden Konstruktionen von Rotteck und Georg Gervinus und über die sittenrichterliche Tendenz Schloßers auf der einen Seite der nationaldeutsche Standpunkt, auf der andern die objektiv-sachliche, auf ein unermessliches, echtes Material begründete Auffassung Ranke's, der selbst mit besondrer Vorliebe das sechzehnte und siebzehnte Jahrhundert aller europäischen Kulturvölker mit immer gleicher Meisterschaft behandelte. Nicht ohne eine bestimmte, aber in der Sache selbst begründete politische Tendenz zeigte Ludwig Häusser zum erstenmale die Freiheitskriege in deutscher Beleuchtung, schrieb Gustav Droysen die preussische Geschichte als die der Vorbereitung auf eine neue deutsche Einheit. Heinrich von Sybel lehrte zuerst die französische Revolutionszeit, befreit von dem Schleier der liberalen Phrase, in ihrer ganzen Furchtbarkeit und in ihrer Abhängigkeit von den europäischen Verhältnissen verstehen; Wilhelm Giesebrecht rief zum Troste in der kläglichen Gegenwart die Erinnerung an die ruhmreiche Kaiserzeit des Mittelalters wach, während Georg Waitz die deutsche Verfassungsgeschichte dieser Zeit ausführlich darstellte und der größte Meister auf dem Gebiete der mittelalterlichen Quellenforschung wurde. Hand in Hand gingen damit umfassende Quellenpublikationen aus den verschiedenen Zeiten und zum nicht geringen Teile auf Veranlassung der historischen Kommission in München, der Stiftung König Maximilians II. (1859). Dieser siegreich vordringenden, im innersten Kerne protestantischen Geschichtsforschung und -schreibung gegenüber verhielt sich die von der Kirchenlehre ganz abhängige und daher unfreie katholische Wissenschaft im

wesentlichen verteidigend (Hurter, D. Kloppe, H. Hüffer, A. von Bivenot). Eine wahrhaft befriedigende Gesamtgeschichte Deutschlands konnte damals noch nicht gelingen, weil der sichere Maßstab für die Beurteilung der ganzen Entwicklung fehlte.

Auch in der Rechts- und Staatswissenschaft drang die historische Betrachtungsweise Savignys allmählich durch und veranlaßte neben umfassenden systematischen Bearbeitungen der drei großen Gebiete des römischen, germanischen und kirchlichen Rechts (R. G. Wächter, R. A. Bangerow, H. Zöpfl, R. Gerber, E. Albrecht, Maassen, von Schulte) sowie des Strafrechts (Mittermaier) und des Staatsrechts (R. von Mohl und F. C. Bluntschli) ausgedehnte Quellenforschungen und Darstellungen der Rechtsgeschichte (R. Thiering, R. Fr. Eichhorn, R. Homeyer). Mehr indirekt wirkte auf die ganze Auffassung des Staats R. Gneist durch den Nachweis, daß das als Vorbild mehr bewunderte als bekannte englische Staats- und Verwaltungsrecht ein ganz eigentümliches Erzeugnis der englischen Zustände und daher höchstens in manchen Grundzügen auf die deutschen Verhältnisse übertragbar sei. Eine deutsche „Politik,“ wie sie Dahlmann unter dem Zeichen des siegreich vordringenden Konstitutionalismus gewagt hatte, entstand in diesem unfertigen, gärenden Übergangszeitalter so wenig wie eine deutsche Geschichte.

Wie in der Betrachtungsweise des Rechts und der Geschichte die absterbende naturrechtliche Auffassung lange Zeit mit der historischen rang, so trafen auch in der jungen Volkswirtschaftslehre beide Richtungen in langen, noch keineswegs abgeschlossenen Kämpfen aufeinander. Der große Führer der historischen Schule, die, indem sie an den allgemeinen sittlichen Grundlagen alles höhern Kulturlebens, der Ehe, dem Eigentum und der natürlichen aristokratischen Glie-

Rechts-
und
Staats-
wissen-
schaft

histo-
rische und
sozial-
demokra-
tische
Volkswirt-
schafts-
lehre

derung der Gesellschaft festhielt, die geschichtliche Bedingtheit alles wirtschaftlichen Lebens zu verstehen suchte, wurde Wilhelm Roscher. Dagegen faßte die zunächst noch einflussreichere Freihandelschule (Prince-Smith, J. Faucher) nach der Art von A. Smith und R. Cobden die Volkswirtschaftslehre als eine exakte Wissenschaft, eine „Arithmetik des Egoismus,“ wollte also aus dieser angeblich einzigen Grundlage des Erwerbslebens unbedingt gültige Regeln für alle Zeiten ableiten. Sehr stark von dogmatisierenden naturrechtlichen Anschauungen wurden die Sozialisten bestimmt. R. Rodbertus sah noch maßvoll in dem Manchesterium der Freihändler die Vollendung des Individualismus und forderte daher die staatliche Leitung des gesamten Erwerbslebens, um den Arbeitern einen entsprechenden Anteil an den Früchten der Arbeit zu sichern. Dagegen lehrten Karl Marx und Friedrich Engels, zwei rheinländische Flüchtlinge in London, die ihrer Heimat ganz entfremdet waren, anknüpfend an Hegels Entwicklungslehre, aber mit materialistischer Wendung, aus dem Kapitalismus, dem notwendigen Ergebnis der modernen individualistischn-geldwirtschaftlichen Entwicklung, müsse ebenso notwendig der Sozialismus, die Organisation der gesamten wirtschaftlichen Arbeit durch den Staat und die Verwandlung aller Produktionsmittel in Gemeinbesitz folgen, und da das Geldkapital unproduktiv, die Arbeit also der alleinige Quell und Maßstab jedes Wertes sei, so müsse der Ertrag allein nach der Länge der Arbeitszeit verteilt werden. Durchführbar sei diese neue Ordnung freilich nur durch eine Revolution, zu der sich die „Proletarier“ aller Länder vereinigen müßten. So entstand aus einer einseitigen Abstraktion von den englischen Zuständen und aus einem Mißbrauch der deutschen Wissenschaft die neue Weltanschauung der revolutionären internationalen

Sozialdemokratie, die alle Kultur mit Umsturz bedrohte.

Ihre Verbreitung wurde nicht unwesentlich durch eine Wendung in der Philosophie gefördert. Denn obwohl es noch ganz unmöglich war, aus dem tagtäglich ungeheuer anwachsenden Stoffe der Erfahrungsthatfachen aus allen Wissenschaften ein neues befriedigendes philosophisches System zu gestalten, so entsprang doch aus einer Überschätzung der Bedeutung der naturwissenschaftlichen Ergebnisse der Materialismus (R. Vogt, J. Moleschott, L. Büchner), aus dem Mangel an Befriedigung über die Ansicht der Welt von diesem Gesichtspunkte aus und aus Überfättigung der Pessimismus (A. Schopenhauer), der in der vorhandenen Welt die schlechteste aller möglichen Welten und das Ziel des Lebens im buddhistischen Selbstvergeben (Nirwana) sah. In scharfem Gegensatz zu diesen zwar nicht herrschenden, aber unter den Gebildeten weit verbreiteten Richtungen faßte Hermann Lotze, von einer reichen naturwissenschaftlichen Kenntniss ausgehend, als die einzig sichere Wahrnehmung das Selbstbewußtsein der Persönlichkeit und als Wirklichkeit das Reich der lebendigen Wesen, das in Gott als dem Schöpfer gipfelt.

Philosophie

Den Gefahren, die in dieser Auflösung der alten sittlich-religiösen Anschauungen lagen, versuchte die römische Kirche, auch in Deutschland mehr und mehr vom Ultramontanismus bestimmt, durch Stärkung der geistlichen Autorität zu begegnen. Sie begann also, geleitet von Männern wie dem streitbaren Westfalen W. G. Freiherrn von Ketteler, 1850/77 Bischof von Mainz, dem theologischen Nachwuchs eine rein kirchliche, von allen weltlichen und protestantischen Einflüssen ganz abgeschlossene Erziehung in Priesterseminarien und Knabentorvikten zu sichern, begünstigte die Missionspredigten der Jesuiten und

Die
römische
Kirche

der ihnen verwandten Redemptoristen bis in halbprotestantische Gegenden hinein, verband Geistliche und Laien in zahlreichen Vereinen unter geistlicher Leitung zu gemeinsamer Arbeit im ultramontanen Sinne und benutzte sehr geschickt auch die moderne Macht der Presse für ihre Zwecke. Ihre Wissenschaft blieb trotz bedeutender Vertreter namentlich auf dem Gebiete der Kirchengeschichte (J. Hefele, A. Theiner, S. Reinkens, J. von Döllinger, J. Friedrich) und des Kirchenrechts (J. von Schulte) doch durch das Prinzip der kirchlichen Autorität gebunden.

Protestantische
Theologie
und
Kirche

Um so breiter that sich der Gegensatz zu dem von zahlreichen Gegensätzen zerrissenen, aber prinzipiell die volle Freiheit der Forschung verbürgenden Protestantismus wieder auf. Nebeneinander standen hier die hyperkritische Tübinger Schule, die orthodoxe Richtung, die an der göttlichen Inspiration der ganzen heiligen Schrift mehr oder weniger festhielt (E. W. Hengstenberg, E. Luthardt, F. A. Tholuck, Harleß), und die Vermittlungstheologie (Ullmann, R. J. Nitsch), die im Christentum ein neues göttliches Weltprinzip, aber in menschlicher Entwicklung sah. Daneben her ging ein immer tiefer dringendes Studium der Dogmatik (A. Ritschl), der alt- und neutestamentlichen Überlieferung (S. Ewald, R. Tischendorf) und der Kirchengeschichte (R. A. Hase), mannigfach befruchtet von den Ergebnissen der historischen und philosophischen Wissenschaft. Im Regiment der meisten Landeskirchen herrschte die orthodoxe oder mindestens die positiv gläubige Richtung, und ohne Zweifel leistete diese auch in den Werken der praktischen Frömmigkeit, in der Seelsorge, der Mission, der Krankenpflege, für die sich die edle Genossenschaft der Diakonissen bildete, weitaus das meiste; aber die Gemeinden folgten der strengen Orthodoxie nur selten, und die Mehrzahl der Gebildeten huldigte einem un-

klaren religiösen Liberalismus, der sich im besten Falle ohne tieferes Nachdenken mit einer Anzahl sittlich-religiöser Wahrheiten zufrieden gab, im andern dem Christentum als dem Erzeugnisse einer längst überwundenen Vergangenheit gleichgiltig oder auch feindselig gegenüberstand.

Inmitten einer rastlos fortschreitenden Wissenschaft verwandelten sich die Universitäten, mit Seminarien, Instituten und Sammlungen immer besser ausgestattet, allmählich beinahe in Gruppen von Fachhochschulen, sodaß die alte Einheit der Wissenschaft kaum noch zu behaupten war, und für die technischen Fächer entstanden besondere Hochschulen mehr und mehr in akademischen Formen (Karlsruhe, Darmstadt, München, Dresden, Stuttgart, Hannover, Aachen). Ebenso gewannen in den humanistischen Gymnasien jetzt die Realien (Naturwissenschaften und Mathematik) einen breiteren Raum und eine gesichertere Stellung, und auch die körperliche Ausbildung durch das Turnen wurde jetzt endlich überall gesetzlich geregelt; doch sollte das Studium der beiden klassischen Sprachen nach wie vor den Mittelpunkt ihres Unterrichts bilden. Da sie trotzdem den Anforderungen an eine bessere Vorbildung für praktische Berufe nicht genügen konnten und wollten, so gewann das Realschulwesen, meist den Stadtgemeinden überlassen, eine immer größere Ausdehnung, namentlich in Norddeutschland. Mit alledem löste sich die alte Einheit der Vorbildung für die höhern Berufe notwendigerweise auf. Einheitlich aber blieb überall die Vorbildung der Volksschule, und sie behauptete auch im wesentlichen ihre alte kirchlich-konfessionelle Grundlage.

Während alle diese Unterrichtsstufen unter der Leitung oder der Aufsicht der öffentlichen Gewalten standen, übte die Presse eine kaum kontrollierte, aber täglich wachsende Macht, zugleich aufklärend, ver-

Unter-
richts-
wesen

Die
Presse

wirrend und verflachend, da sie ihren Lesern ebenso wohl ein Bild aller der neben- und durcheinanderlaufenden Richtungen dieser reichen Zeit bot, wie sie daran gewöhnte, tagtäglich ein buntes Gemisch der verschiedenartigsten Dinge flüchtig zu überblicken und die eindringende Lektüre eines ernstern Buches bei vielen völlig zurückdrängte.

Dichtung

Ein Volk, das so angestrengt daran arbeiten mußte, die wirtschaftliche Grundlage seines Daseins zu erweitern, den Stoff seines Wissens zu vermehren und geistig zu durchdringen, sein Unterrichtswesen teilweise umzugestalten, das dazu noch nach der Neugestaltung seiner Gesamtverfassung rang, war ganz außer stande, eine klassische oder auch nur eine idealistische Dichtung und Kunst zu gestalten, denn allzusehr gingen die Interessen auseinander, allzusehr überwog die verstandesmäßige Erwägung und der Sinn für die Wirklichkeit. Daher drängten sich die Prosadichtung, der Roman und die Novelle, und das Drama, die der Wirklichkeit am nächsten kommen, in den Vordergrund. In jener Form suchten Karl Gutzkow, Gustav Freytag, Friedrich Spielhagen, Theodor Storm, Paul Heyse, Gottfried Keller und in plattdeutscher Sprache Fritz Reuter das reiche Leben ihrer Zeit und der jüngsten Vergangenheit poetisch zu gestalten, während der Schwabe Viktor Scheffel das frühe Mittelalter mit glänzendem Erfolge für den historischen Roman gewann und W. Riehl in seinen kulturhistorischen Novellen die deutsche Entwicklung durch die Jahrhunderte verfolgte. In epische Formen goß Otto Roquette die letzte romantische Dichtung, Wilhelm Jordan seine gewaltige Nachdichtung der Nibelungen-
sage, Hermann Lingg die Wechselfälle der Völkerwanderung, Graf Schack orientalische Stoffe. Für die Bühne gelang G. Freytag noch ein mustergiltiges Lustspiel von dauerndem Werte, während sonst diese

Gattung meist nur der leichten Unterhaltung diene; im ernstesten Drama errangen Otto Ludwig (der Erbfürster, die Makkabäer) und Friedrich Hebbel (die Nibelungen) schöne Kränze. Zugleich erstieg die theatra-
 lische Darstellungskunst eine glänzende Höhe. Der edelste Lyriker blieb Emanuel Geibel, auch als Herold der kommenden Erneuerung des deutschen Reichs, und auch geistlichen Dichtern (Philipp Spitta, Karl Gerok, Julius Sturm, Annette von Droste-Hülshoff) gelang manches Lied von bleibendem Werte.

Auch die Musik wurde gewissermaßen realistisch. Musik
 Sie wollte jetzt in breiter Tonmalerei ganze Situationen und Handlungen musikalisch nachdichten, durchbrach deshalb alle die alten festen Kunstformen und suchte durch reichste Instrumentation die Wirkung zu steigern. So leistete Franz Liszt das Größte in symphonischen Tondichtungen, und mit stürmischer Genialität wollte sein Geistesverwandter, Richard Wagner, nach dem Muster der Alten alle Künste vereinigen, um das musikalische Drama, die engste Verbindung zwischen Text und Musik und die „unendliche Melodie,“ an die Stelle der alten Oper zu setzen und in dieser Form die nationalen Sagenstoffe neu zu beleben, ein Traum, der sich seit 1876 vor allem dank der Hochherzigkeit König Ludwigs II. von Bayern in der alten hohenzollernschen Markgrafenschaft Bayreuth glänzend verwirklichte. Aber noch lange hatte diese „Zukunftsmusik“ mit der klassischen Musik um einen Platz auf der Bühne und im Konzertsaale zu ringen.

Der siegreich vordringende Realismus drängte Malerei
 die Malerei einerseits zum sorgfältigsten Studium der Natur und der historischen Wirklichkeit, andererseits zum lebendigen Kolorit. Die Schüler von Cornelius (Wilhelm Kaulbach, Karl Piloty) wandten diese Mittel vor allem auf das Historienbild an, die Düssel-

dorfer teils darauf (J. Hübner, R. Fr. Lessing, W. Camphausen), teils auf Genre und Landschaften (L. Knaut, Vautier, die beiden Achenbach). Von ihnen ging der größte Meister des historischen Realismus A. Menzel, der Maler Friedrichs des Großen, aus. Die ideale stilisierte Landschaft vertraten Friedrich Preller und H. Gärtner. In Österreich wirkten als die bedeutendsten Historienmaler K. Rahl und J. Führich.

Bildnerei

Für die Plastik hatte Chr. Rauch (+ 1857) eine ganze große Schule gebildet (Fr. Drake, G. und A. Wolff, A. Riß, Bläser u. a. m.), die vor allem die preußische Hauptstadt mit zahlreichen plastischen Werken schmückte. In Dresden brach G. Rietschel endlich dem Realismus in der Porträtbildnerei die Bahn (Lessing, Goethe- und Schillerdenkmal in Weimar, Lutherdenkmal in Worms). Neben ihm stand der idealistische gerichtete Ernst Hähnel, und bereits kam der geniale Johannes Schilling empor.

Baukunst

In der Architektur standen nach wie vor die romanisch-gotische Romantik und die bald hellenische, bald italienisierende Renaissance nebeneinander; jene wurde überwiegend für kirchliche, diese für weltliche Bauten verwendet. In München leistete dabei die hellenisierende Renaissance Klenzes weit Bedeutenderes als der neue gotisierende Stil. Den großen Berliner Bauten (dem neuen Museum, der Nationalgalerie, der Börse u. a.) gab die Renaissance das Gepräge, seltner die wieder erwachende schwere norddeutsche Backsteinarchitektur (Rathaus). Glücklicher wurde in Hannover der dort alteinheimische romanische Stil wieder belebt (Marienburg bei Nordstemmen, Welfenschloß in Hannover). Sachsen stand teils unter dem Einflusse der Berliner hellenisierenden Renaissance, teils und vor allem der italienischen Renaissance G. Semper's. Am glänzendsten und reichsten entfaltete sich die deutsche Architektur unzweifelhaft in Wien, seitdem dort 1857

mit der Niederlegung der alten Wälle die großartige Erweiterung und Erneuerung der Stadt begann. Dabei brachten H. Ferstel und F. Schmidt ebensowohl die Gotik (Botivkirche, Rathaus) wie Semper, Hasenauer und van der Nüll die italienische Renaissance (Burgtheater, Hofmuseum, Opernhaus) zur wirkungsvollsten Geltung, während Th. Hansen im Parlamentsgebäude einen rein hellenischen Stil verwandte.

Zugleich trugen die vervielfältigenden Künste, der Holzschnitt, der Kupfer- und Stahlstich, der Steindruck, die Photographie, die Kunstwerke noch mehr in die weitesten Kreise als die Kunstausstellungen und die Museen, die jetzt auch in größern Städten außerhalb der Residenzen überwiegend durch Stiftungen kunstfinniger und vermögender Privatleute entstanden.

Also waren die Kräfte, die schon vor 1848 auf eine leistungsfähige Gesamtverfassung der Nation hingedrängt hatten, im letzten Jahrzehnt ungleich stärker als damals geworden. Es gab nur eine deutsche Kunst, Litteratur und Wissenschaft, nur eine deutsche Volkswirtschaft, nicht eine preußische, sächsische, bayrische u. s. f. Und das Bewußtsein, daß die Herstellung der deutschen Einheit ebensowohl eine Notwendigkeit wie eine sittliche Pflicht sei, um endlich dieser reichen Kultur den starken Schutz, dieser Volksseele den Leib des nationalen Staates zu geben, drang durch den wachsenden Verkehr, die Presse, die nationalen Vereinigungen der Gelehrten, die Feste der Turner, Sänger und Schützen in immer weitere Kreise. Zugleich war die Aufgabe einfacher als 1848. Denn da die freiheitlichen Forderungen in den wichtigsten und notwendigsten Stücken jetzt erfüllt waren, so konnte sich die Hauptkraft auf die Einheit richten, und über den Weg dahin hatten die schweren Erfahrungen der Jahre 1848/50 mit unwiderstehlicher Logik belehrt, mochten sich auch starke Parteien und Interessen der

Vervielfältigende Künste

Der Drang und der Weg zur Einheit

dadurch vorgezeichneten Lösung noch widersehen. Aber da nur Männer die politische Geschichte machen, nicht dunkle Triebe in den Massen und große Ideen, so wenig beide fehlen dürfen, und da das preußische Königtum nicht nur den größten rein deutschen Staat, also die politische Einheit der großen Hälfte der Nation außerhalb Österreich, sondern auch den Zollverein, die wirtschaftliche Einheit fast des gesamten außerösterreichischen Deutschland, geschaffen hatte, so konnte die Bewegung nur dann zum Ziele geführt werden, wenn starke Männer, ein preußischer König und seine Minister, die Leitung ergriffen, und wenn es gelang, die staatlich organisierten Kräfte mit den volkstümlichen Kräften zu vereinigen. Nur wer das vollbrachte, konnte das alte Reich der Ottonen und Hohenstaufen erneuern.

* * *

Prinz
Wilhelm
von
Preußen

„Eine Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfelde gewonnen werden,“ hatte König Friedrich Wilhelm IV. einmal im Jahre 1849 bemerkt. Er ahnte nicht, und niemand ahnte damals, daß sein jüngerer Bruder bestimmt sei, dies Wort zu erfüllen. Prinz Wilhelm von Preußen (geb. 22. März 1797) hatte anfangs als ein schwächlicher Knabe gegolten und war minder vielseitig begabt als der ältere Bruder. Mit diesem durchlebte er den jähen Fall, die tiefe Erniedrigung und das triumphierende Aufsteigen Preußens zu neuer Macht und ritt am 27. Februar 1814 bei Bar-sur-Aube zum erstenmale kaltblütig durch den Kugelregen. Denn er war von Anfang an vor allem Soldat, das aber auch mit ganzer Seele, und da er nach menschlicher Voraussicht nur das eine Ziel erreichen konnte, unter der Herrschaft seines Vaters und später seines Bruders der erste Soldat Preußens zu sein, so lernte er dann auf allen Stufen des Dienstes die Armee

gründlicher kennen als irgend ein anderer und gewöhnte sich gleichmäßig an Befehlen wie an Gehorchen; ja er opferte eine tiefe Herzensneigung zu Gunsten der ebenbürtigen Ehe mit Augusta von Sachsen-Weimar (11. Juni 1829), der Enkelin Karl Augusts. Nur widerstrebend folgte er der Umwandlung Preußens in einen ständisch regierten Staat 1847, er galt 1848 als Gegner der Verfassungsbestrebungen und kam in den Ruf eines reaktionären Herrn, als er 1849 die Revolution in der Rheinpfalz und in Baden mit fester Hand niederschlug. Doch er war das keineswegs. Sobald die Verfassung einmal angenommen war, trat er ehrlich auf ihren Boden, nur wollte er an den Grundrechten der Krone, die Preußen geschaffen und groß gemacht hatte, nicht rütteln lassen; er empfand aufs bitterste die Demütigung von Olmütz und lebte jahrelang fern vom Hofe als Statthalter der Rheinlande in Koblenz, von der hochkonservativen Umgebung des Königs nicht ohne Mißtrauen beobachtet. Denn er war vor allem ein stolzer Preuße und ein entschlossener Mann durch und durch.

Nur zwei Ziele traten für ihn aus dem Nebel der Zukunft in festern Umrissen heraus: im Innern eine reformfreundliche Regierung mit ehrlicher Anerkennung der Verfassung und mit Wahrung der Kronrechte, nach außen eine selbständige Politik und als Mittel dazu eine gründliche Reorganisation der Armee. Daher entließ der Prinzregent zunächst das Ministerium Manteuffel und berief ein Ministerium liberaler Färbung unter dem Fürsten Anton von Hohenzollern. Als dann 1859 der italienische Krieg ausbrach, der den Kampf um die Befreiung und Einigung Italiens eröffnete, als das ganze liberale Deutschland von Angstrufen wiederhallte gegen die angeblich von Frankreich drohende Gefahr und den Krieg in Italien als eine deutsche Nationalsache betrachtete, als Österreich

Die
preussische
Politik;
das
deutsche
National-
gefühl

die Bundeshilfe begehrte, da mobilisierte der Prinzregent zwar den größten Teil seiner Armee, aber er machte den Eintritt in den Krieg davon abhängig, daß ihm der Oberbefehl über alle deutsche Truppen zugestanden werde, nicht die ganz unhaltbare Stellung des Bundesfeldherrn nach Bundesrecht. Doch lieber opferte Österreich nach seinen Niederlagen von Magenta 4. Juni und Solferino 24. Juni im Vorfrieden von Villafranca am 11. Juli 1859 die Lombardei, als daß es dem preussischen Nebenbuhler ein solches Zugeständnis gemacht hätte, und ein tiefer Spalt klappte zwischen den beiden Mächten auf. Wenigstens war nun das deutsche Nationalgefühl mächtig erregt; es führte noch im September desselben Jahres zur Begründung des deutschen Nationalvereins, der den deutschen Bundesstaat mit „preussischer Spitze“ erstrebte, und es trat in begeisterten Kundgebungen hervor, als die Nation in allen ihren Teilen am 10. November 1859 den hundertjährigen Geburtstag ihres Lieblingsdichters Schiller beging.

Die
Wege
zur
Bundes-
reform

Doch sobald die Frage der Bundesreform wieder gestellt wurde, gingen die Meinungen nach allen Richtungen auseinander. Österreich that nichts dafür, weil es von den italienischen Niederlagen im Innersten getroffen war und bei dem bestehenden deutschen Staatenbunde am ehesten seine Rechnung fand; Preußen schlug zunächst eine Reform der Bundeskriegsverfassung mit Teilung des Oberbefehls zwischen den beiden Großmächten vor und schloß, als diese keinen Anklang fand, durch Militärkonventionen einige kleinstaatliche Kontingente (Rohrburg-Gotha, Lippe, Waldeck) an sein Heer an. An den Höfen der Mittelstaaten aber, denen die Bewahrung ihrer Souveränität als der höchste Zweck und der Dualismus der beiden Großmächte als die beste Bürgschaft dafür galt, vornehmlich in Dresden (Beust),

München (von der Pfordten) und Darmstadt (von Dalwigk), tauchte der Gedanke auf, die Mittel- und Kleinstaaten, das sogenannte „reine Deutschland,“ in eine besondere, den Großmächten gleichberechtigte Gruppe zu vereinigen (die „Triasidee“). Denn die Mittelstaaten meinten allerdings, daß sie mit ihrer durchgebildeten Verwaltung und ihrer Leistungsfähigkeit, dem Ergebnis einer langen, eigentümlichen Geschichte, hinter den Großmächten nicht gar so weit zurückstünden. Während darüber vergeblich hin und her verhandelt wurde, lehnte der Prinzregent von Preußen im Juni 1860 bei einer persönlichen Zusammenkunft in Baden-Baden mit Napoleon III. dessen Versuch, gegen die Zustimmung zu einer Regelung der schleswig-holsteinischen Frage die Schutzherrschaft über Belgien zu erlangen, entschieden ab und machte bei einer Besprechung mit Kaiser Franz Joseph in Teplitz zu Ende Juli die geforderte preußische Garantie für den Besitz Veneziens von Zugeständnissen in Deutschland abhängig. Schon bereitete auch Otto von Bismarck, seit 1859 preußischer Botschafter in Petersburg, den Kaiser Alexander II. auf eine entscheidende Wendung in der preußisch-deutschen Politik vor. Jedenfalls hatte Preußen nach allen Richtungen hin eine feste Stellung genommen.

Bereits war auch die Heeresreorganisation in voller Vorbereitung, denn am 5. Dezember 1859 war Albrecht von Roon, seit Jahren einer der militärischen Vertrauten des Prinzregenten, als Kriegsminister ins Amt getreten (geb. 30. April 1803), keine geniale Persönlichkeit, aber in einer Laufbahn voll Entbehrungen zu stahlfester Willenskraft gehärtet, ein ganzer Soldat wie sein Kriegsherr, dabei im vollen Besitze aller militärwissenschaftlichen Bildung und ein überzeugter Verfechter des historischen starken preußischen Königtums. Die Schwäche des preußischen Heeres bestand

Die
preussische
Heeres-
reorgani-
sation

darin, daß die Stärke der Aushebung der rasch gewachsenen Bevölkerungszahl nicht mehr entsprach, und die gesetzliche dreijährige Dienstzeit sich tatsächlich in eine zweijährige verwandelt hatte. Daher waren die Linientruppen zu schwach, und die militärisch wenig geschulte Landwehr mußte deshalb sofort bei jeder Mobilisierung aufgeboten werden, wenn eine einigermaßen genügende Heeresstärke aufgestellt werden sollte, was nun wieder, da die Landwehrlaute größtenteils verheiratet waren, die Kreise mit der Fürsorge für ihre Familien belastete (1859 bei fünf Armeekorps gegen 55000). Des Prinzregenten und Moons Plan ging nun dahin, möglichst alle Militärtüchtigen wirklich einzustellen, also die Zahl der Linienregimenter fast zu verdoppeln und die gesetzliche dreijährige Dienstzeit wirklich durchzuführen, sowie die Dienstzeit in der Reserve von 2 auf 4 Jahre zu verlängern, dafür bei der Landwehr auf 5 Jahre zu verkürzen und diese nur im Notfalle einzuberufen, da man jetzt ohne sie im Kriegsfalle eine Feldarmee von 400000 Mann aufstellen konnte. Die Mehrkosten betragen jährlich $9\frac{1}{2}$ Millionen Thaler. Da nun aber die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses vor dieser Belastung zurückscheute und die politische Notwendigkeit der Reorganisation nicht einsehen wollte, andererseits das in seinem Kerne liberale Ministerium die königliche Forderung nicht mit vollem Nachdruck vertrat, so begnügte man sich mit dem gefährlichen Kompromiß, die Kosten für eine „verlängerte Kriegsbereitschaft“ auf ein Jahr zu bewilligen (17. Juni 1860), was sich am 31. Mai 1861 wiederholte. Auf diese vorübergehende Bewilligung begründete man die Heeresreorganisation, bildete also die neuen Regimenter, die doch nicht wieder aufgelöst werden konnten. Darin lag der Keim zum „Konflikt,“ der Preußen jahrelang aufs schwerste erschütterte.

Inzwischen verschied nach langem Siechtum Friedrich Wilhelm IV. im Gartenschloße zu Sanssouci am 2. Januar 1861, und der Prinzregent bestieg als König Wilhelm I. den Thron. Da er der erste Hohenzoller war, der als konstitutioneller Fürst zur Regierung kam, so ließ er sich am 18. Oktober 1861 in der Schloßkirche von Königsberg mit großem Gepränge krönen, um recht augenfällig zu zeigen, daß er sein selbständiges Recht von Gottes Gnaden auch unter der Verfassung festhalte. Gerade dies verschärfte den Gegensatz. Die radikale Demokratie bildete sich zur „Fortschrittspartei“ um, die ihre Spitze gegen die ganze Heeresreform kehrte, und ging aus den Neuwahlen des 5. Dezember 1861 als Siegerin hervor. Nun entließ der König zu Anfang März 1862 seine liberalen Minister, stellte den Fürsten von Hohenlohe-Ingelfingen an die Spitze eines durchaus konservativen Kabinetts und löste am 11. März das Abgeordnetenhaus auf. Allein die Neuwahlen vom 6. Mai verstärkten nur die Opposition, und mit erdrückender Mehrheit lehnte das Abgeordnetenhaus nach erbitterten Kämpfen alle Kosten der Heeresorganisation ab, sodaß es zweifelhaft wurde, ob überhaupt das notwendige Etatsgesetz zustande kommen werde.

Thronbesteigung
König
Wilhelms
I. und
der
Konflikt

Der König war tief erschüttert. Seine Gewissensüberzeugung und sein Pflichtgefühl verboten ihm schlechterdings, die Heeresreform aufzugeben, sein landesväterliches Herz litt aufs peinlichste unter dem Streite mit seinem geliebten Volke, das seine Absichten so schwer verkannte, und an seinem Sohne, dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm (geb. 18. Oktober 1831), fand er keine Stütze, da dieser, „aus Menschenfreundlichkeit liberal“ und darin durch seine englische Gemahlin Viktoria, die Princess royal von Großbritannien (seit 25. Januar 1858) bestärkt, zur Nachgiebigkeit neigte.

Bismarck
Minister

Da gelang es den unermüdlichen Vorstellungen Roons, den Monarchen zur Berufung des einzigen Mannes zu bewegen, der imstande war, den Konflikt siegreich durchzufechten, des damaligen Botschafters in Paris, Otto von Bismarck-Schönhausen (geb. 1. April 1815). Am 20. September langte dieser in Berlin an, am 22. September hatte er im Parke von Babelsberg die entscheidende Unterredung mit dem König, die den Bund der beiden Männer für das ganze Leben schloß, am 24. leitete er zum erstenmale die Sitzung des Ministeriums. Eine Laufbahn von unvergleichlichen Erfolgen begann.

Stern
des
Konflikts

Doch wer hätte dies damals glauben mögen! Ein Schrei der leidenschaftlichsten Entrüstung in der gesamten liberalen Presse innerhalb und außerhalb Preußens begrüßte diesen feudalen „Junker,“ dessen Berufung den Staatsstreich, den Verfassungsbruch bedeute. Bismarck dachte nicht daran. Aber allerdings, er war weder ein Liberaler noch überhaupt ein Parteipolitiker, er war vor allem ein stolzer Preuße, ein treuer Vasall seines Königs und ein Mann von unbestechlichem Wirklichkeitsinn, der alle Theorien verachtete, in der Politik eine Kunst, nicht eine Wissenschaft sah und die ungeheure Kraft eines stählernen Willens, einer durchdringenden Einsicht, einer fortreißenden Leidenschaft und einer unvergleichlichen naturwüchsigen Beredsamkeit an die Erreichung des einen Zieles setzte: die Größe seines Staats und die Einheit Deutschlands unter der Führung Preußens zu begründen. Nicht daß er sich einen bestimmten Weg nach diesem Ziele vorgezeichnet hätte, aber die nächsten Aufgaben standen ihm fest. Es galt zunächst die Frage, ob in Preußen der Wille des Königs oder des Abgeordnetenhauses durchdringen, ob also die zu Recht bestehende konstitutionelle Verfassung gelten oder nach dem Ideale der Liberalen

durch eine parlamentarische Ordnung nach englischer Weise ersetzt werden sollte, im Sinne des historischen Königtums zu entscheiden, und seine Frankfurter Erfahrungen hatten Bismarck gelehrt, daß selbst das Mindeste, was Preußen in Deutschland durchsetzen mußte, die Gleichberechtigung mit Österreich, nur durch eine feste, entschlossene Politik zu erreichen war.

Doch zunächst erreichte der „Konflikt“ seinen Höhepunkt. So hartnäckig war das Mißtrauen der Opposition gegen den Minister, daß der Landtag zweimal, am 13. Oktober 1862 und am 26. Mai 1863, geschlossen wurde, ohne daß ein Gesetz über den Staatshaushalt zu stande gekommen war; die Regierung war gezwungen, diesen ohne ein solches fortzuführen. Diese notgedrungne Verletzung des Budgetrechtes erbitterte nun wieder die Opposition aufs äußerste, und die Beschränkung der Preßfreiheit (1. Juni), die der steigenden Verhehung der Gemüter entgegenwirken sollte, half gar nichts. Selbst die energische Art, mit der Bismarck den Kurfürsten von Hessen zwang, in die von beiden Großmächten geforderte Wiederherstellung der Verfassung von 1831 zu willigen, konnte nicht den Aberglauben entwaffnen, daß er die preußische Verfassung planmäßig untergrabe, und das ganze liberale Deutschland verurteilte einstimmig die Politik des verhassten Ministers. Ja die Konvention, die er im Februar 1863 mit Rußland geschlossen hatte, um diesem die Unterdrückung des gefährlichen polnischen Aufstandes zu erleichtern, wurde geradezu als ein Schergendienst gebrandmarkt.

So war der moralische Einfluß Preußens in Deutschland allerdings gelähmt, und selbst viele, die das Heil von ihm erwartet hatten, wurden unsicher. Das kam der österreichischen und mittelstaatlichen Politik zu gute. Mochte doch das alte Völkerreich der Habsburger soeben den verwegnen Versuch, sich in einen

Höhepunkt
des
Konflikts

Ver-
fassung-
versuche
in
Österreich

modernen Verfassungsstaat umzuwandeln, nachdem der zentralistische Absolutismus unter der Wucht der Niederlagen von 1859 zusammengebrochen war. Daher schuf das „Oktoberdiplom“ vom 20. Oktober 1860 den sogenannten „verstärkten Reichsrat“, der aus 38 Delegierten der neuen Vertretungen der Kronländer zu beiden Seiten der Leitha bestehen sollte, und die ganze deutsch-zentralistische Verwaltung Ungarns wurde aufgegeben. Da die Ungarn trotzdem in der Opposition verblieben, so gewährte das „Februarpatent“ vom 26. Februar 1861, das Werk des liberalen Zentralisten Anton von Schmerling, zu dem Reichsrate ein Unterhaus aus Delegierten der Einzellandtage. Allein nicht nur Venedig, sondern auch die ganze östliche Reichshälfte verweigerte die Beschickung mit alleiniger Ausnahme der wackern Siebenbürger Sachsen, und der Reichsrat blieb ein Kumpf.

Anregung
der
Bundes-
reform

Trotzdem wiesen die Anhänger Österreichs in Deutschland triumphierend auf das Erwachen des konstitutionellen Lebens in Österreich hin, die Mittelstaaten schlugen, um diese Sympathien zu einer Bundesreform in ihrem Sinne, also nach der Triasidee, zu benutzen, im Herbst 1861 eine Delegiertenversammlung vom Bundestage und ein Direktorium von drei Mitgliedern (Österreich, Preußen und einem Vertreter der Mittelstaaten) vor, und zur Unterstützung dieser Politik bildete sich im Herbst 1862 der großdeutsche „Reformverein.“ Allein der Bundestag verwarf diesen Antrag (22. Januar 1863), und Preußen erklärte dabei zum erstenmale offen, nur ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament könne dem deutschen Volke den berechtigten Einfluß auf die Leitung seiner Gesamtinteressen verbürgen. Also beschwor der als Verfassungsbrecher verschrieene preußische Ministerpräsident die Schatten der Paulskirche wieder herauf. Das entscheidende Wort war gesprochen: die Krone Preußen

forderte jetzt selbst das deutsche Parlament und rief damit den deutschen Volksgeist zum Beistande auf.

Um so mehr drängte die österreichisch-mittelstaatliche Politik auf eine Bundesreform in ihrem Sinne, da sie nichts mehr fürchtete als ein deutsches Parlament unter preußischer Führung. Ohne sich daher mit Preußen vorher zu verständigen, lud Kaiser Franz Joseph seine Bundesgenossen zu einem Fürstentage nach Frankfurt ein, um einen Reformentwurf zu beraten (Direktorium aus Österreich, Preußen, Bayern und zwei andern Staaten, Bundesrat, beide unter österreichischem Vorsitz, beratende Delegiertenversammlung), indem er dabei den bestehenden Zustand als „schlecht-hin chaotisch“ bezeichnete. Am 16. August erschien er selbst in Frankfurt, überall in Süddeutschland mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Aber so fest und umsichtig er die erlauchte Versammlung leitete, so eifrig ihn König Johann von Sachsen unterstützte, alle hatten das Gefühl, daß man ohne Preußen nicht ans Ziel gelangen könne. König Wilhelm aber war nicht erschienen und lehnte auch eine dringende Aufforderung König Johanns in Baden-Baden ab. So verlief der Fürstentag ohne wirkliches Ergebnis. In einer spätern Denkschrift forderte Bismarck für Preußen sehr maßvoll die Gleichstellung mit Österreich im Vorsitz, ein Veto bei Kriegserklärungen und ein wirkliches Parlament. Klar trat der Gegensatz heraus, und die tiefe Erregung, die durch Deutschland ging und in großartigen Nationalfesten, in dem dritten deutschen Turnfest in Leipzig (3.–6. August), wie in der Erinnerungsfeyer an Th. Körners Tod (26. August) und an die Leipziger Völkerschlacht (18. Oktober) imponierend hervortrat, sorgte dafür, daß die Bundesreformfrage nicht mehr von der Tagesordnung verschwand. Gleichwohl wogten die Stimmungen und Meinungen unfertig durcheinander. Die Liberalen

Der
Frank-
furter
Fürsten-
tag und
die Na-
tional-
feier

vermochten das Mißtrauen gegen Bismarck nicht zu überwinden und die Notwendigkeit, sich an Preußen anzuschließen, noch immer nicht zu begreifen, die mittelstaatlichen Regierungen fanden daher gerade in ihnen eine Stütze für ihre ablehnende Haltung gegen eine preußische Bundesreform.

Die
Erbfolge
in Schles-
wig-Hol-
stein

Dieser Gegensatz erschwerte auch aufs äußerste eine feste Einigung in der schleswig-holsteinischen Frage, die wieder, wie 1848, urplötzlich an Deutschland herantrat. Nach endlosen Streitigkeiten und Protesten hatte König Friedrich VII. von Dänemark, dem Drängen der Eiderdänen nachgebend, aber in vollem Widerspruche mit dem Londoner Protokoll von 1852, im März 1863 die bevorstehende Einverleibung Schlesiws in das Königreich Dänemark angekündigt und dadurch den Bundestag veranlaßt, auf den Antrag Preußens ihn mit der Bundesexekution zu bedrohen, falls er nicht binnen neun Wochen, vom 1. Oktober 1863 an gerechnet, den vertragsmäßigen Zustand wiederherstelle. Statt dessen setzte das eiderdänische Ministerium Hall, vornehmlich im Vertrauen auf englische und schwedische Zusicherungen, am 13. November im Reichstage die Annahme der neuen Gesamtstaatsverfassung für Dänemark und Schleswig durch. Da verschied Friedrich VII., noch ehe er diese unterzeichnet hatte, unerwartet am 15. November auf Schloß Glücksburg bei Flensburg; mit ihm erlosch der Mannstamm seines Hauses, und Christian IX. von Glücksburg bestieg den Thron. Indem dieser nun am 18. November die neue Verfassung halb widerwillig unterzeichnete, erweckte er die stärkste Aufregung namentlich in Holstein. Denn dort hoffte man jetzt durch Anerkennung des bestrittenen Erbrechts der Augustenburger sich ganz von Dänemark zu lösen, und verweigerte daher kurzweg dem „Protokollprinzen“ die Anerkennung. Zugleich zerstörte dieser die Rechtsgrundlage, das Londoner Protokoll, auf der die Anerkennung

des dänisch-schleswigholsteinischen Gesamtstaats und das Erbrecht der Glücksburger in den Herzogtümern beruhte.

Nun sprach sich die Volksstimmung in ganz Deutschland mit leidenschaftlicher Erregung für Friedrich (VIII.) von Augustenburg aus, und die Mittelstaaten sahen darin eine willkommene Gelegenheit, nicht nur sich dieser Volksstimmung als Verfechter einer nationalen Sache zu empfehlen und in ihr eine selbständige Politik zu verfolgen, sondern auch sich selbst durch Errichtung eines neuen Mittelstaats an der untern Elbe zu verstärken. Die beiden Großmächte, hierin ganz einig, hielten sich dagegen in Anbetracht der europäischen Lage, namentlich der feindseligen Haltung Englands und der hinterhältigen Politik Frankreichs, zunächst noch an das Londoner Protokoll gebunden. So beschloß denn der Bundestag am 7. Dezember noch einmütig die Exekution gegen Holstein und ließ das Land Ende Dezember von 12000 Mann Sachsen und Hannoveranern besetzen, worauf auch der Erbprinz Friedrich (VIII.) von einer großen Volksversammlung in Elmshorn zum Herzog ausgerufen wurde und in Kiel erschien. Als aber die beiden Großmächte den Antrag stellten, nunmehr Schleswig als Pfand für die Wiederherstellung der Personalunion in Besitz zu nehmen, da erlagen sie in der Abstimmung vom 12. Januar 1864 der rein formellen Mehrheit der Mittel- und Kleinstaaten, die vielmehr die Anerkennung Friedrichs (VIII.) und die Eroberung Schleswigs für ihn forderten. Darauf erklärten Preußen und Osterreich am 14. Januar, nunmehr als europäische Großmächte, ohne den Bund, die Angelegenheit in die Hand nehmen zu wollen, und beantworteten die Weigerung Dänemarks, die Novemberverfassung aufzuheben, mit der Kriegserklärung. Die deutschen Einheitskriege begannen.

Am 1. Februar überschritten die Verbündeten unter dem preußischen Feldmarschall Wrangel die

Ausbruch
des
dänischen
Krieges

Eroberung
Schleswigs

Eider, die Preußen (37 000 Mann) unter Prinz Friedrich Karl von Riel, die Österreicher (23 000 Mann) unter Gablenz von Rendsburg her. Der geniale Plan des preußischen Generalstabschefs Hellmut von Moltke war, die Dänen in ihrer zu weit ausgedehnten und daher zu schwach besetzten Stellung hinter der Schlei und den verstärkten Schanzen des uralten Danevirke bei Schleswig zu umgehen, dadurch von ihrer Rückzugslinie nach der festen Düppelstellung abzuschneiden und zu vernichten. Aber die Vorstöße der Preußen auf Missunde (2. Februar), der Österreicher auf das Danevirke (3. Februar) wirkten nicht entscheidend, und als die Preußen in der Nacht des 4. Februar die Schlei weiter im Osten bei Arnis und Kappeln überschritten, entzogen sich die Dänen durch schleunigen Abzug der Umklammerung und erreichten glücklich die Düppeler Schanzen, allerdings mit Aufopferung ihres gesamten schweren Geschüßes. Während nun die Österreicher mit einer Division preußischer Garde in Jütland einmarschierten und nach dem siegreichen Gefecht bei Veile (8. März) bis an den Limfjord vordrangen, begann Prinz Friedrich Karl die regelrechte Belagerung der Düppeler Schanzen, und am 18. April nahmen die Brandenburger in einem glänzenden Sturmangriff die völlig zerschossenen Werke, sodaß die Dänen auf die Insel Als zurückwichen. Eine größere Stärke der preußischen Flotte würde den ganzen Kampf viel rascher beendet haben; sie bestand am 17. März unter Kapitän zur See Fackmann ein rühmliches Gefecht auf der Höhe von Arkona, vermochte aber weder die dänische Blockade der Ostseeküste zu verhindern noch vollends die Operationen gegen die Düppelstellung zu unterstützen, und auch das österreichische Geschwader, das unter dem Kapitän Wilhelm von Tegethoff in der Nordsee erschien, konnte in dem scharfen Gefecht bei Helgoland am 9. Mai

nur die Zugänge der Elbe und Weser freimachen. In die Ostsee einzulaufen erhielt es auch später keinen Befehl.

Inzwischen hatten die neutralen Großmächte einen Waffenstillstand vermittelt, der am 12. Mai begann, und versuchten in den Londoner Konferenzen einen Ausgleich herbeizuführen. Da jedoch die Dänen trotz ihrer Niederlagen nicht zu bewegen waren, sich auf die Personalunion mit den Herzogtümern zu beschränken, so begann am 26. Juni der Krieg von neuem. Schon am 29. Juni eroberte der General Herwarth von Bittenfeld in einem kühnen Angriff die Insel Alsen und verjagte damit die Dänen völlig aus Schleswig, die Österreicher aber drangen jetzt bis Kap Stagen vor und befreiten mit einem preußischen Geschwader die nordfriesischen Inseln.

Londoner
Konfe-
renzen;
Alsen
erobert

Schon war auch Fünen bedroht, da gab das eiderdänische Ministerium Monrad am 8. Juli seine Entlassung, die König Christian IX. ungnädig gewährte, und das neue Ministerium Bluhme schloß am 20. Juli den Waffenstillstand, um die Friedensverhandlungen einzuleiten. Sie kamen am 30. Oktober 1864 im Wiener Frieden zum Abschluß. Dänemark trat Schleswig-Holstein und Lauenburg an die beiden Großmächte ab und verpflichtete sich, deren Verfügungen über die Herzogtümer anzuerkennen. Bismarck hatte seinen ersten und schwierigsten diplomatischen Feldzug gewonnen, und ein großes Ziel der deutschen Politik war glänzend, fast wider Erwarten, erreicht. Zugleich bewies die abermalige Erneuerung des Zollvereins für weitere zwölf Jahre am 1. Oktober 1864 auf Grund des freihändlerischen preußisch-französischen Handelsvertrags vom 29. März 1862, daß trotz allen politischen Meinungsverschiedenheiten die wirtschaftliche Einheit des außerösterreichischen Deutschland unzerreißbar geworden war.

Friede
von
Wien;
Erneue-
rung des
Zoll-
vereins

Streit
um den
Besitz
der
Herzog-
tümer

Doch eine reine Freude über ihren ersten großen auswärtigen Erfolg seit 1815 war der Nation nicht vergönnt. Ihre Mehrheit sah in der Eroberung Schleswig-Holsteins weniger eine Befreiung des Landes von der Fremdherrschaft als eine Veraubung des Erbprinzen Friedrich (VIII.) von Augustenburg, und in den Mittelstaaten empfand man es auf das peinlichste, daß die beiden Großmächte im Dezember 1864 den Bundestag nötigten, die Exekution für beendet zu erklären und die Bundestruppen abzurufen. Auf diese Stimmung vertrauend, wies der Erbprinz Friedrich im Februar 1865 die ihm als Bedingung seiner Anerkennung von Preußen gestellten Forderungen (Eintritt der Herzogtümer in den Zollverein, Militärkonvention mit Preußen, Überlassung des Post- und Telegraphenwesens und Abtretung von Düppel-Sonderburg, Friedrichsort und der Mündungen des geplanten Nordostseekanals) als „unannehmbar“ zurück. Seitdem begann Graf Bismarck offen auf die Annexion loszugehen, die ihm von Anfang als der wünschenswerteste Ausgang der Sache erschienen war, und auch König Wilhelm widerstrebte ihr nicht mehr, als die preußischen Kronjuristen die augustenburgischen wie die oldenburgischen Erbansprüche mit dem Hinweis darauf beseitigt hatten, daß das feudale Privatfürstenrecht dem Staats- und Völkerrecht nachstehen müsse, daß also das allgemein anerkannte Londoner Protokoll von 1852 mit Recht dem Hause Glücksburg das Erbrecht in Schleswig-Holstein zugesprochen habe, demnach Christian IX. der legitime Herr der Herzogtümer gewesen und durch den Wiener Frieden die beiden Großmächte das geworden seien. Aber weder der Kronprinz stimmte der kühnen Politik des Ministerpräsidenten zu, noch das Abgeordnetenhaus, das, blind in den großen Machtfragen wie die deutschen Liberalen fast immer und verrannt in unbelehrbares Mißtrauen

gegen „diesen Minister,“ am 8. Mai trotz der günstigen Finanzlage die Kosten der Heeresreorganisation abermals strich und eine Erklärung zu Gunsten der preussischen Politik in den Herzogtümern ausdrücklich ablehnte.

So von allen Seiten grimmig befehdet, von wenigen verstanden und nur von seinem König in unerschütterlichem Vertrauen gehalten, sah Graf Bismarck auch seine seit 1863 sehr ernsthaft gehegte Hoffnung, sich mit Österreich auf dem Boden einer gemeinsamen Leitung des deutschen Bundes dauernd verständigen zu können, mehr und mehr schwinden. Denn Graf Rechbergs Nachfolger, Graf Mensdorff-Pouilly (seit Oktober 1864), lenkte, schwach und unselbständig, unter dem wachsenden Einflusse Schmerlings und des Grafen Moritz Esterhazy, eines altständischen Absolutisten von Metternichs Art, wieder in die alten Bahnen der österreichischen Politik zurück, um mit Hilfe der Mittelstaaten Preußen am Bundestage dauernd zu majorisieren und es aus Schleswig-Holstein hinauszudrängen, an dessen Besitz Österreich selbst kein Interesse haben konnte. Er begünstigte deshalb die Agitation für die Anerkennung Friedrichs von Augustenburg innerhalb und außerhalb der Herzogtümer. So ernst nahm man das in Berlin, daß ein Ministerrat, den der König am 21. Juli auf der Durchreise nach Gastein in Regensburg abhielt, den Krieg beschloß, falls Österreich bei seiner Politik beharre. Doch wurde noch einmal das Äußerste abgewandt durch die Konvention von Gastein am 14. August 1865. Sie wies, unter Vorbehalt des gemeinsamen Besitzrechts, die Verwaltung Holsteins einem österreichischen Statthalter (Gablenz), die Schlesiens (mit dem Besatzungsrecht in Kiel) einem preussischen (Edwin von Manteuffel) zu und gab Lauenburg gegen 2¹/₂ Millionen Thaler dänisch endgiltig an Preußen.

Konvention
von
Gastein

Ver-
fassungs-
wirren
in
Österreich

Nur die bitterste Verlegenheit hatte der österreichischen Diplomatie dies Abkommen abgenötigt. Denn die Finanzen befanden sich in trostloser Zerrüttung, das Heer war deshalb stark vermindert, die Ungarn verharren in ihrer trotzigem Opposition, und die Geistlichkeit grollte wegen der Verkündigung der vollen Glaubensfreiheit. Daher trat am 30. Juli 1865 das liberal-zentralistische Ministerium, mit Ausnahme des Grafen Mensdorff, zurück, und Graf Richard Belcredi machte den Versuch, das Reich in föderalistisch-feudal-klerikalem Sinne zu regieren. Deshalb wurde am 20. September die allerdings undurchführbare zentralistische Gesamtverfassung bis zum „Ausgleich“ mit Ungarn und Kroatien „sistiert,“ der Kaiser eröffnete am 14. Dezember zum erstenmale persönlich den ungarischen Landtag und verließ am 20. Dezember einer Deputation des böhmischen Adels die Krönung in Prag. In demselben Augenblick aber, wo die Grundsätze des Liberalismus und die Vorherrschaft der Deutschen zurückwichen hinter der Rücksicht auf die Bestrebungen der Slaven und Magyaren, des feudalen Adels und des ultramontanen Klerus, nahte unaufhaltsam der Kampf um die Oberherrschaft in Deutschland. Wie war dieses Österreich fähig und berechtigt, sie zu erfechten!

Roskitt
Napoleon III.

Da der Gegensatz mehr und mehr zu einer europäischen Frage wurde, so strebte Napoleon III. darnach, einen entscheidenden Einfluß auf ihre Lösung zu gewinnen. Denn die Begründung des Königreichs Italien (1860/61) durch die entschlossene Politik der piemontesischen Regierung und die Einmütigkeit des italienischen Volkes war weit über seine Absichten hinausgegangen und hatte ihm die Sympathien des französischen Klerus entfremdet. Der Versuch, durch die Begründung eines (habsburgischen) Kaisertums in Mexiko die französische Vorherrschaft auch über das

romanische Amerika auszudehnen, war gescheitert, als die nordamerikanische Union die Erhebung der konföderierten Staaten niedergeworfen hatte (1861/65), und hatte zugleich das französische Heerwesen zerrüttet. Napoleon bedurfte daher eines bedeutenden Erfolges in Europa, um seine wankende Stellung wieder zu befestigen. Er dachte also in dem herausziehenden großen mitteleuropäischen Konflikte zwar neutral zu bleiben, aber dem Königreich Italien das heiß begehrte Venedig zu verschaffen, um es sich aufs neue zur Gefolgschaft zu verpflichten, für Frankreich aber als Preis seiner Vermittlung, die, wie er meinte, beide Parteien nach einem langen, erschöpfenden Kriege sicherlich anrufen würden, einen Teil des linken Rheinufers zu erwerben.

Viel tiefer faßte Graf Bismarck den Zweck des Kampfes. Nicht allein um die Erwerbung Schleswig-Holsteins wollte er ihn führen, sondern um dem deutschen Volke endlich eine seinen Bedürfnissen entsprechende Verfassung zu erringen. Er hoffte dies durch einen Zweikampf mit Oesterreich allein zu erreichen, ohne die deutschen Mittelstaaten hereinzuziehen, wollte aber dazu auch Italien in Bewegung setzen. Daher schloß er am 8. April ein Bündnis mit Italien auf drei Monate, worin er diesem im Falle des Sieges die Erwerbung Venedigs zusicherte, dafür eine ähnliche Gebietserweiterung für Preußen in Aussicht nahm. Am 9. April stellte darauf Preußen den entscheidenden Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments, um einen von den Regierungen vorher zu vereinbarenden Bundesreformentwurf zu beraten. Statt daß nun die deutschen Liberalen bereitwillig die starke Hand ergriffen hätten, die sich ihnen hier anbot, um dies von ihnen doch so heiß ersehnte Ziel endlich zu erreichen, stießen sie sie in kurzfristigem Mißtrauen zurück. Ein ruchloser Mordanschlag auf Bismarck am 7. Mai beleuchtete grell die unsinnige Er-

Bismarcks
Pro-
gramm

bitterung gegen „diesen Minister,“ öffnete aber manchem die Augen über das Gefährliche des ganzen Treibens, und die Auflösung des Abgeordnetenhauses am 9. Mai bewies den festen Entschluß der Regierung, den unvermeidlichen Kampf um Sein und Nichtsein sich nicht auch noch von einer verblendeten parlamentarischen Opposition erschweren zu lassen.

Der
Bruch

Schon starrte Deutschland in Waffen — die österreichische Armee war seit dem April, die preussische seit dem Mai in voller Mobilisierung begriffen — und die ohnmächtigen Vermittlungsversuche der Mittelstaaten scheiterten ebenso, wie Napoleons III. Vorschlag (vom 24. Mai), einen europäischen Kongreß zu berufen, da brachte Österreich durch den Antrag, die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Sache dem Bundestage zu überweisen, die Kugel ins Rollen (1. Juni). Denn da es sich damit von der Gasteiner Konvention los sagte, ließ Preußen am 7. Juni seine Truppen in Holstein einrücken, um sein gefährdetes Mitbesitzerrecht zu schützen, worauf die österreichischen Truppen das Land ohne Widerstand räumten, und legte am 10. Juni den Entwurf einer Bundesreform vor, der mit der Ausschließung Österreichs aus dem künftigen deutschen Bunde begann. Damit war das Ziel des bevorstehenden Kampfes klar und offen bezeichnet. Österreich beantwortete das mit dem (bundeswidrigen) Antrage, alle außerpreussischen Bundeskontingente zu mobilisieren (11. Juni), und schloß am 12. Juni mit Frankreich einen geheimen Vertrag, nach dem Venedig an Italien, Schlesien an Österreich, das linke Rheinufer an Frankreich fallen sollte. Zugleich versprach Österreich keine einheitliche Ordnung in Deutschland einzurichten, Frankreich eine reaktionäre Bewegung gegen das Königreich Italien zuzulassen. So stand die werdende nationale Einheit Deutschlands und die schon fast vollendete Italiens auf dem

Spiel, als am 14. Juni der Bundestag mit 9 gegen 6 Stimmen (Baden enthielt sich der Abstimmung) den österreichischen Antrag in einer von Bayern etwas gemilderten Fassung annahm. Der preußische Gesandte von Savigny erklärte hierauf den Bundesvertrag für gebrochen, den Bund für aufgelöst. In der That, der Bundestag hatte das Todesurteil über sich selbst gesprochen.

In ganz Deutschland waren Spannung und Aufregung ungeheuer. Die Stimmen, die sich — jetzt zu spät — bis tief nach Süddeutschland hinein zu Gunsten des preußischen Reformentwurfs und gegen die Teilnahme der Mittelstaaten am Krieg erhoben, verhallten ohnmächtig in dem lauten Loben der österreichischen, partikularistischen, demokratischen und ultramontanen Presse, und fast alle Mittelstaaten griffen zum Schwerte, um ihre ungeschmälerte Souveränität und deren Bürgschaft, den lockern Staatenbund und den Dualismus der beiden Großmächte, zu behaupten. Erst dadurch wurde der Kampf Preußens gegen eine halbfremde Macht zum deutschen Bruderkriege. Des Sieges glaubte man in Österreich ziemlich sicher zu sein, denn da zu vermuten war, daß Italien den Krieg nur zum Scheine führen werde, so konnte man die Hauptkraft der österreichischen Armee gegen Preußen wenden.

Ein wunderbarer Anblick, als nun das preußische Staatsschiff inmitten des wilden Sturmgebrauses ringsum mit ruhiger Planmäßigkeit klar machte zum Gefecht. Stärker als alle Parteigegensätze im Innern erwiesen sich im Augenblick der Entscheidung doch die militärische Gewöhnung, die monarchische Gesinnung, der Stolz auf eine große Geschichte, und die neue Heeresorganisation, die den Kern des ganzen Volkes in allen seinen Ständen unter Waffen rief, bewährte eine ungeheure, von niemandem erwartete Kraft. So brach

Die
Gegen-
sätze

Salbung
Preußens

der Krieg urplötzlich über dies friedensverwöhnte Geschlecht herein, in raschen, betäubenden Schlägen, wie ein lustreinigendes Gewitter.

Die
Über-
wälti-
gung der
nord-
deutschen
Mittel-
staaten

Im Westen gegen die zu Feinden gewordenen nordwestdeutschen Mittelstaaten standen 48000 Mann (das verstärkte VII. Armeekorps) in drei weit voneinander stehenden Abteilungen in Holstein (Manteuffel), um Minden (Vogel von Falckenstein) und bei Wezlar (Beyer) bereit. Ihre nächste Aufgabe war, diese Staaten zu besetzen, da sie den Zusammenhang der beiden Hälften Preußens unterbrachen. Als daher in Hannover und Kurhessen am 15. Juni das preußische Ultimatum (Annahme des Bundesreformentwurfs, sofortige Entwaffnung gegen Garantie des Besitzstandes und der Souveränität) abgelehnt wurde, rückten die preußischen Truppen am 16. Juni von drei Seiten her ein, während die noch nicht einmal mobilisierten kurhessischen Truppen nach Hanau, die erst halb fertigen Hannoveraner nach Göttingen abzogen, wohin sich auch der König Georg V. mit dem Kronprinzen begab. Schon am 17. abends besetzte Vogel von Falckenstein das große Hannover, am 19. Beyer das längst unzufriedne Kassel. Der Kurfürst, der sich noch auf Wilhelmshöhe befand, wurde als Staatsgefangener nach Stettin gebracht. Inzwischen setzten sich die Hannoveraner, 18000 Mann mit 52 Geschützen, am 21. Juni in Bewegung, um durch Thüringen die Vereinigung mit den Bayern zu suchen. Sie hätten zunächst die Straßen nach dem Süden frei gefunden, aber sie ließen sich in Unterhandlungen ein, weil die preußische Oberleitung den Kampf nicht wollte. Als die Unterhandlungen abgebrochen wurden, schlugen sie am 27. Juni bei Langensalza den Angriff einer viel schwächeren preußischen Heeresabteilung in blutigem Treffen siegreich zurück, wurden aber schon am nächsten Tage von allen Seiten mit Übermacht umstellt und mußten am 29. Juni die

Waffen strecken. Damit war in Nordwestdeutschland die Entscheidung für Preußen gefallen.

Inzwischen hatte sich die Hauptmasse der preußischen Armee, im ganzen 254 000 Mann, längs der preußisch-sächsischen und der böhmisch-schlesischen Grenze versammelt, die Elbarmee, 46 000 Mann, unter Herwarth von Bittenfeld um Lorgau, die erste Armee, 93 000 Mann, unter dem Prinzen Friedrich Karl um Görlitz, die zweite Armee, 115 000 Mann, unter dem Kronprinzen in Schlesien. Durch Sachsen und über die schlesischen Grenzgebirge sollten sie, getrennt marschierend, gegen Böhmen vorbrechen und dort siegend ihre Vereinigung suchen, so war der Plan Moltkes. In diesem wunderbaren Mann, dem glücklichsten Feldherrn des neunzehnten Jahrhunderts (geb. 26. Oktober 1800 zu Parchim in Mecklenburg), war im höchsten Maße die Verbindung von militärischer Erfahrung und wissenschaftlicher Bildung, von umsichtiger Berechnung und kühner Entschlossenheit verkörpert, die das neue Deutschland geschaffen haben. Bis dahin wenig bekannt, wurde er seit 1866 eine der populärsten Gestalten, denn seine Siege übertrafen die kühnsten Erwartungen.

Die sächsische Armee, eine durchaus kriegstüchtige Truppe von 32 000 Mann mit 64 Geschützen, unter dem Oberbefehle des Kronprinzen Albert (geb. 23. April 1828) um Dresden vereinigt, konnte zwar, da die ursprünglich erwartete österreichische Hilfe ausblieb, den Kampf mit der am 16. Juni über die Nordgrenze hereinbrechenden Elbarmee nicht aufnehmen, aber sie zog sich in bester Ordnung über das Erzgebirge nach Böhmen zurück. Dort vereinigte sie sich nach langen, heißen Märschen erst an der Iser mit den Österreichern, denn der Oberbefehlshaber der Nordarmee, Feldzeugmeister Ludwig von Benedek, hatte diese in der Hauptmasse bei Olmütz versammelt und an die Iser nur ein Armeem-

Der preußische Aufmarsch

Einmarsch der Preußen in Böhmen

korps unter Clam-Gallas vorgehoben. Den Preußen über die Grenze entgegenzugehen oder auch nur diese selbst zu verteidigen, war er weder imstande noch willens, weil seine Truppen sehr langsam schlagfertig wurden und sein (thatsächlicher) Generalstabschef Krismanitsch zunächst an der Verteidigung festhielt. So überschritten am 23. Juni die erste Armee und die Elbarmee, in der südwestlichen Oberlausitz und um Zittau konzentriert, in endlosen Heersäulen die böhmische Grenze. Nach den Gefechten von Hünnerwasser und Podol gegen die österreichischen Vortruppen am 26. Juni vereinigten sich beide Heere und schlugen Clam-Gallas am 28. Juni bei Münchengrätz, am 29. Juni bei Gitschin, Wallensteins alter Hauptstadt, wo die Sachsen ihre Bluttaufe empfingen. Schon war Benedek mit der Hauptarmee in vollem Anmarsche nach der obern Elbe, um Gallas zu Hilfe zu kommen, aber inzwischen brachen die drei Kolonnen der zweiten Armee in seiner rechten Flanke durch die schwierigen Grenzpässe in Böhmen ein. Am 27. Juni wurde das I. Armeekorps (Bonin) bei Trautenau von Gablenz zurückgeworfen, aber schon am nächsten Tage eroberten die Garden durch den Sieg bei Burkersdorf (Soor) Trautenau zurück und erstürmten am 30. Juni Königinhof, womit sie den Übergang über die Elbe gewannen. In denselben Tagen siegte Steinmeyer, mit dem V. Korps weiter südlich von Glas aus vorgehend, am 27. Juni bei Nachod, am 28. bei Skalitz, am 29. Juni bei Schweinschädel und erreichte, gefolgt vom VI. Armeekorps, ebenfalls die Elbe. Nur wenige Meilen trennten noch die drei preussischen Armeen.

Eindruck
der
preussischen
Siege

Der Eindruck war überall gewaltig. Die österreichischen Offiziere waren tief betroffen von der sichern, schneidigen preussischen Führung und der verheerenden Wirkung des Zündnadelgewehrs, die Soldaten, ein buntes Gemisch aus den untern Schichten der ver-

schiedensten Völkerschaften und zum Teil erst kurze Zeit bei der Fahne, hatten alles Vertrauen zu ihrer minderwertigen Schußwaffe und ihrer ganzen Stoßtaktik verloren, und Benedek, der sich selbst nicht die Fähigkeit zutraute, eine große Armee zu führen, war durch die fortgesetzten Niederlagen so erschüttert, daß er seinem Kaiser riet, „um jeden Preis“ Frieden zu schließen. Endlich entschloß er sich, eine Entscheidungsschlacht anzunehmen und vereinigte seine Armee, 222 000 Mann mit 770 Geschützen (mit den Sachsen), die Elbe und die Festung Königgrätz im Rücken, in einer sehr starken Stellung, die allerdings den schweren Nachteil hatte, daß die Rückzugslinie sehr schlecht gesichert war. Aber Benedek hoffte mit seiner konzentrierten Übermacht jede der beiden feindlichen Armeen, die noch vier Meilen voneinander standen, einzeln schlagen und dann zum Angriff übergehen zu können.

Daher sandte König Wilhelm, der am 2. Juli mit Moltke und Bismarck in Gitschin eingetroffen war und den Oberbefehl selbst übernommen hatte, noch in der Nacht dem Kronprinzen die Weisung, sofort mit allen Kräften gegen den rechten (nordöstlichen) Flügel der Österreicher vorzugehen. So hielten in der gewaltigen Schlacht bei Königgrätz (Sadowa) die erste und die Elbarmee den ganzen Vormittag des 3. Juli über unter den Augen ihres königlichen Kriegsherrn den fast doppelt so starken Gegnern mit aufopferndem Heldenumstand. Erst gegen Mittag kamen die Kolonnen des Kronprinzen heran; indem sie, den rechten österreichischen Flügel über den Haufen werfend, unaufhaltsam auf die Rückzugslinie und die Zentralstellung des Feindes, die Höhen von Ohlum und Lipa, vordrangen, gaben sie nachmittags gegen drei Uhr die Entscheidung. Obwohl kaum verfolgt und durch ihre treffliche Artillerie aufopfernd gedeckt, löste sich doch die geschlagene Armee in regellose Flucht auf; fast nur die Sachsen bewahrten

Schlacht
bei
König-
grätz

in dem verzweifelten Getümmel feste Haltung. In einem Waffengange von sieben Tagen war die österreichische Großmacht niedergeworfen, und von Preußen allein. Denn den Vorstoß der Italiener gegen das lombardische Festungsviereck hatte Erzherzog Albrecht schon am 24. Juni in der heißen Schlacht von Custoza blutig abgewiesen, und seitdem war die besiegte Armee fast unthätig geblieben.

Vor-
marsch
nach der
Donau

Wie Spinnweben zerrissen waren jetzt alle Berechnungen Napoleons III. Völlig außer Stande, militärisch einzugreifen, nahm er doch das Gesuch Kaiser Franz Josephs, der ihm am 4. Juli Venedig zur Verfügung stellte, wenn er Italien von weiterem Kampf abhalte, zum Anlaß einer Vermittlung auch zwischen Preußen und Österreich. König Wilhelm nahm diese grundsätzlich an, aber einen Waffenstillstand lehnte er ebenso ab wie Viktor Emanuel, und während die Italiener am 8. Juli bei Borgoforte den untern Po überschritten, um jetzt endlich, wie Moltke von Anfang an vorgeschlagen hatte, das Festungsviereck im Rücken zu fassen, traten die Preußen, Prag nur nebenher besetzend, den Vormarsch auf Wien an. Da die Österreicher fast ohne Kampf teils gradwegs, teils über die kleinen Karpathen nach der Donau zurückwichen, so erreichten die Preußen schon am 20. Juli das Marchfeld und schickten sich an, hier und bei Pressburg den Übergang über die Donau zu erzwingen, als am 22. Juli ein Waffenstillstand das schon bei Blumenau unweit von Pressburg begonnene Gefecht unterbrach. Denn weder die Ankunft der Südarmerie bei Wien, noch der glänzende Sieg der österreichischen Flotte unter Tegethoff über die Italiener bei der Insel Lissa am 20. Juli, die erste Seeschlacht zwischen Panzerschiffen, hatte die allgemeine Kriegslage zu Gunsten Österreichs geändert, und der Kampf in Süddeutschland war in diesem Augenblicke bereits zu Gunsten Preußens entschieden.

Dort standen allerdings 100 000 Mann Bundes-
truppen unter dem Bundesoberfeldherrn, dem Prinzen
Karl von Bayern, zum Schutze Frankfurts und der
Mainlinie bereit, nämlich die Bayern und die Kon-
tingente des VIII. Bundesarmeekorps (Württemberg-
Badener, Hessen), aber ohne Einheit der Ausrüstung,
der Bewaffnung und des Kommandos. Vogel von
Falckenstein aber schob sich mit der kaum halb so starken
preussischen „Mainarmee,“ durch das Eisenacher Ober-
land und über die Rhön vordringend, zwischen diese
beiden Heeresmassen hinein, schlug die Bayern am
4. Juli bei Dermbach, am 10. in blutigem Kampf an
der fränkischen Saale, besonders bei Rissingen, wandte
sich dann westwärts über den Spessart gegen das
VIII. Armeekorps und zog nach den Siegen bei Laufach
(13. Juli) und Aschaffenburg (14. Juli) am 16. Juli in
Frankfurt ein. Der Rumpfbundestag war nach Augs-
burg geflüchtet. Erst weit rückwärts, an der Tauber-
linie, gelang es den auseinandergedrängten süddeutschen
Korps, sich zu vereinigen. Hier griff sie Manteuffel,
Falckensteins Nachfolger, nachdem er mit der auf 60 000
Mann verstärkten Mainarmee von Frankfurt aus den
Odenwald überschritten hatte, am 23. Juli an und warf
sie in den Tagen des 24. bis 26. Juli in wechselvollen,
aber im ganzen siegreichen Gefechten an der Tauber-
linie auf Würzburg zurück, sodaß er ihnen halb im
Rücken stand. Eine Beschießung der alten fränkischen
Landesfesten, der Marienburg bei Würzburg, am 27. Juli
war vergeblich; aber da in denselben Tagen ein nord-
deutsches Reservekorps unter dem Großherzog Friedrich
Franz von Mecklenburg aus Sachsen in Bayern ein-
marschierte und am 30. Juli Nürnberg besetzte, so
waren die Süddeutschen auch im Osten umgangen, und
der Weg nach München stand offen.

Unter dem überwältigenden Eindruck dieser preu-
ßischen Siege konnte Napoleon III. nur eine Bedingung

über-
wältigung
der Süd-
deutschen

Waffen-
stillstand
von
Nitols-
burg

bei seiner Vermittlung geltend machen: er forderte, daß Preußen die geplante Bundesreform auf die Länder im Norden des Maines beschränke. Bismarck gab nach, um nicht das Errungne durch eine doch noch mögliche fremde Einmischung zu gefährden, befürwortete dagegen jetzt — und erst jetzt — ausgedehnte Annektionen in Norddeutschland. Mit Mühe bewog er den König, der zunächst am liebsten das eroberte Böhmen und einen Teil Sachsens behalten hätte, auf jeden Gewinn österreichischen Gebiets zu verzichten, um ein künftiges näheres Einvernehmen nicht zu erschweren, und zugleich die ungeschmälerte Erhaltung Sachsens zuzugestehen, auf der Kaiser Franz Joseph ritterlich bestand. Die österreichische Kriegssentschädigung wurde nur auf zwanzig Millionen Thaler festgesetzt. So kam am 26. Juli im preußischen Hauptquartier, dem mährischen Schloß Nikolsburg unweit der Thaja, der Vorfriede zustande. Österreich schied aus dem deutschen Bunde und versprach, die Veränderungen in Norddeutschland anzuerkennen, vorbehaltlich der Integrität Sachsens. Vom 2. August ab sollte auf dem ganzen Kriegsschauplatz ein Waffenstillstand eintreten.

Die
Friedens-
schlüsse

Auf dieser Grundlage kam schon am 23. August der endgiltige Friede von Prag zustande. Österreich verzichtete auf seine Rechte in Schleswig-Holstein mit der von Napoleon III. gestellten Bedingung, daß die nördlichen Distrikte von Schleswig wieder mit Dänemark vereinigt werden sollten, wenn sie diesen Wunsch durch eine Volksabstimmung zu erkennen gäben (Artikel 5). Die süddeutschen Staaten sollten unabhängig bleiben und ihre völkerrechtlichen Beziehungen frei regeln dürfen. Sie schlossen einzeln ihren Frieden mit Preußen, Württemberg am 13., Baden am 17., Bayern am 22. August, Hessen-Darmstadt am 3. September, indem sie mäßige Kriegssentschädigungen zahlten, Bayern und Hessen-Darmstadt außerdem einige Grenzgebiete ab-

traten. Hessen trat überdies mit dem nördlich vom Main gelegenen Oberhessen dem zu gründenden Norddeutschen Bunde bei, schloß eine Militärkonvention mit Preußen und überließ diesem sein Post- und Telegraphenwesen. Zugleich schlossen alle diese Staaten ein (zunächst noch geheimes) Schutz- und Truxbündnis mit Preußen, das für den Kriegsfall ihre Truppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen stellte. Mit Sachsen kam der Friede erst am 21. Oktober unter ähnlichen Bedingungen wie mit Hessen zustande. So war der lähmende Dualismus der beiden Großmächte zerstört und neben der wirtschaftlichen Einheit auch die militärische Einheit des außerösterreichischen Deutschland unter preußischer Führung zuvörderst für den Kriegsfall gesichert. Die feste Grundlage für die Neugestaltung seiner Gesamtverfassung war gewonnen.

Nur Napoleons III. Einspruch, also die alte Eifersucht der Franzosen, hatte den Grafen Bismarck verhindert, den Bundesreformplan vom 10. Juni sofort über ganz Deutschland zu erstrecken, und gegen französische Ansprüche hatte er auch noch seine Neuschöpfung zu verteidigen. Denn kaum war der König am 4. August wie im Triumphzuge nach Berlin zurückgekehrt, als der französische Botschafter Graf Benedetti am 5. August mit „Kompensationsforderungen“ an ihn herantrat (Abtretung von Rheinhessen mit Mainz, der linksrheinischen Pfalz und des Saargebiets). Eine runde Ablehnung war die Antwort Bismarcks und dazu die entschlossene Drohung, sich sofort um jeden Preis mit Österreich und den süddeutschen Staaten zu verständigen, dann aber mit allen verfügbaren Kräften gegen Frankreich vorzugehen. Da erklärte Napoleon III. jene Forderungen für ein „Mißverständnis“ und zog sie zurück. Rußlands auflodernde Eifersucht wurde durch die Sendung des Generals Manteuffel nach Petersburg (9. August) beschwichtigt, der übrigens auch dort

Abwehr
franzö-
sischer
Ansprüche

keinen Zweifel darüber ließ, daß man auswärtige Einmischung in deutsche Angelegenheiten ferner nicht mehr dulden werde. Die schmachvolle, noch durch die Verträge von 1815 förmlich anerkannte Vormundschaft des Auslandes über Deutschland war endlich abgeworfen.

Der
innere
Friede
in
Preußen
und die
An-
nexionen

Der Sieg über den Feind brachte dem König Wilhelm auch den Frieden mit seinem Volke. Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus am 3. Juli setzten unter dem frischen Eindruck der Kriegserfolge die Fortschrittspartei bis auf wenige Reste hinweg, und als der König als ruhmgekrönter Sieger den Landtag am 5. August in Person eröffnete, da bat er, das Budgetrecht in vollem Umfange anerkennend, die Volksvertretung um Nachsicht (Indemnität) für die seit fünf Jahren notgedrungenweise ohne ihre Zustimmung geführte Verwaltung. Der Landtag gewährte sie am 3. September, bewilligte einen Kredit von sechzig Millionen Thalern für Heer und Marine, sowie ansehnliche Dotationen für die siegreichen Generale und den so lange verkannten Grafen Bismarck, und genehmigte endlich die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau, der freien Stadt Frankfurt und Schleswig-Holsteins mit dem preussischen Staate. Es war der größte und wertvollste Gebietszuwachs, den Preußen erwerben konnte; er vereinigte das alte niedersächsische Mutterland mit seinem Koloniallande, gab Preußen die schmerzlich entbehrte Stellung an der Nordsee und stellte die für eine Großmacht unentbehrliche Geschlossenheit des Staatsgebietes her.

Der
erste
nord-
deutsche
Reichstag

So waren die festen Grundlagen geschaffen für den norddeutschen Bundesstaat. Die Nation hatte sich diese Entscheidung über ihr Schicksal ohne Teilnahme vollstümlicher Elemente von den siegreichen Waffen Preußens, vom Königtum und seinem Heere aufzwingen lassen. Jetzt aber, mochten auch zahlreiche Kreise in

den neuen preußischen Provinzen wie in den norddeutschen Bundesstaaten der neuen Ordnung noch widerstreben, und mochte noch so ziemlich überall der Wunsch bestehen, von den „berechtigten Eigentümlichkeiten“ des Heimatlandes soviel wie möglich auch jetzt zu behaupten, die Mehrzahl der Gebildeten und Urteilsfähigen in Norddeutschland kam doch der neuen Gestaltung hoffnungsvoll und bereitwillig entgegen. Um an ihrer Durchführung thätig mitzuwirken, bildete sich aus der alten Fortschrittspartei noch im September die national-liberale Partei. So gelang es dem Grafen Bismarck, was 1848/49 mißlungen war, Regierungen und Volk, monarchisch-konservative und bürgerlich-liberale Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen. Die seit dem 15. Dezember in Berlin versammelten Vertreter der norddeutschen Regierungen nahmen seinen Entwurf zur neuen Bundesverfassung an, und die Wahlen zum konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes nach dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht der Reichsverfassung von 1849 am 12. Februar 1867 ergaben eine günstige Mehrheit. Am 24. Februar eröffnete König Wilhelm feierlich den Reichstag im Schlosse von Berlin, am 16. April nahm dieser mit 230 gegen 53 Stimmen die Verfassung an, und am 17. April wurde sie verkündigt.

Sie einigte fast dreißig Millionen Deutsche auf 7500 Geviertmeilen, drei Viertel des außerösterreichischen Deutschland in monarchisch-bündischen Formen unter der Krone Preußen als Präsidialmacht, dem Bundesrat und dem Reichstag. Der Bundesrat, 43 Stimmen, von denen Preußen 17 führte, nicht genug, ihm die kleinern Bundesgenossen ganz zu unterwerfen, genug, um seinen Willen nachdrücklich zur Geltung zu bringen und jede Verfassungsänderung zu verhindern, entschied nach einfacher Stimmenmehrheit und bildete für die einzelnen Verwaltungszweige Ausschüsse. Die Oberleitung der

Der
Nord-
deutsche
Bund

Bundesangelegenheiten lag in den Händen des Bundeskanzlers (seit 14. Juli), des preußischen Ministerpräsidenten. Zu gültigen Bundesgesetzen war die Übereinstimmung der Mehrheit des Bundesrats und der Mehrheit des Reichstags erforderlich. Die auswärtige Vertretung, der Oberbefehl über Heer und Flotte, die Leitung des Post- und Telegraphenwesens ging an das Bundespräsidium über. Die norddeutsche Armee wurde streng einheitlich auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht gebildet und nach preußischem Muster ausgerüstet; nur Sachsen und Hessen behielten eine innere Selbständigkeit der Verwaltung ihrer Heeressteile (des XII. Armeekorps und der 25. Division). Die Kriegsmarine trat unter preußischen Oberbefehl, hißte am 1. Oktober 1867 die neue schwarzweißrote Bundesflagge, eine Verbindung der preußischen und hanseatischen Farben, die selbstverständlich auch die Handelsflotte zu führen hatte, und erhielt Kiel und Wilhelmshaven (eröffnet 17. Juni 1869) als Kriegshäfen; endlich ging mit dem 1. Januar 1868 das Post- und Telegraphenwesen unter Aufhebung aller einzelstaatlichen Postverwaltungen wie der Thurn- und Taxischen Post an den Bund über. Auch eine Reihe von Teilen des Rechts (Handels-, Obligations-, Straf- und Heimatsrecht) wurde der Bundesgesetzgebung vorbehalten, dagegen blieb die ausführende Gewalt in diesen Dingen wie im Zollwesen und in allen nicht von der Bundeskompetenz berührten Angelegenheiten den Einzelstaaten.

Weiterer
Ausbau

Zugleich gewährte Preußen seinen neuen Provinzen die Beibehaltung ihrer Landtage und mancher eigentümlichen Einrichtungen, namentlich ihrer Landeskirchen, ließ dem Hessenlande auch seinen alten Staatsschatz und nahm daraus Veranlassung, auch seine übrigen Provinzen mit ansehnlichen Fonds auszustatten, also ihre Selbständigkeit zu verstärken. Von den entthronten Fürsten verzichtete nur Herzog Adolf

von Nassau gegen eine Abfindungssumme ehrlich und vollständig auf seine Rechte; der Kurfürst von Hessen und König Georg V. von Hannover entbanden zwar ihre Unterthanen vom Eide der Treue, schlossen auch Entschädigungsverträge, verharreten aber grundsätzlich bei ihren Rechten, sodaß Preußen ihr Vermögen, soweit es in den neuen Provinzen lag, mit Beschlagnahme belegte. Von dem Gesetzgebungsrecht des Bundes machte der erste verfassungsmäßige Reichstag (September 1867 bis Mai 1870), im wesentlichen von den Nationalliberalen (R. von Bennigsen, E. Lasfer) bestimmt, im ganzen einen verständigen und wohlthätigen Gebrauch (Freizügigkeit, Unterstützungswohnsitz, Heer- und Flottengesetz, Bundesoberhandelsgericht in Leipzig 1869, Strafgesetzbuch 1870).

Dagegen scheiterten die Hoffnungen, die nationalstaatliche Verbindung zwischen dem Süden und dem Norden bald herzustellen, an der Abneigung der württembergischen Demokraten und der bayrischen Ultramontanen. Nur das Heerwesen, dessen Unzulänglichkeit der kurze Feldzug von 1866 erwiesen hatte, wurde überall nach norddeutschem Muster umgestaltet, am vollständigsten in Baden. Aber nur der entschlossenen Energie des Grafen Bismarck gelang es, die Landtage von Bayern und Württemberg 1867 zur Genehmigung des Wehrbündnisses und der Verlängerung des Zollvereins bis 1876 zu bewegen, sowie die Veränderung seiner Verfassung durchzusetzen, nach der die Zollvereinsangelegenheiten fortan durch einen Zollbundesrat und ein Zollparlament mit einfacher Mehrheit entschieden werden sollten. Die Hoffnung mancher Patrioten, daß sich das Zollparlament zum „Vollparlament“ gestalten möge, wurde durch seine beiden Tagungen 1868 und 1870 nicht erfüllt; immerhin war es ein großer Schritt nach vorwärts, daß norddeutsche und süddeutsche Abgeordnete zusammen in Berlin be-

Zoll- und
Waffen-
bund mit
dem
Eiden

rieten, und daß die Bemühungen, einen besondern süddeutschen Bund zu gründen, nicht über die ersten Anfänge hinauskamen.

Österreich
und
Frankreich

Allerdings nicht nur alte Abneigungen und Vorurteile standen der Vollendung der deutschen Einheit im Wege, sondern auch die Eiferfucht des überraschten Frankreich und des besiegten Österreich, dessen Leitung seit dem 30. Oktober 1866 der frühere sächsische Minister F. von Beust übernommen hatte. Ein Versuch Napoleons III., das Großherzogtum Luxemburg von König Wilhelm von Holland durch Kauf zu erwerben, scheiterte an dem festen Einspruch Graf Bismarcks. Preußen willigte auf den Londoner Konferenzen im Mai 1867 nur in den Beschluß, die preussische Besatzung aus der frühern Bundesfestung herauszuziehen; ihre Werke wurden geschleift und das Land neutralisiert. Aber in Salzburg, wo Napoleon III. mit seiner Gemahlin, der Kaiserin Eugenie, dem österreichischen Kaiserpaare im August 1867 einen Besuch abstattete, um persönlich seine Teilnahme an dem tragischen Ende des Kaisers Maximilian von Mexiko (19. Juni) auszusprechen, verständigten sich beide Monarchen darüber, den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Nordbund als eine Verletzung des Prager Friedens aufzufassen, daher nicht zuzulassen. Dieß schreckte dort allerdings niemanden, aber es zwang zur Vorsicht, um einen Doppelkrieg in einem ungünstigen Momente zu vermeiden.

Die
öster-
reichisch-
ungarische
Monarchie

An einen Angriff dachte man in Wien damals nicht, und man konnte es auch gar nicht. Denn der Krieg von 1866 hatte Österreich schwerer getroffen als der von 1859. Aus dem engern deutschen Staatenverbände war es verdrängt, und damit war eine Entwicklung zum Abschluß gekommen, die schon im zwölften Jahrhundert begonnen hatte; in Italien hatte es mit der Abtretung Veneziens im Wiener Frieden vom 3. Oktober 1866 seine alte, seit anderthalb Jahrhunderten

behauptete Machtstellung völlig verloren. So ganz auf sich zurückgedrängt kehrte es von den zentralistischen und föderalistischen Versuchen zum Dualismus Maria Theresias zurück. Der „Ausgleich“ vom 8. Februar 1867, das Werk Beusts und Franz Deáks, stellte das Königreich Ungarn mit Siebenbürgen und Kroatien als einen selbständigen Staat mit eigenem Ministerium, Parlament, Münz-, Post- und Telegraphenwesen, Landwehr (Honvéd) und magyarischer Staatssprache (außer in Kroatien) neben die westliche Reichshälfte, und am 7. Juni setzte sich Kaiser Franz Joseph in Budapest die ehrwürdige Krone des heiligen Stephan aufs Haupt. Gemeinsam blieben beiden Reichshälften das Herrscherhaus, Heer und Flotte mit deutscher Dienstsprache, das Zollgebiet und das Auswärtige, sowie die für diese Zweige erforderlichen Reichsminister, und neben diesen als Vertreter der beiden Parlamente die Delegationen.

Während somit die Länder jenseits der Leitha der Herrschaft der magyarischen Minderheit, also des magyarischen Adels ausgeliefert wurden, galt es in der westlichen deutsch-slawischen Reichshälfte, das polnisch-ruthenische Galizien mit eingeschlossen, einen Ausgleich zu finden zwischen dem zunehmenden Selbstbewußtsein der slawischen Stämme und der im Interesse des Staates notwendigen Vorherrschaft der deutschen Kultur und Sprache. Der hier zunächst zur Herrschaft berufne deutsch-bürgerliche Liberalismus versuchte das in der Verfassung vom 21. Dezember 1867 durch Gewährung einer Reihe moderner Freiheitsrechte (Gleichheit vor dem Gesetz, Glaubens-, Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit) und die Ausbildung des parlamentarischen Systems zu erreichen. Aber allzu vertrauensselig, versäumten es die Liberalen, die Herrschaft des Deutschen als Staatssprache festzustellen und dem polnisch-ruthenischen Galizien eine Sonderstellung dergestalt zu gewähren, daß es auf Deutschösterreich keinen

Österreich
unter
den
Liberalen

Einfluß üben konnte; zudem hatten sie den feudalen deutschen Adel nicht für sich, den römisch-katholischen Klerus, den sie durch thatsächliche Loslösung vom Konkordat tief erbittert hatten, vollständig gegen sich, und sie konnten weder die Slawen noch die Klerikalen zur regelmäßigen Teilnahme am Wiener Reichsrat bewegen.

Deutsch-
feindliche
Bündnis-
pläne

Die auswärtige Politik Österreichs blieb auf ein enges Einvernehmen mit Frankreich gerichtet und wandte ihre Spitze gegen den Norddeutschen Bund. Auch Napoleon III. wurde von diesem Gegensatz beherrscht, obwohl er persönlich keineswegs Kriegslustig und seit 1863 schwer leidend war. Denn die Stimmführer aller französischen Parteien, A. Thiers voran, verlangten stürmisch „Vergeltung für Sadoma.“ Am liebsten hätten beide Mächte auch Italien zu sich herübergezogen; aber von diesem trennte Napoleon III. die römische Frage, die er durch die abermalige Besetzung Roms zum Schutze gegen den Angriff Garibaldis im Oktober 1867 wieder sehr verschärft hatte und im nationalitalienischen Sinne nicht entscheiden lassen konnte, wenn er sich nicht den französischen Klerus unverföhnlich verfeinden wollte. Seinen Versuch, wenigstens die französische Besetzung Roms durch eine spanische zu ersetzen, vereitelte die Vertreibung der Königin Isabella im September 1868. Trotzdem wurden die Verhandlungen über einen gegen Norddeutschland gerichteten Dreibund sehr ernsthaft betrieben und im März 1870 vom Erzherzog Albrecht in Paris, im Juni vom General Lebrun in Wien ein Kriegsplan verabredet, wonach die französischen Truppen Süddeutschland überfluten und sich bei Nürnberg mit den Österreichern und Italienern zum Vormarsch auf Leipzig und Berlin vereinigen sollten. Nur die Bestimmung des Zeitpunktes für den Angriff fehlte noch; im allgemeinen war 1871 dafür in Aussicht genommen.

Päpstliche
Politik

In derselben Richtung drängten die Ultramontanen vorwärts. Nachdem Papst Pius IX. schon 1854

das Dogma von der unbefleckten (sündlosen) Empfängnis (Marias) kraft eigener Macht verkündigt hatte, erklärte er im „Syllabus“ und in der „Encyklika“ 1861 dem gesamten modernen Bewußtsein und dem darauf beruhenden modernen Staate den Krieg, denn er verwarf ihre Grundlagen und nahm nach der Weise der mächtigsten Päpste des Mittelalters die Unabhängigkeit der Kirche von der Welt, also ihre Herrschaft über die Welt als ihr unveräußerliches Recht in Anspruch, kündigte damit vor allem dem Protestantismus unverföhnliche Fehde an. Endlich beschloß er, durch die Verkündigung der päpstlichen Unfehlbarkeit in Glaubenssachen das Gebäude der ultramontanen Kirche zu krönen, und berief dazu ein allgemeines Konzil nach dem Vatikan auf den 8. Dezember 1869.

Siegten diese kirchlichen und politischen Tendenzen, und kamen jene in Frankreich und Österreich zur Herrschaft, dann wurde die in der Vollendung begriffene deutsche Einheit zerstört und die Nation in das alte Elend zurückgeworfen.

Um Frankreich besser für den großen Kampf zu rüsten, führte Napoleon III. das weittragende Chassepotgewehr ein, verstärkte den Friedensstand des Heeres und errichtete daneben eine Mobilgarde (Landwehr), allerdings wegen des Widerspruchs der Volksvertretung bei weitem nicht in dem ursprünglich geplanten Umfange. Zugleich bewilligte er der wachsenden liberalen Opposition einige liberale Zugeständnisse. Er berief am 2. Januar 1870 das liberale Ministerium Olivier und gewährte einige Verfassungsveränderungen (Ministerverantwortlichkeit, Recht der Kammer, Petitionen anzunehmen, Plebiszit bei Änderungen der Verfassung), die das Plebiszit am 8. Mai mit 7,2 Millionen gegen 1,5 Millionen Stimmen genehmigte. Das Kaisertum schien besser gesichert als je. Nur ein großer auswärtiger Erfolg fehlte noch, denn diese in ihren recht-

Französische
Vorber-
reitungen

lichen Grundlagen so schwache Regierung war nicht imstande, der dahin drängenden mächtigen Strömung im Volke zu widerstehen.

Die
spanische
Thron=
kandi=
datur

In Berlin hielt man alle diese Dinge fest im Auge. Darüber, daß die Neuschöpfung von 1866 so gut wie einst im achtzehnten Jahrhundert die preussische Großmachtstellung noch in einem Kriege gegen die alten Mächte zu verteidigen sein werde, war dort kein Zweifel. Für diesen Fall stellte Moltke mit süddeutschen Offizieren einen Feldzugsplan fest, und angesichts des offenkundigen Einverständnisses zwischen Frankreich und Oesterreich trafen König Wilhelm und Graf Bismarck zu Anfang Juni 1870 in Ems Verhandlungen mit Kaiser Alexander II. von Rußland, die vermutlich dessen freundliche Haltung im Kriegsfall verbürgten. Zugleich begünstigten beide bis zu einem gewissen Grade, wiewgleich nicht amtlich, die Bemühungen der Spanier (seit Februar 1869), den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, den Sohn des Fürsten Anton, für den spanischen Thron zu gewinnen, weil ein gutes Verhältnis zu Spanien im Falle eines Krieges mit Frankreich unter Umständen nicht unwichtig war. Daß ein solcher gerade aus dieser Thronfrage entstehen sollte, war um so weniger wahrscheinlich, als Prinz Leopold ein Enkel der Großherzogin Stephanie (Beauharnais) von Baden, der Adoptivtochter Napoleons I., also ein Verwandter der Bonaparte war. Dreimal lehnte der Prinz die Krone ab; erst als die Spanier in bitterster Verlegenheit sich zum viertenmal an ihn wandten und ihm die Wahl durch die Cortes als ganz zweifellos hinstellten, da nahm er, ohne den König Wilhelm zu benachrichtigen, am 20. Juni 1870 die Krone an, und am 2. Juli beschloß der spanische Ministerrat, ihn den Cortes vorzuschlagen.

Frangö=
sische
Vorbe=
rungen

Sofort aber forderte die öffentliche Meinung in Frankreich, zu deren Organ sich der Herzog von Gra-

mont (bisher Botschafter in Wien), der neue Minister des Auswärtigen, machte, mit wilden Drohungen gegen Preußen, daß die Bewerbung zurückgezogen werde, da ein Hohenzoller auf dem spanischen Throne Frankreich im Rücken bedrohe, und Graf Benedetti wurde angewiesen, in diesem Sinne auf den König Wilhelm (in Ems) einzuwirken. Der greise Monarch, im Augenblick ohne jeden diplomatischen Beirat (Graf Bismarck war in Varzin), lehnte jede Beeinflussung des Prinzen Leopold bestimmt ab, doch dessen Vater Fürst Anton erklärte ohne weiteres am 12. Juli, sein Sohn verzichte, weil er um einer Familienfrage willen nicht Deutschland in einen schweren Krieg verwickeln wollte. Die französischen Minister schienen davon zunächst befriedigt; aber die Kriegspartei im Ministerium und in der Kammer drängte vorwärts. Benedetti erhielt also den Befehl, von König Wilhelm zu fordern, daß er in einem Schreiben an Napoleon sein Bedauern über den Vorfall ausspreche und sich auch für die Zukunft verpflichte, niemals wieder eine Bewerbung des Prinzen um den spanischen Thron zuzulassen. Der König, über diese Zumutung, Abbitte zu leisten und sich für die Zukunft die Hände zu binden, innerlich empört und das dreiste Spiel ahnend, wies am Morgen des 13. Juli auf der Brunnenpromenade zu Ems den Botschafter ernst und entschieden mit der Bemerkung, daß das weitere durch die Ministerien gehen müsse, zurück und ließ den ganzen Vorfall ausführlich an Bismarck telegraphieren, der soeben auf der Reise nach Ems in Berlin eingetroffen war. Der aber strich das Telegramm bis auf wenige Sätze zusammen und sandte dann am 14. Juli die „Emscher Depesche“ „wie eine Fanfare“ in die Welt hinaus. Sie sollte erfahren, daß die französische Forderung rundweg abgewiesen sei. Frankreich war jetzt vor die Wahl gestellt, diese Demütigung hinzunehmen oder loszuschlagen, ehe der Kriegsbund noch

fest geschlossen war, der sich der deutschen Einheit feindselig in den Weg stellte.

Der
Bruch

Da fiel auf die Nachricht, die Abweisung Benedictis sei allen europäischen Höfen amtlich mitgeteilt worden, in der Nacht des 14. Juli im Schlosse von St. Cloud nach mehrmaligem Schwanken und halb gegen den Willen des kranken Kaisers die Entscheidung für den Krieg, und unter tobendem Lärm, während draußen auf den Straßen von Paris der tausendstimmige Ruf gellte: „Nach Berlin! nach Berlin!“ stimmten am 15. Juli Kammer und Senat der Kriegserklärung zu. Die Franzosen rechneten darauf, Süddeutschland zu überrennen oder zum Anschluß zu nötigen, sie hofften auf die Unterstützung Oesterreichs und Dänemarks, vielleicht auch Italiens. Noch immer glaubten sie nicht eine Nation, sondern zwieträchtige Stämme und Staaten vor sich zu haben; von dem stolzen Nationalgefühl, das in Norddeutschland erwachsen war, und von der trotz aller Spaltungen gutdeutschen Gefinnung des Südens ahnten sie noch immer nichts.

Die
Erhebung
Deutsch-
lands

Doch imponierend und in überwältigenden Kundgebungen trat diese Stimmung, als König Wilhelm am 15. Juli von Ems nach Berlin zurückreiste, auf der ganzen langen Fahrt und beim Empfang in der Hauptstadt hervor. Denn jeder betrachtete die spanische Thronfolge als einen Vorwand, als den wirklichen Kriegsgrund die unerträgliche Anmaßung der Franzosen, das Geschick Deutschlands nach wie vor bestimmen zu wollen. Noch in der Nacht ergingen die Befehle zur Mobilisierung der gesamten Armee des Norddeutschen Bundes, am 16. Juli stimmte der Bundesrat dem Beschlusse zum Kriege bei, und am 19. Juli eröffnete König Wilhelm, von der jubelnden Begeisterung eines ganzen, großen Volkes umbrauft, den Reichstag, der nun fast einstimmig die Mittel zum Kriege

bewilligte. Während der greise Herrscher draußen in Charlottenburg am Sarge seiner Mutter betete, in wehmütiger Erinnerung an ihren Todestag vor sechzig Jahren, überreichte der französische Geschäftsträger dem Grafen Bismarck die amtliche Kriegserklärung. Inzwischen riß auch im Süden eine unwiderstehliche nationale Strömung wie im Sturme alles mit sich fort. Die Fürsten riefen vertragstreu, wie es sich geziemte, ihre Truppen zu den Waffen, zuerst König Ludwig II. von Bayern am 16. Juli; die Landtage bewilligten die Mittel zur Rüstung. Was die neidische Eifersucht der Franzosen hatte hindern wollen, das eben hatte sie im Nu herbeigeführt: Deutschland war einig in seiner Rüstung und in seiner Gesinnung. Und nicht wie 1813 war es das verzweifelte Aufbäumen eines mißhandelten Volkes gegen eine ungeheure Übermacht, sondern die ruhige, kraftbewußte, wohlgeordnete Erhebung einer geeinigten großen Nation.

Ein merkwürdiges Zusammentreffen war es, daß in denselben Tagen, am 18. Juli, das Vatikanische Konzil die Unfehlbarkeit des Papstes aussprach, noch unter dem Schutze der französischen Waffen. Doch Frankreichs Sache erhielt dadurch keine Förderung. Auch die Hoffnungen der Franzosen auf fremde Hilfe erwiesen sich als eine Täuschung. Graf Beust hätte herzlich gern losgeschlagen, aber die überstürzte Hast, mit der Frankreich gegen seine Erwartung den Bruch herbeigeführt hatte, und noch mehr eine drohende Erklärung Rußlands, das Deutschland jetzt den Rücken deckte, wie Preußen ihm im Krimkriege und 1863, führten den Beschluß herbei, neutral zu bleiben (20. Juli). Dasselbe erklärte Italien am 24. Juli. Auch Dänemark wagte sich nicht zu rühren, denn Graf Bismarck drohte bei der ersten feindlichen Bewegung Jütland zu besetzen. So traten die beiden gewaltigen Gegner einander allein gegenüber.

Haltung
des Aus-
landes

Der
Aufmarsch

Damit war von Anfang an das Verhältnis zu Ungunsten der Franzosen verschoben. Denn weder an Stärke, noch an Schlagfertigkeit, noch in der Führung standen sie den Deutschen gleich. Statt, wie allgemein erwartet wurde, sogleich nach der Kriegserklärung in Deutschland einzubrechen und den Rhein zu überschreiten, sammelten sich die französischen Truppen, wenig über 300 000 Mann mit 810 Geschützen, langsam zu zwei Heeren, um Meß die „Rheinarmee“ unter dem persönlichen Oberbefehle Napoleons III., der am 28. Juli mit seinem Sohne, dem Prinzen Louis Napoleon, dort eintraf, und im untern Elsaß eine kleinere Armee unter Mac Mahon; Reservisten standen im Lager von Chalons. Inzwischen vollzogen sich in imposanter Planmäßigkeit und Ruhe die Mobilisierung und der Aufmarsch der deutschen Streitkräfte. Während ansehnliche Massen unter Vogel von Falckenstein, von der noch schwachen, zu einer Seeschlacht unfähigen norddeutschen Flotte nach Kräften unterstützt, die langgestreckten Küsten bewachten, sammelten sich längs des linken Rheinuferes im ganzen über 450 000 Mann mit etwa 1800 Geschützen, die erste Armee unter Steinmetz um Koblenz, die zweite, stärkste, unter dem Prinzen Friedrich Karl um Mainz, wo König Wilhelm am 2. August persönlich den Oberbefehl übernahm, endlich in der bayrischen Pfalz die dritte, die Süddeutschen mit zwei norddeutschen Armeekorps, unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, dessen ebenso imponierende wie liebenswürdige Persönlichkeit aufs glücklichste der Aufgabe entsprach, Nord- und Süddeutsche vereinigt gegen den Feind zu führen.

Der
deutsche
Einmarsch
und die
Schlachten
um Meß

Nachdem vierzehn Tage in kleinen Plänkelleien längs der Grenze vergangen waren, überschritt am nächsten Morgen des 4. August die dritte Armee die Nordgrenze des Elsaß, vernichtete die Vorhut Mac Mahons, die Division Abel Douay, bei Weißenburg und schlug

ihn selbst am 6. August in der mörderischen Schlacht bei Wörth am westlichen Abhange der Vogesen aufs Haupt, sodaß der Marschall nur Trümmer seines Heeres über das Gebirge nach Nancy rettete und die badische Division schon in den nächsten Tagen die Einschließung von Straßburg begann. An demselben 6. August erstürmten die Vortruppen der ersten Armee unter schweren Verlusten die Höhen von Spichern bei Saarbrücken. So von Norden und Osten bereits auf ihrem eignen Gebiete von den Deutschen bedroht, wichen die Franzosen auf die starke Festung Metz zurück, wo Marschall Bazaine am 12. August die Leitung übernahm, um die „Rheinarmee“ über Verdun nach Chalons zurückzuführen und sich dort mit Mac Mahon zur Entscheidungsschlacht zu vereinigen. Doch die deutschen Truppen der ersten Armee hemmten durch den Angriff auf seine Nachhut östlich von Metz bei Colombey und Courcelles am 14. August den schon begonnenen Abmarsch der Franzosen; dann überschritten einige Korps der zweiten Armee am 15. August die Mosel oberhalb von Metz und stellten sich am 16. August auf der Hochebene bei Mars-la-Tour und Bionville den endlich westwärts abziehenden Franzosen in der blutigsten Schlacht des ganzen Krieges mit solchem Erfolge in den Weg, daß Bazaine den Abmarsch vorläufig ganz aufgab und seine Armee in die starke Stellung Gravelotte—St. Privat zurückführte. Hier wurde er am 18. August von den vereinigten deutschen Streitkräften unter König Wilhelm angegriffen und nach achttündigem Kampfe, den gegen Abend Kronprinz Albert von Sachsen durch einen Flankenangriff auf dem linken Flügel entschied, nach Metz zurückgeworfen.

Während nun Prinz Friedrich Karl Metz mit sieben Armeekorps einschloß, trat die neu gebildete vierte (Maas-) Armee unter Kronprinz Albert zugleich und parallel mit der dritten Armee den Vor-

Sebau

marsch auf Chalons an. Doch die vorausseilende deutsche Reiterei fand das dortige Lager zu ihrer Überraschung geräumt, denn Mac Mahon hatte, den drängenden Mahnungen von Paris her, wo die Regierung bei weiterm Rückzuge eine Revolution befürchtete, widerwillig nachgebend, in Begleitung Napoleons III. den verwegenen Zug begonnen, am längs der rechten Flanke der vordringenden Deutschen Metz zu erreichen und Bazaine zu entsetzen. Statt dessen wurde er, sobald diese Bewegung entdeckt war, von den deutschen Vortruppen, die rechts einschwenkend durch das Waldgebirge der Argonnen nordwärts voringen, selbst in der rechten Flanke gefaßt, nach der Maas und der belgischen Grenze hingedrängt, am 30. August bei Beaumont von Kronprinz Albert völlig geschlagen und zum Rückzuge über die Maas nach der kleinen Festung Sedan genötigt. Hier ereilte ihn das Verderben. Am 1. September in ihrer Stellung rings um die Stadt im Osten, Süden und Westen von 200 000 Mann Deutschen umfassend angegriffen und vornehmlich durch ihre überlegene Artillerie in die unhaltbare Festung zurückgeworfen, gaben die völlig entmutigten und zerrütteten französischen Massen den Kampf auf. Noch am Abend ergab sich Napoleon III. persönlich dem greisen Sieger König Wilhelm, am 2. September kapitulierte die ganze Armee, noch 84 000 Mann, und der gefangne Kaiser reiste durch Belgien nach Schloß Wilhelmshöhe ab. Es gab keine französische Armee mehr im offenen Felde. In denselben Tagen, am 31. August und 1. September, wiesen Manteuffels Ostpreußen einen großen Ausfallsversuch Bazaines nach Nordosten hin bei Noisseville ab. Unermeßlicher Jubel erfüllte ganz Deutschland.

Sturz
des
Kaiser-
tums

Allein der von vielen nunmehr erhoffte Friede kam nicht. Denn am 4. September wurde in Paris die Republik ausgerufen, und die neue „Regierung der

nationalen Verteidigung“ (Jules Favre, Leon Gambetta, Trochu u. a.) wollte trotz der verzweifeltsten Lage von Gebietsabtretungen nichts hören, sondern spannte alle Kräfte des Landes rücksichtslos an. Die Periode der großen raschen Siege im freien Felde über die wohlgeschulten kaiserlichen Heere war zu Ende, der lange zähe Kampf um die Festungen und gegen die rasch aufgebotnen und locker gefügten, aber an Zahl den Deutschen weit überlegnen Heeresmassen der Republik, die die Festungen entsetzen wollten, begann. Der Fanatismus der Bevölkerung und die vorschreitende Jahreszeit erschwerten den Kampf aufs höchste, machten den Krieg wilder, die Ausbeutung der Erfolge schwieriger und verlängerten den Kampf noch um fünf schwere Monate.

Zunächst erlag Straßburg, die „wunderschöne Stadt“ des alten Volksliedes, am 28. September der Beschießung und der regelmäßigen Belagerung des Generals von Werder. Paris selbst, seit 1840 die riesigste Festung der Welt, mit Ringwall und starken Außenforts umgeben, von 500 000 Mann Bewaffneter (meist Mobil- und Nationalgarden) und über 3200 Geschützen verteidigt, war seit dem 19. September von nur 150 000 Mann deutscher Truppen eingeschlossen, die eine Linie von 82 km bewachen mußten und binnen einigen Wochen durch Hunger die Stadt zur Übergabe zu bringen hofften. Um den Entsatz zu verhindern, ging die deutsche Heeresleitung (seit dem 5. Oktober mit König Wilhelm in Versailles) darauf aus, die Heeresbildungen in den Provinzen zu zerstören und gewissermaßen einen weitem äußern Ring um die Einschließungsarmee vor Paris zu ziehen. Daher besetzte der bayrische General von der Tann nach dem Siege bei Artenay am 10. Oktober Orleans am 11. Oktober, General von Wittich erstürmte im Westen am 18. Oktober Chateaudun, im Osten drang Werder mit dem neu-

Fall
Straß-
burgs;
Ein-
schließung
von
Paris

gebildeten vierzehnten Armeekorps über die Vogesen in Burgund ein und besetzte nach heftigen Kämpfen am 30. Oktober Dijon.

Fall von
Méz;
Gambetta

Da war es von entscheidender Bedeutung, daß Bazaine, von steigender Not bedrängt und nach vergeblichen Versuchen, die nach England geflüchtete Kaiserin Eugenie als die legitime Regentin Frankreichs zu einem Abkommen mit Deutschland zu bewegen, am 28. Oktober das unbezwungne Méz und seine ganze Armee, 170 000 Mann, mit allem Kriegsgesamt dem Prinzen Friedrich Karl übergeben mußte. Denn einerseits trieb das den Leiter der französischen „Regierungsdelegation“ in Tours (seit dem 9. Oktober), Leon Gambetta (geb. 1838) an, mit diktatorischer Gewalt nach dem Muster von 1792 durch das allgemeine Aufgebot aller Franzosen vom 21. bis zum 40. Lebensjahre ungeheure Heeresmassen zum Entsatz von Paris aufzubieten und mit Hilfe besonders englischer und nordamerikanischer Waffenlieferungen, die von der deutschen Flotte nicht gehindert werden konnten, vorzüglich auszurüsten; andererseits wurden nun die bisher vor Méz festgebannten deutschen Truppen verfügbar, und da die französische Flotte schon seit dem September die Ostsee, seit dem Oktober auch die Nordsee verlassen hatte, ohne über eine Blockade hinaus zu kommen, so konnten auch die bisher dort stehenden Heeresmassen nach Frankreich gezogen werden. So wurde die Einschließungsarmee vor Paris auf 200 000 Mann gebracht, zugleich eine Nordarmee unter Manteuffel, eine Südarkmee unter Prinz Friedrich Karl gebildet.

Der
erste
Versuch
zum
Entsatz
von
Paris

In zwei mächtigen Anläufen versuchten nun die Franzosen den eisernen Doppelring um Paris zu brechen. Aber Manteuffel schlug Faidherbes Nordarmee, die sich auf die alten Festungslinien an der belgischen Grenze stützte, am 27. November bei Amiens,

am 23. Dezember an der Hallue, einem Nebenflusse der Somme, und behauptete die Sommelinie. Im Süden mußte von der Tann vor der Übermacht der Loirearmee unter Aurelles de Paladine Orleans räumen und nach dem Gefecht bei Coulmiers am 9. November nordwestwärts abziehen. Allein der Anmarsch des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg drängte die Franzosen wieder zurück, und ihre mächtigen Vorstöße von Orleans her prallten an den nunmehr sich nähernden Truppen des Prinzen Friedrich Karl ab, am 28. November bei Beaune-la-Rolande im Nordosten, am 2. Dezember bei Soigny im Nordwesten, bis endlich die vereinigten deutschen Heerführer am 3. und 4. Dezember zum umfassenden Angriff auf Orleans übergingen, die Loirearmee in zwei Teile auseinandersprenkten und Orleans abermals besetzten. Die Westhälfte jener Armee, jetzt unter Chanzy, wurde dann in den Gefechten um Beaugency 8.—12. Dezember auf Le Mans zurückgedrängt, und da auch Tours jetzt bedroht war, so flüchtete die Regierungsdelegation nach Bordeaux. In denselben Tagen, da vor Orleans die Entscheidung fiel, am 30. November und 2. Dezember, wiesen Sachsen, Württemberger und Pommern in der überaus verlustvollen Schlacht bei Brie, Villiers und Champigny einen mächtigen Ausfall der Pariser Armee nach der Ostseite hin zurück; nur den Mont Avron vor den Ostforts behaupteten die Franzosen. Auch die Versuche des greisen Thiers, die Höfe von Florenz, Wien, Petersburg und London zum Eingreifen für Frankreich zu bewegen, waren gescheitert: keine Macht wagte es, dem siegreichen Deutschland in den Arm zu fallen.

Während dieser Kämpfe hatte sich die deutsche Heeresleitung nach heftigem Ringen der widerstreitenden Ansichten doch entschlossen, Paris zu beschließen, um die Übergabe zu beschleunigen. Raum hatten die Be-

Der
zweite
Versuch
zum
Entsatz
von
Paris

Lagerungsstruppen nach deutscher Weise ihr Weihnachten vor Paris gefeiert, von der Heimat mit „Liebesgaben“ überschüttet, da begann am 27. Dezember das Feuer der schweren Belagerungsgeschütze zuerst gegen den Mont Avron und die Forts der Ostfront, am 5. Januar 1871 auch gegen die Südfront. Um so nachdrücklicher wurden die Bewegungen der französischen Provinzialheere zur Rettung der bedrängten Hauptstadt. Aber am 18. und 19. Januar 1871 schlug Göben bei St. Quentin Faidherbe aufs Haupt; im Süden zersprengte Prinz Friedrich Karl in der Schlacht bei Le Mans 10.—12. Januar die Loirearmee Chanzy's. Im Südosten, wo das starke Belfort schon seit dem November eingeschlossen war, behauptete Werder nur mit Mühe seine Stellung gegen Garibaldi's buntgemischte Freischaren und andre Truppen und mußte, als Bourbaki mit der neuen Ostarmee von der Loire heranzog, um Belfort zu entsetzen und in Süddeutschland einzubrechen, zur Deckung dieser Belagerung und des Elsaß bis an die Visaine im Westen der Festung zurückgehen. Hier aber wehrte er mit wenig über 40 000 Mann in den Tagen des 15. bis 17. Januar die stürmischen Anläufe der 100 000 Franzosen ab, und da ihnen inzwischen eine neue deutsche Südarmee unter Manteuffel über die verschneite Côte d'Or in den Rücken kam, so wurden Bourbaki's Truppen schließlich am 1. Februar zum Übertritt in die neutrale Schweiz gedrängt, wo man sie entwaffnete.

Fall von
Paris
und
Waffen-
stillstand

Nummehr war das Schicksal von Paris entschieden. Am 19. Januar schlugen die Belagerer einen letzten verzweifelten Ausfall nach der Westseite in der Richtung auf Versailles zurück, am 21. begann die Beschießung auch auf der Nordfront. Da, unter dem Eindrucke der Hiobsposten aus den Provinzen und die Hungers-

not dicht vor Augen, suchte die Pariser Regierung, von J. Favre und A. Thiers vertreten, um Einstellung des Kampfes nach. Am 26. Januar mitternachts schwieg das Feuer, und am 28. Januar wurde ein Waffenstillstand auf drei Wochen unterzeichnet, um den Franzosen Frist zu geben, eine anerkannte Regierung herzustellen. Die Besatzungsarmee von Paris blieb innerhalb der Wälle kriegsgefangen und lieferte bis auf die Nationalgarde und 12000 Mann Linientruppen die Waffen ab, die Außenforts wurden geräumt und am 29. Januar den Deutschen übergeben.

Inzwischen hatten sich die teuersten Hoffnungen aller guten Deutschen glänzend erfüllt. Unter dem Eindrucke der gemeinschaftlichen Siege des August und September hatten die süddeutschen Staaten die Verhandlungen über ihren Eintritt in den Nordbund begonnen, die unter Teilnahme Rudolf Delbrücks, des Präsidenten des Bundeskanzleramts, bald nach Versailles verlegt wurden, und am 15. November unterzeichnete hier Graf Bismarck die Verträge mit Baden und Hessen-Darmstadt, am 23. mit Württemberg, am 25. mit Bayern. Diese beiden Königreiche behielten ihre selbständige Post- und Telegraphenverwaltung, das württembergische (dreizehnte) Armeekorps trat in dasselbe Verhältnis wie das XII. königlich sächsische, die bayrischen Truppen sollten nur im Kriegsfall unter den Oberbefehl des Bundesfeldherrn treten, und aus den Gesandten der drei Königreiche ein Ausschuss für die auswärtige Politik gebildet werden. Trotz mancher Bedenken von beiden Seiten her war der nationale Zug doch so stark, daß der norddeutsche Reichstag (am 9. Dezember) und die Landtage von Hessen, Baden und Württemberg die Verträge mit großer Mehrheit annahmen, der bayrische am 21. Januar 1871 mit einer reichlichen Zweidrittelmajorität. Unerwartet dieses Beschlusses

Erneuerung des Deutschen Reichs

übertrug „Deutschlands einträchtiger Fürstenrat,“ König Ludwig II. von Bayern voran, unter der freudigen Zustimmung des norddeutschen Reichstages, die wieder Heinrich Simson nach Versailles überbrachte (18. Dezember), dem König Wilhelm, dem ehrwürdigen Haupte des deutschen Fürstenstandes und dem Führer seiner siegreichen Heere, die Würde des Deutschen Kaisers. Also wurde er am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Königsschlosses von Versailles, umgeben von Vertretern aller deutschen Fürstengeschlechter und von den Fahnen seines Heeres, feierlich zum Kaiser ausgerufen. Eine Entwicklung von Jahrhunderten war damit zum ruhmvollsten Abschluß gelangt: in bündlich-einheitsstaatlichen Formen hatte die Krone Preußen ein nationales Reich deutscher Nation begründet.

Der
Friede

Am 26. Februar schloß dies neue Reich seinen ersten und glorreichsten Frieden ab, den Vorfrieden von Versailles. Frankreich trat das Elsaß (ohne Belfort) und Deutsch-Lothringen mit Metz an Deutschland ab und versprach 5 Milliarden Frs. Kriegskosten zu zahlen, bis zu deren Abtragung deutsche Truppen in Frankreich stehen bleiben sollten. Am 1. März besetzten 30 000 Mann Deutsche einen Teil von Paris, am 2. nahm die Nationalversammlung in Bordeaux den Vertrag an, am 3. März unterzeichnete ihn Kaiser Wilhelm. Und nun läuteten durch das ganze Reich die Kirchenglocken den Frieden ein, die Städte erglänzten im Schimmer der Illumination, und von den Häusern wehten die ruhmgekrönten Fahnen des neuen Reichs. Der endgiltige Abschluß des Friedens wurde nur dadurch verzögert, daß sich am 18. März in Paris der längst drohende sozialdemokratische Aufstand der „Kommune“ erhob. Doch noch ehe er unter entsetzlichen Greueln zu Ende ging (28. Mai), vereinbarte Fürst Bismarck am 10. Mai 1871 in Frankfurt a. M. mit F. Favre und Pouyer-Quertier den endgiltigen Frieden. Die

jubelnde Heimkehr der siegreichen Truppen und der Siegeseinzug der Garden mit Teilen aller deutschen Armeekorps in der Reichshauptstadt am 16. Juni bildete den eindrucksvollen Abschluß der deutschen Einheitskriege.



Der Ausbau des Deutschen Reichs 1871 bis 1888

Das
Drei-
kaiser-
bündnis

Die Niederwerfung der ersten europäischen Großmacht und die Aufrichtung der deutschen Zentralmacht mußte für die europäischen Verhältnisse von einschneidender Bedeutung sein. Schon während des Krieges trat das hervor. Nach dem Sturze des Napoleonischen Kaisertums besetzten die Italiener am 20. September 1870 Rom, das die Franzosen zu Ende Juli geräumt hatten, und vollendeten damit ihre nationale Einheit. Rußland aber zerriß durch eine Note vom 1. Oktober den Vertrag über die Neutralisierung des Schwarzen Meeres, ein Hauptergebnis des Krimkrieges, und knüpfte sein Verhältnis zu Deutschland fester, wie es der persönlichen Gesinnung des Kaisers Alexander II. und den Interessen beider Reiche entsprach. Aber auch Österreich näherte sich, seine seit 1866 befolgte Politik aufgebend, dem Deutschen Reich, und schon im September 1871 trafen beide Kaiser, zum erstenmale seit 1865, wieder in Salzburg mit einander zusammen. Auch nach dem Rücktritte des Grafen Beust am 1. November 1871 hielt sein Nachfolger Graf Julius Andrássy aus innerster Überzeugung an diesem Verhältnis fest, das sein Vorgänger als eine politische Notwendigkeit begründet hatte, und bei der Dreikaiserzusammenkunft

in Berlin im September 1872 kam das enge Einvernehmen der drei Ostmächte, das „Dreikaiserbündnis,“ zum glänzenden Ausdruck. Auch Italien, von dem Drucke der französischen Vorherrschaft befreit, näherte sich dem Dreikaiserbündnis, und König Viktor Emanuel von Italien tauschte mit den Herrschern Deutschlands und Österreichs Besuche aus (1873 und 1875). Für zwei Jahrzehnte lag der Schwerpunkt der europäischen Politik in der deutschen Reichshauptstadt.

Aber nicht um Europa zu beherrschen, sondern um für Deutschland und Europa den Frieden zu bewahren, benutzte Fürst Bismarck das Übergewicht Deutschlands, eine so unerhörte Mäßigung nach unerhörten Siegen, daß die Welt sich nur schwer gewöhnte daran zu glauben. Der Friede aber beruhte darauf, daß Frankreich in der Isolierung erhalten wurde, in die es der Krieg gestürzt hatte, denn nur dann zähmte es sein glühendes Verlangen nach „Revanche.“ Aus der tiefen Zerrüttung richtete es sich unter der Leitung von Adolphe Thiers mit überraschender Kraft empor, und als nach dessen Rücktritt (24. Mai 1873) unter der Präsidentschaft des Marschalls Mac Mahon, des „glorreich Besiegten“ von Sedan, der Versuch, die Monarchie des Hauses Bourbon-Orleans in der Person des Grafen Heinrich von Chambord wieder herzustellen, im Oktober 1873 gescheitert war, da befestigte sich die französische Verlegenheitsrepublik und brachte mit der Abdankung des im Herzen monarchisch gesinnten Marschalls am 30. Januar 1879 ihre ehrlichen Anhänger (Julius Grevy, Leon Gambetta) ans Ruder. Freilich eine wahre Demokratie begründete sie keineswegs, sondern ein Geldoligarchie von Börsenmännern und Advokaten, in der fortwährend neben den finanziellen Interessen der verschiedenen Unternehmergruppen die unverföhnlichen prinzipiellen Gegensätze des Klerikalismus und des religiösen Liberalismus der „Freidenker“

miteinander rangen und die einzige einigende Idee die „Revanche“ blieb. Aber bündnisfähig wurde Frankreich nicht.

Der
mitteleu-
ropäische
Dreibund

Diese Lage begann sich zu verschieben, als sich das Verhältnis Deutschlands zu Rußland lockerte. Denn immer stärker wurde dort der Einfluß der Panslawisten, die in Rußland eine radikale Demokratie unter dem nationalen Despotismus des Zaren aufzurichten und mit ihr den „verfaulten Westen“ durch eine Herrschaft des jugendlichen Slawentums unter der Leitung des orthodoxen Rußland zu verjüngen gedachten, auf diesem Zukunftsweg aber das Deutsche Reich und Österreich als das stärkste Hindernis erkannten. Nun führte der russisch-türkische Krieg, ein Kreuzzug für die Befreiung der christlichen Balkanvölker, 1877/78 nur zu einem halben Erfolge, denn Österreich und England waren, als die Russen im Februar 1878 vor Konstantinopel standen, zum Kriege entschlossen, und der Kongreß von Berlin (13. Juni bis 13. Juli 1878) unter Fürst Bismarcks Vorsitz nötigte die Russen, sich mit einer bescheidenen Gebietserwerbung in Asien, der Verschiebung ihrer Grenze bis an die Donaumündung und der Bildung zweier bulgarischer Vasallenstaaten zufrieden zu geben, ja sogar die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Österreich zu gestatten (1878). Da sich der ganze tiefe Groll der Russen gegen den „ehrlichen Makler,“ den Fürsten Bismarck richtete, so schloß dieser am 7. Oktober 1879 in Wien mit Graf Andrassy das deutsch-österreichische Verteidigungsbündnis, worin beide Kaiserreiche einander den vollen Beistand zusicherten, falls eins von ihnen zugleich von zwei Seiten (also Deutschland von Frankreich und Rußland) angegriffen würde, in jedem Kriege aber freundliche Neutralität. Damit war der 1849 geplante „weitere Bund,“ die völkerrechtliche Verbindung Österreichs mit dem deutschen Bundesstaate vollzogen. Sie

erneuerte sich 1883 und zog nun auch Italien heran. Fortan bildete der mitteleuropäische Dreibund das festeste Bollwerk des europäischen Friedens.

Trotzdem und obwohl nach der schrecklichen Ermordung Kaiser Alexanders II. am 13. März 1881 mit seinem Sohne Alexander III. (1881—94) der deutschfeindliche Panflawismus in Rußland ans Ruder kam, verstand es Fürst Bismarck doch, das Dreikaiserbündnis nicht nur zu erhalten, sondern es auch, als es ablief, am 1. April 1884 in der Form zu erneuern, daß die drei Mächte einander zusicherten, den Frieden zu bewahren und im Falle von Zwistigkeiten zunächst unter einander einen friedlichen Ausgleich zu versuchen. Als auch dieser Vertrag 1887 ablief und Österreich die Erneuerung ablehnte, um freie Hand im türkischen Orient zu behalten, sicherte doch Fürst Bismarck durch einen Vertrag mit Rußland auf drei Jahre für Rußland die freundliche Neutralität Deutschlands (bei einem Zusammenstoß mit England) und umgekehrt für Deutschland die russische Neutralität bei einem etwaigen Kriege mit Frankreich, indem er dabei zugleich die Interessen Österreichs und Italiens wahrte. So behauptete das Deutsche Reich mit starker Hand die Stellung der vermittelnden und damit der leitenden Macht und für sich wie für ganz Europa den Frieden.

Daselbe Nationalitätsprinzip, auf dem die Neugestaltung Mitteleuropas beruhte, wirkte im alten Österreich, namentlich in seiner parlamentarischen Ausgestaltung im wesentlichen auflösend. Während in Ungarn die Magyaren die Herrschaft ihres Volkstums und ihrer Sprache rücksichtslos durchsetzten und dabei an den ungarländischen Deutschen kaum Widerstand fanden, mit Ausnahme der tapfern Siebenbürger Sachsen, die wenigstens ihr deutsch-protestantisches Kirchen- und Schulwesen behaupteten, hatten die Deutschen in der Westhälfte des Reichs zur Erringung

Verhältnis zu Rußland

Partei-
gegenstände
in
Österreich

einer solchen Stellung weder die örtliche noch die nationale Geschlossenheit. Daher dauerte das Schwanken zwischen einer slawisch-klerikal-föderalistischen und einer deutsch-liberal-zentralistischen Richtung fort. Einer kurzen Herrschaft jener Partei unter Graf Hohenwart (1871) folgte nach dem Rücktritt Beusts mit seinem Nachfolger Graf Andrassy (14. November 1871) im Gesamtstaat die seitdem bestehende Hegemonie Ungarns, in Österreich für eine Reihe von Jahren die Herrschaft des deutschen Liberalismus unter dem Ministerium Aueršperg. Dies verwandelte 1873 im Sinne des Zentralismus den Reichsrat aus einer Versammlung von Delegierten der Landtage in eine unmittelbar gewählte Volksvertretung, an der freilich die Tschechen ihre Teilnahme hartnäckig verweigerten, und hob 1874 das Konkordat von 1855 förmlich auf, ohne damit freilich die ultramontane Gesinnung des Klerus zu entwurzeln. Ebenso wenig vermochte es zu verhindern, daß die tschechische Bevölkerung, begünstigt durch den fast ganz tschechischen Klerus, den Großgrundbesitz und die Entwicklung der Industrie, immer tiefer in die deutschen Randlandschaften Böhmens und Mährens vordrang.

Die
„Ver-
söhnungs-
politik“

Endlich untergruben die deutschen Liberalen selbst ihre Herrschaft, indem sie sich aus Furcht vor einer Verstärkung des slawischen Übergewichts der im Interesse der Monarchie unumgänglichen Okkupation Bosniens 1878 kurzfristig widersetzen. So trat im Februar 1879 das Ministerium Aueršperg zurück, und Graf Eduard Taaffe, ein Jugendfreund des Kaisers, übernahm im August 1879 die Leitung mit dem Programm, die Nationalitäten durch Zugeständnisse zu „versöhnen.“ Als die Deutschliberalen auch noch das Heeresgesetz in der beantragten Feststellung des Friedensstandes auf zehn Jahre ablehnten, gewährte Taaffe mit der böhmisch-mährischen Sprachenverordnung vom April 1880 dem

Tschechischen zum erstenmale prinzipiell die amtliche Gleichberechtigung und ersetzte die deutsch-liberalen Mitglieder seines Kabinetts durch Tschechen und Polen. Nun schlossen sich zwar die Deutschen enger zusammen und suchten durch den deutschen Schulverein das Deutschtum namentlich an der Sprachgrenze und in den Sprachinseln zu schützen; aber in Böhmen verschärften sich die Gegensätze von Jahr zu Jahr, die Tschechen setzten 1882 die Zweiteilung der Prager Universität durch, und die deutsche Minderheit trat Ende 1886 aus dem böhmischen Landtage aus. Auch die Slowenen, ein kleines Bauernvölkchen ohne Schriftsprache, erreichten die allmähliche Slawisierung ihres Schulwesens.

Für dieses Zurückweichen der deutschen Kultur vor der minderwertigen Halbkultur kleiner Volksstämme bot der zum Teil glänzende wirtschaftliche Aufschwung, die Entwicklung der Industrie namentlich in Böhmen, der Ausbau eines immer dichtern Eisenbahnnetzes, die Ausdehnung des Handels besonders in der Levante, der prächtige Umbau von Wien u. a. dgl. keinen zureichenden Ersatz, und der jähe, von einem düstern Geheimnis umgebene Tod des hochbegabten Kronprinzen Erzherzog Rudolf am 30. Januar 1889 zeigte die Zukunft der Monarchie in einem noch ungewissern Licht. Als feste Punkte erwiesen sich schließlich in all diesen Wirren nur die durchaus natürliche geographisch-wirtschaftliche Verbindung dieser Ländermasse, die alte Tradition des Staatszusammenhanges und das Herrscherhaus, namentlich die Persönlichkeit des Kaisers Franz Joseph, der es bei sehr energischer Betonung seines Willens stets in merkwürdiger Weise verstanden hat, allen seinen Völkern das Gefühl zu geben, daß er allen gleich nahe stehe.

In ganz andrer Weise erschienen den Deutschen im Reiche Kaiser Wilhelm I. und sein Reichskanzler Fürst Bismarck nicht nur als die Begründer, sondern

Zusammenhaltende Kräfte in Österreich

Kaiser Wilhelm I. und Fürst Bismarck

auch als die Verkörperung ihrer nationalen Größe. Denn dieser Hohenzoller war ein König vom Scheitel bis zur Sohle. Er vereinigte würdevolle Hoheit mit herzgewinnender Milde, fürstliches Selbstbewußtsein und ehernen Willen mit schlichter Bescheidenheit, fast unfehlbare Menschenkenntnis mit rührender Treue gegen seine großen Berater, ehrliche Frömmigkeit mit weit-herziger Duldsamkeit, und er verband mit der Harmonie seines Wesens noch im höchsten Greisenalter eine wunderbare Fähigkeit, sich in immer neue Aufgaben hineinzudenken und jeder gewachsen zu sein. So erwarb er die einmütige Verehrung aller Stämme und aller Kreise vom Fürstenschlosse bis zur schlichten Hütte, und er wuchs seinen Deutschen mit jedem Jahre fester ans Herz. Im Fürsten Bismarck aber erkannte die Nation mehr und mehr die mächtigste Verkörperung deutscher Art seit Martin Luther. Während er die auswärtige Politik erst Preußens, dann des Reichs mit dem glänzendsten Erfolge führte, wiesen sein genialer Blick und sein eiserner Wille auch der innern Entwicklung der Nation ganz neue Bahnen, und bald mit dieser, bald mit jener Partei sich verbündend, die Mittel nach der Lage wechselnd und alle „Friktionen“ auch in höfischen Kreisen immer wieder siegreich überwindend, verfolgte er unentwegt stets das eine Ziel: die Größe und das Glück seines Vaterlandes.

Die
Sozialdemokratie

Daß bei diesem Ausbau des Reichs zunächst die nationalliberale Partei, also der Kern des besitzenden Bürgertums, im Vordergrund stand, war in der Natur der Sache begründet, denn in ihm war das Streben nach der nationalen Einheit am lebendigsten gewesen, und die Konservativen folgten nur zögernd den neuen kühnen Bahnen des großen Kanzlers. Zugleich erwuchsen nebeneinander in diesem doktrinärsten der Völker zwei internationale Parteien, die der neuen Nationaleinheit feindselig oder gleichgiltig

gegenüber standen. Zunächst getrennt von den im ganzen noch nationalen Anhängern Lassalles bildete sich unter dem Einflusse der Londoner Agitatoren Marx und Engels durch A. Bebel und W. Liebknecht die internationale Sozialdemokratie. Sie stellte 1869 in Eisenach das Programm ihres „Zukunftsstaats“ auf (genossenschaftliche Produktion, allgemeines gleiches direktes Wahlrecht vom 20. Lebensjahre ab für alle Vertretungskörper, direkte Gesetzgebung durch das Volk, Volkswehr, Abschaffung aller indirekten Abgaben, progressive Einkommensteuer). Mit dem raschen Wachstum des nationalen Wohlstandes und der Entfesselung des Verkehrs, vor allem mit dem „Milliardensegens“, der das Land mit „Gründungen“ der verschiedensten Art bedeckte und die Ansprüche an das Leben überall steigerte, wuchs das Selbstbewußtsein und die Begehrlichkeit der handarbeitenden Klassen, des „vierten Standes.“ Er sah in der Sozialdemokratie um so mehr seine Vertretung, als der bürgerliche Liberalismus dem Gedanken der Staatshilfe für die schweren unleugbaren Nöte des vierten Standes gegenüber einem oft selbstfüchtigen Unternehmertum noch ganz fern stand, und zugleich die in ihm weit verbreitete materialistische Weltanschauung das irdische Wohlsein als der Güter höchstes erscheinen ließ. So zog die Richtung Bebels 1875 auch Lassalles Anhänger zum Eisenacher Programm hinüber, schloß sich im September 1877 mit den Gesinnungsgenossen in ganz Mittel- und Westeuropa zu einem großen internationalen Verbands zusammen und gewann durch ihre rast- und gewissenlose Agitation in Wort und Presse einen Reichstagsstich nach dem andern.

Wenn hier das wirtschaftlich-soziale Interesse das nationale überwucherte, so trat dies in andern Kreisen hinter dem kirchlich-hierarchischen zurück. Dem neuen Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit hatten sich

Die
Mittatho-
liten

auch die deutschen Bischöfe nach anfänglichem Widerstreben unterworfen. Die „alkatholische“ Bewegung, die nicht über das Tridentinum hinausgehen wollte, ging nur von einigen Gelehrten (J. von Döllinger, H. Reinkens, J. von Schulte) aus und beschränkte sich auf enge Kreise, die ungeheure Masse der Geistlichen und Laien unterwarf sich dem jetzt von den Bischöfen nachdrücklich vertretenen Dogma.

Zentrum
und
Kultur=
kampf

Fürst Bismarck hatte diese theoretische Kriegserklärung des Papsttums an den modernen Staat zunächst unbeachtet gelassen. Aber unmittelbar nach dem Kriege bildete zunächst für den Reichstag Ludwig Windthorst und Peter Reichensperger eine konfessionelle katholische Partei von 63 Abgeordneten, das „Zentrum,“ um dadurch den Interessen ihrer Kirche den Rückhalt zu geben, den sie durch das Ausscheiden Österreichs aus dem deutschen Staatenverbande verloren habe. Sie forderte die Wiederherstellung des Kirchenstaats, die „Freiheit“ der Kirche und den Ausbau des Reichs auf „föderativer“ Grundlage. Nun hob die preußische Regierung im Juni 1871 die katholische Abteilung des Kultusministeriums auf, da sie zu einem Werkzeuge der Kirche gegen den Staat geworden war, und ein Reichsgesetz (Dezember 1871) bedrohte jeden Mißbrauch der Kanzel zu Agitationszwecken mit Strafe. Hierauf setzte der neue Kultusminister Adalbert Falk (seit Januar 1872), der in seinem juristischen Doktrinismus die römische Kirche unrichtig beurteilte und daher in der notwendigen Abwehr vielfach weiter ging, als klug und notwendig war, zunächst für Preußen das Schulaufsichtsgesetz, für das Reich die Ausweisung der Jesuiten (4. Juli 1872) durch, endlich 1873 die „Maigesetze“ (Beschränkung der geistlichen Strafgewalt auf rein geistliche Sachen, Vorbildung der Geistlichen ausschließlich auf deutschen Bildungsanstalten, Staatsaufsicht über die geistlichen Bildungs-

anstalten, Anzeigepflicht der geistlichen Obern bei Anstellung von Geistlichen, königlichen Disziplinargerichtshof für kirchliche Angelegenheiten). Andre Gesetze übertrugen die Vermögensverwaltung verwaister Bistümer an königliche Kommissare (Mai 1874), die der Gemeinden an eine weltliche Gemeindevertretung (Juni 1875), stellten die aller Diözesen unter staatliche Aufsicht (Juli 1876), sperrten widerstrebenden Geistlichen die Staatsbezüge (April 1875) und hoben alle Ordensniederlassungen, die nicht der Krankenpflege dienten, auf (Mai 1875). Die Einführung der Zivilehe erst in Preußen (1874), dann im ganzen Reiche (1875) sollte zugleich die Eheschließung vor allem Mißbrauche der geistlichen Gewalt sichern. Doch die Hoffnung, die katholischen Laien von dem Klerus trennen und diesen dadurch zur Unterwerfung zwingen zu können, schlug vollständig fehl, und der Klerus leistete, von dem Grundsatz geleitet, daß alle diese Gesetze ohne die Zustimmung der Kirchengewalt ungiltig seien, den zähesten Widerstand. So wurden allmählich bis Ende 1876 von zwölf preußischen Bischöfen sieben durch Richterspruch entsetzt, von den Pfarren waren etwa tausend verwaist, und eine oft maßlose demagogische Agitation in der rasch aufschießenden „Kaplanpresse“ verbitterte die Gemüter immer mehr, sodaß ein Fanatiker am 13. Juli 1874 in Kissingen sogar einen Mordanschlag auf Fürst Bismarck unternahm.

Diese Kämpfe zwischen dem souveränen Staat und der gleichfalls die Souveränität beanspruchenden Kirche, die moderne Wiederholung uralter Konflikte, erschweren natürlich die Ausgestaltung des Reichs nicht wenig. Aber sie machte dennoch rüstige Fortschritte. Die französische Kriegsschädigung wurde für Vergütung der Kriegsschäden, Wiederherstellung des Armeematerials und Kasernenbauten, Ausbau der Marine, Ausstattung der Invaliden und Dotationen für besonders

Ausgestaltung
des
Reichs

verdiente Generale und Staatsmänner und einen Reichskriegsschatz von 120 Millionen Mark verwendet. Elsaß-Lothringen, als „Reichsland“ unter der Gesamtsouveränität des Reichs, erhielt schon 1872 eine neue Universität in Straßburg und nach einer kurzen Periode der Diktatur im Landesausschuß eine Art Landesvertretung und das Recht, seine Abgeordneten in den Reichstag zu senden, wurde außerdem durch mächtige Festungsbauten in Straßburg und Metz, sowie durch die Bildung eines neuen (XV.) Armeekorps gesichert. Endlich wurde 1879 die oberste Landesverwaltung von Berlin nach Straßburg verlegt und der General Edwin von Manteuffel als kaiserlicher Statthalter an die Spitze gestellt. Trotz aller Fürsorge ließ sich die Bevölkerung nur langsam für Deutschland gewinnen. Gegen 150 000 wanderten nach Frankreich aus, und die katholische Geistlichkeit wie die halbfranzösierten höhern Stände verhielten sich lange im ganzen feindselig.

Defestigung der Einheit

Neue feste Klammern für das Reich wurden die neue einheitliche Maß-, Münz- und Gewichtsordnung (1873), die großartige Ausbildung des Reichspost- und Telegraphenwesens durch den genialen Reichspostmeister Heinrich Stephan (seit 1870), das Heer, dessen Friedensstärke 1874 auf 401 000 Mann auf sieben Jahre festgestellt wurde, die kaiserliche Marine, die 1872 unter die kaiserliche Admiralität gestellt und nach dem Flotten Gründungsplan von 1873 ausgestaltet wurde, endlich die einheitliche Gerichtsverfassung von 1876, die in dem Reichsgericht zu Leipzig 1879 ihre Spitze erhielt.

Die Einzelstaaten

Inzwischen waren die Einzelstaaten bemüht, die Verwaltung in Staat und Kirche durch stärkere Ausbildung der Selbstverwaltung umzugestalten. Preußen erhielt 1872 für die östlichen Provinzen eine neue Kreisordnung, gestaltete 1875 seine Provinziallandtage im liberalen Sinn um und gewährte den Provinzen größere Kapitalien aus der französischen Kriegsent-

schädigung zu selbständiger Verwendung. Die Landes-
kirche der östlichen Provinzen erhielt 1873 eine neue
Gemeinde- und Synodalordnung, 1876 eine General-
synode für sämtliche alte Provinzen. In ähnlicher
Weise verfuhr Sachsen unter König Albert (seit 1873),
das zugleich das gesamte Schulwesen einheitlich regelte.
In Bayern, dessen idealgerichteter König Ludwig II.
(1864—86) an den Geschäften wenig Freude fand,
hemmte der Kampf zweier fast gleich starker Parteien
im Landtage, der klerikalen altbayrischen Partikularisten
(„Patrioten“) und der nationalgesinnten Liberalen zu-
weilen fast die ganze Gesetzgebung, doch mußte der
Minister von Luz wenigstens einen kirchlichen Konflikt
zu vermeiden. In Württemberg hatte das Ministerium
Mittnacht mit einer zähen, kleinbürgerlich-partikula-
ristischen Demokratie manchen harten Strauß zu be-
stehen, in Baden stützte sich das Ministerium Folly
lange Jahre auf eine feste nationalliberale Mehrheit.
Bei alledem machte der Reichsgedanke in Süddeutsch-
land entschiedne Fortschritte.

Nirgendß war das Reich mit seinen Glieder-
staaten so eng verwachsen wie im Finanzwesen. Denn
das Reich war für seine stets wachsenden Aufgaben
zwar zunächst auf die Einnahmen aus den indirekten
Steuern, den Zöllen und den Reichsregalien (Post und
Telegraph) angewiesen, mußte aber außerdem fort-
während die „Matrikularbeiträge“ der Einzelstaaten
in Anspruch nehmen, war also in dieser Beziehung
von ihnen abhängig und beeinflusste andererseits wieder
in unberechenbarer, also oft störender Weise deren
Finanzen. Daher wollte Fürst Bismarck das Reich
durch Erhöhung der eignen Einnahmen auf eigne Füße
stellen, die Einzelstaaten von ihm finanziell abhängig,
zu seinen „Kostgängern“ machen. Der zuerst einge-
schlagne Weg, der großartige Gedanke, sämtliche
deutsche Eisenbahnen in den Besitz des Reiches zu

Verstaat-
lichung
der
Eisen-
bahnen

bringen und damit zugleich den immer größern Wirrwarr von 82 selbständigen Eisenbahngebieten und 60 Vorständen, von denen 49 Privatunternehmungen waren, ein Ende zu machen, erwies sich (1876) als ungangbar, denn die Mittelstaaten widerstrebten aufs entschiedenste; er gab nur den Anlaß zur allgemeinen Verstaatlichung der Eisenbahnen durch die Einzelstaaten, die für Preußen Albert Maybach seit 1879 mit dem glänzendsten Erfolge durchführte.

Die
Steuer-
frage;
das
Sozial-
listen-
gesetz

Auf dem zweiten Wege, der Erhöhung der Zölle, stieß Fürst Bismarck auf den Widerstand der noch überall herrschenden Freihandelslehre. Erst die Aufhebung der Eisenzölle mit dem 1. Januar 1878 zeigte, daß die schwere Gefährdung eines der wichtigsten Zweige der deutschen Industrie eine Folge der praktischen Anwendung dieser Lehre sei, und zugleich bewies das schnelle Wachstum der Sozialdemokratie, daß der Staat, ohne sich selbst zu gefährden, nicht länger säumen dürfe, in das Verhältnis zwischen den Unternehmern und den Arbeitern regelnd einzugreifen. Dieser Anschauung kam der sogenannte Rathedersozialismus (Gustav Schmoller) vom Standpunkte der Volkswirtschaftslehre zu Hilfe. Die entscheidende Wendung trat aber erst ein, als Fürst Bismarck im April 1877, amtsmüde und körperlich leidend, sein Entlassungsgesuch einreichte und der Kaiser, die unvergleichlichen Verdienste des gewaltigen Mannes würdigend, sein „Niemals“ darauf schrieb, ihm also freie Hand wollen zu lassen erklärte, und als dann zwei ruchlose Mordanschläge auf den menschenfreundlichsten Monarchen am 11. Mai und am 2. Juni 1878 blitzartig den Abgrund beleuchteten, an den die sich selbst überlassene Sozialdemokratie das deutsche Volk gerissen hatte. Ein Ausnahmegesetz gegen sie hatte der Reichstag nach dem ersten Attentate noch abgelehnt; der nach dem zweiten Anfall neu gewählte Reichstag nahm ein besser vorbereitetes am

19. Oktober 1878 auf die Zeit bis zum 31. Mai 1881 an, das dann noch mehrfach (bis 1890) verlängert wurde. Damit wurde die gesamte sozialdemokratische Presse und die offene Organisation und Agitation einer sich selbst außerhalb des Gesetzes stellenden Partei mit einem Schläge unterdrückt.

Zugleich setzte ein großes Zeitalter wirtschaftlich-sozialer Reformen ein. Es galt durch besonnene Fürsorge für den vierten Stand diesen von den sozialdemokratischen Bahnvorstellungen loszureißen, den nationalen Markt für die nationale Produktion zu sichern, für diese neue große Absatzmärkte und Gebiete zur Gewinnung überseeischer Rohstoffe zu eröffnen, endlich die deutsche Auswanderung für die Nation nutzbar zu machen. Zunächst führte die Zollreform von 1879 Eingangszölle auf Getreide, Holz und Eisen ein, und 1881 wurde endlich der Anschluß der beiden wichtigsten deutschen Hafenplätze Hamburg und Bremen an das deutsche Zollgebiet mit Erhaltung eines für ihren Zwischenhandel unentbehrlichen Freihafengebietes gesetzlich geregelt, also der Zollverein vollendet und mit dem allen das Reich in der That finanziell selbständig gemacht. Der Sozialreform wies die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 die Richtung. Was die deutsche Monarchie einst für den Bauernstand, die mittelalterlichen Zünfte für die Handwerker geleistet hatten (I, 270), das versuchte jetzt das nationale Kaisertum für die Millionen der Industriearbeiterschaft zu leisten durch die Versicherung gegen Unfälle, Krankheit und Invalidität nach den Reichsgesetzen von 1883.

Die wirtschaftliche Entwicklung drängte weiter. Riesig wuchs seit der Begründung des Reichs die Bevölkerung (1871 bis 1885 von 41 auf 47 Millionen), die überseeische Auswanderung, die doch dem Vaterlande völlig verloren ging (1880, auf der höchsten Stufe,

Sozial-
und Wirt-
schafts-
reform

Wirt-
schaftliche
und
soziale
Ent-
wicklung

220000), die Ausfuhr (1872 bis 1885 von 2500 auf 2900 Millionen Mark), die Handelsflotte (1871 bis 1885 von knapp 1 Million auf 1,294 Million). Zugleich vollzog sich unter dem Einfluß der unbefchränkten Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit eine immer stärkere Verschiebung der ländlichen und kleinstädtischen Bevölkerung in die Großstädte, die daher unverhältnismäßig rasch wuchsen (Berlin 1860 bis 1888 von $\frac{1}{2}$ auf $1\frac{1}{2}$ Million), also ein immer stärkeres Anschwellen der in Handel und Industrie beschäftigten Klassen, eine immer dichtere Einwanderung polnischer Arbeiter und jüdisch-polnischer Händler aus den dünn bevölkerten, geringern Verdienst gewährenden Ostprovinzen in die großen Industrie- und Handelszentren und in die arbeiterbedürftigen Gutswirtschaften bis nach Westfalen hinein. Sie verursachte für Westpreußen und Posen einen bedenklichen Rückgang des Deutschtums und des deutschen Grundbesitzes, für die großen Städte aber, vor allem für Berlin, einen ungesunden Zuwachs nur halbgermanisierter jüdischer Einwohner (1880 schon 54000 von 364000 preußischen Juden) und ein Überwuchern dieses halbfremden Elements in Börsenverkehr und Presse wie in manchen gelehrten Berufen.

Innere
Kolonisation

Während nun gegen diese Übelstände die antisemitische Bewegung bald in maßvollerer, bald in heftigerer Weise und im ganzen mit geringem Erfolge ankämpfte, suchte die preußische Regierung der Polonisation des Ostens zunächst 1885 durch massenhafte Ausweisungen polnisch-russischer Einwanderer entgegenzuarbeiten. Sodann nahm sie die germanisierende innere Kolonisation früherer Hohenzollern wieder auf, indem sie sich 1886 vom Landtage hundert Millionen Mark bewilligen ließ, um in Posen und Westpreußen polnische Güter zu erwerben und darauf deutsche Kolonisten anzusetzen (bis Ende 1896 etwa 10000 Köpfe auf 92000 Hektar). Zur Vermehrung der Bauernstellen im Osten

trug seit 1890/91 auch die Bildung von Rentengütern wesentlich bei.

Auffallend langsam entwickelte sich im Volke das Verständnis für die Notwendigkeit, überseeische Kolonien zu erwerben. Noch im April 1880 lehnte der Reichstag die vom Reichskanzler vorgeschlagene Zinsgarantie für die deutsche Handels- und Plantagegesellschaft der Südseeinseln (C. Godeffroy) auf der Samoa-Gruppe kurzfristig ab, und nur mühsam bereiteten der Deutsche Kolonialverein seit 1882 und die Deutsche Kolonisationsgesellschaft seit 1883 im Mutterlande den Boden für koloniale Unternehmungen vor. Unmittelbarer wirkten die deutschen Afrikareisenden Paul Pogge, Hermann Wissmann u. a., die unternehmenden, namentlich hanseatischen Handelshäuser, die an der West- und Ostküste Afrikas auch in noch herrenlosen Strichen ihre Faktoreien anlegten, und die rheinischen Missionare, die schon seit Jahrzehnten z. B. im südwestafrikanischen Sottentottenlande mit gutem Erfolge arbeiteten.

Eben hier zuerst erwarb der Bremer Kaufherr Lüderitz um Angra Pequena ausgedehnte Hoheitsrechte, und Fürst Bismarck eröffnete die amtliche Kolonialpolitik Deutschlands, indem er durch die Depesche vom 24. April 1884 Lüderitz und seine Erwerbungen unter den Schutz des Reiches stellte und dann an mehreren Küstenpunkten die deutsche Flagge hissen ließ. Im Juli desselben Jahres nahm der bewährte Afrikareisende Gustav Nachtigal als Reichskommissar das Logoland unweit von den alten verfallenen Niederlassungen des Großen Kurfürsten und das Kamerungebiet am Fuße des mächtigen „Götterberges“ für Deutschland in Besitz, und gegen Ende des Jahres begründete Karl Peters durch eine Reihe von Verträgen die deutsche Schutzherrschaft im zentralen Ostafrika. Hierauf erklärte die afrikanische Konferenz in Berlin (15. November 1884 bis 26. Februar 1885) unter Bismarcks Leitung das ganze äqua-

Vorbereitungen
der
deutschen
Kolonial-
politik

Anfänge
der
deutschen
Kolonial-
politik

toriale Afrika für eine Art von Freihandelsgebiet, wies Frankreich ein großes Gebiet am untern Kongo zu, erkannte den unabhängigen Kongostaat, die Gründung König Leopolds II. von Belgien, an und verpflichtete alle Kolonialmächte, sich bei neuen Besitzergreifungen mit einander zu verständigen. Damit war das englische Kolonialmonopol gebrochen, eine gerechtere Verteilung des Kolonialbesitzes wenigstens angebahnt. Besondere Schwierigkeiten machte nachmals die größte deutsche Besizung, Ostafrika, durch die Notwendigkeit, sie gegen die Ansprüche des Sultans von Sansibar zu sichern, und eine Erhebung der bisher dort allein herrschenden Araber (1888) mit Waffengewalt niederzuschlagen, was H. von Wissmann als Reichskommissar mit glänzendem Erfolge 1889/90 durchführte. Auch im tropischen Australien faßte das Reich 1884/85 durch die Erwerbung des Bismarckarchipels, des Nordostens von Neuguinea und der Marschallinseln Fuß, und in demselben Jahre 1885 bewilligte der Reichstag eine ansehnliche Unterstützung für zwei Postdampferlinien nach Ostasien und Australien. Wochten von den neuen Kolonien auch als Auswanderungsgebiet nur Südwestafrika, die übrigen nur als Pflanzungskolonien in Betracht kommen, Deutschland war jetzt doch in die Reihe der Kolonialstaaten, also der Weltmächte eingetreten. Mit diesem raschen Wachstum der überseeischen Interessen hielt der Ausbau der deutschen Kriegsmarine allerdings nicht Schritt, denn die beiden ersten Chefs der Admiralität, die Generale von Stosch und von Caprivi, behandelten die Flotte noch immer mehr wie ein Werkzeug zur Küstenverteidigung als zur Beherrschung der Meere.

Der
kirchliche
Ausgleich

Mit dem innern Frieden und Gedeihen Deutschlands, die doch das letzte und höchste Ziel aller dieser Arbeiten waren, sollte sich der kirchliche Friede verbinden, den für die katholischen Deutschen der „Kultur-

kampf“ unterbrochen hatte. Dahin drängte ebenso eine politische wie eine sittliche Erwägung. Was die päpstliche Weltkirche ertragen konnte, die Verwirrung in einigen ihrer zahllosen Diözesen und die Gewissensnot von Tausenden ihrer Bekenner, das vermochte ein deutscher Landesherr, der seine fürstliche Verantwortlichkeit so lebhaft fühlte wie Kaiser Wilhelm, auf die Dauer nicht zu ertragen. Zugleich drängte der Abfall eines großen Teils der Liberalen (seit 1879) von der neuen Steuer- und Wirtschaftspolitik den Fürsten Bismarck zur Verständigung mit dem Zentrum, und diese war von kirchlichen Zugeständnissen abhängig. Außerdem schien ein Einlenken des Papsttums unter dem Nachfolger Pius IX., dem klugen Leo XIII. (seit 1878), eher möglich als unter jenem. Daher wurde Falk im Juli 1879 durch Buttamer ersetzt, dem, als er Minister des Innern wurde, von Gopler folgte. Die Aufhebung einzelner Strafbestimmungen der Maigesetze ermöglichte nun zunächst die Wiederherstellung einer geordneten Seelsorge in der Mehrzahl der verwaisten Pfarreien, die meisten der abgesetzten Bischöfe (Melchers von Köln und Ledochowski von Gnesen-Posen ausgenommen) durften in ihre Sprengel zurückkehren, und als Leo XIII. 1883 die Anzeigepflicht zugestanden hatte, wurden alle noch unbesehten Pfarren besetzt und 1886 auch die neuen Bischöfe durch päpstliches Breve mit landesherrlicher Zustimmung ernannt, endlich 1887 eine Reihe geistlicher Orden zugelassen. Aufrecht erhalten wurden also die Anzeigepflicht, die Teilnahme der Laien an der kirchlichen Gemeindeverwaltung und die Zivilehe; ausgeschlossen vom Reichsgebiet blieben die Jesuiten, und auch die katholische Abteilung des Kultusministeriums wurde nicht wieder hergestellt. Soviel der Staat auch sachlich nachgegeben hatte, die Souveränität seiner Gesetzgebung und Verwaltung hatte er doch prinzipiell durchaus behauptet.

Zu-
sammen-
wachsen
der
Nation

So störend und verwirrend der „Kulturkampf“ auf weite Kreise gewirkt hatte, die Nation wuchs doch immer mehr zusammen. Der Sedantag, der Geburtstag des Kaisers, und besonders seit 1885 auch des Fürsten Bismarck wurden nationale Festtage, und zahllose Denkmäler zur Erinnerung an die große Zeit der Einheitskriege und ihre Führer erhoben sich allerorten, zuweilen einfache Denksteine, zuweilen aber auch großartige Kunstwerke. Damit verband sich besonders in den mittlern Schichten des Volkes eine mächtige Verstärkung des monarchischen Bewußtseins. Denn mehr und mehr stellte sich der deutsche Fürstenstand, statt seine Kräfte für die Behauptung einer doch nur scheinbaren Souveränität zu vergeuden, nach dem ehrwürdigen Beispiele Kaiser Wilhelms ehrlich in den Dienst des Reichs und wurde seine beste Stütze. Nur so konnte der monarchische Bundesstaat, die schwierigste Form des zusammengesetzten Staats, Festigkeit gewinnen. Selbst schweren Stößen hielt diese monarchische Gesinnung stand, so in Braunschweig beim Tode des Herzogs Wilhelm 1884, als der Bundesrat 1885 die Thronfolge des Herzogs Ernst August von Cumberland für unzulässig erklärte, solange dieser, der Sohn König Georgs V. von Hannover, die Reichsverfassung und den derzeitigen Besitzstand der deutschen Staaten nicht ausdrücklich anerkannt habe, und Prinz Albrecht von Preußen zum Regenten berufen wurde; so in Bayern, als König Ludwig II. wegen Irrensinn entsetzt werden mußte und sich selbst am 13. Juni 1886 im Starnberger See das Leben nahm, an seine Stelle aber sein ebenfalls unheilbar geisteskranker Bruder Otto unter der Regentschaft des Prinzen Luitpold trat. Wie eng sich die Anhänglichkeit an das heimische Fürstenhaus mit der Treue zum Reiche verband, kam in glänzenden Festen, wie in dem siebenhundertjährigen Wittelsbachjubiläum in Bayern 1880 und in der achthundertjährigen Erinnerungsfeier an die Über-

tragung der Mark Meissen an das Haus Wettin in Sachsen 1889 (I, 176, 140) zum lebendigen Ausdruck.

Allerdings, der große Aufschwung des geistigen Lebens, den viele von der glorreichen Erneuerung des Gemeinwesens deutscher Nation erwarteten, kam nicht in diesem Maße, denn politisch stark bewegte und wirtschaftlich hart arbeitende Zeiten sind selten künstlerisch besonders produktiv. Die erzählende Prosadichtung, die Lyrik, namentlich die religiöse, und wenigstens einzelne Zweige der Dramatik leisteten oft Tüchtiges und Erfreuliches; Porträt, Landschaft, historische und religiöse Malerei und Plastik fanden reiche Anregung an der großen Zeit und durch die Vertiefung des Blicks für das Leben des Gemüts und der Natur; doch besonders seit den achtziger Jahren drang der in Frankreich, Rußland und Norwegen längst herrschende Naturalismus auch in die deutsche Kunst ein, an die Stelle des Schönen das Charakteristische setzend und alle Kunsttraditionen auflösend. Die Architektur erhielt und löste mit dem erstarkenden Wohlstande die großartigsten Aufgaben, ohne es freilich zu einem selbständigen Stile zu bringen, und das Kunstgewerbe nahm einen außerordentlichen Aufschwung. Unbestritten blieb der Vorrang der deutschen Wissenschaft, obwohl die Zunahme der Einzelforschung den Überblick über größere Wissensgebiete immer schwieriger machte. In den höhern Schulen begannen die klassischen Sprachen vor den exakten Wissenschaften zuweilen mehr zurückzuweichen, als sich mit einer gesunden Jugendbildung vertrug. Das religiöse Leben gewann unleugbar wieder an Tiefe, erfaßte auch solche Kreise, die ihm lange entfremdet waren, und äußerte sich auf beiden Seiten vor allem in den Werken des praktischen Christentums, wengleich der modische Pessimismus in Verbindung mit dem Naturalismus fortwährend an den sittlich-religiösen Wurzeln des deutschen Lebens nagte.

Geistiges
Leben

Ver-
stärkung
des
Heeres

So lebte die zu neuer Macht aufgestiegne Nation ein reiches Dasein, war aber auch von allen Gegensätzen der modernen Welt durchsetzt und gelangte zu keiner wirklichen Harmonie ihrer Bildung. Sogar die Selbstverständlichkeit der patriotischen Gesinnung, die früher zu staatlicher Einheit gelangten Kulturvölkern eigen ist, war in Deutschland nicht überall und nicht immer vorhanden, auch abgesehen von der grundsätzlich internationalen, also vaterlandslosen Sozialdemokratie. Eigensinn und Doktrinarismus, Vorurteile und Sonderinteressen spalteten den Reichstag in hadernde Parteien, sodaß der Baumeister des Reichs niemals eine feste Mehrheit für sich fand. Indes, wenn die Sicherheit des Reichs in Frage kam, schwiegen die Gegensätze. Der unter dem Eindruck der hastigen Kriegsrüstungen Frankreichs unter Boulanger 1887 gewählte Reichstag genehmigte die Verstärkung des Friedensstandes der Armee auf 468 000 Mann für abermals sieben Jahre, also auch die Bildung zweier neuer Armeekorps, des XVI. und XVII. Als dann trotz des Neutralitätsvertrages von 1887 Rußland immer größere Truppenmassen in seinen Westprovinzen anhäufte, allerdings nicht unmittelbar zu Angriffszwecken, da wurde die neue Wehrevorlage (Erneuerung der Landwehr zweiten Aufgebots und Errichtung eines Landsturms) am 6. Februar 1888 nach einer gewaltigen Rede Fürst Bismarcks fast einstimmig angenommen.

Ausgang
Wilhelms
I. und
Friedrichs
III.

Es war der letzte Sieg Kaiser Wilhelms des Siegreichen, ein Lichtblick in dem tiefen Kummer um seinen schwer erkrankten und damals schon dem sichern Tode verfallenen Sohn, den Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der fern von der Heimat in San Remo weilte. Kurz nachher verschied der erste Kaiser aus dem Hause Hohenzollern, der nie besiegte Kriegsherr, am 9. März 1888 nach wenigen Tagen des Leidens friedlich, ohne Kampf, und am 16. März geleitete ein unabsehbares

Trauergefolge inmitten düstrier Pracht die Leiche nach dem Mausoleum in Charlottenburg. Während eine Trauer, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte, durch Deutschland ging, war sein Nachfolger, Kaiser Friedrich, am 11. März von der Riviera nach der noch winterlichen Heimat zurückgekehrt, ein sterbender Mann. Eine erschütternde Tragik gestaltete die neunundneunzig Tage seiner Regierung zu einem qualvollen, hoffnungslosen Kampfe zwischen der marktverzehrenden Krankheit und dem fürstlichen Pflichtgefühl, den der edle Dulder mit christlicher Standhaftigkeit und mit dem Mute eines Helden führte. Am 15. Juni 1888 entschlief er im Neuen Palais bei Potsdam. Mit dem Säbel, den er bei Wörth, am Tage seines schönsten Sieges, getragen hatte, wurde er zur letzten Ruhe gebettet, und sein ältester Sohn, Kaiser Wilhelm II. (geb. 27. Januar 1859), bestieg den Thron. Indem sich die deutschen Fürsten um ihn scharten, als er am 25. Juni den Reichstag zum erstenmale feierlich eröffnete, bekundeten sie vor aller Welt, daß das Deutsche Reich unerschütterlich feststehe, und der junge Herrscher selbst knüpfte mit der Versicherung, daß er des Staates erster Diener sein wolle, die Zukunft an die besten und größten Überlieferungen der Hohenzollern an.

Die Aufgabe der deutschen Politik ist für diese nähere Zukunft offenbar nicht die Beseitigung der mannigfachen Unregelmäßigkeiten der Reichsverfassung, sondern im Innern der Ausgleich der sozialen Gegensätze, soweit dies die Unvollkommenheit der menschlichen Natur erlaubt, nach außen die Stärkung des nationalen Bandes mit den Deutschen Oesterreichs, die erst im Kampfe mit den Slawen sich ihres Volkstums recht bewußt geworden sind, und die Sicherung des deutschen Anteils an der Weltherrschaft der weißen Rasse, die nur dann möglich ist, wenn die Reichsgewalt wirklich Seegewalt wird. Denn im kommenden Jahrhundert

Zukunftsaufgaben

werden nur die europäischen Mächte wirkliche Großmächte sein, die Weltmächte geworden sind. Bei dem stichtlichen Niedergange des Parlamentarismus aber wird nur eine starke Monarchie diese neuen Aufgaben zu lösen vermögen.



Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig
Verlag der Grenzboten

**Nützliche und notwendige Bücher
für jedermann**

Der Werdegang des deutschen Volkes

Historische Richtlinien für gebildete Leser

von

Otto Kaemmel

Erster Teil: Das Mittelalter

Gebunden 2 Mark 50 Pfennige

Der als Geschichtschreiber in hohem Ansehen stehende Leipziger Professor und der überaus rührige Grenzbotenverlag haben die verdienstliche Arbeit übernommen, die Geschichte der Deutschen in einem auf zwei Bände beschränkten Werke darzustellen, das an Billigkeit bei gleicher Ausstattung nicht mehr übertroffen werden kann. Der erste Band dringt bis zur Reformation vor und gliedert den reichen Stoff in vier Zeiträume, die Wanderzeit bis gegen 500 n. Chr., die Stammeszeit unter der Herrschaft des fränkischen Reiches 500—918, die deutsch-römische Kaiserzeit 919—1273, die landesfürstlich-städtische Zeit 1273—1517. Dieser Zeitabschnitt wird auf 366 Seiten in klarer, formenschöner Sprache behandelt, ausführlich genug, um dem gebildeten Leser alle Zusammenhänge der wechselvollen Geschichte unsers Vaterlandes anschaulich zu machen und, wie es in dem interessanten Vorwort heißt, nicht nur Fürsten- und Kriegsgeschichte, sondern Volksgeschichte zu geben und demnach allen Seiten der Entwicklung in ihrem innern Zusammenhange möglichst gerecht zu werden. Kaemmel vertritt die Überzeugung, daß, stärker als die materiellen Verhältnisse, die geistigen Mächte, die nach Verwirklichung drängenden großen Ideen und die großen Persönlichkeiten die Geschehnisse der Völker entscheiden, er sieht daher im Staat, in der organisierten Gesellschaft die höchste Leistung des irdischen Menschen, in der Darstellung staatlicher Wandlungen und sittlicher Thaten die erste und nächste Aufgabe aller Geschichtschreibung, und er bekennt sich zu dem schlichten Glauben an eine höhere Leitung der

menschlichen Dinge, ohne sich zu vermessen, sie im einzelnen nachweisen zu wollen. Solchem Programm kann man nur vollinhaltlich zustimmen. (Frankfurter Journal)

Durchaus zu loben ist der historische Standpunkt des Verfassers, der im Gegensatz zu einer zu weit gehenden einseitigen materialistischen Geschichtsauffassung, wie sie Lamprecht vertritt, zwar wohl erkennt, daß die materiellen Verhältnisse mitbestimmend auf die Gestaltung des Lebens der Völker einwirken, aber doch es ablehnt, daß die materiellen Verhältnisse allein oder auch nur in erster Linie das Werden der deutschen Nation bestimmt haben und noch bestimmen. Vielmehr sieht er die geistigen Mächte, die großen Ideen und die großen Persönlichkeiten, die diese Ideen aufstellen oder ergreifen oder zur Verwirklichung zu führen suchen, als die Mittelpunkte der Entwicklung hinzustellen und sieht daher nach wie vor im Staate die höchste Leistung des irdischen Menschen, in der Darstellung staatlicher Wandlungen und sittlicher Thaten die erste und nächste Aufgabe aller Geschichtschreibung. Da die politisch-nationale Entwicklung in den Vordergrund gerückt ist, so ist darnach, nicht nach kulturgeschichtlichen Gesichtspunkten, die Einteilung der großen Perioden gewählt. Der vorliegende erste Teil behandelt die Wanderzeit, die Stammeszeit, die deutsch-römische Kaiserzeit und die landesfürstlich-städtische Zeit. Der zweite Teil wird noch drei Abschnitte hinzubringen, die landeskirchlich-ständische Zeit, die preussisch-österreichische Zeit und die deutsche Kaiserzeit. Wir können das Buch jedem Gebildeten, der sich mit deutscher Geschichte beschäftigen will, recht angelegentlich empfehlen. (Schlesische Zeitung)

Raemmel beabsichtigt mit diesem neuen Werke „historische Richtlinien für gebildete Leser“ zu geben. Durch diesen Zweck ist der Charakter der Darstellung vorgezeichnet: nicht auf Einzelheiten geht sie ein, sondern richtet den Blick beständig auf den Zusammenhang mit dem Ganzen, auf die Gesamtentwicklung. Gewissermaßen entsteht somit ein einheitlich gestaltetes geschichtliches Repetitorium. Da der Verfasser den Stoff in meisterhafter Weise beherrscht, so gerät er niemals in Gefahr, die Übersichtlichkeit und Durchsichtigkeit durch das Eingehen auf untergeordnete Dinge zu trüben. Es ist ein hoher Genuß, so gleichsam von hoher Warte aus einen klaren Gesamtüberblick über unsere mittelalterliche Geschichte zu gewinnen, ein Genuß, für den wir dem Verfasser wie dem Verleger dankbar sein dürfen. Daß für jüngere wie ältere Männer das Buch ein vortreffliches Weihnachtsgeschenk ist, braucht darnach nicht besonders betont zu werden. (Leipziger Neueste Nachrichten)

Geschichte der griechischen Litteratur

Erster Band: Die Poesie

Von

Dr. E. Kroker

In Leinwand gebunden 2 Mark 50 Pfennige

Der Verfasser hat . . . die Absicht verfolgt, alle diejenigen, die für die Dichtungen der alten Griechen Interesse haben, durch eine Darstellung, die sich von allem gelehrten Beiwerk frei hält, auf eine angenehme Weise in die Litteraturgeschichte derselben einzuführen. Diesen Zweck hat er meines Erachtens in vollem Umfange erreicht. . . . Die Art und Weise, wie der Verfasser seinen Stoff behandelt, verdient alles Lob: er weiß die einzelnen Persönlichkeiten in ihrer Bedeutung für die Litteratur in ein helles Licht zu setzen und fesselt dabei den Leser durch eine Darstellung, die ein warmes Interesse für die Sache bekundet und sich von aller Effekthascherei frei hält. . . . Ganz besonders möchten wir für die Zwecke der Schule das vorliegende Werk angelegentlichst empfehlen. Die Schüler lernen ja leider, namentlich wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, von der griechischen Litteratur im Unterricht nur einen geringen Bruchteil kennen, und der Wunsch, dieselben etwas tiefer in die Schätze der hellenischen Poesie einzuführen, ist gewiß ein durchaus berechtigter. . . . Somit empfehlen wir das Buch der Beachtung der Fachgenossen. Auch für die Schülerbibliothek der obersten Stufe dürfte es sich durchaus eignen; es kann und wird dazu beitragen, die Achtung vor der hellenischen Litteratur bei der heranwachsenden Jugend zu heben und ihre Bedeutung für unsre nationale Dichtung klarer erkennen zu lassen. (Zeitschrift für das Gymnasialwesen)



Die Kunst der Rede

Eine deutsche Rhetorik

von

Professor Dr. A. Philippi

Gebunden 2 Mark

Einen lehr- und lernbaren Teil hat jede Kunst, auch dem glücklichsten Genie wird's nach Goethes Ausspruch kaum einmal gelingen, sich durch Natur allein zum Ungemeinen aufzuschwingen. Was an der Redekunst lehrbar ist, haben die Alten oft dargestellt; wer entwickeln will, was von ihrer Theorie für uns noch Leben hat, wird finden, daß dessen sehr viel ist, und daß z. B. Ciceros rhetorische Schriften „für alle Zeiten und für jede Sprache wertvolle Winke über den kunstvollen Ausdruck enthalten.“ Der Verfasser des gedankenreichen Buches, aus dem alle, die für die Öffentlichkeit zu reden und zu schreiben haben, recht viel lernen können, behandelt den Teil der Rhetorik, der sich auf Vorbilder und Regeln bezieht. So gliedert sich ihm der Stoff in einen historischen und einen theoretischen Teil. Jener macht den Leser mit den Hauptepochen der Entwicklung der Prosa bei Griechen, Römern, Italienern, Franzosen, Engländern, Deutschen bekannt, so jedoch, daß der Einfluß der fremden Nationen auf die deutsche und die Rücksicht auf das auch für die Gegenwart noch Bedeutende zum Teil die Auswahl bestimmen, weshalb der Nebentitel: eine deutsche Rhetorik berechtigt ist. Der theoretische Teil erörtert die Lehre über Auffindung, Anordnung, sprachliche Darlegung des Stoffes und über den Vortrag, alles mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gegenwart. Der Verfasser zeigt überall eine ebenso gründliche wie ausgebreitete Sachkenntnis, und er begleitet seine historische und theoretische Entwicklung mit selbständiger Kritik, der wir nur in wenigen Fällen nicht zustimmen können. . . . Wir empfehlen das Buch angelegentlich, namentlich auch allen Lehren deutscher Schulen.

(Die Post)

Allerhand Sprachdummheiten

Kleine deutsche Grammatik des Zweifelhaften,
des Falschen und des Häßlichen. Ein Hilfsbuch für alle,
die sich öffentlich der deutschen Sprache bedienen

Von

G. Wustmann

Zweite, gänzlich umgearbeitete und stark vermehrte
Auflage

In Leinwand gebunden 2 Mark 50 Pfennige

Als dieses Buch vor sechs Jahren erschien, war es, als ob der Verfasser in ein Wespennest gegriffen hätte. Da er aber von vornherein darauf gefaßt gewesen war, ließ er alle Angriffe mit Geduld über sich ergehen und freute sich im stillen, wie sein Verleger ein Tausend nach dem andern absetzte. Das war am Ende die beste Kritik seines Buches, obwohl es ihm auch an öffentlichen freudigen Zustimmungen nicht gefehlt hatte. Vielleicht haben sich aber die, die am lautesten geschimpft haben, innerlich am meisten geschämt, und was die Hauptsache ist, es ist im Laufe dieser letzten sechs Jahre im Bücher- und Zeitungsdeutsch, im Schriftdeutsch überhaupt, erheblich besser geworden. Wie ein reinigendes Gewitter in einer nachgerade unerträglich schwül gewordenen Luft gewirkt zu haben, ist Wustmanns unbestreitbares Verdienst, und wir glauben, daß jetzt, nachdem der Sturm der Entrüstung einer besonnenen Überlegung und Prüfung gewichen ist, diese neue Ausgabe allgemeiner Zustimmung begegnen wird. Der Verfasser hat selbst die Hand zum Frieden geboten, indem er die polemische Einleitung der ersten Ausgabe beseitigt und dafür den Stoff übersichtlicher angeordnet und außerdem die Anzahl der Kapitel von 150 auf 173 vermehrt hat. Jeder Gebildete, der noch auf seine Muttersprache etwas hält, sollte sich diese Grammatik selbst auf den Weihnachtstisch legen. Sie ist die einzige ihrer Art, die nicht trocken und magisterhaft, sondern bei aller Deutlichkeit und Grobheit mit Wit und Humor geschrieben ist. (Die Post)

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig
Verlag der Grenzboten

Deutsche Bürgerkunde

Kleines Handbuch des politisch Wissenswertes
für jedermann

von

Georg Hoffmann und Ernst Groth

Zweite, vermehrte Auflage

Gebunden 2 Mark 50 Pfennige

In der „Deutschen Bürgerkunde“ ist ein sehr brauchbares, empfehlenswertes Büchlein geboten. Es besteht in unsrer Zeit, die nach allen Seiten mit den politischen Verhältnissen und Einrichtungen in Berührung bringt und die Vertrautheit damit voraussetzt, in der That ein dringendes Bedürfnis für jedermann, sich über alles in dies Gebiet gehörige leicht orientieren zu können. Wer, der nicht Jurist ist oder sonst mit dem staatlichen Leben in regelmäßiger amtlicher Beziehung steht, ist über manche Dinge, wie die Versicherungsgesetze, die Steuer- oder Zollfragen in ihren allgemeinen Grundzügen, jederzeit im Klaren oder nicht der Belehrung gelegentlich bedürftig? In der „Deutschen Bürgerkunde“ wird sie ihm geboten, und zwar in knapper, allgemein verständlicher Fassung, daß sie einem jeden zum Gebrauche dienen kann. Und so darf das Buch jedem Hause zu fleißigem Gebrauch empfohlen werden, namentlich auch den Schülern der obern Klassen der höhern Schulen, die, an der Schwelle des öffentlichen Lebens stehend, Rat und Belehrung über seine Beziehungen und Verhältnisse dringend bedürfen, um sich in seinem Strudel nicht zu verlieren, sondern besonnen ihre Stellung dazu nehmen wollen.

(Weserzeitung)

Das Buch soll den Lehrern wie andern Staatsbürgern: Kaufleuten, Landwirten, Gelehrten, Beamten dienen. Wir stehen nicht an, von diesem Gesichtspunkte aus es für eine vortreffliche Leistung zu erklären. Von der Gemeinde ausgehend, führt es mit großer Klarheit und bei aller Lebhaftigkeit frisch und in anziehender Darstellung den Leser durch alle Zweige unsers öffentlichen Lebens. Wir können das Buch, das bei schöner Ausstattung recht billig ist, nur warm empfehlen.

(Kreuzzeitung)

Grundbegriffe und Grundsätze der Volkswirtschaft

Eine populäre Volkswirtschaftslehre

von

Carl Jentsch

In Leinwand gebunden 2 Mark 50 Pfennige

Der Verfasser nimmt unter den Schriftstellern der Gegenwart eine eigne Stellung ein. Wollten wir ihn kurz charakterisieren, so möchten wir ihn einen Geistesverwandten Justus Möfers nennen. Für beide liegt die Wurzel ihrer Kraft in dem lebendigen echten Volkstum. Und wie ein seltener Freimut, getragen von dem großen Zuge weitherziger Menschlichkeit, das Merkmal des Osnabrücker Amtmanns ausmächte, so durchzieht die gleiche Grundstimmung auch die Schriften Carl Jentschs: keine Schulmeinung trübt seinen Blick. Darum seine Freude an dem urwüchsigem Treiben des Volkes, bei aller Kritik ist er doch frei von jedem Schelten auf die „Schlechtigkeit und Verderbnis“ der Menschen. Daher auch seine Vorliebe für die Buntheit und Mannigfaltigkeit der Gestaltungen des Volkslebens, seine Abneigung gegen den Schematismus und Bürokratismus wie gegen die Vielregiererei; sein mannhaftes Eintreten für Selbständigkeit und Selbstthätigkeit. Es steckt etwas Lebenserhaltendes in dem Manne. Und kernhaft wie Jentschs Anschauungen ist auch seine Sprache; Gewandtheit und Geschmack paaren sich bei ihm, es ist ein Vergnügen, seine Schriften zu lesen.

Diese Vorzüge bekunden sich auch in der vorliegenden „Volkswirtschaftslehre.“ . . . Das treffliche Buch ist für die weitesten Kreise bestimmt: für die Lehrer der Volks- und Mädchenschulen, für die obere Klassen der höhern Anstalten; auch die Studierenden, Praktiker, gebildete Arbeiter u. a. können gleichmäßig Gewinn daraus ziehen. Es ist darum zu hoffen, daß es sich viele Freunde gewinnt; möchte außer der Belehrung, die es bietet, auf die Leser auch etwas von der frischen, unbefangenen Betrachtungsweise des Verfassers übergehen!
(Deutsche Literaturzeitung)

Als der Großvater die Großmutter nahm

Ein Liederbuch für altmodische Leute

von

G. Wustmann

Dritte Auflage

In Damast gebunden 7 Mark

Hier finden wir sie alle wieder beisammen, die lieben Lieder, wie sie vor dreißig, vierzig und mehr Jahren gesungen wurden. Lesen wir die Worte, so ist es uns schier, als hörten wir sie wieder, vom Klang der Gitarre begleitet; bei guter Laune pflegte wohl auch Großmütterchen noch mit zitternder Stimme einzustimmen — ach, die ganze alte gute Zeit in ihrer von der Erinnerung verklärten Schönheit steht wieder vor uns! . . . Wir haben hier ein sehr verdienstliches Werk vor uns, an dem seine Freude haben wird, wer überhaupt Sinn für Poesie besitzt.

(Bosnische Zeitung)

Unsre Zeit hat andre Interessen, andre Gesichtspunkte, andre Ideale als die unsrer Großväter. Aber dennoch klingen solche Töne aus der Jugendzeit so ergreifend ans Herz, und man kann nicht anders als mit wehmütigem Behagen in diesem Liederbuche blättern. Da sind sie alle wieder, jene guten alten Freunde, die wir nur oft durch ein Wort, eine Zeile, eine Strophe kennen, hier stehen sie ganz vor uns, sorgfältig gesammelt und kritisch gesichtet. . . . Wie sind sie oft so nüchtern und ernsthaft, wie schreiten sie oft so gravitatisch und steif und zopfig einher, und doch welche Würde und Kraft, welche rührende Einfachheit und Schlichtheit, welche innere Tüchtigkeit, welche Reinheit und Treue der Gesinnung und welcher Reiz in der Gesamtheit dieser Züge. . . . Noch einmal — ein prächtiges Buch, und nicht nur für altmodische Leute, sondern gerade recht für neomodische, die über der Größe und Herrlichkeit des neuen Reiches und des heutigen Lebens nicht den Ernst, die Sitte, die Zartheit, die Tüchtigkeit der Väter vergessen, sondern sich darin spiegeln sollen.

(Rheinisch-Westfälische Zeitung)

Citatenschatz

Geflügelte Worte und andere denkwürdige Aussprüche
aus Geschichte und Litteratur

von

Hans Nehry

Zweite Auflage

Gebunden 6 Mark

Dieser Citatenschatz stellt sich als keine gewöhnliche Sentenzenammlung heraus, wie er auch die vorhandenen Sentenzenammlungen, z. B. die trefflichen „Geflügelten Worte“ von Georg Büchmann, nicht etwa überflüssig machen will. Er steckt sich die Grenzen weiter: er nimmt sich die deutschen und ausländischen Klassiker vor, die die Grundlage aller litterarischen Bildung ausmachen, und will aus diesen die Fülle von Aussprüchen bleibenden Wertes zusammentragen, die, einmal gelesen, sich mit ihrem Gedankeninhalte dem Gedächtnisse einprägen, ohne doch im Augenblicke mit ihrem ursprünglichen Wortlaute sofort wieder erzeugt werden zu können. . . . Es soll also eine wahre Quelle des Wissens sein, dieser Citatenschatz, eines großen geistigen Besitzes, den man hat, und der zur steten freien Verwendung immer offen gehalten werden muß. Während andre Sentenzenammlungen Einzelheiten ohne Einheit bringen, erhält der Grunowsche Citatenschatz durch diesen Gesichtspunkt die Eigenschaft von etwas Ganzem, Großem, Einheitlichem. Infolgedessen vertieft man sich auch mit einem ganz andern Genuß in diesen neuen Citatenschatz: suchte man in den frühern Sentenzenammlungen nach Einzelnem, um das Buch dann nach befriedigtem Interesse wieder fortzulegen, so führt hier das Einzelne zu immer weiterm Einzelnen, weil man einen Faden herausfühlt, der alles mit einander verbindet.

(Wissenschaftliche Beilage der Leipziger Zeitung)

Wie der Deutsche spricht

Phrasologie der volkstümlichen Sprache
Ausdrücke, Redensarten, Sprichwörter und Citate aus
dem Volksmunde und den Werken der Volkschriftsteller
gesammelt und erläutert

von

S. Hezel

fein gebunden 3 Mark

Von vielen Seiten und mit verschiedenen Waffen ist in den letzten Jahren gekämpft worden gegen das saft- und kraftlose Tintendeutsch, das sich mit Wendungen und Satzformen ziert und spreizt, die der gesprochenen Rede ganz fremd sind. Nach meiner Überzeugung ist auch das eine Frucht von Rudolf Hilbebrands unablässigen Bemühungen, den Blick auf die lebendige Rede zu lenken. Schröders „Großer Papierner,“ Wustmanns „Sprachdummheiten“ mit all ihren Ablegern — sie „hauen alle in dieselbe Kerbe.“ Jeder neue Bundesgenosse gegen die Papiersprache ist willkommen; denn „keine Eiche fällt auf einen Streich.“ Welchen Wert kann solch eine Sammlung volkstümlicher Wendungen und Redeweisen haben? Erstens hat man seine helle Freude an der urkräftigen Ausdruckfülle, die in ihnen beschlossener liegt, und zweitens kommt das Studium dieses echten, bodenwüchsigen Deutsch schließlich auch dem eignen Stil zu gute. Natürlich wird man hier und dort bei Hezel eine Wendung vermissen. Solch ein Buch kann nicht auf den ersten Wurf erschöpfend sein. Aber im ganzen wird man dem Fleiße des Verfassers seine Anerkennung nicht versagen können. Mit vollem Rechte hat Hezel auch das Verbe nicht verschmäht und bloß das wirklich Unflätige ausgeschlossen. Das Buch verdient eine freundliche Aufnahme. Hervorgehoben sei auch die gefällige Ausstattung und der saubere, klare Druck, wie man das an Grunows Verlagswerken gewohnt ist. (Leipziger Zeitung)

Princeton University Library



32101 074362151

